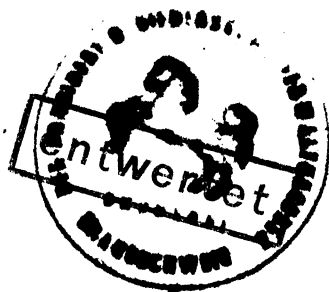


Gr 3





9925-058 2

Ar 32

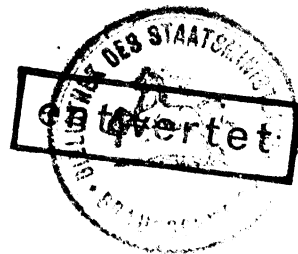
UB Braunschweig

84



2225-058-2

99999-9442



Enth. a.: Verhandlungen des oester. A. d. d. n.  
Landesparlament. 2. 1876.

183044267  
1000000000

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
No 77 berufenen

## außerordentlichen Landessynode.

(Größfuet am 25. November und geschlossen am 6. December 1875.)

Protokolle nebst Sitzungsberichten 1 bis 8 incl.

und

Anlagen 1, 2, 3, 3a, 3b, 4, 4a, 5-8 incl.

Ar 3







Ordn. N	Sachregister.	Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commission u. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
1	<p>Eröffnung und Schluß der Landes-Synode, Wahl der Beamten, Regierungs-Commissare u. und Wahlangelegenheiten betr.</p> <p>a. Eröffnung der Synode . . . . .</p> <p>b. Schluß derselben . . . . .</p> <p>c. Wahl der Beamten: des Vorstehenden und dessen Stell- vertreter . . . . .</p> <p>d. deren Bestätigung . . . . .</p> <p>e. Bezeichnung der Regierungs Commissare</p> <p>f. „ des protokoll. Secretairs und des Registraturbeamten bei der Synode . . . . .</p> <p>g. Ergänzungswahlen von Synodal-Ab- geordneten . . . . .</p> <p>h. Beurlaubung von Synodal-Abgeordneten</p>	<p>Prot. 1 und Anl. 1.</p> <p>Prot. 8 und Anl. 7.</p> <p>—</p> <p>Anl. 3.</p> <p>Anl. 3a.</p> <p>Anl. 3b.</p> <p>—</p> <p>—</p>	<p>—</p> <p>—</p> <p>Prot. 1.</p> <p>—</p> <p>—</p> <p>—</p> <p>Prot. 1 bei V.</p> <p>Prot. 1 bei VI. und Prot. 4 bei I.</p>	<p>—</p> <p>—</p> <p>Anl. 2.</p> <p>—</p> <p>—</p> <p>—</p> <p>Prot. 1 bei V.</p> <p>Prot. 1 bei VI.</p>
2	<p>Entwurf eines Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., imgl. Bemerkungen darüber in der Eröffnungs- rede . . . . .</p> <p>Weitere Verhandlungen darüber . . .</p> <p>Eingabe von einer Anzahl Geistlichen des Landes, enthaltend deren Wünsche hin- sichtlich der vorstehend bezeichneten Vor- lage (ist nicht gedruckt) . . . . .</p>	<p>Anl. 1, 4 u. 4a.</p> <p>Anl. 6.</p> <p>Prot. 2.</p>	<p>Prot. 2 bis 7.</p> <p>Prot. 8.</p> <p>—</p>	<p>Anl. 5.</p> <p>Anl. 8.</p> <p>—</p>



# Protokoll I.

## Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 77 vom 19. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
25. November 1875, Morgens 11 $\frac{1}{2}$  Uhr.

I. Die durch Höchste Verordnung vom 19. v. Mts. berufene außerordentliche Sitzung der Landessynode, zu welcher an Seiten der Kirchenregierung der Herr Geheimerath Dr. Triepß und der Herr Ministerialrath Grottrian in Begleitung des Herrn Hofrath Kybis, an Seiten des Herzoglichen Consistorii die Herren Consistorialräthe, Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Philisdeck, sowie die nachstehend aufgeführten Abgeordneten:

- 1) Ackermann Ahrens aus Ostharingen,
- 2) Superintendent Apfel aus Seesen,
- 3) Handelsgerichts-Director Bode von hier,
- 4) Superintendent Brünke aus Wolsdorf,
- 5) Overbürgermeister Dr. Caspari von hier,
- 6) Superintendent Dedekind aus Stadtsoldendorf,
- 7) Pastor Eggeling von hier,
- 8) Gemeindevorsteher Eimecke aus Wagum,
- 9) Superintendent Freist aus Zimmerlah,
- 10) Schulrath Gravenhorst von hier,
- 11) Gymnasialdirector von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 12) Dekonom Keil aus Herrhausen,
- 13) Steinbruchbesitzer Körner aus Welpke,
- 14) Generalsuperintendent Kuhn aus Helmstedt,
- 15) Staatsanwalt Kühne aus Blankenburg,
- 16) Finanzrath a. D. Kunken von hier,
- 17) Kreisdirector Verhe aus Gandersheim,

- 18) Pastor Lerche aus Eikum,
- 19) Pastor Münck aus Gattenstedt,
- 20) Landsyndicus a. D. Desterreich von hier,
- 21) Gastwirth Preuße aus Bettmar,
- 22) Pastor Rohde aus Gr. Dahlum,
- 23) Ackermann Schäfer aus Lauingen,
- 24) Pastor Skerl von hier,
- 25) Generalsuperintendent Steinmeyer von hier,
- 26) Generalsuperintendent Kirchenrath Dr. Stöter aus Gandersheim,
- 27) Staatsanwalt Dr. Ude aus Wolfenbüttel,
- 28) Bürgermeister Wibrans aus Calvörde,
- 29) Superintendent Wolff aus Halle a./d. W.

Anl. 1. sich eingefunden hatten, wogegen der Hof- und Comprediger Probst Dr. Thiele nicht erschienen war, wurde durch den Regierungs-Commissarius, Herrn Geheimrath Dr. Triepß mit der als Anlage 1 diesem Protocoll beigelegten Rede eröffnet. Sodann leisteten die neu eintretenden Mitglieder, die Abgeordneten Kühne, Wibrans, Kunkun, Eggeling und Rohde in die Hände des Landesfürstlichen Commissars das im §. 17 des Gesetzes Nr. 34 vom 31. Mai 1871 die Errichtung einer Landessynode u. betr., vorgeschriebene Gelöbniß ab.

II. Nachdem hiernächst die Vertreter des Kirchenregiments den Sitzungssaal verlassen und der Abgeordnete Desterreich den Vorsitz als Alterspräsident übernommen, schritt die Versammlung zur Beamtenwahl.

In drei gesonderten Wahlgängen wurden als die Er. Hoheit zu dem Amt des Vorsitzenden und dem dessen Stellvertreter zu präsentirenden Candidaten

- der Oberbürgermeister Dr. Caspary mit 27 Stimmen,
- der Generalsuperintendent Steinmeyer mit 25 Stimmen,
- der Obergerichtsvicepräsident Dr. Schmid mit 25 Stimmen,

Anl. 2. erwählt, das Präsentations Schreiben (Anlage 2) verlesen, genehmigt und expedirt.

Anl. 3. III. Nach kurzer Eistirung der Verhandlungen wurde die Sitzung vom Alterspräsidenten wieder eröffnet und der Versammlung der Eingang eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage (Anlage 3) angekündigt, inhielt dessen Höchsten Orts der Oberbürgermeister Dr. Caspary als Vorsitzender, der Generalsuperintendent Steinmeyer als dessen Stellvertreter, die Bestätigung erhalten hatten.

IV. Auf Aufforderung des Herrn Alterspräsidenten übernahm, während der Herr Geheimrath Dr. Triepß und der Herr Ministerialrath Grotvian wieder



in den Sitzungssaal eintraten, der Oberbürgermeister Dr. Caspari den Verweis, sprach der Versammlung seinen Dank für das ihm durch seine Wiederwahl bewiesene Vertrauen aus und ersuchte die Anwesenden, zunächst das Andenken der seit dem Schluß der ersten ordentlichen Landessynode verstorbenen Mitglieder derselben Grupe, Guthe, Helmuth, Mehrkorn und Pfeiffer durch Erheben von den Sigen zu ehren. Nachdem die Versammlung dieser Aufforderung entsprochen,

V. erstattete der Vorsitzende als Präsident des Synodalausschusses Bericht über die Vorprüfung der Legitimationen der neu eintretenden, oben genannten Abgeordneten, deren Wahlen als legal von der Versammlung anerkannt wurden,

VI. machte Mittheilung, daß der Abgeordnete Dr. Schmid auf Ansuchen von dem Synodalausschuß bis zum 29. d. Mts. krankheitshalber beurlaubt sei und gab anheim, einem ferneren Urlaubsgeuch des Abgeordneten Bode (Wandersheim) für die Dauer dieser Session stattzugeben, da das Gesuch mit Behinderung durch Amtsgeschäfte motivirt sei. Die Versammlung ertheilte den erbetenen Urlaub.

VII. Sodann publicirte der Vorsitzende 2 an den Synodalausschuß gerichtete Höchste Rescripte vom 17. d. Mts. (Nul. 3a und 3b) betreffend die Bestellung der Amt. Sa. ab. Landesfürstlichen Commissarien und die Vertretung des Herzoglichen Consistorii resp. die Beordnung eines Secretairs und Registraturbeamten, und

ein an die Landessynode gerichtetes Höchstes Rescript, vom heutigen Tage (Anlage 4), mit welchem der Entwurf eines Kirchengesetzes über die kirchliche Amt. 4. Trauung und das kirchliche Aufgebot nebst Motiven eingegangen sei.

Nachdem diese Vorlage im Druck unter die Mitglieder vertheilt, beschloß die Versammlung auf Antrag des Abgeordneten Tschirre und nach kurzer Debatte, das Gesetz in zweimaliger Lesung durchzuberathen,

worauf die heutige Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen und die nächste unter Ankündigung der Tagesordnung für dieselbe auf den 27. d. Mts., Morgens 11 Uhr anberaumt worden ist.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

H. Caspari.

Herzog, prot. Secretair.



## Protokoll 2.

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung *Nr.* 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

Gechehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
27. November 1875, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordneten mit Ausnahme der Beurlaubten, Dr. Schmid und Bode (Gandersheim) und der unterschriebene protokollirende Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Schulz, Geheimerath Zimmermann, Geheimerath Dr. Triepß und Ministerialrath Grottrian; als Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Pfilsfeld.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 25. d. Mts. kündigte

I. der Vorsitzende den Eingang einer Eingabe von einer Anzahl Geistlichen des Landes an die Synode an, enthaltend deren Wünsche hinsichtlich der Vorlage, und

II. eröffnete der Tagesordnung gemäß die Debatte und zwar zunächst die Generaldiscussion über die Vorlage. (Anl. 4.)

Es theiligten sich an derselben die Abgeordneten Dedekind, Wolff, Thiele, welcher beantragte,

die Vorlage zur Berathung an eine Commission zu verweisen, Bode, Lerche (Sizum), Apfel, Rohde, Stöter, Skerl, Kühne, Steinmeyer, Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, und die Abgeordneten Münch und Dr. Ude.

Die Sitzung ist hierauf geschlossen, die nächste auf den 29. d. Mts., Morgens 11 Uhr, vom Vorsitzenden anberaumt und auf deren Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Verathung gesetzt.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*



## Protokoll 3.

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung *N<sup>o</sup> 77* vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
29. November 1875, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordneten der Synode mit Ausnahme der beurlaubten Mitglieder Dr. Schmid und Bode (Gandersheim) und der unterzeichnete Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Triepß, Ministerialrath Grotzian, die Vertreter des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Philstedt.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet und die Versammlung das verlesene Protokoll vom 27. d. Mts. genehmigt hatte, wurde

in die Tagesordnung eingetreten und in der Generaldebatte über die Vorlage fortgefahren.

Es erhielt das Wort der Abgeordnete Rohde. Sodann kündigte der Vorsitzende an, daß der Abgeordnete Desterreich einen Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, vorher aber der Geheimerath Dr. Triepß sich zum Wort gemeldet habe. Nachdem der Landesfürstliche Commissar gesprochen, wird jener Antrag von dem Abgeordneten Desterreich motivirt, findet Unterstützung und wird, nachdem noch der Abgeordnete Wolff als letzter Redner vor der Abstimmung gesprochen, von der Versammlung angenommen.

Der Vorsitzende verstellt, nachdem ferner der Abgeordnete Dr. Thiele seinen Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine Commission zurückgezogen, den Eingang des Gesetzes und zwar jeden Abschnitt einzeln zur Abstimmung; sämmtliche vier Absätze werden angenommen.

In der sodann vom Präsidenten eröffneten Specialdiscussion, zunächst über §. 1, werden zu diesem §. folgende Anträge gestellt.

1) vom Abgeordneten Wolff:

den §. 1 in folgende zwei §§. zu theilen:

§. 1.

Christliche Brautleute haben ihr eheliches Zusammenleben nicht zu beginnen, bevor sie ihre Ehe öffentlich vor Gott eingegangen und in Gottes Namen zu derselben verbunden sind.

§. 2.

Der kirchliche Act der Trauung darf erst dann vorgenommen werden, wenn die angehenden Eheleute den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 Genüge geleistet und dem trauenden Geistlichen die von dem Standesbeamten darüber ausgestellte Bescheinigung (§. 54 des Reichsges.) beigebracht haben. — Desgleichen ist zur Vornahme der Trauung die Einwilligung der noch lebenden Eltern erforderlich.

2) vom Abgeordneten Lerche (Eizum):

den §. 1 folgendermaßen zu fassen:

Die kirchliche Trauung bleibt auch nach den durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 in der gesetzlichen Form der Eheschließung eintretenden Veränderungen nach ihrer hohen, religiös-sittlichen Bedeutung fernerhin dieselbe, und haben sich daher ebensowohl die der evangelisch-lutherischen Kirche angehörenden Gemeindeglieder in ihrem Gewissen dazu verpflichtet zu halten, ihrer vor dem Standesbeamten stattgehabten gesetzlichen Eheschließung die kirchliche Feier derselben nachfolgen zu lassen, als auch die Diener der evangelisch-lutherischen Kirche fernerhin die kirchliche Trauung als eine ihrer wichtigsten Amtshandlungen anzusehen und demgemäß zu verrichten.

3) der Abgeordnete Kohde:

den ganzen §. 1 so zu fassen:

Die kirchliche Trauung, welche erst vorgenommen werden darf, wenn die angehenden Eheleute die Bescheinigung über die vor dem Standesbeamten erfolgte Eheschließung (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, §. 54) beigebracht und die Einwilligung ihrer noch lebenden Eltern, sofern diese nicht schon vor dem Standesbeamten erklärt ist (§. 29—31 desselben Gesetzes) nachgewiesen haben, ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen. Ist dieses nicht möglich, so muß die Kirche von ihren Gliedern erwarten, daß dieselben das gemein-

same, eheliche Zusammenleben erst nach Vollziehung der kirchlichen Trauung beginnen.

4) vom Abgeordneten Steinmeyer:

statt des §. 1 folgende §§. zu setzen:

§. 1.

Die christliche Kirche erwartet, daß die kirchliche Trauung möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung vollzogen werde.

§. 2.

Die kirchliche Trauung darf erst dann vollzogen werden, wenn die erfolgte Eheschließung vom Standesbeamten bescheinigt ist. (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, §. 54.)

5) vom Abgeordneten Kunzen:

in der dritten Reihe hinter „ist“ einzuschalten:

„wenn sie von den Eheleuten gewünscht wird.“

Nachdem die Anträge von den Antragstellern motivirt und genügend unterstützt sind, theiligten sich an der über sämtliche Anträge in Eins mit dem §. 1 des Gesetzentwurfs stattfindenden Debatte der Abgeordnete Wolff, der Consistorialrath von Schmidt-Whiselbeck, die Abgeordneten Rohde, Apfel, Gimecke, Lerche, Dedekind, Steinmeyer, der Geheimerath Dr. Triepß, und die Abgeordneten Desterreich und Kunzen. Die Debatte wurde sodann vom Vorsitzenden geschlossen und zur Abstimmung geschritten, wobei sämtliche oben aufgeführten Anträge abgelehnt und §. 1 in der Fassung des Entwurfs angenommen wurde.

Damit schloß der Präsident die Sitzung, beraumte die nächste auf den 30. h. Morgens 10 Uhr an und setzte auf deren Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Berathung.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*





## Protokoll 4.

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung A<sup>2</sup> 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
30. November 1875, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten zur Synode mit Ausnahme des beurlaubten Abgeordneten Bode (Gandersheim) und der Abgeordneten Dr. Schmid und von Heinemann, imgleichen der unterzeichnete Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Friepß und Ministerialrath Grotrian; später, nach Eröffnung der Sitzung erschienen die Vertreter Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt, Pfiseldorf.

I. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurde das Protokoll vom 29. h. verlesen und genehmigt, der vom Abgeordneten Dr. Schmid, wie der Vorsitzende mittheilte, ferner wegen Krankheit auf unbestimmte Zeit erbetene Urlaub bewilligt und sodann in die Tagesordnung eingetreten.

II. Zum §. 2 der Vorlage (Anl. 4) beantragt

1) der Abgeordnete Wolff:

den §. so zu fassen:

„Die Trauung ist nach Vorschrift der Anlage A. zu vollziehen.“

2) der Abgeordnete Apffel:

Hohe Versammlung wolle beschließen, daß in der zweiten Zeile des §. 2 das Wort „den“ vor „Lectionen des göttlichen Wortes“ wegfalle.

Schließlich wird, nachdem der Abgeordnete Desterreich vorher Verathung des Formulars vor der des §. beantragt, auf Vorschlag desselben Abgeordneten die Discussion über §. 2 einstweilen ausgesetzt.

Zu §. 3 beantragten

1) die Abgeordneten Wolff und Desterreich:

Zu §. 3 in sine hinzuzufügen:

„und ist dieselbe von Unserm Herzoglichen Consistorio zu ertheilen.“

2) der Abgeordnete Eggeling:

den §. 5 vor §. 3 zu verathen,

welcher Antrag unterstützt, dann abgelehnt wurde.

3) Abgeordneter Desterreich, Redaction vorbehältlich:

den Schlußsatz des Abs. 2 so zu fassen:

„daß ihm Bedenken gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung nicht bekannt seien.“

4) Abgeordneter Stöter:

statt „Dimissoriale des zuständigen Predigers“ in Al. 3 zu setzen:

„Dimissoriale eines der zuständigen Prediger.“

Nachdem die Anträge motivirt und unterstützt worden, an der Debatte sich der Geheimerath Dr. Trieps, die Antragsteller und die Abgeordneten Skerl, Steinmeyer, Lerche (Gizum), Eggeling und Freist theilnimmt, werden die Anträge Wolff, Stöter und Desterreich und mit diesen Aenderungen §. 3 der Vorlage angenommen.

Zu §. 4 werden folgende Anträge gestellt:

1) von dem Abgeordneten Ude:

zu §. 4 folgenden Zusatz zu beschließen:

„Die Verkündigung darf erst erfolgen, nachdem eine Bescheinigung des Standesbeamten über das erfolgte Aufgebot beigebracht ist.“

2) von dem Abgeordneten Skerl:

den Absatz 3 zu streichen.

3) von dem Abgeordneten Lerche (Gizum):

statt des §. 4 folgenden §. zu beschließen:

„Das bisherige kirchliche Aufgebot fällt weg; an die Stelle desselben tritt die an dem Orte der geschehenen kirchlichen Trauung vorzunehmende Abkündigung, welcher eine Fürbitte zu verbinden ist.“

4) von dem Abgeordneten Wolff:

den §. 4 so zu fassen:

„Das kirchliche Aufgebot hat an zwei, der Trauung vorhergehenden Sonntagen, im öffentlichen Gottesdienste nach dem Formular der

Anlage B. in den Pfarochien zu geschehen, in welchen der Ort gelegen ist, an welchem das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat.

Der Superintendent der Pfarochie, in welcher die Trauung vorgenommen werden soll, ist ermächtigt, wenn er sich überzeugt hat, daß kirchliche Ehehindernisse nicht zu erwarten sind, Einmaliges kirchliches Aufgebot zu gestatten.

Wird die Trauung von Ehepaaren begährt, welche auf Grund der bürgerlichen Eheschließung bereits ehelich zusammen leben, so ist solches bei dem kirchlichen Aufgebot zu erwähnen."

#### Anlage B.

"Der christlichen Gemeinde sind folgende Personen bekannt zu machen, welche nach göttlicher Ordnung in den heiligen Ehestand treten wollen, nämlich N. und N., begehren deshalb eine christliche Fürbitte, daß sie ihn in Gottes Namen anfangen und ihnen die Ehe wohl gerathen möge. Hätte nun Jemand Ursache, warum diese Ehe dem Evangelio zuwider sei, so thue er solches zu rechter Zeit kund. Gott gebe seinen Segen. Amen."

#### 5) von dem Abgeordneten Eggeling:

wenn der Antrag Sferl angenommen werde, im Abs. 1 statt „in der Regel“ zu setzen „auf Wunsch der Betheiligten."

unterstützt, nach Schluß der Debatte aber, an welcher sich die Antragsteller, die Abgeordneten Desterreich, Rohde, Apffel, Kühne, der Geheimrath Dr. Triepß, die Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti und Sallentien theilnahmen, abgelehnt, wogegen S. 3 des Entwurfs angenommen wurde.

Zu dem §. 5 beantragt

#### 1) der Abgeordnete Eggeling:

Streichung des §.

#### 2) der Abgeordnete Bode:

statt der Absätze 2 und 3 Folgendes zu setzen:

"Die Fälle, in denen die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, sollen durch ein Kirchengesetz festgestellt werden.

Die Frage, ob die Segnung nach den besondern Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden müßte, soll durch den betreffenden Kirchenvorstand entschieden werden."

#### 3) der Abgeordnete Wolff:

den Abs. 3 des §. folgendermaßen zu fassen:

"Gegen die abgegebene Entscheidung, welche der Geistliche den

Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesem wie jenem ein binnen 14 Tagen von der Mittheilung der Entscheidung angerechnet, zu überreichender Recurs an Uns zu, auf welchen Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses unter Beirath Unseres Herzogl. Consistoriums dem Evangelio gemäß Verfügung treffen werden."

4) der Abgeordnete Lerche (Eikum).

Im Absatz 2 des §. 5 nach den Worten „bedenklich scheinenden Fall“ hinzuzufügen:

„nach Berathung mit dem Kirchenvorstande seiner Gemeinde."

Die Anträge finden die genügende Unterstützung und werden mit dem §. 5 der Gesetzesvorlage zur Berathung gestellt. Nachdem darüber zwischen den Antragstellern, den Abgeordneten Stöter, Apfel, dem Geheimerath Dr. Triepß, dem Abgeordneten Körner, dem Consistorialrath Abt Dr. Ernesti und den Abgeordneten Gimecke, Skerl, Desterreich, Steinmeyer debattirt, auch der Abgeordnete Eggeling seinen Antrag zurückgezogen, schließt der Vorsitzende die Session, beraumt die nächste auf morgen, den 1. December, Morgens 10 Uhr an und setzt auf deren Tagesordnung Fortsetzung der heutigen Berathung.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*

## Protokoll 5.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch die Landesfürstliche Verordnung Nr. 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
1. December 1875, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Die Abgeordneten zur Synode mit Ausnahme der Beurlaubten Dr. Schmid und Bode (Gandersheim) und des Abgeordneten von Heinemann, und der unterschriebene Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Schulz, Geheimerath Dr. Triepß, Ministerialrath Grottrian; als Vertreter des Herzoglichen Consistorii die Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Phiseldorf.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten um 10 Uhr eröffnet, das Protokoll verlesen und genehmigt und sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Der Vorsitzende theilte mit, daß

- 1) der Abgeordnete Bode zu seinem Antrage ad S. 5 folgenden Zusatzantrag gestellt habe:

Gegen die Entscheidung steht dem zurückgewiesenen Paare der Recurs an Unser Herzogliches Consistorium und von diesem an Uns zu, und werden Wir dann nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen.

- 2) Dazu stellt Abgeordneter Desterreich folgenden Unterantrag:  
hinter „Paare“ einzuschalten: „wie auch dem zuständigen Geistlichen“.

- 3) Der Abgeordnete Rohde beantragt,  
am Schluß des Absatz 2 hinzuzufügen:  
„welche in den an zweiter Stelle genannten Fällen vom Herzoglichen  
Consistorio nach Anhörung des Kirchenvorstandes der betreffenden Pfarodie  
abzugeben ist.“

Die Anträge werden unterstützt und mit zur Berathung verstellt. Nach statt-  
gehabter Discussion der Abgeordneten Wolff, Freist, der Antragsteller, des  
Consistorialraths Abt Dr. Ernesti, des Geheimerathes Dr. Triepß, beantragt  
der Abgeordnete Desterreich Schluß der Debatte.

Nach Annahme des Antrags wird zunächst, für den Fall, daß der Antrag  
und Zusatzantrag des Abgeordneten Bode angenommen werde, der Unterantrag  
Desterreich zur Abstimmung verstellt und dabei dieser und dann die Anträge  
Bode angenommen, sowie mit diesen Abänderungen der §. 5 der Regierungs-  
vorlage, womit die Anträge Lerche, Wolff und Rohde in Wegfall kommen.

§. 6 wird ohne Debatte angenommen, die zurückgestellte Berathung über §. 2  
sobann weiter hinausgesetzt bis nach derjenigen über das Trauformular,  
zu dessen Berathung nach einzelnen Absätzen die Versammlung übergeht. Es  
werden zunächst zur Discussion verstellt Abs. 1 und 2, ~~der in Parenthese gesetzte~~  
~~Abs. 3 und Abs. 4.~~ Dazu beantragen:

- 1) der Abgeordnete Apffel:

hinter dem Worte „nachfolgende“ einzuschalten „oder andere, den be-  
sonderen Verhältnissen mehr entsprechende“.

- 2) der Abgeordnete Thiele:

die Absätze 1—4 durch folgende zu ersetzen:

Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde  
gemacht hat. Amen.

(Hierauf kann, wo es üblich ist, gesungen werden: Bis hieher hat  
mich Gott gebracht, oder ein anderer passender Gesang. Hält der Geist-  
liche eine freie Ansprache oder Traureden, so tritt sie hier ein. Alles  
Uebrige, wie folgt.)

Geliebte in Christo! Ihr seid dahier erschienen, um Euern Ehe-  
bund, den Ihr vor der Obrigkeit auf Grund des Gesetzes rechtsgültig  
(aufgerichtet) geschlossen, nun auch auf dem Grunde des göttlichen Wortes  
vor dem Angesicht Gottes und seiner Kirche feierlich zu bekennen (auf-  
zurichten), und mit allen hier gegenwärtigen Zeugen den Segen des  
Herrn zu demselben zu erbitten.

So höret denn Alle in Andacht Gottes Wort über den heiligen  
Ehestand.

3) der Abgeordnete Wolff:

den Absatz 2 folgendermaßen zu fassen:

Geliebte in Christo! Nachdem Ihr, hier gegenwärtige N. N. vor bürgerlicher Obrigkeit erklärt hat, daß Ihr die Ehe mit einander eingehen wollt, und darauf von derselben kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt seid, so begehret Ihr, nunmehr Euren Ehebund mit einander auch vor Gott und christlicher Gemeinde aufzurichten. findet aber nicht die nöthige Unterstützung. Nachdem sich an der Debatte über die Vorlage und die genügend unterstützten Anträge ad 1 und 2 die Antragsteller, Abgeordnete Lerche, Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, und Abgeordneter Steinmeyer betheiligt, wird auf Antrag des Abgeordneten Desterreich die Debatte geschlossen und der Antrag Thiele angenommen, nachdem Abgeordneter Thiele statt der Worte „aufgerichtet, aufzurichten“ die Ausdrücke „geschlossen, zu bekennen“ setzen zu wollen erklärt hat, damit fällt der Antrag Apfel weg.

Die Debatte wird eröffnet über ~~die folgenden Absätze 3. und 6.~~

Zu denselben beantragt:

1) Abgeordneter Apfel:

hinter dem Satz „Höret Gottes Wort über den heiligen Ehestand“ einzuschalten: „(Der Geistliche verliest die nachfolgenden oder andere, den Verhältnissen entsprechende Lectionen).“

2) Abgeordneter Steinmeyer:

hinter dem 4. Abs. einzuschalten: „(hier sind die folgenden Bibellectionen ganz oder theilweise vorzulesen)“

In der über die Vorlage und diese unterstützten Anträge folgenden Debatte sprechen die Antragsteller, die Abgeordneten Thiele, Lerche (Egum), Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, die Abgeordneten Skerl, Münz, Desterreich, Geheimerath Dr. Triepß, die Abgeordneten Wolff und Dedekind; nachdem der Abgeordnete Apfel seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Steinmeyer zurückgezogen, der letztere aber angenommen ist, schließt der Präsident die Sitzung und beraumt die nächste auf den 2. d. Mts. Morgens 10 Uhr an unter Anündigung der Tagesordnung für dieselbe.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*





## Protokoll 6.

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung Nr. 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
2. December 1875, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: die sämmtlichen Mitglieder der Landessynode mit Ausnahme der beurlaubten Abgeordneten Dr. Schmid und Bode (Gandersheim) und der unterzeichnete Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Triepß und Ministerialrath Grotrian; als Vertreter des Herzoglichen Consistorii die Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Philstedt.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 1. d. Mts. wurde in der Berathung über die Vorlage (Anl. 4) fortgefahren, zunächst Abs. 6 mit einer auf Antrag des Abgeordneten Oesterreich vorgenommenen redactionellen Aenderung, Weglassung des Wortes „denn“ im Anfang des Absatzes und dann Al. 7 bis 10 des Trausformulars ohne Debatte angenommen.

Zu den Abs. 11—13, welche sodann zur Berathung gestellt wurden, beantragte

1) der Abgeordnete Thiele:

Statt „Es liegt Euch nun ob“ u. zu setzen:

„So bekennst nun, daß Ihr als Eheleute nach Gottes Wort und Willen mit einander leben wollt. (Sodann zum Manne gewandt).“

- 2) der Abgeordnete Eggeling:

hinter „hier gegenwärtigen“ „(Namen des Ehemanns)“ zu setzen.

- 3) der Abgeordnete Apffel:

das Wort „dich“ in das Wort „Euch“ zu ändern.

- 4) der Abgeordnete Rohde:

einzuschieben hinter „gegenwärtigen N. N.“: (wenn die Trauung gleich auf den Civilact folgt, ist die Braut noch mit dem Vaternamen zu nennen, sonst mit dem Namen des Mannes mit Zusatz: geborene).

- 5) der Abgeordnete Wolff:

- a. den Eingang des Abs. 11 so zu fassen:

„Geliebte in dem Herrn! Ihr habt nun Gottes Wort über den heiligen Ehestand gehört, daß ihr wisst, derselbe ist von Gott selber eingesetzt, geordnet, und gesegnet. Zu solcher göttlichen Stiftung und Ordnung wollet ihr euch auch für euern Ehebund bekennen und begehret darauf im Namen Gottes verbunden und gesegnet zu werden.“

- b. Die Traufragen so zu fassen:

„zum Manne gewendet spricht der Geistliche:

Demnach frage ich dich, N. N., bist du gewillet, diese gegenwärtige N. N. auch vor Gott zu deiner ehelichen Hausfrau zu nehmen, mit ihr nach Gottes Befehl und Willen zu leben, dich auch nicht von ihr zu scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es und sage: Ja.

Zum Weibe gewendet:

So frage ich auch dich, N. N., bist du gewillet, diesen gegenwärtigen N. N. vor Gott zu deinem ehelichen Manne zu nehmen, mit ihm nach Gottes Befehl und Willen zu leben, dich auch nicht von ihm zu scheiden, es sei denn, daß Euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es und sage: Ja.“

- 6) der Abgeordnete Bode:

hinter „hier gegenwärtigen“ hinzuzufügen „Frau“.

Die Anträge sind mit zur Berathung verstellt. An der Debatte theilnahmen sich außer den Antragstellern der Abgeordnete Desterreich, der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, die Abgeordneten Steinmeyer, Lerche (Eigum), Geheim-

rath Dr. Triepß, Abgeordneter Stöter, Consistorialrath Sallentien. Nachdem die Debatte auf Antrag des Abgeordneten Desterreich geschlossen, wurden bei der Abstimmung die sämmtlichen obigen Anträge mit Ausnahme des des Abgeordneten Bode, mit welchem der des Abgeordneten Rohde in Wegfall kam, abgelehnt, die Vorlage aber mit dieser Modification angenommen.

Es kamen ferner zur Berathung die Abs. 14—16, zu welchen der Abgeordnete Thiele beantragt:

die Anfrage in derselben Weise an die Frau zu stellen, wie an den Mann.

Der Antrag wird nach Discussion zwischen dem Antragsteller, dem Consistorialrath Abt Dr. Ernesti und den Abgeordneten Skerl und Kuhn angenommen und mit dieser Modification die Vorlage.

Zu Abs. 17—20 beantragt der Abgeordnete Thiele:

statt derselben zu setzen: „(Nachdem sie hierauf die Ringe gewechselt und die Hände zusammengefügt, legt der Geistliche die rechte Hand auf die verbundenen Hände und spricht:)"

Der Antrag wird, nachdem die Abgeordneten Thiele, Münch, Lerche (Egum), Rohde, Desterreich und Kuhn gesprochen, abgelehnt und die Fassung des Entwurfs angenommen.

Die Berathung wird sodann fortgeführt auf Abs. 21—24. Es beantragt:

1) der Abgeordnete Thiele folgende Fassung:

„Was Gott zusammengefügt, das soll der Mensch nicht scheiden.

Weil ihr denn allhier vor Gott und seiner Kirche (diesen gegenwärtigen Zeugen) euren Ehebund bekannt, euch auch darauf einander die Trauringe und die Hände gegeben habt, so spreche ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch beide ehelich verbunden, im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu seinem Dienst. Er behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen“.

2) der Abgeordnete Skerl:

in der eigentlichen Trauformel vor den Worten „in Christo verbunden“ das Wort „nunmehr auch“ einzuschließen.

3) der Abgeordnete Wolff:

die Trauformel so zu fassen:

„Weil ihr beide euch unter einander vor Gott zur Ehe begehrt und solches allhier vor Gott und christlicher Gemeinde bekannt, euch darauf auch

unter einander die Trauringe und Hände gegeben, so spreche ich euch ehelich zusammen im Namen Gottes des Vaters, Sohnes und heiligen Geistes".

Gott der Herr heilige eure Ehe zu Seinem Dienste und Mehrung Seines Reiches und segne sie von Seinem Heiligthume. Amen".

Nachdem im Laufe der Debatte der Consistorialrath Abt. Dr. Ernesti erklärte, daß in Folge der Annahme des zum Eingang des Trauformulars vom Abgeordneten Thiele gestellten Antrages, der in Absatz 23 enthaltene Zwischenatz, „die ihr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt worden seid“ in Wegfall komme, außerdem die Antragsteller, die Abgeordneten Lerche (Eizum), von Heinemann, Desterreich, Steinmeyer, Dedekind und der Geheimerrath Dr. Triepß gesprochen hatten, wurden sämtliche Anträge, von denen jedoch der Antrag Skerl zurückgezogen war, abgelehnt und die Vorlage, ohne den erwähnten Zwischenatz angenommen.

Zu dem Schluß des Trauformulars beantragten

1) der Abgeordnete Kuhn:

in Absatz 27 statt „in uns“ zu setzen: „auch diesen christlichen Eheleuten mittheilen und in ihnen.“

2) der Abgeordnete Thiele:

in Absatz 27 statt des Schlusssatzes von „Du wollest solch dein“ u.<sup>1</sup> zu setzen: „Du wollest solche deine göttliche Ordnung und den darüber gesprochenen Segen auch an diesen gegenwärtigen und an allen christlichen Eheleuten nicht lassen umsonst sein, sondern denselben ihnen gnädig mittheilen und in ihnen bewahren durch Jesum Christum, deinen lieben Sohn unsern Herrn. Amen.“

Zogen aber nach kurzer Discussion ihre Anträge zurück, worauf der Schluß des Trauformulars in der Fassung des Entwurfs angenommen wurde.

Zur Anlage B des Gesetzentwurfs, dem Formular der kirchlichen Verkündigung, beantragte der Abgeordnete Wolff:

statt des vorgeschlagenen folgendes Formular:

„Der christlichen Gemeinde sind folgende Personen bekannt zu machen, welche nach göttlicher Ordnung in den heiligen Ehestand treten wollen, nämlich N. und N., begehren deshalb eure christliche Fürbitte, daß sie ihn in Gottes Namen anfangen, und ihnen die Ehe wohl gerathen möge. Hätte nun Jemand Ursache, warum diese Ehe dem Evangelio zuwider sei, so thue er solches zu rechter Zeit kund. Gott gebe seinen Segen. Amen.“

Der Antrag wird, nachdem der Antragsteller und der Geheimerath Dr. Triep s gesprochen, abgelehnt, und die Vorlage angenommen.

Hiernächst schritt die Versammlung zu der bis jetzt ausgesetzten Verathung des §. 2 des Entwurfs, zu welchem folgende Anträge gestellt wurden:

1) von dem Abgeordneten Wolff:

den §. 2 so zu fassen: „Die Trauung ist nach Vorschrift der Anlage A. zu vollziehen.“

2) von demselben, wenn der vorige Antrag nicht angenommen werde: hinter Wortes hinzuzufügen: „dem Ehebekennnisse und.“

Der erstere Antrag wird unterstützt, der letztere nicht. Der Abgeordnete Apfel hat den von ihm gestellten Antrag,

das Wort „den“ vor „Lectionen des göttlichen Wortes“ zu streichen zurückgezogen. Der Antrag Wolff 1) wurde abgelehnt, §. 2 in der Regierungsvorlage angenommen und damit die erste Lesung derselben geschlossen.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf den 4. d. Mts. Morgens 10 Uhr an, auf deren Tagesordnung die 2. Lesung des Gesetzentwurfs und schloß die heutige Sitzung.

*Zur Beglaubigung.*

*Der Präsident.*

*H. Caspari.*

*Herzog. prot. Secretair.*



## Protokoll 7.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch die Landesfürstliche Verordnung *Nr.* 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
4. December 1875, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: die sämmtlichen Abgeordneten mit Ausnahme der beurlaubten Mitglieder der Synode, Dr. Schmid und Bode (Gandersheim), imgleichen der unterschriebene Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Triepß und Ministerialrath Grotrian; als Vertreter des Herzoglichen Consistorii die Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti; Sallentien und von Schmidt-Whifeldorf.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 2. d. Mts. trat die Versammlung in die 2. Lesung der Regierungsvorlage (Anlage 4 und Prot. 2—6) ein, indem der Vorsitzende erklärte, einzeln über den Eingang, die §§. und die beiden Anlagen des Gesetzentwurfs die Debatte eröffnen zu wollen.

Zu dem Eingang des Gesetzes beantragt der Abgeordnete Kunzen, die beiden ersten Absätze desselben folgendergestalt zu fassen:

„Da nach dem Reichsgesetz vom 6. Februar d. J., über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung, mit der nach Vorschrift dieses Gesetzes zwar, was die Form der Eingehung und die rechtlichen Wirkungen derselben betrifft, eine vollgültige Ehe entsteht,

durch dieses Gesetz aber nach §. 82 die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf die Trauung nicht berührt werden und deshalb erforderlich ist, näher festzustellen" 2c. (wie in der Vorlage).

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag abgelehnt und die Vorlage, sowie ebenfalls der §. 1 des Entwurfs angenommen. Die Berathung über §. 2 wird einstweilen ausgesetzt bis nach Beendigung derjenigen über das Trauformular.

Nachdem die zu §. 3 von dem Abgeordneten Skerl an das Kirchenregiment gerichtete Anfrage,

ob der bisher für Ehen zwischen Katholiken und Protestanten gesetzlich geregelte Zustand durch das Gesetz modificirt werde, vom Geheimrath Dr. Triepß beantwortet, wird dem §. 3 mit den dazu in 1. Lesung angenommenen Veränderungen zugestimmt, die Letzteren jedoch auf Wunsch des Kirchenregiments dahin redigirt, daß

- 1) der Antrag Wolff-Desterreich so lautet:  
„welche von unserm Herzoglichen Consistorio ertheilt wird.“
- 2) der Antrag Desterreich:  
„daß ihm gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung keinerlei Bedenken bekannt seien.“
- 3) der Antrag Stöter:  
„Dimissoriale eines zuständigen Predigers.“

Zu §. 4 beantragen:

- 1) der Abgeordnete Dr. Ude  
als dritten Absatz des §. folgenden einzuschalten:  
„Behuf Erwirkung der kirchlichen Verkündigung haben die Betheiligten auf Erfordern eine standesamtliche Bescheinigung über ihre beiderseitigen Vor- und Zunamen und über diejenigen ihrer Eltern beizubringen.“
- 2) der Abgeordnete Desterreich
  - a) in der ersten Zeile statt „in der Regel“ zu setzen:  
„sobald die Anmeldung zu kirchlicher Trauung erfolgt ist. (§. jedoch §. 5)
  - b) in dem dritten Absatz die Worte „der beabsichtigten Ehe“ zu streichen,
  - c) dem vierten Absatz folgende Fassung zu geben:  
„Wird die kirchliche Trauung erst nach stattgehabter Eheschließung oder so spät beantragt, daß die Verkündigung vor der Trauung nicht mehr erfolgen kann, so darf dieselbe auf den Wunsch der Betheiligten unterbleiben.“
- 3) der Abgeordnete Bode:  
Absatz 1. so zu fassen:



„Statt des bisherigen zweimaligen kirchlichen Aufgebots hat auf Wunsch der Verlobten oder Eheleute eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten oder geschlossenen Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben des Paares im öffentlichen Gottesdienste am Orte der kirchlichen Trauung nach dem Formular der Anl. B. stattzufinden.“

und dann Absatz 3 und 4 zu streichen.

4) der Abgeordnete Eskerl

in dem Antrag Ude hinter den Worten „ihrer Eltern“ hinzuzufügen „sowie über ihre Confession.“

5) der Abgeordnete Lerche (Gigum)

den Absatz 4 durch folgenden zu ersetzen:

„Wird die kirchliche Trauung erst nach bereits stattgehabter Eheschließung beantragt, so kann die kirchliche Verkündigung auf Wunsch der Betheiligten entweder unterbleiben oder am nächstfolgenden Sonntage in entsprechender Fassung nachgeholt werden.“

Nach Schluß der Debatte unter den Antragstellern, Consistorialrath Sallentien, Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, Abgeordneter Münch, Geheimerath Dr. Friepß, Abgeordnete Caspari, Steinmeyer, Lerche (Gandersheim) werden die Anträge Vode, Ude und Eskerl und Abs. 2 der Vorlage angenommen, womit die Anträge Desterreich und Lerche in Wegfall kommen.

Zu §. 5 beantragte der Abgeordnete Vode im Anschluß an seinen bereits in erster Lesung angenommenen Antrag,

dem §. folgende Fassung zu geben:

§. 5.

Die kirchliche Trauung ist nicht zu gewähren, wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, oder die Segnung nach den besonderen Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden mußte.

Die Fälle, in welchen die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, sollen durch ein Kirchengesetz festgestellt werden.

Bis zu dessen Erscheinen hat der betreffende Geistliche darüber, ob aus dem erwähnten Grunde die Trauung zu verweigern sei, nicht selbstständig zu bestimmen, sondern es hat derselbe jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen. Gegen die abgegebene Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen, wie jenem ein binnen 14 Tagen, von Eröffnung der Entscheidung angerechnet, zu überreichen. Der Recurs an Uns zu, auf welchen Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen werden.

Darüber, ob die Segnung nach den besonderen Umständen des Falls als entwürdigt angesehen werden müßte, entscheidet auf den Vortrag des Geistlichen der betreffende Kirchenvorstand.

Gegen diese Entscheidung, welche den Betheiligten sofort zu eröffnen ist, steht sowohl dem im Kirchenvorstande überstimmten Geistlichen, als auch dem zurückgewiesenen Paare ein binnen 14 Tagen, von Eröffnung der Entscheidung angerechnet, zu überreichender Recurs an Unser Herzogliches Consistorium und gegen dessen Entscheidung ebenso der Recurs an Uns zu, auf welchen Wir verfahren werden, wie in dem ersten Falle.

Hierzu stellte der Abgeordnete Oesterreich den Unterantrag.

im zweiten Absatz des Antrags Vode statt „die Fälle — zuwider ist“ zu setzen: „die Fälle, in welchen die Trauung als mit dem Evangelium nicht vereinbar, zu versagen ist.“ u.

Geheimerath Dr. Triepß theilt der Versammlung die Fassung mit, welche §. 5 nach den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen, denen er im Wesentlichen, mit Ausnahme des bestimmten Versprechens eines Kirchengesetzes qu., für seine Person nicht entgegen sein werde, zweckmäßig gehalten würde. Abgeordneter Steinmeyer schließt sich dem an und beantragt demzufolge

statt §. 5 folgende §§.

#### §. 5.

„Die kirchliche Trauung ist zu versagen

- 1) wenn nicht beide Ehe-schließenden der christlichen Kirche angehören
- 2) wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist,
- 3) wenn nach den besondern Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte.“

#### §. 5a.

„Bis zum Erlaß eines Kirchengesetzes über die kirchlichen Ehehindernisse hat Unser Herzogliches Consistorium zu entscheiden, ob die Trauung deshalb, weil die Ehe dem Evangelio zuwider ist, versagt werden müsse (§. 5 Nr. 2).“

Der betreffende Geistliche hat jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen diese Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen, wie jenem ein Recurs an Uns zu.“

#### §. 5b.

„Ist der Geistliche der Ansicht, daß nach den besonderen Umständen

des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte, so hat derselbe die Sache dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen und ist berechtigt, die Trauung zu versagen, wenn der Kirchenvorstand hierzu die Zustimmung ertheilt.

Die Betheiligten haben wegen dieser Versagung das Recht der Beschwerde, über welche Unser Herzogliches Consistorium entscheidet. Gegen diese Entscheidung kann ein Recurs an Uns, sowohl von den Betheiligten als von dem Geistlichen verfolgt werden.

Ertheilt der Kirchenvorstand seine Zustimmung nicht, so hat der Geistliche, wenn er seine Bedenken nicht für erledigt erachtet, die Frage Unserm Herzoglichen Consistorium zur Entscheidung vorzulegen, gegen welche den Betheiligten und dem Geistlichen ein Recurs an Uns zusteht."

§. 5c.

"Ueber die an Uns verfolgten Recurse (§. 5a. und 5b.) werden Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen."

§. 5d.

"Die in den vorstehenden §§. erwähnten Beschwerden und Recurse sind binnen 14 Tagen, von Eröffnung der betreffenden Entscheidung angerechnet, zu überreichen."

Nach kurzer Debatte zieht Abgeordneter Bode seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Steinmeyer zurück, welcher Letztere sodann angenommen wird.

Ebenso acceptirt die Versammlung § 6 ohne Discussion.

Bei der nun folgenden Berathung über das Trauformular, an welcher sich Geheimerath Dr. Triepß, Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, Abgeordnete Apffel, Eggeling, Desterreich und die folgenden Antragsteller betheiligten, beantragt:

1) Abgeordneter Steinmeyer:

das der Versammlung im Druck zugegangene Trauungsformular (Anlage 4a), abgesehen von dem darin weggelassenen Passus der ursprünglichen Vorlage, den Lectionen und dem Schluß von „(der Geistliche läßt die Getrauten u.)“ an als von ihm beantragt anzusehen.

Anl. 4a.

2) Abgeordneter Lerche (Sigum):

Im Trauformular die Frau so zu bezeichnen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen M. M. (Vorname und Name des Mannes)".

3) Abgeordneter Bode:

a. zu dem Antrage Steinmeyer:

statt „hier gegenwärtigen M. M. (Vor- und Geburtsname) zu setzen  
„hier gegenwärtigen Frau.“

## b. zu den Lektionen:

hinter „zum dritten sollt ihr auch hören den Segen, damit unser Herr Gott den ehelichen Stand gesegnet hat“ zu setzen (die nachfolgende Lektion kann angemessen gefügt werden).“

Nach Schluß der Debatte wurden der Antrag Steinmeyer einstimmig, die Anträge Lerche, Bode (3b) und der übrige Theil des Trauformulars gleichfalls einstimmig angenommen, der Antrag Bode (3a) abgelehnt.

Die Versammlung schritt zur Berathung des §. 2, welcher mit dem dazu vom Abgeordneten Desterreich gestellten Antrage:

„freien oder formulirten“ zu streichen und in zweiter Zeile vor „Gelöbniß“ einzuschalten „dem Ehebekennniß und“

nach kurzer Debatte angenommen wurde.

Zu dem „Formular der kirchlichen Verkündigung“, Anl. B des Gesetzentwurfs, beantragte der Abgeordnete Desterreich:

statt der Worte „welche in den heiligen Ehestand treten wollen“ zu setzen: „welche die kirchliche Trauung begehren“.

es wurde indeß unter Ablehnung dieses Antrags der Entwurf angenommen, nach dem sich Geheimerath Dr. Trieps und die Abgeordneten Bode, Desterreich, Steinmeyer, Eggeling, Münch an der Debatte theilgenommen hatten.

Damit schließt der Präsident die zweite Lesung. Auf Vorschlag desselben beschließt sodann die Versammlung von dem Ergebniß ihrer Berathungen dem Kirchenregiment Mittheilung zu machen und beauftragt mit Abfassung des von dem Anl. 5. Vorsitzenden zu vollziehenden Schreibens, welches eine Anlage dieses Protokolls bilden sollte, die Secretaire Abgeordneten Dr. Ude und Skerl und den protokollierenden Secretair.

Nachdem hier der Abgeordnete Steinmeyer noch auf die künftighin bei Führung der Kirchenbücher hervortretenden Schwierigkeiten hingewiesen, unter event. Vorbehalt eines bestimmten Antrags, schloß der Präsident die heutige Sitzung und beraumte die nächste auf den 6. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr unter Festsetzung einer Tagesordnung für dieselbe an.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*

## Protokoll S.

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup> 77 vom 19./23. October 1875 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
6. December 1875, Nachmittags 3 Uhr.

Gegenwärtig: die Mitglieder der Synode mit Ausnahme der beurlaubten Abgeordneten Dr. Schmid und Bode (Gandersheim) und des Abgeordneten Wibrans; imgleichen der unterzeichnete Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Triepß, als Vertreter des Herzoglichen Consistorii die Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, Sallentien und von Schmidt-Biseldorf.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 4. d. Mts. machte der Präsident Mittheilung von dem Eingang eines auf den Bericht vom 4. h. erlassenen Höchsten Rescripts vom heutigen Tage (Anl. 6), verlas dasselbe und verstellte sodann, als Niemand mehr das Wort begehrte, den Entwurf mit den vom Kirchenregiment genehmigten Abänderungen und der dem §. 4 in dem Rescript gegebenen Fassung im Ganzen zur Abstimmung. Der Entwurf wurde mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Anl. 6.

Abgeordneter Steinmeyer verzichtete auf weitere Berathung seines hinsichtlich der Kirchenbuchführung gestellten Antrags.

Hiernächst richtete Geheimerath Dr. Triepß an die Versammlung die als Anlage 7 diesem Protokoll beigefügte Rede und erklärte damit diese Session der Synode für geschlossen.

Anl. 7.

Nachdem sodann noch der Präsident für die ihm von der Versammlung bewiesene Nachsicht und Unterstützung bei seiner Amtsführung, der Abgeordnete Desterreich als Ältester der Versammlung in deren Namen dem Präsidenten für die umsichtige Leitung der Verhandlungen gedankt hatte, schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Herzog, prot. Secretair.*

**Bemerkung.** Das die Zustimmung der Landes-Synode dem Kirchenregimente mittheilende Schreiben des Ausschusses der Landes-Synode ist als Anlage 8 diesem Protokolle beigefügt.

*Herzog.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
N<sup>o</sup>. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

1. Sitzung vom 25. November 1875.

---

Zu der durch die Höchste Verordnung N<sup>o</sup> 77 vom 19./23. v. Mts. berufenen außerordentlichen Landessynode hatten sich heute im SitzungsSaale des Landschaftlichen Hauses zu Braunschweig die nachstehend benannten Abgeordneten:

- 1) Ackermann Ahrens aus Ostbargen,
- 2) Superintendent Apfel aus Seesen,
- 3) Handelsgerichts-Director Bode von hier,
- 4) Superintendent Brunke aus Wolsdorf,
- 5) Oberbürgermeister Dr. Caspari von hier,
- 6) Superintendent Dedekind aus Stadtholendorf,
- 7) Pastor Eggeling von hier,
- 8) Gemeindevorsteher Eimecke aus Wahren,
- 9) Superintendent Freist aus Zimmerlah,
- 10) Schulrath Gravenhorst von hier,
- 11) Gymnasialdirector von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 12) Dekonom Keil aus Herrhausen,
- 13) Steinbruchbesitzer Körner aus Belpke,
- 14) Generalsuperintendent Kuhn aus Helmstedt.
- 15) Staatsanwalt Kühne aus Blankenburg,
- 16) Finanzrath a. D. Kunken von hier,
- 17) Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,
- 18) Pastor Lerche aus Eikum,
- 19) Pastor Münch aus Gattenstedt,
- 20) Landessyndicus Desterreich von hier,
- 21) Gastwirth Preusse aus Bettmar,
- 22) Pastor Rohde aus Gr.-Dahsum,
- 23) Ackermann Schäfer aus Lauingen,

- 24) Pastor Skerl von hier,
- 25) Generalsuperintendent Steinmeyer von hier,
- 26) Generalsuperintendent Stöter aus Gandersheim,
- 27) Staatsanwalt Dr. Ude aus Wolfenbüttel,
- 28) Bürgermeister Vibranz aus Calvörde,
- 29) Superintendent Wolff aus Halle

eingefunden, wogegen an Seiten des Kirchenregiments der Landesfürstliche Commissar, Herr Geheimerath Dr. Trieps und der Herr Ministerialrath Grottrian in Begleitung des Herrn Hofraths Kybik, als Mitglieder des Herzoglichen Consistorii aber die Herren Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, Consistorialrath Sallentien und Consistorialrath von Schmidt-Phiseldack erschienen waren.

Der Herr Geheimerath Trieps eröffnete die Synode mit folgenden Worten:

»Von Sr. Hoheit, unserm Durchlauchtigsten Herzoge mit dem Auftrage gnädigst beehrt, diese außerordentliche Synode der evangelisch-lutherischen Kirche unseres Landes zu eröffnen, heiße ich Sie, meine geehrten Herren, die Sie dem Landesfürstlichen Rufe folgend, Sich hier versammelt haben, vor allen Dingen freudig willkommen.

Der Grund, welcher Ihre jetzige Zusammenberufung zu einer Sache der Nothwendigkeit machte, ist Ihnen Allen genügend bekannt. Das Reich hat sich gedrungen gesehen, über die Formen der Eheschließung gesetzliche Bestimmungen zu treffen und dabei die rechtliche Seite der Ehe von der kirchlichen Seite zu scheiden.

Könnten wir lediglich die Zustände unseres Landes berücksichtigen, so würden wir uns schwerlich mit dieser Sonderung zu beschäftigen haben. Unsere eigenen Verhältnisse führen das Bedürfnis nicht herbei, in eine seit Jahrhunderten bestehende Sitte einzugreifen, in eine Sitte, welche bei uns von der Ueberzeugung getragen wird, daß für die Eheschließung nicht die Zerlegung der rechtlichen und religiösen Momente, sondern deren Verknüpfung in Einem feierlichen Acte das eigentlich Wünschenswerthe sei.

Indeß wir leben nicht für uns allein, sondern wir bilden einen einzelnen deutschen Staat, wir haben als ein Glied des Reichs die Bedürfnisse des großen Ganzen auch für uns als maßgebend anzuerkennen und selbstverständlich dessen Gesetz willig und treu zu befolgen. Nur innerhalb der reichsgesetzlichen Schranken können also kirchliche Normen künftighin bestehen bleiben und gültig erlassen werden.

Soll das durch die Reichsgesetzgebung geschaffene Verhältniß zum Heil führen, so müssen beide großen Gemeinschaften und deren Gewalten, die staatliche und die kirchliche stets eingedenk sein, daß sie, wenn auch in verschiedener Weise einem und demselben höheren Herrn zu dienen haben, und daß nicht der feindliche Hader zwischen den Gliedern jener idealen Ordnungen, sondern das Ringen nach einer dem göttlichen Rathschlusse entsprechenden Harmonie dahin führt, die beiden Gewalten nach den Worten unserer Augustana als die zwei höchsten Gaben Gottes auf Erden geehrt zu sehen.

Der Staat, obschon er sein Fundament, das Recht, in dessen Selbstständigkeit und Heiligkeit gegen Jedermann aufrecht erhalten muß, kann und wird im Hinblick auf die Beschränktheit dieser seiner Sphäre zugestehen, daß es geistige Regionen giebt, welche dem weltlichen Arme und dem äußeren Zwange in Wirklichkeit unzugänglich sind. Mit Freuden sieht er daher das rechtlich verbundene Paar vor Gottes Altar treten, damit dem Bunde die religiöse Weihe zu Theil werde.



Die Kirche hingegen mag immerhin das Gebiet des Rechts als eine Vorhalle des Tempels betrachten, in dessen innerem Heiligthume sie selbst waltet; allein sie wird beherzigen, daß es ihre Aufgabe ist, das Gesetz zu erfüllen, nicht dasselbe aufzulösen, sie wird nicht vergessen, daß in Zukunft nur ein bereits verbundenes Paar vor Gottes Altar treten kann.

Im Geiste dieser unverschleierte Wahrheit ist der Entwurf ausgearbeitet, welchen die Kirchenregierung Ihrer Prüfung unterbreitet und für welchen dieselbe Ihre Mitwirkung in Anspruch nimmt.

Die Kirchenregierung erkennt nicht die dem kirchlichen Leben drohende Gefahr, aber sie hegt die Zuversicht, daß diese Gefahr überwunden wird.

Meine geehrten Herren, nur der schwächliche Baum bedarf der äußeren mechanischen Stütze, der gesunde trogt den Stürmen durch den Halt der eigenen Wurzeln. Vertrauen wir der Kraft des lauterer Wortes, vertrauen wir der Verheißung, welche seiner Verkündigung gesichert ist, vertrauen wir darauf, daß diese Verkündigung gläubige Herzen und damit den Boden bereitet, aus welchem die fromme kirchliche Sitte für und für ihre Nahrung saugt und in welchem sie so tief wurzelt, daß sie auch ohne staatlichen Zwang bestehen und zu immer volleren Leben sich entfalten wird.

In der Hoffnung und mit dem Wunsche, daß Ihre Berathungen und Beschlusnahmen für die Kirche unseres Landes segensreich sein mögen, erkläre ich kraft des mir ertheilten Höchsten Auftrags hiermit die Synode für eröffnet.«

Nachdem sodann die in die Synode neu eintretenden Abgeordneten, die Herren

- 1) Staatsanwalt Kühne,
- 2) Bürgermeister Vibranz,
- 3) Finanzrath a. D. Kunzen,
- 4) Pastor Eggeling,
- 5) Pastor Rohde,

das im §. 17 des Gesetzes Nr. 34, die Errichtung einer Landessynode u. betr., vom 31. Mai 1871 vorgeschriebene Gelöbniß einzeln in die Hände des Landesfürstlichen Commissars abgelegt und die Vertreter des Kirchenregiments sich zurückgezogen hatten, schritt die Versammlung unter dem Vorsitz des an Jahren ältesten Mitgliedes, des Herrn Landssyndicus a. D. Desterreich, welcher die Abgeordneten Rohde und Ude zur Assistentz bei dem Wahlgeschäfte berief, zur Wahl ihrer Beamten. Es wurden, um Sr. Hoheit zu dem Amte eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters präsentirt zu werden, in 3 gesonderten Wahlgängen die Abgeordneten:

Oberbürgermeister Dr. Caspari mit 27 Stimmen,

Generalsuperintendent Steinmeyer mit 25 Stimmen,

Obergerichtsvicepräsident Dr. Schmid mit 25 Stimmen

gewählt. Von diesen erhielt zu dem Amte des Vorsitzenden der Abgeordnete Dr. Caspari, zu dem des Stellvertreters des Vorsitzenden der Generalsuperintendent Steinmeyer die Landesfürstliche Bestätigung.

Auf Ersuchen des Alterspräsidenten übernimmt sodann der Abgeordnete Oberbürgermeister Dr. Caspari den Vorsitz, indem er der Versammlung für die auf ihn gefallene Wahl in kurzen Worten seinen Dank ausspricht.

Der Präsident fordert zunächst die Anwesenden auf, das Andenken der seit dem Schluß der ersten ordentlichen Landessynode verstorbenen Mitglieder derselben, des Kreisdirector Cruse aus Helmstedt, des Superintendent Guthe aus Königsutter, des Kreisgerichtsdirector Helmutz aus Blankenburg, des Oberamtmann Mehrkorn und des Generalsuperintendent Pfeiffer von hier durch Erheben von den Sitzen zu ehren.

Die Versammlung erhebt sich.

Der Präsident erstattet sodann als Vorsitzender des Synodalausschusses Bericht über

die Vorprüfung der Legitimationen der neu eingetretenen Mitglieder der Versammlung, bemerkt, daß besondere Mängel bei Prüfung der Wahlacten nicht gefunden seien, und beantragt, die Legitimation für beschafft anzunehmen.

Die Versammlung tritt dem Antrage bei, nimmt sodann die Mittheilung des Präsidii, daß der Abgeordnete Dr. Schmid von dem Synodalausschuß Krankheitshalber bis zum 29. d. Mts. beurlaubt, der Abgeordnete Bode (Gandersheim) aber um Urlaub für die ganze Dauer der Synode wegen Geschäftsüberhäufung eingekommen sei, entgegen und ertheilt dem Abgeordneten Bode den erbetenen Urlaub.

Der Vorsitzende eröffnet hiernächst der Versammlung zwei Höchste Rescripte an den Synodalausschuß vom 17. d. Mts., die Vertretung des Kirchenregiments bei der Landessynode und die Besorgung der Secretariats- und Registraturgeschäfte betreffend, nach deren Ersten der Geheimrath Triepß und in gleicher Weise auch die übrigen Mitglieder des Herzogl. Staatsministeriums mit Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Kirchenregierung beauftragt, an Seiten des Herzoglichen Consistorii aber der Abt und Consistorialrath Dr. Ernesti und die Consistorialräthe Sallentien und von Schmidt-Phiseldack als Vertreter ausersiehen sind, und ein an die Landessynode gerichtetes Höchstes Rescript vom heutigen Tage, mit welchem derselben der Entwurf eines Kirchengesetzes über die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot nebst Motiven zur Prüfung und Beschlußfassung vorgelegt wird.

Hinsichtlich der Berathung über diese Vorlage beschließt die Versammlung nach kurzer Debatte zwischen den Abgeordneten Desterreich und Wolff eine zweimalige Lesung.

Damit wird die Sitzung geschlossen, vom Präsidenten die nächste auf den 27. d. Mts., Morgens 11 Uhr, anberaumt und auf deren Tagesordnung die Berathung der einzigen Vorlage gesetzt.

*Herzog, prot. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
N<sup>o</sup>. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

2. Sitzung vom 27. November 1875.

---

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 25. d. Mts. theilt der Präsident den Eingang einer von Geistlichen des Landes an die Landessynode gerichteten Eingabe mit, stellt dieselbe den Mitgliedern behuf Einsichtnahme in loco zur Verfügung, eröffnet darauf der Tagesordnung gemäß die Berathung über die Vorlage, zunächst den Eingang des Gesetzes und damit die Generaldiscussion. Es erhält das Wort zuerst

Abgeordneter Dedekind: Ihm sei die in Folge der Einführung der Civilehe durch das Reich in Deutschland hervorgetretene Aufregung unfasslich, dem Staate stehe ja das Recht zu, die gesetzlichen Normen für die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung zu erlassen und die Civilehe bestehe schon seit langen Jahren in Frankreich für Katholiken, Reformirte und Lutheraner, ebenso in England und seit 60 Jahren auch in der Rheinprovinz, daneben aber auch die kirchliche Trauung. Weshalb nehme die Vorlage nun hier der Kirche das Recht, die Eheschließung so, wie bisher vorzunehmen? Staat und Kirche berühren sich dabei nicht, jener läßt durch seine Organe die bürgerlich rechtliche Ehe schließen, diese habe das Recht, die Ehe als eine göttliche Einrichtung unter Gottes Wort und für ihre Schließung das Trauformular aufzustellen, welches eben nur die Ehe als eine kirchliche vor Augen habe; ab Seiten des Staats würde die Ehe durch den Standesbeamten, ab Seiten der Kirche durch deren Diener geschlossen. Er müsse deshalb bei aller Zufriedenheit mit dem Trauformular die Aufnahme der Copulationsformel in dasselbe wünschen.

Abgeordneter Wolff. Die Formen für kirchliche Handlungen, welche von unsern Vätern getroffen, seien ein Stück unseres kirchlichen Rechts, des Rechts eines jeden lutherischen Christen; wer daran rütteln wolle, müsse stark legitimirt sein, nicht das Kirchenregiment, nicht die Synode sei dazu competent; wer daran rütteln wolle, müsse sich legitimiren aus Gottes Wort oder mit zwingenden sittlichen Gründen. Ein solches Recht sei auch das auf kirchliche Eheschließung und dieses Recht solle durch die Vorlage angetastet werden; es sei dies eine Folge des Reichsgesetzes, welches nicht bloß bürgerliche Dinge ordne, sondern in das Gebiet des Gewissens übergreife, der Kirche vorschreibe, wann sie mit ihren Handlungen eintreten solle und dadurch eine für die Kirche und jeden Christen unbehagliche Lage schaffe; denn für die Christen sei es Bedürfniß, daß der erste Act, mit welchem er in die Ehe eintrete, ein kirchlicher, ein religiöser sei, und da diesem Bedürfniß durch das Reichsgesetz Rechnung nicht getragen werde, habe in den christlichen Kirchen des deutschen Reichs eine tiefe Missstimmung Platz gegriffen, die nur vielleicht bei den literarisch Gebildeten, welche sich in die Sache naturgemäß leichter finden, nicht so zum Ausdruck komme.

Wenn nun dieser Zustand an sich ein nur unbehaglicher, von dem Gewissen jedoch zu ertragen sei, so würde derselbe jedenfalls ein das christliche Gewissen verlegendes, in dasselbe einschneidendes werden, wenn die bisherige Fassung des Trauformulars abgeändert, wenn die kirchliche Eheschließung zu einer Eheeinsegnung erniedrigt würde. Das in dem Traubüchlein Luthers enthaltene Trauformular theile sich in drei Anschnitte: die Nupturienten begehren sich vor Gott zu christlichen Eheleuten, sie stellen sich unter Gottes Eheordnung, sie werden vor Gott durch den Diener der Kirche zu dieser Ehe verbunden. In diesen drei Punkten bekenne die lutherische Kirche, was ihr von Gott über die Ehe offenbart, diese drei Punkte enthalten einen Theil des Bekenntnisses der lutherischen Kirche und in dieses Bekenntniß eingreifen, heiße ein wesentliches Princip der Synodalordnung verletzen, wornach der Inhalt des Bekenntnisses der kirchlichen Gesetzgebung nicht unterliegt; dies Bekenntniß müsse überall, wo die Kirche rede, ausgesprochen, dürfe nicht willkürlich verändert, müsse also auch in dem Trauformular aufrecht erhalten werden.

Da nach Luthers Lehre die Ehe auf Gottes Eheordnung basirt sei, so habe jeder Lutheraner diese Eheordnung auch als maßgebend anzuerkennen und andererseits wie gegen die Kirche so auch gegen den Staat das Recht, zu verlangen, daß sie ihre Normen dieser Ordnung gemäß und nicht im Widerspruch zu ihr aufstellen; die Kirche solle dem, was dem Christen Bedürfnis und Schuldigkeit, öffentlich Ausdruck geben, thue sie das nicht, so habe sie den Namen, erfülle aber nicht ihre Verpflichtungen; jeder lutherische Christ habe zufolge des Bekenntnisses seiner Kirche ein gutes Recht, vor Gott öffentlich und an geheiligter Statt seine Ehe zu schließen, er brauche sich nicht, seinem Bedürfnis zuwider, mit einer bloßen Einsegnung der Ehe durch den Verordneten der Kirche abfinden zu lassen.

Abgeordneter Thiele. Die Synode sei in einer eigenthümlichen Lage, sie berathe über das Trauformular, eigentlich aber über einen Ehescheidungsproceß zwischen Staat und Kirche, hervorgerufen durch das Vorgehen des Staates; dieser Proceß sei, wie er mit Dank anerkennen wolle, Seitens der hiesigen Regierung so weit wie möglich hinausgeschoben, habe ihren Widerspruch auch in den Berathungen des Bundesraths über das fr. Reichsgesetz erfahren. Diesem Gesetz, da es einmal bestehe, müsse sich nun auch die Kirche fügen, möge sie noch so sehr bedauern, daß mit dem Erlaß jenes Gesetzes der Staat der Kirche seinen Arm entzogen, der zwar zuweilen schwer auf ihr gelastet, sie aber doch auch kräftig gestützt habe.

Gegen den Entwurf sprächen mannichfache Bedenken. Der Staat habe zwar durch das Reichsgesetz das Seinige bereits hingenommen, die Kirche verlassen und auf sich selbst gestellt, der vorliegende Entwurf aber lasse der Kirche nur das Hinterhersehen, gebe ihr nicht, was ihr gebühre, und suche dies Verfahren mit der Deduction zu begründen, daß die Ehe bereits durch den Civilact nach allen Seiten hin geschlossen und perfect geworden sei und solches die Kirche anerkennen müsse. Er, Redner, nehme eine andere Logik für sich in Anspruch: die Eheschließung bestehe aus zwei verschiedenen Phasen, die eine die Eheschließung vor dem Standesbeamten, nöthig um für die Ehe die bürgerlichen Wirkungen zu erzeugen, die andere die kirchliche, die eigentliche Eheschließung vor Gott.

Der Entwurf lege den Hauptnachdruck auf den Civilact, sei aber in dieser Beziehung doch nicht ganz consequent durchgeführt, spreche z. B. forthwährend von kirchlicher Trauung, ohne daß die Absicht, damit nur kirchliche Segnung zu bezeichnen, genügend hervortrete.

Der Entwurf mache gar zu sehr den Eindruck eines Nothkinde, welches nicht frisch in die Welt hinausschaue und an seinem Außern noch die Spuren der Gewalt trage, mit welcher es ans Licht gefördert sei; er hoffe, daß der Entwurf demnächst noch corrigirt werden würde, und behalte sich bezüglich Anträge noch für die Specialdiscussion vor, beantrage aber für jetzt, da die Zeit zur gründlichen Prüfung der Vorlage zu knapp bemessen gewesen sei,

die Bestellung einer Commission zur Vorprüfung, welche demnächst dem Plenum Bericht zu erstatten habe.

Der Vorsitzende: Der Antrag solle nach Beendigung der Generaldebatte zur Abstimmung gebracht werden.

Abgeordneter Bode (Braunschweig). Er wolle constatiren, daß in dieser Versammlung auch noch andere Gesinnungen herrschten, als die von den orthodoxen Vorrednern hier zum Ausdruck gebracht; er stehe auf einem andern Standpunkte als diese, er theile im Allgemeinen die Principien und Bestrebungen des Protestantenvereins, und glaube, auch auf dieser Basis die von ihm beschworenen Pflichten eines Synodalmitgliedes recht wohl erfüllen zu können.

Es sei anzuerkennen, daß hier zu Lande ein zwingender Grund zur Einführung der Civilehe nicht vorgelegen, es seien aber die Gegner derselben von vornherein darauf hinzuweisen, daß nur freiwillige Kirchlichkeit, wie sie jetzt nach Erlass des Reichsgesetzes zu Tage treten werde, Werth habe, erzwungene Kirchlichkeit, die bisher von der spontanen sich nicht äußerlich unterscheiden, ohne alle Bedeutung sei. Das Reichsgesetz sei erlassen aus Noth, entstanden durch den Theil der Geistlichen, welche ihr Amt zu hierarchischen Zwecken benutzten; der Staat, welcher sich auf die Familie und damit die Ehe hauptsächlich stützen müsse, könne und dürfe, wolle er seine Existenz schützen und aufrecht halten, eine Ausbeutung dieser Institute zu hierarchischen Zwecken sich nicht gefallen lassen; in Verfolgung solcher Ziele seien aber von einem Theile der Geistlichen, besonders Katholiken, aber auch Lutheranern, Forderungen aufgestellt, welche die ihnen durch ihren Beruf gesteckten Schranken hinter sich ließen, seien die curiossten Bestrebungen hervorgetreten und Fälle von Widerseßlichkeit gegen die Staatsgewalt vorgekommen, in denen der Gehorsam gegen die Staatsgesetze mit Berufung auf höhere Pflichten des Gewissens abgelehnt worden sei. Nachdem die unglückselige romantische Richtung, welche von oben herab derartige Bestrebungen eine Zeitlang begünstigt habe, aufgehört, verlange jetzt der Staat wieder das, was ihm gebührt, Gehorsam gegen die von ihm erlassenen Gesetze. Zu diesen Gesetzen gehöre auch das über die Civilehe, welches nothwendig geworden sei, nicht für das hiesige Land, aber für andere Gegenden im deutschen Reich, und auch hier solle man gern sich dem Willen des Reichs fügen, solle dem Kaiser geben, was des Kaisers ist; in der Eröffnungspredigt seien die jüdischen Zustände zur Zeit von Christus geschildert und mit den unseren gleichsam verglichen; ein solcher Vergleich passe aber nicht; die Herodianer, welche zu dem römischen Reich gehalten, seien durch Eigennutz und Sucht nach Gewinn dazu getrieben, die Deutschen seien aus Vaterlandsliebe reichstreu, einer Tugend, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern, welche überhaupt ein Vaterland gehabt, hoch gehalten sei und werde, auch wenn die Kirche keine Vorschriften darüber gebe; existirten auch jetzt noch in Deutschland, wo dasselbe die ihm zukommende Stellung eingenommen und so enorme Fortschritte nach innen und außen gemacht, reichsfeindliche Elemente, so sei deren Dasein zurückzuführen auf Sonderinteressen oder ein starres, verbohrtcs Festhalten an alten Anschauungen und Illusionen; unbekümmert darum aber schreite das Reich fort auf der eingeschlagenen Bahn, und in kirchlicher Beziehung nicht in der Richtung der Orthodoxie; so sei, während er, Redner, in der Synode des Landes eine Zusammensetzung der Synode aus zwei Drittel Laien und ein Drittel Geistlichen beantragte, damit aber große Entrüstung hervorgerufen habe, jetzt in Preußen die Landessynode in derartigem Zahlenverhältniß zusammengesetzt, so seien die von ihm früher angeregten Bestrebungen, eine Vereinigung mit anderen Kirchen Deutschlands zu suchen, zuerst gleichsam als ein Stiefenpferd der Partei, zu welcher er sich rechne, betrachtet, nachher aber überall im Deutschen Reich ins Leben getreten.

Er erkläre seine Zustimmung zu den Principien der Vorlage.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Auf Redner und seine Freunde habe der Entwurf einen andern Eindruck gemacht, als auf die Abgeordneten Wolff und Thiele; er begrüße das Gesetz mit Freuden und sei im Allgemeinen auch mit der Fassung einverstanden.

Wenn ein Vorredner gesagt, es komme für die Christlichkeit der Ehe auf die Eheschließung an, so könne er diesen Standpunkt nicht theilen, sei vielmehr der Ansicht, daß hierfür die Eheführung den Maassstab gebe. Die von einer andern Seite behauptete Unbehaglichkeit des Gefühls, hervorgerufen durch die Civilehe und die Vorlage, könne nur aus einem Mißverständniß des Instituts hervorgehen; jetzt und in Zukunft sei es Sache der Kirche, in den Gemein-

den den Sinn für die kirchliche Trauung hochzuhalten, sei es die Aufgabe der Pfarrer, die Gemeindemitglieder zu belehren, daß auch in Zukunft die volle kirchliche Feier statfinde.

Er sei ganz damit einverstanden, daß der Entwurf die Eheschließung vor dem Standesbeamten als nach allen Seiten hin vollwichtig annimmt, der entgegengesetzte Standpunkt zeuge nicht von Reichstreue.

Abgeordneter *Apfel* spricht seine vollkommene Uebereinstimmung mit dem Entwurf aus, der beiden Gewalten, Kirche und Staat, zuspreche, was ihnen zukomme; die Kirche könne jetzt nach Erlass des Reichsgesetzes nur verlangen, daß die Eheleute vor ihr eine christliche Führung der Ehe versprechen.

Abgeordneter *Hiele* (zu einer persönlichen Bemerkung). Der Abgeordnete *Bode* habe sich über Dinge ausgelassen, welche gar nicht zur Sache gehörten; soweit derselbe zur Sache gesprochen, constatiere er seine vollkommene Uebereinstimmung mit demselben.

Abgeordneter *Wolff* (desgleichen). Es sei wünschenswerth, daß eine persönliche Charakterisirung einzelner Synodalmitsglieder, wie sie hier vorgekommen durch Bezeichnung: *Orthodore*, oder den Vorwurf mangelnder Reichstreue künftighin unterbleibe.

Der Vorsitzende bemerkt, daß er nur das Recht der Unterbrechung dann habe, wenn wirklich auf bestimmte Personen bezügliche, ungehörige Bemerkungen vorkämen; der Abgeordnete *Bode* habe nicht von einzelnen Personen, sondern von Parteien gesprochen.

Abgeordneter *Bode* (persönlich). Der Präsident habe ihn bereits genügend gerechtfertigt; wenn übrigens die Bezeichnung »*orthodox*« als eine Injurie aufgefaßt werde, dann wolle er den Ausdruck gern zurücknehmen.

Abgeordneter *Rohde* bekennt sich zu den *Orthodoren*, wie dies dem Glauben und Bekenntniß der Kirche gemäß nicht anders sein könne und sieht in jener Bezeichnung kein Schimpfwort. Die *Orthodoren* seien nicht reichsfeindlich, hätten vielmehr das wahre Beste des deutschen evangelisch-lutherischen Volkes im Auge, und glaubten damit am Besten auch dem Reich zu dienen.

Bei der Vorlage handele es sich besonders um die Frage: ist die Eheschließung mit dem Civilact in allen Punkten zu Ende, so daß für die Kirche nur Gelöbniß und Segen bleibt, oder ist die Eheschließung nicht vielmehr derart, daß sie auch vor dem Angesicht Gottes stattfinden kann und muß? Die letztere Alternative sei die Ansicht seiner und seiner Freunde; Trauung müsse bleiben, was das Wort besage, ein Act der zur Eheschließung gehöre. Der Entwurf dagegen sehe in dem kirchlichen Act hauptsächlich, nicht allein die Benediction. Womit könne man nun die Gewalt begründen, mit welcher man der Kirche nehme, was ihr bisher zugestanden? Mit dem fr. Reichsgesetz gewiß nicht. Dieses Gesetz läßt die religiöse Seite der Ehe völlig unberührt; so spreche §. 41 nur von der Rechtsgültigkeit der vor dem Standesbeamten zu schließenden Ehe, §. 67 von einem Geistlichen oder andern Religionsdiener, der zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreite, so lasse §. 82 die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf die Trauung durch das Gesetz nicht berührt werden. Demgemäß habe sich auch der Cultusminister Falk ausdrücklich dahin ausgelassen, Kirche und Christen würden durch das Gesetz nicht gehindert, den Civilact als eine Art Eheverschreibung anzusehen, und in ähnlicher Weise äußere sich Professor *Dove*, dessen Reichstreue doch gewiß nicht angezweifelt werde, in seiner neuesten Ausgabe von *Richters Kirchenrecht*. Man könne nun vielleicht einwenden, die Ehe sei aber schon geschlossen, wenn die Rupturienten nach dem Civilact in die Kirche träten. Aber die Ehe habe zwei Seiten, eine rechtliche und eine religiöse, göttliche Seite; jene stehe unter dem Staat und dessen Gesetzgebung, welcher das Erbrecht, das Güterrecht und alle bürgerrechtlichen Wirkungen der Ehe bestimme und regele; die göttliche Seite habe aber mit dem Staat nichts zu thun, er könne die Eheleute nicht zur richtigen, christlichen Führung ihrer Ehe zwingen, Gott selbst müsse die Herzen hierzu verbinden; die Christen hätten ein gutes Christenrecht darauf, ihre Ehe zu schließen vor dem Angesicht Gottes, ihrem Glaubensbekenntniß und Gewissen genüge der bloße Civilact nicht, sie sollen und wollen nicht bloß den *mutuus consensus*, sondern auch den *consensus* zur göttlichen Eheordnung erklären. So deute denn auch der Ringewechsel und das Zusammenfügen der Hände ver-

ständig auf eine Eheschließung, und in dem Volke müsse das Bewußtsein, daß die Ehe in der Kirche geschlossen werde, stark und wach erhalten werden, schon um der in neuerer Zeit auf dem Lande und in Städten in erschreckender Weise zunehmenden Zuchtlosigkeit zu steuern und Einhalt zu thun.

Er stimme aus Vaterlandsliebe für die kirchliche Eheschließung.

Abgeordneter Stöter. Durch das Reichsgesetz sei die Civilehe eingeführt und damit die kirchliche Trauung zu einem Act des freien Willens geworden; man müsse jetzt die Dinge nehmen wie sie liegen, ins wirkliche Leben hineinschauen, und die doctrinaire-pastoralen Anschauungen zurückdrängen, dann werde man sich auch mit dem Gesetzentwurf befreunden, die Richtigkeit der darin enthaltenen Gedanken anerkennen. Sei die bürgerliche Eheschließung eine rechtsgültige, so sei sie, sobald die Nupturienten mit christlichen Gesinnungen kämen, auch eine christliche. Wie werde in Zukunft sich das Verhältniß gestalten? Die kirchliche Trauung werde für den Pfarrer jedesmal eine Freude sein; jetzt, da würden kirchliche Trauungen vorgenommen, die den Pfarrer wahrlich nicht mit angenehmen Empfindungen erfüllten, man denke an die Schließung von Ehen, vermittelt durch die modernen Heirathsbureaux, oder angeregt durch die Heirathsgesuche in den öffentlichen Blättern, man denke an die kirchliche Trauung eines Paares, welches schon lange, unbekümmert um die Vorschriften der Religion, in wilder Ehe gelebt.

In Zukunft werde die Ehe rechtsgültig geschlossen durch den Civilact; zu dem durch alte Sitte gebotenen Act der kirchlichen Trauung dürfe sich die Kirche, um ihrer selbst willen, nicht aufdrängen, sie sei traurig, wenn Eheleute den kirchlichen Segen nicht nachsuchten, könne aber, wenn Irreligiöse oder religiös Indifferenten vorbeigingen, nur für sie beten.

Abgeordneter Skerl. Auf das Schreckbild drohender Zuchtlosigkeit könne man seine Einwürfe gegen die Vorlage nicht stützen, da man anerkennen müsse, daß schon jetzt, unter der Herrschaft der kirchlichen Eheschließung, die Reinheit der Sitten vielfach verloren gegangen sei, und die Einführung der Civilehe hierauf nicht influiren werde.

Die Auffassung der bisherigen Eheschließungsform als Theil des Bekenntnisses sei eine falsche; die Ehe kein Sacrament, sondern nur kirchliche Ordnung und kirchliche Trauung nur eine alte, fromme, beizubehaltende Sitte, gerade wie nach Lutherischer Confession die Ordination, Confirmation, Einsegnung von Leichen u. nur auf kirchliche Ordnungen, nicht das Bekenntniß sich gründeten; an jenen zu ändern, sei erlaubt und nothwendige Aenderungen, wie die vorliegende, berührten nicht das Gewissen, sondern könnten und sollten bewilligt werden. Die eingetretene Nothwendigkeit sei allerdings im Interesse des kirchlichen Lebens zu beklagen; da es aber einmal so gekommen, müsse man sich auf den gegebenen Standpunkt, den Boden des Gesetzes stellen.

Die Eheschließung nun gehe von den Nupturienten selbst aus, sei nur ihre Sache und könne naturgemäß nur Einmal erfolgen; sei die Ehe geschlossen, so sei nachher nur noch eine Anerkennung der Eheschließung möglich. Daß der Staat für sich das Recht, diese Anerkennung zuerst auszusprechen, in Anspruch nahme, sei nach den obwaltenden Verhältnissen erklärlich und zu billigen; die Kirche werde dadurch nicht geschädigt, denn, wer als Christ, also mit christlichem Bewußtsein vor dem Standesbeamten seine Ehe schließt, gehe damit eine christliche Ehe ein: Gott bekenne sich zu den Nupturienten unmittelbar, wenn sich diese zu Ihm bekennen. Es bleibe deshalb für die Kirche nur ein Auerkenntniß durch Segnung der Ehe, nachdem die Eheleute ihrer kirchlichen Pflicht durch Ablegung eines kirchlichen Gelöbnisses christlicher Eheführung genügt, und sei damit das Bedürfniß der Kirche erfüllt.

Wenn hier im Allgemeinen vom Bedürfniß des Volkes gesprochen sei, so wolle er nur darauf hinweisen, daß die Sätze der theologischen Doctrin nicht im Volke wurzelten.

Abgeordneter Kühne. Sein Standpunkt sei der der unbefchränkten Anerkennung des Reichsgesetzes; es handele sich um Trauung von bereits ehelich verbundenen Personen; die Kirche wolle und könne die Eheschließung, bei welcher sie nicht concurrirt, nicht negiren, sie begründe, erzeuge die Ehe nicht, sondern veredele sie nur, deshalb widerspreite es dem Wort Gottes nicht, wenn die Kirche nur segne.

Redner empfiehlt unter Anschluß an die Ausführungen der Abgeordneten Skerl und Stöter Annahme des Entwurfs.

Abgeordneten Steinmeyer. Die Debatte sei auseinander gegangen, das Gebiet der Generaldiscussion verlassen.

Vor allem aber sei dabei von dem Grundgedanken auszugehen, daß kein einzelnes Mitglied der Versammlung sich specifisch Christ nennen dürfe; alle seien Christen und müßten sich als solche anerkennen, anerkennen, daß Jeder gelöbnißgemäß handle und rede, auch wenn der Standpunkt der Einzelnen ein verschiedener sei.

Die Wolff'schen Deductionen seien unrichtig, da die Frage, ob in der Trauungsformel ein Dogma enthalten sei oder nicht, allgemein verneint werde.

Die Nöthigung der Kirche, in Folge und zu der Civilehe eine bestimmte Stellung zu nehmen, sei zwar zu beklagen, aber nicht zu umgehen. Eine Menge Leute würden in Zukunft kirchliche Trauung nicht mehr suchen; dies würden aber nur solche sein, welche jetzt nur kommen würden, weil sie kommen müßten, die Gefahr für Zucht und Sitte, welche mit der Civilehe verbunden sein solle, könne er nicht so hoch anschlagen, denn, trotzdem bislang die Civilehe nicht gewesen, sei Zuchtlosigkeit eingerissen.

Ueber die Trauungsformel selbst sei in der Specialdiscussion zu sprechen, er wolle für jetzt nur auf die Frage hinweisen, ob nicht zwischen der kirchlichen Eheschließung und der kirchlichen Ehe einsegnung noch ein Drittes in der Mitte liege und schließlich noch dem Kirchenregiment Dank dafür abstatten, daß ein Entwurf vorgelegt sei, welcher von großem Fleiß zeuge, tief durchdacht und in dem jedes Wort auf die Goldwaage gelegt sei.

Abgeordneter Lerche. (Sizum) führt aus, daß §. 82 des Civilstandsgesetzes vom Abgeordneten Rohde nicht gegen die Vorlage verwendet werden könne.

(Abgeordneter Steinmeyer übernimmt den Vorsitz.)

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti: er werde nur über den Cardinalpunkt der Vorlage sich äußern, das Verhältniß der bürgerlichen Eheschließung zu der kirchlichen Trauung. Mehrere Vorredner hätten der Vorlage einen Vorwurf daraus gemacht, daß dieselbe nicht die öffentliche Eheschließung vor Gott, wie sie bisher bestanden, beibehalten habe, sondern bereits vollzogene Eheschließung für die kirchliche Trauung voraussetze. Dieser Einwand als Vorwurf sei unbegründet, Kirchenrecht und Logik entkräfteten denselben.

Die Ehe werde vollzogen und geschlossen durch den Consens der Nupturienten; dieser aber habe nach Kirchenrecht auf bestimmte Weise öffentlich documentirt werden müssen; weil seit der Reformation die religiös-ethische Seite der Ehe, welche an sich als Institut der bürgerlichen Ordnung anerkannt, in den Vordergrund getreten, in Folge dessen auch den Consistorien die Jurisdiction in Ehesachen zugetheilt sei, so seien auch die Geistlichen dazu berufen, den ihnen erklärten Consens der Nupturienten öffentlich durch das Zusammensprechen zu verkünden. Bisher sei hiernach in der kirchlichen Trauung der Act mit enthalten gewesen, welcher künftig vor dem Standesbeamten vorgehe, zwischen Beiden nur der Unterschied, daß bei jener die Copulation im Namen des dreieinigen Gottes ausgesprochen, bei diesem die Nupturienten im Namen des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt würden. Seit nun die Jurisdiction in Ehesachen den Consistorien abgenommen und auf die bürgerlichen Gerichte übertragen, damit aber das Moment des bürgerlichen Instituts in der Ehe wieder hervorgekehrt sei, habe die Fortdauer der Trauung durch den Prediger eine gewisse Inconsequenz enthalten, welche jetzt, da nach dem Reichsgesetze die Eheleute vor dem Pfarrer erscheinen, von selbst hinwegfalle; nach den Gesetzen der Logik sei es unmöglich, daß eine Ehe, welche bereits vor dem Standesbeamten geschlossen, nochmals durch eine Erklärung vor dem Pfarrer eingegangen werde; nur was getrennt sei, könne verbunden werden. Dies sei an sich eine einfache Sache, und nicht zu widerlegen durch verschiedene dem widersprechende Theorien, welche auch in mehreren von Geistlichen des Landes an Herzogl. Consistorium gerichteten Eingaben verfochten würden; wenn diese Behörde eine Resolution darauf nicht erteilt habe, so sei dies, wie er (Redner) beiläufig bemerken



wolle, hauptsächlich wegen der bevorstehenden Verhandlungen in dieser Synode resp. der Kürze der Zeit nicht geschehen.

Die eine Ansicht nun behaupte, der Kirche stehe ein unantastbares, weil auf Gottes Wort basirtes Recht, der Zusammensprechung der Verlobten zur Ehe zu. Bisher hätte allerdings die Kirche, aber, wie bereits hervorgehoben, auf Grund der früheren Kirchen- und Eheordnungen ein solches Recht gehabt; jetzt seien jene Ordnungen durch den Staat, der sie gegeben, abgeändert, sei für die Ehe als bürgerliches Institut, eine neue bürgerliche Ordnung erlassen, und damit jenes Recht gefallen. Auf Luthers Autorität könnten sich die Anhänger dieser Theorie nicht berufen, denn in dessen Traubüchlein seien »Hochzeit und Ehestand als ein weltlich Geschäft,« sei es als Sache der weltlichen Obrigkeit, über den Trauungsact und das Aufgebot zu bestimmen, sei es endlich als eine Pflicht, nicht als Recht der Geistlichen anerkannt, zu trauen, so man solches von ihnen begehret; demnach hätten dieselben auch Anfangs die Nupturienten vor der Kirche zusammengesprochen und dann vor dem Altar die sittliche Seite der Ehe, die religiös-ethischen Pflichten von Eheleuten ihnen ans Herz gelegt, ihnen hier den Segen ertheilt. Wenn so schon Luther gelehrt, so solle man jetzt nicht, dem entgegen, für die Geistlichen ein Recht, nur allein eine christliche Ehe durch kirchliche Trauung zu schaffen, beanspruchen, deren Recht vielmehr auf den religiösen Act des Gelöbnisses, daß die vorhandene Ehe nach Gottes Wort geführt werden solle, beschränken. Diese ganze Theorie, welche er, Redner, hier bekämpft, sei hinfällig, weil sie von der unrichtigen Voraussetzung eines göttlichen Mandats für den Pfarrer, die christliche Ehe zu schließen, ausgehe, der Geistliche vielmehr durch menschliche veränderliche Ordnung mit diesen Functionen betraut sei.

Eine andere Theorie, welche bereits in der der Landessynode zur Eröffnung gehaltenen Predigt vertreten worden sei, gehe davon aus, daß, weil die Ehe von Gott den Menschen gesetzt sei, ihr Eingehung auch vor Gott erklärt werden müsse, daß aber die Ehe nicht von der Kirche durch kirchliche Trauung, sondern nur von den Nupturienten selbst gemacht werde, und daß dieselben bei Eingehung der Ehe durch kirchliche Trauung in den Bereich des Staats, der ebenso die Ehe nicht schaffe, nicht übergreifen könnten, daß vielmehr die beiden Kreise, in welche man durch und bei Eingehung der Ehe eintrete, sich gar nicht berührten. Auch diese Ansicht gehe von dem bereits gerügten falschen Standpunkt aus und leidet an dem Mangel der Unlogik: kirchliche Eheschließung ist nicht als Erforderniß einer christlichen Ehe gesetzt und Verlobte, welche bereits durch das Eheband verbunden sind, können nicht nochmals dasselbe Band knüpfen.

Endlich sei in einer der an Herzogliches Consistorium gerichteten, oben bezeichneten Eingaben der Gesichtspunkt angedeutet, als ob die Ehe nach allen Seiten erst durch die Erklärung vor dem Altare perfect werde, es sollten danach die beiden Seiten der Ehe, das bürgerliche und das kirchliche Moment, so auseinandergehalten werden müssen, daß für Beide auch eine gesonderte Eheschließung erforderlich werde, daß insbesondere, um die Ehe in concreto als institutio divina ins Leben treten zu lassen, die Erklärung vor dem Civilstandsbeamten nicht genüge, eine solche vielmehr vor Gott und dem verordneten Diener der Kirche abgegeben werden müsse. Auch diese Theorie sei unhaltbar. Der Umstand, daß die Ehe zugleich bürgerlich-rechtliche Wirkungen und Uebernahme sittlicher Pflichten im Gefolge habe, berechtige nicht zu jener Sonderung, wie denn auch eine kirchlich nicht vollzogene Ehe doch von der Kirche als eine vollgültige anerkannt werde.

Eine jener mehrerwähnten Eingaben spreche, wie er hier bemerken wolle, Verwunderung darüber aus, daß die Eisenacher Kirchenconferenz die Trauungsfragen so eingerichtet wissen wolle, daß sie das Gelöbniß, die Ehe christlich zu führen, nicht aber die Willenserklärung, sie zu schließen, hervorrufen, dieser Versammlung aber normgebende Autorität für unser Land ab, weil auch Reformirte und Mitglieder der preussischen Staatskirche darauf vertreten seien; er, Redner, erkenne an, daß maßgebende Beschlüsse von jener Conferenz nicht gefaßt werden könnten, müsse aber hervorheben, daß über den hier zur Berathung stehenden Punkt Einmüthigkeit in jener Versammlung, zu welcher auch Männer streng lutherischer Richtung gehört, geherrscht habe.

Wenn endlich von einem Vorredner auf die Lage der Dinge in Frankreich, England, und die Rheinprovinz hingewiesen sei, so herrschten hier doch andere Verhältnisse; insbesondere sei in der Rheinprovinz der code Napoléon durch einen Eroberer eingeführt, welcher der Kirche aus politischen Gründen eine gewisse Autokratie einräumte, und dem gegenüber die Kirche eine andere Stellung einnehmen konnte, als jetzt im Reiche; übrigens werde dort jetzt bereits das Inconveniente der Beibehaltung des alten kirchlichen Trauformulars empfunden und es sei wahrscheinlich, daß, nachdem diese Angelegenheit in den östlichen Provinzen Preußens zu principieller Erörterung gelangt sei, man nicht auf die Dauer den jetzigen Standpunkt werde bewahren können.

(Der Abgeordnete Dr. Caspari hat gegen Ende der Rede den Vorsitz wieder übernommen.)

Abgeordneter Münch. Er wolle constatiren, daß die Geistlichen, wie auch die Gemeinden, insbesondere die Landgemeinden, möglichst wenig an der Trauungsformel geändert zu sehen wünschen, dafür könne er für seine Person und Gemeinde Zeugniß ablegen, auch sich auf das einer ihm benachbarten preussischen Gemeinde berufen, wo der Pfarrer noch zusammensprache und die von dem Standesbeamten Getrauten nicht vor der kirchlichen Trauung die gemeinsame Wohnung bezögen.

Abgeordneter Dr. Ude spricht seine volle Uebereinstimmung mit der Vorlage aus; der Staat baue sich an der Ehe, der Basis der Familie, auf; die Ehe sei ein Rechtsinstitut und also den Satzungen des Staats unterworfen, der insbesondere die Befugniß habe, von seinem Standpunkt aus, die Bedingungen der Rechtsbeständigkeit der Ehe festzustellen.

Redner giebt sodann einen historischen Ueberblick über die Normen des die Ehe betreffenden katholischen und protestantischen Kirchenrechts; nach jenem sei die Ehe Sacrament, werde geschlossen durch den consensus matrimonialis, welcher nach dem Tridentinum in der declaratio coram paracho et testibus seine Erklärungsform erhielt; dagegen sei das Aufgebot und die benedictio sacerdotalis als Nebensache zu betrachten. Das protestantische Kirchenrecht habe die sacramentale Eigenschaft der Ehe nicht anerkannt, dieselbe vielmehr als ein bürgerliches Rechtsverhältniß, welches der Gnade Gottes empfohlen sei, aufgefaßt; nach der Lehre Luthers sei die Erklärung des Ehemillens vor dem Pfarrer und die benedictio für eine löbliche, fromme Sitte anzusehen und hätte in jener Zeit des Mittelalters der Staat, dessen Verhältniß zur Kirche damals ein gleichsam geschwisterliches gewesen, dieser die Ordnung jener Sitte überlassen. Jetzt, nach der Reichsgesetzgebung, sei eine Abgrenzung der beiden Gebiete nothwendig geworden und könne nach der Geschichte nur so vorgenommen werden, wie es die Vorlage beabsichtige.

Abgeordneter Wolff. Der seiner Opposition gegen den Entwurf gemachte Vorwurf mangelnder Logik könne Hausvätern sehr häufig gemacht werden, z. B. wenn sie des Abends die Hausthür verschlossen und verriegelten. Aber etwas schon Festgemachtes könne noch einmal befestigt werden. Auf das Traubüchlein Luthers dürfe man sich nicht, wie es geschehen sei, berufen, denn dieses spreche ausdrücklich von einer Trauung durch die Geistlichen, welche dergestalt vorgenommen sei und werde, daß der Pfarrer auf die Erklärung der Nupturienten, sie begehrien sich zu christlichen Eheleuten, sie ehelich zusammensprache; Luther habe hierin, in dieser kirchlichen Eheschließung nichts Staatsgefährliches, nur einen religiösen Act gesehen. Dieses gegenseitige, öffentlich ausgesprochene Begehren der Eheleute gehöre zu den Satzungen, zu der von Gott geschaffenen Ordnung der Kirche und müsse daher vor Gott und in dem Gotteshause ausgesprochen werden können. Diese Möglichkeit und das Bestehenbleiben der alten Ordnung werde von den Geistlichen nicht verlangt, weil sie eben Geistliche seien, sondern in Ermangelung eines Kirchendieners sei jeder christliche Hausvater in der Lage, die Brautleute im Namen Gottes zusammenzusprechen.

Hiermit wurde die Sitzung geschlossen, die nächste auf den 29. d. M. Morgens 11 Uhr anberaumt und auf deren Tagesordnung die Fortsetzung der heutigen Berathung gesetzt.

*Herzog, prot. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
Nr. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

3. Sitzung vom 29. November 1875.

---

Die Versammlung, eröffnet durch den Vorsitzenden, tritt, nach sie das Protokoll der letzten Sitzung gehört und genehmigt, in die Tagesordnung, Fortsetzung der Generaldebatte über die Vorlage, ein.

Abgeordneter Rohde. Er habe den Eindruck aus der letzten Sitzung mit sich genommen, als ob dem Entwurf durch die gewaltige Rede des Abts Dr. Ernesti die Sympathie der Majorität der Versammlung bereits gewonnen sei, dürfe aber doch nicht schweigen, weil er eine Antwort auf die, die von ihm verfaßte Eingabe an die Synode betreffenden Deductionen des Abts Dr. Ernesti schulde, möge die Antwort auch schwer für ihn sein, da er demselben in der Wissenschaft und der Kunst der Dialektik weit nachstehe. Ihm, als dem Autor jener Schrift, seien nun schwere Vor- und Einwürfe gemacht.

So sei vor Allem ein seiner Auffassung anklebender Mangel an Logik sehr stark urgirt. Er sei auch ein großer Freund von Logik, aber mit und aus der Logik allein könne man die Wahrheit nicht erforschen, da sie nur die formelle Bewegung der Gedanken regele; es gäbe außerdem feststehende Axiome, die sich mit der Logik nicht erweisen ließen, an denen man aber strenge festhalten müsse.

Der eine, vom Abt Dr. Ernesti mitgetheilte Passus jener Eingabe behaupte ein selbstständiges Recht der Kirche bei der Eheschließung und stütze sich dabei auf Gottes Wort. Dem sei heftig widersprochen, insbesondere ein derartiger göttlicher Auftrag geleugnet, aber er habe nicht ein Recht der Eheschließung beansprucht, und besonders nicht für die Prediger persönlich, er habe nur ein Recht auf Mitwirkung bei der Eheschließung der Kirche vindicirt und wenn er sich dafür auf Gottes Wort berufen, nicht ein specielles mandatum Dei behauptet, sondern jenes Recht nur aus der Natur der Ehe, wie sie in Gottes Wort bezeugt werde, herleiten wollen, und diese Deduction müsse er aufrecht halten. Das behauptete Recht der Kirche stehe auch nicht im Widerspruch mit den Gesetzen der Logik; die Eheschließung werde vollzogen, perfect durch den mutuus consensus der Nupturienten, wie das allgemein anerkannt sei, weder der Staat noch die Kirche mache die Ehe, weder der Ausspruch des Civilstandsbeamten, noch die Erklärung des Geistlichen sei das Band, womit die Brautleute sich zu Eheleuten verbänden, und eine Wiederholung der äußeren Documentirung des Consensus vor dem Pfarrer sei ebenso wenig ein logisches Unding, wie eine gleiche Wiederholung vor dem Standesbeamten,

nachdem der Consens etwa schon von den Eltern erklärt worden sei, da ja der Ausspruch des Standesbeamten auch die Ehe nicht mache und nur, weil wir in geordneten Zuständen leben wollten, des Beweises halber vom Staat vorgeschrieben sei; nur der Zeitpunkt, von welchem an der Staat die Ehe anerkenne, werde durch seinen Beamten bestimmt und das sei wohl festzuhalten, wolle der Staat sich nicht selbst in Widersprüche verwickeln. Sei die Wiederholung der Consenserklärung unlogisch, wie würde z. B. der Staat Remedur eintreten lassen, wenn eine Ehe gesetzwidrig vor der bürgerlichen Schließung kirchlich eingegangen würde, ein Fall, der hier zu Lande nicht, leicht aber in katholischen Gegenden eintreten könnte? Sollte da nicht der Consens trotz der Erklärung vor dem Pfarrer nochmals auch vor dem Standesbeamten ausgesprochen werden können?

Man habe ferner der von ihm vertretenen Anschauung entgegengehalten, sie habe keine Autoritäten für sich und gegen sie insbesondere Luthers Traubüchlein ins Feld geführt. Aber Luther werde sehr häufig für diametral entgegengesetzte Meinungen angeführt und das sei auch nicht weiter wunderbar, da er sehr häufig um Rath und Belehrung angegangen sei und dabei, wie es nur natürlich, nach dem concreten Fall geantwortet und so leicht anscheinend verschiedene Ansichten ausgesprochen habe. Wenn man sich darauf berufen, daß die alte Sitte, vor der Kirchenthüre zu trauen, aus der Auffassung der Ehe als eines weltlichen Geschäfts entsprungen, so sei diese Auslegung unrichtig; diese Sitte habe ihren Ursprung vielmehr in der alten deutschen Auffassung der Eheschließung als eines Geschäfts der Familie, welche die Braut dem Bräutigam zu übereignen gehabt, einer Sitte, die nachher, als die Eheschließung in die Hände der Kirche gekommen, insofern beibehalten sei, als jetzt die Familie die Braut zur Kirche geführt und dem Geistlichen übergeben habe, worauf sie sofort von diesem, als Kirchendiener, dem Mame überliefert sei; die Richtigkeit dieser Anschauung ergebe sich auch deutlicher, als aus dem Traubüchlein, aus andern Ritualien jener Zeit, worin es heiße: coram ecclesiae in facie ecclesiae.

Es sei gesagt, seine, Redners, Anschauung stehe allein; aber mit Unrecht; man habe hingewiesen auf die Eisenacher Kirchenconferenz und die auf derselben zu Tage getretene Einmüthigkeit; aber wie er aus den Verhandlungen, soweit sie in der Tagesliteratur veröffentlicht seien, ersehen, so habe es auch hier einen harten Kampf, eine starke Opposition gegeben und es hätten dieser manche Zugeständnisse gemacht und Restrictionen der aufgestellten Thesen bewilligt werden müssen. In Würtemberg, wo kürzlich die Landessynode getagt, hätten die Anhänger der Eisenacher Konferenz aus der Trauformel das in Süddeutschland für »Zusammensprechen« übliche Wort »Bestätigen« streichen wollen, seien aber mit 10 gegen 42 Stimmen unterlegen. In Preußen, wo der Oberkirchenrath conform den Eisenacher Beschlüssen vorgegangen, hätten sich gegen die erlassene Verfügung 800 im September in Berlin versammelt gewesene Geistliche ausgesprochen, und ebenfalls hätte die Vertretung einer ganzen Provinz, die westfälische Provinzialsynode, beschlossen, an den Oberkirchenrath einen Protest gegen die unmotivirte Schmälerung des Rechts der Kirche zu senden.

Außer der Logik der Gedanken gebe es auch noch eine Logik des Handelns; sei diese bei Abfassung des Trauformulars nicht außer Acht gelassen? Die in dem Eingang des Gesetzes hervorgehobene Vollgültigkeit der Ehe nach allen Seiten, sobald der Civilact vollzogen, trete zwar in den Trauungsfragen auch noch hervor, obschon doch die Bezeichnung »Chefrau«, »Che-  
mann« auch auf die Zukunft bezogen werden könne, in der eigentlichen Trauungsformel sei entschieden mehr enthalten als bloße Segnung; das beweise der Ausdruck: »erkläre Euch in Christo verbunden«, ein Ausdruck, den das Volk nicht verstehen werde, während die Kirche klar sprechen solle, das beweise der Ringewechsel, ein Symbol für Knüpfung des Ehebandes mittels der unsichtbaren Kette, in welchem die zwei Ringe zwei Glieder ausmachen, das beweise das Ineinanderfügen der Hände, womit der Bund geschlossen werde, das beweise der Brautkranz, welcher weggallen müßte, wenn die Braut schon als Chefrau vor dem Pfarrer stände; Alles dies deute darauf hin, daß man soviel möglich vom Alten conserviren wolle, man behalte aber nur den Schein, nicht die Sache.

Man habe von theologischen Definitionen gesprochen, welche dem Volke unverständlich seien; das niedere Volk und auch das Landvolk habe allerdings nicht gelernt, so logisch zu denken, wie ein wissenschaftliches Studium ermögliche, aber es fände sich in diesem Volke ein oft überraschender gesunder Tact, mit dem es Widersprüche und Unlogisches herausfühle, und er müsse befürchten, daß dies Volk, wenn man ihm sagte, die Kirche traue, copulire nicht mehr, sondern segne nur einen geschlossenen Bund ein, über diesen kirchlichen Act Ausdrücke gebrauchen werde, die er nicht fassen möge. Er wolle mit seinen Ausführungen nicht verlegen, nur die vorhandenen Widersprüche in der Vorlage aufdecken, deren Streichung er von seinem Standpunkt nicht wünschen könne, welche aber von den Anhängern des Entwurfs entfernt werden müßten.

Er, Rabner, bilde sich nicht ein, die Mehrheit der Versammlung überzeugt zu haben, aber wenn er auch nur einige Bedenken hervorgerufen, so bitte er um gründlichste Prüfung vor Abgabe der Stimmen, und wolle nur noch darauf hinweisen, daß bei Abschaffung einer alten Ordnung und Einführung einer neuen wohl die Fragen zu erwägen seien: hat sich das Alte ganz oder stückweise überlebt und: ist das Neue besser als das Alte; er könne von dieser Formel nicht sagen, daß sie besser sei, als die Alte, durch drei Jahrhunderte bewährte, er könne ihr kein langes Leben prophezeien; er müsse eindringlich darauf hinweisen, wie in jetziger Zeit die gesetzgebenden Factoren gleichsam mit Dampfkraft arbeiteten, wie in Folge dessen Klagen über Klagen ertönten, daß die neuen Gesetze nicht stichhaltig seien, und davor warnen, auf kirchlichem Gebiet durch Experimente in der Gesetzgebung irreparable Schäden hervorzurufen und mit rauher Hand alte, geheiligte Sitten des Volks anzutasten.

Der Vorsitzende kündigt an, daß der Abgeordnete Oesterreich einen Antrag auf Schluß der Generaldebatte gestellt, vorher jedoch der Landesfürstliche Commissar sich zum Worte gemeldet.

Geheimerath Dr. Triepß Seine Pflicht sei, über die Ursache dieser Debatte, das Verhältniß zwischen Kirche und Staat seine Ansicht zu geben, damit die Vorlage vom richtigen Standpunkt aus betrachtet werde. Der Entwurf zeige deutlich ein freundliches Entgegenkommen des Staats der Kirche gegenüber, hervorgerufen durch gemeinsame Interessen; beide hätten als gleiche Grundlage die Familie, deshalb an Erhaltung der Sitten- und Familienreinheit das gleiche große Interesse und seien bei Verfolgung desselben auf einander angewiesen. Für Beide sei daher ein Zusammenwirken in dieser Richtung gewiß das Wünschenswerthe; erlaube aber die Kirche sich Uebergriffe in das Gebiet des Staats, dann sei dieser um seiner selbst willen verpflichtet, jenes bene esse aufzugeben, sich von der Kirche zu trennen, um die Grundlage seiner Existenz, seines esse nicht zu verlieren. Dieser Fall sei im Reich eingetreten und eins der Gesetze, welche die Kirche in ihre Sphäre zurückweisen resp. darin halten sollte, das Reichs-civilgesetzbuch. Bisher sei fast nur von der innern Seite der Ehe gesprochen, die äußere Seite derselben aber sei als dem Recht angehörig, dem Grundpfeiler des Staats, die wichtigere für diesen und so lange der Staat noch nicht unter Herrschaft der Kirche stehe, hänge die Ehe vom Staat ab, nicht von der Kirche, die wiederum nur innerhalb der Rechtsgemeinschaft des Staates stehe und seinen Gesetzen Gehorsam schulde. Dieser Standpunkt sei der gegebene und daran dürfe und solle in keiner Weise gerüttelt werden. Die innere Seite der Ehe sei zwar auch vielfach in den Bereich des Rechts gezogen in Folge verkehrter Lehren des Naturrechts und verflachter Jurisprudenz, und in Folge dessen erniedrigt; es genüge auf die sonderbaren Vorschriften des preussischen allgemeinen Landrechts, wie sich die Eheleute zu führen, und auf die Kantische unwürdige Auffassung von der Ehe hinzuweisen; nicht aber seien hieran die Quellen unseres Rechts schuldig, welche die Ehe so ideal, als das consortium omnis vitae, communicatio divini et humani juris auffaßten, einer Definition, wie sie edler und schöner kaum jezt würde gegeben werden können.

Diese innere Seite sei das Gebiet der Kirche, für diese bleibt ihr die Eunomie, könne sie Regeln aufstellen, wie sie geführt werden soll, nach dieser Seite hin zu veredeln, sei ihre schöne Aufgabe und dabei trete ihr der Staat nicht feindlich und hindernd, komme ihr vielmehr in dem vorliegenden Gesetzentwurf freundlich entgegen; wenn noch eine bessere Fassung für die

Traufornel gefunden werden sollte, so werde er sich gewiß nicht ablehnend dagegen verhalten, die Deductionen aber von einem Christenrecht auf kirchliche Eheschließung, von noch nicht völliger Vollendung der Eheschließung mit dem Civilact müsse er zurückweisen, dieselben verließen die Sphäre der Kirche und griffen ein in das Gebiet des Rechts und des Staats, welcher von allen seinen Gliedern, von der Kirche und jedem Christen Gehorsam gegen die Obrigkeit, welcher verlangen könne und verlange, daß, wenn das Gesetz mit dem Civilact eine rechtsgültige Ehe entstehen lasse, dies auch von der Kirche und jedem Christen voll und ganz und ohne Rückhalt anerkannt werde. Daß dies der Abgeordnete Wolff thue, darauf deute nicht sein gebräuchtes Beispiel von der mittels Schlüssel und Riegel versicherten Thüre; dieses Beispiel könne vielmehr leicht auf die Auffassung bezogen werden, daß, wenn das Eine Band nicht stark genug sei, doch das andere noch halte; passende Beispiele würden vielmehr nachträgliche eidliche Bekräftigung eines geschlossenen Vertrages, Beeidigung eines bereits angestellten Beamten bieten.

Der Abgeordnete Rohde habe sich auf die Autorität des preussischen Cultusministers berufen, der den Zustand nach der Civil- und vor der kirchlichen Trauung als einen noch nicht vollendeten, gleichsam als ein Verlöbniß bezeichnet haben solle; wenn der Minister Falk das wirklich gesagt habe, er, Redner, wisse es nicht, dann habe er es jedenfalls nur in der Hitze der Debatte gesagt, vielleicht um einen Gegner rasch abzufertigen; aber Falk könne das nach seiner Ueberzeugung gar nicht gesagt haben, weil er ein viel zu guter Jurist sei, und werde wahrscheinlich nur von der inneren Ueberzeugung der Leute gesprochen haben, welche das Verhältniß so auffassen könnten.

Wenn der Abgeordnete Thiele von zwei Kreisen gesprochen, in welche die Nupturienten durch zwei Civil- resp. kirchliche Trauung einträten, so wünschten gewiß alle die hier versammelt, daß auch in Zukunft jedes Ehepaar in den kirchlichen Kreis durch kirchliche Trauung eintreten möge, aber daraus folge nicht, daß die Ehe vor Eintritt in diesen Kreis noch nicht vollendet und vollgültig sei. Die Kirche müsse in Zukunft selbst durch Lehre und Kirchenzucht dafür sorgen, daß die Leute freiwillig kommen, freiwillig den Segen der Kirche begehren und dadurch ihrem Bunde die wahre höhere Weihe geben.

Das in dem Traufornular weggelassene »Zusammensprechen,« gegen welches Wort an sich nichts zu erinnern sei, habe gestrichen werden müssen, um keinem Hintergedanken Raum zu lassen, um das auch bisher immer bestandene Verhältniß klar zu stellen, daß die Brautleute selbst die Ehe schließen, und von Staatswegen für Eheleute erklärt werden, früher durch den Pfarrer, jetzt durch den Standesbeamten.

Er bitte, etwa dem widerstreitende Anträge abzulehnen und warne nochmals vor dem Irrthum, als ob der Staat es dulden könne, daß sein Gebiet von der Kirche negirt oder ignorirt werde.

Der Vorsitzende ertheilt dem Abgeordneten Desterreich das Wort, zur Motivirung seines Antrags auf Schluß der Discussion.

Abgeordneter Desterreich. Es sei genug debattirt, ein Einverständniß erzielt, daß die Ehe bürgerliches Rechtsinstitut sei, unter den Gesetzen des Staates stehe; wenn deshalb der Gesetzgeber sage, die Consenserklärung kann nur vor dem Standesbeamten geschehen, so habe sich dem die Kirche zu fügen und jene als auch für sich verbindlich anzuerkennen. Daß dies aber der Wille des Reichs gewesen, ergebe das Civilstandsgesetz klar durch den Wortlaut des §. 41 und die Bestimmungen im §. 39, wodurch alle das Recht zur Eheschließung, noch außer dem Gesetz, beschränkenden Vorschriften aufgehoben werden. §. 82 stehe nicht entgegen, man sei ja eben jetzt dabei, die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf die Trauung gesetzlich zu normiren, und er bitte, jetzt die Generaldebatte zu schließen, um zur Berathung der einzelnen §§. des Gesetzes überzugehen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird genügend unterstützt.

Vor Abstimmung berichtigt Abgeordneter Wolff, einen Irrthum in dem Referat der

»Braunschweiger Nachrichten« über seine erste Rede in voriger Sitzung; er habe dem Staat nicht das Recht bestritten, die Eheschließung durch bürgerliche Gesetze zu normiren.

Der Antrag Desterreich wird angenommen.

Der Abgeordnete Thiele zieht seinen Antrag auf Einsetzung einer Commission zurück.

Der Eingang des Gesetzes in folgendem Wortlaut:

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. u. u.

Da das am 6. Februar d. J. erlassene Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung mit dem 1. Januar 1876 in Kraft tritt, und es demgemäß zwar rückhaltslos anzuerkennen ist, daß mit der nach Vorschrift dieses Gesetzes erfolgenden Eheschließung, was die Form der Eingehung und die rechtlichen Wirkungen derselben betrifft, eine vollgültige Ehe entsteht;

durch das erwähnte Reichsgesetz jedoch, wie dasselbe auch in §. 82 ausdrücklich hervorhebt, die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf die Trauung nicht berührt werden, und deshalb erforderlich ist, näher festzustellen, in welchem Verhältnisse die Acte der kirchlichen Trauung und kirchlichen Verkündigung ihrer Zeit und ihrem Inhalte nach zu den Civilacten der Eheschließung und des Aufgebots stehen;

da zugleich auch zweckmäßig erscheint, die Zuständigkeit der evangelisch-lutherischen Geistlichen zur Vornahme der kirchlichen Trauung und zur kirchlichen Verkündigung in einer dem veränderten Verhältnisse entsprechenden Weise zu ordnen, wie auch das Verfahren für diejenigen Fälle zu regeln, in denen zur Frage kommt, ob die kirchliche Trauung zu verweigern sei;

so erlassen Wir kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt, nach vorgängiger Berathung mit Unserm Herzogl. Consistorio und mit Zustimmung der Landessynode das nachstehende Kirchengesetz:

wird darauf vom Vorsitzenden zur Abstimmung verstellt und zwar auf Antrag des Abgeordneten Wolff jeder Absatz für sich; Alinea 1—4 werden angenommen.

Sodann eröffnet der Vorsitzende die Specialdiscussion, zunächst über §. 1.

Die kirchliche Trauung, welche erst vorgenommen werden darf, wenn die Eheleute die von dem Standesbeamten ausgestellte Bescheinigung über die erfolgte Eheschließung (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875. §. 54.) beigebracht haben, ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen.

Abgeordneter Wolff beantragt den §. in zwei §§. zu theilen mit folgender Fassung:

§. 1. Christliche Brautleute haben ihr eheliches Zusammenleben nicht zu beginnen, bevor sie ihre Ehe öffentlich vor Gott eingegangen und in Gottes Namen zu derselben verbunden sind.

§. 2. Der kirchliche Act der Trauung darf erst dann vorgenommen werden, wenn die angehenden Eheleute den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 6. Febr. 1875 Genüge geleistet und dem trauenden Geistlichen die von dem Standesbeamten darüber ausgestellte Bescheinigung (§. 54 des Reichsgesetzes) beigebracht haben — desgleichen ist zur Vornahme der Trauung die Einwilligung der noch lebenden Eltern erforderlich.

Der §. 1 der Vorlage enthielte Vorschriften, die besser von einander getrennt würden; es sei deutlicher als in der Vorlage geschehen, die Verpflichtung der Christen, ihr Zusammenleben nicht vor der kirchlichen Trauung zu beginnen, auszusprechen.

An dem Ausdruck in dem proponirten §. 2 »angehende Eheleute,« brauche man nicht Anstoß zu nehmen, da dies alte Tradition sei, ungefähr, wie jetzt auch noch nach der Copulation der Mann »Bräutigam« genannt werde.

Endlich müsse die Kirche von sich aus verlangen, daß beide Eltern, wenn sie noch leben,

nicht bloß der Vater, ihre Einwilligung geben, da dieß der der Frau durch das Christenthum gegebenen Stellung entspreche.

Der Antrag Wolff wird unterstützt.

Abgeordneter Lerche (Eikum) tabelt, daß zur Hauptsache die unmittelbare Folge der kirchlichen Trauung nach dem Civilact gemacht und nicht genügend Gewicht auf die kirchliche Pflicht, sich kirchlich trauen zu lassen, gelegt ist; jene Zeitbestimmung müsse eine andere Stelle im Gesetz erhalten.

Redner beantragt folgende Fassung:

»Die kirchliche Trauung bleibt auch nach den durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 in der gesetzlichen Form der Eheschließung eintretenden Veränderungen nach ihrer hohen religiös-sittlichen Bedeutung fernerhin dieselbe, und haben sich daher ebensowohl die der evangelisch-lutherischen Kirche angehörnden Gemeindeglieder in ihrem Gewissen dazu verpflichtet zu halten, ihrer vor dem Standesbeamten stattgehabten gesetzlichen Eheschließung die kirchliche Feier derselben nachfolgen zu lassen, als auch die Diener der evangelisch-lutherischen Kirche fernerhin die kirchliche Trauung als eine ihrer wichtigsten Amtshandlungen anzusehen und demgemäß zu verrichten haben.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Rohde wünscht in den §. noch aufgenommen zu sehen, daß beide Eltern consentiren müssen und daß die Kirche, wenn die unmittelbare Folge von Civil- und kirchlicher Trauung nicht möglich sei, von ihren Gliedern erwarte, daß sie das eheliche Leben erst nach der kirchlichen Trauung beginnen; die Fassung des §., wobei die Kirche ausdrücklich ihr Anerkennung der bürgerlichen Ehe ausspreche, beantrage er in folgender Weise:

»Die kirchliche Trauung, welche erst vorgenommen werden darf, wenn die angehenden Eheleute die Bescheinigung über die vor dem Standesbeamten erfolgte Eheschließung (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, §. 54) beigebracht und die Einwilligung ihrer noch lebenden Eltern, sofern diese nicht schon vor dem Standesbeamten erklärt ist (§. 29 bis 31 desselben Gesetzes), nachgewiesen haben, ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen.

Ist dieses nicht möglich, so muß die Kirche von ihren Gliedern erwarten, daß dieselben das gemeinsame eheliche Zusammenleben erst nach Vollziehung der kirchlichen Trauung beginnen.«

Der Antrag findet Unterstützung.

Abgeordneter Steinmeyer. Er beantrage, den §. in zwei §§. zu theilen und hinzuzufügen, daß die Kirche von ihren Gliedern erwartet, daß sie sich kirchlich trauen lassen in folgender Fassung:

§. 1. Die christliche Kirche erwartet, daß die kirchliche Trauung, möglichst unmittelbar, nach der bürgerlichen Eheschließung vollzogen werde.

§. 2. Die kirchliche Trauung darf erst dann vollzogen werden, wenn die erfolgte Eheschließung vom Standesbeamten bescheinigt ist (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875, §. 54).

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Kunzen beantragt, um Zweifel, ob nach dem Civilact vollgültige Ehe vorhanden oder nicht, abzuschneiden, in der dritten Reihe hinter »ist« einzuschalten:

»wenn sie von den Eheleuten gewünscht wird.«

Der Generalsuperintendent Steinmeyer übernimmt das Präsidium.

Abgeordneter Lerche: Das Gesetz wolle die kirchliche Trauung nicht gestatten, sondern erkenne die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf dieselbe an.

Auf Anfrage des Abgeordneten Wolff erklärt der Vorsitzende, daß sämtliche Anträge zugleich mit der Vorlage zur Berathung kämen.

Abgeordneter Wolff. Der Antrag Kunzen sei nicht annehmbar, da hier eine kirchliche



Ordnung, ein Kirchengesetz erlassen werden solle, und ein solches die Frage, ob kirchliche Trauung oder nicht, dem Belieben der Leute nicht überlassen könne; ebenso wenig genüge der Ausdruck einer Erwartung; es sei vielmehr die Pflicht der kirchlichen Trauung zu präcisiren und das thue sein Antrag in verständlicher und klarer Weise; ferner müsse die Kirche als Pflicht der Nupturienten aufstellen, daß sie vor der kirchlichen Trauung ein eheliches Zusammenleben nicht beginnen, da dies den Vorschriften der christlichen Moral zuwider laufen würde.

Consistorialrath von Schmidt-Phisfeld. Das Herzogliche Consistorium lehne sich gegen Verbesserungen der Vorlage nicht auf, vollständig Neues dürfe aber nicht hineingebracht werden, wie dies die Abgeordneten Wolff und Rohde mit ihren auf die elterliche Einwilligung bezüglichen Anträgen beabsichtigten. Mit diesen Anträgen komme man auf das Gebiet der kirchlichen Ehehindernisse im Gegensatz zu dem vom Reichsgesetz statuirten, und dieses Gebiet könne für jetzt noch nicht betreten werden; diese Frage müsse vielmehr, da jetzt der Geistliche anders stehe, als früher, wo er hätte in die Lage kommen, nach streng evangelischen Grundsätzen nicht zu billigende Ehen schließen zu müssen, einer spätern, gründlichen, alle diese Ehehindernisse umfassenden Prüfung vorbehalten bleiben.

Abgeordneter Rohde ist im Allgemeinen mit dem Vorredner einverstanden, will aber diesen Punkt des elterlichen Consenses schon jetzt erledigt wissen, weil diese wichtige Frage zu häufig an den Geistlichen herantrete.

Abgeordneter Apfel macht darauf aufmerksam, daß der Ausdruck in dem Antrage Lerche »in ihrem Gewissen dazu verpflichtet halten« nicht in ein Gesetz passe, da ein solches über Gewissenspflichten nicht zu befinden habe.

Abgeordneter Gimecke bittet um Ablehnung des Antrages Rohde, da man den Leuten bei kirchlicher Trauung nicht zu viel Hindernisse in den Weg legen, dieselbe vielmehr möglichst leicht und bequem machen müsse, es auch zu gewagt erscheine, die bisher den Gerichten zustehende Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung des Elternconsenses in die Hand des Geistlichen zu legen.

Abgeordneter Lerche (gegen Apfel). In einem Kirchengesetz sei die Bezugnahme auf das Gewissen der Kirchenglieder allerdings zulässig.

(Gegen Rohde). Da es sich jetzt nur um kirchliche Einsegnung geschlossener Ehen handle, scheine der Antrag, dazu den elterlichen Consens, der doch zu der Ehe selbst ertheilt sein müsse, zu verlangen, unnütz.

Abgeordneter Rohde hält seinen Antrag aufrecht; auf Bequemlichkeit komme es nicht an, wo es sich um Erfüllung von Berufspflichten handle. In seiner Pfarodie seien häufig Uneinigkeiten zwischen Eltern und Kindern wegen der Eheschließung vorgekommen mit mancherlei Ursachen; immer aber habe er selbst den Streit geschlichtet, bis zu einer Anrufung des Gerichts sei es nicht gekommen.

Abgeordneter Caspari übernimmt den Vorsitz wieder.

Abgeordneter Apfel. In dem Antrag Lerche sei nicht bloß eine Bezugnahme auf das Gewissen, sondern von einer Verpflichtung desselben die Rede.

Abgeordneter Dedekind. Der Lerche'sche Antrag sei, weil zu weitläufig und ohne Zeitbestimmung, unannehmbar, er werde für den Antrag Steinmeyer stimmen.

Abgeordneter Steinmeyer. Der §. 1 der Vorlage enthalte alles Nothwendige, in kurzer Form; aber um die beiden darin enthaltenen Gedanken noch schärfer hervorzuheben, empfehle sich die Trennung in zwei §§. und als Ausdruck der kirchlichen Anweisung an die Gemeindeglieder, das Wort »Erwartete.«

(Zu Antrag Rohde). Die Frage, wie die Kirche sich zu der elterlichen Einwilligung stellen solle, sei gewiß sehr wichtig; sehr häufig werde aber diese Einwilligung auch aus nur äußerlichen Rücksichten verweigert; er könne mit dem Antrage sich nicht einverstanden erklären, da die Kirche jetzt hauptsächlich streben müsse, die kirchliche Trauung für das Gemüth jedes

Schriften zu einem unumgänglichen Bedürfnisse zu machen und deshalb Hindernisse derselben hinwegzuräumen.

Geheimerath Dr. Triep s. Der Gedanken des §. 1 der Vorlage dürfe nicht abgeschwächt werden durch Zusätze oder weniger präcise Fassung, wie dies bei den meisten Anträgen der Fall sei; der Ausdruck einer Erwartung sei unpassend, das Gesetz, auch das Kirchengesetz erwartet nicht, sondern gebietet. Der Hauptnachdruck liege auf dem »möglichst unmittelbare«; warum sei die jetzige Lage zu beklagen? doch nur, weil die concentrirte Kraft, welche in dem kirchlich staatlichen Acte verbunden gewesen, abgeschwächt werde durch Zerlegung der beiden Momente; es müsse daher dem Staat und der Kirche gleichmäßig daran liegen, daß so viel wie möglich das Alte bleibe. Er empfehle unveränderte Annahme des Entwurfs.

Abgeordneter Desterreich. Der Antrag Steinmeyer passe nicht in die Dekonomie des Gesetzes, Wünsche und Erwartungen habe ein Gesetz nicht auszusprechen. Der Gedanke des Antrags könne verwirklicht werden durch einen neuen Antrag zum Eingang des Gesetzes in zweiter Lesung.

Abgeordneter Rohde zieht seinen Antrag zurück mit Vorbehalt einer Wiederaufnahme zu §. 5 des Entwurfs.

Abgeordneter Kunz en empfiehlt nochmals seinen Antrag zur Annahme.

Abgeordneter Wolff, man müsse sich von dem Gedanken losmachen, als ob die kirchliche Trauung gleichsam ein Supplement der bürgerlichen Eheschließung sein solle; es handele sich nur um religiöse Momente.

Der Präsident erklärt die Debatte für geschlossen und daß er in folgender Reihenfolge abstimmen lassen werde: über 1. den Wolff'schen, 2. den Lerche'schen, 3. den Steinmeyer'schen Antrag, 4. die Gesetzesvorlage, 5. den Antrag Kunz en.

Sämmtliche Anträge werden abgelehnt, §. 1 in der Fassung des Entwurfs angenommen.

Der Vorsitzende schließt die heutige Sitzung und beraumt die nächste auf den 30. d. M., Morgens 10 Uhr, unter Ankündigung der Tagesordnung für dieselbe an.

*Herzog, prot. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
Nr. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

4. Sitzung vom 30. November 1875.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Vorlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage, und nachdem die Versammlung dem Abgeordneten Dr. Schmid aus Wolfenbüttel auf sein Ansuchen die erbetene Verlängerung des Urlaubs auf unbestimmte Zeit bewilligt hatte, trat man der Tagesordnung gemäß in die Fortsetzung der Berathung über die Vorlage ein

Der Vorsitzende verstellte den §. 2 mit folgendem Wortlaut:

»Der Act der kirchlichen Trauung hat außer der einleitenden freien oder formulirten Ansprache aus den Lectionen des göttlichen Wortes, dem Gelöbniß der neuen Eheleute, der Trauungsformel, dem Gebet und Segen zu bestehen, und ist nach dem Formular, wie es in der Anlage A. enthalten ist, vorzunehmen.«

und zwar ohne die Anlage A. zur Discussion.

Abgeordneter Wolff beantragt, den §. 2, weil die Berathung über denselben von der über das Formular getrennt werde, auch eine Aufzählung der einzelnen Bestandtheile desselben in dem §. überflüssig erscheine, einfach so zu fassen:

Die Trauung ist nach Vorschrift der Anlage A. zu vollziehen.

Es könne über den §. in seiner jetzigen Fassung und mit seiner speciellen Bezugnahme auf den Inhalt des Formulars nicht vor der Berathung auch über Letzteres abgestimmt werden.

Abgeordneter Apfel beantragt, in der zweiten Zeile vor »Lectionen« den Artikel »den« zu streichen; Lectionen des göttlichen Wortes müßten der Trauung vorangehen, es empfehle sich

aber nicht, bestimmte dem Pfarrer vorzuschreiben, vielmehr ihm die Auswahl derselben, je nach der Subjectivität der zu Trauenden, zu überlassen.

Beide Anträge werden unterstützt.

Geheimerath Dr. Triepß. Der §. lasse die spätere Formulirung der Anlage offen; nur, wie im Allgemeinen die Trauungsfeier stattfinden solle, werde bestimmt, es sei daher eine Berathung über den §. vor der über das Formular zulässig.

Abgeordneter Desterreich (zur Geschäftsordnung). Das Trauformular sei die Grundlage des §.; beschliesse man über diesen zuerst, so setze man sich der Möglichkeit aus, daß diese Beschlüsse später umgestoßen würden; das Formular sei vor dem §. zur Berathung zu stellen, was er damit beantragen wolle.

Geheimerath Dr. Triepß. Werde dieser Antrag angenommen, dann müsse er die Aussetzung der Berathung über diesen Punkt anheimgeben, da dessen Vertretung den, bis jetzt noch nicht erschienenen Mitgliedern des Herzoglichen Consistorii naturgemäß obliege.

Der Vorsikende stellt den Antrag Desterreich zur Debatte.

Abgeordneter Thiele hält, obwohl er die Logik des Antrags anerkenne, die sofortige Berathung über das Formular aus dem vom Geheimerath Triepß hervorgehobenen Grunde für unzulässig. Uebrigens sei die Aufzählung im §. 2 überflüssig, da die Anlage das Einzelne enthalte. Er bitte, da die bemessene Zeit nur knapp sei, um möglichste Vermeidung unnützer Weitläufigkeiten.

Abgeordneter Desterreich will, wenn das Kirchenregiment nicht von sich aus die Aussetzung der Berathung über §. 2 nebst Anlage verlange, solche damit beantragen.

Der Antrag wird angenommen, und die Discussion zu §. 3 übergeleitet. Derselbe lautet:

»Zuständig zur Vornahme der kirchlichen Trauung sind, wenn das Brautpaar oder ein Theil desselben evangelisch-lutherisch ist, nach Wahl der eheschließenden Theile die Prediger sowohl der Parochien, denen der eine oder andere evangelisch-lutherische Theil angehört, als auch derjenigen Parochie, in welcher sie als Eheleute ihren Wohnsitz nehmen.

Wünschen die Brautleute von einem andern evangelisch-lutherischen Prediger des Landes getraut zu werden, so darf dieses nur dann geschehen, wenn von einem der zuständigen Prediger bescheinigt worden ist, daß gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung überhaupt kein Bedenken besteht.

Wenn Brautleute, welche beide keiner Parochie der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes angehören, bei einem evangelisch-lutherischen Prediger des Landes die Trauung beantragen, so ist dieselbe nur zu gewähren, nachdem das Dimissoriale des zuständigen Predigers beigebracht worden ist.

Von obigen Bestimmungen ist in außerordentlichen Fällen Dispensation zulässig.«

Zu diesem §. stellt Abgeordneter Wolff einen auf Vorschlag des Abgeordneten Desterreich dahin formulirten Antrag,

dem §. am Schluß die Worte hinzuzufügen »und ist dieselbe von Unserm Herzoglichen Consistorio zu ertheilen,«  
welche die nöthige Unterstützung findet.

Abgeordneter Eggeling, zur Geschäftsordnung, beantragt, den §. 5 vor §. 3 zu berathen, und zunächst klarzustellen, ob Bedenken, wie sie im Absatz 2 erwähnt, überhaupt eintreten könnten, resp. welches solche Bedenken seien.

Geheimerath Dr. Triepß. Zur Berathung des §. 5 sei Anwesenheit der Vertreter Her-

zoglichen Consistoriums erforderlich; übrigens beträfen die Scrupel des Abgeordneten Eggeling nur einen untergeordneten Punkt, da im §. 2 von den etwaigen Bedenken selbst noch gar nicht die Rede sei.

Der Antrag Eggeling wird abgelehnt.

Geheimerath Dr. Triepß. Gegen den Wolffschen Antrag sei nichts einzuwenden; da das Gesetz die Dispensationsbefugniß keiner anderen Behörde übertrage, so stehe dieselbe selbstverständlich dem Kirchenregiment zu.

Abgeordneter Desterreich beantragt, Redaction in Schrift vorbehalten, statt des Schlusses in Al. 2 zu setzen: »daß ihm Bedenken gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung nicht bekannt seien.«

Man könne dem angegangenen Prediger nicht eine positive Behauptung, daß überall keine Bedenken existirten, abverlangen, dürfe ihn durch eine derartige Forderung nicht zu einer vielleicht weitläufigen causae cognitio zwingen, es müsse eine Bescheinigung genügen, daß ihm Bedenken nicht bekannt seien.

Der Antrag wird unterstützt und erhält die Zustimmung des Geheimeraths Dr. Triepß.

Abgeordneter Stöter wünscht Beseitigung des, weil mehrere Prediger nach Abs. 1 competent seien, unklaren Ausdrucks im Abs. 3: »des zuständigen Predigers«.

Abgeordneter Skerl hat zu Abs. 2 das Bedenken, daß hiernach jeder der zuständigen Prediger zur Ertheilung der fr. Bescheinigung befugt, dazu aber der Prediger des Orts, wo die Eheleute ihren Wohnsitz von jetzt an nehmen wollen, kaum befähigt sein würde, z. B. ein Holzmindener Einwohner heirathe eine Harzerin, habe sich in Braunschweig besezt und wolle sich in Dölpel trauen lassen.

Vorsitzender giebt den Abgeordneten Stöter und Skerl, wenn sie ihre Bedenken weiter verfolgen wollten, anheim, Anträge zu stellen.

Abgeordneter Steinmeyer. Der Ausdruck »des« zuständigen Predigers sei nicht unklar, da das Brautpaar doch immer nur von Einem der drei competenten Pfarrer, wie Trauung, so Dimissorialien verlangen könne. — In dem Fall, welchen der Abgeordnete Skerl sich ausgedacht, würde der Braunschweiger Pfarrer, wenn er vernünftig, die Leute mit ihrer Forderung an ihren bisherigen Wohnort verweisen.

Abgeordneter Lerche theilt die Bedenken des Abgeordneten Skerl und weist darauf hin, daß alle Schwierigkeit gehoben sein würde, wenn man die Competenz auf den Pfarrer der Parochie, in welcher die Braut wohne, beschränke, der dann allein auch die Dimissorialien zu ertheilen habe.

Abgeordneter Desterreich. Kritischer sei jedenfalls die Lage, wenn ein Brautpaar, welches nicht zur evangelisch-lutherischen Kirche des Landes gehöre, hier heirathen wolle, der auswärtige Pfarrer aber die Dimissorialien verweigerte, oder dieselben dem Gesetz seines Landes unbekannt seien. Für einen solchen Nothstand müsse noch Abhülfe geschaffen werden.

Abgeordneter Steinmeyer weist den Vorredner auf die Möglichkeit der Dispensation hin, den Abgeordneten Lerche aber auf die Schwierigkeiten, welche durch ein Eingehen auf seine Intentionen den Brautleuten bei der kirchlichen Trauung bereitet würden, den Absichten des Entwurfs und den Interessen der Kirche zuwider.

Der Vorsitzende fordert nochmals auf zur Formulirung bestimmter Anträge.

Geheimerath Dr. Triepß. Zwei Grundgedanken stecken in dem §. 3, einmal, Ordnung müsse herrschen, wie in jedem Gemeinwesen, so auch in der Kirche, sodann, die Möglichkeit kirchlicher Trauung sei thunlichst zu erleichtern; der letztere Gedanke habe besonders zu Abs. 3 geführt, wonach das Dimissoriale des d. h. jedes zuständigen Pfarrers genügen solle. Dabei aber sei immer wohl zu beachten, daß das Gesetz sich nicht auf alle möglichen Combinationen habe einlassen dürfen, sondern, um praktisch brauchbar zu sein, das, was regelmäßig geschehe, berücksichtigen müsse.

Abgeordneter Skerl behält sich Anträge für die 2. Lesung vor und

Abgeordneter Eggeling einen Antrag auf Streichung des §. 5.

Abgeordneter Freist bittet um unveränderte Annahme der Vorlage.

Abgeordneter Stöter beantragt,

im Al. 3 statt »des« zuständigen zu setzen »eines der« zuständigen.

Der Vorsitzende schließt die Debatte. Bei der Abstimmung werden die Anträge Wolff, Stöter und Desterreich und mit diesen Aenderungen §. 3 des Entwurfs angenommen.

Zum §. 4, welcher vom Vorsitzenden vorbehaltlich der Berathung über Anlage B zur Discussion gestellt wird und folgendermaßen lautet:

»Statt des bisherigen zweimaligen kirchlichen Aufgebots hat in der Regel eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben der Verlobten im öffentlichen Gottesdienste am Orte der kirchlichen Trauung nach dem Formulare der Anlage B. stattzufinden.

Die Verkündigung kann auf Verlangen der zu Trauenden auch an den übrigen Orten vorgenommen werden, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat.

Der Superintendent der Pfarodie, in welcher die kirchliche Trauung vorgenommen werden soll, ist ermächtigt, von der kirchlichen Verkündigung der beabsichtigten Ehe zu dispensiren.

Wird die kirchliche Trauung erst nach bereits stattgehabter Eheschließung beantragt, so kann die kirchliche Verkündigung auf den Wunsch der Betheiligten ganz unterbleiben. Sonst ist die Fassung des Formular der Verkündigung entsprechend zu ändern,«

beantragt der Abgeordnete Dr. Ude, da es zweckmäßig sei, wie in Betreff der kirchlichen Eheschließung, so auch für das kirchliche Aufgebot eine Bescheinigung des Standesbeamten über das erfolgte bürgerliche Aufgebot zu verlangen, diese Bescheinigung auch künftighin die Grundlage dieses Theils der Kirchenbücher bilden könne, folgenden Zusatz:

Die Verkündigung darf erst erfolgen, nachdem eine Bescheinigung des Standesbeamten über das erfolgte Aufgebot beigebracht ist.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Skerl beantragt, da der Abs. 3 in Folge der den Nupturienten durch Abs. 4 gegebenen Möglichkeit, sich selbst zu dispensiren, überflüssig sei,

Streichung des Abs. 3.

und findet Unterstützung.

Abgeordneter Verche (Egum) beantragt, da der §. zu unbestimmte Vorschriften über Zeit, Ort und Modalität der Verkündigung enthielte, die Mannichfaltigkeit der vorkommenden Verhältnisse auch zu groß sei, um nicht bei den Bestimmungen des Entwurfs zu erheblichen Schwierigkeiten in der Praxis zu führen, endlich die weltliche Seite des bisherigen Aufgebots weggefallen, die religiöse aber, die Fürbitte, künftig zwar bleiben, zweckmäßig aber erst nach der Trauung vorgenommen und damit der Gemeinde zugleich Kenntniß von der kirchlichen Gesinnung der Eheleute gegeben werde,

an die Stelle des §. 4 des Entwurfs folgenden zu setzen:

Das bisherige kirchliche Aufgebot fällt weg; an die Stelle desselben tritt die an dem Orte der geschehenen kirchlichen Trauung vorzunehmende Abkündigung, welcher eine Fürbitte zu verbinden ist.

Abgeordneter Dedekind: eine Fürbitte nach der Trauung sei unpassend und widerspreche dem Gefühle.

Abgeordneter Desterreich will keinen Antrag stellen, vermißt aber Bestimmungen für den Fall, daß die Trauung auf so kurze Zeit hinaus beantragt werde, daß ein Aufgebot nicht mehr erfolgen könne.

Abgeordneter Wolff. Es sei kein Grund das gute Niedersächsishe Wort »Aufgebot«, wie der Entwurf es thue, durch ein weniger volksthümliches zu ersetzen; das Aufgebot habe mehrere Zwecke und Bedeutungen; es enthalte eine kirchliche Fürbitte für die zu Trauenden und eine Bekanntmachung an die Gemeinde, welche jetzt dazu dienen solle, etwaige kirchliche Ehehindernisse bekannt werden zu lassen; dies sei Grund, das Aufgebot auch an den Orten vorzunehmen, wo die bürgerliche Ankündigung geschehen. Der Superintendent sei in seiner Dispositionsbefugniß zu beschränken auf den Fall, daß ein Hervortreten kirchlicher Ehehindernisse nicht wahrscheinlich. Er beantrage,

dem §. 4 des Gesetzes nebst Anl. B. folgende Fassung zu geben:

»Das kirchliche Aufgebot hat an zwei, der Trauung vorhergehenden Sonntagen, im öffentlichen Gottesdienste nach dem Formular der Anlage B. in den Parochien zu geschehen, in welchen der Ort gelegen ist, an welchem das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat.«

Der Superintendent der Parochie, in welcher die Trauung vorgenommen werden soll, ist ermächtigt, wenn er sich überzeugt hat, daß kirchliche Ehehindernisse nicht zu erwarten sind, Einmaliges kirchliches Aufgebot zu gestatten.

Wird die Trauung von Ehepaaren begehrt, welche auf Grund der bürgerlichen Eheschließung bereits ehelich zusammenleben, so ist solches bei dem kirchlichen Aufgebot zu erwähnen.«

#### Anlage B.

»Der christlichen Gemeinde sind folgende Personen bekannt zu machen, welche nach göttlicher Ordnung in den heiligen Ehestand treten wollen, nämlich M. und N. begehren deshalb eine christliche Fürbitte, daß sie ihn in Gottes Namen anfangen und ihnen die Ehe wohl gerathen möge. Hätte nun Jemand Ursache, warum diese Ehe dem Evangelio zuwider sei, so thue er solches zu rechter Zeit kund. Gott gebe seinen Segen, Amen.«

Der Antrag wird unterstützt und mit den übrigen und §. 4 des Entwurfs vom Vorsitzenden zur Discussion gestellt.

Consistorialrath Sallentien unterstützt den Antrag Ude, durch dessen Annahme die erheblichen Schwierigkeiten, welche in Zukunft bei Führung der Kirchenbücher hervortreten würden, gemindert werden könnten; die Kirchenbücher, welche jetzt nicht mehr Geburts- und Sterbe-, sondern Tauf- und Begräbnisregister sein würden, seien angewiesen rein auf die ihnen vom Standesbeamten zukommenden Nachrichten, und das werde besonders die Führung eines Trauregisters erschweren, da die civilstandsamtlichen Heirathsbescheinigungen höchst dürftig eingerichtet seien, nicht einmal die Identität der Personen feststellten. Abhülfe werde aber erreicht, wenn man von den Standesbeamten Aufgebotsbescheinigungen ausstellen ließe, die alles Erforderliche enthalten würden.

Abgeordneter Eggeling empfiehlt den Antrag Skerl; der Dispensationen, wie sie der Entwurf aufstelle, gebe es zwar mehrere, aber es sei neu und nicht zu rechtfertigen, die Superintendenten zur Vornahme einer causae cognitio, wie sie hier nicht zu umgehen sein werde, zu zwingen. Zur Umgehung der Pflicht, sich aufbieten zu lassen, sei im Abs. 4 ein Mittel gegeben, und die Kirche dürfe ihre Fürbitte nicht aufdrängen.

Abgeordneter Ude. Das Aufgebot, auch wie bisher gewesen, sei hauptsächlich ein Rechtsact, ein profanes Kind im feierlichen Gewande der Kirche, Hauptzweck sei immer gewesen, das Nichtvorhandensein von Ehehindernissen zu constatiren.

Der Redner giebt sodann einen Ueberblick über die kirchenrechtshistorische Entwicklung des Aufgebots und schließt:

Nach jezigem Reichsrecht ist selbstverständlich auch das Aufgebotsverfahren ein rein bürgerliches; im Gegensatz zu den Ehehindernissen giebt's nicht auch noch besondere Trauhindernisse; auch nicht nach §. 5 des Entwurfs; es sei der Stellung der Kirche nicht angemessen, das Aufgebotsverfahren als Mittel zur geistlichen Erforschung etwa vorhandener kirchlicher Ehehindernisse zu betrachten.

Abgeordneter Wolff. Das Aufgebotsverfahren habe seither immer zur Erforschung von Ehehindernissen gedient, darin sei nichts Besonderes, nichts Profanes zu erblicken.

Abgeordneter Lerche (Eikum), die Kirche solle im eigenen Interesse die Trauung Jedem leicht zugänglich machen; das thue der Abgeordnete Wolff mit seinem Antrage nicht, der den Leuten vielmehr Schwierigkeiten bereite, weil er eine mit Zeitverlust verbundene Sachunter-suchung des Geistlichen zur Folge habe. Er bitte um Annahme des Udeschen und seines Antrages.

Abgeordneter Eggeling beantragt für den Fall, daß der Antrag Skerl angenommen werde,

im Abs. 1 statt »in der Regel« zu setzen »auf Wunsch der Betheiligten,«

da hierdurch das in den §. hineinkommende Moment der Freiwilligkeit zu dem nothwendig werdenden Ausdruck gelange.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Rohde erklärt sich gegen den Antrag Lerche schon aus praktischen Gründen; dadurch werde die auf dem Lande herrschende schöne Sitte des Kirchgangs der jungen Eheleute am Sonntag nach der Trauung zerstört; denn wenn an diesem Sonntage die Fürbitte für sie ausgesprochen werde, dann kämen sie nicht aus Scheu, ihre Namen öffentlich von der Kanzel herab proclamiren zu hören; diese alte gute Sitte aber wolle er aufrecht erhalten.

Abgeordneter Apfel. Der Antrag Lerche lasse die Fürbitte, die nach der Trauung geschehe, nicht mehr als Fürbitte, sondern als Segen erscheinen; der Schritt aber, den die an-gehenden Eheleute vor hätten, sei ein so bedeutsamer, so wichtiger, daß die Fürbitte für sie vor diesem Schritt auf keinen Fall in Wegfall kommen dürfe.

Geheimerath Dr. Triepß. Die Gründe, auf welche der Antrag des Abgeordneten Ude sich stütze, seien als richtig anzuerkennen, da aber die Durchführung desselben mannichfache Schwierigkeiten herbeiführen könne, so sei er nicht in der Lage, eine Zustimmung der Kirchen-regierung zu versprechen.

Anträge, auf Beibehaltung des Aufgebotsverfahrens gerichtet, bitte er abzulehnen; es könne ja noch kirchliche Ehehindernisse geben, aber diesen nachzuspüren, sei nicht Aufgabe der Kirche; die meisten dieser Hindernisse seien offenbar und brauchten nicht erst durch ein Aufgebot eruiert zu werden. Die andere Seite des Aufgebots, Ankündigung an die Gemeinde von der Absicht sich trauen zu lassen, bleibe, gehöre aber ihrer Natur nach vor die Trauung. Diese Ankündi-gung sei nicht, wie Abgeordneter Eggeling gemeint, in das Belieben der Leute zu stellen, son-dern kirchliche Pflicht eines Jeden, der sich kirchlich trauen lassen wolle.

Abgeordneter Kühne macht darauf aufmerksam, daß nach dem Reichsgesetz die Standes-beamten zur kostenfreien Ertheilung einer Aufgebotsbescheinigung nicht verpflichtet seien, deshalb aus dem Antrag Ude mannichfache Schwierigkeiten sich ergeben könnten.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Nach den der Vorlage zu Grunde liegenden Gedanken sei es Pflicht dessen, der kirchliche Trauung wünsche, diese Absicht der Gemeinde mittheilen zu lassen. Von dieser Pflicht könne man nicht, wie der Abgeordnete Skerl meine, sich selbst dispensiren; diese Befugniß stehe vielmehr hier wie überall, nur der über dem Verpflichteten stehenden Be-hörde zu. Bisher habe diese Dispensation das Consistorium ertheilt, es sei aber, um Zeit zu



sparen und die sonst leicht hervortretenden Weitläufigkeiten zu vermeiden für zweckmäßiger erachtet, den betreffenden Superintendenten damit zu betrauen.

Abgeordneter Eggeling. Auch er halte es für eine Pflicht, seine Absicht der kirchlichen Trauung verkündigen zu lassen, aber es gebe doch noch viel ernstere Pflichten, von denen der Verpflichtete sich dispensirte, die Pflicht, zum Abendmahl zu gehen, wolle er nur beispielsweise nennen.

Abgeordneter Skerl hebt die Unklarheit hervor, welche bestehe hinsichtlich der Folgen der Nichterfüllung solcher Pflicht.

Geheimerath Dr. Triepß. Das Wünschenswerthe sei, daß es so bleiben könnte, wie es gewesen; die Pflicht der Anzeige bestehe jedenfalls für die Regel fort; für Ausnahmefälle sei die Dispensation.

Abgeordneter Wolff warnt davor, noch mehr vom Alten wegzunehmen als es der Entwurf thue.

Der Präsident schließt die Debatte und bringt die Anträge Wolff, Lerche, Eggeling, Skerl, Ude zur Abstimmung; dieselben werden sämmtlich abgelehnt, die Vorlage §. 4 angenommen.

Abgeordneter Steinmeyer übernimmt das Präsidium und stellt §. 5 zur Berathung.

»Die kirchliche Trauung ist nicht zu gewähren, wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, oder die Segnung nach den besonderen Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden mußte.

Darüber, ob aus den erwähnten Gründen die Verweigerung der kirchlichen Trauung zulässig sei, hat der betreffende Geistliche nicht selbstständig zu bestimmen, sondern derselbe hat jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzogl. Consistorio zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen die abgegebene Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen, wie jenem, ein binnen 14 Tagen, von der Entscheidung angerechnet, zu überreichender Recurs an Uns zu, auf welchen Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen werden.«

Abgeordneter Eggeling. Er erkläre sich gegen die Zulassung dieser kirchlicher Ehehindernisse; dieselben würden gestützt auf die heilige Schrift und Christi Aussprüche; aber wenn es darin heiße »Du sollst Dich von Deinem Weibe nicht scheiden«, so könne man hierauf ein Verbot, Geschiedene zu trauen, ebenso wenig stützen, wie auf Grund des Verbots zu schwören, der Eid abgeschafft sei; man könne mit diesen und ähnlichen Aussprüchen unmöglich Ernst machen. Die Kirche könne, da der Staat ihr die Ehefachen abgenommen, da sie in Zukunft nur die Ehe zu segnen, für sie zu beten habe, dies nicht zu verweigern, denn wenn die Eheleute in die Kirche kommen, so documentiren sie damit eben kirchliche Gesinnung; die Kirche sei jetzt, wo sie, wie früher gesagt sei, erst das Alleingehen lernen müsse, zu schwach, um Kirchenzucht zu üben, er beantrage

**Streichung des §. 5.**

Abgeordneter Stöter erklärt sich im Resultat mit dem Vorredner einverstanden. Redner giebt ergetische Erörterungen über das Verhältniß des Evangelisten Matthäus zu den übrigen.

Abgeordneter Caspari übernimmt das Präsidium wieder.

Abgeordneter Apfel begrüßt die Vorlage mit Freuden; es seien ihm Leute in einem Zustande, der durchaus nicht zu kirchlicher Trauung geeignet gewesen, gekommen und hätten Vorname dieser kirchlichen Handlung ertrogen wollen; derartige Fälle würden sich in Zukunft nicht ereignen.

Abgeordneter Bode. Der Absatz 1 des §. 5 enthalte durchaus verschiedene Fälle. Ob eine Ehe dem Evangelio zuwider, darüber müssen gesetzliche Vorschriften getroffen werden und

zwar in einem mit der Synode zu berathenden Kirchengesetz; es sei dies nöthig, um in den vor kommenden Fällen eine gleichmäßige Entscheidung zu treffen; dem Herzogl. Consistorio, welches auch nur eine mit wechselnden Menschen besetzte Behörde sei, könne man die Entscheidung nicht überlassen. Ob der zweite Fall, eine Entwürdigung des Segens, vorliege, solle nach den Umständen des concreten Falls beurtheilt werden; aber da eine derartige Entwürdigung nur dann, wenn notorisch Jemand eines Aergerniß erregenden Verhaltens sich schuldig gemacht, angenommen werden darf und hierüber ein jeder gute Christ zu urtheilen im Stande sei, so halte er im Interesse der schnelleren Erledigung und, wegen der besseren Garantien, die ein auf unmittelbare Anschauung basirtes Urtheil biete, dafür, daß auch diese Entscheidung in erster Instanz nicht Herzoglichem Consistorio, sondern der Kirchengemeindevertretung, den Kirchenvorständen übertragen werde. Er wolle beantragen,

statt der Absätze 2 und 3 Folgendes zu setzen:

»Die Fälle, in denen die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, sollen durch ein Kirchengesetz festgestellt werden.

Die Frage, ob die Segnung nach den besonderen Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden müßte, soll durch den betreffenden Kirchenvorstand entschieden werden.«

Der Antrag wird unterstützt.

Geheimerath Dr. Triepß. Der §. beruhe auf dem Wunsche, die Kirche als eine selbstständige Lebensgemeinschaft hinzustellen, als solche müsse die Kirche selbst beurtheilen, was kirchliche Ehehindernisse seien; mit der Kirche als ideeller Person dürfe natürlich ihre höchste, sie als Ganzes vertretende Behörde, Herzogliches Consistorium, nicht verwechselt werden.

Die Kirche könne nur nicht verpflichtet sein, ohne in eine unwürdige Stellung zu gerathen, alle Ehen, die der Staat anerkenne, einzusegnen. es kämen dabei vorzugsweise Mißehen, weniger die Ehen Geschiedener in Betracht, der Kreis der staatlichen Ehen sei größer als der der kirchlichen, und die Kirche habe zu beurtheilen, ob Ehen aus jenem auch in diesen Kreis nach dem Evangelio aufgenommen werden dürften. Es sei behuf Regelung dieser Frage Erlaß eines Kirchengesetzes in Anregung gebracht, aber die Abfassung eines solchen Gesetzes sei mit den allergrößten Schwierigkeiten verknüpft und würde kaum der Mühe lohnen.

Der Fall der Entwürdigung werde allgemein anerkannt werden; die Kirche müsse den, der sie beleidigt, von sich zu weisen das Recht haben. Ein Urtheil aber sei zuvor darüber abzugeben und als Spruchbehörde das Herzogliche Consistorium, welches die höhere Einheit der Landeskirche im Auge habe, dessen Ausspruch als der der ganzen Kirche gelten müsse, aussersehen. Eine Uebertragung an die Kirchenvorstände eigne sich nicht; eine Befragung und Anhörung der Gemeindeorgane stehe dagegen mit dem Entwurf vollkommen im Einklange.


Er bitte dringend, nicht über diesen §. hinwegzugehen, der wichtig sei für das Gedeihen der Kirche, wichtig durch Uebertragung der Autonomie an die Kirche auf ihrem Gebiet.

Abgeordneter Wolff beantragt

den Absatz 3 des §. folgendermaßen zu fassen:

»Gegen die abgegebene Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen wie jenem ein binnen 14 Tagen von der Mittheilung der Entscheidung angerechnet zu überreichender Recurs an Uns zu, auf welchen Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodal-Ausschusses unter Beirath Unseres Herzoglichen Consistoriums dem Evangelio gemäß Verfügung treffen werden.«

Nach unserer Kirchenverfassung ziehe Se. Hoheit, trotzdem das Herzogliche Consistorium schon in 2. Instanz gesprochen, diese Behörde doch nochmals zum Beirath heran.

Der Zusatz »gemäß dem Evangelio« sei ihm passend erschienen als Gegensatz zu der hier nicht Platz greifenden Landesherrlichen Machtvollkommenheit, aus der der Landesfürst sonst handle.  Redner verwahrt sich und protestirt gegen die eregetischen Deductionen des Abgeordneten Stöter und schließt:

Fälle, wo es nach dem Evangelio rein unmöglich sei, kirchlich zu trauen, seien z. B., wenn sich ein aus bloßer Unlust am Zusammenleben mit einem früheren Ehegatten Geschiedener wieder trauen lassen wolle; unzweifelhaft sei auch im Fall der Ehe zwischen Ehebrechern, die nach dem Reichsgesetz im Wege der Dispensation möglich sei, eine kirchliche Einsegnung unstatthaft.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Es würden Fälle vorkommen, in denen die Kirche der Ehe ihren Segen versagen müßte; dies sei aber zu constatiren von der Oberbehörde, der, wie sich aus practischen Gründen empfehle, von dem Geistlichen nach Anhörung des Kirchenvorstandes zu berichten sei. Er beantrage demgemäß

Im Abs. 2 des §. 5 nach den Worten »bedenklich scheinenden Fall« hinzufügen:  
»nach Berathung mit dem Kirchenvorstande seiner Gemeinde«.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Körner. Er stimme dem Antrag Bode zu, da der Kirchenvorstand recht wohl über diese Fragen entscheiden könne und daß er die Entscheidung bekomme, auch im Interesse des Pfarrers sei.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Gegen den Antrag Lerche sei an Seiten des Herzöglichen Consistorii nichts zu erinnern, da demselben daran gelegen sein müsse, die Meinung des Kirchenvorstandes zu hören, in dessen Hände aber die Entscheidung zu legen, scheine bedenklich.

Abgeordneter Eggeling tritt der möglichen Interpretation der Rede des Herrn Geheimraths Dr. Triepß entgegen, als ob er, Redner, nicht correct gehandelt, und zieht seinen Antrag zurück.

Abgeordneter Bode hält seinen Antrag aufrecht. Es könne die Abfassung eines Gesetzes, wie er es angeregt, unübersteigliche Hindernisse nicht bieten, da der Ehehindernisse nur wenige seien. Die Entscheidung, ob Entwürdigung oder nicht, werde doch besser den Kirchenvorständen gegeben; nur was notorisch, dürfe berücksichtigt werden; was nicht ins Publikum gekommen, müsse mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt bleiben; der Kirchenvorstand kenne aber aus Anschauung an Ort und Stelle die Lage der Dinge und sehe deshalb richtiger, als Herzögliches Consistorium, dem die Sache leicht in unrichtiger Färbung erscheinen könne. Daß in verschiedenen Gemeinden verschieden geurtheilt werden könne, schade nichts; Schwankungen in den Ansichten wären auch bei Collegialbehörden nichts Seltenes.

Geheimerath Dr. Triepß. Er habe nicht im Entferntesten dem Abgeordneten Eggeling einen Vorwurf machen wollen, sei dazu schon gar nicht in der Lage, da ihm dessen Wirksamkeit bisher wenig bekannt gewesen.

Mit dem Abgeordneten Bode sei er einverstanden, daß nicht occulta berücksichtigt, daß aber die Gemeinde gehört werden müsse; die Entscheidung könne nicht dieser, sondern müsse der Behörde zukommen, welche die höhere Gemeinschaft der Kirche repräsentire. Käme die Entscheidung an die Gemeinden, so würden diese leicht zu der irrthümlichen Auffassung verleitet, sie entschieden als Kirche, und dadurch die höhere Gemeinschaft, die als Eine, nicht als Conföderation von einzelnen Kirchen dastehe, gefährden.

Abgeordneter Eimecke empfiehlt die Anträge Lerche und Bode.

Abgeordneter Lerche verzichtet auf's Wort.

Abgeordneter Skerl ist bedenklich gegen den §., weil mit demselben die Kirchenzucht in Einem Punkt begonnen werde, obgleich es für die Kirche noch nicht an der Zeit sei, so schwere Zucht zu üben, da sie sich erst in ihre neue Selbstständigkeit, die neuen kirchlichen Ordnungen einleben müsse.

Abgeordneter Oesterreich. Als Einwand gegen den Antrag Bode, die Entscheidung an den Kirchenvorstand zu bringen, sei auf die höhere Gemeinschaft der durch Herzogl. Consistorium vertretenen Kirche verwiesen; mit Unrecht, da in den betreffenden Fällen es sich fast immer nur um Lokales handele, und hiefür der Geistliche mit dem Kirchenvorstande bessere Urtheiler seien, als Herzogliches Consistorium, welches sich auf das Urtheil Anderer verlassen müsse; es ließe sich allenfalls in dem Antrage einschalten, daß bei Widerspruch zwischen Geistlichen und Kirchenvorstand jener einen Recurs an das Kirchenregiment habe.

Wann ferner eine Ehe dem Evangelio zuwider sei, darüber habe er vergeblich Belehrung gesucht und glaube, daß auch Entscheidung dieser Frage nicht der Majorität im Herzoglichen Consistorio im einzelnen Fall überlassen bleiben dürfe, sondern daß hierüber durch ein Kirchengesetz Bestimmung getroffen werden müsse.

Nachdem noch der Abgeordnete Steinmeyer eine auf den Vercheschen Antrag bezügliche Anfrage an den Vertreter des Kirchenregiments gerichtet und Antwort erhalten, schließt der Vorsitzende die Session und beraumt auf den 1. December Morgens 10 Uhr die nächste an behuf Fortsetzung in der Berathung.

*Herzog, prot. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
№. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

5. Sitzung vom 1. December 1875.

---

Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des verlesenen Protokolls kündigt der Vorsitzende an, daß der Abgeordnete Bode noch folgenden Zusatzantrag zu seinem bereits gestern ad §. 5 gestellten Antrage eingereicht habe:

»Gegen die Entscheidung steht dem zurückgewiesenen Paare der Recurs an Unser Herzogliches Consistorium und von diesem an Uns zu, und werden Wir dann nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen.«

Abgeordneter Bode. Es sei von ihm nur übersehen, in seinem Hauptantrag Bestimmungen über den Instanzenzug bei nothwendiger Weise zuzulassenden Recursen gegen die Entscheidung des Kirchenvorstandes zu proponiren. Solche Recurse seien aber nur dem Paare, welches mit dem Antrage auf kirchliche Trauung zurückgewiesen, nicht auch dem Prediger zuzugestehen. Der letztere, welcher im Fall der Evangelienwidrigkeit der Trauung allein handele, könne sich in dem Fall der Entwürdigung des Segens bei der Entscheidung des Kirchenvorstandes beruhigen, da er sich salviert; auch der Richter müsse ja, wenn in zweiter Instanz seine Erkenntnisse reformirt, der Einsicht dieser sich beugen. Er habe auch keine prinzipiellen Bedenken gegen etwa zu beschließende Zulässigkeit auch eines Recurses des Geistlichen; er sei prinzipaliter für Streichung des §. überhaupt, da die Existenz der und welcher kirchlichen Ehehindernisse durch ein unter Zuziehung der Synode zu erlassendes Kirchengesetz festgestellt werden müsse, event. empfehle er seinen Antrag.

Der Antrag wird unterstützt und mit zur Berathung verstellt.

Abgeordneter Wolff. Pastoren, welche sich in ihrem Handeln durch Beschlüsse des Kirchenvorstandes der Gemeinde, in welcher sie gerade angestellt seien, bestimmen ließen, würden die Kirche ebenso ruiniren, wie diejenigen, welche sich als Diener des Kirchenregiments betrachteten; die Geistlichen seien einzig und allein an die von der Kirche und der Heiligen Schrift gegebenen

Vorschriften gebunden, hätten nur, diesen entsprechend, ihre Entscheidungen abzugeben, sich nur durch das auf sich einwirken zu lassen, was zu dem Bekenntniß der Kirche gehöre. Dazu komme, daß die letzte Novelle zum Kirchenvorstandsgesetze die Voraussetzung zur Qualität eines Kirchenvorstandsmitgliedes, welche bis dahin ein kirchliches, christliches Leben gebildet, gestrichen und die Wähler geradezu angewiesen habe, nicht nach der kirchlichen Qualität, sondern nach dem bürgerlichen guten Ruf ihre Wahlen einzurichten. Auf Grund solchen Gesetzes gewählten Männern könne die hier fr. Entscheidung nicht übertragen, wenigstens müsse auch den Predigern dagegen ein Recurs gestattet werden. Er bitte, den Antrag Bode nicht anzunehmen.

Abgeordneter Desterreich. Die von dem Abgeordneten Bode angezogene Parallele passe nicht, da es sich für den Richter nur um Rechtsansichten, für den Geistlichen aber um Gewissensfragen handeln könne, und um jede Beunruhigung im Gewissen den Predigern fern zu halten, beantrage er,

in dem Zusatzantrag Bode hinter »Paare« einzuschalten »wie auch dem zuständigen Geistlichen«.

Abgeordneter Freist. Er müsse, da insbesondere auf dem Lande die Kirchenvorstandsmitglieder zu viel durch verwandtschaftliche Rücksichten und sonstige Interessen an den Personen sich beeinflussen ließen, gegen den Antrag Bode stimmen, durch welchen der Kirchenvorstand zu einer höheren Instanz über den Geistlichen gemacht und so in eine des Letzteren unwürdige Stellung gebracht werde.

Abgeordneter Bode. Der Geistliche sei Bestandtheil des Kirchenvorstandes und es sei nichts Ungewöhnliches, daß das Ganze über den Theil gestellt werde; es handle sich hier aber auch gar nicht um eigentlich kirchliche, sondern nur um Fragen der gewöhnlichen Moral, über welche Jeder urtheilen könne, welcher auf Moral etwas hielte. Das Institut der Kirchenvorstände sei nicht herunterzusetzen, wie dies hier geschehen; wenn Mitglieder derselben sich so, wie vom Borredner behauptet, beeinflussen ließen, dann gehörten sie eben nicht hinein in diese Körperschaft. Gegen die Gestattung des Recurses für den Geistlichen sei er prinzipiell nicht, aber er weise auf die Ausführungen des Abgeordneten Wolff hin, der sich gar nicht, auch nicht der über ihm stehenden Behörde unterwerfen, sondern ganz allein für sich entscheiden wolle.

Abgeordneter Rohde. Er sei gegen den Antrag des Borredners, schon aus praktischen, theilweise bereits vom Abgeordneten Freist hervorgehobenen Gründen. Der Kirchenvorstand sei mit der ganzen Gemeinde verwachsen und werde deshalb gar leicht ein parteiisches Urtheil über die Gemeindeglieder fällen, nicht aus bösem Willen, aber weil er nicht anders könne, weil sein Blick durch langjährige Beziehungen, Freundschaft oder Feindschaft getrübt werde. Deshalb müsse auch in den an zweiter Stelle im §. 5, Alinea 1, genannten Fällen, Herzogliches Consistorium die Entscheidung haben, es empfehle sich aber, vor Abgabe derselben den Kirchenvorstand zu hören. Er beantrage deshalb,

dem Abs. 2 hinzuzufügen: »welche nach Einziehung berichtlicher Aeußerung des Kirchenvorstandes der betr. Pfarodie in den an zweiter Stelle im Abs. 1 genannten Fällen abzugeben sei,«

ein Antrag, welcher mit dem auf beide Fälle des §. 5, Al 1 bezüglichen Antrage Perche nicht identisch sei.

Der Antrag wird unterstützt.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Eine Gesetzesvorlage über die kirchlichen Gehindernisse sei für jetzt nicht deshalb, weil Herzogliches Consistorium die Würde der Entscheidung solcher Fragen für sich beanspruche, sondern, weil die Frage noch nicht spruchreif sei, die Ansichten in ganz Deutschland noch schwankten, nicht gemacht. Das Verhältniß zwischen den staatlichen und Gehindernissen könne für jetzt, da dabei auch noch andere, im Augenblick noch nicht zu ordnende Verhältnisse mit berücksichtigt werden müßten, nur durch ein provisorium, wie es die Vorlage thue, geregelt werden. Hinsichtlich der Entwürdigung der Einsegnung werde sich der Pfarrer am besten mit dem Kirchenvorstande benehmen; gelinge das nicht, so müsse er für solchen Fall

prinzipaliter die Vorschriften der Vorlage empfehlen, eventuell aber jedenfalls die Möglichkeit des Recurses auch für den Geistlichen verlangen, damit nicht aus der von den Vorrednern hervorgehobenen Gefährlichkeit, welche eine Entscheidung des Kirchenvorstandes habe, Schaden für die Kirche erwachse.

Geheimerath Dr. Triepß. Die beiden im Absatz 1 des §. hervorgehobenen Fälle seien scharf zu unterscheiden; die Fälle der Evangelienwidrigkeit durch ein Gesetz zu bestimmen, welches per majora zu Stande komme, sei nicht wohl angänglich, da über das Evangelium, die Quelle jener Hindernisse, Einstimmigkeit herrschen müsse. Unter dem zweiten Gesichtspunkt seien die Fälle zu subsumiren, wo Jemand sich durch ruchloses Leben, Blasphemie, Vernichtung aller Kirchlichkeit u. unwürdig gemacht habe zur Aufnahme in die größere Gemeinschaft der christlichen Familien. Gegen den Antrag Bode, soweit er diesen zweiten Fall betreffe, sei nichts zu erinnern, wenn der Zusatzantrag Desterreich auch angenommen werde; letzterer aber sei nothwendig, weil Fälle vorkommen könnten, wo der Geistliche in Folge larer oder gar irreligiöser Anschauungen der Gemeindeglieder mit diesen in Differenz gerathe und deshalb ihm die Möglichkeit offengehalten werden müsse, Remedur bei Herzoglichem Consistorium, welches übrigens, wie der Kirchenvorstand, aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern bestehe, zu erwirken.

Abgeordneter Desterreich beantragt Schluß der Debatte, da alle Punkte durchgesprochen seien.

Der Antrag wird genehmigt.

Abgeordneter Wolff (persönlich). Er habe nicht Entscheidung in letzter Instanz für die Prediger vindicirt.

Abgeordneter Bode. Der Kirchenvorstand werde, wenn er entscheiden solle, als eine nicht zuverlässige Instanz betrachtet, seine Begutachtung trotzdem aber sehr gewünscht. Eine Vorlage zu einem Kirchengesetz über die kirchlichen Ehehindernisse auszuarbeiten, sei zulässig und wenn auch schwierig, doch bis zum Zusammentritt der nächsten ordentlichen Synode nicht unmöglich; bis dahin dem Herzoglichen Consistorio die Entscheidung zu überlassen, sei in der Natur der Sache begründet: auch diese Behörde entscheide aber doch über die ihr zur Entscheidung vorgelegten Fälle nach Stimmenmehrheit.

Geheimerath Dr. Triepß. Um zu constatiren, welches der Inhalt des Evangelii, müsse allerdings Einstimmigkeit herrschen; ein Anderes sei Entscheidung concreter Fälle.

Der Vorsikende stellt zunächst für den Fall der Annahme des Bode'schen Antrages das Unteramendement Desterreich zur Abstimmung; dieses und demnächst der Antrag und Zusatzantrag Bode sowie mit diesen Veränderungen der §. 5 der Vorlage werden angenommen. Die Anträge Lerche, Wolff, Rohde sind in Wegfall gekommen durch Annahme des Antrags Bode-Desterreich.

#### §. 6.

Dieses Kirchengesetz tritt mit dem 1. Januar 1876 in Kraft.

Die demselben entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich die Bestimmungen der Erneuerten Kirchenordnung, Th. II. Cap. VIII., über den bei Copulation angehende Eheleute zu haltenden Proceß, werden hiemit aufgehoben.

Alle, die es angeht, u.

Urkundlich u.

wird ohne Debatte genehmigt.

Sodann wird, nachdem der Vorsikende erklärt, über den ausgesetzten §. 2 die Berathung erst nach der über das Trauformular stattfinden lassen zu wollen, die Lectüre eröffnet und zwar über einzelne Absätze, zunächst über folgende:

Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

Geliebte in Christo! Ihr seid erschienen, um euch vor Gottes Angesicht und

diesen Zeugen zu christlicher Führung eurer Ehe zu verpflichten, und dieselbe durch Gottes Wort und Gebet heiligen und im Namen Gottes segnen zu lassen.

Abgeordneter Steinmeyer übernimmt das Präsidium.

Abgeordneter Apfel hält für bedenklich, daß in allen Fällen dieselben Sectionen gelesen werden sollen, da die concreten Verhältnisse leicht eine Abkürzung oder eine Auswahl anderer Sectionen nach der Subjectivität der Personen geboten erscheinen lassen könnten und beantragt deshalb

hinter dem Worte »nachfolgende« einzuschalten »oder andere den besonderen Verhältnissen mehr entsprechende«.

Abgeordneter Thiele. Ihm sei das Trauungsformular das Wichtigste in der Vorlage; er wünsche aber einige Emendationen in demselben. — Der Landesfürstliche Commissar habe ihm und seinen Nachbarn (Wolff und Rohde) den Vorwurf gemacht, sie griffen in das Gebiet des Rechts über, sie trieben jus; davon sei er aber weit entfernt, vielmehr durchaus nicht in juristischer Stimmung; jedoch habe er über die Ursache dieses Vorwurfs nachgedacht und dabei gefunden, daß die Schuld darin liege, daß von ihm die Rechtsgültigkeit der bürgerlichen Ehe nicht genugsam accentuirt sei; dies habe er als selbstverständlich erachtet, wolle jedoch das Versäumte nachholen und damit die Rechtsgültigkeit der vor dem Standesbeamten geschlossenen Ehe aufs Nachdrücklichste anerkennen: nicht ein Tüttelchen Recht werde zu der Ehe durch den kirchlichen Trauungsact hinzugethan, gehe ihr ab, wenn die religiöse Feier nicht nachfolge; es könne sich hier allein und ausschließlich nach Lage der Gesetzgebung um das religiös-sittliche Gebiet handeln, nur um den Ausdruck, wie dem religiös-sittlichen Bedürfniß der civiliter getrauten Eheleute zu genügen sei. Und ob die Vorlage diesen Ansprüchen genüge, darüber sei der Streit entstanden.

Die Vorlage sei basirt auf die Beschlüsse der Eisenacher Kirchen-Conferenz, richtiger die von dieser Versammlung nach einem geschlossenen Compromiß der verschiedenen Strömungen aufgestellten fünf ersten Thesen und harmonire mit den in dieser Frage vom Oberkirchenrath in Preußen erlassenen Verfügungen. Sein Wunsch gehe nun, unter Nichtbeanstandung dieser fünf ersten Thesen, auf Berücksichtigung auch der sechsten, welche ein »Zusammensprechen, Bestätigen« gestatte. Im Einzelnen bitte er, die Bezugnahme auf den vorangegangenen Civilact aus der Trauungsformel selbst, wo sie nicht unbedingt nothwendig stehen müsse und nur störend auf das Gefühl einwirke, herauszunehmen und in den Eingang zu stellen; im Absatz 2 bitte er statt der Verpflichtung zu christlicher Eheführung ein Bekenntniß des Ehebundes vor Gott zu setzen, da ihm theils der Ausdruck »Führung« der Ehe überflüssig erscheine, wenn eine Verbindung zu christlicher Ehe geschlossen sei, das Wort »verpflichten« aber zu kalt, zu juristisch sei.

Redner formulirt seine Anträge dahin:

»Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

(Hierauf kann, wo es üblich ist, gesungen werden: Bis hieher hat mich Gott gebracht, oder ein anderer passender Gesang. Hält der Geistliche eine freie Ansprache oder Traureden, so tritt sie hier ein. Alles Uebrige, wie folgt.)

Geliebte in Christo! Ihr seid dahier erschienen, um Euren Ehebund, den Ihr vor der Obrigkeit auf Grund des Gesetzes rechtsgültig (aufgerichtet) geschlossen, nun auch auf dem Grunde des göttlichen Wortes vor dem Angesicht Gottes und seiner Kirche feierlich zu bekennen (aufzurichten), und mit allen hier gegenwärtigen Zeugen den Segen des Herrn zu demselben zu erbitten.

So höret denn Alle in Andacht Gottes Wort über den heiligen Ehestand.« und findet die nöthige Unterstützung, ebenso wie auch der Antrag Apfel unterstützt wird.

Gegen Schluß der Rede nimmt Abgeordneter Caspari wieder das Präsidium.

Abgeordneter Verhe (Eikum) wird unbedenklich dem Antrag Thiele zustimmen, ist aber der Ansicht, daß ein Gesang an der vorgeschlagenen Stelle wohl kaum einzuschalten rathsam



sei; die biblischen Sectionen seien nicht für alle Eheschließungen gleich zu formuliren, sondern deren Auswahl ins Ermessen des Geistlichen zu stellen, da nicht überallhin dieselben Sectionen paßten.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Es handele sich jetzt, wie der Abgeordnete Thiele anerkannt habe, nur um die religiös-sittliche Seite der Ehe; da aber doch die rechtliche Seite überwiegend sei, so dürfe diese nie aus den Augen gesetzt werden, damit unter keinen Umständen bei dem kirchlichen Handeln das Verhältniß zwischen bürgerlicher Eheschließung und kirchlicher Trauung zu verkennen, möglich sei. Mit dem Vorbehalt, daß in den Trauungs-Fragen und Formular nichts geändert werde, was dieses Verhältniß verrücken könne, sei er geneigt, auf alle Verbesserungsvorschläge einzugehen und mit diesem Vorbehalt könne er sich auch mit dem Antrag Thiele, der eine ansprechende Fassung vorschlage und da die Verweisung der Bezugnahme auf den Civilact in den Eingang des Formulars nicht zu tadeln sei, einverstanden erklären.

Auf der Eisenacher Conferenz nun, welche Behuf einer Einigung zwischen den Kirchenregierungen Deutschlands über die in Folge des Reichscivilhegegesetzes zu treffenden Maßnahmen zusammengetreten sei, habe eine Vereinbarung dahin stattgefunden, daß mit den Trauungsformularen diejenigen Veränderungen vorzunehmen seien, welche die rückhaltlose Anerkennung des Gesetzes nöthig machte, daß insbesondere in denselben eine Erklärung sich ehelich verbinden zu wollen, nicht, sondern nur ein Gelübde christlicher Eheführung enthalten sein dürfe, daß endlich auch eine Unterscheidung zwischen einer civiliter eingegangenen Naturehe und einer christlichen Ehe zu verwerfen sei. Das sei auch in der These 6 zum Ausdruck gekommen, da diese ausdrücklich auf die nöthig gewordene Erläuterung der Worte »Zusammensprechen, Bestätigen«, hinweise. Es seien bei Ausarbeitung des Geszentwurfs auch diese beiden Ausdrücke mit in Betracht gezogen, aber eine unzweideutige Formel nicht gefunden. Gegen das Wort »Zusammensprechen« habe von vornherein das Bedenken gesprochen, dasselbe von jetzt an, statt in dem alten bekannten, in einem neuen, fürs Erste jedenfalls dem Volke nicht deutlichen Sinne zu gebrauchen; das »Bestätigen« aber deute auf ein obervormundschaftliches Handeln dessen, der bestätige, und es sei auch der Schein zu vermeiden, als ob der Geistliche damit erst sein Siegel auf den vorangegangenen Civilact drücke. Nach der Ansicht des Herzoglichen Consistorii werde das Volk durch Weglassung des Wortes »Zusammensprechen« nicht verlieren und müßte, da neue Verhältnisse eingetreten, für die neuen Formen auch neuer Gehalt gefunden werden.

Geheimerath Dr. Triepß ist dem Antrag Thiele nicht entgegen, da derselbe in passender und ansprechender Reihenfolge in dem Trauformular zunächst das Bekenntniß der Ehe vor Gott, dann die Declaration des Inhalts und endlich das Gelöbniß, das neue vinculum nicht juris sondern pietatis hervortreten lasse; nur lege er Gewicht auf Ersetzung des Wortes »Aufrichten« durch »Schließen, Bekennen.«

Abgeordneter Desterreich stimmt für den Antrag Thiele, der zu rechtlichen Bedenken keine Veranlassung gebe, dem Gefühl entspreche und nur noch so, wie der Vorredner zuletzt hervorgehoben, zu verbessern sei.

Abgeordneter Thiele ist mit Streichung der Worte »aufgerichtet, aufzurichten« einverstanden.

Abgeordneter Wolff. Das Reichsgesetz an sich fordere keine Aenderung eines bestehenden Trauformulars; nur um die Wahrheit zwischen Staat und Kirche nicht zu verdunkeln, sei auszusprechen, daß die Kirche ihrem Handeln keine rechtliche Wirkung beilege und die Rechtsgültigkeit der Civilehe in aller Weise anerkenne. Dem gegenüber müsse dann aber auch hervorgehoben werden, daß dem kirchlichen Bedürfniß der angehenden Eheleute eine christliche Ehe einzugehen, noch nicht mit dem Civilact genügt sei; denn bei diesem komme inhaltlich des Reichsgesetzes eine Bezugnahme auf Gott, eine Erklärung dessen, was Ehe sei, nicht vor; die Erklärung kraft des Gesetzes genüge nicht, es müsse noch eine Verbindung vor Gott hinzukommen. Er wünsche die Beibehaltung des alten Trauformulars, welches nichts enthielte, was einem Eingriff

in das Gebiet des Staats ähnlich sehe; ein Hinweis, daß es sich hier überall nur um Religiöses handele, könne leicht hineingebracht werden.

Redner kritisiert die kirchlichen Zustände in Preußen, die erlassenen Verfügungen des Oberkirchenraths, die Eisenacher Kirchenconferenz und formulirt einen Antrag dahin,

an Stelle des Abs. 2 Folgendes zu setzen:

Beliebte in Christo! Nachdem Ihr, hier gegenwärtige N. N. vor bürgerlicher Obrigkeit erklärt habt, daß Ihr die Ehe mit einander eingehen wollt und darauf von derselben kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt seid, so begehret Ihr nunmehr Euren Ehebund mit einander auch vor Gott und christlicher Gemeinde aufzurichten.

findet aber nicht die nöthige Unterstützung.

Abgeordneter Steinmeyer spricht seine Genugthuung darüber aus, daß der Abgeordnete Thiele dem bürgerlich rechtlichen Standpunkt volle Gerechtigkeit habe widerfahren lassen; der Abgeordnete Wolff halte gewiß aus voller Ueberzeugung an der alten Trauformel fest, seine Deductionen hinsichtlich zweier neben einander bestehender Eheschließungen, der civilen und der kirchlichen seien aber unhaltbar.

Abgeordneter Desterreich beantragt Schluß der Debatte; dieser, sowie demnächst bei der Abstimmung der Antrag Thiele werden angenommen, damit ist der Antrag Apfel weggefallen.

Hiernächst beantragt Abgeordneter Thiele, nachdem die Debatte über die Lektionen aus Gottes Wort eröffnet ist, unveränderte Annahme aller 3 Lektionen, die zwar nicht ganz dieselben, wie die jetzigen, aber sehr glücklich ausgewählt seien.

Der Vorsitzende verkündet zur Berathung zunächst folgenden Absatz und damit zur Generaldiscussion die Lektionen:

»(Die einleitende Ansprache kann auch in freier Rede geschehen. Die nachfolgenden biblischen Lektionen verliest der Geistliche, auch wenn er eine Trauredede hält, in welcher er auf die besonderen Lebensverhältnisse der neuen Eheleute Bezug nehmen mag.)«

Abgeordneter Lerche (Eikum) die Mehrzahl der proponirten Lektionen sei gut und beizubehalten, einige Stellen aber, z. B. die Worte »seid fruchtbar und mehret Euch,« könnten leicht Anstoß erregen und sei deshalb auf deren Beseitigung Bedacht zu nehmen.

Abgeordneter Apfel beantragt unter Verweisung auf das früher von ihm Gesagte, vor den einzelnen Lektionen einzuschalten: »(der Geistliche verliest die nachfolgenden oder andere, den Verhältnissen entsprechende Lektionen)«

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti: Eine Gebundenheit müsse für den Prediger überall da statuiert werden, wo er nicht für sich, nach subjectiver Eingebung, sondern Namens der Kirche handele, wo die Kirche etwas Bestimmtes von ihm verlange; dies sei hier der Fall, die Lektionen seien zu fixiren.

Abgeordneter Steinmeyer. Die Lektionen müßten nach einem bestimmten Gange Bestimmtes mittheilen; dem Prediger freie Wahl darüber zu gestatten, gehe nicht an, indeß müsse doch demselben die Möglichkeit wenigstens offen gehalten werden, nach concretem Verhalten den einen oder anderen Passus wegzulassen.

Abgeordneter Skerl für den Antrag Apfel; besonders in Städten, wo häufig an Einem Sonntage viele Paare zu trauen seien, könne Verlesung derselben Stellen leicht auf die Prediger und die Paare, welche zuletzt an die Reihe kämen, und vielleicht schon lange gewartet, ermüdend wirken.

Abgeordneter Münck empfiehlt Antrag Apfel, weil die vorliegenden Lektionen für manche Fälle zu lang seien.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Die Fixirung der zu lesenden Stellen zeuge von wenig

Vertrauen zu einer tactvollen Auswahl Seitens der Pfarrer, obgleich doch Alles, was in der Bibel über die Ehe gesagt ist, vorlesbar sein dürfte.

Abgeordneter Desterreich hält dafür, daß andere als bestimmte Lectionen nicht, jedoch deren Abkürzung, je nach Lage der Sache gestattet werden dürfe.

Geheimrath Dr. Friepß. Die Kirchenregierung müsse darauf bestehen, daß eine Auswahl nicht gestattet werde, da der Prediger hier als Organ der Kirche handele. Eine Abkürzung sei vielleicht für die erste und dritte, nicht auch für die 2. zu erlauben, da der Inhalt der Lectionen für alle Ehen gleich maßgebend sei.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Manches aus den Lectionen passe nicht für concrete Fälle; eine Erlaubniß wegzulassen müsse ausdrücklich gegeben werden.

Abgeordneter Apffel. Bei dem Formular müsse unterschieden werden zwischen dem wirklich wesentlichen Inhalt und dem unwesentlichen; in Bezug auf den Letzteren müsse den Predigern eine freiere Bewegung gestattet werden, als es die Vorlage thue; die Verlesung der hier angezogenen Bibelstellen sei in manchen Fällen, z. B. bei schwerer Krankheit eines der Nupturienten nicht möglich, es werde aber auch durch Weglassung derselben oder Stücke derselben die Feierlichkeit der Handlung in keiner Weise gestört.

Abgeordneter Steinmeyer. Es müsse eine bestimmte, gegebene Bibellection anerkannt werden; daß dieselbe immer ganz verlesen werde, sei nicht nothwendig, und in Nothfällen, wie bei Trauungen auf dem Todtbette, eine gewisse Freiheit abzukürzen, nothwendig, aber auch wohl selbstverständlich; indeß wolle er doch der Sicherheit halber beantragen,

hinter Absatz 4 einzuschalten: (hier sind folgende Bibellectionen ganz oder theilweise vorzulesen).

Der Antrag wird unterstützt.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Nicht Mangel an Vertrauen zu den Geistlichen, sondern deren Stellung bei der Handlung habe die Fixirung vorgeschrieben; es sei so aber auch von Altersher schon Gebrauch gewesen. Abkürzungen seien in concreten Fällen gestattet, nur nicht eine Abkürzung der 2. Lection.

Abgeordneter Wolff. Bestimmte Lectionen müßten vorgeschrieben werden, da die Glieder der Kirche verlangen könnten, nach einer bestimmten Agende getraut zu werden.

Abgeordneter Thiele stimmt den Deductionen des Abgeordneten Desterreich zu; auch die dritte Lection sei bisher von ihm ohne Bedenken in Anwendung gebracht, und glaube er nicht, damit jemals wirklich keusche Gesinnungen beleidigt zu haben, sei übrigens einverstanden, wenn, diesen Passus anzuwenden, ins Ermessen gestellt werde.

Abgeordneter Dedekind für Antrag Steinmeyer, da insbesondere der Anfang der dritten Lection wegbleiben müßte, wenn z. B. das Ehepaar schon in reiferen Jahren stände.

Der sodann gestellte Antrag (Desterreich) auf Schluß der Debatte wurde, nachdem der Abgeordnete Apffel seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Steinmeyer zurückgezogen, und dann dieser letztere angenommen.

Der Präsident schließt die Sitzung und beraumt die nächste auf den 2. d. Mts. Morgens, 10 Uhr an, nach Festsetzung der Tagesordnung für dieselbe.

*Herzog, prot. Secretair.*



# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
N<sup>o</sup>. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

6. Sitzung vom 2. December 1875.

---

Nachdem das Protocoll vom vorigen Tage nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, verlesen und genehmigt war, wurde in Berathung des Trauformulars fortgeföhren, zunächst über folgende Absätze:

»Höret Gottes Wort über den heiligen Ehestand.

Wir lernen zum Ersten aus Gottes Wort, wie dieser Stand von Gott selbst eingesezt und verordnet ist.

Denn es stehet geschrieben im 1. Buch Moses am zweiten Capitel: Und Gott, der Herr sprach: es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehülfin machen, die um ihn sei. — Und da unser Heiland gefragt ward, ob es auch recht sei, daß sich ein Mensch scheide von seinem Weibe, um irgend einer Ursache, so antwortete er Matth. am 19: habt ihr nicht gelesen, daß, der im Anfange gemacht hat den Menschen, der machte, daß ein Mann und Weib sein sollte, und sprach: darum wird ein Mensch Vater und Mutter verlassen und an seinem Weibe hängen, und werden die Zwei Ein Fleisch sein. So sind sie nun nicht Zwei, sondern ein Fleisch. Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.«

Abgeordneter Desterreich (zu einem redactionellen Antrage): das Wort »denn« vor »es stehet geschrieben« sei als überflüssig zu streichen; das Wort fordere auf, den Beweis des Vorhergehenden im Nachfolgenden zu erwarten, eine Voraussetzung, die sich nicht erfülle.

Der Antrag wird unterstützt, angenommen und mit ihm der vorstehende Passus.

Die Lectionen 2 und 3:

»Zum Andern laffet uns aus dem Worte Gottes hören, wie ihr euch gegen einander verhalten sollt. Also spricht der Apostel Paulus Epheser am 5.:

Ihr Männer, liebet eure Weiber, gleich wie Christus geliebt hat die Gemeinde

und hat sich selbst für sie gegeben, auf daß er sie heiligte und hat sie gereinigt durch das Wasserbad im Wort. Also sollen auch die Männer ihre Weiber lieben als ihre eigenen Leiber. Wer sein Weib liebet, der liebet sich selbst. Denn Niemand hat jemals sein eigen Fleisch gehasset, sondern er nähret es und pfleget sein, gleich wie auch der Herr die Gemeinde. —

Die Weiber aber seien unterthan ihren Männern, als dem Herrn; denn der Mann ist des Weibes Haupt, gleichwie auch Christus ist das Haupt der Gemeinde und er ist seines Leibes Heiland.

Zum Dritten sollt ihr auch hören den Segen, damit unser Herr Gott den ehelichen Stand gesegnet hat. Denn also stehet geschrieben: Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und er schuf sie, ein Männlein und ein Fräulein. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und macht sie euch unterthan. Und Gott sahe an Alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war Alles sehr gut. — Darum spricht auch Salomo: Wer eine Ehefrau findet, der findet was Gutes und schöpft Segen vom Herrn. Welche daher ihren Ehestand nach Gottes Wort und Ordnung führen, die sollen sich bei Allem, was ihnen widerfährt, der Verheißung getrösten: Ich will dich nicht verlassen noch versäumen; rufe mich an in der Noth, so will ich dich erretten und du sollst mich preisen. Fürchte dich nicht, ich bin mit dir, weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich erhalte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.«

wurden ohne Debatte angenommen.

Zu den folgenden Absätzen des Formulars:

»Geliebte in dem Herrn! Ihr habt Gottes Wort über den heiligen Ehestand vernommen. Es liegt euch nun ob, zu bekennen, daß ihr eure Ehe nach Gottes Wort führen wollet. (Der Geistliche wendet sich an den Mann.) Demnach frage ich dich, N. N., vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen N. N. als mit deiner Ehefrau nach Gottes Befehl und Willen leben, ihr alle eheliche Liebe und Treue in guten, wie in bösen Tagen erzeigen, dich auch nicht von ihr scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!»

bittet der Abgeordnete Eggeling, die Hohe Kirchenregierung möge zur besseren Klarstellung des Verhältnisses in der Frage an den Mann hinzufügen, mit welchem Namen die Frau vom Geistlichen angeredet werden solle; er halte, da die Ehe vorhanden sei, für richtiger, den Namen des Ehemannes, als den des Vaters der Frau zu gebrauchen.

Abgeordneter Desterreich (zu einer redactionellen Bemerkung.) Der Wortlaut der Fragen sei obligatorisch für den Prediger, die Anrede mit »Du« aber zuweilen unpassend, z. B. wenn ein noch junger Geistliche eine bereits in vorgerückten Jahren stehende, vornehme, städtische Wittfrau zu trauen habe; es sei deshalb dem Ermessen zu überlassen, in geeigneten Fällen auch die Anrede mit »Sie« zu gebrauchen; er bitte um dahin zielende Einschaltungen.

Abgeordneter Thiele. Er könne der Ansicht des Vorredners nicht beistimmen, er habe seit Beginn seiner Laufbahn immer nur mit »Du« getraut und damit, wie er glaube, Anstoß nicht erregen können, da dieser Ausdruck zu der feierlichen Sprache der Kirche gehöre. In England sei es ebenso, und selbst die Königin Victoria mit »Du« getraut.

Der Ausdruck »es liegt euch nun ob« scheine ihm nicht passend, er beantrage, eine directe Aufforderung an das Paar zum Bekenntniß so zu formuliren:

»So bekennet nun, daß ihr als Eheleute nach Gottes Wort und Willen mit einander leben wollt,«

eine Fassung, die feierlicher und ansprechender sein dürfte; die Traufragen bitte er unverändert anzunehmen.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Apfel. Er habe während seiner Wirksamkeit als Prediger ganz in Gemäßheit der Agende die Brautleute immer mit »Euch« angeredet, und bitte diese Anrede beizubehalten; auch er bitte um Annahme der Traufragen.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Gegen die Fassung des Eingangs, wie sie der Abgeordnete Thiele wünsche, sei im Ganzen nichts zu erinnern. Dem Abgeordneten Eggeling müsse, da die Kirchenregierung selbst nicht in der Lage sei, Zusätze in der Vorlage zu machen, Stellung eines entsprechenden Antrags überlassen werden.

Abgeordneter Eggeling beantragt:

hinter »hier gegenwärtigen« den Namen des Eheannes einzuschalten.

Abgeordneter Steinmeyer. Im Allgemeinen lasse sich über die Anrede, ob Du, Ihr oder Sie, eine bestimmte Regel nicht aufstellen; man müsse das dem gefunden Tact der Geistlichen überlassen und es in deren Ermessen verstellen. Jedenfalls werde das »Du« nicht immer so freundlich beurtheilt werden als es gegeben werde; der Abgeordnete Thiele sei in dieser Beziehung in einer andern Lage, als die übrigen Prediger der Stadt, welche, schon der Gleichheit halber und um in derselben Kirche nicht verschiedene Formen zu beobachten, sich in bestimmter Weise, so weit sie an Einer Kirche fungirten, geeinigt hätten.

Für den Antrag Eggeling sei er nicht, da dann dem Namen des Eheannes der Vaternamen mit dem Zusatz »geborene« naturgemäß hinzukommen müsse, ein Ausdruck, der, wenn die kirchliche Trauung auf die civile unmittelbar folge, nicht passend erscheine. Er bitte um unveränderte Annahme der Vorlage.

Abgeordneter Desterreich. Er könne sich nicht für eine Veränderung der Vorlage aussprechen, möchte aber eine Aeußerung von Seiten des Kirchenregiments dahin anheimgeben, daß die Anrede mit »Du« nicht obligatorisch sei; mit dem Abgeordneten Thiele könne er sich nicht durchweg einverstanden erklären, insbesondere sei eine Bezugnahme auf die nicht gerade wünschenswerthen Zustände in der englischen Kirche nicht am Platze gewesen.

Abgeordneter Thiele. Es sei ihm wohl bekannt, daß seine Art der Trauung und die Anrede mit »Du« nicht immer Anklang fände; die Leute aber, auf deren Urtheil und Auffassung dieser Sache man nach ihrem kirchlichen und christlichen Sinne sich verlassen könne, seien mit seinem Verfahren einverstanden und für dieses, nicht etwa für seine persönliche Auffassung und Vornahme der Handlung spreche die Thatsache, daß die Hälfte der von ihm im Lauf des Jahres getrauten Paare aus anderen Gemeinden der Stadt zu ihm kämen.

In der Sache selbst schließe er sich dem Abgeordneten Steinmeyer an und glaube insbesondere, daß es zulässig sei, die unmittelbar nach dem Civilact zur Trauung in die Kirche kommende junge Frau noch als Braut und mit ihrem Vaternamen zu bezeichnen.

Abgeordneter Lerche (Eikum) spricht gegen den Antrag Thiele, für die Vorlage, da diese deutlicher als jener sei, welcher immerhin noch die Auslegung zulasse, als ob »Eheleute« Bezeichnung für einen künftigen status enthalte.

Im Uebrigen spreche er sich auch für die Zulässigkeit der Anrede mit »Sie« und den Eggelingschen Antrag aus, jenes, weil das vertrauliche »Du« in jetzigen Zeiten oft Anstoß erregen, dieses, weil durch die Bezeichnung der Frau als Frau deren status klar festgestellt werde.

Abgeordneter Apfel beantragt mit Rücksicht darauf, daß Höflichkeit und moderne Formen für die kirchliche Sprache nicht geboten erschienen, daß die Anrede mit »Ihr, Euch« auch zugleich auf das Verhältniß, in welches das neue Ehepaar zu den übrigen Gliedern der christlichen Gemeinde treten solle, hindeute,

statt »Dich« das Wort »Euch« zu setzen.

Geheimerath Dr. Triepß. Er könne selbstverständlich eine bindende Erklärung für das Kirchenregiment nicht abgeben. Seine persönliche Anschauung aber sei folgende. Es gebe

Gebiete, wo alle Menschen als gleich betrachtet und gleich behandelt werden; das seien das Recht und die Kirche. Wer in die Kirche komme, der müsse sich nur als Jünger Christi fühlen, da dürfe sich der Mann aus dem niedern Volke den Hochgestellten gleich achten und da müsse der Vornehme in Demuth nur denselben Platz beanspruchen, wie ein schlichter Arbeiter.

Abgeordneter Stöter empfiehlt den Antrag Apffel, da »Sie« für die Kirche zu modern, für den Antrag aber die alte, aus einer Zeit stammende Sitte sei, wo das höfliche »Sie« noch nicht zu uns gekommen.

Abgeordneter Apffel empfiehlt nochmals seinen Antrag, dem die Abgeordneten Lerche (Eikum) und Desterreich beitreten.

Abgeordneter Rohde beantragt,

einzuschieben hinter »gegenwärtigen N. N.« (wenn die Trauung gleich auf den Civilact folgt, ist die Braut noch mit dem Vaternamen zu nennen, sonst mit dem Namen des Mannes mit Zusatz: »geborene«)

und führt zur Motivirung aus, daß die Benennung mit dem Vaternamen und Zusatz »geborene« zu Reflexionen Veranlassung geben könnten, die der heiligen Handlung nicht entsprächen, auch der Oberkirchenrath in Preußen habe keine Bedenken gehabt, eine Verfügung im Sinne seines Antrages zu erlassen.

Consistorialrath Sallentien. Er bitte, die Vorlage unverändert anzunehmen. Das Herzogliche Consistorium habe gemeint, die Sache den Geistlichen überlassen zu müssen, welche das in den einzelnen Fällen Passende herausfinden würden. Ob die Braut als solche oder als Frau anzureden sei, werde wesentlich darauf ankommen, ob die kirchliche Trauung dem Civilact unmittelbar oder erst nach einem gewissen Zwischenraum nachfolge; als Analogie für den ersten Fall könne er sich auf das bisherige Verfahren berufen, da nach der jetzigen Agende das Paar auch nach vollendeter Trauung noch als Brautleute angeredet würden.

Abgeordneter Wolff. Wenn es auch etwas Unbehagliches für ihn habe, seine Ansichten hier vorzutragen, so halte er sich doch dazu verpflichtet, weil seine Sache die Sache vieler ja wohl der meisten Christen sei, welche zur kirchlichen Trauung kommen würden. Durch den Civilact seien die Leute zwar in ihrem Gewissen an ihre Ehe gebunden; es fehle ihnen aber doch noch die Eingehung der Ehe vor Gott; und zwar genüge ihnen nicht das bloße Gelübde christlicher Eheführung, es müsse noch der Ausdruck des Eintritts in die Ehe nach göttlichem Wort in der Kirche hinzukommen. Erst dadurch werde die Unbestimmtheit des Begriffs »Ehe« gehoben, zu dessen Erläuterung bei dem Civilact nichts geschehe; erst dadurch würden die Eheleute dem Ausdruck geben, daß ihre Ehe nicht rein menschlicher Art sei, sondern daß sie eine Ehe sein werde, wie sie durch göttliche Ordnung eingesetzt sei.

Er beantrage deshalb

a) den Eingang zu den Traufragen so zu fassen:

»Geliebte in dem Herrn! Ihr habt nun Gottes Wort über den heiligen Ehestand gehört, daß ihr wisst, derselbe ist von Gott selber eingesetzt, geordnet und gesegnet. Zu solcher göttlichen Stiftung und Ordnung wollet ihr euch auch für euren Ehebund bekennen und begehret darauf im Namen Gottes verbunden und gesegnet zu werden.«

b) die Traufragen selbst folgendergestalt zu fassen:

»Zum Manne gewendet spricht der Geistliche:

Demnach frage ich Dich, N. N., bist Du gewillt, diese gegenwärtige N. N. auch vor Gott zu Deiner ehelichen Hausfrau zu nehmen, mit ihr nach Gottes Befehl und Willen zu leben, Dich auch nicht von ihr zu scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches Deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es und sage: Ja.  
Zum Weibe gewendet:

So frage ich auch Dich, N. N., bist Du gewillt, diesen gegenwärtigen N. N.



vor Gott zu Deinem ehelichen Manne zu nehmen, mit ihm nach Gottes Befehl und Willen zu leben, Dich auch nicht von ihm zu scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches Deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es und sage: Ja!«

Die Anträge werden unterstützt

Abgeordneter Steinmeyer. Die Ausführungen des Landesfürstlichen Commissars seien gewiß richtig; aber in hiesiger Stadt z. B. hätten sich Verhältnisse eingelebt, denen man, wollte man nicht überall anstoßen, Rechnung tragen müsse. Er betrachte diesen Punkt nicht als so wichtig, daß nicht dem Einzelnen ruhig die Freiheit gegeben werden könne, es zu machen, wie es den Verhältnissen entspräche.

Ebenso sei in der Vorlage das »N. N.« ohne Zusatz zu belassen, um nicht dem Pastor die, nach seiner Anschauung nothwendige, Möglichkeit zu benehmen, in concreten Fällen das Richtige auszuwählen.

Ueber den Antrag Wolff sei, wenigstens dem Sinne nach, schon mehrfach abgestimmt; die sämmtlichen Anträge dieses Abgeordneten, welcher mit bewundernswürdiger Fähigkeit immer wieder auf dasselbe Ziel hinlenke, liefen darauf hinaus, daß die Ehe in der Kirche geschlossen werde.

Abgeordneter Bode. Die Auslegung des N. N. sei nicht gleichgültig und nicht den Predigern zu überlassen; es müsse vielmehr die Thatsache, daß ein Ehepaar vor dem Altare stehe, zum Ausdruck kommen; er beantrage,

hinter »hier gegenwärtigen« hinzuzufügen: »Frau«.

Abgeordneter Lerche (Eikum) protestirt gegen die Auffassung des Abgeordneten Wolff; es sei ein Contrast zwischen dem Staat, welcher die Realisirung der Rechtsidee repräsentire, und der Kirche, einer Anstalt zur Pflege der Religionsidee, nicht vorhanden, schon den Begriffen nach ausgeschlossen; an dem, was der Staat thue, könne auch Religion haften, und sei das der Fall, wenn ein Paar in christlicher Gesinnung sich vor dem Standesbeamten zur Ehe verbinde.

Der Antrag Bode wird unterstützt.

Abgeordneter Desterreich beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Abgeordneter Eggeling (als Antragsteller). Vor dem Altare dürfe nichts gesagt werden, was der Wahrheit nicht entspreche; der Tact der Pastoren könne hier nicht maßgebend sein, da derselbe möglicherweise von dem der Leute abweiche. Es sei nothwendig, eine bestimmte Formel festzustellen.

Abgeordneter Rohde. Er würde nach den vom Herzogl. Consistorio abgegebenen Erklärungen in der Lage sein, seinen Antrag zurückzuziehen, müsse denselben aber doch aufrecht halten, weil ein ihm entgegengesetzter Antrag gestellt sei.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung werden die Anträge Wolff (a), Thiele, Wolff (b), Apfel, Eggeling abgelehnt, der Antrag Bode angenommen, womit der Antrag Rohde fällt, und mit dieser Aenderung findet die Vorlage die Billigung der Versammlung.

Der Abgeordnete Steinmeyer übernimmt den Vorsitz.

Die Versammlung tritt ein in die Berathung folgender Absätze:

»(Der Geistliche wendet sich an die Frau.) Und so frage ich auch dich, N. N., willst du mit diesem hier gegenwärtigen N. N. als mit deinem Ehemanne nach Gottes Befehl und Willen leben, ihm alle eheliche Liebe und Treue in guten, wie in bösen Tagen erzeigen, dich auch von ihm nicht scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier und sage Ja!

Antwort: Ja!«

Abgeordneter Thiele bittet, die Kirchenregierung möge dieselbe Fassung, wie der Frage an den Mann auch der an die Frau geben, damit Letztere nicht anscheinend zu kurz komme.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Die jetzige Fassung sei absichtlich gewählt, die bisher angewendete, an welcher so wenig wie möglich habe geändert werden sollen.

Abgeordneter Thiele beantragt:

die Anfrage in derselben Weise an die Frau zu stellen, wie an den Mann.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Skerl spricht für den Antrag, da sich die Gleichförmigkeit der beiden Fragen wohl empfehle.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti will nur darauf hinweisen, daß die jetzige und für die Zukunft projectirte Fassung bereits in der Kirchenordnung vom Herzog Julius und der von 1709 enthalten sei.

Abgeordneter Kuhn für Antrag Thiele.

Der letztere wird nach Schluß der Debatte angenommen.

Es folgt die Berathung über die Absätze:

»(Der Geistliche spricht:)

Wechselt die Ringe zum Zeichen und Unterpfsand eurer ehelichen Liebe und Treue.

(Nach dem Ringewechsel:)

Gebet einander die rechte Hand.«

Abgeordneter Thiele beantragt, da es hier dem Geistlichen überlassen bleiben müsse, ob er einige Worte bei und nach dem Ringewechsel sagen wolle,

statt der Absätze zu sagen: (Nachdem sie hierauf die Ringe gewechselt und die Hände zusammengefügt, legt der Geistliche die rechte Hand auf die verbundenen Hände und spricht:)

Abgeordneter Münck. Er habe auch beim Ringewechsel immer einige passende Worte gesprochen.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Beim Ringewechsel seien bestimmte Worte zu sprechen, damit nicht dieser Act nach Belieben des Pfarrers zu einem ganz andern, als beabsichtigt, gemacht werde und nicht der ganzen Feier einen andern Stempel aufdrücke, als den der Vorlage.

Abgeordneter Thiele. Nach seinem Antrage solle der Geistliche überhaupt nicht genöthigt sein, irgend etwas zu sagen, er könne beim Ringewechsel ganz schweigen.

Abgeordneter Rohde. Der Antrag Thiele sei zu empfehlen; eine Gefahr, wie sie der Abgeordnete Lerche darin sehe, nicht vorhanden, weil schon der liturgische Tact verbieten würde, hier subjectiven Anschauungen Ausdruck zu geben.

Abgeordneter Desterreich. Es seien für diesen Platz bestimmte Worte nothwendig, damit nicht möglich sei, hier dem ganzen Act einen andern Character zu verleihen, als der sei, den derselbe haben solle; auch erfolge der Ringewechsel zc. nicht ohne Aufforderung von Seiten des Geistlichen.

Die Abgeordneten Lerche (Eikum) und Kuhn sprechen für die Vorlage, welche nach Schluß der Debatte und Ablehnung des Antrags Thiele angenommen wird.

Der Vorsitzende stellt sodann zu Berathung den folgenden Passus:

»(Der Geistliche legt auf die verbundenen Hände seine rechte Hand und spricht:)

Was Gott zusammenfüget, soll der Mensch nicht scheiden.

Weil denn ihr, die ihr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt worden seid, allhier vor Gott und diesen gegenwärtigen Zeugen gelobt habt, eure Ehe nach Gottes Wort christlich zu führen, euch auch darauf die Trauringe und die Hände gegeben habt; so erkläre ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch in Christo verbunden, heilige eure Ehe zum Dienste Gottes und seines Reichs und segne sie im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. † Amen.

Der Herr behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.«

aus welchem nach Annahme des Antrags Thiele zum Eingang des Formulars der Zwischenfatz »die ihr kraft des Gesetzes« bis »erklärt worden seid« wegfallen müßte.

Abgeordneter Thiele beantragt Streichung des oben erwähnten Relativsatzes und im Uebrigen für die eigentliche Trauformel folgende Fassung:

»Was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden.

Weil ihr denn allhier vor Gott und seiner Kirche (diesen gegenwärtigen Zeugen) euern Ehebund bekannt, euch auch darauf einander die Trauringe und die Hände gegeben habt, so spreche ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch beide ehelich verbunden im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu seinem Dienste. Er behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

Der Ausdruck »sprechen« in dem »verbunden sprechen« habe nach einem alten kirchlichen Sprachgebrauch die Bedeutung einer Declaration, und komme auch gerade in Verbindung mit einem Adjectiv vielfach vor z. B. Seligsprechen, Lossprechen (Absolution) ic., sei auch in dieser Bedeutung und Verbindung dem gewöhnlichen Leben nicht unbekannt z. B. freisprechen. Er wünsche diesen Ausdruck, weil er in alten Aegenden vielfach vorkomme. Der Ausdruck in der Vorlage »ich heilige eure Ehe« ic. sei unrichtig, weil nur Gott selbst heiligen könne; die von ihm vorgeschlagene Fassung scheine endlich den Vorzug zu haben, daß sie für die folgenden Segensgebete die Exposition enthalte.

Der Antrag wird unterstützt.

Abgeordneter Caspari übernimmt das Präsidium wieder.

Abgeordneter Skerl. Der Antrag Thiele sei unannehmbar, weil in der jetzigen Formel das Zusammensprechen eine bestimmte Bedeutung habe, welche nach Erlaß des Reichsgesetzes nicht mehr passe; er halte dafür, daß, nachdem in der Trauformel jetzt die Bezugnahme auf die Civilehe wegfallen müsse, in anderer Weise für den Ausfall des fr. Relativsatzes ein Ersatz geschafft werden müsse und beantrage deshalb

vor den Worten »in Christo verbunden« einzuschalten »nunmehr auch«.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. In Consequenz der Annahme des vom Abgeordneten Thiele zum Eingang des Trauformulars gestellten Antrages müsse jetzt hier die Bezugnahme auf den Civilact, wie sie in dem Relativsatze der Trauformel enthalten sei, wegfallen, dagegen sei die Bezugnahme auf das abgelegte Bekenntniß zulässig.

Der eigentliche Gedanke der Trauformel sei einfach; zunächst erfolge die Declaration: erkläre euch verbunden; dieser Ausdruck, der eben nur declaratorisch sei in Beziehung auf das abgelegte Bekenntniß, sei sehr verschieden von einem effectiven Acte, wie ihn der Antrag Thiele enthalte; durch diesen Ausdruck werde zu der geschlossenen Ehe nichts Neues hinzugefügt, es bedürfe aber auch nicht einer noch stärkeren Hervorhebung durch Hinzufügung der Worte »nunmehr auch«. Nach dieser Declaration, durch welche die Ehe eingeordnet sei in die christliche Gemeinschaftsbeziehung, werde sie gesegnet. Weil aber unter dem Segen bald etwas Allgemeines, bald etwas Besonderes verstanden werde, so habe das in der Formel getrennten Ausdruck erhalten. Die Segnung umfasse die Enthebung aus dem Profanen, Gemeinen und die Zueignung der auf eine Ehe gelegten Verheißung, wenn dieselbe nach Gottes Wort geführt werde. Da in der Regel nur das Letztere unter Segnung verstanden werde, so sei es, wie bemerkt, zweckmäßig befunden, den ersteren Gedanken gesondert auszusprechen, durch die Heiligung. Der Gebrauch dieses Wortes, als Activum sei auch so, wie geschehen, zulässig.

Er bitte um Annahme der Vorlage.

Abgeordneter Lerche (Eigum). Der Antrag des Abgeordneten Thiele sei nicht annehmbar, da der darin gebrauchte Ausdruck »spreche verbunden« auf eine Verbindung zur Ehe deute. Auch halte er die Weglassung des die Bezugnahme auf den Civilact enthaltenden Zwischenatzes

nicht für zulässig, da die Befugniß des Geistlichen zur Declaration eben darauf basirt sei und ihre Motivirung eben hier finden müsse.

Abgeordneter von Heinemann. Er werde für den Antrag Skerl stimmen, welcher sich selbst rechtfertige; nach der Vorlage solle das in gesperrter Schrift gedruckte »in Christo« nachdrücklich hervorgehoben werden, das geschehe, da diese Hervorhebung in der Rede durch bloße Betonung nicht herzustellen sei, am besten durch den beantragten Zusatz »nunmehr auch«.

Der vom Abgeordneten Thiele gewünschte Ausdruck »verbunden sprechen« sei aus sprachlichen Gründen schon bedenklich, da das Wort »sprechen« allerdings in ähnlichen Verbindungen mit Adjectivwörtern gebraucht werde, neue bisher nicht angewendete Verbindungen derart aber unklar und unverständlich seien; in sachlicher Beziehung spreche dagegen die darin zum Ausdruck kommende Tendenz, das Alte, die Eheschließung wieder hineinzubringen.

Abgeordneter Desterreich. Der Antrag Skerl sei ihm zu loyal; es sei zu dem nicht nicht zweckmäßig, in starker Weise auf den Unterschied zwischen dem inneren Gehalt der Civil- und dem der kirchlichen Trauung hinzuweisen, und daß es sich nur um Segnung der geschlossenen Ehe handle, sei schon in der Vorlage genügend hervorgehoben.

Abgeordneter Steinmeyer. Nach den Ausführungen des Consistorialraths Abt Ernesti sei jedes Wort der Vorlage sorgfältig erwogen und in bestimmter Bedeutung gebraucht; so könne die des Wortes »heiligen« durch keinen andern Ausdruck so schön wiedergegeben werden. Er empfehle deshalb unveränderte Annahme des Entwurfs.

In gleichem Sinn spricht sich der Abgeordnete Dedeind aus.

Abgeordneter Skerl hebt nochmals hervor, wie ihm eine Bezugnahme auf den Eingang des Trauformulars in seiner jetzigen Fassung und die darin enthaltene Verweisung auf den Civilact an dieser Stelle nothwendig erscheine, um Mißdeutungen zu vermeiden.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Der vom Abgeordneten Skerl beantragte Zusatz könne auch dahin gedeutet werden, als ob der vorher bestandene Zustand noch nicht christlich gewesen sei; dieser Gedanke aber müsse abgewiesen werden, da auch eine Civiltrauung resp. Civilehe, wenn sie mit christlichem Bewußtsein erfolgt resp. eingegangen sei, nichts Nichtchristliches an sich trage.

Geheimerath Dr. Triepß. Er erkenne die Tendenz des Antrags Skerl an, die aber durch denselben nicht erreicht werde, da die Erklärung des Geistlichen den Charakter einer bloßen Declaration der von den Leuten als Christen geschlossenen Ehe durch den beantragten Zusatz verlieren, der letztere wenigstens in diesem Sinne gedeutet werden könne.

Abgeordneter Wolff beantragt die alte Trauformel an die Stelle der vorgeschlagenen in folgender Fassung zu setzen:

»Weil ihr beide euch unter einander vor Gott zur Ehe begehrt und solches allhier vor Gott und christlicher Gemeinde bekannt, euch darauf auch unter einander die Trauringe und Hände gegeben, so spreche ich euch ehelich zusammen im Namen Gottes des Vaters, Sohnes und heiligen Geistes.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu Seinem Dienste und Mehrung Seines Reiches und segne sie von Seinem Heiligthume. Amen.«

Es sei hier viel von der Wahrheit gesprochen, die man nicht verkennen, die man anerkennen müsse; das thue das Formular nicht, dasselbe enthalte, obgleich es sich Trauungsformular nenne, keine Trauung; der Prediger ferner, welcher die Eheleute für in Christo verbunden erklärt, spreche etwas aus, was weder er für sich noch die Kirche, was viel mehr nur der Allwissende wissen könne; die Kirche müsse sich darauf beschränken, zusammenzusprechen, ob die Eheleute dadurch in Christo verbunden, komme darauf an, ob sie wirklich wahre Christen seien; heiligen ferner könne nicht der Prediger, nicht in Kirche, könne wieder nur Gott selbst. Die neue Formel enthalte danach Neuerungen, gefährlich für das christliche Bewußtsein des Volkes, weil mit der Wahrheit und der christlichen Lehre nicht zu vereinigen; wenn man den Pfarrer die Rupturienten für in Christo verbunden erklären, ihre Ehe heiligen lasse, so sei

wahrlich nicht einzusehen, warum der Pfarrer das, was einzig für ihn möglich, das Zusammen-  
sprechen nicht vornehmen solle.

Der Antrag wird unterstützt. Der Antrag des Abgeordneten De Sterreich auf Schluß  
der Debatte wird angenommen, der Antrag Skerl zurückgezogen und bei der Abstimmung die  
Anträge Wolff und Thiele abgelehnt, die Vorlage (ohne den Zwischensatz) angenommen.

Es kommt zur Berathung der Schluß des Formulars enthaltend die Gebete:

»(Der Geistliche läßt die Getrauten niederknien und spricht eins der folgenden  
oder ein anderes passendes Gebet:)

Lasset uns beten.

Herr Gott, der du Mann und Weib geschaffen und zum Ehestand verordnet,  
darinnen auch das Geheimniß der Vereinigung deines lieben Sohnes Jesu Christi  
mit der christlichen Kirche als seiner lieben Braut bezeichnet hast: wir bitten deine  
grundlose Güte, du wollest solch dein Geschöpf, Ordnung und Segen nicht lassen  
verrücken noch verderben, sondern gnädiglich in uns bewahren durch Jesum Christum  
unsern Herrn. Amen.

(Nach der Erneuerten Kirchenordnung, Th. II. S. 39 f. und dem Weimarschen  
evangelischen Kirchenbuch, 1860, Th. 2. S. 59.)

Oder:

Herr, unser Gott, du unsere Hülfe und unser Trost in Ewigkeit! Siehe in  
Gnaden herab auf diese Eheleute, welche in deinem Namen zum heiligen Ehestande  
sich mit einander verbunden haben. Segne du ihren Eingang und Ausgang und  
leite sie durch deinen heiligen Geist also, daß dein guter und gnädiger Wille in  
allen Stücken an ihnen geschehen möge. Gieb, daß ihre Seelen vereinigt werden  
in Christo Jesu zu Einem Sinn durch die Liebe, die da ist das Band der  
Vollkommenheit. Erwecke sie durch Deinen Geist, daß sie das Wort Christi unter  
ihnen wohnen lassen und in allen Dingen ihr Anliegen im Gebet und Flehen mit  
Danksagung vor dich bringen. Wehre dem bösen Geiste der Uneinigkeit und Zwie-  
tracht und schenke ihnen von oben Weisheit und Milde, einander mit Geduld zu  
vertragen. Fördere das Werk ihrer Hände und segne den Fleiß in ihrem Beruf.  
Hilf, daß auch ihr Kreuz und ihre Trübsal durch Buße, Glauben und Geduld zu  
einem bleibenden Segen für sie ausschlagen möge. Mache ihr Haus und Herz zu  
deiner Wohnung und gieb, daß beide darauf bedacht sein mögen, wie Eins das  
Andere mit sich in den Himmel bringe. Und wenn sie ihr Tagewerk vollbracht und  
Glauben gehalten haben bis ans Ende, so führe du sie aus dieser Pilgerschaft in  
dein himmlisches Vaterhaus um Jesu Christi willen. Amen.

(Nach dem Kirchenbuch für die evangelische Kirche in Württemberg Th. 1 und  
2, Stuttgart. 1843. S. 481 ff.)

B. U. u. f. w.

Der Herr segne euch und behüte euch! Der Herr lasse sein Angesicht leuchten  
über euch und sei euch gnädig! Der Herr erhebe sein Angesicht auf euch und gebe  
euch Frieden! Amen.)

Der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti erklärt auf Anfrage des Abgeordneten Wolff,  
daß die in der Vorlage enthaltenen Quellenangaben in das Gesetz demnächst nicht mit auf-  
genommen werden würden. Zu den Gebeten beantragt:

- 1) Der Abgeordnete Kuhn, in dem ersten Gebet statt »in uns« zu setzen: »auch  
diesen christlichen Eheleuten mittheilen und in ihnen.«
- 2) Der Abgeordnete Thiele:  
in Absatz »Herr Gott, der du« u. f. w. statt des Schlusssatzes von »Du wollest  
solch dein« zc. zu setzen: »Du wollest solche Deine göttliche Ordnung und den dar-  
über gesprochenen Segen auch an diesem gegenwärtigen und an allen christlichen

Eheleuten nicht lassen umsonst sein, sondern denselben ihnen gnädiglich mittheilen und in ihnen bewahren durch Jesum Christum, Deinen lieben Sohn, unsern Herrn, Amen.«

Beide Antragsteller ziehen ihre Anträge zurück, nachdem in kurzer Debatte auf die Lizenz bei Auswahl der Gebete hingewiesen.

Der Schluß des Trauformulars wird angenommen.

Es folgt die Berathung über das Formular der kirchlichen Verkündigung:

»Der christlichen Gemeinde sind folgende Personen bekannt zu machen, welche in den heiligen Ehestand treten wollen, nämlich: N. N. und N. N. Es werden dieselben eurer christlichen Fürbitte empfohlen. Der Herr, unser Gott, wolle ihnen zu ihrem Vorhaben seinen Segen geben.«

Der Abgeordnete Wolff nimmt seinen bereits früher (4. Sitzung) mitgetheilten Entwurf eines Trauformulars wieder auf und beantragt, dieses an die Stelle der Vorlage zu setzen; es müsse in der Verkündigung in Gemäßheit des §. 5 zur Anmeldung etwaiger Ehehindernisse aus dem Evangelio aufgefordert werden.

Geheimerath Dr. Triepß. Die kirchliche Trauung eines Gläubigen mit einer Ungläubigen sei allerdings ein Ding der Unmöglichkeit, da der Pfarrer in Christo verbunden erkläre; im Uebrigen sei es nicht die Sache der Kirche, ein eigentliches Aufgebot zu erlassen und damit nach der Existenz von kirchlichen Ehehindernissen zu inquiren, zumal jetzt, wo der Staat im Allgemeinen die Ehehindernisse aus dem Evangelio anerkenne und eine laie Gesetzgebung, wie z. B. die preussische, weder für uns noch das Reich zu befürchten sei.

Der Antrag Wolff wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Die Versammlung schreitet sodann zu der bis jetzt ausgesetzten Berathung über §. 2 des Gesetzentwurfs.

Abgeordneter Wolff nimmt seinen zu diesem §. gestellten Antrag (s. Bericht über 4. Sitzung) wieder auf und stellt für den Fall der Ablehnung dieses Antrages einen neuen Antrag:

Hinter »Wortes« hinzuzufügen: »dem« Ehebekennnisse und«

da dieser Zusatz nach dem neuen Inhalt des Trauungsformulars nothwendig geworden sei, erhält aber für diesen Antrag nicht die nöthige Unterstützung.

Abgeordneter Thiele bittet, da die Aufzählung des Inhalts des Formulars überflüssig sei, um Annahme des Hauptantrages Wolff; desgl. der Abgeordnete Desterreich.

Abgeordneter Kühne. Es sei kein Grund zur Abänderung der Vorlage und eine Aufzählung der einzelnen, obligatorischen Positionen jedenfalls zweckmäßig.

Geheimerath Dr. Triepß. Soweit ihm die zu dem Formular angenommenen Anträge gegenwärtig seien, müsse der §. in Folge derselben eine Vervollständigung erfahren, da das Formular jetzt aus der Ansprache, den Lectionen, dem Bekenntniß, Gelöbniß ic. bestehe.

Nach Schluß der Debatte wird der Antrag Wolff abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Damit schließt der Präsident die 1. Lesung des Entwurfs und die Sitzung, nachdem er die nächste auf den 4. d. Mts. Morgens 10 Uhr anberaumt und die 2. Lesung auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

*Herzog, prot. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch die Landesfürstliche Verordnung vom 19./23. October 1875  
Nr. 77 berufenen außerordentlichen Landessynode.

---

7. Sitzung vom 4. December 1875.

---

Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des Protokolls vom 2. d. Mts: trat die Versammlung in die zweite Lesung der Vorlage ein

Zu dem Eingang des Gesetzentwurfs beantragt Abgeordneter Kunzen, den beiden ersten Absätzen eine andere Fassung zu geben, da einmal die Erwähnung, daß das Reichsgesetz am 1. Januar k. J. in Kraft trete, überflüssig sei, und es einer ausdrücklichen Anerkennung dieses Gesetzes, deren Formulirung in dem Eingang gerade nicht eine besondere Freude über das Erscheinen des Reichsgesetzes erkennen lasse, nicht bedürfe.

Geheimerath Dr. Triepß. Die Gefühle, welche man der Einführung der Civilehe gegenüber hege, seien nicht Gegenstand der Debatte und könnten hier keinen Ausdruck finden; er erkenne das Reichsgesetz in aller Weise an und glaube in dieser Beziehung das Nöthige gesagt zu haben. In einem Kirchengesetz aber, erlassen von der unabhängig vom Staat dastehenden Kirche, sei es allerdings auszusprechen, daß sie das Recht ohne Weiteres anerkenne, ihren Bereich aber, in den das Recht, der Staat nicht hineinreiche, kraft der ihr dafür zustehenden Autonomie auch selbstständig und unabhängig ordnen wolle. Das sei der Sinn der beiden ersten Absätze, und jede Abschweifung desselben nicht im Interesse der Kirche.

Abgeordneter Kunzen. Er habe durchaus nicht der Kirche zu nahe treten, nur die Fassung der Al. 1 und 2 von einem superfluum reinigen wollen

Der Vorsitzende schließt die Debatte; der Antrag Kunzen wird abgelehnt, der Eingang und demnächst auch §. 1 ohne Debatte angenommen.

Zu §. 2 bemerkt Geheimerath Dr. Triepß, daß, wenn das Trauformular so bestehen bleibe, wie dasselbe aus der ersten Lesung hervorgegangen, eine Vervollständigung dieses §. nöthig erscheine und giebt Aussetzung der Berathung anheim, wie solches auch in erster Lesung geschehen.

Zu §. 3 richtet Abgeordneter Skerl die Anfrage an das Kirchenregiment, ob durch die jetzige Gesetzgebung die geltenden Normen für die Trauung eines Paares, wenn ein Theil protestantisch, der andere katholisch sei, aufgehoben würden, ob insbesondere der nach früherem Recht nicht, aber nach dem vorliegenden Entwurf an sich zuständige evangelische Pfarrer in Zukunft, wie bisher, eines Dimissoriale des katholischen Geistlichen bedürfe.

Geheimerath Dr. Triepß. Er könne nur seine persönliche Meinung über den Fall mittheilen; das betr. Staatsgesetz beziehe sich auf die Copulation und sei insoweit durch die Vorschriften des Reichsgesetzes gegenstandslos geworden; das hier verhandelte Gesetz beziehe sich auf die kirchliche Trauung allein, werde also durch jenes Staatsgesetz nicht berührt und ergebe schon die Fassung des §. 3, daß für die Trauung eines Katholiken mit einer Protestantin der zuständige Pfarrer der letzteren eines Dimissoriale des katholischen Geistlichen nicht bedürfe. In Bezug auf die Redaction des §. bitte er, dem Antrag Wolff-Desterreich statt »und ist dieselbe — zu ertheilen« die Fassung »welche von unserm Herzoglichen Consistorio ertheilt wird« und dem Antrag Stöter statt »eines der zuständigen Prediger« die Fassung »eines zuständigen Predigers« zu geben.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti giebt anheim, den Antrag Desterreich so zu redigiren, daß ihm gegen die kirchliche Trauung keinerlei Bedenken bekannt seien.

§. 3 wird von der Versammlung mit den gewünschten Abänderungen angenommen, und folgt sodann die Berathung über §. 4.

Abgeordneter Ude. Er wolle seinen in erster Lesung bereits gestellten, damals abgelehnten Antrag wieder aufnehmen, jedoch in etwas veränderter Fassung, insoweit die Anforderung einer standesamtlichen Bescheinigung über das erfolgte Aufgebot nicht obligatorisch für den Geistlichen zu machen, sondern ihm zu überlassen, ob er vielleicht auch auf andere Weise z. B. durch seine Kirchenbücher sich Gewißheit über die Identität der Personen verschaffen könne, und insoweit in die standesamtliche Bescheinigung, um eine vollkommen sichere Grundlage damit zu gewinnen, die Vor- und Zunamen der Nupturienten und ihrer Eltern aufzunehmen seien. Zur Motivirung beziehe er sich im Wesentlichen auf das schon früher Gesagte und wolle nur hinzufügen, daß durch die bereits gesetzlich festgestellte Verpflichtung zur Ausstellung einer standesamtlichen Bescheinigung qu. sein Antrag nicht gedeckt werde, weil diese Vorschrift zu allgemein gehalten, und der nähere Inhalt der Bescheinigung dadurch nicht festgestellt sei. Er bitte, seinen Antrag als Abs. 3 dem §. hinzuzufügen.

Consistorialrath Sallentien empfiehlt den Antrag Ude zur Annahme, weil die Geistlichen leicht in arge Verlegenheit bei der Verkündigung gerathen würden, wenn sie allein auf die standesamtliche Bescheinigung angewiesen seien, welche nach jetzigen gesetzlichen Vorschriften nur ein Attest, daß M. N. und N. N. aufgeboten seien, enthalte, zur ordnungsmäßigen Führung der Kirchenbücher aber eine genaue Bezeichnung des Paares seiner Herkunft nach geboten erscheine.

Abgeordneter Desterreich. Der Entwurf enthalte noch starke Reminiscenz an die jetzigen Zustände, insofern er in diesem §. mehrfach von beabsichtigter Ehe spreche, obgleich die kirchliche Verkündigung sich jetzt nicht mehr auf die künftige Eheschließung, sondern nur noch auf die beabsichtigte kirchliche Trauung beziehe. Er beantrage, um dies mehr hervortreten zu lassen,

im ersten Absatz statt »in der Regel« zu setzen: »sobald die Anmeldung zur kirchlichen Trauung erfolgt ist,« und im dritten Absatz die Worte »der beabsichtigten Ehe« zu streichen.

Ferner sei der Fall, wo die Anmeldung zur kirchlichen Trauung zwar vor der civilen Eheschließung, aber so spät beantragt würde, daß eine Verkündigung jener nicht mehr möglich sei, ebenso zu behandeln, wie der im vierten Absatz des §. berührte Fall, daß die kirchliche Trauung erst nach der Eheschließung nachgesucht werde; auch dort sei, ebenso wie hier, um weder die zu Trauenden noch den Superintendenten, der andernfalls dispensiren müßte, zu belästigen, auf den bloßen Wunsch der Betheiligten die kirchliche Verkündigung zu unterlassen.

Abgeordneter Bode beantragt,

den Abs. 1 so zu fassen:

Statt des bisherigen zweimaligen kirchlichen Aufgebots hat auf Wunsch der Verlobten oder Eheleute eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsich-



tigten oder geschlossenen Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben des Paares im öffentlichen Gottesdienst am Orte der kirchlichen Trauung nach dem Formular der Anlage B. stattzufinden

und dann Abs. 3 und 4 zu streichen.

Abgeordneter **Skerl**. Im Interesse der Kirchenbuchführung, welches durch Antrag Ude wahrgenommen werde, sei auch die Angabe der Confession der Nupturienten in das standesamtliche Attest aufzunehmen; er beantrage einen dahin zielenden Zusatz zum Antrag Ude.

Abgeordneter **Perche** (Eizum). Es würde dem Wunsch manches Paares entsprechen, welches sich vor dem Antrag auf kirchliche Trauung bereits civiliter verbunden habe, wenn die kirchliche Verkündigung auch erst nach stattgefundenener Trauung erfolgen könne; ebenso sei es sehr im Interesse der Kirche, diese Möglichkeit zu schaffen, da andernfalls der christlichen Gemeinde officiell von der stattgefundenen Trauung nichts bekannt werden würde. Er beantrage deshalb, einen entsprechenden Passus in den §. noch aufzunehmen.

Sämmtliche Anträge werden unterstützt und mit zur Berathung verstellt.

Abgeordneter **Bode**. Für den Antrag Ude könne er sich nicht aussprechen, da eine der Verpflichtung der Nupturienten zur Beibringung der fr. Bescheinigung entsprechende Pflicht der Standesbeamten, ein solches Attest auszustellen, nicht durch ein Kirchengesetz, sondern nur durch staatliche Verfügung begründet werde, die Kirche sich daher nur auf den Wunsch, der Staat möge entsprechende Instruction ertheilen, beschränken könne.

Die im ersten Absätze des §. aufgestellte Regel der kirchlichen Verkündigung sei durch die nachfolgenden Bestimmungen, wodurch dem Superintendenten die Befugniß einer, wenn einmal nachgesucht, auch wohl schwerlich zu versagenden Dispensation ertheilt, und wodurch es den civiliter schon zusammengegebenen Eheleuten ganz ins Belieben gestellt sei, ein Unterbleiben der Verkündigung zu veranlassen, gänzlich durchlöchert und deshalb ohne Werth. Er halte es daher für zweckmäßig die Regel überhaupt zu streichen und es allgemein in das Belieben des Paares, der Verlobten oder Eheleute, zu stellen, ob sie kirchliche Verkündigung beantragen wollen oder nicht, und bitte um Annahme seines Antrags.

Der Abgeordnete **Steinmeyer** übernimmt den Vorsitz.

Consistorialrath **Abt Dr. Ernesti**. Der §. enthalte nichts, was irgendwie als ein Uebergriff der Kirche betrachtet werden könne; es sei in dem §. vielmehr nur vorausgesetzt, daß die Leute, um nach der Vorschrift des §. sich möglichst unmittelbar nach dem Civilact kirchlich trauen lassen zu können, dies auch schon vor jenem beantragten und dies von ihren Gemeindegliedern zu fordern, sei die Kirche allerdings befugt.

Das »in der Regel« beziehe sich nicht auf das Verhain stattzufinden, sondern auf das »einmalige kirchliche Verkündigung« und »am Orte der kirchlichen Trauung«, so daß Ausnahmen von der Regel die mehrmalige Verkündigung und die an anderen Orten vorgenommene sein würden.

Ob im dritten Absätze die Worte »der beabsichtigten Ehe«, wie der Abgeordnete **De Sterreich** beantragt habe, gestrichen würden, sei völlig gleichgültig.

Gegen die ferner gewünschte Gleichheit der Behandlung in dem jetzigen Fall des Absatzes 4 und dem zu später Anmeldung sei zwar an sich nichts zu erinnern, nur würde dadurch leicht eine absichtliche Verspätung herbeigeführt werden, wenn das Brautpaar oder Ehepaar nicht gerade wünsche, daß die Gemeinde von dem Zeitpunkt ihrer Trauung allgemeine Kenntniß bekäme.

In den Anträgen des Abgeordneten **De Sterreich**, wie in den übrigen, sei die Auffassung hervorgetreten, als existire keine Verpflichtung, sich kirchlich trauen zu lassen; eine solche, die durch die erforderlichen Zwangsmittel realisirt werden könne, sei allerdings nicht vorhanden, wohl aber eine auf die Angehörigkeit zur christlichen Kirche basirte; die Nupturienten müßten sich sagen, daß weil sie Glieder der betreffenden Kirchengemeinde seien und wünschten, nun als Eheleute in diese höhere Familiengemeinschaft aufgenommen zu werden, sie ohne Weiteres

und ohne besondere Vorschriften es dieser Gemeinschaft schuldig seien, ihr von solchem Vorhaben Nachricht zu geben; aber die Kirche dürfe auch erwarten, daß die angehenden Eheleute das Bedürfniß, die Fürbitte der Gemeinde für ihr Vorhaben zu erlangen, haben und schon deshalb die Verkündigung beantragen würden.

Abgeordneter Oesterreich tritt den Ausführungen des Vorredners über die Interpretation des Absatzes 1 des §. entgegen, für welche die Wortfassung durchaus nicht spreche, und befürwortet nochmals seine Anträge, insbesondere den zu Absatz 4, da es ganz unbillig sei, den Leuten, welche durch ihr zwar verspätetes, aber dem Civilact noch vorausgehendes Kommen doch mehr kirchlichen Sinn zeigten, als Leute, welche erst nachher die Kirche aufsuchten, so erheblich mehr Schwierigkeiten in den Weg zu legen, als den letzteren.

Abgeordneter Münch spricht sich gegen die Freiheit, ob kirchliche Verkündigung oder nicht, aus, da jene schon der nothwendigen kirchlichen Ordnung wegen nicht gegeben werden dürfe.

Geheimerath Dr. Triepß. Es sei einerseits eine Verpflichtung der christlichen Gemeindeglieder, sich in kirchlicher Form trauen zu lassen, und andererseits eine Verpflichtung der Kirche anzuerkennen, darauf zu sehen und zu halten, daß ihre Angehörigen nicht vor der kirchlichen Trauung ihr eheliches Zusammenleben anfangen; die Kirche müsse das den Angehörigen zum Bewußtsein bringen, daß kirchliche Trauung nicht bloße Geschmacksache sei, sondern deshalb geschehe, um den Eheleuten über die innere Seite der Ehe, über das Verhalten zu einander, welches den Vorschriften der christlichen Moral entspreche, zu belehren. Es seien, weil die Kirche möglichst sofortige Trauung nach dem Civilact erwarte und als Vorschrift aufstelle, auch nicht zwei Formulare zur kirchlichen Verkündigung, für Brautleute und für Eheleute, aufgestellt, sondern nur Eins für Brautleute, und damit der richtige Weg, welcher zu nehmen sei, vorgezeichnet.

Abgeordneter Caspari. Es sei gewiß Alles aufzubieten, um die Möglichkeit einer correcten Kirchenbuchführung den Geistlichen zu bieten; dazu führe aber der Antrag Ude nicht, da die Standesbeamten durch ein Kirchengesetz zur Ausstellung der gewünschten Scheine nicht verpflichtet werden könnten. Eine Durchführung der vom Abgeordneten Ude beantragten Maßregeln würde die Leute leicht davon abhalten, die kirchliche Trauung nachzusuchen, wegen der für sie erwachsenden Schwierigkeiten bei Herbeischaffung der Papiere, und andererseits werde der Standesbeamte, welcher für einen größeren Bezirk, z. B. die hiesige Stadt bestellt werde, kaum soviel Zeit haben, um neben seinen übrigen Amtsgeschäften auch noch die Ausfertigung solcher Bescheinigungen besorgen zu können. Es sei die angeregte Frage zu Aller Zufriedenheit zu regeln, eine schwierige Aufgabe, die man aber nicht von hieraus in Angriff nehmen dürfe, sondern der Regierung überlassen müsse; für jetzt könne man die Geistlichen nur auf das ihnen zuzuerkennende Recht verweisen, von denen, welche Vornahme kirchlicher Acte von ihnen verlangten, vollständige Legitimation ihrer Person, wenn diese unbekannt sei, zu verlangen.

Geheimerath Dr. Triepß. Die Versammlung könne über staatliche Fragen zwar nicht beschließen, sondern nur, soweit es in ihrer Macht stehe, dafür sorgen, daß der Geistliche, welcher zur Vornahme der Verkündigung ein standesamtliches Attest verlange, dem Publikum nicht in dem Licht erscheine, als handle er aus Eitelkeit und das geschehe durch die Aufnahme der beantragten Vorschrift in das Gesetz. Der Staat werde der Kirche hierbei entgegenkommen, durch eine Anweisung an die Standesbeamten, das Document über das Aufgebot, und zwar, wie von der Regierung beschlossen sei, kostenfrei auszufertigen. Daß der Antrag Ude nur in dieser Richtung eine Anregung geben, nicht die Angelegenheit in vollem Maße regeln wolle, sei selbstverständlich und eine Ablehnung desselben wegen zu geringen Effects nicht motivirt.

Die Kirchenbuchführung werde übrigens auch nicht in Zukunft durchaus nicht an Bedeutung verlieren, vielmehr gewiß noch häufig, auch für die Standesbeamten, wichtiges Material für Urkunden über den Civilstand einer Person liefern.

Abgeordneter Caspari hat den Vorsitz wieder übernommen.

Abgeordneter Steinmeyer. Der Antrag Ude enthalte nur Einen Punkt, der bei der

Frage, auf welchen Grundlagen in Zukunft die Kirchenbücher zu führen, in Betracht komme und sei deshalb abzulehnen. Es empfehle sich vielmehr, um in allen Beziehungen demnächst über die Frage ins Klare zu kommen, das Herzogliche Consistorium zu ersuchen, die nothwendigen Schritte dieserhalb bei der Landesregierung zu thun und sodann weitere Verfügung zu treffen.

Abgeordneter S k e r l. Er stimme aus praktischen Gründen für den Antrag U d e, weil, wenn ein Geistlicher sich in Zukunft bei Anmeldung der kirchlichen Trauung, die erforderlichen Scheine ausbitte, ohne sich für dieses Verlangen auf ein bestimmtes Gesetz berufen zu können, er gar leicht den Schein auf sich lade, als mache er ohne Grund, aus reiner Eifersucht den Leuten Schwierigkeiten.

Abgeordneter P e r c h e (Gandersheim). Er sehe in den Bestimmungen des Antrags U d e nur ein Directiv für den Geistlichen; was der Standesbeamte, damit jener der Anweisung nachkommen könne, zu thun haben werde, sei selbstständig durch Staatsgesetz zu bestimmen.

Abgeordneter B o d e. Allerdings könne die Kirche von ihren Mitgliedern Erfüllung ihrer Pflicht, die kirchliche Trauung nachzusuchen und sich zuvor kirchlich anbieten zu lassen, erwarten; aber durch den §. sei die letztere Verpflichtung eigentlich illusorisch gemacht, da er den Nupturienten, welche vielleicht Grund haben, die kirchliche öffentliche Verkündigung zu vermeiden, verschiedene Mittel an die Hand gebe, der Erfüllung jener Verpflichtung aus dem Wege zu gehen. Es sei deshalb besser, jene Verpflichtung gar nicht hervorzuheben.

Der Vorsitzende schließt die Debatte. Bei der Abstimmung werden die Anträge B o d e, U d e und S k e r l und Absatz 2 des §. 2 angenommen, womit die Anträge D e s t e r r e i c h und P e r c h e in Wegfall kommen.

Bei der nun folgenden Berathung des §. 5 erklärt Abgeordneter B o d e, daß er seinem in erster Lesung zu diesem §. angenommenen Antrage eine andere Fassung, ohne Aenderungen in materie desselben vorzunehmen, gegeben, daß er insbesondere die Bestimmungen über die in den zwei verschiedenen Fällen des §. möglichen Recurse, weil das Verfahren auch bei diesen verschieden, getrennt und daß er die Frist für Verfolgung solcher Recurse nach allgemeinen Grundsätzen von Eröffnung der anzufechtenden Entscheidungen an berechnet habe.

Geheimerath Dr. T r i e p s. Aus der Trauformel, »erkläre Euch in Christo verbunden« ergebe sich von selbst, daß nur ein der christlichen Religion zugethanes Ehepaar kirchlich getraut werden könne, er halte jedoch für zweckmäßig, dies ausdrücklich in diesem §. hervorzuheben. Sachlich sei er von dem Vorredner hinsichtlich der hier zu erörternden Fragen verschiedener Meinung nur in einem Punkte, nämlich hinsichtlich des Erlasses eines Kirchengesetzes über die Fälle, in denen eine Ehe dem Evangelio zuwider sei.

Wie solle ein solches Gesetz bestimmen? Solle dasselbe alle Fälle enthalten, in denen eine Ehe dem Evangelio zuwider sei? Ein solches Gesetz könne der Natur der Sache nach nicht erlassen werden, da das Evangelium unerschöpflich sei. Solle dasselbe nur einzelne Fälle enthalten, neben denen noch andere existiren könnten? Dabei müsse der Inhalt des Evangeliums constatirt werden, eine Aufgabe, welche nicht im Wege der Gesetzgebung gelöst werden könne. Er wolle nun zwar mit allem Ernst sich um ein derartiges Gesetz, soweit es überhaupt möglich, bemühen, müsse indeß die bestimmte Fassung, daß ein solches Kirchengesetz erfolgen solle, ablehnen, da er eine Garantie dafür nicht übernehmen könne, und die Fassung, wie in so vielen Fällen, leicht eine bloße Redewendung bleiben könnte.

Im Uebrigen sei er sachlich mit dem Vorredner einverstanden, insbesondere auch, insoweit in dem Antrage dem Kirchenvorstande eine gewisse Entscheidung übertragen werde. Das dabei zu beobachtende Verfahren aber werde sich, um nicht rein bürokratisch zu werden, und die dem Prediger als Beamten der Kirche der Gemeinde gegenüber gebührende Stellung zu wahren, so gestalten müssen, daß der Prediger zunächst prüfe, ihm bedenklich scheinende Fälle dem Kirchenvorstande vortrage, und wenn er sich mit diesem in der einen oder andern Richtung einigte, traue oder nicht traue, andernfalls die Angelegenheit dem Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorlege.

Abgeordneter Desterreich. Er sei auch für eine Abänderung des Bode'schen Antrages. Es sei nach seiner Meinung nicht wohl möglich, durch ein particuläres, Braunschweigisches Landesgesetz zu bestimmen, welche Ehen dem Evangelio zuwider seien; dagegen sei es allerdings zulässig und wünschenswerth, wenn durch ein mit Zustimmung der Landessynode zu erlassendes Gesetz diejenigen Fälle bestimmt würden, in denen eine kirchliche Trauung als mit dem Evangelio nicht vereinbar, versagt werden müßte. Er beantrage in dieser Weise den Antrag Bode abzuändern.

Geheimerath Dr. Triepß. Ein solches Kirchengesetz würde immer den Inhalt des Evangelii bestimmen, was wie schon mehrfach gesagt, dem Evangelio nicht entspräche; dasselbe werde von Jedem für sich interpretirt und wenn dann solche Interpretation mit der des Gesetzes nicht übereinstimme, würde der Geistliche, der in andern, als den im Gesetz vorgesehenen Fällen trauen müßte, schwer in seinem Gewissen beunruhigt werden, die Folge also nur Streit und Renitenz sein.

Redner gab sodann Mittheilung von der Fassung der von der Versammlung gefaßten Beschlüsse, welche ihm die beste zu sein scheine, soweit er mit diesen Beschlüssen sein Einverständnis erklären könne.

Abgeordneter Dedekind ersucht den Abgeordneten Bode, sich dieser Fassung anzuschließen.

Abgeordneter Steinmeyer beantragt, statt des §. 5 des Entwurfs, die von dem Landesfürstlichen Commissar entworfenen §§. in folgender Fassung anzunehmen:

#### §. 5.

»Die kirchliche Trauung ist zu versagen:

- 1) wenn nicht beide Eheschließenden der christlichen Kirche angehören,
- 2) wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist,
- 3) wenn nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte.«

#### §. 6.

»Bis zum Erlaß eines Kirchengesetzes über die kirchlichen Ehehindernisse hat Unser Herzogliches Consistorium zu entscheiden, ob die Trauung deshalb, weil die Ehe dem Evangelio zuwider ist, versagt werden müsse. (§ 5, Nr. 2.)

Der betreffende Geistliche hat jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen diese Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen wie jenem ein Recurs an Uns zu.«

#### §. 7.

»Ist der Geistliche der Ansicht, daß nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte (§. 5, Nr. 3), so hat derselbe die Sache dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen und ist berechtigt, die Trauung zu versagen, wenn der Kirchenvorstand hierzu die Zustimmung ertheilt.

Die Betheiligten haben wegen dieser Versagung das Recht der Beschwerde, über welche Unser Herzogliches Consistorium entscheidet. Gegen diese Entscheidung kann ein Recurs an Uns sowohl von den Betheiligten, als von dem Geistlichen verfolgt werden.

Ertheilt der Kirchenvorstand seine Zustimmung nicht, so hat der Geistliche, wenn er seine Bedenken nicht für erledigt erachtet, die Frage Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen, gegen welche den Betheiligten und dem Geistlichen der Recurs an uns zusteht.«

#### §. 8.

»Ueber die an uns verfolgten Recurse (§. 5a und 5b) werden Wir nach eingeordnetem Gutachten des Synodal-Ausschusses Verfügung treffen.«

## §. 9.

»Die in den vorstehenden §§. erwähnten Beschwerden und Recurse sind binnen 14 Tagen, von Eröffnung der betreffenden Entscheidung angerechnet, zu überreichen.«

Abgeordneter Bode. Da der Antrag Steinmeyer in allem Wesentlichen mit seinem Wunsche übereinstimme und er gegen die Fassung des nicht ausdrücklich im Gesetz ausgesprochenen Versprechens ein Kirchengesetz qu. demnächst zu erlassen, nichts zu erinnern habe, wolle er seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Steinmeyer zurückziehen.

Letzterer wird darauf nach Schluß der Debatte angenommen und finden damit die Vorlage und der Antrag Desterreich ihre Erledigung. Ohne Debatte nimmt die Versammlung den §. 6 der Vorlage an und geht über zur Berathung des Trauformulars.

Geheimerath Dr. Triepß. Das Trauungsformular, soweit es nach den Beschlüssen der ersten Lesung von dem ursprünglichen Entwurf abweiche, sei der Uebersichtlichkeit halber gedruckt, soweit jene Beschlüsse für jetzt annehmbar erscheinen, und liege der Versammlung vor; erheblichere Modificationen seien nur Weglassung der »Frau« vor dem Namen des Weibes und eine andere Fassung der Heiligung der Ehe.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. In erster Lesung seien als wesentliche Aenderungen beschlossen: die Versetzung der Bezugnahme auf den Civilact in den Eingang des Formulars und die Hinzufügung des Ehebekennnisses, und in Folge dessen eine etwas andere Fassung der eigentlichen Trauformel nothwendig geworden. Vorangestellt seien darin zunächst das Bekenntniß und dann das Gelöbniß, die beiden Basen der Trauung, welche sich ihnen unmittelbar in der Declaration anschließe; in Letzterer sei eine Bezugnahme auf den Eingang der Feierlichkeit, wo auf den Civilact verwiesen sei, zweckmäßig erschienen und durch Hinzufügung der Worte »vor Gott« geschehen; daran schließe sich sodann zuletzt die Segnung, auf der gewonnenen Grundlage basirt. Die in dem ursprünglichen Entwurf der Segnung vorhergehenden Worte der Heiligung seien jetzt, in dem ursprünglichen Sinne entsprechender Form, ganz an den Schluß, dabei jedoch als Subject des Heiligen Gott gesetzt, weil jenes Verbum, mit einem andern Subject verbunden leicht auf Schwierigkeiten stoßen könnte. Es sei damit der alte kirchliche Sprachgebrauch beibehalten, um nicht mögliche Gewissensbedenken bei einem Geistlichen hervorzurufen, an deren Fernhaltung dem Kirchenregiment Alles gelegen sein müsse.

Abgeordneter Steinmeyer, er wolle den Antrag stellen, das Trauungsformular, soweit es jetzt im neuen Druck vorliege, dem entsprechenden Theile des ursprünglichen zu substituiren.

Der Antrag wird unterstützt und das neue Formular mit zur Berathung in folgender Fassung gestellt:

Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

(Hierauf kann, wo es üblich ist, gesungen werden: Bis hieher hat mich Gott gebracht, oder ein anderer passender Gesang. Hält der Geistliche eine freie Ansprache oder Traured, so tritt sie hier ein. Alles Uebrige wie folgt:)

Geliebte in Christo! Ihr seid dahier erschienen, um euren Ehebund, den ihr vor der Obrigkeit auf Grund des Gesetzes rechtsgültig geschlossen, nun auch auf dem Grunde des göttlichen Wortes vor dem Angesicht Gottes und seiner Kirche feierlich zu bekennen und mit allen hier gegenwärtigen Zeugen den Segen des Herrn zu demselben zu erbitten.

So höret denn Alle in Andacht Gottes Wort über den heiligen Ehestand.

(Hier folgen die Lektionen.)

Geliebte in dem Herrn! Ihr habt Gottes Wort über den heiligen Ehestand vernommen. Es liegt euch nun ob, zu bekennen, daß ihr eure Ehe nach Gottes

Wort führen wollet. (Der Geistliche wendet sich an den Mann.) Demnach frage ich dich, N. N., vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen N. N. (Vor- und Geburtsname) als mit deiner Ehefrau nach Gottes Befehl und Willen leben, ihr alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten, wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihr scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche wendet sich an die Frau.) Und so frage ich auch dich, N. N. (Vor- und Geburtsname), willst du mit diesem hier gegenwärtigen N. N. als mit deinem Ehemanne nach Gottes Befehl und Willen leben, ihm alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihm scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche spricht:)

Wechselt die Ringe zum Zeichen und Unterpfand eurer ehelichen Liebe und Treue.

(Nach dem Ringewechsel:)

Gebet einander die rechte Hand.

(Der Geistliche legt auf die verbundenen Hände seine rechte Hand und spricht:)

Was Gott zusammenfüget, soll der Mensch nicht scheiden.

Weil ihr denn allhier vor Gott und diesen gegenwärtigen Zeugen (dieser Gemeinde) eure Ehe bekannt und gelobt habt, sie nach Gottes Wort christlich zu führen, euch auch darauf einander die Trauringe und die Hände gegeben habt; so erkläre ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch beide in Christo verbunden vor Gott und segne eure Ehe im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. † Amen.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu seinem Dienst. Er behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

(Der Geistliche läßt die Getrauten niederknien u. s. w. bis zum Schluß.)

Abgeordneter Bode. In dem neu gedruckten Formular seien des Abgeordneten Steinmeyer und sein Antrag, welche in erster Lesung angenommen, nicht berücksichtigt; er nehme den letztgedachten Antrag damit wieder auf, weil die Bezeichnung »Frau« einfach und der Sachlage angemessen sei, auch die Diction sich dann besser gestalte und man damit insbesondere der Möglichkeit entgegenetrete, unpassende Untersuchungen, ob Jungfrau oder Frau zu sagen sei, anzustellen. Daß das Weib vor dem Altar, auch wenn die Trauung dem Civilact unmittelbar folge, »Frau« genannt werde, könne unmöglich ihr unlieb sein, wenn sie dem Mann ihres Herzens angetraut werde.

Geheimerath Dr. Triepß. Wegen der in 1. Lesung beschlossenen Freiheit, die Lectionen abzukürzen, müsse nochmals Beschluß gefaßt werden.

Eine allgemeine Vorschrift, wie die junge Frau vor dem Altar zu nennen sei, sei zweckmäßig; daß sie wirklich Ehefrau sei, könne zwar nicht, wohl aber bezweifelt werden, ob es angemessen, überall, insbesondere vor dem Altar die Frage aufzuwerfen, ob Jungfrau oder Frau. Recht kirchlich angemessen würde dann die Bezeichnung »Frau« nicht sein, wenn die Jungfrau direct vom Standesamt in die Kirche komme und in echt jungfräulichem Sinne vor den Altar trete; wollte man sie mit »Frau« anreden, so würde das nicht anders sein, als wenn man die Blüthe eines warmen Herzens mit frostigem Reif überschütte.

Abgeordneter Lerche (Eikum); er sei für Weglassung der Bezeichnung »Frau«, dagegen, da der Vatername für das Weib dann keine Bedeutung mehr habe, wenn sie in die Kirche komme, für die Anrede mit ihrem Vornamen und dem Namen des Mannes; er beantrage einen Zusatz in diesem Sinn.

Abgeordneter Apfel empfiehlt den Antrag, welcher vom Abgeordneten Steinmeyer in erster Lesung zu den Pactionen gestellt war; es werde dadurch ein Wunsch vieler erfüllt, weglassen zu dürfen, was von denselben nicht passe.

Abgeordneter Steinmeyer. Die Fassung des von ihm in erster Lesung behuf Feststellung der Freiheit, die Pactionen abfürzen zu dürfen, gestellten Antrags, müsse noch in etwas geändert, insbesondere müsse der leitende Gedanke, was vorzulesen obligatorisch sei, vorangestellt werden; er empfehle hinter den Worten »So höret denn — bis — heiligen Ehestand einzuschalten: »Wir vernehmen daraus drei Stücke« mit kurzer Bezeichnung der Einsetzung, des Inhalts und des Segens des Ehestandes. Dadurch werde der Geistliche angewiesen, jedenfalls das Wesentliche aus den drei Pactionen mitzutheilen, und ihm zugleich freigegeben, die an sich schöne Stelle der dritten Paction, für welche in heutiger Zeit aber das rechte Bewußtsein und Verständniß bei so Vielen verloren gegangen, in Fällen, wo daran Anstoß genommen werden könnte, wegzulassen.

Hinsichtlich der Anrede an das Weib habe nach seiner Anschauung die in Parenthese gesetzte Anweisung, wie dasselbe zu bezeichnen, weggelassen werden können, es würde sich an jedem Ort ein bestimmter Modus der Anrede gebildet haben, und wie sich für jede der vorgetragenen Ansichten etwas Begründetes sagen lasse, ihm es passend erschienen sein, daß an jedem Ort der Pfarrer nach Rücksprache mit dem Kirchenvorstande eine bestimmte Form wählen dürfen; übrigens würde auch durch die jetzige Fassung Niemand gehindert, sich einer spezielleren Bezeichnung zu bedienen, insbesondere die Anrede mit Frau Anna, geb. Z. zu formuliren. Klagen hierüber könnten nur dann kommen, wenn mit solcher Freiheit Mißbrauch getrieben, insbesondere die Frage, ob Jungfrau oder nicht, dabei in unpassender Weise ventilirt werde.

Abgeordneter Eggeling. Er sehe, wenn nicht bestimmte Vorschriften über die Form der Anrede gegeben würden, Unannehmlichkeiten mannichfacher Art voraus, und, wenn die Kirche auch durchaus kein Interesse daran habe, den Ausführungen des Herrn Landesfürstlichen Commissars entgegenzutreten, so wolle er nur darauf aufmerksam machen, daß die einzige Stelle im Trauformular, wo dem Paar ihre Qualität als Ehepaar deutlich zum Bewußtsein gebracht werden könne, die sei, wo die Namen genannt würden, die Frau, welche in echt jungfräulichem Bewußtsein vor den Altar träte, würde in der Anrede als »Frau« eine Verletzung ihrer jungfräulichen Würde nicht finden können, die Frau, welche hieran Anstoß nehme, gehöre nicht zu denen, welche, wie es sein sollte, ihr wahrhaft jungfräuliches Bewußtsein sich immer bewahrten. Er müsse entschieden gegen den Einwurf protestiren, als würde die Trauung durch Gebrauch des Wortes »Frau« ihrer schönsten Blüthe entkleidet.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Ein verschiedenes Verfahren in der Anrede halte er für einen großen Uebelstand, dem gleich jetzt durch obligatorische Bestimmung einer immer zu gebrauchenden Anrede, abgeholfen werden müsse; durch die Benennung der Frau mit dem Namen des Mannes, wie er beantragt habe, werde dem Sinn der Uebereignung des Weibes an den Mann ein schöner Ausdruck gegeben und könne Niemand dadurch unangenehm berührt werden.

Hinsichtlich der Reihenfolge, in welcher die Vorlage resp. die Anträge zur Abstimmung kommen müßten, äußert sich

Abgeordneter Bode dahin, daß als Grundlage der Berathung der ursprüngliche Entwurf mit den angenommenen Anträgen anzusehen, daß aber, nachdem das neu gedruckte Trauungsformular in Folge des Antrags Steinmeyer mit zur Abstimmung gezogen sei, zu diesem die nöthigen Unteranträge, die in erster Lesung als Hauptanträge angenommen, jetzt aber ignoriert seien, gestellt werden müßten.

Abgeordneter Desterreich empfiehlt gleichfalls dies Verfahren.

Geheimerath Dr. Triepß. Das Formular, wie es jetzt neu gedruckt vorliege, sei die Form, in welcher er dasselbe Sr. Hoheit zur Annahme empfehlen zu können geglaubt habe. Erheblichere Abweichungen von den Beschlüssen der ersten Lesung enthalte nur die Weglassung der Bezeichnung »Frau« und der Möglichkeit, die Sectionen zu kürzen. Sollte der letztere, in erster Lesung von Abgeordneten Steinmeyer gestellte Antrag aufrecht erhalten werden, so müsse jetzt ein neuer Antrag, aber nicht vom Abgeordneten Steinmeyer, welcher dadurch mit seinem Antrage auf Annahme des neuen Trauformulars in Widerspruch kommen würde, gestellt werden. Er gebe übrigens nochmals dringend anheim, die erste und zweite Section, jedenfalls wenigstens die letztere, ihres für alle Ehen gleich bedeutsamen und nothwendigen Inhalts wegen, nicht kürzen zu wollen, und bitte, dabei auf die Dauer der Zeit, welche zur Verlesung nothwendig sei, starkes Gewicht nicht zu legen, weil die Christen das Recht hätten, von der Kirche zu verlangen, daß sie die zur Verlesung jener Sectionen nothwendige Zeit habe.

Abgeordneter Steinmeyer. Es sei in erster Lesung in der vom Vorredner zuletzt hervorgehobenen Beziehung nicht behauptet, dem Prediger werde die Zeit zu kurz, sondern, es sei Gefahr vorhanden, daß wenn viele Paare an Einem Tage zu trauen seien und die Nachfolgenden die Sectionen schon vorher mehrfach hörten, sie dadurch ermüdet werden und bei ihrer eigenen Trauung den rechten Sinn und die Aufmerksamkeit auf die ihnen ans Herz gelegten Lehren verlieren könnten.

Abgeordneter Bode beantragt, in der dritten Section hinter den Worten »den ehelichen Stand gesegnet hat« die Worte zu setzen: »(die nachfolgende Section kann angemessen gekürzt werden).«

Der Vorsitzende schließt hiernächst die Debatte und schreitet zur Abstimmung. Es wird einstimmig der Antrag Steinmeyer (das neue Formular) und der Antrag Lerche angenommen, der Unterantrag Bode abgelehnt, ferner der Rest des Trauformulars mit der vom Abgeordneten Bode zur dritten Section beantragten Modification gleichfalls einstimmig angenommen.

Es folgt Berathung über §. 2.

Geheimerath Dr. Triepß. Der §. werde in Consequenz der gefaßten Beschlüsse hinsichtlich der Ansprache und Aufnahme des Ehebekennnisses eine Modification erfahren müssen.

Abgeordneter Desterreich beantragt, im §. die Worte »formulirten oder freien« zu streichen und vor »dem Gelöbniß« hinzuzufügen: »dem Bekenntniß und.«

Der Antrag und mit diesem der §. werden angenommen.

Zu dem Formular der kirchlichen Verkündigung bemerkt

Abgeordneter Bode, daß in Consequenz der zu §. 4 gefaßten Resolutionen eine Aenderung nothwendig erscheine, insofern die Verkündigung als auch auf Eheleute passend einzurichten sei.

Abgeordneter Desterreich beantragt,

statt der Worte, »welche in den heiligen Ehestand treten wollen« zu setzen »welche die kirchliche Trauung begehren.«

Nach kurzer Debatte, in welcher

Geheimerath Dr. Triepß hervorhob, daß der jetzige Antrag Desterreich nur Folge der zu §. 4 angenommenen Anträge sei, welche eigentlich den Sinn hätten, es sei gleichgültig, ob



früher oder später die kirchliche Trauung erfolge, zu denen aber das jetzige Formular, welches als Regel die vor dem Civilact erfolgende Anmeldung zur Trauung voraussetze, nicht passe,

Abgeordneter Eggeling aber um unveränderte Annahme des Formulars, welches ja Fürbitte für christliche Eheführung enthalte, gebeten hatte, wurde das Formular unverändert angenommen und der Antrag Oesterreich abgelehnt.

Hiermit wurde die zweite Lesung des Gesetzentwurfs geschlossen.

Geheimerath Dr. Triepß bat um Mittheilung der gefaßten, den ursprünglichen Entwurf abändernden Beschlüsse, um darüber eine Entscheidung Sr. Hoheit zu erwirken.

Abgeordneter Oesterreich. Das an die Kirchenregierung zu richtende Schreiben sei streng genommen nach der Geschäftsordnung von der Versammlung zu genehmigen. Um aber Zeit zu gewinnen, gebe er anheim das Secretariat mit Abfassung des Schreibens, welches demnächst vom Vorsitzenden zu vollziehen sei, zu beauftragen und sich mit Expedition desselben vor formeller Genehmigung einverstanden zu erklären.

Abgeordneter Steinmeyer: es würden in Zukunft bei Führung der Kirchenbücher mannigfache Schwierigkeiten hervortreten, insbesondere seien noch Bestimmungen darüber erforderlich, auf Grund welcher, von den Standesbeamten auszufertigenden Documente die Bücher demnächst fortgeführt werden sollten. Ein passender Weg scheine ihm zu sein, eine Anweisung an die Standesbeamten, die in ihrem Bezirk vorkommenden Fälle von Geburten, Trauungen u. in den Braunschweigischen Anzeigen als einem officiellen Organ bekannt zu machen, und an die Pfarrer, auf Grund dieser Anzeigen, die Eintragungen in die Kirchenbücher vorzunehmen. Er bitte, in Form einer Resolution die Kirchenregierung um eine Bestimmung zu erfuchen,

daß geeignete Mittheilungen der Standesbeamten als Grundlage und Urkunden für das Kirchenbuch zu benutzen seien.

Er sei übrigens mit Aussetzung der Berathung einverstanden.

Nachdem sodann der Präsident mit Zustimmung der Versammlung den vom Abgeordneten Oesterreich beantragten Auftrag dem Secretariat ertheilt, schloß er die Sitzung und be- raumte die nächste auf den 6. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr unter Verkündung der Tages- ordnung für dieselbe an.

Der Secretair hat hierauf unter Controle der gewählten Secrétaire, Abgeordnete Ude und Skerl den an Se. Hoheit zu richtenden Bericht entworfen und expedirt.

*Herzog, prot. Secrétaire.*

## 8. Sitzung vom 6. December 1875.

.....

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 4. d. Mts. machte der Vorsitzende Mittheilung von dem Eingang eines Höchsten Rescripts mittels dessen die von der Landessynode zu der Vorlage beschlossenen Aenderungen, so weit sie nicht den §. 4 betreffen, die Landesfürstliche Genehmigung erhalten haben, diese aber zu den durch die Anträge Bode und Ude-Skerl hervorgerufenen Aenderungen des §. 4 verfaßt, für diesen §. jedoch zur Vermeidung von Mißverständnissen folgende neue Fassung vorgeschlagen wird:

„Statt des bisherigen zweimaligen Aufgebots hat in der Regel nur am Ort der kirchlichen Trauung eine einmalige kirchliche Verkündung der beabsichtigten Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben der Verlebten im öffentlichen Gottesdienste nach dem Formular der Anlage B. stattzufinden.“

Auf Verlangen der zu Trauenden kann auch, an den übrigen Orten, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat, eine einmalige Verkündung vorgenommen werden.«

Abs. 3 und 4 wie in der Vorlage.

Der Vorsitzende läßt sodann, da sich Niemand mehr zum Worte meldet, über den Entwurf im Ganzen, so wie er jetzt nach dem Höchsten Rescript liegt, abstimmen, und wird derselbe mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Abgeordneter Steinmeyer erklärt, daß er, da in dem eben gehörten Höchsten Rescript eine Regelung der Kirchenbuchführung in Aussicht genommen sei, er seinen in voriger Sitzung dieserhalb gestellten Antrag fallen lassen wolle.

Geheimerath Dr. Triepß richtet sodann an die Versammlung folgende Rede:

»Meine hochgeehrten Herren.

Sie werden auf Ihre Berathungen und deren Resultat zufriedenen Herzens zurückblicken können.

Der Gegenstand bot zwiefache Schwierigkeiten, indem es darauf ankam, einerseits das Verhältniß von Kirche und Staat in Bezug auf das Institut der Ehe richtig zu erkennen, andererseits in Mitte der verschiedenen kirchlichen Richtungen und Standpunkte für dasjenige, was allen gemeinsam ist und alle vereint, den sachgemäßen Ausdruck zu finden.

Der durch Ihre Berathungen emendirte Entwurf anerkennt vollständig die Rechtssphäre des Staates, ohne die Kirche in ihrer berechtigten Selbstständigkeit und in ihrer segensreichen auch für den Staat so nothwendigen Wirksamkeit im Gerینگsten zu beeinträchtigen.

Für die innere kirchliche Sphäre darf ich voll Freude hervorheben, daß der wesentlichste Theil des Entwurfes, das Trauformular, welches mit gutem Grunde von Ihnen als das Herz des Entwurfes bezeichnet wurde, bei der hochwürdigen Synode die einstimmige Billigung und Annahme gefunden hat.

Dieses glückliche Ergebniß gewährt die frohe Gewißheit, daß der von den Vätern ererbte Glaube an die in unsern heiligen Büchern geoffenbarten und in unsern Bekenntnißschriften bezeugten ewigen Wahrheiten in unser Aller Herzen lebendig ist und daß wir sämmtlich von der Ueberzeugung durchdrungen sind: Nur unter diesen Zeichen können und werden wir siegen.

Stehen wir auf diesem unerschütterlichen Glaubensgrunde treu und fest zusammen, so werden wir stets zu würdigen wissen, bis wie weit wir die Berufung auf evangelische Freiheit achten müssen und können, ohne durch die Verschiedenheit der Ansichten uns irren zu lassen.

Meine geehrten Herren! Der reine Lichtstrahl spiegelt sich in verschiedenen Farben. Dem Menschen geziemt sich, das heilige Himmelslicht der Offenbarung anbetend zu verehren, allein er selbst vermag nur in Gottergebenheit und Andacht mit kindlichem Glauben an die ewige Wahrheit lauterer Herzens voll sittlichen Ernstes männlich nach ihrer Erkenntniß zu ringen.

Mit dem Wunsche, daß derselbe sittlich religiöse Geist, welcher in Ihren Berathungen gewaltet hat, auch die künftige Anwendung des Gesetzes leiten möge, erkläre ich kraft des mir ertheilten Höchsten Auftrages die außerordentliche Landessynode im Namen Sr. Hoheit hiermit für geschlossen.

Nachdem hierauf

der Vorsitzende der Versammlung seinen Dank für die ihm bewiesene Nachsicht und die ihm gewährte Unterstützung bei Ausübung seines Amtes ausgesprochen, und der Abgeordnete Oesterreich als Aeltester der Versammlung dem Vorsitzenden den Dank für die gerechte und umsichtige Leitung der Debatte ausgesprochen, wird die Sitzung geschlossen.

*Herzog, prot. Secretair.*

## Anlage 1. (Prot. 1.)

Von Sr. Hoheit, unserm Durchlauchtigsten Herzoge, mit dem Auftrage gnädigst beehrt, diese außerordentliche Synode der evangelisch-lutherischen Kirche unseres Landes zu eröffnen, heiße ich Sie, meine geehrten Herren, die Sie dem Landesfürstlichen Rufe folgend, Sich hier versammelt haben, vor allen Dingen freudig willkommen.

Der Grund, welcher Ihre jetzige Zusammenberufung zu einer Sache der Nothwendigkeit machte, ist Ihnen Allen genügend bekannt. Das Reich hat sich gedrungen gesehen, über die Formen der Eheschließung gesetzliche Bestimmungen zu treffen und dabei die rechtliche Sphäre der Ehe von der kirchlichen Sphäre zu scheiden.

Könnten wir lediglich die Zustände unseres Landes berücksichtigen, so würden wir uns schwerlich mit dieser Sonderung zu beschäftigen haben. Unsere eigenen Verhältnisse führen das Bedürfnis nicht herbei, in eine seit Jahrhunderten bestehende Sitte einzugreifen, in eine Sitte, welche bei uns von der Ueberzeugung getragen wird, daß für die Eheschließung nicht die Zerlegung der rechtlichen und religiösen Momente, sondern deren Verknüpfung in Einem feierlichen Acte das eigentlich Wünschenswerthe sei.

Indeß wir leben nicht für uns allein, sondern wir bilden einen einzelnen deutschen Staat, wir haben als ein Glied des Reichs die Bedürfnisse des großen Ganzen auch für uns als maßgebend anzuerkennen und selbstverständlich dessen Gesetz willig und treu zu befolgen. Nur innerhalb der reichsgesetzlichen Schranken können also kirchliche Normen künftighin bestehen bleiben und gültig erlassen werden.

Soll das durch die Reichsgesetzgebung geschaffene Verhältniß zum Heil führen, so müssen beide großen Gemeinschaften und deren Gewalten, die staatliche und die kirchliche stets eingedenk sein, daß sie, wenn auch in verschiedener Weise einem und demselben höheren Herrn zu dienen haben, und daß nicht der feindliche Hader zwischen den Gliedern jener idealen Ordnungen, sondern das Ringen nach einer dem göttlichen Rathschlusse entsprechenden Harmonie dahin führt, die beiden Gewalten nach den Worten unserer Augustana als die zwei höchsten Gaben Gottes auf Erden geehrt zu sehen.

Der Staat, obschon er sein Fundament, das Recht, in dessen Selbstständigkeit und Heiligkeit gegen Jedermann aufrecht erhalten muß, kann und wird im Hinblick auf die Beschränktheit dieser seiner Sphäre zugestehen, daß es geistige Regionen giebt, welche dem weltlichen Arme und dem äußeren Zwange in Wirklichkeit unzugänglich sind. Mit Freuden sieht er daher das rechtlich verbundene Paar vor Gottes Altar treten, damit dem Bunde die religiöse Weihe zu Theil werde.

Die Kirche hingegen mag immerhin das Gebiet des Rechts als eine Vorhalle des Tempels betrachten, in dessen innerem Heiligthume sie selbst waltet; allein sie wird beherzigen, daß es ihre Aufgabe ist, das Gesetz zu erfüllen, nicht dasselbe aufzulösen, sie wird nicht vergessen, daß in Zukunft nur ein bereits verbundenes Paar vor Gottes Altar treten kann.

Im Geiste dieser unverschleierte Wahrheit ist der Entwurf ausgearbeitet, welchen die Kirchenregierung Ihrer Prüfung unterbreitet und für welchen dieselbe Ihre Mitwirkung in Anspruch nimmt.

Die Kirchenregierung erkennt nicht die dem kirchlichen Leben drohende Gefahr, aber sie hegt die Zuversicht, daß diese Gefahr überwunden wird.

Meine geehrten Herren, nur der schwächliche Baum bedarf der äußeren mechanischen Stütze, der gesunde trotz den Stürmen durch den Halt der eigenen Wurzeln. Vertrauen wir der Kraft des lauterer Wortes, vertrauen wir der Verheißung, welche seiner Verkündigung gesichert ist, vertrauen wir darauf, daß diese Verkündigung gläubige Herzen und damit den Boden bereitet, aus welchem die fromme kirchliche Sitte für und für ihre Nahrung saugt und in welchem sie so tief wurzelt, daß sie auch ohne staatlichen Zwang bestehen und zu immer volleren Leben sich entfalten wird.

In der Hoffnung und mit dem Wunsche, daß Ihre Berathungen und Beschlusnahmen für die Kirche unseres Landes segensreich sein mögen, erkläre ich kraft des mir erteilten Höchsten Auftrags hiermit die Synode für eröffnet.

---

## Anlage 2. (Prot. 1.)

Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!

Ew. Hoheit präsentirt die versammelte außerordentliche Landessynode zu dem Amte eines Vorsitzenden und dessen Stellvertreters die Abgeordneten:

Oberbürgermeister Dr. Caspari,

General-Superintendent Steinmeyer,

Obergerichts-Vice-Präsident Dr. Schmid,

mit dem unterthänigsten Ersuchen, Einem der Genannten als Vorsitzenden und Einem als dessen Stellvertreter die Landesfürstliche Bestätigung gnädigst ertheilen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Hoheit

Braunschweig,  
den 25. November 1875.

unterthänigst-treu-gehoramste Landes-Synode.

Der Alters-Präsident

*Oesterreich.*

*Herzog, prot. Secretair.*



**Wilhelm, Herzog zc.** Wir wollen auf den Bericht vom heutigen Tage dem Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Caspari als Vorsitzenden der Landes-Synode und dem Abgeordneten General-Superintendent Steinmeyer als dessen Stellvertreter Unsere Bestätigung hiemit ertheilen.

Braunschweig, den 25. November 1875.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

An  
die Landes-Synode.





**Wilhelm, Herzog** 2c. Wir eröffnen dem Ausschusse der Landes-Synode mit Bezug auf Unsern Erlass vom 20. v. Mts., daß als Unser Commissar bei den Verhandlungen der auf den 25. d. Mts. zusammenberufenen außerordentlichen Synode Unser Geheimer Rath Triepß fungiren wird, und daß in gleicher Weise auch die übrigen Mitglieder Unseres Herzoglichen Staats-Ministeriums ermächtigt sind, zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten Unserer Kirchenregierung als Commissare Uns zu vertreten, so oft sie an den Verhandlungen Theil nehmen werden.

Unseres Herzogliches Consistorium hat als Vertreter außersehen:

den Abt und Consistorialrath Dr. Ernesti,

den Consistorialrath Sallentien,

den Consistorialrath von Schmidt-Phiseldorf,

welche dieser Vertretung sich unterziehen werden.

Schließlich setzen Wir den Synodal-Ausschuß davon in Kenntniß, daß zum Ersatz für den seit dem Schlusse der ersten Landes-Synode verstorbenen Superintendenten Guthe der Pastor Rohde zu Gr.-Dahlmum zum geistlichen Mitgliede der Synode von Uns ernannt worden ist.

Braunschweig, den 17. November 1875.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Triepß.**

An  
den Ausschuß der Landessynode.



Wir benachrichtigen den Ausschuß der Landes-Synode, daß für die Verhandlungen der auf den 25. d. Mts. zusammenberufenen außerordentlichen Synode der Assessor Herzog hieselbst mit der Besorgung der bezüglichen Secretariats-Geschäfte beauftragt ist, und daß die erforderlichen Registraturgeschäfte von dem Finanzregistrator Deicke hieselbst werden übernommen werden.

Braunschweig, den 17. November 1875.

Herzogl. Braunschw. Lüneb. Staatsministerium.

Trieps.

An  
den Ausschuß der Landes-Synode.



**Wilhelm, Herzog zc.** Unser Herzogliches Consistorium hat mit Unserer Genehmigung den Entwurf eines Kirchengesetzes über die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot ausgearbeitet und Uns denselben nebst Motiven überreicht.

Wir lassen diesen von Uns gebilligten Entwurf unter Bezugnahme auf die beigefügten Motive der Landessynode zur Prüfung zugehen und geben anheim, die Zustimmung zu demselben zu erteilen.

Wir haben nur noch die Bemerkung beizufügen, daß in Erwägung gezogen ist, ob in den jetzigen Gesetz-Entwurf auch disciplinariſche Vorschriften aufzunehmen seien. Man hat jedoch wenigstens für jetzt hiervon Abstand nehmen zu müssen geglaubt, weil derartige Bestimmungen nicht füglich auf den Gegenstand dieses Gesetzes beschränkt werden können und überhaupt eine so vielseitige Prüfung voraussetzen, daß ein Abschluß der Vorberathungen binnen der noch zu Gebote stehenden Zeit unthunlich erschien.

Braunschweig, am 25. November 1875.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

An  
die Landes-Synode.

# Kirchengesetz,

die

## kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot

betreffend.

---

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig  
und Lüneburg** 2c. 2c. 2c.

Da das am 6. Februar d. J. erlassene Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung mit dem 1. Januar 1876 in Kraft tritt, und es demgemäß zwar rückhaltslos anzuerkennen ist, daß mit der nach Vorschrift dieses Gesetzes erfolgenden Eheschließung, was die Form der Eingehung und die rechtlichen Wirkungen derselben betrifft, eine vollgültige Ehe entsteht;

durch das erwähnte Reichsgesetz jedoch, wie dasselbe auch in §. 82 ausdrücklich hervorhebt, die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf die Trauung nicht berührt werden, und deshalb erforderlich ist, näher festzustellen, in welchem Verhältnisse die Acte der kirchlichen Trauung und kirchlichen Verkündigung ihrer Zeit und ihrem Inhalte nach zu den Civilacten der Eheschließung und des Aufgebots stehen;

da zugleich auch zweckmäßig erscheint, die Zuständigkeit der evangelisch-lutherischen Geistlichen zur Vornahme der kirchlichen Trauung und zur kirchlichen Verkündigung in einer dem veränderten Verhältnisse entsprechenden Weise zu ordnen, wie auch das Verfahren für diejenigen Fälle zu regeln, in denen zur Frage kommt, ob die kirchliche Trauung zu verweigern sei;

so erlassen Wir kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt, nach vorgängiger Berathung mit Unserm Herzogl. Consistorio und mit Zustimmung der Landessynode das nachstehende Kirchengesetz:

## §. 1.

Die kirchliche Trauung, welche erst vorgenommen werden darf, wenn die Eheleute die von dem Standesbeamten ausgestellte Bescheinigung über die erfolgte Eheschließung (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875. §. 54.) beigebracht haben, ist möglichst unmittelbar nach der bürgerlichen Eheschließung zu vollziehen.

## §. 2.

Der Act der kirchlichen Trauung hat außer der einleitenden freien oder formulirten Ansprache aus den Sectionen des göttlichen Wortes, dem Gelöbniß der neuen Eheleute, der Trauungsformel, dem Gebet und Segen zu bestehen und ist nach dem Formular, wie es in der Anlage A. enthalten ist, vorzunehmen.

## §. 3.

Zuständig zur Vornahme der kirchlichen Trauung sind, wenn das Brautpaar oder ein Theil desselben evangelisch-lutherisch ist, nach Wahl der eheschließenden Theile die Prediger sowohl der Parochien, denen der eine oder andere evangelisch-lutherische Theil angehört, als auch derjenigen Parochie, in welcher sie als Eheleute ihren Wohnsitz nehmen.

Wünschen die Brautleute von einem andern evangelisch-lutherischen Prediger des Landes getraut zu werden, so darf dieses nur dann geschehen, wenn von einem der zuständigen Prediger bescheinigt worden ist, daß gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung überhaupt kein Bedenken besteht.

Wenn Brautleute, welche beide keiner Parochie der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes angehören, bei einem evangelisch-lutherischen Prediger des Landes die Trauung beantragen, so ist dieselbe nur zu gewähren, nachdem das Dimissoriale des zuständigen Predigers beigebracht worden ist.

Von obigen Bestimmungen ist in außerordentlichen Fällen Dispensation zulässig.

## §. 4.

Statt des bisherigen zweimaligen kirchlichen Aufgebots hat in der Regel eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben der Verlobten im öffentlichen Gottesdienste am Orte der kirchlichen Trauung nach dem Formulare der Anlage B. stattzufinden.

Die Verkündigung kann auf Verlangen der zu Trauenden auch an den übrigen Orten vorgenommen werden, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat.

Der Superintendent der Pfarodie, in welcher die kirchliche Trauung vorgenommen werden soll, ist ermächtigt, von der kirchlichen Verkündigung der beabsichtigten Ehe zu dispensiren.

Wird die kirchliche Trauung erst nach bereits stattgehabter Eheschließung beantragt, so kann die kirchliche Verkündigung auf den Wunsch der Betheiligten ganz unterbleiben. Sonst ist die Fassung des Formulars der Verkündigung entsprechend zu ändern.

#### §. 5.

Die kirchliche Trauung ist nicht zu gewähren, wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist, oder die Segnung nach den besonderen Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden müßte.

Darüber, ob aus den erwähnten Gründen die Verweigerung der kirchlichen Trauung zulässig sei, hat der betreffende Geistliche nicht selbstständig zu bestimmen, sondern derselbe hat jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzogl. Consistorio zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen die abgegebene Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen, wie jenem, ein binnen 14 Tagen, von der Entscheidung angerechnet, zu überreichender Recurs an Uns zu, auf welchen Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodalausschusses Verfügung treffen werden.

#### §. 6.

Dieses Kirchengesetz tritt mit dem 1. Januar 1876 in Kraft.

Die demselben entgegenstehenden Bestimmungen, namentlich die Bestimmungen der Erneuerten Kirchenordnung, Th. II. Cap. VIII., über den bei Copulation angehender Eheleute zu haltenden Proceß, werden hiemit aufgehoben.

Alle, die es angeht, ic.

Urkundlich ic.

---



## Anlage A.

## Trauungsformular.

---

Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

Geliebte in Christo! Ihr seid erschienen, um euch vor Gottes Angesicht und diesen Zeugen zu christlicher Führung eurer Ehe zu verpflichten, und dieselbe durch Gottes Wort und Gebet heiligen und im Namen Gottes segnen zu lassen.

(Die einleitende Ansprache kann auch in freier Rede geschehen. Die nachfolgenden biblischen Lectionen verliest der Geistliche, auch wenn er eine Trauredede hält, in welcher er auf die besonderen Lebensverhältnisse der neuen Eheleute Bezug nehmen mag.)

Höret Gottes Wort über den heiligen Ehestand.

Wir lernen zum Ersten aus Gottes Wort, wie dieser Stand von Gott selbst eingesetzt und verordnet ist.

Denn es stehet geschrieben im 1. Buch Moses am zweiten Capitel: Und Gott, der Herr sprach: es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei; ich will ihm eine Gehülfin machen, die um ihn sei. — Und da unser Heiland gefragt ward, ob es auch recht sei, daß sich ein Mensch scheide von seinem Weibe, um irgend einer Ursache, so antwortete er Matth. am 19: habt ihr nicht gelesen, daß, der im Anfange gemacht hat den Menschen, der machte, daß ein Mann und Weib sein sollte, und sprach: darum wird ein Mensch Vater und Mutter verlassen und an seinem Weibe hängen, und werden die Zwei Ein Fleisch sein. So sind sie nun nicht Zwei, sondern ein Fleisch. Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.

Zum Andern laffet uns aus dem Worte Gottes hören, wie ihr euch gegen einander verhalten sollt. Also spricht der Apostel Paulus Epheser am 5.:

Ihr Männer, liebet eure Weiber, gleich wie Christus geliebt hat die Gemeinde und hat sich selbst für sie gegeben, auf daß er sie heiligte und hat sie gesäubert durch das Wasserbad im Wort. Also sollen auch die Männer ihre Weiber

lieben als ihre eigenen Leiber. Wer sein Weib liebet, der liebet sich selbst. Denn Niemand hat jemals sein eigen Fleisch gehasset, sondern er nähret es und pflaget sein, gleich wie auch der Herr die Gemeinde. —

Die Weiber aber seien unterthan ihren Männern, als dem Herrn; denn der Mann ist des Weibes Haupt, gleichwie auch Christus ist das Haupt der Gemeinde und er ist seines Leibes Heiland.

Zum Dritten sollt ihr auch hören den Segen, damit unser Herr Gott den ehelichen Stand gesegnet hat. Denn also stehet geschrieben: Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und er schuf sie, ein Männlein und ein Fräulein. Und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und macht sie euch unterthan. Und Gott sahe an Alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war Alles sehr gut. — Darum spricht auch Salomo: Wer eine Ehefrau findet, der findet was Gutes und schöpft Segen vom Herrn. Welche daher ihren Ehestand nach Gottes Wort und Ordnung führen, die sollen sich bei Allem, was ihnen widerfährt, der Verheißung getrösten: Ich will dich nicht verlassen noch versäumen; rufe mich an in der Noth, so will ich dich erretten und du sollst mich preisen. Fürchte dich nicht, ich bin mit dir, weiche nicht, denn ich bin dein Gott. Ich stärke dich, ich helfe dir auch, ich erhalte dich durch die rechte Hand meiner Gerechtigkeit.

Geliebte in dem Herrn! Ihr habt Gottes Wort über den heiligen Ehestand vernommen. Es liegt euch nun ob, zu bekennen, daß ihr eure Ehe nach Gottes Wort führen wollet. (Der Geistliche wendet sich an den Mann.) Demnach frage ich dich, N. N., vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen N. N. als mit deiner Ehefrau nach Gottes Befehl und Willen leben, ihr alle eheliche Liebe und Treue in guten, wie in bösen Tagen erzeigen, dich auch nicht von ihr scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche wendet sich an die Frau.) Und so frage ich auch dich, N. N., willst du mit diesem hier gegenwärtigen N. N. als mit deinem Ehemanne nach Gottes Befehl und Willen leben, ihm alle eheliche Liebe und Treue in guten, wie in bösen Tagen erzeigen, dich auch von ihm nicht scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche spricht:)

Wechset die Ringe zum Zeichen und Unterpfand eurer ehelichen Liebe und Treue.

(Nach dem Ringewechsel:)

Gebet einander die rechte Hand.

(Der Geistliche legt auf die verbundenen Hände seine rechte Hand und spricht:)

Was Gott zusammenfüget, soll der Mensch nicht scheiden.

Weil denn ihr, die ihr kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt worden seid, allhier vor Gott und diesen gegenwärtigen Zeugen gelobt habt, eure Ehe nach Gottes Wort christlich zu führen, euch auch darauf die Trauringe und die Hände gegeben habt; so erkläre ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch in Christo verbunden, heilige eure Ehe zum Dienste Gottes und seines Reichs und segne sie im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. + Amen.

Der Herr behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

(Der Geistliche läßt die Getrauten niederknien und spricht eins der folgenden oder ein anderes passendes Gebet:)

Lasset uns beten.

Herr Gott, der du Mann und Weib geschaffen und zum Ehestand verordnet, darinnen auch das Geheimniß der Vereinigung deines lieben Sohnes Jesu Christi mit der christlichen Kirche als seiner lieben Braut bezeichnet hast: wir bitten deine grundlose Güte, du wollest solch dein Geschöpf, Ordnung und Segen nicht lassen verrücken noch verderben, sondern gnädiglich in uns bewahren durch Jesum Christum unsern Herrn. Amen.

(Nach der Erneuerten Kirchenordnung, Th. II. S. 39 f. und dem Weimarschen evangelischen Kirchenbuch, 1860, Th. 2. S. 59.)

Oder:

Herr, unser Gott, du unsere Hülfe und unser Trost in Ewigkeit! Siehe in Gnaden herab auf diese Eheleute, welche in deinem Namen zum heiligen Ehestande sich mit einander verbunden haben. Segne du ihren Eingang und Ausgang und leite sie durch deinen heiligen Geist also, daß dein guter und gnädiger Wille in allen Stücken an ihnen geschehen möge. Gib, daß ihre Seelen vereinigt werden in Christo Jesu zu Einem Sinn durch die Liebe, die da ist das Band der Vollkommenheit. Erwecke sie durch deinen Geist, daß sie das Wort Christi unter ihnen wohnen lassen und in allen Dingen ihr Anliegen im Gebet und Flehen mit Dankagung vor dich bringen. Wehre dem bösen Geiste der Uneinigkeit und Zwietracht und schenke ihnen von oben Weisheit und Milde, einander

mit Geduld zu vertragen. Fördere das Werk ihrer Hände und segne den Fleiß in ihrem Beruf. Hilf, daß auch ihr Kreuz und ihre Trübsal durch Buße, Glauben und Geduld zu einem bleibenden Segen für sie ausschlagen möge. Mache ihr Haus und Herz zu deiner Wohnung und gieb, daß beide darauf bedacht sein mögen, wie Eins das Andere mit sich in den Himmel bringe. Und wenn sie ihr Tagewerk vollbracht und Glauben gehalten haben bis ans Ende, so führe du sie aus dieser Pilgerschaft in dein himmlisches Vaterhaus um Jesu Christi willen. Amen.

(Nach dem Kirchenbuch für die evangelische Kirche in Württemberg Th. 1 und 2, Stuttg. 1843. S. 481 ff.)

B. U. u. f. w.

Der Herr segne euch und behüte euch! Der Herr lasse sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig! Der Herr erhebe sein Angesicht auf euch und gebe euch Friede! Amen.

---

### Formular der kirchlichen Verkündigung.

---

„Der christlichen Gemeinde sind folgende Personen bekannt zu machen, welche in den heiligen Ehestand treten wollen, nämlich: N. N. und N. N. Es werden dieselben eurer christlichen Fürbitte empfohlen. Der Herr, unser Gott, wolle ihnen zu ihrem Vorhaben seinen Segen geben.“

---

## M o t i v e.

---

Für den Umfang der Bestimmungen, welche der Entwurf des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, enthält, sind die in dem Eingange desselben hervorgehobenen Gesichtspunkte maßgebend gewesen.

Darüber, wie gegen solche Kirchenglieder, welche die kirchliche Trauung nicht wollen oder nach kirchlichen Grundsätzen nicht empfangen können, kirchendisziplinär zu verfahren sein werde, haben wir Bestimmungen nicht mit proponirt, weil wir der Ansicht sind, daß die Handhabung der Kirchenzucht in einseitiger Beziehung auf jene Frage zu regeln sich nicht empfehle, sondern daß die Regelung jener, insoweit sie erforderlich werde, durch ein allgemeines Kirchengesetz über die Kirchenzucht werde geschehen müssen.

Die einzelnen Bestimmungen des erwähnten Entwurfs werden durch nachfolgende Bemerkungen erläutert.

### Zu §. 1.

Während bisher Eheschließung und kirchliche Trauung in Einen Act zusammenfielen, wird künftig die Eheschließung vor dem Standesbeamten stattzufinden haben, und die kirchliche Trauung erst, nachdem jene als erfolgt nachgewiesen ist, von dem Geistlichen vorgenommen werden dürfen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Kirche, wie sie die im religiösen Bewußtsein des Volks tief gegründete und dem religiösen Bedürfniß der Eheschließenden ebensowohl wie der Stellung der Kirche entsprechende Ordnung der kirchlichen Trauung, bei welcher der religiös-sittliche Charakter, welchen die Ehe gemäß dem Evangelio haben soll, zum öffentlichen Ausdruck gelangt, zu bewahren für angemessen erachten muß, so behuf Gründung löblicher Sitte die Forderung zu stellen hat, daß die kirchliche Trauung möglichst unmittelbar der Eheschließung folge.

## Zu §. 2.

Der Act der kirchlichen Trauung wird, da der Rechtsact der Eheschließung, welcher bisher in ihr mit enthalten war, in Wegfall kommen muß, aus den Momenten, welche §. 2 hervorhebt, zu bestehen haben, und es bedarf danach einer Veränderung des in der Erneuerten Kirchenordnung von 1709, Th. II. Cap. VIII. vorgeschriebenen Trauungsformulars.

Es wird aus demselben die Willenserklärung der Nupturienten in Bezug auf die Eingehung der Ehe und der Ausspruch des Geistlichen in Bezug auf die Schließung der Ehe, das „Ehelich zusammensprechen“ auszuscheiden sein. Demzufolge werden die Trauungsfragen so einzurichten sein, daß sie die Ablegung des Gelübdes christlicher Ehesführung hervorrufen, ohne auf eine Erklärung des Willens, die Ehe zu schließen abzuwecken. Die Trauungsformel aber wird, ohne jedweden Schein, als handele es sich ferner noch dabei um einen die Eheschließung constatirenden und zur Gültigkeit der Ehe erforderlichen Rechtsact, — außer dem über dem verbundenen Paar zu sprechenden Gotteswort: Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden, welches die Ehe als Gottes Ordnung hinstellt und die Pflicht der Eheleute, bis zum Tode verbunden zu bleiben, als Gottes Willen bezeugt, — die religiös-sittliche Einordnung der Ehe in die christliche Gemeinschaftsbeziehung und die Zueignung der auf die nach Gottes Wort geführten Ehe gelegten Gottesverheißungen mittelst der Segnung der Ehe im Namen des dreieinigen Gottes zu enthalten haben.

Während früher die Lectionen des göttlichen Wortes erst der Zusammensprechung folgten, wird es dem veränderten Inhalte des Trauungsacts entsprechend sein, jene den Trauungsfragen voraufgehen zu lassen.

## Zu §. 3.

Bei Aufnahme der Bestimmung des Abs. 1 in §. 3 über die Zuständigkeit der evangelisch-lutherischen Prediger des Landes zur Vornahme der kirchlichen Trauung sind für uns folgende Motive maßgebend gewesen.

Wir haben uns von der Ansicht leiten lassen, daß, sobald der Rechtsact der Eheschließung aus der kirchlichen Trauung ausgesondert ist, den eheschließenden Theilen die Wahl des Orts der kirchlichen Trauung insoweit wird überlassen werden können, als diese Wahl mit einer angemessenen kirchlichen Ordnung sich verträgt, und die Rücksicht auf die unter Umständen nothwendige Veräugung der kirchlichen Trauung dabei nicht aufgegeben wird.

Daß von dieser Ansicht aus nicht bloß dem Prediger der Braut, sondern auch

dem des Bräutigams die Berechtigung zur Vornahme der kirchlichen Trauung unbedenklich wird verliehen werden können, leuchtet von selbst ein.

Für die Bestimmung aber, daß auch der Prediger der Pfarodie, in welcher die neuen Eheleute ihren Wohnsitz nehmen, zur Vornahme der kirchlichen Trauung berechtigt sein soll, möchte die Erwägung sprechen, daß in dem Falle, wenn etwa die neuen Eheleute zur Nachholung der kirchlichen Trauung durch den Prediger ihres neuen Wohnortes bewogen sein sollten, diesem die Befugniß, jene vorzunehmen, nicht wohl wird versagt werden können.

Zugleich haben wir für wünschenswerth erachtet, daß durch die erwähnte Bestimmung in Abs. 1 die Zuständigkeit der evangelisch-lutherischen Geistlichen des Landes zur Vornahme der kirchlichen Trauung in gleicher Weise geordnet werde, wie sie bereits in angrenzenden Gebieten durch kirchengesetzliche Bestimmung geordnet ist.

Die in Abs. 2, 3 und 4 des §. 3 enthaltenen Bestimmungen bedürfen besonderer Erläuterung nicht.

#### Zu §. 4.

Da die Prüfung über das Vorhandensein der Erfordernisse zur Eheschließung künftig dem zuständigen Standesbeamten obliegen wird, so wird das kirchliche Aufgebot nach dieser Seite hin durch das Aufgebot des Standesbeamten ersetzt. Nicht aber ist dies hinsichtlich der anderen Seite des kirchlichen Aufgebots der Fall, welche die Verkündigung der beabsichtigten Ehe im Gottesdienst nebst der Fürbitte für das Vorhaben der Verlobten befaßt. Diese Verkündigung nebst Fürbitte wird als löbliche Ordnung beizubehalten sein. Jedoch wird genügen, wenn dieselbe einmal geschieht, und zwar am Orte der Trauung, obwohl kein Grund vorhanden sein wird, auf Verlangen der zu Trauenden sie auch an den übrigen Orten, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattfinden muß, vornehmen zu lassen.

Die Dispensation vom kirchlichen Aufgebot dem Superintendenten zu überweisen, empfiehlt sich hinsichtlich der in einzelnen Fällen nothwendig werdenden Zeiterparniß.

Zur Aufnahme der Bestimmung in Abs. 4 des §. 4 sind wir durch Rücksichtnahme auf die Fälle veranlaßt worden, in denen etwa Eheleute zur Nachholung der kirchlichen Trauung sich bewogen finden.

#### Zu §. 5.

Ueber Gewährung oder Versagung der kirchlichen Trauung hat die Kirche nach kirchlichen Rücksichten Bestimmung zu treffen.



Die Gründe, aus denen die kirchliche Trauung zu versagen ist, sind von uns in der Form einer allgemeinen Regel in Abs. 1 des §. 5 ausgesprochen.

Die Subsumtion des einzelnen Falles unter diese Regel der selbstständigen Bestimmung des betreffenden Predigers zu überlassen, scheint sich uns theils in Rücksicht auf die Stellung des Predigers zu der Gemeinde, theils aus folgenden Gründen nicht zu empfehlen. Es ist bisher kirchenseitig nicht festgestellt, welche Ehen alle objectiv dem Evangelio zuwider sind. Denn wenngleich nach allgemeiner Rechtsansicht die Ehen von Christen und Nichtchristen in der evangelischen Kirche als verboten gelten, so sind doch die Grundsätze darüber, inwiefern z. B. eine Ehe, gegen welche die Eltern in Gottes Wort gegründete Einsprache thun, oder jede fernere Ehe solcher, die nicht aus schriftgemäßen Gründen geschieden sind, als dem Evangelio widersprechend anzusehen sei, nicht gleichmäßig ausgebildet.

Dazu kommt, daß bei der Frage, ob die kirchliche Trauung zu versagen sei, weil die Segnung nach den besonderen Umständen des Falles als entwürdigt angesehen werden müßte, indem z. B. nach dem gesammten Verhalten der Eheleute vor und bei Eingehung der Ehe von ihnen eine Gottes Wort gemäße, christliche Führung der Ehe nicht zu erwarten steht, thunlichst die Gefahren der individuellen subjectiven Beurtheilung des Einzelfalles auszuschließen geboten sein dürfte.

Wir haben sowohl um des Verhältnisses des Predigers zu seiner Gemeinde willen, als auch um ein allgemeines, objectives Verfahren zu sichern, proponirt, daß der Prediger, wenn ihm in einem Falle die Gewährung einer beantragten kirchlichen Trauung bedenklich scheint, den Fall zur Entscheidung des Herzogl. Consistoriums zu verstellen habe, vorbehaltlich eines für den Prediger sowohl, als auch für die Zurückgewiesenen zulässigen Recurses, auf welchen Höchsten Orts nach eingefordertem Gutachten des Synodal-Ausschusses Verfügung getroffen wird.



## Anlage 4<sup>a</sup>. (Prot. 7.)

### Trauungsformular.

---

Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

(Hierauf kann, wo es üblich ist, gesungen werden: Bis hieher hat mich Gott gebracht, oder ein anderer passender Gesang. Hält der Geistliche eine freie Ansprache oder Traured, so tritt sie hier ein. Alles Uebrige wie folgt:)

Geliebte in Christo! Ihr seid dahier erschienen, um euern Ehebund, den ihr vor der Obrigkeit auf Grund des Gesetzes rechtsgültig geschlossen, nun auch auf dem Grunde des göttlichen Wortes vor dem Angesicht Gottes und seiner Kirche feierlich zu bekennen und mit allen hier gegenwärtigen Zeugen den Segen des Herrn zu demselben zu erbitten.

So höret denn Alle in Andacht Gottes Wort über den heiligen Ehestand.

(Hier folgen die Lektionen.)

Geliebte in dem Herrn! Ihr habt Gottes Wort über den heiligen Ehestand vernommen. Es liegt euch nun ob, zu bekennen, daß ihr eure Ehe nach Gottes Wort führen wollet. (Der Geistliche wendet sich an den Mann.) Demnach frage ich dich, N. N., vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen N. N. (Vor- und Geburtsname) als mit deiner Ehefrau nach Gottes Befehl und Willen leben, ihr alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten, wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihr scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche wendet sich an die Frau.) Und so frage ich auch dich, N. N. (Vor- und Geburtsname), willst du mit diesem hier gegenwärtigen N. N. als mit deinem Ehemanne nach Gottes Befehl und Willen leben, ihm alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihm scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche spricht:)

Wechselt die Ringe zum Zeichen und Unterpfand eurer ehelichen Liebe und Treue.

(Nach dem Ringewechsel:)

Gebet einander die rechte Hand.

(Der Geistliche legt auf die verbundenen Hände seine rechte Hand und spricht:)

Was Gott zusammensüget, soll der Mensch nicht scheiden.

Weil ihr denn allhier vor Gott und diesen gegenwärtigen Zeugen (dieser Gemeinde) eure Ehe bekannt und gelobt habt, sie nach Gottes Wort christlich zu führen, euch auch darauf einander die Trauringe und die Hände gegeben habt; so erkläre ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch beide in Christo verbunden vor Gott und segne eure Ehe im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. † Amen.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu seinem Dienst. Er behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

(Der Geistliche läßt die Getrauten niederknien u. s. w. bis zum Schluß.)

---

**Anlage 5. (Prot. 7.)**

**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Nachdem wir den uns mittelst Höchsten Rescripts vom 25. November 1875 **Nr** 8634 zugefertigten Entwurf eines Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, einer Berathung unterzogen haben, verfehlen wir nicht, die dabei gefaßten Abänderungs- und Zusatz-Beschlüsse in der Anlage ehrerbietigst zu überreichen.

In tiefster Ehrerbietung

**Eu. Hoheit**

Braunschweig,  
den 4. December 1875.

unterthänigst-treu-gehorfamste Landes-Synode.

Der Präsident

**H. Caspari.**

**Herzog, prot. Secretair.**

## Zusätze und Abänderungen,

welche bei Berathung des Kirchen-Gesetz-Entwurfs, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., von der Landes-Synode beschlossen worden sind.

---

### I. Zum §. 2.

- 1) die Worte „freien oder formulirten“ zu streichen,
- 2) in zweiter Zeile vor „Gelöbniß“ einzuschalten: „dem Ehebekenntniß und.“

### II. Zum §. 3.

- 1) in fine des §. hinzuzufügen:  
„welche von Unserm Herzoglichen Consistorio erteilt wird.“
- 2) den Schlusssatz des Abs. 2 so zu fassen:  
„daß ihm gegen die Gewährung der kirchlichen Trauung keinerlei Bedenken bekannt seien.“
- 3) statt „Dimissoriale des zuständigen Predigers“ im 3. Absatz zu setzen:  
„Dimissoriale eines zuständigen Predigers.“

### III. Zum §. 4.

- 1) Absatz 1 so zu fassen:  
„Statt des bisherigen zweimaligen kirchlichen Aufgebots hat auf Wunsch der Verlobten oder Eheleute eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten oder geschlossenen Ehe mit Fürbitte für das Wohaben des Paares im öffentlichen Gottesdienste am Orte der kirchlichen Trauung nach dem Formular der Anlage B. stattzufinden.“  
und dann Absatz 3 und 4 zu streichen.

„Behuf Erwirkung der kirchlichen Verkündigung haben die Betheiligten auf Erfordern eine standesamtliche Bescheinigung über ihre beiderseitigen Vor- und Zunamen und über diejenigen ihrer Eltern, sowie über ihre Confession beizubringen.“

#### IV. Zum §. 5.

§. 5 zu streichen und dafür folgende Bestimmung zu treffen:

##### §. 5.

„Die kirchliche Trauung ist zu versagen:

- 1) wenn nicht beide Eheschließenden der christlichen Kirche angehören,
- 2) wenn die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider ist,
- 3) wenn nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte.“

##### §. 6.

„Bis zum Erlass eines Kirchengesetzes über die kirchlichen Ehehindernisse hat Unser Herzogliches Consistorium zu entscheiden, ob die Trauung deshalb, weil die Ehe dem Evangelio zuwider ist, versagt werden müsse. (§. 5, *N* 2.)

Der betreffende Geistliche hat jeden ihm bedenklich scheinenden Fall Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen.

Gegen diese Entscheidung, welche der Geistliche den Betheiligten sofort zu eröffnen hat, steht sowohl diesen wie jenem ein Recurs an Uns zu.“

##### §. 7.

„Ist der Geistliche der Ansicht, daß nach den besonderen Umständen des Falles die Segnung als entwürdigt angesehen werden müßte (§. 5, *N* 3), so hat derselbe die Sache dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen und ist berechtigt, die Trauung zu versagen, wenn der Kirchenvorstand hierzu die Zustimmung erteilt.

Die Betheiligten haben wegen dieser Versagung das Recht der Beschwerde, über welche Unser Herzogliches Consistorium entscheidet. Gegen diese Entscheidung kann ein Recurs an Uns sowohl von den Betheiligten, als von dem Geistlichen verfolgt werden.

Ertheilt der Kirchenvorstand seine Zustimmung nicht, so hat der Geistliche, wenn er seine Bedenken nicht für erledigt erachtet, die Frage

Unserm Herzoglichen Consistorio zur Entscheidung vorzulegen, gegen welche den Betheiligten und dem Geistlichen der Recurs an Uns zu steht."

#### §. 8.

„Ueber die an Uns verfolgten Recurse (§. 5a und 5b) werden Wir nach eingefordertem Gutachten des Synodal-Ausschusses Verfügung treffen."

#### §. 9.

Die in den vorstehenden §§. erwähnten Beschwerden und Recurse sind binnen 14 Tagen, von Eröffnung der betreffenden Entscheidung an gerechnet, zu überreichen."

und würde danach §. 6 nunmehr die Bezeichnung §. 10 erhalten müssen.

### V. Zur Anlage A.

Dem proponirten Formular das nachfolgende substituiren zu wollen:

„Unsere Hülfe stehet im Namen des Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Amen.

(Hierauf kann, wo es üblich ist, gesungen werden: Bis hieher hat mich Gott gebracht, oder ein anderer passender Gesang. Hält der Geistliche eine freie Ansprache oder Traured, so tritt sie hier ein. Alles Uebrige wie folgt:)

Geliebte in Christo! Ihr seid dahier erschienen, um euern Ehebund, den ihr vor der Obrigkeit auf Grund des Gesetzes rechtsgültig geschlossen, nun auch auf dem Grunde des göttlichen Wortes vor dem Angesicht Gottes und seiner Kirche feierlich zu bekennen und mit allen hier gegenwärtigen Zeugen den Segen des Herrn zu demselben zu erbitten.

So höret denn Alle in Andacht Gottes Wort über den heiligen Ehestand.

(Hier folgen die Lektionen, wie proponirt mit folgenden Abänderungen:

- 1) im Anfang der ersten Lektion das Wort „denn“ zu streichen.
- 2) in der dritten Lektion hinter den Worten „zum dritten“ — „gesegnet hat“, in Parenthese zu setzen: Die nachfolgende Lektion kann angemessen gekürzt werden.)

Geliebte in dem Herrn! Ihr habt Gottes Wort über den heiligen Ehestand vernommen. Es liegt euch nun ob, zu bekennen, daß ihr eure Ehe nach Gottes Wort führen wollet. (Der Geistliche wendet sich an den Mann.) Demnach frage ich dich, N. N., vor Gott und den gegenwärtigen Zeugen: willst du mit dieser hier gegenwärtigen N. N. (Vorname und Name des Mannes) als mit deiner Ehe-



frau nach Gottes Befehl und Willen leben, ihr alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten, wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihr scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche wendet sich an die Frau.) Und so frage ich auch dich, N. N. (Vorname und Name des Mannes), willst du mit diesem hier gegenwärtigen N. N. als mit deinem Ehemanne nach Gottes Befehl und Willen leben, ihm alle eheliche Liebe und Treue erzeigen in guten wie in bösen Tagen, dich auch nicht von ihm scheiden, es sei denn, daß euch scheide der Tod?

Ist solches deines Herzens Wille und Meinung, so bekenne es allhier vor Gottes Angesicht und in Gegenwart dieser Zeugen, und sage Ja!

Antwort: Ja!

(Der Geistliche spricht:)

Wechselt die Ringe zum Zeichen und Unterpfand eurer ehelichen Liebe und Treue.

(Nach dem Ringewechsel:)

Gebet einander die rechte Hand.

(Der Geistliche legt auf die verbundenen Hände seine rechte Hand und spricht:)

Was Gott zusammenfüget, soll der Mensch nicht scheiden.

Weil ihr denn allhier vor Gott und diesen gegenwärtigen Zeugen (dieser Gemeinde) eure Ehe bekannt und gelobt habt, sie nach Gottes Wort christlich zu führen, euch auch darauf einander die Trauringe und die Hände gegeben habt; so erkläre ich als verordneter Diener der christlichen Kirche euch beide in Christo verbunden vor Gott und segne eure Ehe im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. † Amen.

Gott der Herr heilige eure Ehe zu seinem Dienst. Er behüte euren Eingang und Ausgang von nun an bis in Ewigkeit. Amen.

(Der Geistliche läßt die Getrauten niederknien u. s. w. bis zum Schluß.)



**Wilhelm, Herzog 2c.** Wir wollen die mit dem Berichte vom 4. d. Mts. Uns vorgelegten von der Landessynode beschlossenen Zusätze und Abänderungen zu dem Entwurfe des Kirchengesetzes, die kirchliche Trauung u. s. w. betreffend, mit folgenden Modificationen genehmigen:

ad III zum §. 4.

Die ehrwürdige Sitte der kirchlichen Trauung wurzelt in dem religiösen Bedürfnisse der jungen Eheleute, vor Gottes Altar zu treten und von dieser geweihten Stätte aus mit Gott ihre eheliche Lebensgemeinschaft factisch zu beginnen. Wenn nun auch die Kirche gestatten mag, daß die Eheleute, welche ohne jenen feierlichen Act in ihre Lebensgemeinschaft eingetreten sind, das Versäumte, soweit dies möglich ist, später nachholen, so erscheint doch eine Bestimmung bedenklich, welche den Gedanken der kirchlichen Regel und Ausnahme völlig verwischt und der unrichtigen Annahme Vorschub leistet, als ob für die kirchlichen Interessen ein Unterschied nicht bestehe.

In gleicher Weise halten Wir es von Wichtigkeit, daß die Kirchenglieder es nach wie vor als ihre kirchliche Verpflichtung betrachten, ihr eheliches Leben nicht ohne kirchliche Trauung anzufangen und folgeweise auch ihre bevorstehende Ehe der kirchlichen Gemeinde, in deren Kreis die neue Familie eintreten will, feierlich verkündigen zu lassen. Es werden daher Ausdrücke zu vermeiden sein, welche leicht dahin führen könnten, daß die kirchlichen Einrichtungen auf eine Linie gestellt würden mit weltlichen gemeinnützigen Instituten, deren Benutzung dem Belieben des Einzelnen überlassen bleibt.

Wir sehen Uns hienach außer Stande, den betreffenden, in zweiter Lesung gefaßten Beschluß der Landessynode zu genehmigen, halten es aber zur Vermeidung von Mißverständnissen, welche aus der in der

An  
die Landessynode.

Vorlage gewählten Wortstellung entstehen könnten, für sachgemäß, daß den Absätzen 1 und 2 des §. 4 folgende Fassung gegeben werde:

Statt des bisherigen zweimaligen Aufgebots hat, in der Regel nur am Orte der kirchlichen Trauung, eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben der Verlobten im öffentlichen Gottesdienste nach dem Formular der Anlage B stattzufinden.

Auf Verlangen der zu Trauenden kann auch an den übrigen Orten, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat, eine einmalige Verkündigung vorgenommen werden,

während die Absätze 3 und 4 der Vorlage keine Aenderung erleiden.

Was den zum §. 4 beschlossenen Zusatz:

„Behuf Erwirkung der kirchlichen Verkündigung u. s. w.“

betrifft, so haben Wir gegen den Inhalt bis auf die Worte

„sowie über ihre Confession“

an sich nichts zu erinnern. Diese letzteren Worte würden jedenfalls ausfallen müssen, da Wir, abgesehen von den in Bezug auf die praktische Ausführbarkeit obwaltenden Bedenken, nicht für angemessen erachten können, durch ein Kirchengesetz zu bestimmen, daß die kirchlichen Organe auch darüber, ob Jemand der eigenen Kirche angehöre, von nicht kirchlichen Organen mit Auskunft versehen werden.

Wir sind jedoch der Ansicht, daß der ganze Zusatz in das gegenwärtige Kirchengesetz richtiger nicht aufgenommen wird, da zunächst von weltlicher Seite die nöthigen Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetze getroffen werden müssen und es sich empfiehlt, erst in Anschluß an diese letzteren die dem Beschlusse der Landessynode entsprechenden kirchlichen Anordnungen zu treffen, was unbedenklich durch ein Ausschreiben Unseres Herzoglichen Consistoriums geschehen kann und geschehen wird.

Demgemäß stellen Wir zugleich anheim, nunmehr über den Entwurf des Kirchengesetzes im Ganzen abstimmen zu wollen.

Braunschweig, den 6. December 1875.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

## Meine hochgeehrten Herren!

Sie werden auf Ihre Berathungen und deren Resultat zufriedenen Herzens zurückschauen können.

Der Gegenstand bot zwiefache Schwierigkeiten, indem es darauf ankam, einerseits das Verhältniß von Kirche und Staat in Bezug auf das Institut der Ehe richtig zu erkennen, andererseits in Mitte der verschiedenen kirchlichen Richtungen und Standpunkte für dasjenige, was allen gemeinsam ist und alle vereint, den sachgemäßen Ausdruck zu finden.

Der durch Ihre Berathungen emendirte Entwurf anerkennt vollständig die Rechtssphäre des Staates, ohne die Kirche in ihrer berechtigten Selbstständigkeit und in ihrer segensreichen auch für den Staat so nothwendigen Wirksamkeit im Geringsten zu beeinträchtigen.

Für die innere kirchliche Sphäre darf ich voll Freude hervorheben, daß der wesentlichste Theil des Entwurfes, das Trauformular, welches mit gutem Grunde von Ihnen als das Herz des Entwurfes bezeichnet wurde, bei der hochwürdigen Synode die einstimmige Billigung und Annahme gefunden hat.

Dieses glückliche Ergebniß gewährt die frohe Gewißheit, daß der von den Vätern ererbte Glaube an die in unsern heiligen Büchern geoffenbarten und in unsern Bekenntnißschriften bezeugten ewigen Wahrheiten in unser Aller Herzen lebendig ist und daß wir sämmtlich von der Ueberzeugung durchdrungen sind: Nur unter diesen Zeichen können und werden wir siegen.

Stehen wir auf diesem unerschütterlichen Glaubensgrunde treu und fest zusammen, so werden wir stets zu würdigen wissen, bis wie weit wir die Berufung auf evangelische Freiheit achten müssen und können, ohne durch die Verschiedenheit der Ansichten uns irren zu lassen.

Meine geehrten Herren! Der reine Lichtstrahl spiegelt sich in verschiedenen Farben. Dem Menschen geziemt sich, das heilige Himmelslicht der Offenbarung anbetend zu verehren, allein er selbst vermag nur in Gottergebenheit und Andacht mit kindlichem Glauben an die ewige Wahrheit lauterem Herzens voll sittlichen Ernstes männlich nach ihrer Erkenntniß zu ringen.

Mit dem Wunsche, daß derselbe sittlich religiöse Geist, welcher in Ihren Berathungen gewaltet hat, auch die künftige Anwendung des Gesetzes leiten möge, erkläre ich kraft des mir ertheilten Höchsten Auftrages die außerordentliche Landessynode im Namen Sr. Hoheit hiermit für geschlossen.



## Anlage S. (Prot. 8.)

Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!

Nachdem Ew. Hoheit mittelst Höchsten Rescripts vom gestrigen Tage die von der Landes-Synode zu dem Gesetz-Entwurf, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., beschlossenen Abänderungen, soweit sie nicht den §. 4 modificiren, gnädigst genehmigt haben, ist der Entwurf in der gnädigst gebilligten, und zwar §. 4 in folgender von Ew. Hoheit Landesfürstlichem Commissarius vorgeschlagenen Fassung:

„Statt des bisherigen zweimaligen Aufgebots hat, in der Regel nur am Ort der kirchlichen Trauung, eine einmalige kirchliche Verkündigung der beabsichtigten Ehe mit Fürbitte für das Vorhaben der Verlobten im öffentlichen Gottesdienste nach dem Formular der Anlage B. stattzufinden.

Auf Verlangen der zu Trauenden kann auch an den übrigen Orten, an welchen das bürgerliche Aufgebot stattzufinden hat, eine einmalige Verkündigung vorgenommen werden.“

Abs. 3 und 4 wie in der Vorlage.

im Ganzen zur Abstimmung in der gestrigen Sitzung der Landessynode gebracht, und versehen wir nicht, Ew. Hoheit unterthänigst zu berichten, daß die Synode ihre Zustimmung zu dem Entwurf erklärt hat.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Hoheit

Braunschweig,

unterthänigst-treu-gehorsamster Synodal-Ausschuß.

den 7. December 1875.

Der Präsident

*H. Caspari.*





# Verhandlungen

der

durch landesfürstliche Verordnung №. 102 vom  
4. November 1876 berufenen

**zweiten ordentlichen Landesynode,**

eröffnet am 23. November und geschlossen am 13. December 1876.

---

Protokolle und Sitzungsberichte 1 — 15 nebst Anlagen 1 — 25.

---



Ordn.- Nr.	Sachregister.	Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen u. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
1	Die Eröffnung und den Schluß der Landes-Synode, die Wahl der Beamten, die Regierungs-Com- missare u., Wahlangelegenheiten und den Synodal- Auschuß betr.			
	a. Eröffnung der Synode . . . . .	Prot. 1 und Anl. 1.	—	—
	b. Schluß derselben . . . . .	Prot. 15 und Anl. 25.	—	—
	c. Wahl der Beamten: des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters . deren Bestätigung . . . . .	— Prot. 1 und Anl. 3.	Prot. 1. —	Anl. 2. —
	zweier Secretaire . . . . .	—	Prot. 1.	—
	d. Bezeichnung der Regierungs-Commissare und der Vertreter des Herzogl. Consistoriums . . .	Prot. 1 und Anl. 4 a.	—	—
	e. Bezeichnung des protokoll. Secretairs und des Registraturbeamten bei der Synode . . .	Prot. 1 und Anl. 4 b, Prot. 4 und Anl. 13.	—	—
	f. Prüfung der neuen Abgeordneten-Wahlen . .	—	Prot. 1.	—
	g. den Synodal-Auschuß betr.:			
	1) Berichterstattung über die Thätigkeit des Synodal-Auschußes seit dem Schlusse der ersten ordentlichen Landessynode . . . (Gutachten über Pfarraufbesserungsfonds, Pfarrbestellung zu Visperode u. Diäten u. der Synodal-Abgeordneten. Wegen des letzten Gegenst. S. auch Ord.-Nr. 3 dieses Reg.)	—	Prot. 2 bei III.	—
	2) Wahl des neuen Synodal-Auschußes .	—	Prot. 4.	—
	3) Beauftragung des Auschußes mit der Feststellung des Sitzungsprotokolls 15 u. f. w.	—	Prot. 15.	—
	4) Desgl. in Bezug auf den Bußtag. S. Ord.-Nr. 8.			

Ordn.- M		Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten u.	Berichte der Commissionen u. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
2	<p>Mittheilung Herzogl. Consistoriums über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche, nebst Uebersicht der im Herzogthume Braunschweig vorhandenen General-, Stadt- und Special-Inspectionen, (Anl. I. der Anl. 5 a.)</p> <p>Nachweisung der in den Jahren 1872 bis 1875 incl. an Kirchen und Capellen u. ausgeführten Baulichkeiten (Anl. II. der Anl. 5 a.)</p> <p>Uebersicht der jährl. Gesamt-Einnahme und Ausgabe, sowie des Vermögensbestandes von sämmtl. lutherischen Kirchen und Capellen im Braunschw. Lande (mit Ausnahme der Stadt Braunschweig) von den Jahren 1869 — 1872 (Anl. III. der Anl. 5 a.)</p> <p>Bericht des Consistoriums, die Confirmation der Catechumenen betr. (Anl. 5 b.)</p> <p>Bericht desselben über die Patronate und die Verkürzung der Präsentationsfrist bei Baccanzen (Anl. 5 c.) . . . . .</p> <p>Erklärung der Kirchenregierung in Bezug auf die zu Cap. II. gestellten Anträge der Abg. Bode und Wolff, die Kirchengewalt über die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betr.</p> <p>Antwort der Kirchenregierung auf die weiter gestellten Anträge . . . . .</p> <p>Die in Folge der Berathung der fr. Mittheilung von der Landes-Synode an die Kirchenregierung gerichteten Anträge sind folgende:</p>	<p>Anl. 5, 5 a, 5 b und 5 c.</p> <p>Prot. 15.</p> <p>Anl. 25.</p>	<p>Prot. 2 — 6, 11, 12 u. 13 u. Berichtigung unter Sitzungsbericht 15.</p> <p>—</p> <p>—</p>	<p>Anl. 22 u. 23.</p> <p>—</p> <p>—</p>

Ordn.- Nr.	Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten ic.	Berichte der Commissionen ic. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
<p>A. zu Cap. II.:</p> <p>a. wegen Vertretung der Landes- ic. Synoden auf den Eisenacher Conferenzen.</p> <p>b. wegen Einigung aller Deutschen evangelischen Glaubensgenossen (S. auch Ord.-Nr. 3 des Reg. zu den Verhandl. der 1. Landessynode).</p> <p>c. wegen Herstellung eines gemeinsamen Militairgesangbuches u. s. w.</p> <p>B. zu Cap. III.:</p> <p>a. wegen Aenderung der §. 5 und 13 der Kirchen-Visitations-Ordnung vom 6. Januar 1873,</p> <p>b. wegen Aenderung des §. 26 des Kirchenvorstands-Gesetzes vom 20. November 1851 hinsichtlich der Erhöhung der Competenz bei Geldverwilligungen,</p> <p>c. wegen Zufertigung eines Abdrucks der Listen über die Ausloosung der Landesschuldverschreibungen, an die Kirchenrechnungsführer,</p> <p>d. wegen Mittheilung je 1 Exempl. der Synodal-Verhandlungen an die Kirchenvorstände des Landes,</p> <p>e. wegen der Pensionirung der Geistlichen (S. auch Ord.-Nr. 3 des Reg. zu den Verhandl. der 1. Landessynode)</p> <p>f. wegen Anordnung einer Todtenfeier,</p> <p>g. wegen Freigebung der Hauscopulationen,</p>			

Ordn.- Nr.		Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten etc.	Berichte der Commissionen etc. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	<p>h. wegen Bestimmung der Sonntage für die genehmigten Collecten durch die Kirchenvorstände.</p> <p>C. zu Cap. IV. und insbesondere Anl. 5 und 5 b. wegen Dispensation von dem gesetzlichen Alter der Confirmanden. (S. auch Ord. Nr. 3 des Reg. z. d. Verhandl. der 1. Landessynode.)</p> <p>D. zu Cap. V., insbesondere Anl. 5 und 5 c.</p> <p>a. wegen Gründung einer eigenen Pfarrstelle zu Ofer.</p> <p>b. wegen Beseitigung der Privatpatronate. (S. auch Berichtigung unter Sitzungsber. 15 und Ord. Nr. 3 des Reg. zu den Verhandl. der 1. Landessynode.)</p> <p>E. zu Cap. XII. (S. Ord. Nr. 11 dieses Registers.)</p>			
3	<p>Das Gesetz über die Errichtung einer Landessynode u. s. w. vom 31. Mai 1871 betr. (S. auch Ord. Nr. 4 dieses Registers).</p> <p>Entwurf eines Kirchengesetzes, die Diäten u. Reisekosten der Mitglieder der Landessynode u. s. w. betr.</p> <p>Verhandlungen über das Recht des Staates zur Aufhebung des §. 30 des Synodalgesetzes . . . . .</p> <p>Vorstellung von Geistlichen der Inspection Walkenried, die Vergütung von Wahlreisen betreffend . . . . .</p>	<p>Anl. 19 und Prot. 2 bei V.</p> <p>—</p> <p>Prot. 1.</p>	<p>Prot. 10.</p> <p>Sitzungsber. 10 pag. 3, 4 u. 5.</p> <p>Prot. 10.</p>	<p>Anl. 19.</p> <p>—</p> <p>—</p>
4	<p>Das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr. (S. Ord. Nr. 6 des</p>			

Ordn.- Nr.		Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten etc.	Berichte der Commissionen etc. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
	Reg. zu den Verhandl. der 1. ordentl. Landes- Synode und Ord.-Nr. 3 dieses Reg.) Desfallige Vorlage der Kirchenregierung . . (Im Sitzungsber. 10 p. 5 Z. 5 v. o. muß es statt Landesversammlung heißen: Landesverfassung.	Anl. 11 und Prot. 4 bei III.	Prot. 10.	Anl. 18.
5	Die Geschäfts-Ordnung der Landes-Synode vom 13. November 1872 betr. a. von Gramms Antrag, die Verlesung eines Schrift- stückes beim Beginn jeder Sitzung betr. . . b. Antrag auf Mittheilung je 1 Exempl. der Synodal-Verhandlungen an die Kirchenvorstände (S. Ord.-Nr. 2 dieses Registers.)	Prot. 1.	Prot. 2.	—
6	Den Hauptgottesdienst an Sonn- und Festtagen u. s. w. und die Nebengottesdienste betr.: a. Entwurf einer Ordnung des Hauptgottes- dienstes an Sonn- und Festtagen S. Ord.-Nr. 8 des Reg. der 1. ordentl. Landessynode. 1. Lesung (Anl. 12a. enthält den Re- gierungs- und einen neuen Entwurf der Commission) . . . . . 2. Lesung . . . . . Weitere Verhandlungen . . . . . (S. auch Berichtigung unter Sitzungs- bericht 15.) b. Entwurf eines Kirchengesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes u. s. w. betr. . . c. Prop., die Ordnung der Nebengottes- dienste betr. . . . .	— — Prot. 15. Anl. 21. Anl. 9 und Prot. 2 bei V.	Anl. 12 u. 12a, Prot. 7, 8, 9 und 11. Prot. 14 u. 15. Prot. 15. Prot. 15. Prot. 6.	— Anl. 24. Anl. 24. Anl. 24. Anl. 15
7	Entwurf eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betr. . . . .	Anl. 6 und Prot. 2 bei V.	Prot. 6.	Anl. 14.

Ordn. M		Propositionen und Anträge der Kirchen- regierung, Ab- geordneten etc.	Berichte der Commissionen etc. sowie Berathungen der Landes- Synode	Erklärungen der Landes- Synode
8	Proposition, die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betr. . . . . (Der Synodal-Aussch. ist mit etwaigen weiteren Verhandl. beauftragt.)	Anl. 7 und Prot. 2 bei V.	Prot. 6.	Anl. 16.
9	Prop., die Feier des Reformationstages betr. . .	Anl. 8 und Prot. 2 bei V.	Prot. 6.	Anl. 17.
10	Apfel's Antrag, die Restauration oder Revision der corpora honorum betr. . . . . Erklärung des H. Consistoriums darauf . .	Prot. 6 u. 7. Prot. 10.	— —	— —
11	Die Kirchenbuchführung betr.: a. Kerche's (Eigum) Antrag, die Nachtragung von Legitimations-Urkunden bezüglich der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle Seitens der Kirchen- buchführer betr. . . . . b. Stöter's Antrag, die Abgabe der Duplicate der Kirchenbücher an die Registratur der Standesbeamten betr. . . . . c. Keuncke's Antrag, die kostenfreie Einsicht der Kirchenbücher durch die Standesbe- amten betr. . . . . d. Wolff's Antrag wegen Aenderungen in der Kirchenbuchführung. (S. die Verhandlungen bei Ord. M 2 dieses Registers.)	Prot. 7 u. 8.  Prot. 12.  Prot. 13 u. 14.	Prot. 12.  —  —	Anl. 20.  —  —
12	Das Zerwürfniß zwischen der Gemeinde Erkerode und ihrem Prediger betr. von Heinemann's Anfrage deswegen und Er- klärung des Deputirten des Consistorii . . Petitionen von Erkerode und Ludlum deswegen	Prot. 5. Prot. 7 u. 8.	— Prot. 14.	— —



## Protokoll I.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung №. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
23. November 1876, Morgens 11 Uhr.

Zu der durch Höchsten Erlaß vom 21. d. M. auf heute angeordneten Eröffnung der durch Landesfürstliche Verordnung vom 4. d. M. berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode hatten sich an Seiten der Kirchenregierung der Herr Geheimerath Dr. Triepß, Excellenz, in Begleitung des Herrn Regierungs-Assessor Langerfeldt, an Seiten des Herzoglichen Consistorii die Herren Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Philfeldt und Sallentien, sowie die nachstehend aufgeführten Abgeordneten eingefunden:

- 1) Ackermann Ahrens aus Dsharingen,
- 2) Superintendent Probst Apfel aus Seesen,
- 3) Handelsgerichtsdirector Bode von hier,
- 4) Superintendent Brunke aus Wolsdorf,
- 5) Overbürgermeister Dr. Caspari von hier,
- 6) Hausmarschall Baron von Gramm aus Burgdorf,
- 7) Superintendent Dedekind aus Stadtfeldendorf,
- 8) Pastor Eggeling von hier,
- 9) Gemeinde-Vorsteher Eimecke aus Wahren,
- 10) Superintendent Freist aus Timmerlah,
- 11) Schulrath und Gymnasial-Director Gravenhorst von hier
- 12) Gymnasial-Director von Heinemann aus Wolfenbüttel,

- 13) Gemeinde-Vorsteher Keunecke aus Frellstedt,
- 14) Steinbruchbesitzer Körner aus Welpke,
- 15) General-Superintendent Kuhn aus Helmstedt,
- 16) Staatsanwalt Kühne aus Blankenburg,
- 17) Finanzrath a. D. Kunzen aus Braunschweig,
- 18) Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,
- 19) Pastor Lerche aus Eikum,
- 20) Landsyndicus a. D. Desterreich von hier,
- 21) Gastwirth Preuße aus Bettmar,
- 22) Pastor Rohde aus Gr.-Dahlm,
- 23) General-Superintendent Rose aus Blankenburg,
- 24) Pastor Skerl von hier,
- 25) General-Superintendent Steinmeyer von hier,
- 26) General-Superintendent, Kirchenrath Dr. Stöter aus Gandersheim,
- 27) Abt, Hof- und Domprediger, Probst Dr. Thiele von hier,
- 28) Staatsanwalt Dr. Ude aus Wolfenbüttel,
- 29) Bürgermeister Wibrans aus Calvörde und
- 30) Superintendent Wolff aus Halle a. d. Weser.

Anl. 1. I. Der Herr Regierungscommissarius richtete zuvörderst an die Versammlung die als Anlage 1 diesem Protokolle beigelegte Rede, nahm darauf durch den Herrn Regierungsassessor Langerfeldt assistirt — gemäß der in Uebereinstimmung mit der Versammlung erfolgten Interpretation des §. 17 des Gesetzes Nr. 34 vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode betr., wonach nur die zum ersten Male eintretenden Mitglieder den vorgeschriebenen Eid abzulegen haben, den Abgeordneten v. Gramm, Rose und Keunecke das betr. Gelöbniß ab und erklärte die Synode für eröffnet.

II. Nachdem hiernächst die Vertreter des Kirchenregiments den Sitzungsaal verlassen, und der Abgeordnete Desterreich als Alterspräsident den Vorsitz übernommen, schritt die Versammlung zur Beamtenwahl.

In drei gesonderten Wahlgängen wurden als die Sr. Hoheit zu dem Amte des Vorsitzenden und dem dessen Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten

- der Oberbürgermeister Dr. Caspari mit 25 Stimmen,
- der General-Superintendent Steinmeyer mit 26 Stimmen,
- der Landsyndicus a. D. Desterreich mit 25 Stimmen

Anl. 2. erwählt, das Präsentationschreiben (Anlage 2) verlesen, genehmigt und erpedirt.

Zu Secretairen wurden sodann die Abgeordneten Skerl und Ude gewählt.

Anl. 3. III. Nach kurzer Sisirung der Verhandlungen wurde die Sitzung vom Alterspräsidenten wieder eröffnet und der Versammlung der Eingang eines Höchsten Rescripts vom heutigen Tage (Anlage 3) angekündigt, inhalts dessen Höchsten Orts der Oberbürgermeister Dr. Caspari

als Vorsitzender, und der General-Superintendent Steinmeyer als dessen Stellvertreter die Bestätigung erhalten hatten.

IV. Auf Aufforderung des Herr Alterspräsidenten übernahm, während der Herr Geheimerath Dr. Triepß in den Sitzungssaal wieder eintrat, der Oberbürgermeister Dr. Caspari den Vorsitz und dankte für sich und Namens seines Stellvertreters der Versammlung für die auf sie gefallene Wahl.

V. Der Abgeordnete Sterl erstattete Namens des Synodal-Ausschusses Bericht über die Vorprüfung der Legitimationen der neu eingetretenen Mitglieder, deren Wahlen als gültig von der Versammlung anerkannt wurden.

VI. Sodann publicirte der Vorsitzende 2 Höchste Rescripte (Anl. 4 a. und 4 b.), bez. Anl. 4a u. 4b betreffend die Bestellung der Landesfürstlichen Commissarien und die Vertretung des Herzogl. Consistorii resp. die Beordnung eines Secretairs und Registraturbeamten,

VII. kündigte folgende Eingänge an:

A. Höchste Rescripte vom 23. d. Mts.

- 1) bei Vorlegung der der Landessynode beim Beginn jeder ordentlichen Versammlung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche von der Kirchenregierung zu machenden eingehenden Mittheilung, — Anlage 5 — Anl. 5.
- 2) bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betr., — Anlage 6 — Anl. 6.
- 3) die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betr., — Anlage 7 — Anl. 7.
- 4) die Feier des Reformationsfestes betr., — Anlage 8 — Anl. 8.
- 5) die Ordnung der Nebengottesdienste betr., — Anlage 9 — Anl. 9.
- 6) bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr., — Anlage 10 — Anl. 10.
- 7) das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr., — Anlage 11 — Anl. 11.

B. Vorstellung von Geistlichen der Inspection Walkenried, die Vergütung von Wahlreisen betr.

VIII. und machte folgenden von dem Abgeordneten v. Gramm gestellten Antrag bekannt:

„Landessynode wolle beschließen:

Vor dem Beginne der Verhandlungen jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen.

Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen zweiten Vorsitzenden übertragen.“

IX. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde sodann zur Vorprüfung der demnächst

— bei Besprechung der Mittheilung über die Zustände der Landeskirche (Anlage 5) — zur Verathung kommenden Fragen

a. die Dispensation der Catechumenen von dem zur Confirmation erforderlichen Alter betr.,  
der Abgeordnete **Skerl** zum Referenten und der Abgeordnete **Wolff** zum Correferenten,

b. die Kirchenpatronate betr., der Abgeordnete **Bode** (Braunschweig) zum Referenten und der Abgeordnete **Desterreich** zum Correferenten bestellt  
und beschlossen, überhaupt die einzelnen Vorlagen in gleicher Weise zu behandeln mit Ausnahme jedoch der über das gegenseitige Verhältniß der kirchlichen und staatlichen Gesetzgebung, welche einer Commission von 5 Mitgliedern zu überweisen sei.

Hierauf bestimmte der Herr Vorsitzende die nächste Sitzung auf morgen Vormittags 10 Uhr, kündigte die Tagesordnung an und schloß die heutige Sitzung.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

**H. Caspari.**

**Proetzel**, protocoll. Secretair.

## Protokoll 2.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
24. November 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode mit Ausnahme der Abgeordneten Bode (Gandersheim) und Keil und der unterschriebene protocoll. Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. Friepß und Ministerialrath Grottrian; als Deputirte des Herzogl. Consistorii Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Whisfeldeck und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolles vom 23.,

I. bemerkte der Herr Präsident zunächst, daß der Abgeordnete Rohde den Antrag gestellt habe, die Protokolle und Sitzungsberichte der Versammlung den Kirchenvorständen zugehen zu lassen, und daß er denselben bei Besprechung der Mittheilung Herzogl. Consistorii über die Zustände der Landeskirche zur Verhandlung bringen werde; sodann

II. daß der Bericht der liturgischen Commission nebst Anlage vorgelegt sei und zum Druck werde befördert werden. — Anlage 12 und 12a. —

Anl. 12u. 12a.

III. Der Abgeordnete Ude erstattete darauf Bericht über die Thätigkeit des Synodalausschusses seit dem Schlusse der vorigen bis zum Beginn dieser Landes-Synode, und gab solcher zu Verhandlungen keine Veranlassung.

IV. Sodann theilte der Vorsitzende mit, daß ihm von verschiedenen Abgeordneten der Wunsch ausgedrückt sei, die Wahl des neuen Synodalausschusses und der Commission für die Vorlage, das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr., noch auszulegen, und wurde demgemäß dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

V. Zu Referenten resp. Correferenten über die Vorlage,

- 1) die Freigebung der Zahl der Gevattern betr., wurden die Abgeordneten Kuhn und Ude,
- 2) die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betr., die Abgeordneten Kühne und Skerl,
- 3) die Feier des Reformationstages betr., die Abgeordneten Eggeling und Dedekind,
- 4) die Ordnung der Nebengottesdienste betr., die Abgeordneten Thiele und Brunke,
- 5) die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr., die Abgeordneten Kunzen und Kose bestellt.

VI. Sodann kam der Antrag des Abgeordneten v. Gram (S. Prot. I. bei VIII.) zur Debatte:

„Vor dem Beginn der Verhandlungen jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen.“

Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen 2. Vorsitzenden übertragen.

In Veranlassung einer Anfrage des Abgeordneten Desterreich nach der eigentlichen Bedeutung des Antrages, da dessen Fassung es zweifelhaft lasse, ob derselbe sich nur auf die Dauer der diesmaligen Diät beziehen oder ein dauernder Satz der Geschäftsordnung werden solle, fügte der Antragsteller hinter den Worten: „Vor dem Beginne der Verhandlungen jeder Sitzung“ den Zusatz bei „der diesmaligen Diät.“

An der darauf folgenden Discussion theilnahmen sich die Abgeordneten Bode, Steinmeyer und Apfel, welcher den Antrag zurückziehen bat, während der Abgeordnete Desterreich solches nicht für zulässig hielt, und wurde, nachdem der Schluß der Debatte beantragt und beschloffen war, der Antrag abgelehnt. (13 Stimmen dafür.)

VII. Demnächst wurde zur Besprechung der Mittheilung des Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Kirche (S. Anl. 5.) übergegangen und bemerkte der Herr Präsident rücksichtlich der geschäftlichen Behandlung, daß er die Mittheilungen, welche sich zur besondern Besprechung zu eignen schienen, bezeichnen und zur Verhandlung vorstellen werde, selbstverständlich unbeschadet des Rechts der einzelnen Abgeordneten, noch andere Materien herauszugreifen.

Zu Cap. II., (Verhältniß der Landeskirche zu der deutschen evangelischen Gesamtkirche, sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande) beantragten:

1) der Abgeordnete Bode:

a. „Die Synode wolle beschließen: Die Kirchenregierung zu ersuchen, dahin zu wirken,

daß auf den Eisenacher Conferenzen neben den Kirchenbehörden auch die Landes- oder Provinzialsynoden und zwar durch von diesen dazu erwählte Mitglieder vertreten werden.“

und ferner, nachdem Cap. III 2 sub a (Verhältniß der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes zu andern Kirchen) zugleich zur Verathung gezogen war,

b. „Die Synode wolle beschließen: Daß der Erklärung der Inspectionssynode Halle in Bezug auf das Verhältniß der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes zu anderen Kirchen entgegen zu treten, und daß vielmehr der Antrag der ersten ordentlichen Landesynode:

„Das Kirchenregiment zu ersuchen, die Bestrebungen auf Einigung aller deutschen evangelischen Glaubensgenossen unter ein auf evangelischen Grundsätzen beruhendes kirchliches Regiment nach Kräften zu unterstützen“, zu wiederholen sei.“

2) der Abgeordnete Skerl:

„Hohe Synode wolle beschließen, an das hohe Kirchenregiment das Ansuchen zu stellen, eine solche Vereinigung mit den Kirchenregierungen anzubahnen, die auf demselben Standpunkte stehen.“

3) der Abgeordnete Steinmeyer:

„Die Hohe Synode erklärt sich dahin, daß die Vertretung unserer Landesregierung auf der Conferenz zu Eisenach auch fernerhin bestrebt sein möge, die Gemeinschaft der evangelischen Kirchen Deutschlands zu fördern.“

Nach längerer Debatte, während welcher der Abgeordnete Steinmeyer auf kurze Zeit das Präsidium übernahm, wurden der Antrag des Abgeordneten Skerl abgelehnt und die Anträge des Abgeordneten Bode angenommen, wodurch der Antrag des Abgeordneten Steinmeyer seine Erledigung fand.

Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf morgen Vormittags 10 Uhr und Ankündigung der Tagesordnung von dem Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspary.*

*Proetzel*, protokoll. Secretair.





## Protokoll 3.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
25. November 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode mit Ausnahme von Bode (Gandersheim) und Reil.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß; die Deputirten des Herzoglichen Consistoriums: Ernesti, von Schmidt-Bisfeld und Sallentien.

Nach Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom gestrigen Tage, wurde die Berathung über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Anschlusse an die von der Herzogl. Kirchenregierung gegebene betreffende Uebersicht fortgesetzt. (S. Anlage 5.)

Bei Cap. II. A. beantragte der Abgeordnete Thiele:

Herzogliche Kirchenregierung wolle bei der nächsten Eisenacher Conferenz in Anregung bringen, daß thunlichst bald Bedacht genommen werde auf die Herstellung eines gemeinsamen Militairgesangbuchs für den evangelischen Theil des deutschen Heeres.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Nachdem sodann der erschienene Herr Regierungs-Commissar ad Cap. III. A. 1 und 2, die Leitung der Kirchenbauten durch einen besonderen Baubeamten und die Besorgung der Geschäfte der weltlichen Kirchenvisitatoren betreffend, noch einige Erläuterungen gegeben hatte,

stellte der Abgeordnete Wolff ad III. A. *N* 4 den Antrag:

Landessynode ersucht ein Kirchenregiment

a. dem ersten Absätze des §. 5 der Kirchen-Visitations-Ordnung vom 6. Januar 1873 in folgende Fassung zu geben:

— — — „in 2 Exemplaren mit dem Ersuchen mitzutheilen, beide in gleicher Weise mit Antwort versehen, das eine Exemplar spätestens 8 Tage vor Eintritt der Visitation an ihn zurück zu senden, das andere bei den Visitationsacten in der Pfarrregistratur aufzubewahren.“

b. §. 13 folgendermaßen zu schließen:

— — — „welches unter Beischluß einer Abschrift des Parochialberichts auf jede derselben besonderen Bescheid ertheilen wird.

Ist der Visitator ein Superintendent, so übersendet er die an Unser Herzogl. Consistorium gerichtete Visitations-Relation an den Generalsuperintendenten seines Kreises, welcher sie binnen 14 Tagen an Unser Herzogl. Consistorium einzusenden hat.“

Der Antrag wird den Abgeordneten Steinmeyer und Desterreich zur Vorprüfung überwiesen.

Ein ferner vom Abgeordneten Eggeling gestellter Antrag dahin:

Hohe Synode wolle an das Kirchenregiment das Ersuchen stellen, die Superintendenten anzuweisen, daß sie bei den Visitationen insbesondere auf den Gebrauch des von der außerordentlichen Synode genehmigten Trauformulars hinwirken,

wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Bei Cap. III B. 2 beantragte

1) Abgeordneter Kuhn:

Das Hohe Kirchenregiment um ein Gesetz zu ersuchen, durch welches die dem Kirchenvorstände nach §. 26 des Gesetzes vom 20. November 1851 zustehende Competenz bei Geldverwilligungen von 30 *M*. auf 150 *M*. jährlicher selbstständiger Verfügung erhöht werde;

2) Abgeordneter Bode:

das Hohe Kirchenregiment um ein Gesetz zu ersuchen, durch welches die dem Kirchenvorstände nach §. 26 des Gesetzes vom 20. November 1851 zustehende Competenz bei Geldverwilligungen von 30 *M*. auf 100 *M*. in jedem einzelnen Falle erhöht werde.

Der Abgeordnete Kuhn zog seinen obigen Antrag sub 1 wieder zurück und wurde derselbe darauf vom Abgeordneten Lerche (Eggen) wieder aufgenommen.

Der Bode'sche Antrag, sub 2 supra, wurde abgelehnt, der Lerche'sche, sub 1, angenommen.

Ad III B. 1 beantragte nachträglich noch der Abgeordnete Stöter:

beschließen zu wollen, daß Anmeldungen zur Kirchenvorstandswahl in den kleineren Gemeinden des Landes nicht erforderlich seien.

Auf Antrag des Abgeordneten Steinmeyer wurde der Stöter'sche Antrag einer Commission von 3 Mitgliedern zur Begutachtung überwiesen. In dieselbe wurden gewählt: Kühne, Lerche (Sizum), Kunzen.

Angenommen wird ein Antrag des Abgeordneten Kuhn ad III. B. 3 dahin:

Die Herzogl. Kirchenregierung zu ersuchen, veranstalten zu wollen, daß sämtlichen Kirchenrechnungsführern ein Abdruck der über die Auslosungen der Landes-schuldverschreibungen bei jeder Auslosung angefertigten Listen zugestellt werde.

Bei Cap. III. M 2 c. „Zusammenfassung der Beschlüsse der Landessynode“ (S. 9) beantragte Abgeordneter Rohde:

Landessynode wolle an die Herzogl. Kirchenregierung den Antrag richten, daß den sämtlichen Kirchenvorständen des Landes je 1 Exemplar der Protokolle und Sitzungsberichte der Landessynode nebst den dazu gehörenden Anlagen zugestellt werde.

Dieser Antrag wurde angenommen

und hiernächst die Sitzung, bei Bestimmung der nächsten auf Dienstag, den 28. Novbr., Vormittags 10 1/2 Uhr, und Feststellung der Tagesordnung geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

Zu Beglaubigung des protokollierenden Secretärs

*Ude, Secretair der Synode.*



## Protokoll 4.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im Sitzungsjaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
28. November 1876, Morgens 10½ Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode mit Ausnahme der Abgeordneten  
Bode (Gandersheim), Keil und Preusse.

Regierungsseitig: Staatsminister Schulz und Geheimerath Dr. Triepß; als Deputirte  
des Herzogl. Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Phi-  
feldeck und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Vorlesung des Protokolls vom 25. d. Mts. und der  
nach einer beantragten Einbesserung erfolgten Genehmigung desselben

I. verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Herzogl. Staatsministerii vom heu-  
tigen Tage, wonach an Stelle des erkrankten Polizeiaffessors Dr. jur. Brögel der Stadt-  
gerichts-Secretär Affessor Kunze aus Wolfenbüttel mit der Führung des Protokolls beauf-  
tragt ist und morgen in Funktion treten soll. (Anlage 13.);

Anlage 13.

II. und ertheilt vor dem Eintritt in die Tagesordnung dem Abgeordneten Wolff das  
Wort zur Mittheilung einer Bitte, welche derselbe am 25. d. M. gegenüber dem von der

Landessynode am Tage zuvor angenommenen Bodeschen Antrage an die hohe Kirchenregierung gerichtet habe.

III. Darauf wurde der Tagesordnung gemäß zur Wahl der auf 5 Mitglieder festgesetzten Commission zur Vorprüfung der Vorlage der hohen Kirchenregierung über das Verhältniß der Landes- und Kirchengesetzgebung geschritten. Die Wahl, in einer Handlung vorgenommen, fiel auf die Abgeordneten

- 1) Bode (Braunschweig) mit 24 Stimmen,
- 2) Desterreich mit 26 Stimmen,
- 3) Skerl mit 22 Stimmen,
- 4) Thiele mit 25 Stimmen,
- 5) Ude mit 24 Stimmen.

IV. Darnach wurden in getrennten Wahlhandlungen die fünf Mitglieder des Synodalausschusses und deren Stellvertreter gewählt,

und zwar als eigentliche Mitglieder die Abgeordneten

- 1) Skerl mit 20 von 30 abgegebenen Stimmen
- 2) Steinmeyer mit 22 von 29 abgegebenen Stimmen,
- 3) Caspary mit 24 von 29 abgegebenen Stimmen,
- 4) Ude mit 20 von 29 abgegebenen Stimmen,
- 5) Kunze mit 23 von 30 abgegebenen Stimmen;

als Stellvertreter:

- 1) für den Abgeordneten Skerl der Abgeordnete Lerche (Eigum) mit 20 von 29 abgegebenen Stimmen,
- 2) für den Abgeordneten Steinmeyer der Abgeordnete Apfel mit 20 von 27 abgegebenen Stimmen,
- 3) für den Abgeordneten Caspary der Abgeordnete Bode (Braunschweig) mit 22 von 28 abgegebenen Stimmen,
- 4) für den Abgeordneten Ude der Abgeordnete Kühne mit 21 von 27 abgegebenen Stimmen,
- 5) für den Abgeordneten Kunze im zweiten Wahlgange der Abgeordnete von Heinemann mit 19 von 30 abgegebenen Stimmen.

In Bezug auf die letzte Wahl entspann sich darüber eine kurze Debatte, ob unbeschriebene Wahlzettel für die Feststellung der absoluten Majorität zu berücksichtigen seien oder nicht, ohne daß die Frage selbst zur Entscheidung gekommen wäre.

V. Der Herr Vorsitzende ging nun zum dritten Gegenstande der Tagesordnung über und brachte aus den Mittheilungen des Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Kirche (S. Anlage 5) die Abschnitte pag. 9 B. „Inspectionssynoden“ und ff. zur Verhandlung.

Zu pag. 14 ad c., „Geistliche und deren Wittwen“,  
A. „Pensionsgesetz für die Geistlichen“

beantragten

1) der Abgeordnete Brunke:

Synode wolle beschließen, das Kirchenregiment zu ersuchen, der nächsten Landes-  
synode ein Emeritirungsgesetz für die Landesgeistlichkeit auf Grund der im Staats-  
dienstgesetze vom 12. October 1832 für die Staatsdiener adoptirten Normen  
vorzulegen.

2) der Abgeordnete Apffel:

es möge eine Commission von 5 Mitgliedern zur Aufstellung eines speciellen An-  
trages in dieser Hinsicht an die Synode erwählt werden.

3) der Abgeordnete Desterreich:

die hohe Kirchenregierung zu ersuchen, die Frage in weitere Erwägung zu nehmen,  
wie den Inhabern der Pfarrstellen bei eintretender Dienstunfähigkeit eine Pensi-  
onirung ähnlich den im Civilstaatsdienst bestehenden Verhältnissen zu erwirken sei,  
und der nächsten Landessynode das Ergebniß dieser Erwägungen mitzutheilen.

Die Anträge wurden sämmtlich genügend unterstützt und zur Verathung verstellt. Nach-  
dem sich an der Debatte darüber außer den Antragstellern der Geheimrath Dr. Triepß  
und die Abgeordneten Steinmeyer, Bode, Lerche und Stöter betheiligt hatten, wur-  
den die Anträge der Abgeordneten Brunke und Apffel abgelehnt, der des Abgeordneten  
Desterreich angenommen.

Zu pag. 15 ad d. „das kirchliche Leben“

b. „Gesangbuch“

behielt sich der Abgeordnete Apffel weitere Anträge bei Gelegenheit der Verhandlung über  
den Bericht der liturgischen Commission vor.

Zu pag. 17 ad bb. „Todtenfest“

beantragte der Abgeordnete Skerl:

Hochwürdige Synode wolle an das hohe Kirchenregiment das Ersuchen stellen,  
daß dasselbe für die gesammte Landeskirche auf den letzten Sonntag im Kirchen-  
jahre eine Todtenfeier anordnen möge.

und fand dieser Antrag, nachdem sich auch die Abgeordneten Rose und Thiele dafür aus-  
gesprochen hatten, die Zustimmung der Versammlung.

Zu pag. 17 ad cc. „Hagelfeiertag“

stellte der Abgeordnete Kunzen den Antrag:

Die Synode wolle beschließen, daß an das Kirchenregiment der Antrag zu richten  
sei, daß die Hagelfeier als besonderer, im Laufe der Woche zu begehender Festtag  
aufgehoben und die betreffende Feier auf einen vom Kirchenregimente zu bestim-  
menden Sonntag im Monat Mai verlegt werde.

Nach eingehender Verhandlung über denselben seitens des Antragstellers und der Abgeordneten Thiele, Gimecke, Apfel, Steinmeyer, Reuncke, Stöter und Dedering, wurde er von der Versammlung abgelehnt;

sodann aber die Berathung bei pag. 17 dd. „Bußtag“ abgebrochen und die heutige Sitzung, nachdem die nächste auf morgen Vormittags 10 Uhr anberaumt, auch die Tagesordnung angekündigt worden, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspary.*

*A. Skert,*

in Vertretung des protokollierenden Secretärs.



## Protokoll 5.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

♦ ♦ ♦ ♦ ♦

Geschehen im Sitzungs-Saale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
29. November 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode, mit Ausnahme von Bode (Braunschweig), Bode (Gandersheim) und Keil, sowie der unterzeichnete protocoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Friepß und die Deputirten des Herzoglichen Consistoriums: Ernesti, von Schmidt-Bisfeldt und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom gestrigen Tage,

wurde die Verathung über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Anschlusse an die von der Herzogl. Kirchenregierung gegebene betreffende Uebersicht fortgesetzt.  
(S. Anlage 5.)

Bei Cap. III. G. b.

„Aufgebot und Trauung“

— pag. 19, Anl. 5 a. —

beantragte der Abgeordnete Gimecke:

Die Synode wolle beschließen, Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, die Prediger anzuweisen zu wollen, daß sie eine beantragte kirchliche Trauung nicht versagen dürfen.

Der Antrag wurde nach längerer Debatte abgelehnt, wogegen der vom Abgeordneten Kuhn zu demselben Cap. III. E. b. gestellte Antrag:

Das Hohe Kirchenregiment zu ersuchen, durch ein Kirchengesetz die Bestimmung in §. VIII. Cap. XXII. der „Erneuerten Kirchenordnung“, daß die Copulationen „nicht in Privathäusern verrichtet werden sollen“, aufzuheben und damit die Hauscopulationen frei zu geben.

angenommen wurde.

Bei Cap. III. F. Collecten (pag. 20 der Anl. 5 a.)

beantragte der Abgeordnete Skerl:

Hochwürdige Synode wolle beschließen, es möge den einzelnen Kirchenvorständen überlassen bleiben, nach localen Verhältnissen die Sonntage für die einzeln höheren Orts genehmigten Collecten zu bestimmen.

Der Antrag wurde angenommen.

Zu Cap. III. e. Sittliche Zustände in den Gemeinden. (pag. 21.)

A. Spinnstuben und Tanzmusik an den Abendmahlssonntagen.

wurde ferner vom Abgeordneten Körner folgender Antrag gestellt:

Herzogliches Consistorium wolle die an die Herzoglichen Kreisdirectionen gerichtete Mittheilung dahin ergänzen:

daß eine polizeiliche Ueberwachung der Spinnstube nicht zulässig erscheine, dagegen strenge Maßregeln gegen das nächtliche Umherschwärmen als wünschenswerth zu betrachten seien.

Der Antrag fand wegen ungenügender Unterstützung keine Berücksichtigung.

Zu Cap. III. e. B. Ausartung der Schulfeste (pag. 21), beantragte ferner der Abgeordnete Körner:

Herzogliches Consistorium wolle den Erlaß an die Kreisdirectionen dahin modificiren:

daß die Schuljugend sich aller ohne genügende Aufsicht stattfindenden Tanzbelustigungen in öffentlichen Localen zu enthalten habe.

Der Antrag wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen.

Bei Cap. III. D. Landesynode und Synodal-Ausschuß (pag. 23 der Anl. 5 a.) stellte der Abgeordnete Wolff folgenden Antrag:

Die Landesynode beantragt folgende Aenderungen im Gesetze vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landesynode betreffend:

§. 6. 1. Das Wort: „landesangehörige“ vor: „evangelisch-lutherische Geistliche“ wegzulassen;

§. 8. 1. anstatt „in welchem sie wohnen:“ „zu welchem die Gemeinden gehören, an denen sie zur Seelsorge und zum Predigtamt bestellt sind,“ zu setzen.

Der Antrag wurde in seiner ersten Hälfte zur Abstimmung gestellt und abgelehnt; es fiel damit auch von selbst die zweite Hälfte, und fand auf diese Weise der ganze Antrag keine Erledigung.

Bei Cap. V. Das Predigtamt.

A. Zahl der Predigtämter

(pag. 27 der Anlage 5a.)

beantragte der Abgeordnete Apffel:

Die Landessynode wolle beschließen, Herzogliches Consistorium zu bitten, Schritte zu thun, daß die Gründung einer eigenen Pfarrstelle zu Oser baldigst verwirklicht werde.

Der Antrag wurde angenommen.

Bei Cap. V, E. Pfarrwittwenpensionsachen,

(p. 30 der Anl. 5a.)

sprach der Abgeordnete Stöter den Wunsch aus, es möchte von Seiten des Kirchenregiments nicht übersehen werden, daß die Wittwenpensionen vom 1. Juli 1873 an nicht durchweg von 16 auf 24% erhöht seien, da die älteren Predigerwittwen eine solche Aufbesserung nicht erfahren hätten.

Zu Cap. VIII A. Das kirchlich religiöse Leben in den Gemeinden,

(p. 42 der Anl. 5a.)

bemerkte der Abgeordnete Rohde, es sei wünschenswerth, daß über den Abendmahlbesuch und den Besuch des Gottesdienstes an gewöhnlichen Sonntagen, sowie über die Folgen des Civilstandsgesetzes in unserm Lande, nähere Zahlenangaben gemacht würden, und wolle er Herzogliches Consistorium bitten, in Zukunft auch darüber Auskunft zu geben.

Bei diesem Capitel stellte ferner der Abgeordnete von Heinemann eine Anfrage an Herzogliches Consistorium wegen des zwischen der Gemeinde Erkerode und ihrem jetzigen Prediger entstandenen Zerwürfnisses, und gab hierauf der Deputirte des Herzoglichen Consistorii, Consistorialrath v. Schmidt-Phiseldorf, die verlangte Auskunft.

Die bei dieser Gelegenheit vom Abgeordneten Dedekind an Hohe Synode gerichtete Bitte:

Dieselbe möge ihre Mißbilligung über das Vorgehen der Gemeinde Erkerode in der beregten Angelegenheit aussprechen,

fand keine Unterstützung und wurde hierauf in der Berathung der Vorlage weitergegangen.

Bei Cap. XII. Kirchenbuchführung (pag. 48 der Anlage 5a.)

stellte der Abgeordnete Wolff den nachfolgenden Antrag:

Landessynode ersucht das Kirchenregiment:

In der Instruction über die Führung der Kirchenbücher folgende Ergänzungen und Aenderungen eintreten zu lassen:

A. Generaliter: Die Eintragungen in das Tauf-, Trauungs- und Begräbniß-Register haben in Uebereinstimmung mit den bezüglichlichen standesamtlichen Bescheinigungen zu geschehen. Wo die Angaben derselben den Angaben der bis zum 1. Januar 1876 geführten Kirchenbücher nicht entsprechen, haben die Eintragungen nach den Documenten der Kirchenbücher zu geschehen und sind die Abweichungen der standesamtlichen Bescheinigungen in der Randcolumnne zu bemerken.

B. Zu §. 2, 1.

Generaliter: In das Taufregister sind die den Christen geborenen, von den Eltern angemeldeten Kinder einzutragen. — Falls ein solches ungetauft verstirbt, ist dies in der Randcolumnne zu bemerken.

b. in specie.

Zu §. 2, 1. Abs. a. Die bisher verordnete Angabe des Alters der Mütter ist fortzuführen.

Zu §. 2, 1. Abs. c. Die Taufe auswärts geborener Kinder ist erst dann vorzunehmen, wenn die Eltern sich als der christlichen Kirche zugehörig ausgewiesen haben.

Zu §. 2, 1. Abs. e. hinzuzufügen: Sollten die Namen der Art seien, daß die Kirche sie bei der h. Taufe nicht gebrauchen kann, so sind die Eltern zu angemessener Aenderung zu bewegen, im Weigerungsfalle ist die Entscheidung des Herzoglichen Consistoriums anzurufen.

Zu §. 2, 1. Abs. f. anstatt »ungetauft verstorbene Kinder« zu setzen: »absichtlich der Taufe entzogene verstorbene Kinder«.

Zu §. 2 *Nr.* 3 hinzuzufügen: Die zur Trauung Kommenden haben sich als der christlichen Kirche zugehörig auszuweisen.

Zu §. 2 *Nr.* 4 b. anstatt »lutherischen«, »christlichen« zu setzen, und hinzuzufügen: Die Todesursache ist in der Randcolumnne zu bemerken.

Zu §. 3 Abs. a. 2 Punktum folgende Aenderung vorzunehmen:

Die Ordnungsnummer richtet sich im Taufregister nach der Zeit der Geburt, sonst nach der Zeit der vollzogenen kirchlichen Acte.

Abs. 2 wegzulassen.

Landessynode wolle das Kirchenregiment um die Erklärung ersuchen, daß mit dem Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums vom 28. Juni 1876 *Nr.* 3049 nicht gemeint ist, die Ausstellung der Trauungsscheine überhaupt zu beseitigen, daß vielmehr der trauende Pastor den Getrauten einen solchen jedesmal unentgeltlich zu behändigen habe.

Der Antrag wurde auf Vorschlag des Herrn Präsidenten nicht sofort zur Berathung gestellt, sondern den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesen.

Hierauf fragte der Herr Präsident an, ob die zur Begutachtung des Stöter'schen Antrages in der Sitzung vom 25. November cr. bestellte, aus den Abgeordneten Kühne, Lerche (Sizum) und Kunzen gebildete Commission zur Erstattung ihres Referats bereit sei.

Der ad III. B. 1 der Anlage 5a. vom Abgeordneten Stöter gestellte Antrag lautet: beschließen zu wollen, daß Anmeldungen zur Kirchenvorstandswahl in den kleineren Gemeinden des Landes nicht erforderlich seien.

Der Abgeordnete Lerche referirte Namens der Commission über den Stöter'schen Antrag, welcher sodann bei der Abstimmung abgelehnt wurde.

Auf die von Seiten des Herrn Präsidenten an die Abgeordneten Steinmeyer und Oesterreich gerichtete Frage, ob sie über den in der Sitzung vom 25. November cr. ihnen zur Vorprüfung überwiesenen, zu III. A. *N* 4 der Anlage 5a. von Seiten des Abgeordneten Wolff gestellten Antrag zu referiren im Stande seien, erfolgte verneinende Antwort, und wurde sodann dieser Gegenstand in Uebereinstimmung mit den genannten beiden Abgeordneten als erster auf die für den 30. November cr. bestimmte Tagesordnung gesetzt.

Hierauf wurde die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf morgen, Vormittags 10 Uhr, und nach gechehener Ankündigung der Tagesordnung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspary.*

*Kunze*, protokoll. Secretair.



## Protokoll 6.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im SitzungsSaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
30. November 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode, mit Ausnahme von Bode (Gandersheim), und Keil, imgl. der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Staatsminister Schulz, Geheimeräthe Dr. jur. Trieps, Graf Görz-Brisberg und Ministerialrath Grotian; als Deputirte des Herzogl. Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Phiseldorf und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 29. d. Mts. bemerkt zunächst der Herr Präsident, daß der in der gestrigen Sitzung zu Cap. XII. der Anlage 5 a. vom Abgeordneten Wolff gestellte, den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesene Antrag bereits gedruckt sei und unter die Abgeordneten vertheilt werden solle.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen, und der erste Gegenstand derselben:

I. Berathung über den ad III. A. N<sup>o</sup> 4 der Anlage 5 a. in der Sitzung vom 25. November cr. gestellten Wolff'schen Antrag

einstweilen ausgesetzt, da der zur Vorprüfung dieses Antrages mitbestellte Referent, Abgeordnete Steinmeyer, noch nicht erschienen ist.

Beim zweiten Gegenstande der Tagesordnung,

II. Berathung über das Kirchengesetz, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, (S. Anl. 6.) erhält zunächst der zum Referenten bestellte Abgeordnete Kuhn das

Wort, welcher in gleicher Weise wie der Correferent Ude der Hohen Landessynode die Annahme des in Rede stehenden Gesetzes anheim giebt.

Nachdem der vom Herrn Präsidenten verlesene Eingang und der einzige Paragraph des Gesetzes gesondert genehmigt sind, wird das Gesetz im Ganzen angenommen.

Bei dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung,

III. die gutachtliche Aeußerung der Landessynode über die Vorlage wegen Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betreffend (S. Anl. 7.), giebt der zum Referenten bestellte Abgeordnete Kühne nach Zustimmung des Correferenten Skerl der Hohen Landessynode die Genehmigung des nachstehend formulirten Beschlusses anheim:

Die Landessynode des Herzogthums Braunschweig erkennt die Herbeiführung eines gemeinsamen evangelischen Buß- und Bettages in den verschiedenen Gegenden Deutschlands als ein dringendes Bedürfnis an und spricht ihrerseits den Wunsch aus: das Landesherrliche Kirchenregiment wolle auf der demnächst bevorstehenden Deutschen evangelischen Kirchenconferenz durch den Delegirten dahin wirken lassen bez. die weiteren geeigneten Schritte thun, daß — event. unbeschadet sonstiger in einzelnen evangelischen Landeskirchen bereits vorhandener, mit der Feier anderer kirchlichen Feste verbundenen Buß- und Bettage — ein für sich bestehender Buß- und Bettag durch Verlegung auf einen und denselben zu vereinbarenden Tag gegen Ende des jedesmaligen Kirchenjahrs als ein, wenn möglich im gesammten evangelischen Deutschland, event. wenigstens in einem größeren das Herzogthum umschließenden Gebietsumfange desselben gemeinsamer eingeführt werde.

Bei der Debatte über diesen Gegenstand stellt der Abgeordnete Rohde die folgende Anträge, erstens: Das Landesherrliche Kirchenregiment wolle dahin wirken, daß der anzustrebende gemeinsame Bußtag auf einen Wochentag gelegt werde;

zweitens: Hochdasselbe wolle ferner dahin wirken, daß der Bußtag nicht zu Anfang sondern am Ende des Jahrs, wie dies bislang geschehen, gefeiert werde.

Beide Anträge werden jedoch vom Antragsteller, der nur den ersteren schriftlich formulirt hat, im Laufe der Debatte zurückgezogen, wogegen der Beschluß der zur Begutachtung der in Rede stehenden Frage eingesetzten Referenten angenommen wird.

Der Abgeordnete Desterreich hebt hierauf hervor, es sei leicht möglich, daß die Mitwirkung der Landessynode bei dieser Frage demnächst schon wieder in Anspruch genommen werden müsse, weil die Angelegenheit wegen Einführung eines gemeinsamen Bußtages zur Verhandlung für die im nächsten Jahre abzuhaltende evangelische Kirchenconferenz vorbereitet werde. Damit zu solchem Zwecke nicht eine außerordentliche Synode einberufen zu werden brauche, sei es im hohen Grade wünschenswerth, daß die Landessynode mit ihren etwaigen Functionen den Synodal-Ausschuß beauftrage.

Der Antrag des Abgeordneten Desterreich:

den Synodal-Ausschuß event. mit den Rechten der Synode bei der die Einführung eines gemeinsamen Bußtages betreffenden Angelegenheit zu beauftragen, wird bei der Abstimmung angenommen.



IV. Bei Begutachtung der Vorlage, die Feier des Reformationstages betreffend (S. Anl. 8), macht der zum Referenten bestellte Abgeordnete Eggeling in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Dedeind der Landessynode den Vorschlag, sich die von ihnen in Bezug auf diese Frage formulirten beiden Punkte aneignen zu wollen. Dieselben lauten:

Die Landessynode wolle an Hohes Kirchenregiment das Ersuchen richten:

- 1) eine Verordnung zu erlassen, daß das Reformationstest in der Stadt Braunschweig wie in allen Kirchen des Landes am letzten Sonntage des Monats October gefeiert werde.
- 2) bei der nächsten Eisenacher Conferenz in Anregung zu bringen, daß eine gemeinsame Feier des Reformationstages in allen evangelischen Kirchen des Deutschen Reichs erreicht werde.

Beide Anträge werden in gesonderter Abstimmung angenommen.

Es wird sodann zum nächsten Punkt der Tagesordnung

V. die Vorlage wegen Ordnung der Nebengottesdienste betreffend, (S. Anlage 9.) übergegangen.

Der Referent der Vorlage, Abgeordnete Thiele, empfiehlt in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Brunke der Landessynode, sich mit der im höchsten Rescripte vom 23. Novbr. 1876 Nr. 5328 vorgeschlagenen Norm des Verfahrens im Allgemeinen zwar einverstanden zu erklären, sich aber in Bezug auf diese Frage folgende von ihnen aufgestellte Formulierung anzueignen:

Landessynode erklärt sich mit der von Hoher Kirchenregierung gegebenen Darlegung einverstanden, hält aber nicht für erforderlich, daß bei dieser Angelegenheit der kirchlichen Verwaltung in jedem Einzelfalle die Mitwirkung der Landessynode oder des Synodal-Ausschusses in Anspruch genommen werde, und giebt daher anheim, dieselbe nur in solchen Fällen anzurufen, wo das nach Lage der Dinge dem Herzoglichen Consistorio besonders erwünscht sein mag.

Hierzu stellt der Abgeordnete Bode (Braunschweig) den Zusatzantrag:

hinter dem Worte „Darlegung“ noch Folgendes einzuschalten:

und zwar mit der Ausdehnung, daß auch die Aufhebung eines Nebengottesdienstes ermöglicht werden könnte.

Es wird bei der Abstimmung zunächst die Thiele-Brunke'sche Formulierung, sodann der Bode'sche Zusatz angenommen, und ist damit diese Angelegenheit erledigt.

VI. Hierauf kommt der bei I des Protokolls erwähnte, den Abgeordneten Steinmeyer und Desterreich zur Vorprüfung überwiesene Wolff'sche Antrag zur Debatte.

Die Referenten stimmen mit dem Inhalte des Wolff'schen Antrages völlig überein, jedoch wird von Seiten des Referenten Steinmeyer folgende Fassung beantragt:

§. 5.

Abf. 1 in fine.

— in zwei Exemplaren mit dem Erfordern mitzutheilen, beide in vollständiger

Uebereinstimmung mit Antwort zu versehen, daß eine Exemplar spätestens 8 Tage vor Eintritt der Visitation an ihn zurückzusenden und das andere bei den Visitations-Acten der Pfarrregistratur aufzubewahren.

§. 13.

— welches unter Anschluß einer Abschrift des Parochialberichts für die Registratur des Visitators auf jede der Vorlagen besonderen Bescheid erteilt.

Die Visitations-Relation u. der Superintendenten nebst Anlagen wird von diesen dem Generalsuperintendenten der Inspection, der dieselbe binnen 14 Tagen Unserem Herzoglichen Consistorio einzureichen hat, zur Kenntnißnahme übersandt.

Der Referent Oesterreich glaubt, daß die hier durch den Wolff'schen Antrag angeregte Frage ohne Aenderung des Gesetzes im Verwaltungswege rechtsgültig geordnet werden könne.

Der von dem Abgeordneten Oesterreich gestellte Antrag:

Landessynode wolle es dem Ermessen der Kirchenregierung überlassen, die beregte Angelegenheit durch Gesetz oder im Wege der Instruction zu regeln, findet die Zustimmung der Versammlung.

Es wird darauf der Antrag Wolff seinem Inhalte nach in gesonderter Abstimmung zu a. und b. angenommen.

Sodann stellt der Abgeordnete Wolff die mündliche Anfrage:

Wie es mit der Legitimation der Kinder zu halten sei, welche vor dem 1. Januar 1876 geboren sind?

Nachdem der Herr Regierungs-Commissar Geheimerrath Dr. jur. Triepß die rechtliche Seite dieser Frage beleuchtet und

VII. der Herr Präsident die Mittheilung gemacht hatte, es sei vom Abgeordneten Apfel folgender Antrag eingegangen:

Hohe Synode wolle den Wunsch aussprechen, Hohe Kirchenregierung wolle in Erwägung ziehen, ob nicht und welche Restauration oder Revision der corpora bonorum zweckmäßig erscheine

auch dieser Antrag behuf dessen Motivirung von Seiten des Antragstellers als erster Punkt auf die für morgen bestimmte Tagesordnung gesetzt, ferner auch als zweiter Punkt derselben die Verathung über den Bericht der liturgischen Commission angekündigt war, wurde die Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf morgen Vormittags 10 Uhr vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

H. Caspari.

Kunze, protokoll. Secretair.

## Protokoll 7.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
1. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode, mit Ausnahme von Bode (Gandersheim), und Reil, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß und Ministerialrath Grottrian; sowie die Deputirten des Herzogl. Consistoriums: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Phiseldorf und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage,

I. macht der Herr Präsident den Eingang eines an die Landessynode gerichteten Gesuchs der Kirchengemeinde Erkerode, die Versetzung des dortigen Pastors von Schwarz betr., bekannt. Das Gesuch wird auf Vorschlag des Herrn Präsidenten den Abgeordneten Ude und Skerl zur Vorprüfung überwiesen.

II. Nachdem hierauf der Herr Präsident den vom Abgeordneten Lerche (Gisum) gestellten nachfolgenden Antrag mitgetheilt hat:

Synode wolle Hohes Kirchenregiment ersuchen, die Kirchenbuchführer darüber zu informiren, ob sie auch jetzt noch befugt seien, in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle Legitimationsurkunden nachzutragen

auch die Motivirung dieses Antrages auf die nächste Tagesordnung verstellt ist, wird zur Tagesordnung übergangen, und

III. erhält zunächst der Abgeordnete Apfel zur Motivirung seines am Schlusse der vorigen Sitzung eingebrachten Antrages, die Restauration oder Revision der corpora honorum betr., das Wort. Der Antragsteller erklärt, daß er den Inhalt seines Antrages der Kirchenregierung gegenüber nur als Wunsch ausgesprochen haben wolle, und zieht seinen Antrag als solchen zurück.

IV. Es wird hiernächst in den zweiten Punkt der Tagesordnung eingetreten, betr. die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission. (S. Anl. 12 und 12 a)

Hierzu ist von den fünf Abgeordneten v. Heinemann, Stöter, Lerche (Sizum), Eggeling, Skerl folgender Antrag gestellt:

Die Unterzeichneten beantragen, die Landessynode wolle für die Berathung der Vorlage, betreffend die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen nebst den dazu gehörigen Formularen für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig, eine doppelte Lesung beschließen.

Nachdem dieser Antrag angenommen, referirt der Abgeordnete v. Heinemann Namens der für diese Vorlage bestellten Commission und bittet am Schlusse seines Referats zugleich um Einbesserung mehrerer leicht in die Augen fallenden Druckfehler, welche sich in den Commissionsentwurf (Anl. 12 a.) und den Commissionsbericht (Anl. 12) eingeschlichen haben.

Der Abgeordnete Steinmeyer übernimmt hierauf den Vorsitz und eröffnet eine allgemeine Discussion über die Vorlage.

Da sich Niemand zum Worte meldet, so wird zur ersten Lesung der einzelnen Theile des Entwurfs übergangen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen zum Titel der Vorlage, wegen dessen Fassung bestimmte Anträge nicht eingebracht werden, wird die Nummer 1 zur Debatte verstellt.

Hierzu bringt der Abgeordnete Thiele folgenden Antrag ein.

Hohe Synode beantragt, die Nummer 1 der Vorlage so zu fassen:

Eingangsglied aus dem Gesangbuch. An Festtagen ein Festlied. Unter demselben tritt der Geistliche an den Altar und intonirt oder spricht wie folgt.

ferner auch zu diesen Worten folgende „Anmerkung“ zu machen:

Der Geistliche hat in der Regel zu singen. Die Antworten der Gemeinde werden stets gesungen. Bei besonderen Anlässen kann vor dem Anfangsliede noch ein Chor eintreten.

Der Antrag wird unterstützt und nach längerer Debatte mit einer vom Abgeordneten Desterreich vorgeschlagenen redactionellen Aenderung, nämlich nach Streichung des am Schlusse gesetzten „noch“, von der Versammlung angenommen, womit die Nummer 1 der Vorlage erledigt ist.

Zu Nummer 2 der Vorlage stellt der Abgeordnete Thiele folgenden redactionellen Antrag:

Synode beantragt, der Nummer 2 folgende Fassung zu geben:

Pastor (gegen den Altar): Lobe u.

Gemeinde: Lobe u.

Ferner beantragt der Abgeordnete Skerl:

zu pag. 3 **N** 2 zu setzen statt: Geistlicher: Lobe den Herrn u. —

Geistlicher: Ehre sei dem Vater und dem Sohne!

Gemeinde: Und dem heiligen Geiste

Geistlicher: Wie es war im Anfang, jetzt und immerdar

Gemeinde: Und von Ewigkeit zu Ewigkeit

Nachdem über die beiden genügend unterstützten Anträge eine lebhafte Debatte gepflogen, auch ein erster auf Schluß derselben gerichteter Antrag nicht angenommen ist, wird schließlich der Antrag Skerl abgelehnt, der auf redactionelle Aenderung gestellte Thiele'sche Antrag aber angenommen.

Darauf nimmt die Versammlung in besonderer Abstimmung den Commissionsantrag ad **N** 2 an bis auf die Worte: „oder eine der Antiphonen 1. 2. S. 263“, welche hiernach besonders zur Debatte gestellt werden.

Zu diesen Worten der Nummer 2 der Vorlage stellt der Abgeordnete Eggeling nachfolgenden Antrag:

in **N** 2 der Vorlage die Worte:

oder eine der Antiphonen 1. 2. S. 263

zu streichen.

Der Antrag Eggeling wird angenommen, und würde also die Nummer 2 nach den von Hoher Synode gefaßten Beschlüssen lauten wie folgt:

Pastor (gegen den Altar):

Lobe den Herrn, meine Seele, Und was in mir ist, seinen heiligen Namen!

Gemeinde: Lobe den Herrn, meine Seele, Und vergiß nicht, was er Dir Gutes gethan hat.

Zu **N** 3 der Vorlage bringt der Abgeordnete Thiele den Antrag ein:

hinter die Antwort der Gemeinde die griechischen Worte „Kyrie eleison, Christe eleison, Kyrie eleison“ zu setzen.

Der Herr Präsident übernimmt wieder den Vorsitz und stellt den genügend unterstützten Thiele'schen Antrag zur Verathung.

Der Antrag Thiele wird nach kurzer Debatte abgelehnt und die Nummer 3 der Vorlage in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen, wobei bemerkt wird, daß bei dieser und den übrigen Nummern der Vorlage in Gemäßheit des ad Nummer 1 gefaßten Beschlusses statt „G“ u. „A“ — „P“ „G“ gesetzt werden muß.

Zu **N** 4 der Vorlage beantragt Abgeordneter Eggeling:

1) Die Worte: In Festzeiten tritt dafür eine geeignete Festantiphone ein (S. 269 ff.). zu streichen;

2) An die Commission die Forderung zu stellen, für die zweite Lesung für jedes Fest eine besondere Antiphone in Vorschlag zu bringen.

Die beiden genügend unterstützten Anträge werden nach kurzer Debatte in gesonderter Abstimmung genehmigt,

desgleichen die Nummer 4 der Vorlage nach dem Commissionsentwurfe mit der beantragten Abänderung.

Nach einigen Bemerkungen zur Geschäftsordnung seitens der Abgeordneten von Heine mann und Desterreich wird die Nummer 5 der Vorlage in der von der Commission festgestellten Fassung angenommen.

Zu **Nr** 6 der Vorlage bringt der Abgeordnete Thiele einen auf Streichung der Worte: „Hierauf singt (oder spricht) derselbe“ gerichteten Antrag ein, zieht denselben aber wieder zurück, und wird sodann die Nummer 6 der Vorlage nach dem Commissionsentwurfe angenommen.

Zu **Nr** 7 der Vorlage beantragt der Abgeordnete Eskerl:

hinter den Worten: „Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört“ einzuschieben:

„spricht der Geistliche: Lasset uns nun auf dem Grunde des göttlichen Wortes mit der ganzen Kirche auf Erden unsern gemeinsamen Glauben bekennen (folgt die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses), Gemeinde: Amen.“

Ferner stellt zu dieser Nummer 7 der Abgeordnete Steinmeyer folgenden Antrag:

Es soll sub 7 hinter: „anhört“ eingeschaltet werden, daß kein bestimmtes Glaubensbekenntniß eingefügt werde.

Die beiden genügend unterstützten Anträge werden zur Verathung gestellt, und wird nach sehr lebhafter Debatte der vorgerückten Zeit wegen die heutige Sitzung, unter Anberaumung der nächsten auf den 2. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Kunze*, protokoll. Secretair.

## Protokoll 8.

# V e r h a n d l u n g e n

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
2. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode, mit Ausnahme von Bode (Gandersheim), Keil und Steinmeyer, imgl. der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Geheimeräthe Dr. jur. Triepß, Graf Götz-Brissberg und Ministerialrath Grottrian; als Deputirte des Herzogl. Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Phiseldack und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 1. d. Mts. wird

I. das an Ee. Hoheit über das Resultat der Verathung des Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, zu richtende Schreiben (Anlage 14) verlesen und Anl. 14. von der Versammlung genehmigt, sodann erhält der Tagesordnung gemäß

II. der Abgeordnete Verche (Sizum) das Wort zur Motivirung seines in voriger Sitzung gestellten Antrages, die Ausstellung von Legitimations-Urkunden bezüglich der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle betreffend.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Herrn Präsidenten den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesen.

Nachdem hierauf

III. der Herr Präsident der Versammlung die Eingabe der Gemeinde Luckum, welche um Nichtversetzung ihres Pastors von Schwarz bittet, bekannt gemacht und dieselbe den Abgeordneten Ude und Skerl zur Vorprüfung überwiesen hat, wird

IV. zur Tagesordnung zurückgegriffen und die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission (Anl. 12 und 12a.) bei *N* 7, wo sie in der letzten Sitzung abgebrochen worden, fortgesetzt.

Nachdem über den zu *N* 7 gestellten Antrag des Abgeordneten Skerl, die Einfügung der Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses betreffend, eine äußerst lebhaft Discussion in Anknüpfung an die vorige Sitzung gepflogen und ein auf Schluß der Debatte von Seiten des Abgeordneten Desterreich gestellter Antrag wieder zurückgezogen ist,

wird die Sitzung gegen 1 Uhr vom Herrn Präsidenten auf  $\frac{1}{4}$  Stunde ausgesetzt.

Nach Ablauf dieser Zeit eröffnet der Herr Präsident wiederum die Sitzung und theilt mit, daß der Abgeordnete Skerl seinen zu dieser Nummer 7 gestellten Antrag mit einer Modification eingebracht habe, wonach derselbe folgendermaßen lautet:

„Zu pg. 8 *N* 7 hinter den Worten:

Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört,  
einzuschließen:

kann der Geistliche im Einverständniß mit dem Kirchenvorstande sprechen:

Lasset uns nun auf dem Grunde des göttlichen Wortes mit der ganzen Kirche auf Erden unsern gemeinsamen Glauben bekennen (folgt die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses)

Gemeinde: Amen.“

Nachdem der Referent der Commission, Abgeordneter von Heinemann, seine Stellung zu diesem modificirten Skerl'schen Antrage ausgesprochen hat, wird derselbe angenommen, sodann auch die zu *N* 7 von der Commission gestellten Anträge, und schließlich der Entwurf der Commission zu *N* 7 mit der durch den modificirten Skerl'schen Antrag sich ergebenden Abänderung.

Hierauf wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Dienstag den 5. December, Morgens 10 Uhr, nach Ankündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

H. Caspari.

Kunze, protokoll. Secretair



## Protokoll 9.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung *N* 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
5. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode, mit Ausnahme von Bode (Gandersheim) und Keil, sowie der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß; sowie die Deputirten des Herzoglichen Consistoriums: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Bisfeldt und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 2. d. Mts. wird der Tagesordnung gemäß die Verathung über den Bericht der liturgischen Commission (S. Anl. 12 und 12 a.) fortgesetzt.

Die Nummern 8, 9, 10 der Vorlage werden mit den Anträgen der Commission in der durch dieselbe in ihrem Entwurfe festgestellten Fassung ohne Discussion angenommen.

Hierauf verliest der Herr Präsident die Nummern 11—15 incl. gleichzeitig zur Verhandlung, und beantragt

A. der Abgeordnete Sferl:

Zu pag. 9 *N* 11 hinter den Worten: „Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen.“ einzuschieben:

„Danach kann der Geistliche auch noch, falls das heilige Abendmahl nicht gefeiert wird, folgendes Gebet gegen den Altar gewendet sprechen:

Gingedenk nun, o heiliger Gott und Vater, Deiner unaussprechlichen Liebe und Deines göttlichen Gebots, sagen wir Dir Dank für Alles, nicht wie wir sollten, sondern wie wir vermögen, und stellen Dir durch Jesum Christum uns selbst zum Opfer dar: diesen Leib der Sünde, daß er durch Deine Kraft geheiligt werde zu einer Wasse der Gerechtigkeit und zum Tempel des heiligen Geistes; diese Seele und diesen Geist, daß Du selbst mit Deinem Sohne darin Wohnung machest; dieses Herz, daß Dein Friede in ihm regiere, und das Feuer Deiner göttlichen Liebe es erfülle zur Verzehrung und Vertilgung alles eigenen Willens, alles Zornes und Hasses und alles ungöttlichen Wesens in uns; endlich dieses sterbliche Leben mit allen Gaben und Kräften, die wir von Deiner väterlichen Güte empfangen haben, daß sie durch Deine Gnade geheiligt, Deinem Willen und Deiner Ehre allein dienen mögen: auf daß wir also durch Deine göttliche Wirkung in uns zubereitet werden zum Leibe Deines lieben Sohnes. Um seinerwillen, o Herr, vertrauen wir festiglich: Du werdest uns jetzt in Gnaden ansehen und durch den heiligen Geist solches Opfer unser selbst vollziehen. Amen."

B. der Abgeordnete Lerche (Eizum):

Es mögen die Nummern 11, 12, 13, 14 der Commissionsvorlage in folgender Weise abgeändert werden:

. Daß unter **N** 12 Vorgeschlagnene möge ganz wegbleiben.

b. **N** 11 möge so lauten:

„Unter diesem Gesange tritt der Pastor an den Altar und intonirt (gegen den Altar gewendet):

Schaff in mir, Gott, ein reines Herz! Hallelujah.

Gem. Und gieb mir einen neuen, gewissen Geist! Hallelujah.

(An Festtagen dafür eine der Festantiphonen S. 270.)

c. **N** 12 möge so lauten:

Hierauf folgt eine auf den Beschluß des Gottesdienstes bezügliche und dem Tage angemessene Collecte (S. 201 ff. bez. S. 209 ff.), von der Gemeinde mit „Amen“ beantwortet.

d. **N** 13 möge lauten:

Allgemeines Kirchengebet und im Anschluß daran die etwa erforderlichen Dank-sagungen und Fürbitten.

e. **N** 14 möge lauten:

Vater unser und Segen. Die Gemeinde antwortet mit „Amen“ und verläßt unter Orgelspiel die Kirche.

C. Der Abgeordnete Thiele:

a. Zu **N** 11 eine Anmerkung zu machen folgenden Inhalts:

Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

b. **N** 12 so zu fassen:

Sodann zu der Gemeinde gewendet:

Pastor: Der Herr sei mit Euch.

Gem.: Und mit Deinem Geist.

c. Zu **M** 13

a. und b. und: „An gewöhnlichen Sonntagen“ zu streichen.

d. Zu **M** 14:

aa. „a.“ und „b.“ zu streichen

bb. Nach den Worten: „Dann singt oder spricht er den Segen“ — die Worte des Segens abzudrucken, und danach: „Gem. Amen.“

D. Der Abgeordnete Eggeling:

**M** 13 b. zu streichen, und die Commission aufzufordern für jedes Fest eine bestimmte Antiphone festzusetzen.

E. Der Abgeordnete von Gramm:

Zu **M** 14:

Synode wolle beschließen, unter **M** 14 des Commissions-Entwurfs als „Anmerkung“ zu setzen:

Wo es gebräuchlich ist, zum Schluß noch einen Gesangsvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll hierdurch nichts geändert werden.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten beschließt die Versammlung, die Berathung über die Nummern 11—15 der Vorlage heute auszusetzen, und die zu denselben in heutiger Sitzung gestellten, vorstehend aufgeführten Anträge der liturgischen Commission zu überweisen, damit diese über das Resultat ihrer Berathung sich in einer der nächsten Sitzungen gutachtlich äußere.

Zu II. A.

Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage und Charfreitage stellt der Abgeordnete Thiele folgende Anträge:

a. Zu **M** 2:

Das hierunter Gesagte so zu fassen:

Hierauf Gemeindegesang, der Bedeutung des Tages gemäß.

b. Zu **M** 3:

Das hierunter Gesagte so zu fassen:

Hierauf verliest der Geistliche am Altare nach einem biblischen Segenswunsch am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn.

An beiden Tagen kann, wo die Mittel dazu vorhanden sind, ein Chorgefang folgen. Auch ist es nicht unstatthaft, in die Vorlesung selbst an geeigneten Stellen einzelne Gesangsverse einzulegen.

c. Zu **M** 3:

Am Schlusse der Anmerkung hinzuzufügen: Wo aber dieses Kapitel am Charfreitage als Epistel am Altare verlesen wird, mag die Vorlesung des fünften Abschnittes der Leidensgeschichte unmittelbar vor der Predigt von der Kanzel geschehen.

d. Zu **M** 4:

Diese Nummer so zu fassen:

Das Hauptlied, nach der Bedeutung des Tages ausgewählt.

e. Zu **M** 6:

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf das Kirchengebet für diesen Tag, nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern, wie vorauszusetzen, das h. Abendmahl gefeiert wird, sodann das Vaterunser und: der Friede Gottes u. s. w.

f. Zu **M** 7:

Den zweiten Satz dieser Nummer so zu fassen:

Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst mit dem Segen und einem Gesangsverse beschlossen.

Zu II. B. Am Bußtage beantragt ferner der Abgeordnete Thiele:

## a. Im Eingang dieser Abtheilung die Worte:

— ist Ordnung des Hauptgottesdienstes die folgende —  
zu streichen.

b. Zu **M** 2:

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf Gemeindegesang der Bedeutung des Tages gemäß.

c. Zu **M** 3:

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf verliest der Geistliche am Altare einen der Bußpsalmen, wozu die Gemeinde sich erhebt. Wo die Mittel dazu vorhanden sind, kann ein Chorgesang folgen.

d. Zu **M** 4:

statt: Haupt- und Predigtlied zu setzen: Das Hauptlied.

e. Zu **M** 6:

Diese Nummer so zu fassen:

Darauf erhebt sich die Gemeinde und singt stehend den Gesang **M** 290. Daran schließt sich die allgemeine Beichte oder das Bußtagsgebet (mit Absolution) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern das heilige Abendmahl gefeiert wird. Sodann das Vaterunser und: Der Friede Gottes u. s. w. Darnach der zur Communion überleitende Gesangsvers.

f. Zu **M** 7.

Diese Nummer so zu fassen:

Ist keine Communion, so kann nach dem Gesangsverse die Litanei gesungen werden.

Mit Gruß, Antiphone, Collecte und Segen wird der Gottesdienst geschlossen.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten beschließt die Versammlung, die Verathung über die Abtheilung II A und B der Vorlage gleichfalls für heute auszusetzen und die hierzu vom Abgeordneten Thiele gestellten, vorstehend aufgeführten Anträge der liturgischen Com-

mission zu überweisen, damit diese über das Resultat ihrer Berathungen in einer der nächsten Sitzungen sich gutachtlich äußere.

Es wird hierauf zur Berathung über die seitens der Commission der Landessynode zur Annahme empfohlenen Anträge (sub Nris 13—17 am Schlusse des schriftlich erstatteten Commissionsberichts) übergegangen, und zunächst der Antrag 13 ohne Debatte angenommen.

Zum Antrage 14 der Commission beantragt der Abgeordnete Eggeling:

Die Worte dieses Antrags von „unter — dagegen“ zu streichen.

Dieser Antrag wird angenommen und sodann auch mit dieser Abänderung der Commissions-Antrag 14.

Die Anträge 15 und 16 der Commission werden ohne Debatte gleichfalls angenommen.

Zum Commissionsantrage 17 beantragt der Abgeordnete Körner:

An Stelle des Antrags N<sup>o</sup> 17 unter Vorbehalt der Redaction Folgendes zu setzen:

Die Kirchenregierung wolle mit obligatorischer Einführung der Gottesdienstordnung baldigst vorgehen, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Landgemeinden, in welchen voraussichtlich die Kräfte zur erbaulichen Durchführung der Liturgie fehlen, auf Antrag der betreffenden Kirchenvorstände durch Herzogliches Consistorium von den im Geleße vorgeschriebenen liturgischen Handlungen ausgeschlossen werden können.

Auf Antrag des Abgeordneten Desterreich beschließt die Versammlung, die Verhandlung über den Commissions-Antrag 17 und den damit zusammenhängenden Körner'schen Antrag bis nach Durchberathung der ganzen Vorlage auszusetzen.

Hierauf wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 6. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

H. Caspary.

Kunze, protokol. Secretar.



## Protokoll 10.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landtschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
6. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode, mit Ausnahme der Abgeordneten Bode (Gandersheim) und Reil, sowie der unterschriebene protok. Secretair.

Regierungsseitig: Geheimeräthe Dr. jur. Triepß, Graf Georg-Brissberg und Ministerialrath Grottrian; als Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Philstedt und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage wird der Tagesordnung gemäß

I. in die Berichterstattung und Verhandlung über die Vorlage, das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betreffend, eingetreten. (S. Anl. 11.)

Der Abgeordnete Ude referirt Namens der zur Vorprüfung dieser Vorlage festgesetzten Commission und giebt der Landes-Synode anheim, sich mit den regierungsseitig gemachten Propositionen einverstanden zu erklären.

Die Versammlung beschließt sodann, daß sie mit dem Inhalte der vorgelegten Denkschrift vom 23. November 1876 (Anl. 11) und mit den Propositionen, welche zur Beseitigung der fühlbar gewordenen Uebelstände von Herzoglichem Staatsministerium in Uebereinstimmung mit Herzoglichem Consistorium gemacht worden, sich im Wesentlichen einverstanden erkläre.

II. Es wird sodann zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen; Berathung und Berichterstattung über das Kirchengesetz, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landes Synode u. s. w. betr. (S. Anl. 10.)

Nachdem der Referent, Abgeordneter Kunze, in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Rose der Versammlung die Genehmigung dieses Gesetzes anheim gegeben, wird zunächst der Eingang desselben und nach erfolgter Annahme der §§. 1 — 8, über welche gesondert abgestimmt wird, die ganze Gesetzesvorlage ohne Debatte angenommen.

III. In Veranlassung der Vorstellung von Geistlichen der Inspection Walkenried, die Vergütung von Wahlreisen betreffend, (S. Prot. 1 bei VII. B.) beantragt der Abgeordnete Rose, welcher über diese Vorstellung referirt:

Hochwürdige Synode möge Hohe Landesregierung bitten, die erforderlichen Mittel zu gewähren, um denjenigen Wahlmännern, welche zwei Tage auf der Wahlreise zubringen müssen, die Reisekosten mit 1 *M.* 50 *S.* pro Meile zu vergüten.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte mit sämmtlichen Stimmen gegen die eine des Antragstellers abgelehnt.

IV. Es werden sodann die Schreiben an Sr. Hoheit über das Resultat der Berathung der Vorlagen, die Ordnung der Nebengottesdienste und die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betreffend, durch die Abgeordneten Thiele und Kühne verlesen und von

Anl. 15 u. 16. der Versammlung genehmigt. (Anl. 15 und 16).

V. Nachdem hierauf der Herr Präsident die Tagesordnung für die nächste Sitzung verkündigt und der Consistorialrath von Schmidt-Pfilsbeck in Veranlassung des vom Abgeordneten Apfel ausgesprochenen Wunsches auf Restauration oder Revision der corpora bonorum die Stellung des Herzoglichen Consistoriums zu dieser Angelegenheit darge-  
gethan hat, wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Donnerstag den 7. December cr., Morgens 10 Uhr, geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

H. Caspari.

Kunze, protokoll. Secretair.



## Protokoll II.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung .N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
7. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode, mit Ausnahme der Abgeordneten  
Bode (Gandersheim) und Reil, incl. der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Frieps und die Deputirten des  
Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt, Pfisfeldt  
und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestri-  
gen Tage, werden

### I. zunächst die an Se. Hoheit zu richtenden Schreiben

- a. über das Resultat der Verathung der Vorlage, die Feier des Reformationsfestes  
betreffend (Anl. 17),
- b. über das Resultat der Verathung der Vorlage, das gegenseitige Verhältniß der  
staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betreffend (Anl. 18),
- c. über das Resultat der Verathung des Kirchengesetzes, die Läten und Reisekosten  
der Mitglieder der Landes-Synode betreffend (Anl. 19),

Anl. 17.

Anl. 18.

Anl. 19.

durch die Abgeordneten Eggeling, Ude und Kungen verlesen und von der Versamm-  
lung genehmigt.

II. Es wird sodann der Tagesordnung gemäß die Verathung über den Bericht der  
liturgischen Commission (S. Anl. 12 und 12 a.) fortgesetzt.

Nachdem der Referent der Commission, Abgeordneter v. Heinemann, über die der-  
selben zur Vorprüfung überwiesenen, in der Sitzung vom 5. d. Mts. gestellten Anträge Be-

richt erstattet hat, wird vor Eintritt in die Berathung über Nummer 11 der Vorlage, bei welcher Nummer in der Sitzung vom 5. d. Mts. die Verhandlung ausgesetzt war, zuvörderst der zu Nummer 12 gestellte Antrag des Abgeordneten Lerche:

„Das unter **N** 12 Gesagte möge ganz wegleiben“  
zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Die Nummer 11 der Vorlage wird mit den dazu von den Abgeordneten Skerl, Lerche, Thiele gestellten Anträgen zur Verhandlung gestellt.

Bei der Abstimmung wird der Lerche'sche Antrag zu **N** 11 abgelehnt, worauf der Abgeordnete Lerche die hiermit in Verbindung stehenden, eine Aenderung der vorgeschlagenen Ordnung bezweckenden Anträge zu Nris. 12, 13, 14 zurückzieht; der Commissionsantrag zu **N** 11 wird angenommen, der Zusatzantrag des Abgeordneten Skerl dagegen abgelehnt und der auf Hinzufügung einer „Anmerkung“ gerichtete Thiele'sche Antrag angenommen, so daß sich also danach die **N** 11 so gestaltet:

Gesang der Gemeinde. Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet. (S. 101 ff.) Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen (S. die Formulare S. 277 ff.) Hierauf spricht er das Vaterunser, worauf die Gemeinde mit Amen antwortet.

Anmerkung. Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

Die zu **N** 13 gestellten Anträge:

a. des Abgeordneten Thiele:

a. und b. und die Worte: „An gewöhnlichen Sonntagen“ zu streichen.

b. des Abgeordneten Eggeling:

**N** 13b. zu streichen, und die Commission aufzufordern für jedes Fest eine bestimmte Antiphone festzusetzen

finden die Zustimmung der Versammlung, und wird danach die Nummer 13 mit den ferner vorgeschlagenen redactionellen Aenderungen der Commission, abgesehen von der durch letztere vor Eintritt in die zweite Lesung vorzunehmenden Festsetzung der Antiphonen für jedes einzelne Fest, wie folgt lauten:

Pastor (gegen den Altar):

Schaff' in mir, Gott, ein reines Herz, Hallelujah!

Gem.: Und gieb' mir einen neuen, gewissen Geist! Hallelujah.

Der zu Nummer 14 gestellte redactionelle Antrag des Abgeordneten Thiele wird angenommen,

desgleichen mit dieser Aenderung die Nummer 14 in der durch die Commission festgestellten Fassung.

Die zu dieser Nummer vom Abgeordneten von Gramm beantragte „Anmerkung“ wird mit der durch die Commission vorgeschlagenen Aenderung:

statt der Worte: „soll hierdurch Nichts geändert werden“ die Worte: „soll dies auch ferner gestattet sein“ zu setzen,  
angenommen, und lautet sonach die Nummer 14 folgendermaßen:

Geistlicher singt (oder spricht) eine zum Beschluß des Gottesdienstes passende Collecte. An Sonntagen eine der Collecten S. 201 ff. An Festtagen und in festlichen Zeiten eine der Collecten S. 229 ff., worauf die Gemeinde mit „Amen“ antwortet. Dann singt oder spricht er den Segen (folgen die Worte des Segens). Gemeinde: Amen.

Anmerkung. Wo es gebräuchlich ist, zum Schluß noch einen Gesangvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll dies auch ferner gestattet sein.

Zu **M** 15 stellt der Abgeordnete Thiele folgenden Antrag:

das hierunter Gesagte so zu fassen:

Wird das h. Abendmahl gefeiert, so fallen die letzteren Stücke (Antiphone und Collecte) weg, und es folgt unmittelbar auf das Vaterunser und das Amen der Gemeinde ein Segenswunsch (der Friede Gottes u. s. w.). Darnach ein Gesangvers, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten. Dieselbe Abkürzung kann auch, wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere örtliche Verhältnisse (Zilliale) solches erfordern.

Dieser Antrag wird angenommen und ist damit auch diese Nummer erledigt.

Die Nummer 1 II. A. wird sodann nach dem Commissionsvorschlage, zu **M** 2 der Antrag Thiele angenommen.

Der zu **M** 3 auf andere Fassung des hierunter Gesagten gerichtete Thiele'sche Antrag wird in gleicher Weise wie der von demselben auf Hinzufügung eines Zusatzes am Schlusse der Anmerkung gestellte Antrag, angenommen.

Die Nummer 4 nimmt die Versammlung in der gleichfalls vom Abgeordneten Thiele vorgeschlagenen Fassung an.

Zu **M** 5 beantragt der Abgeordnete Reuncke:

Den Schlusssatz dieser Nummer: Am Charfreitage schließt sich an die Predigt die allgemeine Beichte“

so zu fassen:

Am Charfreitage kann sich an die Predigt die allgemeine Beichte schließen.

Dieser Antrag wird zunächst, und sodann mit dieser Aenderung die Nummer 5 nach dem Commissionsvorschlage angenommen.

Der auf andere Fassung der Nummer 6 gestellte Antrag des Abgeordneten Thiele wird nach der auf Antrag des Abgeordneten Steinmeyer erfolgten Streichung der Worte „wie voraussetzen“ in gleicher Weise wie der von dem Ersteren auf andere Fassung des zweiten Satzes der **M** 7 gerichtete Antrag angenommen.

Der zu II. B. der Vorlage auf andere Fassung des Eingangs gerichtete Antrag des Abgeordneten Thiele wird angenommen; die Nummer 1 wird nach dem Commissionsantrage genehmigt.

Der Antrag des Abgeordneten Thiele zu **M** 3 wird mit der von der Commission vorgeschlagenen Aenderung: nämlich statt des Schlusssatzes:

„Wo die Mittel dazu vorhanden sind, kann ein Chorgesang folgen“ einfach zu setzen:

„Dann kann ein Chorgesang folgen“.  
von der Versammlung angenommen.

Die Nummern 4 und 6 werden in der vom Abgeordneten Thiele beantragten Fassung, die Nummer 5 nach dem Vorschlage der Commission angenommen.

Ferner nimmt die Versammlung den Thiele'schen Antrag zu *N* 7 mit Streichung des Wortes „Gruß“ an.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten werden die beiden Secrétaire der Synode, Abgeordnete Ude und Skerl, von der Versammlung beauftragt, den Entwurf der Gottesdienstordnung unter Berücksichtigung der beantragten und angenommenen Aenderungen baldmöglichst so herzustellen, daß er in Druck gegeben und vor Beginn der zweiten Lesung den einzelnen Abgeordneten vorgelegt werden kann.

Ferner beschließt die Versammlung, daß bei der zweiten Lesung nur die bis zum nächsten Montag, Morgens 10 Uhr, bei der Commission gestellten Aenderungsanträge zur Verathung gezogen werden sollen.

III. Es wird hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen:

Berichterstattung und Verathung über die Frage, die Dispensation der Confirmanden vom gesetzlichen Alter der Confirmation betr. (S. Anl. 5b.)

Der Referent Skerl giebt in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Wolff der Versammlung anheim, sich dem im Höchsten Rescripte vom 23. November 1876 *N* 7157 ausgesprochenen Vorschlage gemäß damit einverstanden zu erklären, daß es für jetzt bei dem bisherigen Verfahren in Bezug auf die Dispensation von dem für die Confirmation gesetzlich vorgesehenen Lebensalter sein Bewenden haben möge.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

IV. Es folgt sodann als dritter Gegenstand der Tagesordnung die Berichterstattung und Verathung über die zu Cap. XII der Anl. 5a, Kirchenbuchführung betr., in der Sitzung vom 29. November cr. (Prot. 5) gestellten Anträge des Abg. Wolff.

Dieselben werden einzeln zur Debatte gestellt, und es werden die General- und Specialanträge bis zu den Worten:

„Zu §. 3 Abs. a 2 u.“,

bei welchem Antrage der vorgelassenen Zeit wegen die Verathung abgebrochen wird, sämmtlich mit großer Majorität abgelehnt.

Nachdem der Herr Präsident die nächste Sitzung auf den 8. December, Morgens 10 Uhr, festgesetzt hat, wird die heutige nach Verkündigung der Tagesordnung geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Kunze, protokoll. Secrétaire.*

## Protokoll 12.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung *N<sup>o</sup>. 102* vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

---

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
8. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Landesynode, mit Ausnahme der Abgeordneten  
Bode (Gandersheim) und Keil, imgl. der unterzeichnete protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß und Ministerialrath Grottrian;  
als Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-  
Bisfeld und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage, wird der Tagesordnung gemäß

I. die Berichterstattung und Verathung über die zu Cap. XII der Anl. 5a, Kirchenbuchführung betr., in der Sitzung vom 29. November cr. (Prot. 5.) gestellten Anträge des Abgeordneten Wolff bei den Worten:

„Zu §. 3 Abs. a 2. Punktum folgende Aenderung vorzunehmen.“  
fortgesetzt.

Der Antrag auf Vornahme einer Aenderung zu §. 3 Abs. a 2 Punktum der Instruction wird abgelehnt; desgleichen der auf Weglassung des Abs. 2 gerichtete Antrag.

Der fernere Antrag, die unengeltliche Ausstellung von Trauscheinen betr., findet, nachdem Antragsteller denselben zurückgezogen und der Abg. Rohde ihn wieder aufgenommen hat, gleichfalls nicht die Zustimmung der Versammlung.

II. Der Abg. Stöter bringt nach Besprechung und Verathung der Wolff'schen Anträge folgenden selbstständigen Antrag ein:

Die Landesynode wolle bei Hoher Kirchenregierung beantragen, daß die

Duplicate der Kirchenbücher (geführt von 1815 bis 1875) an die Registratur der Standesbeamten abgegeben werden.

Der Antragsteller zieht jedoch nach der von dem Vertreter der Kirchenregierung abgegebenen Erklärung seinen Antrag wieder zurück.

III. Bei dem zweiten Gegenstande der Tagesordnung: Berichterstattung und Berathung über den Antrag Lerche (Sibum), die Nachtragung von Legitimationsurkunden betr., (S. Prot. 7 bei II und Prot. 8 bei II.) giebt der Referent, Abg. Kühne, in Uebereinstimmung mit dem Correferenten, Abg. Freist, der Versammlung anheim, den Lerche'schen Antrag mit der Modification, daß statt: „Hohes Kirchenregiment“ „Herzogliches Consistorium“ zu setzen sei, annehmen zu wollen.

Der Antrag wird mit dieser von den Referenten vorgeschlagenen Modification von der Versammlung angenommen, und lautet danach:

Synode wolle Herzogliches Consistorium ersuchen, die Kirchenbuchführer darüber zu informiren, ob sie auch jetzt noch befugt seien, in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle Legitimationsurkunden nachzutragen.

IV. Bei dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung, die Berichterstattung und Berathung über die Vorlage wegen der Kirchenpatronate betr., (S. Anl. 5 und 5c.) stellen die zur Vorprüfung dieser Frage bestellten Referenten, Abgeordnete Bode (Braunschweig) und Desterreich der Versammlung die Genehmigung der nachfolgenden drei Anträge anheim:

- 1) Es sei dem Kirchenregimente als wünschenswerth anheimzugeben, die allmähliche Einschränkung bezw. Aufhebung der Privatpatronate durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts oder durch Uebereinkunft mit den Inhabern anzustreben; zugleich
- 2) die bereits angeregte Frage zu weiterer Erwägung zu empfehlen, ob nicht die Aufhebung der bezeichneten Patronate durch die Landesgesetzgebung herbeizuführen sei, eine Erwägung, welche
- 3) auch darauf zu erstrecken sein dürfte, ob nicht den aus allen Patronatrechten häufig erwachsenden Uebelständen dadurch zu begegnen sei, daß den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarren bestimmte, über ihre jetzigen Befugnisse hinausgehende Rechte gesetzlich gewährt werden.

Vor Eintritt in die Berathung dieser Anträge wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Sonnabend, den 9. d. Mts., Morgens 11 Uhr, nach Verkundigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Kunze, protokoll. Secretair.*

## Protokoll 13.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
9. December 1876, Morgens 11 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Abgeordnete der Synode, mit Ausnahme der Abgeordneten Bode (Gandersheim) und Reil, sowie der unterschriebene protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Geheimerath Dr. jur. Triepß und Ministerialrath Grotzian; als  
Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-  
Pöhselbeck und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 8. d. M.  
wird

I. ein an Herzogliches Consistorium gerichtetes Schreiben über das Resultat der Berathung des Lerche'schen Antrages, die Nachtragung von Legitimationsurkunden betreffend, durch den Abgeordneten Kühne verlesen und von der Versammlung genehmigt. (Anl. 20). Anlage 20.

II. Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen: Fortsetzung der Berathung über die Vorlage, die Kirchenpatronate betreffend. (S. Anl. 5 und 5c).

Der Abgeordnete Eggeling beantragt zu N<sup>o</sup> 3 der von den Referenten Bode und Desterreich gestellten Anträge Folgendes:

Hohes Kirchenregiment wolle in den Gemeinden, welche das freie Wahlrecht der Prediger noch nicht haben, eine Betheiligung an der Wahl in der Weise her-

beiführen, daß von den Patronen oder der Kirchenregierung den Gemeinden drei Prediger vorgeschlagen werden, unter denen die Gemeinde nach abgehaltener Wahlpredigt einen zu wählen hat.

Der Antrag wird vom Antragsteller motiviert, unterstützt und zur Verathung gestellt.

III. Die Debatte wird hierauf durch die Mittheilung von dem Eingange des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen sowie am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage betreffend, auf kurze Zeit unterbrochen.

Anlage 21. (Anl. 21).

Nachdem der Herr Präsident die Erklärung abgegeben hat, daß der Entwurf dieses Gesetzes, welches als Einführungs-Gesetz für die noch in Verathung stehende neue Gottesdienstordnung dienen werde, der liturgischen Commission behuf der Vorprüfung zunächst abschristlich zugestellt und zugleich in Druck gegeben werden solle, wird

IV. die unterbrochene Debatte wieder aufgenommen.

Der Abgeordnete Körner ersucht Herzogliches Consistorium um Auskunftsertheilung über folgende zwei Fragen:

- 1) ob nicht zu befürchten sei, daß auch noch ferner Kirchengelder oder Darlehne zu billigen Zinsen aus reicheren Kirchencassen entnommen würden;
- 2) ob die aus anderen Kirchencassen angeliehenen Capitalien jederzeit gekündigt werden könnten.

Die zur Vorprüfung der in Rede stehenden Vorlage bestellten Referenten, Abgeordneten Bode und Desterreich, beantragen sodann, zu *N* 3 ihrer Anträge am Schlusse noch folgenden Passus hinzuzufügen:

etwa in der Richtung, daß den Gemeinden, die nicht schon größere Rechte haben, von den Patronen oder der Kirchenregierung drei Geistliche vorgeschlagen werden, aus denen sie nach abgehaltener Wahlpredigt den Prediger zu wählen haben.

Der Abgeordnete Eggeling zieht nach dieser Modification der Anträge der Referenten seinen Antrag wieder zurück.

Nach den von dem Deputirten des Herzoglichen Consistorii, Consistorialrath von Schmidt-Pfilsdeck, und dem Vertreter der Kirchenregierung, Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Triepß vorgetragenen Erörterungen stellen die Referenten, Abgeordneten Bode und Desterreich, folgenden Antrag:

die Nummer 2 ihrer Anträge so zu fassen:

die Frage wegen gänzlicher Aufhebung der Privat-Patronate nicht aus den Augen zu verlieren, insbesondere auf die weitere desfallsige Entwicklung in den übrigen evangelisch-lutherischen Landeskirchen die Aufmerksamkeit zu richten.

Nach Schluß der Debatte wird zur Abstimmung über die drei von den Referenten gestellten Anträge geschritten, deren Wortlaut nach den beantragten Modificationen der folgende ist:



1. Es sei dem Hohen Kirchenregimente als wünschenswerth anheimzugeben, die allmähliche Einschränkung bezw. Aufhebung der Privatpatronate durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts, oder durch Uebereinkunft mit den Inhabern anzustreben; zugleich
2. die Frage wegen gänzlicher Aufhebung der Privatpatronate nicht aus den Augen zu verlieren, insbesondere auf die weitere desfallige Entwicklung in den übrigen evangelisch-lutherischen Landeskirchen die Aufmerksamkeit zu richten, auch
3. in Erwägung zu ziehen, ob nicht den aus allen Patronatrechten häufig erwachsenden Uebelsständen dadurch zu begegnen sei, daß den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarren bestimmte, über ihre jetzigen Befugnisse hinausgehende Rechte gesetzlich gewährt werden,

etwa in der Richtung, daß den Gemeinden, die nicht schon größere Rechte haben, von den Patronen oder der Kirchenregierung drei Geistliche vorgeschlagen werden, aus denen sie nach abgehaltener Wahlpredigt den Geistlichen zu wählen haben.

Der erste Punkt des Antrages wird angenommen, desgleichen der zweite, und sodann die erste und zweite Hälfte des dritten Punktes in gesonderter Abstimmung, und ist diese Angelegenheit damit erledigt.

V. Der Herr Präsident macht sodann bekannt, daß der Abgeordnete Reuncke folgenden Antrag gestellt habe:

Landes-Synode wolle beschließen, Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, die nachstehende gesetzliche Bestimmung zu erlassen:

„Den Standesbeamten oder deren Stellvertretern ist die Einsicht in die Kirchenbücher kostenfrei zu gestatten.“

Die Motivirung dieses Antrages wird auf die nächste Tagesordnung gestellt.

Nachdem der Herr Präsident auch die übrigen Punkte der Tagesordnung verkündigt hat, wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Dienstag, den 12. December cr., Morgens 10 Uhr, geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

*H. Caspari.*

*Kunze*, protokoll. Secretair.



## Protokoll 14.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

♦ ♦ ♦ ♦ ♦

Geschehen im Sitzungssaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
12. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode, mit Ausnahme von Bode (Gandersheim) und Keil, sowie der unterschriebene protokoll. Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß und Ministerialrath Grottrian;  
als Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt,  
Pfiseldack und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 9. d. M.  
erhält

I. der Abgeordnete Eskerl das Wort zur Verlesung eines an Se. Hoheit gerichteten  
Schreibens über das Resultat der Verathung bezüglich der Frage, betr. die Dispensation der  
Catechumenen von dem gesetzlichen Alter der Confirmation. (Anl. 22).

Anlage 22.

Das Schreiben wird von der Versammlung genehmigt und sodann

II. zum ersten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen, welcher lautet:

Berichterstattung und Verathung über die Petitionen der Gemeinden Erkerode und Luchlum,  
die Versetzung des Pastors von Schwarz betr. (S. Prot. 7 bei I und Prot. 8 bei III).

Der Referent, Abgeordneter, Eskerl, macht in Uebereinstimmung mit dem Correferenten,  
Abgeordneten Ude, der Versammlung nachfolgenden Vorschlag:

Synode wolle sich in Bezug auf die eingegangenen Schreiben von Erferode und Lucklum dahin aussprechen, daß sie, ohne sich auf ein Urtheil über die Schuldfrage einzulassen, den hervorgetretenen Mangel an der rechten christlichen Weisheit und Mäßigung, durch welche der in Erferode ausgebrochene Conflict sich sehr wohl hätte vermeiden oder noch rechtzeitig beilegen lassen, lebhaft bedauere, aber zugleich die feste Zuversicht hege, es werde soviel hingebende Liebe zu der Sache des Evangeliums, der wir alle dienen, vorhanden sein, daß mit Ausschluß aller persönlichen Empfindlichkeit und rechthaberischen Eigenwilligkeit auf dem einen oder andern Wege den noch bestehenden Uebelständen baldigst werde abgeholfen werden.

Dieser Vorschlag wird von der Versammlung einstimmig angenommen.

III. Der zweite auf der Tagesordnung stehende Gegenstand betrifft die Motivirung des vom Abgeordneten Keuncke gestellten Antrages auf kostenfreie Einsicht der Kirchenbücher durch die Standesbeamten. (S. Prot. 13 bei V). Nach der Motivirung dieses Antrags durch den Antragsteller beschließt die Versammlung, in die sofortige Berathung über denselben einzutreten, nimmt einen auf Schluß der Debatte gerichteten Antrag des Abgeordneten Desterreich an und lehnt den Keuncke'schen Antrag ab.

IV. Es folgt hierauf der dritte Gegenstand der Tagesordnung: zweite Lesung des Entwurfs einer Gottesdienstordnung unter Zugrundelegung des nach der ersten Berathung von Seiten der liturgischen Commission aufgestellten Entwurfs. (S. Prot. 7, 8, 9 und 11. Der Entwurf ist nur zum Gebrauch für die Abgeordneten in der Sitzung gedruckt und ohne Anlage-Nummer.)

Zum Eingange ist von der Commission folgender Antrag gestellt:

In der Ueberschrift die Worte: „Erster Theil“, ferner: „an den Sonn- und Festtagen“, ferner: „mit Ausnahme der unter II. bemerkten Festtage“ — zu streichen.

Dieser Antrag wird angenommen und mit der dadurch entstehenden Aenderung der Eingang des Entwurfs.

Zu **N** 1 hat gleichfalls die Commission Folgendes beantragt:

a. Unter **N** 1 den ersten die Anmerkung bezeichnenden Stern hinter das Wort: „Festlied“ zu setzen, und dem entsprechend den dritten Satz der ersten Anmerkung mit einem Stern zu bezeichnen;

b. Ferner unter **N** 1 im dritten Satze die Worte: „oder spricht wie folgt“ zu streichen, hinter das Wort: „intonirt“ zwei Sterne zu setzen, und dem entsprechend die ersten beiden Sätze der ersten Anmerkung gleichfalls mit zwei Sternen zu bezeichnen. — (Die zwei Sterne unter **N** 4 hinter „Hallelujah“ müssen dann in drei, und die drei hinter „Wohlgefallen“ in vier verwandelt werden.)

c. Ferner: Unter Anmerkung 2 (nun 3) hinzuzusetzen: „siehe Anhang“.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen, und mit der durch denselben entstehenden Aenderung die Nummer 1 des Entwurfs.

Die Nummern 2 und 3 werden nach der ersten Lesung des Entwurfs unverändert angenommen.

Der zu **Nr. 4** von der Commission gestellte Antrag:

Unter dieser Nummer die dritte Zeile: „Nach dem Hallelujah“ zu streichen. wird von der Versammlung angenommen, und mit dieser Aenderung die Nummer 4 des Entwurfs, wogegen die Nummer 5 in der bei der ersten Lesung festgestellten Fassung unverändert genehmigt wird.

Zu **Nr. 6** beantragt die Commission:

Unter dieser Nummer Zeile 1 die Worte: „singt oder spricht derselbe“ zu streichen, und Zeile 2 das „und“ in „oder“ zu verwandeln.

Die Versammlung nimmt diesen Antrag und mit demselben die Nummer 6 des durch die erste Lesung festgestellten Entwurfs an.

Zu **Nr. 7** sind von der Commission zwei Anträge folgenden Inhalts gestellt:

- a. Zu **Nr. 7** in der vierten Zeile das auf das Wort: „anhört“ Folgende so zu fassen:  
„Pastor (gegen den Altar): Herr laß meine Seele in Deinem Worte leben.  
Hallelujah!

Gemeinde: Daß sie Dich lobe immer und ewiglich. Hallelujah!

Darauf das Bekenntnißlied: (Mel. Es ist das Heil uns kommen her.)

Du treuer Gott, sei hoch gepreist;  
Hast uns Dein Wort gegeben.  
Gott Vater, Sohn und heil'ger Geist,  
Du unser Licht und Leben.  
Wir glauben und bekennen Dich,  
Und unsre Seele hofft auf Dich.  
Stärk' uns den Glauben. Amen.

An den hohen Festtagen spricht der Pastor gegen die Gemeinde:

„Lasset uns nun mit dem gemeinsamen Bekenntniß der christlichen Kirche vor Gott treten und also sprechen:“

(Folgt das apostolische Glaubensbekenntniß, worauf die Gemeinde mit Amen, Amen, Amen antwortet.)

- b. Den hinter dem „Hallelujah“ stehenden Stern hinter das „Amen“ der Gemeinde zu setzen, und in der Anmerkung 1 die Worte „jedoch nicht zu lange“ zu streichen.

Ferner sind zu dieser Nummer 7 nachfolgende Anträge eingegangen:

- a. vom Abgeordneten **Keuneker**:

Zu **Nr. 2. 7**: Hohe Landesynode wolle an Herzogliches Consistorium das Ersuchen richten, Sorge zu tragen, die Liturgie mit einer Orgelbegleitung versehen zu lassen, die als Anhang dem Landeschoralsbuche anzuheften ist.

- b. vom Abgeordneten **Oesterreich**:

Zu dem Satz I, 7:

„Daß die bei der ersten Lesung aufgenommene Einschaltung in die von der Commission vorgelegte Fassung beseitigt werde“.

c. vom Abgeordneten Wolff:

Zu **N** 7:

hinter „anhört“ fortzufahren: „tritt, wo das Glaubensbekenntniß im Gottesdienste herkömmlich ist, dasselbe hier ein: wo es nicht herkömmlich ist, kann es hier eingelegt werden.“

d. vom Abgeordneten Rohde:

Eventueller Antrag, falls die Bestimmung sub **N** 7 „Nach Beendigung der Verlesung — des apostolischen Glaubensbekenntnisses“ in zweiter Lesung abgelehnt werden würde, zu beschließen, daß die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses an dieser Stelle in denjenigen Gemeinden, in welchen dieselbe bisher schon üblich gewesen ist, ferner stattzufinden habe.

Nachdem der Referent der Commission, Abgeordneter von Heinemann, die Commissionsanträge zu **N** 7 motivirt hat, zieht der Abgeordnete Wolff zunächst den Schluß seines Antrages: „wo es nicht herkömmlich ist, kann es hier eingelegt werden“ und ferner der Abgeordnete Kenecke seinen zu **N** 7 gestellten Antrag zurück.

Der Abgeordnete Bode (Braunschweig) bringt zu dieser Nummer folgenden Antrag ein:

In das Rückschreiben folgende Erklärung aufzunehmen:

In Bezug auf das in die Liturgie aufgenommene apostolische Glaubensbekenntnis gehen wir davon aus, daß mit demselben nicht das Glauben an alle darin bezeugte Thatsachen ihrer wörtlichen Bedeutung nach als nothwendiges Erforderniß für die Zugehörigkeit zur evangelisch-lutherischen Kirche aufgestellt werden solle.

Nach der Motivirung dieses Antrags durch den Antragsteller giebt der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti seitens der Kirchenregierung folgende Erklärung ab:

„Aus der Aufnahme des Apostolicums in die Gottesdienstordnung kann nach Ansicht des Kirchenregiments eine Berechtigung zur Bedrückung der Gewissen nicht abgeleitet werden. Das Bekenntniß ist überhaupt norma normata, nicht normans credendum.“

Der Abgeordnete Desterreich richtet an den Consistorialrath Abt Dr. Ernesti die Frage, ob er die soeben Namens der Kirchenregierung bekundete Erklärung zu Protokoll abgeben wolle. Nachdem diese Frage bejaht worden, beantragt der Abgeordnete Desterreich:

Synode wolle beschließen, daß diese hier Namens der Kirchenregierung abgegebene Erklärung wörtlich in's Protokoll aufgenommen werde.

Dieser Antrag findet die Zustimmung der Versammlung, und zieht hiernach der Abgeordnete Bode seinen Antrag wieder zurück.

Der Herr Präsident schließt die Debatte und schreitet zur Abstimmung. Das Resultat derselben ist, daß die zu **N** 7 gestellten Commissionsanträge und mit denselben die Nummer 7 des Entwurfs, einstimmig von der Versammlung angenommen werden.

Die übrigen Anträge zu dieser Nummer sind damit erledigt.

Zu **N** 9 liegt seitens der Commission folgender Antrag vor:

hinter dem Worte „gehalten“ ein Punktum zu setzen, und den folgenden Satz so zu fassen:

„Zu der Verlesung erhebt sich die Gemeinde.“

Dieser Antrag und mit demselben die Nummer 9 wird von der Versammlung angenommen.  
Zu **Nr** 10 ist

a. vom Abgeordneten **Reunecke** folgender Antrag eingegangen.

in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch die Aufgebote zu den Fürbitten zu zählen sind, und statt nach der Predigt von der Kanzel, wie die Fürbitten und Dank-  
sagungen vor dem Altare abgekündigt werden.

b. von der Commission:

Unter **Nr** 10 — statt: „der Friede Gottes u. s. w.“ zu setzen: „Die Gnade unser<sup>s</sup>  
Herrn Jesu Christe sei mit Euch Allen. Amen.“

Der Antrag des Abgeordneten **Reunecke** wird abgelehnt, der Commissionsantrag zu  
**Nr** 10, und mit demselben die Nummer 10 des Entwurfs, wird von der Versammlung  
angenommen.

V. Sodann erteilt der Herr Präsident dem Abgeordneten **Ude** das Wort zur  
Verlesung eines an Se. Hoheit gerichteten Schreibens über das Resultat der Besprechung und  
Berathung bezüglich der vom Herzoglichen Consistorium über die Zustände der evangelisch-  
lutherischen Landeskirche gemachten Mittheilungen. (Anl. 23).

Anlage 23

Nachdem dieses Schreiben von der Versammlung genehmigt ist, wird die heutige Sitzung  
unter Bestimmung der nächsten auf den 13. December, Morgens 10 Uhr, nach Verkündigung  
der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Zur Beglaubigung.

Der Präsident.

**H. Caspari.**

**Kunze**, protokoll. Secretair.





## Protokoll 13.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. November 1876  
berufenen zweiten ordentlichen Landes-Synode.

Geschehen im Sitzungsaaale der Landesversammlung  
im landschaftlichen Hause zu Braunschweig, am  
13. December 1876, Morgens 10 Uhr.

Gegenwärtig: Sämmtliche Mitglieder der Synode, mit Ausnahme der Abgeordneten  
Bode (Gandersheim), von Gram und Reil, imgleichen der unterzeichnete protokollirende  
Secretair.

Regierungsseitig: Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß und Ministerialrath Grottrian;  
als Deputirte des Herzoglichen Consistorii: Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, von Schmidt,  
Pfiseldorf und Sallentien.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen  
Tage wird

I. der Tagesordnung gemäß in der zweiten Lesung des Entwurfs der neuen Gottes-  
dienstordnung fortgefahre. (S. Prot. 7, 8, 9 und 11.)

Die Nummern 11 und 12 sub I. werden in der durch die erste Lesung festgestellten  
Fassung unverändert angenommen.

Zu N<sup>o</sup> 13 hat die Commission beantragt:

Dieser Nummer folgende Fassung zu geben:

Pastor: Schlußcollecte.

Gemeinde: Amen.

Dieser Antrag und mit der dadurch entstehenden Aenderung die Nummer 13 wird von  
der Versammlung angenommen; desgleichen der zu N<sup>o</sup> 14 gestellte Antrag der Commission:

Unter dieser Nummer die Worte „singt oder spricht den Segen“ zu streichen und dafür den Segen ausdrücken zu lassen.  
sowie die Nummer 14 mit dieser Aenderung.

Zu **Nr** 15 sind folgende Anträge eingebracht:

a. von der Commission:

Zu **Nr** 15 Zeile 1 die Worte: „die letzteren Stücke“ wegzulassen und im zweiten Absatz statt: „örtliche Verhältnisse (Filiale)“ zu setzen: „besondere Umstände z. B. Filiale.“

b. vom Abgeordneten Keuncke:

Die Worte: „der Friede Gottes u. s. w.“ zu streichen,  
da dieselben schon §. 10 vorkommen.

c. vom Abgeordneten Wolff:

Das Wort „örtlich“ am Schlusse dieser Nummer wegzulassen.

Der Commissionsantrag und mit demselben die Nummer 15 wird von der Versammlung angenommen, wogegen die Abgeordneten Keuncke und Wolff ihre hierzu gestellten, durch die Commissionsanträge zu Nris. 10 und 15 bereits erledigten Anträge wieder zurückziehen.

Die Nummern 1 und 2 sub II. A. dieser Vorlage werden in der Gestalt, wie sie aus der ersten Berathung des Entwurfs hervorgegangen sind, unverändert angenommen.

Zu **Nr** 3 liegen folgende zwei Anträge der Commission vor:

a. Unter dieser Nummer statt „Hierauf“ zu setzen: „Dann“.

b. Ebendasselbst: den zweiten Absatz: von „An beiden Tagen — einzulegen“ in den Anfang der zweiten Anmerkung zu setzen.

Der erste Antrag wird von der Versammlung genehmigt, der zweite desgleichen, und sodann mit diesen Aenderungen die Nummer 3.

Die Nummern 4 und 5 werden in der durch die erste Lesung festgestellten Fassung unverändert angenommen.

Der Antrag der Commission zu **Nr** 6:

Statt der Worte: „Hierauf das Kirchengebet für diesen Tag“ zu setzen:

„Hierauf ein für diesen Tag geeignetes Kirchengebet“.

findet die Zustimmung der Versammlung und wird mit dieser Aenderung die Nummer 6 angenommen.

Der zu **Nr** 7 gestellte Commissionsantrag:

Unter dieser Nummer statt: „Hierauf“ zu setzen: „Dann“  
wird angenommen, und mit dieser Aenderung sodann die Nummer 7.

Die Nummer 1 sub II. B. nimmt die Versammlung in der durch die erste Lesung festgesetzten Fassung an.

Der Antrag der Commission zu **Nr** 2:

Statt „Hierauf“ zu setzen: „Dann“  
wird gleichfalls angenommen, und mit dieser Aenderung die Nummer 2.

Der zu **Nr** 3 gestellte Commissionsantrag:

Die Worte: „Hier kann ein Chorgesang folgen.“ als Anmerkung zu setzen

wird von der Versammlung genehmigt, und hierauf auch diese Nummer mit der durch den Antrag entstehenden Aenderung.

Die Nummern 4 und 5 werden in der Fassung, wie sie aus der ersten Berathung hervorgegangen, von der Versammlung angenommen.

Zu **Nr** 6 sind von der Commission folgende beiden Anträge eingebracht:

- a. Unter **Nr** 6 hinter dem Worte „Bußtagsgebet“ fortzufahren: „worauf die Gemeinde mit Ja oder Amen antwortet. Darauf Absolution nebst der Fürbitte u. s. w. wie in der Vorlage.
- b. An das Wort „Absolution“ unter dem Texte folgende Note zu hängen:  
„Der Absolution ist am Schlusse folgende Fassung zu geben: „Allen Unbußfertigen aber gebe Gott seinen heiligen Geist, daß sie mögen wahre Buße thun und selig werden.“

Nachdem der Abgeordnete Rohde seinen auf Streichung von **Nr** 15 der „sonstigen“ Commissionsvorschläge gerichteten Antrag zurückgezogen hat, werden die Anträge der Commission zu dieser Nummer sub a. und b. in gesonderter Abstimmung angenommen, darnach auch die Nummer 6 mit der hierdurch entstehenden Aenderung.

Zu **Nr** 7 hat die Commission beantragt:

An das Wort: „Litanei“ folgende Anmerkung zu hängen: „Wo die Litanei nicht mehr im Gebrauch ist, soll sie gegen den Willen der Gemeinde nicht wieder eingeführt werden.“

Dieser Antrag findet die Zustimmung der Versammlung und wird mit demselben die Nummer 7 angenommen.

Nachdem der Abgeordnete Wolff seinen durch die Commission's-Anträge bereits erledigten Generalantrag:

„Die Bezugnahme auf die Antiphonen und Collecten, welche der Landessynode nicht vorgelegen haben, ist wegzulassen“

wieder zurückgezogen hat, erklärt sich die Versammlung auf Befragen damit einverstanden, daß die „sonstigen“ Commissionsvorschläge sub Nris. 13. 14. 15. 16. durch Annahme der zu **Nr** 6 und 7 II B gestellten Commission'santräge als erledigt zu betrachten sind.

Der Referent der Commission, Abgeordneter von Heinemann, theilt hierauf der Versammlung mit, daß die Commission dem gestellten Antrage gemäß nachfolgende Antiphonen für die Festtage ausgewählt habe:

#### 1. Am 1. Advent.

Pastor: Bereitete dem Herrn den Weg. Hallelujah.

Gemeinde: Machet seine Steige richtig! Hallelujah.

#### 2. Weihnachten.

Pastor: Euch ist heute der Heiland geboren! Hallelujah.

Welcher ist Christus, der Herr! Hallelujah.

## 3. Epiphania s.

Pastor: Mache Dich auf, werde Licht, denn Dein Licht kommt! Hallelujah.

Gemeinde: Und die Herrlichkeit des Herrn geht auf über Dir! Hallelujah.

## 4. Passion.

Pastor: Christus ist um unsrer Missethat willen verwundet.

Gemeinde: Und um unsrer Sünde willen geschlagen.

## 5. O stern.

Pastor: Christus ist um unsrer Sünde willen dahingegeben! Hallelujah.

Gemeinde: Und um unsrer Gerechtigkeit willen auferwecket! Hallelujah.

## 6. Himmelfahrt.

Pastor: Christus ist aufgehoben zum Himmel! Hallelujah.

Gemeinde: Und sitzet zur Rechten Gottes, des Vaters! Hallelujah.

## 7. Pfingsten.

Pastor: Der Herr hat ausgegossen von seinem Geiste über die Gemeinde! Hallelujah.

Gemeinde: Den Geist der Gnade und des Gebets! Hallelujah.

## 8. Trinitatis.

Pastor: Heilig, heilig, heilig ist der Herr Zebaoth! Hallelujah.

Gemeinde: Alle Lande sind seiner Ehre voll! Hallelujah.

## 9. Hagelfeier.

Pastor: Herr, erzeige uns Deine Gnade und Güte! Hallelujah.

Gemeinde: Daß unser Land sein Gewächs gebe! Hallelujah.

## 10. Erntedankfest.

Pastor: Es danken Dir, Gott, die Völker! Hallelujah.

Gemeinde: Es danken Dir alle Völker! Hallelujah.

## 11. Reformationsfest.

Pastor: Dein Wort ist meines Fußes Leuchte! Hallelujah.

Gemeinde: Und ein Licht auf meinen Wegen! Hallelujah.

## 12. Todtenfeier.

Pastor: Leben wir, so leben wir dem Herrn! Hallelujah.

Gemeinde: Sterben wir, so sterben wir dem Herrn! Hallelujah.

Die Versammlung erklärt auf die durch den Herrn Präsidenten an sie gerichtete Frage ihre Zustimmung zu dem vorstehenden Vorschlage der Commission.

Nachdem sodann der commissionsseitig gestellte Antrag:

Von der Berathung der von der Kirchenregierung vorgelegten Anlagen zur Gottesdienstordnung Abstand zu nehmen  
von der Versammlung gleichfalls angenommen ist, wird

II. zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen:

Berathung über den Entwurf des Kirchengesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am Grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage betr. (S. Anl. 21.)

Der Eingang desselben wird ohne Debatte von der Versammlung angenommen.

Vor Eintritt in die Berathung des §. 1 bemerkt der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti, die Anlage 21 enthalte im Druck zwei Fehler, die zu berichtigen seien:

- a. Im §. 1 Zeile 2 müsse es statt „evangelischen“ heißen: „evangelisch-lutherischen;“
- b. im §. 2 das Schlußwort statt: „anzuregen“ — „anzuordnen“.

Der §. 1 des Gesetzes wird ohne Debatte von der Versammlung genehmigt.

Zu §. 2 liegt folgender Antrag der Commission vor:

An das Herzogliche Consistorium den Antrag zu richten, die von der Landessynode zum Gebrauch an den Festtagen genehmigten Antiphonen als Anhang zur Gottesdienstordnung drucken (und setzen) zu lassen und für die möglichste Verbreitung des Ganzen zu sorgen.

Dieser Antrag findet die Zustimmung der Versammlung, wogegen der Abgeordnete Eggeling seinen zu §. 2 gestellten Antrag:

„Auch einen Theil der Collecten mit musicalischem Satz versehen zu lassen“ wieder zurückzieht, nachdem die Versammlung den ausdrücklich in das Protokoll aufzunehmenden Wunsch ausgesprochen hat:

Herzogliches Consistorium wolle dafür Sorge tragen, daß außer für die Antiphonen auch für die übrigen Gesangsstücke ein musikalischer Satz hergestellt werde.

Der §. 2 wird von der Versammlung sodann nach der Vorlage angenommen.

Zu §. 3 bringt der Abgeordnete Körner seinen bereits früher bei Berathung der Gottesdienstordnung gestellten, dem Inhalte nach aber hierher gehörigen Antrag ein, welcher lautet:

Die Kirchenregierung wolle mit obligatorischer Einführung der Gottesdienstordnung baldigst vorgehen, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Landgemeinden, in welchen voraussichtlich die Kräfte zur erbaulichen Durchführung der Liturgie fehlen, auf Antrag der betreffenden Kirchenvorstände durch Herzogliches Consistorium von den im Gesetze vorgeschriebenen liturgischen Handlungen ausgeschlossen werden können.

Nach den vom Consistorialrath Abt Dr. Ernesti abgegebenen Erklärungen zieht der Abgeordnete Körner seinen Antrag zurück.

Der § 3. wird hierauf nach der Vorlage angenommen, desgleichen der §. 4 derselben, und ist diese Angelegenheit damit erledigt.

III. Es erhält sodann der Abgeordnete von Heinemann das Wort zur Verlesung eines an Se. Hoheit gerichteten Schreibens über das Resultat der Berathung der Vorlage, die Ordnung des Hauptgottesdienstes betr. (Anl. 24).

Anlage 24.

Das Schreiben wird von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Regierungscommissar, Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß, giebt hiernächst die Erklärung ab, daß das Kirchenregiment mit den von der Versammlung beschlossenen Abänderungen resp. Zusätzen bezüglich der Vorlage, die Ordnung des Hauptgottesdienstes betr., einverstanden sei,

worauf die Vorlage mit den sämtlichen dazu beschlossenen Aenderungen und dem Einführungsgesetze im Ganzen einstimmig von der Versammlung angenommen wird.

(S. Anl. 24.)

IV. In Bezug auf die vom Abgeordneten Wolff an das Kirchenregiment gerichtete, durch Annahme des Bode'schen Antrages in der Sitzung vom 24. November cr. veranlaßte Eingabe an das Kirchenregiment wird von Seiten des Herrn Regierungscommissars, Wirkl. Geheimrath Dr. jur. Triepß, nachfolgende in das Protocoll aufzunehmende Erklärung im Namen des Kirchenregiments abgegeben:

Nach §. 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 steht in der evangelisch-lutherischen Kirche die Kirchengewalt dem Landesfürsten zu, welcher sie unter Mitwirkung und Beirath des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Consistoriums ausübt.

Sodann bestimmt §. 214: Sollte der Landesfürst sich zu einer andern, als der evangelisch-lutherischen Religion bekennen, so wird die alsdann eintretende Beschränkung in der persönlichen Ausübung der Kirchengewalt ohne Aufschub mit Zustimmung der Landstände festgestellt werden.

Danach ist der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes staatsgrundgesetzlich ein evangelisch-lutherisches Kirchenregiment garantirt, und kann selbstverständlich, so lange das Staatsgrundgesetz besteht, von der Unterstellung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes unter ein nicht evangelisch-lutherisches Kirchenregiment nicht die Rede sein.

Auf eine Veränderung des Staatsgrundgesetzes hinzuwirken liegt nicht in der Intention der Kirchenregierung, auch würde selbstverständlich nur mit Zustimmung der Landes-Synode die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes eine Alteration auf gesetzmäßigem Wege erleiden können.

V. Nachdem auf Vorschlag des Herrn Präsidenten die Versammlung den Beschluß gefaßt hat, mit Erledigung der zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse etwa noch erforderlichen Schreiben an das Kirchenregiment, sowie mit der Feststellung des heutigen Sitzungsprotokolls den Synodal-Ausschuß zu beauftragen, ergreift

VI. der Herr Geheimerath Triepß das Wort und richtet an die Versammlung die als Anlage 25 diesem Protocolle beigefügte Rede.

Anlage 25.

Hiernach erklärt der Herr Präsident die heutige Sitzung und damit die zweite ordentliche Landessynode für geschlossen.

*Kunze*, protokoll. Secretair.

Dieses Protokoll ist vom Synodal-Ausschusse festgestellt und wie folgt unterschrieben.

*H. Caspari. A. Kuntzen. Skerl. W. Steinmeyer. Ude.*





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung *N<sup>o</sup> 102* vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

1. Sitzung am 23. November 1876.

Die durch landesfürstliche Verordnung vom 4. November 1876 berufene zweite ordentliche Landessynode wurde heute im Sitzungssaale des landchaftlichen Hauses zu Braunschweig in Anwesenheit der nachstehend aufgeführten Abgeordneten:

- 1) Ackermann Ahrens aus Ditharingen,
- 2) Superintendent Probst Apfel aus Seesen,
- 3) Handelsgerichtsdirector Bode von hier,
- 4) Superintendent Brunke aus Wolsdorf,
- 5) Oberbürgermeister Dr. Caspari von hier,
- 6) Hausmarschall Baron von Cramm aus Burgdorf,
- 7) Superintendent Dedekind aus Stadtholtdorf,
- 8) Pastor Eggeling von hier,
- 9) Gemeinde-Vorsteher Gimcke aus Wabum,
- 10) Superintendent Freist aus Zimmerlah,
- 11) Schulrath und Gymnasial-Director Gravenhorst von hier,
- 12) Gymnasial-Director von Heinemann aus Wolfenbüttel,
- 13) Gemeinde-Vorsteher Keuncke aus Frellstedt,
- 14) Steinbruchbesitzer Körner aus Welpke,
- 15) General-Superintendent Kuhn aus Helmstedt,
- 16) Staatsanwalt Kühne aus Blankenburg,
- 17) Finanzrath a. D. Kunken aus Braunschweig,
- 18) Kreisdirector Lerche aus Gandersheim,
- 19) Pastor Lerche aus Eihum,
- 20) Landyndicus a. D. Desterreich von hier,
- 21) Gastwirth Preuße aus Bettmar,
- 22) Pastor Rohde aus Gr. Dahlum,

- 23) General-Superintendent Rose aus Blankenburg,
- 24) Pastor Skerl von hier,
- 25) General-Superintendent Steinmeyer von hier,
- 26) General-Superintendent, Kirchenrath Dr. Stöter aus Sandersheim,
- 27) Abt, Hof- und Domprediger, Probst Dr. Thiele von hier,
- 28) Staatsanwalt Dr. Ude aus Wolfenbüttel,
- 29) Bürgermeister Wibrans aus Calvörde und
- 30) Superintendent Wolff aus Halle a. d. Weser.

durch den Herrn Geheimerath Dr. Triepß, Excellenz, als landesfürstlichen Commissar, in Begleitung des Herrn Regierungs-Assessor Langerfeldt, und in Gegenwart der Herren Consistorialräthe Abt Dr. Ernesti, von Schmidt-Phiseldorf und Gallentien mit folgender Rede eröffnet:

Von Sr. Hoheit unserm Durchlauchtigsten Herzoge mit dem gnädigen Auftrage beehrt, die zweite ordentliche Landessynode zu eröffnen, erfülle ich zunächst die mir obliegende angenehme Pflicht, Sie, meine hochgeehrten Herren, die Sie dem landesfürstlichen Rufe Folge leistend hier erschienen sind, freundlich willkommen zu heißen.

Wenn wir den stillen Frieden, dessen sich unser Land erfreut, mit den in manchen anderen Staaten herrschenden Zuständen vergleichen, so haben wir wohl Grund, uns Glück zu wünschen und Gottes Gnade zu preisen. Uns sind feindliche oder auch nur ernste Conflictte zwischen Staat und Kirche so gut wie unbekannt. Im Inneren unserer Landeskirche selbst giebt es wohl verschiedene Stellungen und Richtungen, aber keine Wortführer, welche in den geweihten Räumen der Kirche Sitz und Stimme fordern, um unser christliches Heiligthum, den Glauben an den geoffenbarten Sohn des lebendigen Gottes zu bemäkeln und zu negiren.

In einer Zeit, in welcher die idealen Bestrebungen, namentlich die christlichen Lebensideale so mannigfachen Anfeindungen ausgesetzt sind, liegt allerdings die Frage nahe, ob wir unseren Frieden der Stärke unseres gemeinsamen zuversichtlichen Glaubens, welcher die Welt überwindet, zu verdanken haben, oder ob sich darin die theilnahmlose Gleichgültigkeit bekundet, welche schließlich zum Verderben, weil zum geistigen Tode, führt.

Wir wollen nicht leugnen, daß es auch im Gebiete unserer Landeskirche manche und leider nur zu viele Stellen giebt, an denen das hervorschießende Haidekraut unwillkürlich den Eindruck der innerlichen Wüste und Dede hervorruft. Ueberblicken wir aber unbefangen die uns in den umfassenden Mittheilungen des Herzoglichen Consistoriums dargelegten Zustände, so müssen wir bekennen, daß sich Gottlob an den meisten Orten ohne viel Geräusch, wie das unsere löbliche Gewohnheit ist, jedoch mit nachhaltiger Ausdauer ein gesundes christliches Leben entfaltet und Keime hervortreibt, welche unter fernerer sorgfältiger Pflege erfreuliche Blüthen und Früchte erwarten lassen. Seien wir nur unermüdlich in dieser Pflege und wir dürfen im frommen Vertrauen auf Gottes gnädigen Schutz und Beistand getrost der Zukunft entgegensehen.

Die erwähnten Mittheilungen über unsere kirchlichen Zustände werden Ihnen, meine hochgeehrten Herren, einen reichen und mannigfaltigen Stoff für Ihre Berathungen bieten. Unter den übrigen Vorlagen, welche an Sie gelangen werden, sind besonders zwei von solcher Bedeutung, daß es sich empfehlen wird, schon jetzt Ihre Aufmerksamkeit auf dieselben zu lenken.

Die eine Vorlage enthält den schon der vorigen Synode überreichten Entwurf einer Gottesdienstordnung. Die von jener Synode erwählte Commission wird in dem zu erstattenden Berichte das Resultat der Vorprüfung Ihnen eröffnen und Sie werden den so vorbereiteten Gegenstand zu berathen und darüber zu beschließen

haben. Daß diese das innerste Leben der Kirche unmittelbar berührende Berathung, wenn sie segensreich wirken soll, von allen Seiten die vollste freudigste Hingebung an die Sache fordert, muß ohne Weiteres einleuchten.

Der andere freilich mehr äußerliche, aber für die Kirche doch sehr wichtige Gegenstand betrifft die Beseitigung der Zweifel, welche über das Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung erhoben sind. Sie werden zu prüfen haben, ob die Auskunftsmittel, welche die Ihnen zugehende Denkschrift in Vorschlag bringt, Ihrer Ansicht nach geeignet sind, ohne Gefährdung der staatlichen Interessen unserer Kirche die für ihr Gedeihen so nothwendige freie Bewegung zu sichern.

Sie ersiehen hieraus, meine hochgeehrten Herren, daß Ihre Arbeiten, mag auch deren äußerer Umfang nur mäßig sein, für das Wohl der Kirche von großer Erheblichkeit und nicht ohne mannigfache Schwierigkeiten sein werden.

Daß Ihre Mühen das Beste der Kirche fördern mögen, ist mein aufrichtiger Wunsch, aber auch meine durch Ihre bewährte Pflichttreue wohlberechtigte Hoffnung.

Der Herr Regierungscommissar nahm darauf gemäß der in Uebereinstimmung mit der Versammlung erfolgten Interpretation des §. 17 des Gesetzes .N. 34 vom 31. Mai 1871, wonach nur die zum ersten Male eintretenden Mitglieder den vorgeschriebenen Eid abzulegen haben, den Abgeordneten v. Gramm, Rose und Reuncke das betreffende Gelöbniß ab, und wählte die Versammlung, nachdem die Vertreter des Kirchenregiments den Sitzungssaal verlassen, unter dem Voritze des Abgeordneten Desterreich, des an Jahren ältesten Mitgliedes der Synode, die drei Seiner Hoheit zu dem Amte eines Vorsitzenden der Synode und dessen Stellvertreters zu präsentirenden Candidaten Caspari, Steinmeyer und Desterreich, von welchen der Erstgenannte als Vorsitzender, der Zweitgenannte als dessen Vertreter Höchsten Orts bestätigt wurde; und demnächst zu Secretairen der Synode die Abgeordneten Sferl und Ude.

Auf Ersuchen des Alterspräsidenten übernahm hiernächst, während der Herr Commissar in den Sitzungssaal wieder eintrat, der Oberbürgermeister Dr. Caspari den Vorsitz und dankte für sich und Namens seines Stellvertreters der Versammlung für die auf sie gefallene Wahl.

Der Abgeordnete Sferl erstattete sodann Namens des Synodal-Ausschusses Bericht über die Vorprüfung der Legitimationen der neu eingetretenen Mitglieder und beantragte, die Legitimation als beschafft anzunehmen, welchem Antrage die Versammlung beitrug.

Hierauf publicirte der Vorsitzende zwei Höchste Rescripte, die Vertretung des Kirchenregiments bei der Landessynode und die Besorgung der Secretariats- und Registraturgeschäfte betreffend, nach deren Erstem der Geheimerath Dr. Triepß und in gleicher Weise auch die übrigen Mitglieder des Herzogl. Staats-Ministeriums mit Wahrnehmung der Zuständigkeiten der Kirchenregierung beauftragt, an Seiten des Herzogl. Consistorii aber der Abt und Consistorialrath Dr. Ernesti und die Consistorialräthe von Schmidt-Phiseldorf und Gallentien als Vertreter ausersahen sind, und kündigte folgende Eingänge an:

A. Höchste Rescripte vom 23. d. Mts.

- 1) bei Vorlegung der der Landessynode beim Beginn jeder ordentlichen Versammlung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche von der Kirchenregierung zu machenden eingehenden Mittheilung,
  - 2) bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betr.,
  - 3) die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betr.,
  - 4) die Feier des Reformationsfestes betr.,
  - 5) die Ordnung der Nebengottesdienste betr.,
  - 6) bei Vorlegung des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr.,
  - 7) das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr.,
- B. Vorstellung von Geistlichen der Inspection Walkenried, die Vergütung von Wahlreisen betr.,

und machte folgenden von dem Abgeordneten v. Gramm gestellten Antrag:

»Landessynode wolle beschließen:

Vor dem Beginn der Verhandlungen jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen.

Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen zweiten Vorsitzenden übertragen.«

mit dem Bemerken bekannt, daß er denselben noch heute zur Debatte zu verstellen gedenke, nahm jedoch auf Wunsch des Abgeordneten Desterreich, welcher eine reifliche Erwägung zuvor für erforderlich hält, hiervon Abstand.

Zur Vorprüfung der demnächst — bei Besprechung der Mittheilung über die Zustände der Landeskirche — zur Berathung kommenden Fragen:

a. Die Dispensation der Catechumenen von dem zur Confirmation erforderlichen Alter betreffend,

wurde sodann der Abgeordnete Skerl zum Referenten und der Abgeordnete Wolff zum Correferenten,

b. Die Kirchenpatronate betreffend,

der Abgeordnete Bode (Braunschweig) zum Referenten und der Abgeordnete Desterreich zum Correferenten bestellt,

und überhaupt beschlossen, die einzelnen Vorlagen in gleicher Weise zu behandeln, mit Ausnahme jedoch der über das gegenseitige Verhältniß der kirchlichen und staatlichen Gesetzgebung, welche einer Commission von 5 Mitgliedern überwiesen werden soll.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und die nächste bei Mittheilung der Tagesordnung auf morgen früh 10 Uhr anberaumt.

*Proetzsch, protokoll. Secretair.*

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung №. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

2. Sitzung am 24. November 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 23. d. Mts. bemerkt zunächst der Herr Präsident, daß der Abgeordnete Rohde beantragt habe, das Kirchenregiment zu ersuchen, den sämtlichen Kirchenvorständen des Landes die Protokolle und Sitzungsberichte der Landessynode zugehen zu lassen, und daß er beabsichtige, diesen Antrag demnächst bei Besprechung der Mittheilung des Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Kirche zur Berathung zu stellen.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen, und erstattet der Abgeordnete Ude Namens des Synodalausschusses über die Thätigkeit desselben während der Zeit zwischen dem Schlusse der ersten und Beginne der zweiten ordentlichen Landessynode Bericht, welcher zu Verhandlungen keine Veranlassung giebt.

Die gemäß der Tagesordnung hiernächst vorzunehmende Neuwahl des Synodalausschusses und der Commission für die Vorprüfung der Regierungsvorlage über das Verhältniß der staatlichen zur kirchlichen Gesetzgebung wird von dem Herrn Präsidenten auf den Wunsch mehrerer Abgeordneten, welche weitere Vorbesprechungen hierüber für zweckmäßig erachten, auf die nächste Woche verschoben, und tritt die Versammlung in die Berathung des Antrages des Abgeordneten von Gramm ein:

»Vor dem Beginn der Verhandlungen jeder Sitzung wird ein Wort der Schrift verlesen. Die Auswahl und Verlesung des Schriftwortes wird dem jetzigen zweiten Vorsitzenden übertragen.«

Nachdem der Abgeordnete Desterreich darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Fassung des Antrages es zweifelhaft erscheinen lasse, ob letzterer nur für die diesmalige Diät oder auch für die künftigen Geltung haben solle, wird derselbe von dem Abgeordneten von Gramm durch Einschaltung von »der diesmaligen Diät« hinter den Worten: »Vor dem Beginne der Verhandlungen jeder Sitzung« ergänzt und in dieser Form zur Debatte gestellt.

Abgeordneter Bode (Braunschweig) giebt anheim, den Antrag abzulehnen, da die Synode nicht über Glaubensangelegenheiten, sondern über Sachen der Verwaltung oft der geringfügigsten Art zu verhandeln habe, und zu diesen äußerlichen Angelegenheiten eine kirchliche Handlung wenig passe, außerdem ein solcher Brauch nicht naturwüchsig, sondern forcirt erscheine und ihm sowie vielen anderen Laien der Versammlung contre coeur sei.

Der Abgeordnete Steinmeyer bemerkt, daß schon auf der vorigen Synode so viel über das vorliegende Thema discutirt sei, daß eine nochmalige Verhandlung überflüssig erscheine, daß übrigens Alles, was der Vorredner gegen den Antrag gesagt habe, mit demselben Rechte sich dafür geltend machen lasse. Derselbe trägt auf Schluß der Debatte an.

Abgeordneter Apfel ist der Ansicht, daß, wenn angenommen werden müsse, daß die Mehrzahl der Laien gegen den Antrag sei, es am Gerathensten erscheine, letztern nicht zur Abstimmung zu bringen, sondern zurückzuziehen, während der Abgeordnete Desterreich solches für unzulässig hält, da der Antrag durch Stellung desselben gleichsam Eigenthum der ganzen Versammlung geworden, und ein Abschluß erforderlich sei.

Es wird Schluß der Debatte angenommen, und der Antrag bei der Abstimmung von der Majorität abgelehnt. Für Annahme stimmen 13 Abgeordnete.

Hierauf werden auf Vorschlag des Herrn Präsidenten die Referenten und Correferenten gewählt für folgende von der Kirchenregierung gemachte Vorlagen:

- 1) die Errichtung eines gemeinsamen Bistages betreffend die Abgeordneten Kühne und Skerl,
- 2) die Feier des Reformationsfestes betreffend die Abgeordneten Eggeling und Dedekind,
- 3) die Ordnung der Nebengottesdienste betreffend die Abgeordneten Thiele und Brunke,
- 4) die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend die Abgeordneten Kuhn und Ude,
- 5) die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betreffend die Abgeordneten Kunze und Rose,

und zwar die an erster Stelle Genannten zu Referenten, die an zweiter Stelle zu Correferenten.

Die Versammlung schreitet sodann zur Berathung über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Anschlusse an die von Herzoglichem Consistorio gegebene betreffende Uebersicht (Anlage 5), und bemerkt der Herr Präsident, daß er die einzelnen Mittheilungen, welche sich zu einer besonderen Discussion zu eignen schienen, bezeichnen und zur Verhandlung vorstellen werde, selbstverständlich unbeschadet des Rechts jedes Abgeordneten, seinerseits Materien hervorzuheben.

Cap. I. Verhältniß der Landeskirche zum Staate giebt zur Verhandlung keinen Anlaß.

Bei Cap. II. »Verhältniß der Landeskirche zu der Deutschen evangelischen Gesamtkirche sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande« nimmt Abgeordneter Wolff Anstand an dem Ausdrucke: »Deutsche evangelische Gesamtkirche« weil eine solche nicht existire und im hiesigen Lande die evangelisch-lutherische Kirche die alleinige Norm bilden könne.

Abgeordneter Bode (Braunschweig) ist dagegen dem Herzoglichen Consistorio dankbar, daß dieser Ausdruck gewählt ist, da, wenn auch eine Deutsche Gesamtkirche noch nicht existire, sie doch ein erhabenes und des eifrigsten Strebens würdiges Ziel sei. Sodann beleuchtet Redner die bisherige Wirksamkeit der Eisenacher Conferenz und kommt zu dem Schlusse, daß dieselbe eine äußerst schwache Verkörperung jener großen Idee sei, trotz ihres langjährigen Bestehens bislang wenig geleistet habe, und daß es ihr nicht gelungen sei, sich im Deutschen Volke ein besonderes Ansehen zu verschaffen. Derselbe stellt schließlich den Antrag:

»Hohe Landessynode wolle beschließen, die Kirchenregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß auf den Eisenacher Conferenzen neben den Kirchenbehörden auch die Landes- oder Provinzial-Synoden und zwar durch von diesen dazu erwählte Mitglieder vertreten werden«

Abt Ernesti weist dem Vorredner gegenüber auf die mannigfachen großen Verdienste der Kirchenconferenz hin, hebt die Schwierigkeiten, welche einer Theilnahme der Synoden an jener entgegenstehen, hervor und bemerkt, daß die hiesige Kirchen-Regierung sich für die Betheiligung ausgesprochen habe und die Wahl eines Abgeordneten zu der Conferenz unzweifelhaft der Synode überlassen werde, wenn überhaupt nur erst die Frage, ob Abgeordnete der Landes-synoden zu deputiren seien, bejahend entschieden sei.

Abgeordneter Sferl stellt zu dem Bode'schen Antrage den Zusatzantrag:

»Synode wolle beschließen, an das Hohe Kirchenregiment das Ansuchen zu stellen, eine solche Vereinigung mit den Kirchen-Regierungen anzubahnen, die auf demselben Standpunkte stehen«

und motivirt denselben damit, daß, da es nach den Ausführungen des Vorredners noch lange dauern werde, bis daß ein Einverständniß sämmtlicher Kirchenregierungen erzielt sei, es sich empfehle, wenigstens mit einem kleinen Theile Gleichgesinnter zu beginnen.

Abgeordneter Steinmeyer wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abgeordneten Wolff, hält es für wünschenswerth, daß auch unserer Landeskirche das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Deutsch-evangelischen Kirche nicht abhanden komme, verspricht sich von dem Vorschlage in Betreff der Beschickung der Conferenz durch die Synode wenig Erfolg und stellt den nach seiner Ansicht sich allein zur Annahme eignenden Antrag:

»Die Hohe Synode erklärt sich dahin, daß die Vertretung unserer Kirchenregierung auf der Conferenz zu Eisenach auch fernerhin bestrebt sein möge, die Gemeinschaft der evangelischen Kirchen Deutschlands zu fördern.«

Abgeordneter Bode (Braunschweig) bittet hiernächst den Abschnitt des Consistorialberichts auf pag. 8 sub 2 a. — Erklärung der Inspectionssynode Halle (Ottenstein) 1873: die Inspectionssynode spricht vor Herzoglichem Consistorio das Vertrauen aus, daß das Kirchenregiment den vorhandenen Bestrebungen, die lutherische Kirche des Landes mit Religionsgenossenschaften, deren Regierer und Diener nicht ausdrücklich an das lutherische Bekenntniß gebunden sind, kirchlich zu vereinigen, entschieden entgegenzutreten werde, und verwahrt das Recht ihrer Gemeinden an ein Regiment, das in all seinem Handeln an das lutherische Bekenntniß gebunden ist, gegen jede Nichtachtung und Kränkung desselben — mit zur Verhandlung zu verstellen, und wird dem stattgegeben. Derselbe spricht sich sodann entschieden gegen die Tendenz der vorstehenden Erklärung aus, hält den entgegengesetzten Standpunkt für allein richtig und ist der Ansicht, daß, unbeschadet der verschiedenen Glaubenslehren, eine Einigung auf kirchlichem Gebiete analog der auf staatlichem etwa in der Weise anzustreben sei, daß die gesammten Kirchenregierungen mit einer Gesamtsynode zur Feststellung allgemeiner Angelegenheiten zusammentreten. Redner erwartet eine bedeutende Förderung des Wohls der ganzen Kirche von der Ausführung eines solchen bereits auf der vorigen Synode gemachten, von dem Kirchenregiment aber gänzlich unberücksichtigt gelassenen Vorschlages, welcher damals vielleicht noch doctrinär habe scheinen können, jetzt aber nach Einrichtung der Synoden zeitgemäß und ausführbar sei, und stellt den Antrag:

»Die Synode wolle beschließen, daß der Erklärung der Inspectionssynode Halle in Bezug auf das Verhältniß der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes zu andern Kirchen entgegenzutreten, und daß vielmehr der Antrag der ersten ordentlichen Landessynode: das Kirchenregiment zu ersuchen, die Bestrebungen auf Einigung aller deutsch-evangelischen Glaubensgenossen unter einem auf evangelischen Grundsätzen beruhenden kirchlichen Regimente nach Kräften zu unterstützen — zu wiederholen sei.«

An der Discussion über die vorgedachten Anträge theilnehmen sich außer den Antragstellern die Abgeordneten Rohde, Stöter, Wolff und Eggeling, und führt solche zu dogmatischen Auseinandersetzungen. Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Geheimerath Dr. jur. Triepz unterzieht hierauf die gestellten Anträge einer eingehenden Kritik, giebt anheim, es bei dem Steinmeyer'schen Antrage bewenden zu lassen, da die

übrigen zu vage gehalten seien, bestimmte Forderungen vermissen ließen und mehr Schaden als Nutzen würden, und verwahrt das Kirchenregiment ausdrücklich gegen die Vorwürfe, welche in dem 2. Bode'schen Antrage gefunden werden könnten. Da in Folge der Rede des Herrn Regierungscommissar die Debatte wieder eröffnet ist, so ergreifen die Antragsteller nochmals das Wort, um die erhobenen Bedenken zu beseitigen und ihre Anträge zur Annahme zu empfehlen, und hebt der Abgeordnete Bode e speciell hervor, daß er dem Kirchenregimente keineswegs einen Vorwurf habe machen wollen.

Nachdem sodann Abt Ernesti vor dem Bestreben gewarnt hat, eine Einigung auf der Eisenacher Conferenz um jeden Preis zu erreichen, da alsdann der bisher streng gewahrte Glaubensgrund verlassen, und dem Separatismus Raum gegeben werde, und Abgeordneter Desterreich ferner darauf aufmerksam gemacht hat, daß der Bode'sche Antrag weder eine Beschwerde, noch einen Tadel gegen das Kirchenregiment ausspreche, vielmehr nur dem berechtigten Wunsche Ausdruck verleihe, daß es letztem gelingen möge, eine Einigung aller deutsch-evangelischen Glaubensgenossen zu erzielen, wird zur Abstimmung geschritten. Der erste Antrag des Abgeordneten Bode wird angenommen, der des Abgeordneten Skerl abgelehnt. Hinsichtlich des zweiten Bode'schen Antrages ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag wird mit 22 gegen 8 Stimmen angenommen.

Für denselben stimmen die Abgeordneten Desterreich, Körner, Cimecke, Ahrens, Keuncke, Preuße, Apfel, Skerl, Eggeling, Stöter, Lerche (Eikum), Lerche (Gandersheim) Kühne, Kuhn, Kunzen, Bode (Braunschweig), Ude, Gravenhorst, v. Heinemann, Brunke, Vibrans, Caspari; gegen denselben die Abgeordneten Debekind, Wolff, Rohde, Thiele, Rose, von Gramm, Steinmeyer und Freist. Durch Annahme dieses Antrages findet der des Abgeordneten Steinmeyer seine Erledigung.

Darauf wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf morgen früh 10 Uhr und Ankündigung der Tagesordnung von dem Herrn Präsidenten geschlossen

*Proetzel, protokoll. Secretair.*



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

3. Sitzung am 25. November 1876.

Nach Verlesung und Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom gestrigen Tage wird die Berathung über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Anschlusse an die von der Herzogl. Kirchenregierung gegebene betreffende Uebersicht fortgesetzt.

Bei Cap. II. A. beantragt der Abgeordnete Thiele:

Herzogl. Kirchenregierung wolle bei der nächsten Eisenacher Conferenz in Anregung bringen, daß thunlichst bald Bedacht genommen werde auf die Herstellung eines gemeinsamen Militairgesangbuchs für den evangelischen Theil des Deutschen Heeres.

Zur Begründung dieses Antrags wird auf ein fühlbar gewordenes desfallsiges Bedürfniß Bezug genommen.

Nachdem Abt Ernesti die Erklärung abgegeben, daß Herzogl. Consistorium geneigt sei, den fragl. Gegenstand auf der Eisenacher Conferenz in Anregung bringen zu lassen, wird der Antrag ohne Debatte angenommen.

Hieraächst macht Wirkl. Geheimerath Trieps Excellenz ad Cap. III. A. 1 und 2, Leitung der Kirchenbauten durch einen besonderen Baubeamten betreffend, bemerklich, daß Herzogl. Baudirection bereits im Jahre 1873 aufgefördert worden sei, einen geeigneten Baubeamten für Kirchenbauten in Vorschlag zu bringen, daß solches auch geschehen, der betreffende Beamte aber, der noch anderweit beschäftigt gewesen, für die hier fraglichen Zwecke erst kürzlich disponibel geworden sei.

Derselbe hebt ferner ad Cap. III. A. 2, die Beforgung der Geschäfte der weltlichen Kirchenvisitatoren durch die Kreisdirectoren und die damit verbundenen Unzuträglichkeiten betreffend, diejenigen Bedenken hervor, welche der anderweiten gesetzlichen Regulirung des fragl. Gegenstandes bisher entgegen gestanden haben.

Sodann beantragt der Abgeordnete Wolf ad III. A. № 4, die mit der 1. Landessynode vereinbarte Visitationsordnung betreffend:

Landessynode ersucht das Kirchenregiment

- a. dem ersten Absätze des §. 5 der Kirchen-Visitations-Ordnung vom 6. Januar 1873 in eine folgende Fassung zu geben:

... »in zwei Exemplaren mit dem Ersuchen mitzutheilen, beide in gleicher Weise mit Antwort versehen, das eine Exemplar spätestens acht Tage vor Eintritt der Visitation an ihn zurückzusenden, das andere bei den Visitationsakten in der Pfarr-Registratur aufzubewahren.«

- b. §. 13 folgendermaßen zu schließen:

... »welches unter Beischluß einer Abschrift des Parochial-Berichtes auf jede derselben besondern Bescheid ertheilen wird.

Ist der Visitator ein Superintendent, so übersendet er die an Unser Herzogliches Consistorium gerichtete Visitations-Relation an den General-Superintendenten seines Kreises, welcher sie binnen 14 Tagen an Unser Herzogliches Consistorium einzusenden hat.«

Der Antrag wird den Abgeordneten Steinmeyer und Desterreich zur Vorprüfung überwiesen.

Ein ferner vom Abgeordneten Eggeling gestellter Antrag dahin:

Hohe Synode wolle an das Kirchenregiment das Ersuchen stellen, die Superintendenten anzuweisen, daß sie bei den Visitationen insbesondere auf den Gebrauch des von der außerordentlichen Synode genehmigten Trauformulars hinwirken, wird wieder zurückgezogen, nachdem Consistorialrath von Schmidt-Phiseldiek die Erklärung abgegeben hat, daß das Kirchenregiment streng auf die Befolgung des gedachten Kirchen-Gesetzes halten werde.

Bei Cap. III. B. 2. beantragen:

- 1) Abgeordneter Kuhn:

Die Landessynode wolle das Hohe Kirchenregiment um ein Gesetz ersuchen, durch welches die dem Kirchenvorstande nach §. 25 des Gesetzes vom 20. November 1851 zustehende Competenz bei Geldverwilligungen von 30 M. auf 150 M. jährlicher selbstständiger Verfügung erhöht werde,

- 2) Abgeordneter Bode (Braunschweig):

Die Landessynode wolle das hohe Kirchenregiment um ein Gesetz ersuchen, durch welches die dem Kirchenvorstande nach §. 26 des Gesetzes vom 20. November 1851 zustehende Competenz bei Geldverwilligungen von 30 M. auf 100 M. in jedem einzelnen Falle erhöht werde.

Nachdem beide Anträge motivirt und unterstützt sind, zieht der Abgeordnete Kuhn seinen Antrag (N. 1) wieder zurück, worauf dieser vom Abgeordneten Lerche (Eigum) wieder aufgenommen wird.

An der Debatte, in welcher für die Erweiterung der Zuständigkeiten der Kirchenvorstände, wie bei früheren Verhandlungen über denselben Gegenstand, nur Utilitätsgründe geltend gemacht werden, betheiligen sich außer den Antragstellern die Abgeordneten Eimecke, Körner, von Gramm und Keunecke. Der Abgeordnete Steinmeyer glaubt gegen die vorliegenden Anträge und namentlich gegen den Bodeschen geltend machen zu müssen, daß deren Annahme mit Rücksicht auf den in der Stadt Braunschweig bestehenden Cassenverband und auf die einzelnen bemittelten Kirchen obliegende Unterhaltungspflicht mit Iniquitäten verbunden sein werde.

Der Antrag Bode wird abgelehnt, der Antrag Lerche (Kuhn) dagegen angenommen.

Ad III B. 1 beantragt nachträglich noch der Abgeordnete Stöter:

beschließen zu wollen, daß Anmeldungen zur Kirchenvorstandswahl in den kleinern Gemeinden des Landes nicht erforderlich seien

Auf Antrag des Abgeordneten Steinmeyer wird der Stöter'sche Antrag einer Commission von 3 Mitgliedern zur Begutachtung überwiesen. In dieselbe gewählt werden: Kühne, Lerche (Eigum), Kuhnken.

Angenommen wird ferner ein Antrag des Abgeordneten Kuhn dahin:

Herzogliche Kirchenregierung ersuchen zu wollen, daß sämtlichen Kirchenrechnungsführern ein Abdruck der über die Auslosungen der Landesschuldverschreibungen bei jeder Auslosung angefertigten Listen zugestellt werde.

Bei Cap. III. Nr. 2, C., »Zusammenfassung der Beschlüsse der Landessynode« (S. 9) beantragt Abgeordneter Rohde:

Landessynode wolle an die Herzogl. Kirchenregierung den Antrag richten, daß den sämtlichen Kirchenvorständen des Landes je 1 Exemplar der Protokolle und Sitzungsberichte der Landessynode nebst den dazu gehörenden Anlagen zugestellt werde.

Der Antrag wurde angenommen und hiernächst die Sitzung bei Bestimmung der nächsten auf Dienstag den 28. November c., Vormittags 10 Uhr, und Feststellung der Tagesordnung geschlossen.

Ude, Secretair der Synode.



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

4. Sitzung am 28. November 1876.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Herzogl. Staatsministerii vom 28. d. M., wonach an Stelle des erkrankten Polizeiaffessors Dr. jur. Proehel der Stadtgerichts-Secretair Assessor Kunze aus Wolfenbüttel mit der Führung des Protokolls beauftragt ist und mit der nächsten Sitzung in Funktion treten soll.

Dem Abgeordneten Wolff wurde sodann vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort ertheilt, um der Versammlung eine Eingabe an die Kirchenregierung mitzutheilen, worin er dem am 24. d. M. zum Beschluß erhobenen Antrage des Abgeordneten Bode gegenüber das Kirchenregiment ersucht, dasselbe möge sich noch während der Sitzungen der jetzt tagenden Landessynode dahin aussprechen, daß es nie dazu mitwirken werde die evangelisch-lutherische Kirche des Landes einem Kirchenregimente zu unterstellen, das an das lutherische Bekenntniß nicht gebunden sei.

Der Tagesordnung gemäß nimmt die Versammlung nun die Wahl der auf 5 Mitglieder festgesetzten Commission zur Vorprüfung der Vorlage der Kirchenregierung über das Verhältniß der Landes- und Kirchengesetzgebung vor und bestimmt dazu die Abgeordneten Bode, Desterreich, Skerl, Thiele, Ude; darnach werden in getrennten Wahlhandlungen die Abgeordneten Skerl, Steinmeyer, Caspari, Ude, Kunze zu Mitgliedern des Synodalausschusses und zu Stellvertretern derselben, wie sie der Reihe nach folgen, die Abgeordneten Lerche (Eikum), Apfel, Bode, Kühne, von Heinemann erwählt. In Bezug auf die letzte Wahl entspann sich darüber eine kurze Debatte, ob unbeschriebene Wahlzettel für die Feststellung der absoluten Majorität zu berücksichtigen seien oder nicht, ohne daß die Frage selbst zur Entscheidung gekommen wäre.

Hierauf fährt die Versammlung fort, die Mittheilungen des Herzogl. Consistorii über die Zustände der evangelisch-lutherischen Kirche in weitere Berathung zu nehmen. Bei dem Abschnitt pag. 14 c. A. »Pensionsgesetz für die Geistlichen« beantragt der Abgeordnete Brundke: Synode wolle beschließen, das Kirchenregiment zu ersuchen, der nächsten Landessynode ein Emeritirungsgesetz

für die Landesgeistlichkeit auf Grund der im Staatsdienstgesetze vom 12. October 1832 für die Staatsdiener adoptirten Normen vorzulegen, und motivirt seinen Antrag damit, daß die Geistlichen die einzigen Beamten im Lande seien, denen ein Anspruch auf Pension nicht zustehe. Zwar habe die Liberalität der Kirchenregierung bisher alle Härten dieses Verhältnisses ausgeglichen, aber der pflichttreueste Prediger habe doch immer nur auf die Gnade zu hoffen und sei nicht von Rechts wegen vor der Sorge bewahrt, in welche er durch die früher oder später eintretende Nothwendigkeit seiner Emeritirung gerathen könne. In anderen Ländern sei schon längst oder doch in neuerer Zeit durch ein Pensionsgesetz in dieser Hinsicht gesorgt, und was dort möglich gewesen sei, müsse sich auch bei uns durchführen lassen. Obgleich die Geistlichen nicht eigentlich Staatsdiener seien, so müsse doch der Wunsch sich in ihnen regen, bei ihrer event. Pensionirung ähnlich wie die Staatsdiener behandelt zu werden. Je weniger sie darauf ein Recht hätten, um so mehr seien sie verpflichtet, für die Erfüllung dieses Wunsches Opfer zu bringen und er zweifle nicht, daß dazu alle bereit sein und eine erhebliche Summe aus eigenen Mitteln hergeben würden. Das Bedürfniß nach einer zeitgemäßen Ordnung der Pensionirung der Geistlichen unseres Landes werde überall empfunden, daher dürfe man nicht verzweifeln, den rechten Weg zur Befriedigung desselben zu finden.

Geheimerath Triepß: Er verkenne die Berechtigung des eben gestellten Antrages keineswegs; niemand möge da auf Gnade angewiesen sein, wo er die Möglichkeit sehe, einen rechtlichen Anspruch erwerben zu können, zumal die Vergleichung zwischen Staats- und Kirchendienern nahe liege. Allein in der wirklich bestehenden großen Verschiedenheit der Verhältnisse beider liege die Schwierigkeit, den gestellten Antrag bei allem Wohlwollen für die Geistlichen zu verwirklichen. Auch die jetzt geltende Ordnung der Pensionirung der Staatsdiener würde nicht möglich sein, wenn nicht einerseits durch das Zusammenfließen aller Einkünfte des Landes in eine Casse das Mittel dazu und durch Classifizierung der Staatsdiener nach Einnahme und Dienstalter eine bestimmte Skala dafür gegeben sei; dadurch sei es möglich, die vom Staate für Pensionirung zu bringenden Opfer einigermaßen zu übersehen. Diese Voraussetzung fehle für die Geistlichen unseres Landes gänzlich. Von einer Gemeinsamkeit des Pfarrvermögens sei bei uns keine Rede. Das Einkommen jeder Pfarre sei nach dem Landesgrundgesetze als *pia causa* in ihrer Selbständigkeit geschützt und habe unantastbar seinem eigentlichen Zwecke weiter zu dienen. Selbst dieses einzelne Pfarrvermögen lasse sich wegen der verschiedenen onera, die auf ihm ruhen, nach seinem wahren Werthe für die Nutznießer schwer feststellen. Aus diesen besonderen Verhältnissen unseres Landes sei auch die Vergleichung mit anderen Ländern, die bereits ein Pensionsgesetz für ihre Geistlichen eingeführt hätten, nicht zutreffend, weil in ihnen mehr oder minder eine Zusammenlegung des gesammten Pfarrvermögens stattgefunden habe. So werde der Befriedigung des ausgesprochenen Wunsches die Frage, woher die Mittel dazu zu nehmen seien, sich hemmend entgegenstellen. Der Staat könne unmöglich die nicht einmal annähernd zu übersehenden Kosten auf sich nehmen, der Kloster- und Studienfond sei mit Ansprüchen fast schon überbürdet, und das von dem Antragsteller vorgeschlagene Mittel, durch Beiträge seitens der Geistlichen zu helfen, werde keinen großen Erfolg haben. Da nun zugestandener Maßen das bisherige Verfahren zu keiner gerechten Klage geführt habe, so könne er nur rathen, es dabei zu belassen, anderenfalls müsse er verlangen, daß der Kirchenregierung in bestimmter Weise angegeben werde, auf welchem Wege man sich die Verwirklichung des Antrages möglich denke.

Abgeordneter Steinmeyer. Auch er fühle zumal nach den schwerwiegenden Bedenken des Herrn Vorredners die Schwierigkeit der gewünschten Form der Pensionirung der Geistlichen wohl heraus, aber die Geschiede einzelner Prediger lehrten die Nothwendigkeit, daß hier etwas geschehen müsse. Nur dürfe nicht alle Arbeit der Kirchenregierung zugemuthet werden. Die Erledigung der aufgeworfenen Frage sei eine angemessene Beschäftigung für die Inspectionsynode, da hier Laien und Geistliche gleich an der Sache interessiert seien, oder die Landesynode

müsse eine Commission erwählen, die demnächst dem Synodalausschusse ihre Anträge zuzustellen habe, der sich dann darüber mit der Kirchenregierung in Verbindung setzen müsse.

Abgeordneter Apfel beantragt: es möge eine Commission von 5 Mitgliedern zur Aufstellung eines speciellen Antrages in dieser Hinsicht an die Synode erwählt werden;

Abgeordneter Bode erklärt sich gegen diesen Antrag, da die Synode unmöglich so lange versammelt bleiben könne, bis jene Commission ihre Aufgabe nur einigermaßen sachlich gelöst haben würde. Die Hauptsache bleibe die Beschaffung von Geld und die Mittel dazu werde keine Commission erfinden. Er rath, den Antrag ganz fallen zu lassen; denn von dem einzig denkbaren Wege, durch Beiträge der Geistlichen die Pensionirung möglich zu machen, halte er nicht viel, da sich bei den einzelnen keine große Bereitwilligkeit zeigen werde, für das Ganze die sehr erheblichen Mittel aufzubringen, welche die Durchführung des Planes erfordere.

Abgeordneter Brunke erklärt dagegen, daß die Geistlichen seines Kreises gern bereit seien, die nach dem sächsischen Pensionsgesetze erforderlichen Beiträge zu zahlen. Da die Einnahmen der Geistlichen sich meist höher belaufen, als sie jetzt angenommen werden, so dürste auf eine jährliche Beisteuer von mindestens 14,000 M. wohl zu rechnen sein.

Abgeordneter Desterreich erkannte gleichfalls die große Bedeutung der angeregten Frage an, glaubt aber, daß die Versammlung sich mit einer solchen organisatorischen Arbeit nicht befassen könne. Dem Antrage, wie er gestellt sei, werde er nicht beitreten, da er die Aufforderung in sich schließe, über fremde Mittel, über welche die Versammlung kein Recht habe, zu verfügen; er rathe der Versammlung es bei folgendem Antrage bewenden zu lassen:

Die hohe Kirchenregierung zu ersuchen, die Frage in weitere Erwägung zu nehmen, wie den Inhabern der Pfarrstellen bei eintretender Dienstunfähigkeit eine Pensionirung ähnlich den im Civilstaatsdienst bestehenden Verhältnissen zu erwirken sei, und der nächsten Landessynode das Ergebniß dieser Erwägungen mitzutheilen.

Geheimerath Dr. Triepß: er müsse an die Unmöglichkeit erinnern, etwa durch ein Kirchengesetz die Verpflichtung zu Beiträgen ohne weiteres einzuführen, nur successive würde bei eintretenden Vacanzen den neuen Predigern die Last von ihren Einkünften an die Pensionskasse abzugeben, aufzuerlegen seien. Auch darüber dürfe man sich nicht täuschen, daß im einzelnen Falle das vorgeschlagene Verfahren gegenüber der bisherigen Praxis wenig Freude machen werde: so wenn ein junger Geistlicher auf einer guten Pfarre nach kurzer Amtsführung dienstunfähig würde und etwa nur  $\frac{1}{3}$  seines Einkommens behalten,  $\frac{2}{3}$  in den allgemeinen Pensionsfond abgeben solle. Man rechne darauf, daß die Gesamtheit, die Ungleichheiten im Einzelnen vermitteln soll, aber nach seiner Erfahrung müsse er den Ernst der Geneigtheit dazu bezweifeln; es werde auch hier große Geneigtheit sich zeigen bei denen, die haben wollen, und große Ungeignetheit bei denen, die geben sollen.

Abgeordneter Steinmeyer und Apfel empfehlen nochmals ihre besonderen Anträge, der letztere namentlich mit dem Hinweis, daß die Inspectionssynoden von der Landessynode erwarten, daß sie diesmal in dieser Richtung etwas thue und es nicht bloß bei Reden darüber bewenden lasse.

Abgeordneter Stöter hält diese Frage für eine brennende; der Kirchendienst werde jetzt spärlich gesucht, und ein Grund davon liege im Mangel an einer gesetzlich feststehenden Pension. Die Nothwendigkeit eines Pensionsgesetzes weist er an Beispielen aus seiner Inspection nach.

Nach dem Schluß dieser längeren Debatte wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge der des Abgeordneten Desterreich angenommen.

Zu pg. 15 d. »das kirchliche Leben«  
b, »Gesangbuch«

behält sich der Abgeordnete Apfel weitere Anträge bei Gelegenheit der Verhandlung über den Bericht der liturgischen Commission vor.

Zu pg. 17 bb. »Tobtenfest« beantragte der Abgeordnete Skerl:

Hochwürdige Synode wolle an das hohe Kirchenregiment das Ersuchen stellen,

daß dasselbe für die gesammte Landeskirche auf den letzten Sonntag im Kirchenjahre eine Todtenfeier anordnen möge, und motivirt diesen Antrag damit, daß eine solche Feier fast in allen evangelischen Kirchen stattfinden und auch hier zu Lande vielerorts allmählich sich eingebürgert habe und dem Bedürfnis vieler Gemeindeglieder entgegenkomme. Die Feier werde noch bedeutsamer sein, wenn sie officiell angeordnet würde und im ganzen Lande stattfinden.

Die Abgeordneten Rose und Thiele unterstützen den Antrag durch Mittheilungen aus ihrer Erfahrung; der letztere beanstandet nur den im Consistorial-Berichte gebrauchten Ausdruck »Todtenfest« und warnte, daß sich in diese Feier nicht die Sentimentalität eindrängen möchte, welche für die Reformatoren die Veranlassung geworden sei, sich zu ihrer Zeit gegen eine solche Feier zu erklären.

Der Antrag des Abgeordneten Skerl wurde angenommen.

Zu pag. 17 cc. »Hagelfeiertag«

Stellte der Abgeordnete Kunzen den Antrag:

Die Synode wolle beschließen, daß an das Kirchenregiment der Antrag zu richten sei, daß die Hagelfeier als besonderer, im Laufe der Woche zu begehender Festtag aufgehoben und die betreffende Feier auf einen vom Kirchenregimente zu bestimmenden Sonntag im Monat Mai verlegt werde,

und motivirte denselben damit, daß der Ursprung dieser Feier unbekannt sei und entweder aus Fürbitten nach hartem Hagelschaden oder als Satzfest nach vollendeter Feldbestellung entstanden sei. Es scheine ihm eine besondere Braunschweigische Feier zu sein, die aber in den verschiedenen Gegenden des Landes verschieden bald mit einem halben, bald mit einem ganzen Festtage begangen würde. In der Verlegung auf einen Alltag sieht er Versuchung zu Völlerei oder Trägheit, und um dies zu meiden, habe er seinen Antrag gestellt.

Abgeordneter Thiele giebt zunächst geschichtliche Aufschlüsse über Hagelfeier und erklärt sich dann gegen den gestellten Antrag; eine solche Verlegung drohe ihm zur Aufhebung zu führen. Die Theilnahme auf dem Lande an dieser Feier sei groß, Leute, die sonst nicht oft in die Kirche kommen, an diesem Tage und am Erntefeste fehlten sie selten, das seien ihre ökonomischen Sedan- und Auferstehungsfeste. Zu bedauern sei, daß die Stadt Braunschweig sich diese Feier habe entgehen lassen, obgleich doch auch sie des Segens Gottes zur Behütung der Feldfrucht bedürfe.

Abgeordneter Gimecke ist gleichfalls gegen den Antrag; nur wo erhebliche Gründe sich gegen eine alte kirchliche Sitte erheben, dürfe die Synode die Hand zu ihrer Abschaffung bieten. Für die angeregte Verlegung auf Mittwoch könne er nicht stimmen, da es auf dem Lande üblich sei, wenn einmal gefeiert werde, das auf zwei Tage auszudehnen; das sei denn unschädlicher möglich, wenn sich an den Sonntag der Montag als Hagelfeier anschließe.

Die Abgeordneten Apfel und Steinmeyer schließen sich den Thiele'schen Bedenken an und sprechen sich gegen den Antrag aus.

Abgeordneter Keunecke: er sei für den Antrag; denn daß durch eine Verlegung des Tages derselbe in seiner Bedeutung in Vergessenheit gerathen könne, besorge er nicht. Das der Hagelfeier, dem Satzfeste, gegenüberstehende Fest, das Erntefest, werde auch auf einen Sonntag gefeiert, und er habe nicht gefunden, daß es dadurch an Bedeutung verloren habe. Sollte aber ein Alltag genommen werden, sei auch er für den einmal eingebürgerten Montag.

Der Abgeordnete Stöter spricht sich gleichfalls für Verlegung auf einen Sonntag aus, während der Abgeordnete Dedekind die Theilnahme der Gemeinden an der bisherigen Art zu feiern für entscheidend hält, und darum die Beibehaltung des Bestehenden empfiehlt.

Durch die nun folgende Abstimmung wird der Kunzen'sche Antrag abgelehnt.

Darauf wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf morgen früh 10 Uhr und Ankündigung der Tagesordnung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

A. Skerl, Secretair der Synode.



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

5. Sitzung am 29. November 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage, wird die Berathung über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Anschlusse an die von der Herzoglichen Kirchenregierung gegebene betreffende Uebersicht (Anl. 5) fortgesetzt, und beantragt zunächst bei Cap. III. E. b. »Aufgebot und Trauung« (pag. 19 der Vorl.) der Abgeordnete Eimcke:

Die Synode wolle beschließen, Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, die Prediger anweisen zu wollen, daß sie eine beantragte kirchliche Trauung nicht versagen dürfen.

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag wie folgt:

Er habe in Erfahrung gebracht, daß mehrere Prediger im Lande sich weigern, an einem geschiedenen Ehegatten die Trauung zu vollziehen. Ein ihm bekannter specieller Fall solcher Weigerung habe allgemeine Entrüstung in den Kreisen, in welchen er bekannt geworden, hervorgerufen, um so mehr, als jetzt ja die Kirche den bereits vorher ehelich verbundenen Personen nur noch den Segen zur christlichen Führung ihrer Ehe zu ertheilen habe. Er wisse wohl, daß einige Prediger sich zur Begründung ihrer Weigerung auf eine Bibelstelle berufen, aber der Stifter unserer Religion habe das nicht gewollt, was von Seiten mancher Prediger aus der von ihm berichteten Aeußerung herausgelesen werde. Man solle und müsse einem geschiedenen Ehegatten nicht mehr Hindernisse zur Eingehung einer Ehe in den Weg legen, als einem Verbrecher. Aus diesem Gedanken sei sein Antrag hervorgegangen.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung zur Discussion gestellt, und ergreift zunächst das Wort der Deputirte Herzoglichen Consistorii, Consistorialrath von Schmidt-Phiseldack:

In dem vor einem Jahre berathenen Kirchengesetz, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., und zwar im §. 5 dieses Gesetzes, seien die Fälle hervorgehoben, in welchen die kirchliche Trauung zu versagen sei.

Der Antrag würde demnach, wie er gleich vorausschicken wolle, eine Aenderung des erst jüngst berathenen Gesetzes involviren. In dem vom Vorredner angedeuteten Falle habe das Gericht auf Scheidung erkannt und dem schuldigen Ehegatten die Wiederverheirathung untersagt. Wenn nun auch das Reichsgesetz von 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung die Rechtswirkung eines solchen Erkenntnisses beseitigt habe, so doch nicht die ethische Grundlage, und es sei wohl zweifelhaft, ob derjenige, welcher die Ehe gebrochen, vor den Altar treten und die kirchliche Segnung würdig empfangen könne. Man müsse es dem Prediger überlassen, im einzelnen Falle die Entwürdigung festzustellen:

Abgeordneter Cimecke:

Wenn ein Prediger sich weigere, eine Trauung vorzunehmen, so habe dies nur, was auch der Grund der Weigerung sein möge, zur Folge, daß auch noch andere Personen als die, welche von der Weigerung besonders getroffen werden, von der Kirche sich abwenden. Wer es mit dem kirchlichen Leben gut meine, der müsse alle solche Dinge, die Anstoß zu erregen vermöchten, aus dem Wege räumen. Uebrigens verpflichte ja das Reichs-Civilehegesetz den Standesbeamten, die Ehe eines wegen Ehebruchs Geschiedenen mit einem Andern, falls dieser nur nicht sein Mitschuldiger sei, ohne Weiteres zu schließen, und es werde daher durch die Weigerung der Prediger, die kirchliche Einsegnung vorzunehmen, nicht nur Nichts erreicht, sondern geschadet.

Abgeordneter Eggeling:

Man habe im vorigen Jahre bei Berathung des Kirchengesetzes über die kirchliche Trauung u. d. Bestimmungen wegen Versagung der letzteren zu beschränken gesucht. Nach §. 7 dieses Gesetzes habe der betreffende Geistliche die Sache dem Kirchenvorstande zur Prüfung vorzulegen, und sei berechtigt, die Trauung zu versagen, wenn der Kirchenvorstand hierzu die Zustimmung ertheile. Ob dieser gefragt sei, und was derselbe geantwortet, das habe er bislang noch nicht erfahren und er bitte um Auskunft darüber.

Consistorialrath von Schmidt-Phiseldiek:

Der Fall, der zur Kenntniß des Herzoglichen Consistorii gekommen, falle nicht unter *N*. 3 des §. 5 des citirten Gesetzes, sondern unter *N*. 2. Soviel ihm bekannt, sei die Ehe des wegen Ehebruchs Geschiedenen als dem Evangelio zuwider von allen denen, die zu echt lutherischen Grundsätzen halten, angesehen worden. Ob aber die geschlossene Ehe dem Evangelio zuwider sei, und ob die Trauung deshalb versagt werden müsse, das habe nach §. 6 des mehrfach erwähnten Gesetzes das Herzogliche Consistorium zu entscheiden, und der betreffende Geistliche solle jeden ihm bedenklich erscheinenden Fall demselben zur Entscheidung vorlegen. Darnach sei gehandelt.

Abgeordneter Körner. Zwischen dem Momente, wo Jemand geschieden, und dem Momente der Wiederverheirathung liege doch immer eine längere oder kürzere Frist, und es könne sich ja der Geschiedene, der die kirchliche Segnung verlange, inzwischen bekehrt haben. Man müsse deshalb dahin zu streben suchen, daß der Geistliche zur Vornahme der von ihm verlangten Einsegnung der Ehe verpflichtet sei.

Abgeordneter Wolff. Die Kirche könne den Ehebruch niemals gutheißern. Wer activen Ehebruch begangen, der dürfe nicht kirchlich eingeseget werden, so lange das Band mit dem anderen Ehegatten, gegen den der geschiedene Ehebrecher gesündigt habe, nicht durch den Tod oder Wiederverheirathung des ersteren gelöst sei.

Abgeordneter Cimecke. Der Fall, welchen er im Auge habe, sei in seiner Gemeinde vorgekommen. Er als Standesbeamter habe Sorge getragen, daß der wegen Ehebruchs Geschiedene bei Eingehung der neuen Ehe sich kirchlich einsegnen lasse. Der Pastor in der Gemeinde habe sich geweigert, wogegen der Nachbarpastor zur Einsegnung bereit gewesen. Schließlich seien aber Zweifel entstanden, und die Angelegenheit sei dann an Herzogliches Consistorium gelangt. Er wolle nur noch hervorheben, daß Christus der Ehebrecherin auch vergeben habe; man müsse die christliche Liebe walten lassen und dürfe nicht zu weit in seinen Anforderungen gehen, denn sonst treibe man die Leute aus der Kirche.

Abgeordneter Rohde. Der Heiland habe übrigens auch zu der Ehebrecherin noch gesagt: »Gehe hin und sündige nicht mehr.« An anderer Stelle heiße es: »Wer eine Geschiedene freiet, der bricht mit ihr die Ehe.« Danach wäre also die Esegnung einer solchen Ehe Gutheißung des Ehebruchs.

Abgeordneter Verche. Ein Gutheißn könne er darin keineswegs finden, zumal durch die Geistlichen die Ehe nicht geschlossen, sondern nur egesegnet würde. In den meisten Fällen wisse der betreffende Geistliche gar nicht, ob der die Esegnung Nachsuchende ein Geschiedener sei oder nicht. Man könne sich doch nicht immer vorher genau instruire, ob die Eheleute einer kirchlichen Esegnung werth seien.

Ihm schwebte vor Allem das schöne Bibelwort vor seiner Seele: Segnet, und fluchet nicht.

Geheimerath Dr. jur. Triepß: So wie der Antrag gestellt sei, könne er ohne Zweifel nicht angenommen werden. Im vorigen Jahre erst sei der Beschluß gefaßt, daß bis zum Erlaß eines Kirchengesetzes über die rechtlichen Ehehindernisse ein besonderer im §. 6—8 des Gesetzes vom 5. December 1875 geregelter Instanzenweg eintreten müsse. Er frage nun: Ist etwa der Synodal-Ausschuß gehört? Hat der Betreffende, dem die kirchliche Esegnung seiner Ehe verweigert worden, sich an seinen Landesherrn gewandt? Man könne sich doch nicht ohne Weiteres über die Kirchengesetze hinwegsetzen, und deshalb sei der Antrag unhaltbar, er gehe zu weit und hätte etwa nur in Form einer Bitte gefaßt werden können. Ein solches Gesetz: Die Prediger sind gehalten, den um kirchliche Esegnung Nachsuchenden ohne Anstand zu willfahren, oder: Sie sind verpflichtet, die Ehebrecher einzusegnen, widerspreche dem Gefühl. So glatt, wie der Abgeordnete Cimecke sich die Sache denke, gehe dieselbe nimmermehr ab. Die Kirche habe durch das Reichs-Civilhegesetz auf der einen Seite zwar verloren, denn sie schließe die Ehe nicht mehr wie vordem, aber sie habe auch wieder gewonnen, denn sie könne sich jetzt rein auf das sittlich-religiöse Element stützen. Er bitte, nicht einseitig Beschlüsse in die Welt zu schleudern, und müsse nochmals bemerken, daß im concreten Falle der Betreffende nicht einmal alle vorhandenen Mittel erschöpft habe. Die angeregte Materie gehöre zu den feinsten und schwierigsten Punkten, die durch Gesetz geregelt werden könnten, und nie sei es erlaubt, über das Gesetz hinweg den Predigern ohne Weiteres bestimmte Anweisungen zu ertheilen.

Abgeordneter Kuhn. Er wolle nur kurz andeuten, daß die Synode durch Annahme dieses Antrages die Geistlichkeit in höchst unangenehme Lage versetze, und bitte deshalb dringend, den Antrag abzulehnen.

Nach kurzen Bemerkungen zur Sache von Seiten der Abgeordneten Verche (Eikum), Keunecke, Apffel wird die Berathung geschlossen und über den Antrag Cimecke abgestimmt, der von der Synode abgelehnt wird.

Zu demselben Cap. III. E. b. »Trauung und Aufgebot« stellt sodann der Abgeordnete Kuhn nachfolgenden Antrag:

Das Hohe Kirchenregiment zu ersuchen, durch ein Kirchengesetz die Bestimmung in §. VIII. Cap. XXII. der »Erneuerten Kirchenordnung«, daß die Copulationen »nicht in Privathäusern verrichtet werden sollen«, aufzuheben und damit die Hauscopulationen frei zu geben.

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag wie folgt:

In der Stadt Braunschweig sei die Hauscopulation ganz frei, während auf dem Lande darum bei Herzoglichem Consistorio in jedem einzelnen Falle nachgesucht werden müsse. Die Freigabe erfolge nach nach der bisher geübten Praxis auch aus leichten Gründen, und die besonderen Kosten, die hierbei entstünden, beläßen sich auf 4  $\text{fl}$  22½  $\text{gr}$ . Er wünsche nun, daß bei der Eheschließung resp. Esegnung alle Hindernisse fortgeräumt würden, und sehe nicht ein, warum nicht auch außer in der Stadt Braunschweig die Hauscopulationen frei gegeben werden sollten. Das Publikum dürfe nicht unnöthiger Weise beschränkt und besteuert werden.

Der Antrag wird zur Debatte gestellt.

Abgeordneter Rohde. Das Moment der rechtlichen Eheschließung wohne der Trauung

nicht mehr inne, und es müsse daher um so mehr darauf gehalten werden, daß die Trauung öffentlich sei. Allerdings seien manche besondere Gründe für den Antrag vorhanden, und es sei auch sein Wunsch, daß die Dispensationsgebühren für die Armen abgeschafft würden.

Nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten Skerl und Thiele wird über den Kuhnschen Antrag abgestimmt und derselbe angenommen.

Zu Cap. III. F. Collecten. (pag. 20 der Anl. 5 a.) beantragt sodann der Abgeordnete Skerl:

Hochwürdige Synode wolle beschließen, es möge den einzelnen Kirchenvorständen überlassen bleiben, nach localen Verhältnissen die Sonntage für die einzeln höheren Orts genehmigten Collecten zu bestimmen.

Der Antrag, vom Antragsteller durch Zweckmäßigkeitsgründe kurz motivirt, wird ohne Discussion angenommen.

Zu Cap. III. e. Sittliche Zustände in den Gemeinden.

U. Spinnstuben und Tanzmusik an den Abendmahlssonntagen. (pag. 21.)

Stellt der Abgeordnete Körner folgenden Antrag:

Herzogliches Consistorium wolle die an die Herzoglichen Kreisdirectionen gerichtete Mittheilung dahin ergänzen: daß eine polizeiliche Ueberwachung der Spinnstuben nicht zulässig erscheine, dagegen strenge Maßregeln gegen das nächtliche Umher-schwärmen als wünschenswerth zu betrachten seien.

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag: Junge Leute müssen und dürfen sich versammeln können, und es sei bei Spinnstuben keine Ausnahme zu machen. Ein besonderes Verbot der letzteren könne nur schädlich wirken, denn die Mädchen beschäftigten sich doch auch an solchen Abenden, an denen die Spinnstube abgehalten werde, während sie im Falle des Verbots sich trotzdem mit anderen jungen Leuten zu versammeln suchen würden und die Nichtbeschäftigung dann erst recht leicht zur Unsittlichkeit führen könnte.

Der Antrag findet wegen nicht genügender Unterstützung keine weitere Berücksichtigung.

Zu Cap. III e. B. Ausartung der Schulfeste — (pag. 21) beantragt gleichfalls der Abgeordnete Körner:

Herzogl Consistorium wolle den Erlaß an die Kreisdirectionen dahin modificiren, daß die Schuljugend sich aller ohne genügende Aufsicht stattfindenden Tanzbelustigungen in öffentlichen Tanzlocalen zu enthalten habe

Der Antragsteller motivirt seinen Antrag folgendermaßen:

Der Antrag, wie er dem Berichte Herzoglichen Consistoriums zufolge gestellt sei, gehe zu weit. In den meisten Orten finde ein Schulfest, mit einem Tanzvergnügen verbunden, Statt, und dies enthalte an sich nichts Unsittliches, vielmehr sei eine solche Schulfeste gewissermaßen zum Volksfest geworden. Er lege den Antrag Campen (1875) dahin aus, daß alle Tanzbelustigungen der Kinder verboten sein sollen, und deshalb habe er seinen Antrag gestellt.

Der Antrag wird zur Discussion gebracht und zunächst vom Abgeordneten Keunecke unterstützt.

Nachdem der Abgeordnete von Gramm hervorgehoben, daß der Körner'sche Antrag unnöthig sei, weil es ja in dem Antrage Campen nur heiße, daß die Schulfestlichkeiten nicht in eigentliche Tanzvergnügen ausarten sollen, ferner auch der Abgeordnete Verche (Gandersheim) sich in gleichem Sinne ausgesprochen, zieht der Abgeordnete Körner mit dem Bemerken, daß er befriedigt sei, wenn der betreffende Antrag so ausgelegt werde, daß nicht alle harmlosen Kinder-Tanzvergnügen verboten seien, seinen Antrag zurück.

Zu Cap. III. D. Anlage 5 a. Landessynode und Synodalausschuß, stellt der Abgeordnete Wolff folgenden Antrag:

Landessynode beantragt, in dem Gesetz vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode betreffend,

1) §. 6 I. das Wort »landesangehörige« vor »evangelisch-lutherische Geistliche« wegzulassen;

2) §. 8 I. anstatt: »in welchen sie wohnen« — »zu welchem die Gemeinden gehören, in denen sie zur Seelsorge und zum Predigtamt bestellt sind« zu setzen.

Der Antragsteller trägt zur Motivirung vor:

In seiner Nähe seien zwei Geistliche angestellt, von denen der eine als Pastor in einer Hannoverschen Gemeinde zugleich die Seelsorge in mehreren Braunschweigischen Gemeinden zu versehen und Sr. Hoheit unserm Landesherrn, dem Landesgesetz und der Landesverfassung Gehorsam gelobt habe.

Dieser habe bei seiner Amtsführung keine geringe Mühe, er verwalte sein Amt mit Freuden, sei aber bei der Wahl zur hiesigen Landessynode ausgeschlossen.

Der andere Prediger, der ein Braunschweigischer Pastor sei und in Hannoverschen Gemeinden die Seelsorge mit übernommen habe, sei bei der Wahl zur Hannoverschen Synode zugelassen.

Das Gesetz vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landessynode betreffend, müsse insofern, wie er glaube, geändert werden, und zu diesem Zwecke habe er seine Antrag gestellt, dessen Annahme er dringend empfehle.

Der genügend unterstützte Antrag wird zur Berathung gestellt; da sich aber Niemand zum Wort meldet, so erfolgt die Abstimmung.

Der Antrag ad 1 wird abgelehnt, damit fällt auch die zweite Hälfte desselben, und ist auf diese Weise der ganze Antrag erledigt.

Bei Cap. V. A. der Anlage 5a. Zahl der Predigtämter beantragt der Abgeordnete Apfel: Hohe Synode wolle das Kirchenregiment ersuchen, in Bezug auf die Pfarrstelle in Dfer Schritte zu thun, daß die Begründung einer dortigen Pfarrstelle baldmöglichst verwirklicht werde.

Zur Begründung trägt Antragsteller vor: Schon in dem vorigen Berichte des Herzoglichen Consistoriums über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Errichtung einer eigenen Pfarrstelle zu Dfer erforderlich wäre. Seit 20 Jahren hege die Gemeinde Dfer den dringenden Wunsch, einen eigenen Prediger zu besitzen, und dieser Wunsch sei nach der Lage und Größe der Gemeinde, die jetzt über 2000 Seelen zähle, vollkommen gerechtfertigt. Der jetzige Prediger, dem die Seelsorge für die Gemeinde Dfer mitzufallen, habe allzu viel zu thun, und bei einem solchen Uebermaß von Anstrengung müsse auch die beste Kraft erlahmen. In der jetzigen Mittheilung des Herzoglichen Consistorii stehe ausgesprochen, es sei wahrscheinlich, daß eine eigene Pfarrstelle zu Dfer zu Stande kommen werde; er bitte aber dringend, die Gründung dieser Pfarrstelle nunmehr auch zu verwirklichen und dadurch einen erheblichen Uebelstand zu beseitigen.

Consistorialrath Abt Ernesti. Mit größter Sorgfalt, das könne er versichern, sei dahin gestrebt, das fragliche Project zu vollenden, aber man habe bislang mit dem besten Willen noch nicht zum Ziele gelangen können. Nach wie vor werde Herzogliches Consistorium bemüht sein, die Errichtung einer eigenen Pfarrstelle zu Dfer so rasch als möglich zu bewerkstelligen. Wenn ein Mitglied der Synode etwa Mittel anzugeben wisse, wie die entgegenstehenden Hindernisse am leichtesten beseitigt werden könnten und man am besten an's Ziel komme, so solle ihm das äußerst lieb sein.

Nachdem der Antragsteller Apfel noch wenige Worte zu seinem Antrage gesprochen, wird derselbe bei der Abstimmung angenommen.

Zu Cap. V. E. pag. 39, Anl 5a. Pfarrwitwenpensionsfachen spricht der Abgeordnete Stöter, ohne einen besonderen Antrag zu stellen, den Wunsch aus, es möge von Seiten des Kirchenregiments nicht übersehen werden, daß nicht alle Predigerwitwen vom 1. Juli 1873 an eine Aufbesserung ihrer Wittwenpensionen von 16 auf 24 % erfahren hätten, vielmehr die älteren Predigerwitwen hiervon nicht getroffen wären.

Zu Cap. VIII. der Anl. 5a. pag. 42 bemerkt der Abgeordnete Rohde:

Sub. Litt. A. dieses Capitels seien über den Besuch des Gottesdienstes nur einige allgemeine Bemerkungen gemacht. Er glaube, es seien in dieser Beziehung bestimmte Zahlangaben sehr am Platze gewesen. Die Statistik sei in dieser Beziehung höchst wichtig, und die erforderlichen Angaben, Inspections- oder Generalinspectionsweise zusammengestellt, würden einen guten Ueberblick über das kirchliche Leben in den einzelnen Gemeinden des Landes geben. Vor Allem sei der Abendmahls- und Kirchenbesuch an den gewöhnlichen Sonntagen genau in's Auge zu fassen.

Er wolle Herzogliches Consistorium bitten, in der nächsten Mittheilung solche Zahlenangaben zu machen, und füge die weitere Bitte hinzu, zugleich über die Folgen des Civilstandsgesetzes in unserm Lande, über Tauf- und Trauerverweigerung, in Zukunft nähere Auskunft zu geben.

Consistorialrath Sallentien. Derartige genaue Angaben über den Besuch des Gottesdienstes und die Abendmahlsfeier seien vom Consistorium dieses Mal absichtlich in den Bericht nicht mit aufgenommen. Es werde das Nützliche und Wünschenswerthe solcher Angaben nicht verkannt, aber es habe bisher an dem erforderlichen Material zur Aufstellung derselben gefehlt. Die Mittheilungen allgemeiner Art, wie sie in dem Bericht gegeben seien, beruhten auf den Berichten der Kirchenvisitationen. Bis zum Abschlusse des der Hohen Synode vorgelegten Berichtes über die Instände der evangelisch-lutherischen Landeskirche seien die Visitationen noch nicht überall vorgenommen. Erst dann, wenn eine Uebersicht über die Zustände im ganzen Lande gewonnen sei, könne man solche genauen statistischen Angaben machen. Material dazu sei schon gesammelt, und dasselbe werde auch seiner Zeit vorgelegt werden.

Was den zweiten Punkt über die Folgen des Civilstandsgesetzes in unserm Lande betreffe, so sei es Absicht des Consistoriums, nach Ablauf des Jahres durch Erkundigungen bei den Standesbeamten und Geistlichen genauere Feststellungen machen zu können. Offiziell sei dem Consistorium bislang wenig zu Ohren gekommen, und dies Wenige bestehe darin, daß die Folgen auf dem Lande durchgehends nicht fühlbar seien, wogegen in den Städten die kirchlichen Trauungen allerdings in manchen Fällen unterlassen würden.

Abgeordneter von Heinemann: Bei diesem Capitel könne er es nicht unterlassen, auf das schwere Zerwürfniß hinzuweisen, welches zwischen der Gemeinde Erkerode und ihrem Geistlichen seit längerer Zeit bestehe. Wenn ein solcher Zwist bis zu dem Grade gewachsen sei, daß die ganze Gemeinde bis auf wenige Glieder derselben die Erklärung abgebe, aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche austreten zu wollen, so sei es Pflicht der Landessynode, hiervon Act zu nehmen und einen solchen besonderen Fall in den Kreis ihrer Berathungen zu ziehen. Wie immer, so würden auch bei dieser im ganzen Lande bekannt gewordenen Angelegenheit unbegründete Gerüchte mit untergelaufen sein, und es müsse deshalb die volle und klare Wahrheit constatirt werden. Aus diesen Gründen erlaube er sich die Anfrage, ob Herzogliches Consistorium der Synode über die fragliche Angelegenheit Mittheilung machen wolle.

Consistorialrath v. Schmidt-Whiseldiek: Es sei allerdings richtig, daß die Verhältnisse in Erkerode wenig erfreulicher Natur seien. Die Sache, welche der Vorredner angedeutet habe, liege folgendermaßen:

Der Prediger in Erkerode habe zu einem Begräbniß die kirchliche Chre des Grabgeläutes versagt. Der Kirchenvorstand habe dieses Verbot des Predigers ebenso wenig gebilligt, wie der dortige Gemeinderath und der Gemeindevorsteher, und der Letztere habe dem Verbote des Predigers zuwider zu dem Begräbniß das Läuten der Glocken bewerkstelligt.

Der Prediger habe in dieser Handlung aus übergroßem Eifer ein Verbrechen gesehen, und den Gemeindevorsteher bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Der erste Act des Gemeindevorstehers sei eine Kompetenzüberschreitung gewesen, der zweite Act des Predigers aber ein verhängnißvoller Mißgriff, denn die Spannung zwischen Prediger und Gemeinde sei durch die erfolgte Denunciation erst recht groß geworden. Die Staatsanwaltschaft sei auf eine Untersuchung gegen den Gemeindevorsteher nicht eingegangen, sondern habe die Acten dem Herzog-

lichen Consistorio übersandt, und es sei nun an dasselbe die schwierige Frage herangetreten, wie der gestörte kirchliche Frieden in der Gemeinde wiederhergestellt werden könne.

Es habe nun dem Prediger gesagt werden müssen, er sei insofern im Unrecht gewesen, als er nach den bestehenden Vorschriften das kirchliche Grabgeläute nicht ohne Genehmigung des Consistoriums habe verweigern dürfen. Ferner sei dem Kirchenvorstande eröffnet, er habe wider das Gesetz gehandelt, da er nicht berechtigt gewesen sei, ohne Wissen des Vorsitzenden, seines Pastors, sich zu versammeln. Desgleichen sei dem Gemeindevorsteher durch seine vorgesetzte Behörde, die Herzogliche Kreisdirection, klar gemacht, daß er über seine Competenz hinausgegangen.

Trotz alledem, daß so in völlig gerechter Weise verfahren worden, sei eine Ausöhnung nicht erfolgt, und der Versuch, bei Gelegenheit einer zu dem Zwecke angeordneten außerordentlichen Kirchen-Visitation dieselbe herbeizuführen, sei ebenfalls mißglückt. Ein großer Theil der Gemeinde sei so weit gegangen, die Entfernung des Predigers zu verlangen, aber es liege bekanntlich nicht in der Macht des Kirchenregiments, einen Prediger wider seinen Willen zu versetzen. Man könne jetzt nichts weiter thun, als ruhig abwarten, ob nicht die Zeit eine Ausöhnung zwischen Prediger und Gemeinde herbeiführen werde.

Zur vollständigen Klarlegung der Sache wolle er übrigens auch noch anführen, daß der Widerspruch in der Gemeinde gegen den Prediger zu manchen Chicanen Veranlassung gegeben habe. Es sei z. B. der Versuch gemacht, dem Pastor, der den Gottesdienst ungeachtet des Fernbleibens des größten Theils der Gemeinden aus demselben nach wie vor weiter gehalten, dieses dadurch unmöglich zu machen, daß der Gemeinderath den Beschluß gefaßt habe, den Bälgentreter zu entfernen.

Nach Beseitigung dieses Gemeinderathsbeschlusses seitens der Herzogl. Kreisdirection habe der Kirchenvorstand ein Gleiches beschlossen, und dieser sei in gleicher Weise auf das Ungeheuerliche seines Verfahrens aufmerksam gemacht. Dies sei die Lage der Sache.

Ein vom Abgeordneten Dedekind hierzu gestellter Antrag:

Hochs Synode wolle über das ungesetzhliche Vorgehen der Gemeinde Erkerode gegen ihren Prediger ihre Mißbilligung aussprechen, findet wegen ungenügender Unterstützung keine Berücksichtigung.

Zu Cap. XII der Anlage 5a. p. 48 Kirchenbuchführung stellt und motivirt der Abgeordnete Wolff verschiedene Anträge, welche auf Vorschlag des Präsidenten den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesen werden, wogegen der längere Antrag zum Druck gegeben und in einzelnen Exemplaren an die Abgeordneten vertheilt werden soll.

Die Wolff'schen Anträge werden bei der demnächstigen Berathung zum Abdruck gelangen, und es kann deshalb an dieser Stelle darauf verwiesen werden.

Auf Anfrage des Herrn Präsidenten, ob die zur Begutachtung des ad III B. 1 der Anl. 5a gestellten Stöter'schen Antrages eingesetzte, aus den drei Mitgliedern, Abgeordneten Kühne, Lerche (Eikum), Kunkin bestehende Commission zur Erstattung ihres Gutachtens bereit sei, erfolgt bejahende Antwort, und referirt der Abgeordnete Lerche (Eikum) Namens der Commission wie folgt:

Die Commission habe sich dahin ausgesprochen, es scheine ihr bedenklich, an einem erst kürzlich entstandenen Gesetze schon wieder Veränderungen vorzunehmen. Sie habe den Antrag in Bezug auf seine Tendenz und ferner in Bezug auf seine Zweckmäßigkeit geprüft, und sie vermöge hiernach dem Antrage nicht beizustimmen.

Die Tendenz gehe dahin, durch Beseitigung einer Beschwerlichkeit die Theilnahme an der Wahl zu fördern; die Commission bezweifle aber, daß die Beschwerlichkeit gerade in dem Punkte zu finden sei, in welchem der Antrag sie suche, sie hält das Motiv des Antrages eben nicht für ganz stichhaltig, denn die den Wählern gesetzlich auferlegte Bemühung sei ja nur ganz gering.

Die Commission erachte ferner den Antrag für unvollständig, denn wenn die Anmeldung pure weg falle, so müßte doch eine andere Garantie geschaffen werden.

Abgeordnete Stöter. Habe er sich bei der Antragstellung geirrt, so sei dies wohl nur

dadurch gekommen, daß er einen zu kleinen Kreis beobachtet habe. Er habe sagen müssen: Die vorherige Anmeldung zur Kirchenvorstandswahl sei in den kleinen Gemeinden ein superfluum, eine Belästigung, die nie zu fördern vermöge.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Er müsse den Bericht noch in etwas ergänzen: Daß in kleinen Gemeinden die Wähler dem Vorsitzenden dem Namen nach bekannt seien, genüge nicht, denn derselbe müsse ja auch Kenntniß darüber haben, ob die Wähler die gesetzliche Qualifikation zur Wahl besäßen, und dies sei im Augenblick nicht zu übersehen. Falle danach die Anmeldung fort, so müsse dafür eine andere Garantie an die Stelle treten.

Uebrigens sei auch die Commission der Meinung, daß die bei der Kirchenvorstandswahl beobachtete Theilnahmlosigkeit nicht gar allzu sehr zu beklagen sei, da sie sich doch meist durch die Vertrauensseligkeit der Wähler erkläre, die da meinen, daß die Sache in guten Händen liege.

Abgeordneter Gimecke meint gleichfalls, daß die durch die Anmeldung entstehende Belästigung nur sehr gering sei. Er habe es auch erlebt, daß von 12 Personen, die sich zur Kirchenvorstandswahl angemeldet hätten, nur vier erschienen seien.

Bei der Abstimmung ward der Stöter'sche Antrag abgelehnt.

Sodann wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 30. d. Mts. Morgens 10 Uhr und Ankündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze*, protokoll. Secretair.



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

6. Sitzung am 30. November 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 29. ds. Mts. bemerkt zunächst der Herr Präsident, daß der in der gestrigen Sitzung zu Cap. XII. der Anl. 5 a. vom Abgeordneten Wolff gestellte, den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesene Antrag bereits gedruckt sei und unter die Abgeordneten vertheilt werden solle.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen, und der erste Gegenstand derselben:

Berathung über den ad III. A. N. 4 der Anl. 5 a. in der Sitzung vom 25. November er. gestellten Wolff'schen Antrag

einstweilen ausgesetzt, da der zur Vorprüfung dieses Antrages mitbestellte Referent, Abgeordneter Steinmeyer, noch nicht erschienen ist.

Beim zweiten Gegenstande der Tagesordnung, Berathung über das Kirchengesetz, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, erhält zunächst der zum Referenten bestellte Abgeordnete Kuhn das Wort:

Die in der Erneuerten Kirchenordnung von 1709 Th. I. Cap. VIII. N. 5 enthaltene Bestimmung »Zur Gevatterschaft, es seyn die Eltern was Standes sie wollen, sollen bei Straffe der Ordnung zu einem Kinde nicht über zwei oder zum höchsten drey Persohnen gebeten werden« sei nicht etwa neu, sondern wiederhole nur eine bereits vorhanden gewesene kirchengesetzliche Anordnung. Schon in des Herzogs Friedrich Ulrich »Begräbnißordnung« sei ausgesprochen: »es solle mit den Gevattern nicht eine schädliche Krämerei getrieben werden«, wobei zugleich für jeden die Dreizahl übersteigenden Gevatter eine Strafe von 50  $\text{fl}$  angedroht worden, die man durch spätere Verordnung auf eine Geldstrafe zu 30  $\text{fl}$  für den gleichen Fall ermäßigt

habe. Der Grund dieses Verbots sei offenbar, wie aus den Worten der Verordnung hervorgehe, ein ökonomischer und polizeilicher gewesen; man habe besonders nicht gewollt, daß die Gevatterschaft zur kirchlichen Bettelei mißbräuchlich ausgenutzt werde. In der Stadt Braunschweig sei nach Angabe der Kirchenvisitatoren die erwähnte Beschränkung nie festgehalten, und ebenso wenig, daß könne man sagen, sei dies auf dem Lande geschehen. Um dem Geseze Genüge zu leisten, habe man sich einen Ausweg zu verschaffen gesucht, und nie mehr als drei Gevattern in's Kirchenbuch eingetragen, wohl aber mehr als drei bei der Taufe zugelassen. So viel er wisse, sei die höchste zugelassene Gevatterzahl bei einem Kinde 6, bei Zwillingen 12 gewesen, und die Angabe, daß in der Inspection Vorsfelde noch mehr Gevattern zugelassen seien, habe er nicht bestätigt gefunden. Von den um ihre Meinung gefragten Inspectionssynoden des Landes hätten sich 7 für Erhaltung der Bestimmung ausgesprochen, die sämtlichen anderen aber für völlige Freigebung der Zahl der Gevattern erklärt.

Die erwähnte Verordnung scheine besonders auf die kleinen Leute Bezug zu haben, und was diese betreffe, so machten sie von einer größeren Anzahl Gevattern jetzt nur selten Gebrauch; meistens stehe der Vater oder die Mutter des Täuflings allein Gevatter, oder es trete sogar, wie es sich leider mißbräuchlich eingeschlichen, die Hebeamme allein als Gevatterin auf. Die Beschränkung in der Zahl der Gevattern treffe also nach dieser Darlegung der Sache hauptsächlich die wohlhabenderen Leute, und diese sollten nach der Verordnung nicht davon getroffen werden. Er könne deshalb der Synode die Zustimmung zu diesem Kirchengeseze empfehlen, und die Folge der Annahme desselben sei dann auch, daß der Mißbrauch, nur 3 Gevattern in's Kirchenbuch einzutragen, aufgehoben werden müsse, wodurch weder der Kirchenbuchführer noch das Kirchenbuch in überhaupt nennenswerther Weise beschwert werde.

Die Anzahl der Namen des Kindes liege ja auch jetzt nicht mehr in kirchlicher Hand; nach §. 22 des Reichsgesezes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes v. sei in dieser Beziehung keine Beschränkung mehr aufgestellt.

Abgeordneter Ude, Correferent. Er schließe sich den Ausführungen des Vorredners an und finde gleichfalls keinen probabeln Grund für Beibehaltung der fraglichen Bestimmung. Durch die Annahme des vorgelegten Kirchengesezes werde die Versammlung nur einer schon längst bestehenden Ueberwanz geselichen Ausdruck geben. Der polizeiliche Grund der Beschränkung falle mit den veränderten Zeiten vollständig hinweg, denn Niemand werde glauben, daß durch die Freigebung der Zahl der Gevattern Wöllerei, Schlägerei, Eigennutz und dergleichen gefördert werde.

Abgeordneter Stöter macht die Bemerkung, daß man im Kirchenbuche mißbräuchlich auch Abwesende als Gevattern eingetragen finde.

Nachdem der vom Herrn Präsidenten verlesene Eingang und der einzige Paragraph des Gesezes besonders genehmigt sind, wird das Gesez im Ganzen angenommen.

Bei dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung, die gutachtliche Aeußerung der Landessynode über die Vorlage wegen Errichtung eines gemeinsamen Bußtages betreffend, trägt der Referent Kühne vor:

Mitteltst Höchsten Rescripts vom 23. November 1876 *N.* 5328 sei an die Landessynode die Aufforderung ergangen, sich über die in Verhandlung stehende Bußtagsangelegenheit gutachtlich zu äußern und insbesondere auch sich darüber auszusprechen, ob ihrerseits der Wunsch getheilt werde, daß die Errichtung eines gemeinsamen Bußtages im gesammten Reich herbeigeführt werden möge. Wie aus dem Rescripte hervorgehe, werde die fragliche Angelegenheit für die nächste im Jahre 1877 abzuhaltende Eisenacher Conferenz vorbereitet, und in Rücksicht hierauf

sei es inopportun, den von den Inspectionssynoden Barum-Lichtenberg und Thiede-Engelnstedt im vorigen Jahre an Herzogliches Consistorium gerichteten Anträgen beizutreten und demgemäß den in die Martiniwoche fallenden Buß- und Betttag auf den letzten Mittwoch im Kirchenjahre zu verlegen. Es sei sehr richtig, daß die Verschiedenartigkeit der in den evangelischen Landeskirchen bestehenden Bußtage besonders bei der langgestreckten Lage unseres Landes im Grenzverkehre üble Folgen habe, und es erscheine deshalb auf den ersten Anblick wohl zweckmäßig, den Bußtag für unser Land auf denselben Tag, der in den angrenzenden Preussischen Provinzen als solcher gefeiert werde, zu verlegen. Man müsse aber vielmehr auf die Einführung eines allgemeinen Deutschen Bußtages Bedacht nehmen, was eine Stärkung des Bewußtseins der nationalen Zusammengehörigkeit bewirke. Die Erwägung der Mittel, wie dies erstrebenswerthe Ziel am besten zu erreichen sei müsse und könne man getrost dem Herzoglichen Consistorium überlassen, nicht aber dürfe die Landesynode an dasselbe die bestimmte Zumuthung stellen, et va nur den letzten Mittwoch im Jahre auf der Eisenacher Konferenz vorzuschlagen oder gar bei der Verhandlung ganz besonders darauf zu bestehen, daß dieser bestimmte Tag als allgemeiner Bußtag für ganz Deutschland genommen werde. Man müsse dem Herzoglichen Consistorium freie Hand lassen, und deshalb gebe er in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Skerl der Hohen Landesynode die Genehmigung des nachstehend formulirten Beschlusses anheim:

Die Landesynode des Herzogthums Braunschweig erkennt die Herbeiführung eines gemeinsamen evangelischen Buß- und Bettages in den verschiedenen Gegenden Deutschlands als ein dringendes Bedürfnis an und spricht ihrerseits den Wunsch aus:

daß Landesherrliche Kirchenregiment wolle auf der demnächst bevorstehenden Deutschen evangelischen Kirchenconferenz durch den Delegirten dahin wirken lassen bez. die weiteren geeigneten Schritte thun, daß — event. unbeschadet sonstiger in einzelnen evangelischen Landeskirchen bereits vorhandener, mit der Feier anderer kirchlichen Feste verbundenen Buß- und Bettage — ein für sich bestehender Buß- und Betttag durch Verlegung auf einen und denselben zu vereinbarenden Tag gegen Ende des jedesmaligen Kirchenjahrs als ein, wenn möglich in dem gesammten evangelischen Deutschland, event. wenigstens in einem größeren das Herzogthum umschließenden Gebietsumfange desselben gemeinsamer eingeführt werde.

Der Correferent Skerl hat diesem Vortrage Nichts hinzuzufügen. Der Herr Präsident eröffnet die Berathung über den vorstehend formulirten Beschluß und ertheilt zunächst dem Abgeordneten Rohde das Wort:

Er könne nicht unbedingt dem Vorschlage der Commission zustimmen. In Süddeutschland werde durchgehends der Bußtag an einem Sonntag gefeiert und dort bestche, wie auch die Beschlüsse der letzten Badischen Generalsynode darthäten, der Wunsch, den Bußtag zu Gunsten des Sonntags »einzuschlachten«. Er fürchte, daß sich auch bei der Eisenacher Conferenz diese Richtung Geltung verschaffen werde, und halte es für sehr bedauerlich, wenn seine Befürchtungen sich bewahrheiten sollten. Die wenigen auf einen Wochentag fallenden Festtage, welche wir bis jetzt uns noch bewahrt hätten, müßten auch in Zukunft beibehalten bleiben, und deshalb wünsche er, Hohe Synode möge ihre Zustimmung zur Verlegung des Bußtages davon abhängig machen, daß derselbe nicht auf einen Sonntag verlegt werde. Er wolle übrigens noch hervorheben, daß der Mittwoch nach Jubilate, welcher Tag durch Friedrich den Großen für Preußen als Bußtag bestimmt sei, ihm in keiner Weise passend erscheine. Man möge nicht der Einigung zu Liebe diesen Tag auch für unser Herzogthum als Bußtag einführen, sondern lieber an dem jetzigen festhalten.

Der Abgeordnete Rohde stellt sodann die beiden Anträge:

- 1) es möge Hohe Kirchenregierung dahin wirken, daß der anzustrebende gemeinsame Bußtag nicht auf einen Sonntag gelegt,
- 2) auch dahin wirken, daß der Bußtag nicht zu Anfang sondern am Ende des Jahres, wie dies bislang geschehen, gefeiert werde.

Abgeordneter Keuncke. Er habe nichts dagegen, daß der Bußtag an einem Wochentage gefeiert werde, halte es aber für zweckmäßig, daß keine bestimmten Anträge gestellt, sondern alles Weitere getrost dem Herzoglichen Consistorium überlassen werde.

Abgeordneter Skerl. Die Anträge des Abgeordneten Rohde seien überflüssig, denn in dem formulirten Beschlusse seien die von demselben ausgesprochenen beiden Wünsche klar und deutlich ausgedrückt. Es sei die Rede von einem für sich bestehenden, auf das Ende des jedesmaligen Kirchenjahrs zu verlegenden Tag.

Consistorialrath Abt Ernesti. Er bitte, man möge hier an dieser Stelle nur keine bestimmten Bedingungen stellen, denn wenn jede Kirchenregierung ihren Abgeordneten für die Eisenacher Konferenz mit ganz bestimmten Instructionen, von denen er nicht abgehen dürfe, versehen wolle, so sei an die Erreichung des so erstrebenswerthen Zieles nicht zu denken.

Abgeordneter Thiele. Wenn die Synode auch für die Eisenacher Konferenz keine Instructionen zu ertheilen habe, so könne sie doch ihre Wünsche aussprechen, und es müsse dem Delegirten sehr lieb sein, die Wünsche der Synode kennen zu lernen. Den Bußtag an einem Sonntag zu feiern, das komme ihm ebenso vor, als wenn man Del mit Wasser zusammengiesse; das Eine bleibe dabei immer oben. Sonntag sei Freudentag, Bußtag dagegen Fasten- und Betttag, und deshalb sei Beides an einem Tage unvereinbar mit einander. Wie es gekommen, daß der Bußtag in Preußen in die Freudenzeit verlegt worden, das sei ihm unerfindlich.

Die Kirchenregierung wisse nun die Wünsche der Synode, und man könne ihr das Weitere überlassen, denn er habe keine Furcht, daß unsere Kirchenregierung nicht in dem angedeuteten Sinne handeln werde.

Nachdem der Abgeordnete Rohde hierauf seine Anträge zurückgezogen, ergreift das Wort

Consistorialrath Abt Ernesti. Nach Zurückziehung der Rohde'schen Anträge wolle er nur aussprechen, daß es selbstverständlich der Regierung nur willkommen sein könne, die Wünsche der Synode kennen zu lernen. Man werde demnächst dahin wirken, daß der Bußtag als ein für sich bestehender Festtag erhalten bleibe.

Sodann wird der Beschluß der zur Begutachtung der in Rede stehenden Frage eingesetzten Referenten angenommen.

Der Abgeordnete Desterreich hebt hierauf hervor, es sei leicht möglich, daß die Mitwirkung der Landessynode bei dieser Frage demnächst schon wieder in Anspruch genommen werden müsse, weil die Angelegenheit wegen Einführung eines gemeinsamen Bußtages zur Verhandlung für die im nächsten Jahre abzuhaltende evangelische Kirchenconferenz vorbereitet werde. Damit zu solchem Zwecke nicht eine außerordentliche Synode einberufen zu werden brauche, sei es im hohen Grade wünschenswerth, daß die Landessynode mit ihren etwaigen Functionen den Synodal-Ausschuß beauftrage.

Der Antrag des Abgeordneten Desterreich:

den Synodal-Ausschuß event. mit den Rechten der Synode bei der die Einführung eines gemeinsamen Bußtages betreffenden Angelegenheit zu beauftragen, wird bei der Abstimmung angenommen.

Bei Begutachtung der Vorlage, die Feier des Reformationsfestes betreffend, referirt der Abgeordnete Eggeling wie folgt:

Mittelsst Höchsten Rescripts vom 23. November d. J. sei die Landessynode von Hoher Kirchenregierung um ihr Erachten über die Frage ersucht, an welchem Tage das Reformationsfest zu feiern sei, und ob es insbesondere angemessen erscheine, hierin eine Uebereinstimmung mit der in der benachbarten Provinz Hannover geltenden Zeitbestimmung eintreten zu lassen.

Das Reformationsfest werde in der Stadt Braunschweig im ersten Sonntag des September festlich begangen, wogegen für die übrigen Kirchen des Landes durch Höchstes Rescript vom 21. August 1818 mit Rücksicht auf die bekannte Thatsache des 31. October 1517 bestimmt sei, daß das gedachte Fest alljährlich am letzten Sonntage des Monats October gefeiert werde. Er müsse nun die Aufhebung eines besonderen Tages für die Stadt Braunschweig befürworten, denn es bestehe an diesen für die Stadt Braunschweig historisch allerdings bedeutungsvollen Tage keine besondere Anhänglichkeit mehr. Es sei vielleicht gerathen, die Ansicht des städtischen Kirchenconvents über diesen Punkt noch einzuholen, jedoch keineswegs durchaus erforderlich, da das mitgetheilte Factum Jeder, der sich mit den einschlagenden Verhältnissen bekannt gemacht habe, lediglich bestätigen könne.

Außerdem könne er für die Aufhebung dieses besonderen Tages manche praktische Erwägungen vorbringen. Das Reformations-Erinnerungsfest in der Stadt Braunschweig liege dem 2. September gar zu nahe, einem Tage, welcher sicher noch lange Zeit von der deutschen Nation kirchlich gefeiert werde; überdies kämen dem Prediger am 2. September der Bedeutung des Festes wegen schon manche Gedanken, die mit der gewaltigen Thatsache der Reformation in naher Verbindung ständen.

Eine so nahe Zusammenlegung zweier historisch bedeutsamer Festtage, die in einer gewissen inneren Verbindung miteinander stehen, sei aber sicher nicht zweckmäßig. Dazu komme, daß nur der bei Weitem kleinste Theil der Stadtgeistlichen in der Stadt Braunschweig selbst geboren sei und dieselben deshalb auch nur ein geringes Interesse für die angedeutete Besonderheit haben, und daß ferner die vielen neuanziehenden Familien hiervon keine Kenntniß haben, am letzten Sonntage des Monats October in die Kirche gehen und nun seltsamerweise von der Reformation, ihrer Wichtigkeit und Bedeutung, nicht das Mindeste vernehmen.

Eine Uebereinstimmung mit der in der Nachbarprovinz Hannover geltenden Zeitbestimmung könne ihm nicht genügen, er habe den lebhaften Wunsch, daß das Reformationsfest in dem ganzen Deutschland an demselben Tage gefeiert werden möge, und hoffe zuversichtlich, daß dieser schöne Wunsch sich bald verwirklichen werde. Er mache deshalb in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Dedekind der Landessynode den Vorschlag, sich die von ihnen in Bezug auf diese Frage formulirten beiden Punkte aneignen zu wollen, welche lauten:

Die Landessynode wolle an Hohes Kirchenregiment das Ersuchen richten:

- 1) eine Verordnung zu erlassen, daß das Reformationsfest in der Stadt Braunschweig wie in allen Kirchen des Landes am letzten Sonntage des Monats October gefeiert werde.
- 2) bei der nächsten Eisenacher Conferenz in Anregung zu bringen, daß eine gemeinsame Feier des Reformationsfestes in allen evangelischen Kirchen des Deutschen Reichs erreicht werde.

Angeordneter v. Gramm. Wenn in der Stadt Braunschweig der Wunsch, den besonderen Tag als Erinnerungsfest der Reformation zu feiern, nicht mehr bestehe, so sei der erste Antrag sehr gerechtfertigt. Eine sichere Ueberzeugung, ob die Stadt Braunschweig den fraglichen Tag erhalten zu sehen wünsche oder nicht, könne man aber erst nach sorgfältig eingezogenen Erkundigungen bei den Kirchenvorständen u. s. w. gewinnen, und bis dahin müsse diese Sache auf sich beruhen bleiben. Auch könne die Stadt Braunschweig, wenn dem ersten Antrage Folge

gegeben werde, leicht in die Lage kommen, daß der fragliche Festtag zuerst auf den letzten Sonntag des Monats October und dann später auf einen für ganz Deutschland zu vereinbarenden Tag, der vielleicht ein anderer als der letztbezeichnete sei, verlegt werde. Davor müsse man sich hüten, und deshalb stimme er gegen den ersten Eggeling'schen Antrag, wogegen er dem zweiten mit Freuden seine Zustimmung ertheilen werde.

Abgeordneter Skerl. Er sei in der Stadt Braunschweig geboren und könne nach seinen Erfahrungen versichern, daß die Einwohner der Stadt Braunschweig sehr gern mit dem ganzen Lande an einem und an demselben Tage das Reformationsfest feiern werden. Das Bewußtsein von der Bedeutung des 8. September sei in den Herzen nicht mehr so lebendig wie früher, und die Stadt Braunschweig habe von einer solchen Aenderung, wie sie beantragt worden, nicht den geringsten Nachtheil, denn es werde dadurch auch der Uebelstand beseitigt, daß in der Stadt Braunschweig selbst ein zwiefacher Tag, für die Domkirche der letzte Sonntag des October, für die übrigen Kirchen der Stadt der mehrgedachte erste Sonntag im September, zur Erinnerung an die Reformation festlich begangen werde.

Abgeordneter Wolff. Er halte es für einen guten Griff, wenn ein Tag gewählt werde, der mit dem 31. October in Verbindung stehe, und hoffe, daß diesen gewiß berechtigten Wunsch die Hohe Kirchenregierung theilen werde.

Abgeordneter Thiele. Wenn die Stadt Braunschweig ihren besonderen Tag aufgeben wolle, so könne er sich darüber nur freuen; es werde ja dadurch auch die vom Abgeordneten Skerl hervorgehobene auf historischen Gründen beruhende Eigenthümlichkeit beseitigt.

Abgeordneter von Gramm. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, wolle er nochmals hervorheben, er habe sich nur dagegen ausgesprochen, daß die Feier des Reformationsfestes in der Stadt Braunschweig ohne Weiteres verlegt, derselben, so zu sagen, aufgetroyirt werde.

Abgeordnete Bode (Braunschweig). Der Herr Vorredner habe ganz Recht, aber wenn drei Prediger aus der Stadt Braunschweig sich unumwunden darüber aussprechen, man lege keinen Werth mehr auf die bestehende Besonderheit, so könne über das angeregte Bedenken wohl hinweggegangen werden. Eine Einigung in der Weise, daß das Reformationsfest im Deutschen Reiche an einem Tage gefeiert werde, solle und werde sich unter den evangelischen Kirchen doch wohl erreichen lassen.

Nachdem die Berathung geschlossen, werden die beiden Eggeling'schen Anträge in gesonderter Abstimmung angenommen.

Es wird sodann zum nächsten Punkt der Tagesordnung, die Vorlage wegen Ordnung des Nebengottesdienstes betreffend, übergegangen.

Abgeordneter Thiele referirt zu derselben. Diese Vorlage führe uns an eine Stelle unseres kirchlichen Lebens, wo es äußerst schwach bestellt sei, und es handele sich darum, diese schwache Stelle auszubessern. Der Nebengottesdienst trete in Gegensatz zu dem sonn- und festtäglichen Hauptgottesdienst, und zu dem ersteren gehören darnach die Gottesdienste an Wochentagen, die sonntäglichen Nachmittags- und die Frühgottesdienste u., welche im Ganzen nur noch dem Namen nach bekannt und, soweit sie bestehen, sehr schlecht besucht seien. Man habe unserer evangelisch-lutherischen Kirche den oft gehörten Vorwurf gemacht, unsere Gotteshäuser seien nur auf 2 Stunden in jeder Woche geöffnet sonst aber verschlossen, und nur dem zugänglich, der sich den Schlüssel vom Küster zu verschaffen wisse. So sei es allerdings leider jetzt, aber früher habe man eine große Fülle von Nebengottesdiensten gehabt; es sei ein wohlbestellter Wald gewesen, in welchem Jeder, wer Ruhe und Erquickung für sein Herz verlangt, das Gesuchte leicht habe finden können.

Betstunden, Wochenpredigten, Katechismusstunden u. s. w. haben mit einander abgewechselt und von der Richtigkeit seines Ausspruches könne man sich leicht überzeugen, wenn man einen Kalender aus früherer Zeit zur Hand nehme. — Redner verliest aus einem Braunschw. Kalender vom Jahre 1677 die Rückseite des Titels, auf welcher ein ausführliches Verzeichniß der an jedem Tage in verschiedenen Kirchen der Stadt Braunschweig stattfindenden Nebengottesdienste (Predigt, Bet-, Erbauungsstunden, hauptsächlich des Morgens von 7—8 und drei Mal in der Woche des Nachmittags von 3—4 Uhr) enthalten ist. —

Wenn man nun sehe, was von diesem Allem uns noch übrig geblieben, so sei blutwenig zu finden. Dies habe die Landes-Synode veranlaßt, in einem Schreiben vom 22. November 1872 an Hohe Kirchenregierung das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß die Frage einer Verlegung der Nebengottesdienste in der Woche von den Inspection-Synoden erwogen werde.

Nachdem die Erachten derselben eingegangen und Herzogliches Consistorium mit Herzoglichem Staats-Ministerium communicirt habe, sei die Ueberzeugung zum Ausdruck gelangt, daß die Hebung der Nebengottesdienste bei Verschiedenheit der localen Verhältnisse mehr ein zur Behandlung im Wege der Verwaltung, als der Gesetzgebung geeigneter Gegenstand sei. Hohe Kirchenregierung habe es deshalb nach dem Inhalte des Höchsten Rescripts vom 23. November d. J. für rathsam erachtet, diese Angelegenheit mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse im Verwaltungswege so zu behandeln, daß, wo bezügliche Abänderungen wünschenswerth seien, den Kirchenvorständen überlassen werde, die Höchste Genehmigung derselben bei Herzoglichem Consistorio zu beantragen, und daß bevor solche ertheilt werde, in jedem Einzelfalle das Erachten der Landes-synode event. des Synodalausschusses über die in Vorschlag gebrachten Aenderungen in Bezug auf die Zeit oder die liturgische Ordnung der Nebengottesdienste erfordert werde.

Dieser Vorschlag sei im Ganzen sehr zweckmäßig, aber was die Sache selbst angehe, so habe er die Erfahrung gemacht, daß bei bloßen Schwächezuständen, in welchen sich unser kirchliches Leben augenblicklich befinde, mit der Veränderung nicht viel zu helfen sei. Auf der andern Seite könne er aber das vorhandene Bedürfniß einer Hebung der Nebengottesdienste nicht ableugnen. Nur müsse man sich, wie er glaube, bei etwaigen Verlegungen derselben nach der veränderten Zeitordnung richten und in Betracht ziehen, daß wir in jüngster Zeit mehr und mehr vom Morgen in den Abend hineingerückt seien. So habe von den Kirchen der Stadt Braunschweig zuerst die Domkirche den sonntäglichen Haupt-Gottesdienst von 9 auf halb 10 Uhr verlegt, und die anderen Kirchen seien nachgefolgt. — In Bezug auf die Behandlung dieses Gegenstandes glaube er auch, daß solche Angelegenheiten, wie die in Rede stehende bei Rücksicht der verschiedenartigen örtlichen Verhältnisse zweckmäßigerweise nicht durch überall einzuführende, völlig gleichmäßige Vorschriften, sondern im Verwaltungswege, wie es vorgeschlagen, erledigt würden.

Gegen die von Hoher Kirchenregierung angegebene Norm des Verfahrens habe er nur das eine Bedenken, daß das in jedem Einzelfalle von der Landes-synode event. dem Synodal-Ausschuß einzuholende Erachten eine zu große Erschwerung und Weitläufigkeit mit sich bringe, denn die kleinste Veränderung einer Betstunde sei darnach nicht ohne Zustimmung des Synodalausschusses zu bewerkstelligen. Es sei schon principiell bedenklich, den Synodal-Ausschuß in solche Kleinigkeiten hineinanzuziehen, und deshalb empfehle er, in Uebereinstimmung mit dem Correspondenten Brünke, sich zwar mit der vorgeschlagenen Norm des Verfahrens einverstanden zu erklären, sich aber in Bezug auf diese Frage die nachfolgende, von ihnen aufgestellte Formulierung anzueignen :

Landes-synode erklärt sich mit der von Hoher Kirchenregierung gegebenen Darlegung einverstanden, hält aber nicht für erforderlich, daß bei dieser Angelegenheit

der kirchlichen Verwaltung in jedem Einzelfalle die Mitwirkung der Landessynode oder des Synodal-Ausschusses in Anspruch genommen werde, und giebt daher anheim, dieselbe nur in solchen Fällen anzurufen, wo das nach Lage der Dinge dem Herzoglichen Consistorio besonders erwünscht sein mag.

Abgeordneter Bode (Braunschweig). Er wolle sich die Anfrage erlauben, ob unter der »Abänderung« auch die Aufhebung des Nebengottesdienstes verstanden sei. Es gebe Fälle, wo mit einem Nebengottesdienste gar nichts zu machen sei, und wo man nicht nur zweckmäßig, sondern auch wahrhaft im Interesse der Kirche handle, wenn man solchen Gottesdienst aufhebe. Deshalb stelle er folgenden Zusatzantrag:

hinter dem Worte »Darlegung« in der vorgeschlagenen Formulirung noch Folgendes einzuschalten:

und zwar mit der Ausdehnung, daß auch die Aufhebung eines Nebengottesdienstes ermöglicht werden könnte.

Abgeordneter Thiele. Die Aufhebung falle mit unter die Aenderung, sie sei eben die stärkste Aenderung. Wenn zu einem festgesetzten Nebengottesdienste längere Zeit hindurch Niemand komme, so werde derselbe einfach von selbst aufgehoben.

Wirklicher Geheimerath Dr. jur. Triepß: Es sei der eigene Wunsch der Synode gewesen, die Nebengottesdienste zu heben und zu fördern; in einer Aufhebung derselben sei doch aber keine Förderung zu finden, und er gebe anheim, die Konsequenzen eines solchen Beschlusses zu bedenken. Die von Seiten des Abgeordneten Thiele gestellte Modification des vorgeschlagenen Verfahrens könne dem Kirchenregiment nur sehr angenehm sein.

Abgeordneter Brünke. Ein zeitweiliges Einschlafen der Nebengottesdienste könne noch nicht Veranlassung zur Aufhebung derselben geben. Wenn man einmal Wochengottesdienste haben wolle, so müsse man alle Mittel zur Hebung derselben versuchen. Er hoffe, daß auch der Frühling für die Wochengottesdienste noch einmal wiederkehren werde, und spreche sich gegen den Bode'schen Zusatzantrag aus, der etwas in die Sache hineinbringe, was nicht dazu gehöre.

Abgeordneter Bode (Braunschweig). Er habe weder gesagt noch gemeint, man solle die Wochengottesdienste ohne Weiteres aufheben. Sein Antrag gehe nur dahin, die Möglichkeit einer auf vernünftige Gründe gestützten Aufhebung in gleicher Weise wie die Aenderung der Nebengottesdienste bewerkstelligen zu können. Wenn der Schlaf in einem Nebengottesdienste perennirend werde, so sei es besser, einen solchen abzuschaffen, als ein Curiosum hinzustellen. Sein Zusatzantrag empfehle sich durch sich selbst.

Abgeordneter Eggeling. Er stimme dem Herrn Vorredner darin bei, daß es oft höchst zweckmäßig sei, einen Nebengottesdienst abzuheben. Ein Gottesdienst ohne Andächtige sei wie eine Schale ohne Kern, und man schade dem kirchlichen Leben dadurch, daß man einen Gottesdienst, der einmal eingerichtet sei, immerfort auch dann bestehen lasse, wenn er nicht besucht werde.

Abgeordneter Thiele. Er wolle doch Vorsicht empfehlen in Bezug auf den Bode'schen Zusatzantrag. Auch beim Hauptgottesdienste könne es vorkommen, daß kein Andächtiger zugegen sei, und wohl Niemand denke daran deshalb denselben sogleich aufheben zu wollen. Man dürfe an der Wiederbelebung nicht sofort verzweifeln, denn oft fehle es nur an der rechten Kraft, die das kirchliche Leben zu heben und zu wecken verstehe. Den Schlaf dürfe man nicht mit dem Tode vergleichen, das habe ihm ein Fall deutlich gezeigt. Die ihm be-



kannte Stelle eines Waldes sei so dicht mit Bäumen bestanden gewesen, daß die Sonne mit ihren warmen, erquickenden Strahlen bis zum moosigen Grün nicht durchzudringen vermocht habe. Als nun diese Stelle von den alten Bäumen gelichtet worden und die Sonne ihre Strahlen auch dem Erdreich mitgetheilt, da seien ganz plötzlich über Nacht die Erdbeeren leise an's Licht gekommen; sie seien nicht erstorben gewesen, sondern hätten nur geschlafen, bis die rechte Kraft, die liebe Sonne, sie aus ihrem Schlummer gerufen.

Abgeordneter Brunke. Die Herren Abgeordneten Bode und Eggeling hätten städtische Verhältnisse im Auge, auf dem Lande sei es doch anders. Die Kinder seien dort verpflichtet, in den Katechismusstunden, welche während der Sommerzeit in der Kirche abgehalten werden, zu erscheinen. Wenn nun auch Erwachsene dabei zugegen seien, so habe es ja der Prediger in der Hand, den ganzen Gottesdienst so einzurichten, wie es gerade den Verhältnissen nach passe, und so könne ein Einschlafen der Wochengottesdienste dort kaum stattfinden.

Abgeordneter Eggeling. Er werde stets sein Augenmerk auf Erhaltung der Nebengottesdienste richten, das sei selbstverständlich, aber auf der anderen Seite sei das Einschlafen derselben ohne Genehmigung sehr peinlich, und deshalb wünsche er nur eine bestimmte Form zu haben, wie dieselben eventuell rechtlich aufgehoben werden könnten.

Abgeordneter v. Cramm macht nochmals kurz darauf aufmerksam, es sei höchst bedenklich, den Bode'schen Zusatzantrag anzunehmen.

Abgeordneter Bode (Braunschweig). Man hebe die Gottesdienste, wenn man unter Umständen einen abgängig gewordenen Nebengottesdienst aufhebe. Denselben ohne Weiteres bei Nichtbesuch aufzuheben, sei ja vollständig revolutionair. Er wundere sich übrigens, daß der Abgeordnete Thiele erst gesagt habe, in der Aenderung liege eingeschlossen die Aufhebung, während er nachher sich wieder gegen den Zusatzantrag gewandt habe. Dies sei ein Widerspruch.

Es wird bei der Abstimmung die Thiele-Brunke'sche Formulirung, hierauf der Bode'sche Zusatz angenommen, und ist diese Angelegenheit damit erledigt.

Hierauf wird zur Berathung über den ad III. A. № 4 der Anlage 5a. gestellten, den Abgeordneten Steinmeyer und Desterreich zur Vorprüfung überwiesenen Antrag des Abgeordneten Wolff, die §§. 5 und 13 der Kirchenvisitations-Ordnung vom 6. Januar 1873 betreffend, übergangen.

Der Abgeordnete Steinmeyer referirt wie folgt: Es werde nöthig sein, das näher darzulegen, was die erwähnten beiden Paragraphen bezwecken, um sofort einzusehen, wie berechtigt der Wolff'sche Antrag sei. Durch die Kirchenvisitations-Ordnung von 1873 solle das kirchliche Leben untersucht und Herzoglichem Consistorio zur Kenntniß gebracht werden, und zwar solle die Kirchenvisitation alle 4 Jahr geschehen. Die zu diesem Zwecke von Herzoglichem Consistorium aufgestellten Fragen seien so umfangreicher Natur, daß bei richtiger und ausführlicher Beantwortung derselben alle einschlagenden kirchlichen Verhältnisse vollständig zu übersehen seien. In Bausch und Bogen gerechnet, belaufe sich die Zahl der aufgeworfenen Fragen auf 125, und es sei keine leichte Arbeit, dieselben erschöpfend zu beantworten. Dem Befehle nach solle nun folgendermaßen verfahren werden: Der Visitator übersende 4 Wochen vor dem Visitationstage die Visitationsfragen dem betreffenden Pfarrer, und dieser habe dieselben spätestens 8 Tage vor Eintritt der Visitation beantwortet zurückzusenden.

Auf diese Weise werde allerdings Herzoglichem Consistorium das, was es wissen wolle und müsse, mitgetheilt, aber hierbei sei ein Umstand noch zu beachten: Wenn ein Prediger in eine neue ihm bislang nicht bekannte Gemeinde versetzt werde, so vermöge er aus den vor-

handenen Pfarracten gar Nichts darüber zu ersehen, wie es mit den kirchlichen Verhältnissen in der Gemeinde bestellt sei; gleichfalls könne auch der Superintendent nur auf die Weise das Erforderliche erfahren, wenn er Herzogliches Consistorium um Einsicht der ergangenen Visitationssacten angehe. Dies sei offenbar nicht zweckmäßig, und deshalb bezwecke der Antrag Wolff einmal, daß die Visitationsfragen dem zu Visitirenden in duplo zugeschickt werden sollen, um sodann das zweite Exemplar beantwortet bei den Visitationssacten in der Pfarrregistratur aufzubewahren. Damit aber auch ferner für die Superintendentur die Acten den nöthigen Aufschluß geben, so habe der Abgeordnete Wolff zugleich beantragt, dem Superintendenten eine Abschrift des Parochialberichts zu dessen Acten zuzustellen. Die Absicht der noch hinzugefügten Bemerkung gehe dahin, daß die Einsendung der Visitations-Relation auch an den Generalsuperintendenten zu geschehen und dieser von dessen Inhalt Kenntniß zu nehmen habe.

Aus den angedeuteten Gründen könne man sich mit dem Inhalte des Wolff'schen Antrages völlig einverstanden erklären. Er beantrage, bei Uebereinstimmung mit dem Inhalte des Wolff'schen Antrages, sich folgende Fassung desselben anzueignen:

§. 5 der Kirchenvis.-Ordnung vom 6. Januar 1873. Abs. 1 in fine.

— in zwei Exemplaren mit dem Erfordern mitzutheilen, beide in vollständiger Uebereinstimmung mit Antwort zu versehen, das eine Exemplar spätestens 8 Tage vor Eintritt der Visitation an ihn zurückzusenden und das andere bei den Visitationss-Acten der Pfarrregistratur aufzubewahren.

§ 13 leg. cit.

welches unter Anschluß einer Abschrift des Parochialberichts für die Registratur des Visitators auf jede der Vorlagen besonderen Bescheid ertheilt.

Die Visitations-Relation u. der Superintendenten nebst Anlagen wird von diesen dem Generalsuperintendenten der Inspection, der dieselbe binnen 14 Tagen Unserem Herzoglichen Consistorio einzureichen hat, zur Kenntnißnahme übersandt.

Correferent Desterreich. Es könne auffallend erscheinen, daß dieses Verfahren nicht schon bei Verathung des erwähnten Gesetzes vorbedacht sei, aber dies liege nur daran, weil man offenbar geglaubt habe, jeder parochus werde sich ein Concept der zu beantwortenden Fragen anfertigen und dieses in der Pfarrregistratur niederlegen. Uebrigens glaube er, daß die durch den Wolff'schen Antrag angeregte Frage ohne Aenderung des Gesetzes im Verwaltungswege rechtsgültig geordnet werden könne.

Consistorialrath Sallentien. Das Consistorium habe sachlich keine Bedenken gegen den Wolff'sche Antrag, es werde aber Herzoglichem Consistorio durch die Ausführung des Antrages eine große Schreiberlast auferlegt, da etwa 60 Relationen im Jahre eingereicht würden und jede, wie schon hervorgehoben, 125 Fragen enthalte. Er bitte übrigens, man möge sich wenigstens dem vom Abgeordneten Desterreich vorgeschlagenen Antrage anschließen und Herzoglichem Consistorium überlassen, die angeregte Angelegenheit im angegebenen Sinne auf dem Wege der Instruction zu regeln.

Der von dem Abgeordneten Desterreich gestellte Antrag:

Landessynode wolle es dem Ermessen der Kirchenregierung überlassen, die fragliche Angelegenheit durch Gesetz oder im Wege der Instruction zu regeln,

findet die Zustimmung der Versammlung.

Nach kurzen Bemerkungen zur Sache von Seiten der Abgeordneten Dedekind, Steinmeyer, Gravenhorst, Desterreich, Brunke wird der Antrag Wolff seinem Inhalte nach in gesonderter Abstimmung zu a. und b. angenommen.

Hierauf stellt der Abgeordnete Wolff an das Kirchenregiment die mündliche Anfrage:

Wie es mit der Legitimation der Kinder zu halten sei, welche vor dem 1. Januar 1876 geboren sind?

Nachdem der Herr Regierungs-Commissar Geheimerath Dr. jur. Triepß die rechtliche Seite dieser Frage kurz hervorgehoben und bemerkt hat, die Legitimation werde einfach durch den Act der Verheirathung bewirkt, sobald nur feststehe, daß die Kinder von den sich heirathenden Eltern herrühren,

macht der Herr Präsident die Mittheilung, es sei vom Abgeordneten Apfel folgender Antrag eingegangen:

Hohe Synode wolle den Wunsch aussprechen, Hohe Kirchenregierung wolle in Erwägung ziehen, ob nicht und welche Restauration und Revision der corpora honorum zweckmäßig erscheine.

Dieser Antrag wird behuf Motivirung von Seiten des Antragstellers auf die nächste Tagesordnung gesetzt, als zweiter Punkt derselben die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission angekündigt, und sodann wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der folgenden auf den 1. December d. J., Morgens 10 Uhr, vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze*, protokoll. Secretair.



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung *N.* 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

7. Sitzung am 1. December 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 30. v. Mts. theilt der Herr Präsident den Eingang eines von der Kirchengemeinde Erkerode an die Landessynode gerichteten Gesuchs mit, die Versetzung des dortigen Pfarrers von Schwarz betreffend, und verliest sodann, nachdem dieses Gesuch den Abgeordneten Ude und Skerl zur Vorprüfung überwiesen ist, einen vom Abgeordneten Lerche (Sizum) gestellten Antrag:

Synode wolle Hohes Kirchenregiment ersuchen, die Kirchenbuchführer darüber zu informiren, ob sie auch jetzt noch befugt seien, in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtsfälle Legitimationsurkunden nachzutragen.

Der Antrag wird behuf Motivirung auf die nächste Tagesordnung gestellt.

Hierauf erhält der Tagesordnung gemäß der Abgeordnete Apffel zur Motivirung seines am Schlusse der letzten Sitzung gestellten Antrages, die Restauration resp. Revision der corpora bonorum betr., das Wort.

Abgeordneter Apffel. Sein Antrag sei von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Die corpora bonorum enthielten bekanntermaßen Mittheilungen über die Entstehung der Kirche, die Vermögensverhältnisse derselben, Angaben über die Wohnung des Pfarrers und dergl. mehr; sie seien die einzigen Urkunden, aus welchen man einen einigermaßen genauen Aufschluß über die früheren Verhältnisse der betreffenden Kirchen schöpfen könne. Ihr Werth sei übrigens nicht gleich, denn während manche derselben durch Unterschrift beider Visitatoren bekräftigt worden, gebe es auf der anderen Seite wieder solche Exemplare, welche nur unbedingte Notizen enthielten. In einzelnen Gemeinden seien übrigens, wie er hervorheben wolle, seltsamerweise keine corpora bonorum vorhanden. Dieselben hätten nun seit ihrer Entstehung, die in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu setzen sei, so viele Aenderungen erfahren, daß sie eine Uebersichtlichkeit nicht mehr gewähren könnten. Die Kirchenregierung habe die nothwendigen Eintragungen in die 4 vorhandenen Exemplare stets angeordnet, und die Ergän-

zungen und Aenderungen seien oft so bedeutend gewesen, daß man ganze Actenstücke angeheftet habe. Durch allerhand beigelegte Notizen, Interlinearglossen u. s. w. sei die Uebersichtlichkeit dergestalt erschwert, daß man einen rechten Nutzen von den corpororibus honorum im gegenwärtigen Zustande kaum haben könne. Durch die Visitationsfragen sei allerdings ein bedeutender Schritt geschehen, denn durch diese werde ein Nachweis über viele für die betreffende Kirche hochwichtige Verhältnisse geliefert, aber das corpus honorum gebe ja hauptsächlich Aufschluß über frühere Verhältnisse, und insofern sei der Inhalt seines Antrages, den er als solchen damit zurückziehe, wohl gerechtfertigt. Er wolle nur den Wunsch aussprechen, Hohe Kirchenregierung wolle ihre Stellung zu der von ihm angeregten Frage darlegen.

Der Herr Präsident macht hiernächst der Versammlung Mittheilung über den von den Abgeordneten von Heinemann, Stöter, Lerche (Eikum), Eggeling, Skerl gestellten Antrag auf eine doppelte Lesung für die auf der Tagesordnung stehende Berathung der Vorlage »betr. die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen 2c.«

Nachdem dieser Antrag angenommen, wird zur ersten Lesung der genannten Vorlage übergegangen, und referirt der Abgeordnete von Heinemann Namens der Commission wie folgt:

Die zur Vorberathung und Vorprüfung des Entwurfs der Gottesdienstordnung von der Hohen Versammlung ernannte Commission habe ihn zum Referenten bestellt. Er könne wohl sagen, daß es »nicht seine Wahl gewesen«, so hoch er auch die ihm erwiesene Ehre zu schätzen wisse, denn er entbehre, offen gestanden, in der vorliegenden Sache aller Vorkenntnisse und sei gewissermaßen nur als Naturalist in die Commission eingetreten. Er bäte um Nachsicht und wolle nur die Verhandlungen kurz einleiten.

Das Bedürfnis nach einer liturgischen Aenderung sei in maßgebenden Kreisen wohl allgemein und auch völlig begründet, denn unsere Liturgie habe bisher an drei Punkten gekrankt:

- 1) In den einzelnen Kirchen des Landes habe bisher eine solche Zerfahrenheit bezüglich der Liturgie stattgefunden, daß ein Mitglied der einen Kirche sich am anderen Orte im Gotteshause fremd gefühlt habe. Es sei aber dahin zu streben, daß sich Jeder in jeder Kirche unseres Landes heimisch fühle, daß er überall dieselbe Form vorfinde, an die er von Jugend auf gewöhnt.
- 2) Man habe herausgeföhlt, daß das Aeußere unseres Gottesdienstes zu nüchtern sei, und das sei wohl kaum zu bestreiten. Es liege etwas Wahres in dem Ausspruche, den Friedrich der Große gethan haben solle, daß die Katholiken Gott als ihren Herrn, die evangelisch-lutherischen Christen als ihres Gleichen und die evangelisch-reformirten als ihnen untergeordnet behandeln. — Es sei richtig, daß das Gefühl spontan aus dem Herzen hervorquellen solle, aber der Eindruck komme auch von außen, wie Jeder schon oft genug an sich selbst erfahren haben werde. Er erinnere nur an die schöne Sage von Wittekind, der mit der Absicht, Karl den Großen zu ermorden, nach Aachen gekommen und von dem äußern Glanz und Pracht des Gottesdienstes im Dom so ergriffen worden sei, daß er sein Vorhaben aufgegeben und sich taufen lassen habe.

Man könne auch in der Einfachheit zu weit gehen; eine etwas reichere Form unseres Gottesdienstes sei wünschenswerth.

- 3) Die Gemeinde habe in den meisten Kirchen nur als das Object dagefessen, das sich vom Prediger zu behandeln und jeder Selbstthätigkeit zu entschlagen gehabt. Es habe an einer Form gefehlt, in der die Gemeinde das überquellende Gefühl hätte hineingießen können.

Diese drei Erwägungen, von denen auch Herzogliches Consistorium geleitet worden sei, habe zu dem Beschlusse geführt, die Vorlage nicht im Ganzen abzulehnen, aber die Commission habe sich veranlaßt gesehen, verschiedene Abänderungen zu machen, wobei sie zwei Hauptzwecke zu befolgen gesucht habe:

- 1) Eine möglichst straffe Einheit in der liturgischen Form dadurch herzustellen, daß das

facultative Element in dem vorgelegten Entwurfe beschränkt, jedoch nicht gänzlich aufgehoben sei;

- 2) Zweckmäßige Abkürzungen zu machen, wie solche in dem schriftlich erstatteten kurzen Bericht niedergelegt seien.

Man sage, unsere Vorfahren hätten dreistündige Predigten angehört, das vertrage aber heute Niemand mehr, denn die Menschheit lebe jetzt noch einmal so schnell wie früher, und das dürfe man nicht ignoriren.

Ein Punkt habe die Commission bei Berathung der Abkürzungen lebhaft beschäftigt, nämlich der, ob die beigelegten Gebete nicht einer Abkürzung bedürften. Die Commission sei zwiespältig gewesen und habe schließlich von einer Abkürzung Abstand genommen. Wohl mit Recht, denn durch Kürzung einiger Zeilen sei Nichts gewonnen, und diese habe meistens auch wieder eine Umarbeitung des ganzen Gebets zur Folge, weil man doch bei Abfassung eines jeden Gebets einen bestimmten Gedankengang beobachtet habe, welcher durch bloße Kürzung gestört werde. Dazu komme, daß die Gebete facultativ und sowohl längere als kürzere vorhanden seien. Er könne übrigens die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die vorgelegten Beschlüsse keineswegs sämmtlich einstimmig gefaßt seien; einzelne Mitglieder der Commission hätten sich ausdrücklich besondere Anträge bei der Berathung vorbehalten. Man werde vielleicht eine besondere Motivirung in dem schriftlich erstatteten Commissionsberichte vermessen, dies sei aber in Uebereinstimmung mit §. 16 der Geschäftsordnung geschehen, denn eine schriftliche Berichterstattung sei nach derselben nur ausnahmsweise auf Beschluß der Versammlung zulässig. Aus diesem Grunde gebe der Bericht nur die Commissionsbeschlüsse mit den nothwendigen Bemerkungen. Die Seitenzahl, die mehrfach angegeben, beziehe sich auf den geschriebenen Entwurf, welcher der Commission vorgelegen habe.

Der Abgeordnete Steinmeyer übernimmt den Vorsitz. Bei der allgemeinen Berathung, welche derselbe eröffnet, meldet sich Niemand zum Wort, worauf in die erste Lesung der einzelnen Theile eingegangen wird.

Der Titel der Vorlage giebt zu einigen kurzen Bemerkungen Veranlassung, ohne daß ein bestimmter Antrag auf Fassung des Titels gestellt wird.

Zu *N* 1 der Vorlage, welche zur Debatte verstellt wird, erhält zuvörderst das Wort:

Abgeordneter Thiele. Die in der Vorlage enthaltenen directiven Bemerkungen seien nicht übersichtlich und an mehreren Stellen sogar überflüssig. Das Wort »Altarliturgie« sei ein unliturgischer Ausdruck; es gebe eben keine andere Liturgie als die eine, die vor dem Altar gehalten würde. Der sich mehrfach wiederholende Ausdruck: »singt (oder spricht)« könne einfacher und klarer gefaßt werden. Mit Rücksicht hierauf halte er es für zweckmäßig, daß Herzogliches Consistorium die directiven Bemerkungen nochmals einer Prüfung und Redaction demnächst unterziehen möge; dies sei ungefährlich, da die Beschlüsse der Commission dadurch nicht gefährdet würden.

Referent v. Heinemann. Dies sei kein Antrag, sondern, wie er es auffasse, nur ein redactioneller Vorschlag. Die Commission habe die Vorlage zu Grunde gelegt und dabei sich eng an dieselbe angeschlossen. Es bleibe dem Abgeordneten Thiele wohl kein anderer Weg übrig, als der, bestimmte Anträge in der von ihm angedeuteten Richtung zu stellen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgeordnete Skerl, Thiele, Gravenhorst,

Abgeordneter Desterreich. Er sehe gar keinen anderen Weg als den, welchen der Abgeordnete v. Heinemann vorgeschlagen habe. Wer Aenderungen an der Vorlage gemacht wissen wolle, der möge bestimmte Anträge stellen, sonst geriethe man in ein Labyrinth, aus welchem kein Ausgang zu finden wäre. Wenn man nicht wisse, worüber zu beschließen sei, so käme man gar nicht zum Schlusse.

Referent v. Heinemann. Die Commission habe auch das erwogen, ob sie bloße Grundsätze aufstellen und Herzoglichem Consistorium darnach die Ausarbeitung der Gottesdienstord-

nung überlassen solle. Es sei hiervon Abstand genommen, und man habe sich, wie er schon hervorgehoben und der schriftlich erstattete Bericht ausweise, an den Wortlaut der Vorlage gehalten.

Er wisse nicht, wie man darum wegkommen solle, die Aenderungen einzeln zu beantragen.

Abgeordneter Thiele. Da sich Schwierigkeiten erhöhen, so zöge er seinen Antrag zurück und werde sich im Einzelnen Anträge auf Aenderung zu stellen erlauben.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Der Herr Abgeordnete Thiele urgire das Wort »Altarliturgie«; der Commission sei wegen Gebrauchs dieses Wortes kein Vorwurf zu machen, denn dasselbe finde sich gleichfalls in dem Regierungs-Entwurfe.

Es habe mit dem Worte ein Unterschied zwischen dem Gesange der Gemeinde und dem Gesange des Predigers am Altar gemacht werden sollen.

Abgeordneter Thiele. Unter Liturgie verstehe man die ganze Ordnung des Gottesdienstes, Altarliturgie sei ungebräuchlich. Er mache Keinem einen Vorwurf, sondern corrigire einfach das Wort, welches in einem correcten liturgischen Lehrbuch nicht zu finden sei.

Abgeordneter Rohde. Der Regierungs-Entwurf gebe zwei Formulare, eins zum Singen und das andere zum Sprechen. Die Commission habe das zweite Formular ganz gestrichen, und dies sei in der That ein Verdienst zu nennen, denn durch den Regierungs-Entwurf sei die Verschiedenheit und Zwiespältigkeit von vornherein sanctionirt. Wenn man sich nun aber für Beibehaltung eines Formulars zu entscheiden habe, so hätte man ganz richtig, wie es auch von der Commission geschehen, auf das erste (zum Singen) vorgeschlagene Formular fallen müssen. Es scheine ihm zweckmäßig, daß über den auch bei den anderen Nummern der Vorlage wichtigen Punkt, ob zwei Formulare oder eins genommen werden solle, zunächst abgestimmt werde.

Nachdem der Stellvertreter des Präsidenten, Abgeordnete Steinmeyer, bemerkt hat, er könne nur einfach über das abstimmen lassen, was nach dem Commissions-Entwurfe vorliege, verliest derselbe den auf Aenderung der Nummer 1 bezüglich der Fassung gerichteten Antrag des Abgeordneten Thiele, welcher so lautet:

Hohe Synode beantragt:

die Nummer 1 der Vorlage so zu fassen:

Eingangslied aus dem Gesangbuch. An Festtagen ein Festlied. Unter demselben tritt der Geistliche an den Altar und intonirt oder spricht wie folgt:

Dazu »Anmerkung«:

Der Geistliche hat in der Regel zu singen. Die Antworten der Gemeinde werden stets gesungen. Bei besonderen Anlässen kann vor dem Anfangsliede noch ein Chor eintreten.

Abgeordneter Thiele hebt zu seinem Antrage hervor, seine Absicht gehe dahin, die Liturgie für den Gebrauch der Gemeinde recht praktisch zu machen. Er wünsche, daß nur das durchaus Erforderliche in den laufenden Text gebracht und die Andeutung, daß der Geistliche in der Regel zu singen habe, als Anmerkung unter den Text gesetzt werde. Seine Fassung sei die bessere, denn sie nehme besondere Rücksicht auf das Bedürfnis der Gemeinde.

Referent v. Heine mann. Die Commission habe gewiß Nichts dagegen einzuwenden, daß die Anweisung für den Geistlichen, in der Regel zu singen, in Form einer Anmerkung beigelegt werde.

Der Antrag Thiele auf Aenderung in der Fassung der Nummer 1 der Vorlage wird mit einer von Seiten des Abgeordneten Desterreich vorgeschlagenen, auf Streichung des »noch« am Schlusse gerichteten redactionellen Aenderung angenommen.

Zur Nummer 2 der Vorlage erhält zunächst das Wort

Abgeordneter Thiele. Das »singt (oder spricht)« muß nach der angenommenen Fassung der Nummer 1 von selbst in Wegfall kommen. Für die Worte: »Geistlicher und Antwort« abgekürzt »G. und A.« schlage er vor unter N. 2: »Pastor und Gemeinde«, abgekürzt »P.



und G.«, zu setzen, denn nach dem Commissionsentwurf könne bei der Abkürzung unter »G.« gar leicht die Gemeinde verstanden werden, während doch der Geistliche damit gemeint sei.

Der Antrag des Abgeordneten Thiele lautet wörtlich, der Nummer 2 der Vorlage folgende Fassung zu geben:

Pastor: (gegen den Altar):

Lobe den Herrn 1c.

Gemeinde: Lobe den Herrn 1c.

Zu Nummer 2 stellt ferner der Abgeordnete Skerl nachfolgenden Antrag;

Zu *M* 2 zu setzen statt »Geistlicher: Lobe den Herrn 1c.« folgende Worte:

Geistlicher: Ehre sei dem Vater und dem Sohne!

Gemeinde: Und dem heiligen Geiste!

Geistlicher: Wie es war im Anfang, jetzt und immerdar.

Gemeinde: Und von Ewigkeit zu Ewigkeit!

Der Antragsteller Skerl motivirt denselben folgendermaßen:

Sein Wunsch gehe dahin, in Bezug auf die Liturgie nicht nur eine Einheit in unserm engeren Vaterlande, sondern auch eine Einheit mit den größeren evangelischen Landeskirchen zu haben. Die Einheit des Gottesdienstes sei unendlich viel leichter zu erreichen als die Einheit der Lehre, und die erstere trage erheblich dazu bei, daß man sich in jeder evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands wie in der Heimath fühle. Der von ihm beantragte Eingang sei in der Preussischen Agende von 1828 gewählt. Dieses sogen. »kleine Gloria« sei ein schöner Wechselgesang, der gleich eine gewisse Lebendigkeit in die Gemeinde hineinbringe. Aus diesem Grunde und um der Einheit willen empfehle er seinen Antrag und bemerke noch, daß im Fall der Annahme desselben freilich die am Schlusse der Nummer 2 hinzugefügten Worte: »oder eine der Antiphonen 1. 2. S. 263« in Wegfall kommen müßten.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Er möchte bitten, bei dem Commissionsentwurfe stehen zu bleiben, obgleich er keineswegs ein Verächter des Unionismus wäre. Der Abgeordnete Skerl habe nur einige äußere Gründe gegen den Commissions-Entwurf geltend gemacht, es sei aber auch der innere Grund zu untersuchen. Die Worte zu *M* 2 in der von der Kirchenregierung vorgeschlagenen und von der Commission gebilligten Form seien viel klarer, erbaulicher, ansparender als das »kleine Gloria«, an welchem auch sprachlich viel auszusetzen sei. Der Geistliche nehme darnach einen Anlauf, den Inhalt der Trinität aufzuführen, bleibe dann aber stecken und die Gemeinde corrigire ihn nun, indem sie den heiligen Geist hinzusetze. Bei den Worten: »Wie es war im Anfang 1c.« könne man alles mögliche denken; man wisse nicht recht, ob der Anfang der Welt, der Anfang des Christenthums oder was sonst gemeint sei. Die sprachlichen Bedenken und die Unklarheit des Inhalts seien ihm ein Anstoß, abgesehen davon, daß er es nicht für wünschenswerth halte, den Inhalt der Trinität an die Spitze des ganzen Gottesdienstes zu setzen. Deshalb bitte er, bei dem Commissionsentwurfe stehen zu bleiben.

Abgeordneter Thiele. Er halte den Skerl'schen Antrag für einen Verbesserungs-Antrag und könne in dem »kleinen Gloria« eine starke Hinweisung auf die Lehre von der Trinität nicht finden. Das Grunddogma der christlichen Lehre sei darin in der »allerbiblischsten« Form ausgesprochen, und eine solche Hinweisung sei sicher nicht übertrieben. Wir wären von Gottes Gnaden evangelisch-lutherische Christen und könnten uns sonst mit der Preussischen Agende nicht einverstanden erklären; hier aber sei ein Anknüpfungspunkt gegeben, und er gehe insofern auf eine Verbindung ein.

Consistorialrath Sallentien. Die Kirchenregierung sei bei Abfassung der Vorlage von den Bestrebungen ausgegangen, sich thunlichst an das Vorhandene anzuschließen. Aus dieser Rücksicht sei der »Introitus« aufgenommen, welcher durch das Thiele'sche Kirchenbuch bereits in vielen Gemeinden des Landes verbreitet sei. Die vom Abgeordneten Skerl vorgebrachten Gründe seien schwerwiegender Art, und Herzogl. Consistorium könne sich mit dessen Antrage wohl einverstanden erklären, aber nur nach eingetretener Modification, denn so, wie er gestellt, sei er

nicht annehmbar. Nach dem Vorschlage der Commission solle das, was gesprochen werde, dasselbe sein, wie das, was gesungen werde; statt der vorgeschlagenen 2 Formulare habe die Commission sich für eins entschieden, daß in der Regel vom Geistlichen gesungen, sonst feierlich gesprochen werden solle. Er müsse nun gestehen, daß das kleine Gloria in der angegebenen Weise wohl sehr sangbar, aber schlecht sprechbar sei. Der Introitus müßte deshalb wenigstens so gefaßt werden, daß die Worte: »und dem heiligen Geiste« von dem Vorhergehenden nicht abgerissen würden, daß also der Prediger zu singen oder zu sprechen habe: Ehre sei dem Vater und dem Sohne und dem heiligen Geiste! worauf sodann die Antwort der Gemeinde erfolgen müsse. So sei es, wie er noch bemerken wolle, auch in früherer Zeit gewesen.

Abgeordneter Stöter. Wenn man die seit längeren Jahren in den meisten Kirchen unseres Landes gebrauchte Antiphone: »Lobe den Herrn, meine Seele« mit der vom Abgeordneten Skerl vorgeschlagenen vergleiche, so müsse man sagen, die erstere enthalte klare, biblische, die andere unklare, verschieden ausgedeutete Worte. Durch die in dem kleinen Gloria enthaltene Anspielung auf das so bestrittene Dogma der Trinität könne auch leicht der Verdacht einer versteckten dogmatischen Reaction entstehen. Deshalb ziehe er das einfache biblische Wort den unverständlichen Worten des Gloria vor.

— Ein auf den Schluß der Debatte gestellter Antrag wird nicht angenommen. —

Abgeordneter Skerl. Mit dem Vorschlage des Herzoglichen Consistoriums sei er einverstanden. In seinem Antrage liege keineswegs eine versteckte Reaction, und er bitte, daß durch solche Aeußerung Niemand sich möge abhalten lassen, für seinen Antrag zu stimmen.

Referent von Heinemann. Die Commission habe sich gegen den Antrag vom Abgeordneten Skerl ausgesprochen. Die Worte desselben enthielten geradezu einen Widerspruch und würden auch durch den eventuellen Vorschlag des geehrten Mitgliedes Herzoglichen Consistorii keineswegs leichter sprechbar.

Consistorialrath Sallentien. Er habe die Trennung der Worte: »Und dem heiligen Geiste« von dem Vorhergehenden deshalb zu vermeiden gewünscht, weil er es für unschön halte, wenn durch das Eintreten der Orgel eine Zerreißung der dem Sinne nach unmittelbar zusammengehörigen Worte herbeigeführt werde.

Abgeordneter Eimcke. Er habe die in der Vorlage enthaltenen wohlklingenden, altgewohnten Worte mit Freuden begrüßt und bitte dringend, diese Worte nicht gegen unschönere Worte einzutauschen.

Abgeordneter Lerche (Eikum). Auf den Anschluß der kleineren an die größeren Länder bitte er in dieser Beziehung nicht zu großes Gewicht zu legen. In fast allen Ländern seien die in Rede stehenden Verhältnisse im Flusse, und in solcher Zeit liege die Kraft der Einigung gerade in dem Besten. Man habe nicht zu suchen nach dem, was lange bestehe, sondern nach dem, was gut und ansprechend sei.

Nachdem der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, wird der zunächst zur Abstimmung gebrachte Skerl'sche Antrag abgelehnt, der vom Abgeordneten Thiele gestellte redactionelle Antrag aber, und mit demselben der Commissionsentwurf ad N. 2 bis auf die Worte: »oder eine der Antiphonen 1. 2. S. 263« angenommen, welche Worte sodann besonders zur Debatte gestellt werden.

Hierzu stellt der Abgeordnete Eggeling folgenden Antrag:

in N. 2 der Vorlage die Worte:

»oder eine der Antiphonen 1. 2. S. 263«

zu streichen,

und trägt zu dessen Motivirung vor:

In den größeren Kirchen verstehe die Gemeinde das vom Prediger Gesungene oft nicht deutlich, und dieselbe könne dann auch die richtige Antwort nicht finden. Deshalb habe er in seinem Antrage vorgeschlagen, zunächst an dieser Stelle nur bestimmte Antiphonen zuzulassen,

dann wisse die Gemeinde, was sie zu singen habe, und werde sich bei der von ihr zu gebenden Antwort auch rege betheiligen.

Der Antrag wird unterstützt und zur Debatte gestellt.

Nachdem der Abgeordnete Rohde sich für den Eggeling'schen Antrag aus dem ferneren Grunde ausgesprochen, weil die S. 263 sub 1. 2. enthaltenen Antiphonen an dieser Stelle der Liturgie nicht passend seien, und die Antiphone »Lobe den Herrn« als die seiner Ansicht nach beste für den Introitus bezeichnet hat, wird

der Antrag Eggeling angenommen, und es würde also die Nummer 2 des Commissionsentwurfs nach den gefaßten Beschlüssen wie folgt lauten:

Pastor (gegen den Altar):

Lobe den Herrn, meine Seele, Und was in mir ist, seinen heiligen Namen!

Gemeinde: Lobe den Herrn, meine Seele, Und vergiß nicht, was er dir Gutes gethan hat.

Zu **N** 3 der Vorlage bringt der Abgeordnete Thiele den Antrag ein:

hinter die Antwort der Gemeinde die entsprechenden griechischen Worte »Kyrie eleison, Christe eleison, Kyrie eleison« zu setzen.

Abgeordneter Thiele zur Motivirung. Die Nummer 3 stelle den Theil des Gottesdienstes dar, welcher in der liturgischen Sprache das »Kyrie« genannt werde. Die ursprünglichen in seinem Antrage aufgeführten griechischen Worte seien so allgemein bekannt, daß er es für angemessen halte, wenn dieselben den Deutschen Worten in Parenthese beigelegt würden.

Der Herr Präsident übernimmt wieder den Vorsitz und stellt den genügend unterstützten Thiele'schen Antrag zur Berathung.

Referent von Heinemann. Der Antrag enthalte keine Principienfrage und scheine ihm ziemlich harmlos, trotzdem sei er persönlich dagegen. Er sehe nicht den mindesten Grund ein, weshalb man den Gemeinden griechische Worte, deren Bedeutung und Zweck sie nicht verstehen, mit vorschreiben wolle. Weshalb solle und wolle man überhaupt die alten Trümmer aus fremden Sprachen neben der unsrigen noch festhalten? Unsere Laute verständen die Gemeinden, die griechischen Worte seien ein böhmisches Dorf für sie.

Abgeordneter Wolff. Er stimme dem Antrage des Abgeordneten Thiele bei, denn die alten ehrwürdigen griechischen Worte ständen auch im Gesangbuche und würden den Kindern in der Schule erklärt werden.

Der Antrag Thiele wird bei der Abstimmung abgelehnt und die Nummer 3 der Vorlage nach dem Vorschlage der Commission angenommen.

Zu **N** 4 des Commissions-Entwurfs beantragt Abgeordneter Eggeling:

1. die Worte: »In Festzeiten tritt dafür eine geeignete Festantiphone (S. 269 ff.) ein« zu streichen;

2. an die Commission die Forderung zu stellen, für die zweite Lesung für jedes Fest eine besondere Antiphone in Vorschlag zu bringen.

Abgeordneter Eggeling zur Motivirung. In Verfolg seines zu **N** 2 gestellten und angenommenen Antrages komme er auch hier mit einem Antrage gleichen Inhalts wieder. Er glaube, der Gemeinde werde es schwer, auf die gerade vom Prediger gewählte Antiphone die richtige Antwort zu finden, und deshalb müsse man der Gemeinde Bestimmteres vorschreiben. Weil nun die liturgische Wissenschaft verlange, daß an dritter Stelle dem Prediger bezüglich der Wahl der Antiphone ein gewisser Spielraum gelassen werden solle, so sei er damit einverstanden, wenn es gleich bestimmt heiße: Zu Ostern folgende Antiphone, zu Weihnachten folgende u. s. w., wenn also die Antiphonen für jede Festzeit ein für alle Mal von vornherein festgesetzt würden. Aus dem letzteren Grunde habe er den zweiten Antrag gestellt.

Abgeordneter Lerche (Eikum) bittet, man möge diesen Antrag nicht annehmen, denn es sei wohl recht und billig, dem Prediger auch einige Freiheit in Bezug auf die Wahl der Antiphonen zu lassen. Der Prediger werde schon in jedem Einzelfalle wissen, was er anstimmen

dürfe und seiner Gemeinde zumuthen könne. Es sei deshalb nicht erforderlich, die Antiphonen für jedes Fest besonders auszudrucken.

Abgeordneter Steinmeyer. Es sei wohlgethan, die Antiphonen für die Festzeiten gleich bestimmt auszuschreiben, denn auf diese Weise wisse die Gemeinde immer genau Bescheid, was sie zu singen habe, und es würden Störungen in dieser Beziehung kaum noch möglich sein.

Abgeordneter Apfel stimmt dem Eggeling'schen Antrage aus vollem Herzen bei.

Abgeordneter Stöter. Er halte den Antrag für sehr gut, denn es sei ein peinliches Gefühl, wenn die Gemeinde in der Kirche nicht prompt Antwort gebe, und das würde sie kaum können, wenn dem Prediger eine zu große Freiheit bei der Wahl der Antiphonen gelassen würde. Auch das wissenschaftliche Gewissen werde dabei befriedigt, denn zwei der an dieser Stelle zugelassenen Antiphonen beruhten auf falschen Uebersetzungen Luther's, und was dem Texte nach falsch wäre, das sollte man auch nicht annehmen.

Die beiden Anträge des Abgeordneten Eggeling werden in gesonderter Abstimmung genehmigt, desgleichen die Nummer 4 der Vorlage nach dem Commissions-Entwurfe mit der angenommenen Abänderung.

Nach einigen kurzen Bemerkungen zur Geschäftsordnung seitens der Abgeordneten von Heinemann und Desterreich wird die Nummer 5 der Vorlage in der von der Commission gestellten Fassung angenommen.

Zu Nr. 6 der Vorlage bringt der Abgeordnete Thiele einen auf Streichung der Worte: »Hierauf singt (oder spricht) derselbe« gerichteten Antrag ein, zieht denselben aber wieder zurück, und wird sodann die Nummer 6 der Vorlage nach dem Commissions-Entwurfe angenommen.

Zu Nr. 7 der Vorlage beantragt der Abgeordnete Skerl:

hinter den Worten: »Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört« einzuschieben:

»Spricht der Geistliche: Lasset uns nun auf dem Grunde des göttlichen Wortes mit der ganzen Kirche auf Erden unsern gemeinsamen Glauben bekennen (folgt die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses), Gemeinde: Amen.«

Abgeordneter Skerl zur Motivirung:

Er sei sich wohl bewußt, was er der Hohen Versammlung mit seinem Antrage bieten wolle. Obgleich derselbe in der Commission die Majorität nicht gefunden hätte, so möchte er ihn doch nicht ohne Weiteres fallen lassen, und zwar sei das Hauptmotiv auch hier wieder die anzustrebende Uebereinstimmung mit allen evangelischen Kirchen Deutschlands, denn, so viel er wisse, sei das »Credo« an dieser Stelle fast überall eingefügt. Ein anderer Grund sei der, daß auf die Verkündigung des Wortes Gottes eine entsprechende Antwort seitens der Gemeinde, wie an den anderen Stellen, zu erfolgen habe: Die Gemeinde müsse sich nach Verkündigung des Wortes Gottes ausdrücklich zu demselben bekennen.

Je mehr er sich mit liturgischen Fragen beschäftigt habe, desto mehr habe er auch erkannt, daß dies Gebiet ein wissenschaftlich bebautes sei, und er handle bei Stellung seines Antrages in Uebereinstimmung mit dieser Wissenschaft. Wenn man einmal Aenderungen vornehmen wolle — und das Bedürfnis dazu sei allseits anerkannt — so dürfe man nicht nach subjectivem Belieben handeln, nicht wie unsere Väter, welche unsere Kirchen nicht nach Grundsätzen, sondern zum großen Schaden derselben nach Utilitätsprincipien restaurirt hätten. Sei dies richtig, so dürfe das Glaubensbekenntnis bei unserm Gottesdienste nicht fehlen. Durch Einfügung desselben sei eine zu große Länge der Liturgie nicht zu befürchten, denn die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses nehme höchstens 2 bis 3 Minuten in Anspruch. Wenn man ferner dagegen einwende, daß das Glaubensbekenntnis nicht mehr ganz in der Gemeinde lebe, so sei ein solcher Einwand seiner Meinung nach nichtig. Man habe es in dem apostolischen Glaubensbekenntnisse nur mit Worten der Heiligen Schrift zu thun, und Jeder wisse es ja, daß diese Worte verschieden ausgelegt werden könnten. Er glaube ferner, daß die

Verkündigung des Glaubensbekenntnisses eine Erinnerung an die frühere Zeit sei, in welcher der Religionslehrer einen Jeden in die Heilswahrheiten desselben eingeweiht habe, und insofern werde diese Verkündigung auch zur wirklichen Erbauung der Gemeinde beitragen.

Ein Bekenntniß sei in unserem Gottesdienste nothwendig, dasselbe erhalte uns — und das sei wohl zu bedenken! im Zusammenhange mit der gesammten Christenheit auf Erden. Sicher würde es keiner Zeit gelingen, ein Bekenntniß auszuarbeiten, welches sich allseitiger Zustimmung zu erfreuen hätte. Sollte einmal in der Kirche bekannt werden, so müsse man seinen Antrag annehmen.

Abgeordneter Stöter. Der Antrag Skerl habe großen Widerspruch in der Commission gefunden und er — der Redner — könne sich, offen gestanden, für denselben nicht erwärmen. Das sogenannte apostolische Glaubensbekenntniß werde mit Unrecht so genannt und sei auch nicht allen christlichen Kirchen gemeinsam. Man wisse, daß es erst im 6.—7. Jahrhundert entstanden sei, und, soviel er sich erinnere, habe es die griechisch-katholische Kirche nicht. Ueber den Werth desselben könne von manchem bedeutenden Kirchenschriftsteller eine absprechende Aeußerung registrirt werden. Der anerkannt erste Dogmatiker der reformirten Kirche, Alexander Schweizer, habe sich offen dahin ausgesprochen, daß das apostolische Symbol nicht mehr den Glauben unserer Zeit bezeichne. Es sei durch dieses Symbol schon manche Streitigkeit entstanden, und er wolle in dieser Beziehung die Versammlung nur an den bekannten Fall Sydow erinnern, der seine Entstehung auch durch Auslegung des Glaubensbekenntnisses gefunden.

Im Protestantenverein zu Hamburg sei es unumwunden ausgesprochen, daß die in dem apostolischen Glaubensbekenntnisse enthaltenen Thatsachen unnütz wären, wenn sie nicht erklärt, schädlich, wenn sie erklärt würden. In dieser Weise ständen evangelische Christen zu dem symbolum apostolicum, und wenn man an eine Zergliederung desselben ginge, so müßte sich für jeden denkenden Christen die Schlussfolgerung ergeben, daß es für uns nicht mehr brauchbar wäre. Was solle man sich denken bei den Worten: »Niedergefahren zur Hölle«? u. s. w. Was die »Auferstehung des Fleisches« anbelange, so seien diese Worte nur durch eine falsche Uebersetzung Luther's, der kein großer Hebräer gewesen, entstanden. In der Stelle, welche Luther vor Augen gehabt habe, sei nicht von einer Auferstehung im Fleische, sondern ohne Fleisch die Rede. Im — dem Redner — stehe ein irrthumsloser Erlöser vor der Seele, nicht etwa alle die Thatsachen, welche in dem genannten Glaubensbekenntniß erwähnt würden. Man sage, dasselbe sei die Grundlage unseres Religions-Unterrichts, nach seiner Ansicht sei es ein Anknüpfungspunkt, um den Kindern die Hauptwahrheiten des Christenthums in einer bestimmten Reihenfolge vorzutragen. Herrlich sei zwar der erste Artikel, doch der zweite enthalte die uranfängliche, primitivste Anschauung, welche man sich nur denken könne. Fast Alles in dem zweiten Artikel sei bestritten, nur das eine Wort: »Gelitten unter Pontio Pilato« habe einen nicht angefochtenen Sinn. Er wolle dem Apostolicum einen gewissen Werth für den Katechismusunterricht vindiciren, aber zur Erbauung der Gemeinde werde es sicher nicht beitragen, und deshalb müsse er gegen den Skerl'schen Antrag stimmen.

Zu Nr. 7 der Vorlage stellt ferner der Abgeordnete Steinmeyer folgenden Antrag:

Es soll sub 7 hinter »anhört« eingeschaltet werden, daß kein bestimmtes Glaubensbekenntniß eingefügt werde.

Abgeordneter Steinmeyer zur Motivirung:

Er befinde sich seinem innersten Wesen nach mit dem Apostolicum in Uebereinstimmung. Eine andere Frage sei die, ob es zeitgemäß sei, dieses oder ein anderes Bekenntniß in unsere Liturgie aufzunehmen. Wäre ein bestimmtes Wortsymbol durchaus für erforderlich gehalten, so würde dasselbe auch wohl in der von der hohen Kirchenregierung eingebrachten Vorlage stehen. Auch in früherer Zeit müsse man es nicht für unumgänglich nothwendig erachtet haben, denn das Symbolum sei erst gegen Ende des fünften Jahrhunderts mit in die Liturgie aufgenommen. Seiner Meinung nach sei ein Bekenntniß zwar gut, aber man müsse ferner sagen:

Führe Deine Gemeinde nicht in Versuchung. Man müßte sich hüten, etwas zu thun, was sehr bedenklich wäre und schädlich wirken könnte. Er stimme daher gegen den Skerl'schen Antrag, indem er bemerke, daß für eine Erörterung über den Werth des Symboliums hier nicht der rechte Ort sei.

Abgeordneter Lerche (Egum). Der Abgeordnete Skerl finde erstens, es sei ein bestimmtes christliches Glaubensbekenntniß deshalb erforderlich, damit die Gemeinde sich recht innig verbunden fühle. — Eine solche Einigung sei aber durch das Glaubensbekenntniß nie erzielt, vielmehr sei das, was man als ein Einigungsband angesehen, eine Quelle von Zwietracht gewesen, und nie habe eine Frieden stiftende Kraft darin gelegen. — Der Abgeordnete Skerl meine ferner, die Gemeinde erinnere sich beim Verkündigen des Glaubensbekenntnisses an die frühere Zeit, als einem Jeden der Inhalt desselben vom Religionslehrer bekannt gemacht sei. Auch diese Wirkung bezweifle er, denn bei dem Glaubensbekenntnisse denke sich der Eine Dies, der Andere Das,  $\frac{9}{10}$  aber Nichts. In Erwägung dessen hätten sich neuere Schriftsteller gegen die sonntägliche Vorlesung des Apostolicums ausgesprochen, so u. A. der Geheimen Kirchenrath Hofprediger Schwarz in Gotha, desgleichen der im Lande allverehrte Abt Hille, und zwar letzterer zu der Zeit, als er noch Generalsuperintendent zu Helmstedt gewesen, in einem von demselben herausgegebenen Büchlein, welches verschiedene Reden, mit welchen er seine Predigersynoden eröffnet habe, enthalte. In der ersten dieser Reden ventilire derselbe die Frage: Was wohl für die Kirchen zu erwarten stehe, wenn die symbolischen Bücher wieder zu größerer Autorität gelangten. Auch die Badische Generalsynode habe sich in dem Sinne ausgesprochen, daß die sonntägliche Verkündigung des apostolischen Glaubensbekenntnisses nicht mehr zweckmäßig sei.

Die Gemeinde fühle sich dadurch am besten geeinigt, daß sie zusammenkomme im Gotteshaufe, daselbst gemeinschaftlich singe und bete. Wollte man noch ein Uebrigcs thun, so möchte man eine Vorlesung aus der Heiligen Schrift einfügen, welche auch durch Laien geschehen könnte. Zur Erbauung trüge die sonntägliche Vorlesung des Glaubensbekenntnisses gewiß nicht bei, der Kirchenbesuch könne im Gegentheil nur dadurch geschädigt werden. Im Apostolicum sei die Lehre von der Erlösung Jesu Christi gar nicht zum Ausdruck gekommen, dasselbe zähle nur Aeußerlichkeiten seines Lebens kurz auf. Dies Alles veranlasse ihn, um Zurückweisung des Skerl'schen Antrages zu bitten.

Abgeordneter Eggeling. Etwas Anderes sei Theologie, etwas Anderes Religion. Nach seiner Ueberzeugung sei es nothwendig, daß die Liturgie Hand und Fuß habe, und dies könne nur erreicht werden durch Aufnahme des Glaubensbekenntnisses. Was die Widersprüche gegen das Apostolicum als solches anlange, so seien dieselben hinfällig, und namentlich komme es hier gar nicht auf die Auslegung des Bekenntnisses an. Selbst der hier angeführte Sydow habe erklärt, er wünsche das Glaubensbekenntniß nicht aus der Kirche zu entfernen.

Uebrigens sei es bekannt genug: Jede Lehre über ewige Dinge bleibe approximativ. Es gebe aber nur ein Volk, ein Buch, das Gott gesucht und gefunden habe: Das Volk Israel und die Heilige Schrift. Es habe ein Griechisches Volk gegeben, das in den schönen Künsten das Höchste geleistet, ein Römisches Volk, dessen Erkenntniß des Rechts noch heute von den Juristen angestaunt werde, aber es habe auch nur ein Volk, das Volk Israel, gegeben, welches die Sprache gefunden habe, in der man Gott verehren und anbeten solle.

Nicht alle Laien sprächen so über das Apostolicum, wie man hier angeführt habe; er könne sich auf den Historiker Ranke und Friedrich von Schiller berufen. Eben so gut wie in der ganzen Preussischen Monarchie könne auch bei uns das Glaubensbekenntniß vorlesen werden, aber leider wolle sich hier ein Jeder sein Glaubensbekenntniß selbst machen. Er lege ein großes Gewicht auf die Einführung des Glaubensbekenntnisses in die Liturgie, und er sei der Ueberzeugung, daß die Gemeinden nicht klagen, sondern sagen würden: Wenn die Synode mit der Einfügung einverstanden ist, dann haben wir Nichts daraus zu befürchten, dann können wir ohne Angst und Sorge sein.

Abgeordneter Thiele. Was gegen den Gebrauch des Apostolicums angeführt sei, habe ihn nicht zu überzeugen vermocht. Wenn der Abgeordnete Stöter das Apostolicum in das 7. Jahrhundert verlegt habe, so sei diese Naherückung um 500 Jahre etwas ganz Neues. Er kenne keine Agende, in welcher nicht das Apostolicum enthalten sei, das sich gerade in neuerer Zeit überall Geltung verschafft habe. Nur weil er ein vorsichtiger Mann sei und Nichts auf sich nehme, was er nicht auf sich zu nehmen zu dürfen glaube, habe er bis jetzt in seiner Kirche die Vorlesung des Bekenntnisses noch nicht eingeführt. Er sei übrigens so beschaffen, daß er auf die Uebereinstimmung aller Agenden mehr gebe, als auf irgend welche gelehrte Theologen. Es sei nicht gut, wenn man von neuerer Theologie spreche und dabei auf einem bestimmten Standpunkt stehen bleibe, ohne von dem entgegengesetzten die geringste Notiz zu nehmen. Wenn überhaupt Jemand äußere: Die moderne Wissenschaft fordere Dies oder Das, so heiße das in den meisten Fällen nur: Der Jemand wolle Dies oder Das. Dies bitte er zu bedenken und dem Skerl'schen Antrage zuzustimmen.

Hiernach wird die heutige Sitzung, unter Anberaumung der nächsten auf den 2. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze, protokoll. Secretair.*





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

8. Sitzung am 2. December 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 1. d. Mts. wird das an Se. Hoheit über das Resultat der Berathung des Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, zu richtende Schreiben verlesen und von der Versammlung genehmigt, sodann erhält der Tagesordnung gemäß der Abgeordnete Lerche (Eikum) das Wort zur Motivirung seines in voriger Sitzung gestellten Antrages, die Ausstellung von Legitimationsurkunden bezüglich der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtsfälle betr.

Abgeordneter Lerche zur Motivirung. Bis zum Schlusse des Jahres 1875 seien die Kirchenbuchführer zur Aufnahme von Legitimationsurkunden dann berechtigt gewesen, wer der uneheliche Vater einen Antrag auf Legitimation gestellt und die Mutter des Kindes diesem Antrage zugestimmt hätte, der Vermerk im Kirchenbuche sei aber erst bei der nachher eingetretenen Verheirathung gemacht worden. Daß die Kirchenbuchführer früher dazu berechtigt gewesen, unterliege keinem Zweifel, obwohl die Aufnahme der Legitimationsurkunde mehr staatlicher Natur sei. Daß die Kirchenbuchführer jetzt dergleichen Urkunden nicht mehr aufnehmen könnten, wäre selbstverständlich. Es frage sich nur, was es mit der Nachtragung von Legitimationsurkunden in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtsfälle für eine Bewandniß habe. Die Kirchenbuchführer wüßten in dieser Beziehung keinen rechten Bescheid, und die Ansichten darüber wären sehr verschieden. Deshalb bäte er um die Belehrung Hoher Kirchenregierung.

Der Antrag wird auf Vorschlag des Herrn Präsidenten den Abgeordneten Freist und Kühne zur Vorprüfung überwiesen.

Nachdem hierauf der Herr Präsident der Versammlung die Eingabe der Gemeinde Lucksum, welche um Nichtversetzung ihres Pfarrers von Schwarz bittet, bekannt gemacht und dieselbe an die Abgeordneten Ude und Skerl zur Vorprüfung überwiesen hat, wird zur Tagesordnung zurückgegriffen und die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission bei N<sup>o</sup>. 7, wo sie in der letzten Sitzung abgebrochen worden, fortgesetzt.

Abgeordneter Rose. Seine Absicht könne es nicht sein, noch Gründe für Einfügung des Glaubensbekenntnisses in die Gottesdienstordnung anzuführen. Ihm sei das apostolische Glaubensbekenntniß ein Stern, eine Perle, und wenn dasselbe in der Liturgie fehle, so sei dies ein erheblicher Mangel. Die Gemeinde sei über Verlesung des Glaubensbekenntnisses weder unwillig, noch werde sie dadurch gelangweilt; alle in dieser Beziehung vorgebrachten Befürchtungen glaube er durch seine Erfahrung zerstreuen zu können. In Blankenburg habe er die Verlesung des Bekenntnisses vorgefunden, und er müsse gestehen, daß dies gerade der Höhepunkt der Liturgie und ein sehr erhebender Moment sei. Sein kritisches, wissenschaftliches Gefühl lasse er in solchem feierlichen Augenblick, in welchem das Bewußtsein der gesamten Kirche ihn durchbebe, ganz bei Seite. Die Gemeinde erbaue sich offenbar bei der Verkündigung des Bekenntnisses, denn sie sei damit zufrieden, komme zur rechten Zeit und höre es mit großer Andacht; ja, er könne sagen, daß er ein gelangweiltes Gesicht bei dieser Gelegenheit nie beobachtet habe. Das Glaubensbekenntniß erfrische die Gemeinde, und dies sei sehr natürlich, denn die Bibel sei der Born des Lebens, und das Glaubensbekenntniß enthalte eine Zusammenstellung aus Bibelsprüchen, dergestalt, daß jeder einzelne Satz aus der Heiligen Schrift genommen worden. Ganz allmählich sei das Bekenntniß entstanden und aus einer schwachen Wurzel zum starken Baum geworden. In den umliegenden Ländern werde es allsonntäglich verkündigt, und Niemand nehme Anstoß daran. Wer in die Kirche nicht mit grübelndem Verstande, sondern mit heißbegierigem Herzen komme, der werde sich beim Verlesen des in seiner Einfachheit so gewaltig wirkenden Glaubensbekenntnisses sicherlich erbauen. Wer sich bewußt werde, er sei ein armer Sünder, der werde in dem Bekenntnisse Trost und Erquickung finden. Deshalb bitte er, man möge dem Sferl'schen Antrage beistimmen.

Abgeordneter Verche (Sizum). Wenn er heute nochmals das Wort in dieser Angelegenheit ergreife, so liege die Entschuldigung für ihn in dem großem Ernst der Frage. Außerdem seien auch einige Punkte noch nicht gehörig absolviert, andere noch gar nicht berührt. Der Vorredner berufe sich auf seine Erfahrung, aber diese sei nur 3 Jahr lang, denn länger wirke derselbe noch nicht in Blankenburg. Er — Redner — habe auch vielfach bei Laien, namentlich in Preußen, über die Wirkung der Verlesung des Glaubensbekenntnisses nachgefragt und dabei erfahren, daß viele Leute, um das Apostolicum nicht mit anzuhören, auf die Liturgie verzichteten. Unsere Kirche werde dadurch, daß man von der Verkündigung des Glaubensbekenntnisses abstehe, keineswegs geschädigt, sonst würden diejenigen, welche den Entwurf einer Gottesdienstordnung gemacht hätten, es sicher in dieselbe aufgenommen haben. Der grübelnde Verstand müsse im Gotteshause allerdings wegleiben, aber der Geschmack der Hörer könne leicht an dem Glaubensbekenntnisse Anstoß nehmen, und mit dem Kirchenbesuche jetzt noch große Experimente machen, gehe nicht mehr an.

Das symbolum apostolicum sei kein Gebet, kein Gesang, sondern eine trockene Lehrformel, welche entstanden sei, um zu urtheilen, zu richten, um einen Rechtstitel zu haben, auf Grund dessen man die Häretiker hätte verdammen können. Apostolisch heiße es nur irrtümlich, denn darum, weil es aus dem Keime des Taufgebots hervorgegangen, könne es doch mit Recht nicht so genannt werden.

Der Glaube an die einzelnen im Bekenntniß enthaltenen Thatsachen, an die vaterlose Zeugung, die jungfräuliche Geburt u. s. w., sei nicht das Kennzeichen echter Jüngerschaft Jesu Christi. Einen solchen Glauben habe der Welten Heiland nie verlangt. »Ihr seid die Meinen, so ihr Liebe unter einander habt« — das sei der Kernausspruch unseren Herrn, das sei kein todter Buchstabenglaube, sondern ein wahrer, lebendiger, fruchtbringender Glauben. Wir wären nicht bloß Christen, sondern auch lutherische Christen, und insofern hätten wir auch nach unseres Reformators Ansicht in dieser Beziehung zu fragen. In Uebereinstimmung mit demselben könnten wir gut lutherisch sein, ohne symbolum apostolicum. Ferner komme in Betracht, daß der Geistliche oder Theologe auch ein Diener der Wissenschaft sei. In allen Wissenschaften herrsche das Licht, und die Freude, daß unsere Zeit vom Lichte erhellt sei, erfülle alle Welt. Auch in

die Werkstätte der Theologen müsse das Licht fallen dürfen, denn sonst wären dieselben schlechte Jünger dessen, der da gesagt habe: »Die Wahrheit soll Euch frei machen«. Es müsse eine Religion geben, die nicht im Widerspruch stehe mit Wissenschaft und Licht, und in der Kirche dürfe nichts sein, was dem gesunden Zuge der Zeit nicht zusagen würde. — Man sage freilich, das *symbolum apostolicum* sei ungefährlich, aber das sei eine mißliche Redensart. Eine Zange wäre auch an sich ein höchst ungefährliches Instrument, aber wenn man dieselbe recht gebrauche, könne man kräftig damit zufassen und den stärksten Nagel aus dem Holze ziehen. Xerner füge man hinzu, in unserm Lande entstehe keine Gefahr daraus, wenn man dem Antrage beitrete. Richtig wäre, daß augenblicklich keine Gefahr daraus zu befürchten stände, aber wir wüßten nur, was wir jetzt hätten, nicht aber kennten wir das, was nachwachsen würde. Die Art und Weise, wie der geistliche Stand sich gegenwärtig recrutire, erfülle Jedem, der es ernst mit der kirchlichen Sache meine, mit Angst und Sorgen. Die Herren an der Spitze der Gymnasien würden es bezeugen können, wie wenige junge Leute zum Studium der Theologie entschlossen wären. Oft genug höre man dieselben sagen, selbst wenn ihnen die vielen Lichtseiten des geistlichen Standes geschildert würden: »Wir fürchten uns, unserer Ueberzeugungstreue gar zu große Opfer bringen zu müssen, und ein Loch auf uns zu nehmen, das wir später nur schwer wieder abwerfen können.« Der geistliche Stand stehe nicht mehr in der früheren Achtung, und das habe derselbe an sich nicht verschuldet. Es bestehe aber leider ein Gegensatz zwischen humaner und christlicher Bildung. — Die Annäherung an die Preussische Landeskirche gebe keinen Ausschlag; das Ziel, nach welchem alle wahren Christen streben und streben müßten, sei eine Deutsche evangelisch-freie Nationalkirche, und dieses Ziel sei nie dadurch zu erreichen, daß man dem Symbolzwange Vorschub leiste.

Abgeordneter Wolff. Man habe soeben die Wunderlichkeit erlebt daß Dr. Martin Luther in die Schule genommen sei. Wer seine Schriften mit dem ernststen Willen gelesen habe, sie zu verstehen, der werde ihn sicher nicht also, wie es geschehen, schulmeistern; Luther habe seine Bücher nie, wie der Vorredner annehme, verurtheilt, sondern er habe nur gesagt, sie sollten dazu dienen, die Christen in die Heilige Schrift einzuführen.

Es handele sich bei dieser Frage nicht etwa um ein Kunstproduct, um dessen Werth oder Unwerth man streiten könne, sondern um die drei Artikel unseres christlichen Glaubens. Daß dieselben Wahrheit seien, unterliege für unsere Kirche gar keinem Zweifel, und es sei nicht etwa eine Vollkommenheit, daran nicht zu glauben, sondern im Gegentheil eine Unvollkommenheit. Das *symbolum apostolicum* habe wohl eine einende Macht, und zwar gerade deshalb, weil es scheide. Es scheide nämlich diejenigen aus, welche die geoffenbarten Heilswahrheiten nicht glauben, und eine und vereine diejenigen, welche dieselben glauben. Es seien auch angebliche Auctoritäten in's Feld geführt, aber weder Alexander Schweizer noch Hofprediger Schwarz, hätten kaum etwas Anderes als reine Feuilleton-Arbeiten, leicht, obenhin gehalten, auf die Menge berechnet, geschrieben.

Des Ersteren Dogmatik, auf welche man sich berufen, sei übrigens auch desavouirt von der ganzen reformirten Kirche.

Durch Verkündigung des Glaubensbekenntnisses führe man die Gemeinde keineswegs in Versuchung; dasselbe diene vielmehr zur Stärkung in der Versuchung. Noch Eins wolle er hervorheben: Die Gemeinde habe das Recht, von ihrem Pastor zu verlangen, daß er christlich lehre, daß er ihr den Christenglauben entgegenbringe. Gegen die Tyrannei vieler Geistlichen, die nur ihren und nicht den christlichen Glauben verkünden, müßten die Gemeinden sich wie ein Mann erheben, damit der gegen die Lehren des christlichen Glaubens redende Geistliche ipso actu gerichtet werde.

Abgeordneter v. Gramm. Die Verhandlung sei auf Abwege gerathen und zum großen Theil rein theologischer Natur geworden. Er zu seinem Theil habe im Preussischen Staate das Glaubensbekenntniß am Sonntage mit Freuden verkünden hören und wünsche dringend, daß man hierin dem Beispiel des großen Nachbarstaates folgen möge.

Abgeordneter Ude. Den inneren Werth des Apostolicums wolle er nicht bestreiten, gegen die in demselben enthaltenen Wahrheiten wolle er nicht ankämpfen, wohl aber müsse er sich gegen die Form wenden, in welcher dieselben zum Ausdruck gelangt wären. Stände der eine Prediger einer Versammlung von Predigern gegenüber, so möchte das symbolum apostolicum verkündet werden; es passe aber nicht für eine Versammlung von Laien, die gekommen seien, zu hören und zu lernen. Er halte es auch nicht für gerathen, der Gemeinde jeden Sonntag diejenigen Parteen der christlichen Glaubenslehre, die am bestrittensten seien, vorzuführen.

Consistorialrath Abt Ernesti. Es handle sich bei dem Sferl'schen Antrage lediglich um die Frage, ob das symbolum apostolicum in die Gottesdienstordnung eingeführt werden solle oder nicht. Man habe daraus, daß Herzogliches Consistorium die Einfügung desselben nicht in Vorschlag gebracht, den Schluß gezogen, es müßten Gründe für die Verwerfung vorhanden gewesen sein; dies sei jedoch ein Irrthum, denn das Nichtvorschlagen sei keineswegs ein Verwerfen.

Das Herzogliche Consistorium habe sich von Erwägungen ganz anderer Art leiten lassen. Es bedürfe übrigens wohl kaum der Bemerkung, daß wir auf Grund der Augsburgerischen Confession die Basis unseres Glaubens gar nicht anzutasten hätten, und daß diejenigen Geistlichen, welche auf das Glaubensbekenntniß verpflichtet seien, allein dem Lichte Raum geben müßten, das da alle Finsterniß der Welt vertreiben und verdrängen solle.

Die Frage, welche Herzogliches Consistorium sich bei dieser Gelegenheit gestellt habe, sei durchaus mehr eine wissenschaftliche gewesen. Auf den Gesichtspunkt, daß der Gottesdienst die Verkündigung des apostolischen Glaubensbekenntnisses an jedem Sonntage nothwendig fordere, habe man nicht eingehen können, sondern einen Unterschied zwischen Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit gemacht. Unser Reformator Luther habe sich in der formula missae 1523 über den Gebrauch des Symbolums, wie er es vorgefunden, folgendermaßen ausgesprochen: »Das symbolum Nicaenum, wie es gesungen wird in der Kirche, mißfällt nicht, aber der Bischof (episcopus) hat es in der Hand.« Danach sei also das symbolum ein Stück des Gottesdienstes, welches dem freien Ermessen anheim falle.

Das Consistorium habe sich weiter gefragt, ob die Vorlage nach Einfügung des Glaubensbekenntnisses an der fraglichen Stelle vollständig liturgisch correct erscheinen werde.

Der Theil des Gottesdienstes, welcher das Wort, darin die Gemeinde ihr Licht hat, zum Gegenstande habe, sei früher so construirt worden, daß auf der einen Seite des Altars die Epistel, auf der anderen das Evangelium verlesen sei. In dem darauf folgenden Credo habe die Gemeinde sich zu dem göttlichen Wort in seiner durch Epistel und Evangelium vertretenen Totalität bekennen sollen. Herzogliches Consistorium sei darüber zweifelhaft gewesen, ob, da jetzt vor dem Altare nur eins der beiden Schriftstücke, und zwar principaliter die Epistel, verlesen werde, der Gedanke des Zusammenhangs, worin das Bekenntniß als die Summe des Glaubens enthaltend zu der von Epistel und Evangelium repräsentirten Totalität des göttlichen Wortes zu stehen habe, zum correcten und verständlichen Ausdrucke werde gebracht werden.

Auch habe man es nicht für eine genügende Bethätigung der Gemeinde beim Bekennen gehalten, wenn der Geistliche das Bekenntniß spreche und die Gemeinde nur das »Amen« hinzufüge, da ja das Bekenntniß überwiegend eine Antwort zu sein habe auf das von dem Geistlichen verlesene Wort der Schrift. Man könne also zweifelhaft darüber sein, ob die Form, welche sich in anderen Ländern eingebürgert habe, vollständig richtig sei und den Wünschen unseres Reformators entspreche. Wie es diesem darum gethan gewesen, daß das Bekenntniß zum Worte Gottes von der Gemeinde gesungen werde, das ergebe sich daraus, daß er das symbolum Nicaeno-Constantinopolitanum in das Lied: »Wir glauben all' an einen Gott« umgewandelt habe.

Ein fernerer Grund, weshalb Herzogliches Consistorium nicht mit dem mehrerwähnten Vorschlageorgetreten sei, liege in einer für zweckmäßig erachteten Maßhaltung. Bislang sei der Gottesdienst in liturgischer Hinsicht nur kurz gewesen, und als der Wunsch, ihn schöner zu ge-

halten, in größeren Kreisen rege geworden, da habe man bedenken müssen, ob es bei Einführung der neuen Gottesdienstordnung zweckmäßig sei, langsam und allmählich vorzugehen oder Alles, was etwa wünschenswerth erscheinen möge, mit einem Mal zu bieten. Herzogliches Consistorium habe danach erwarten wollen, ob die Vertreter der Landeskirche den gegebenen Verhältnissen nach die Einfügung des Glaubensbekenntnisses als zweckmäßig und wünschenswerth beantragen würden.

Da nun hier aus der Versammlung heraus ein Antrag auf Einfügung des Glaubensbekenntnisses gestellt sei, so komme es darauf an, die vorhandenen Verhältnisse hinsichtlich des Gebrauchs eines Bekenntnisses beim Hauptgottesdienste in's Auge zu fassen.

In der ersten Zeit der Reformation sei im Hauptgottesdienste nicht das apostolische Glaubensbekenntniß gebraucht, sondern das symb. Nicaeno-Constantinop. Dieses sei gemäß der Bugenhagen'schen Kirchenordnung in der Stadt Braunschweig Deutsch gesungen, nach der Kirchenordnung des Herzogs Julius von 1569 Deutsch oder Lateinisch. In der Erneuernten Kirchenordnung Anton Ulrichs von 1709 sei insofern eine Aenderung bemerkbar, als der ursprüngliche Text des Symb. Nic. im Hauptgottesdienste in Gebrauch genommen sei. Da habe der besondere Bekenntnißact eine andere Form gewonnen. Es solle danach ein Predigtlied und nachher der Gesang: »Wir glauben all' an einen Gott« oder: »Ich glaub' an einen Gott allein« gesungen werden. Dies sei auch ein Bekenntniß, von der Gemeinde gesungen. Daneben finde sich die Bestimmung, daß auch gleich vor der Predigt einer von den beiden Gesängen: Liebster Jesu, wir sind hier« oder »Herr Jesu Christ, Dich zu uns wend'« gesungen werden könne.

Dieses in Rede stehende Stück der Agende von 1709 habe nun mittelst des vom Herzog Carl unterm 22. Januar 1780 für die Stadt Braunschweig erlassenen Regulativs (bei Gelegenheit der Einführung des neuen Gesangbuchs) wieder eine Veränderung erfahren. Jenes Regulativ enthalte die Bestimmung, daß nach Verlesung der Epistel der von dem Prediger auszuwählende Hauptgesang gesungen werden solle. Jenes Regulativ, auf welchem der Typus der Ordnung des Gottesdienstes beruhe, wie wir ihn lange gewohnt gewesen, bestimme über einen Bekenntnißact im Gottesdienste Nichts.

In der Verordnung vom 1. Mai 1780, durch welche Herzog Carl Wilhelm Ferdinand die Bestimmungen des Regulativs auf das ganze Land ausgedehnt habe — es sei das wenig bekannt geblieben — sei ausgesprochen, daß es keineswegs die Absicht sei, daß das Lied Luther's: »Wir glauben all' an einen Gott« nach der Epistel nicht weiter gesungen werden solle. Ein Bekenntnißact im Hauptgottesdienste sei also kirchenordnungsmäßig immer geboten oder zulässig gewesen in unserm Lande, nur in verschiedenen Formen. Wenn von mehreren Geistlichen das apostolische Glaubensbekenntniß bislang beim Gottesdienste verlesen sei, so sei dies gegen die im Lande geltenden Bestimmungen geschehen. Es sei nun aber mehrfach darauf hingewiesen worden, daß Geistliche und Gemeinden in mehreren Orten des Herzogthums an der sonntäglichen Verkündigung des Glaubensbekenntnisses ihre Freude hätten, und deshalb scheine es doch gerathen, den Gemeinden, in welchen dieser Gebrauch schon längere Zeit bestanden, denselben auch in Zukunft zu belassen, also für jetzt einen facultativen Gebrauch des apostolischen Symbolums zu empfehlen. Er wolle seinerseits auch einer andern Form nicht widerstreben, aber dahingehende Anträge seien nicht gestellt. Das Bekenntniß ließe sich auch in Gesangsform fassen, und so enthalte z. B. der letzte Vers von »Eine feste Burg ist unser Gott« gleichfalls ein Bekenntniß. Man müsse aber solche Dinge in aller Ruhe überlegen und nicht, wie es leider geschehen, dogmatische Betrachtungen mit in die Debatte hereinziehen. Sollte etwa der facultative Gebrauch des apostolischen Symbolums beantragt werden, so würde ein solcher Antrag bei Herzoglichem Consistorium nicht auf Widerspruch stoßen, da er den hier zu Tage getretenen Verhältnissen nach das Richtige treffe. —

Nachdem der Abgeordnete De Sterre einen auf Schluß der Debatte gerichteten Antrag zurückgezogen hat, erhält der Abgeordnete Bode das Wort und verliest Namens einer größeren Anzahl von Laien der Synode folgende Erklärung:

Wir bitten von der erzwungenen Einfügung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses in die sonntäglichen Gottesdienste abzusehen.

Soll dieses Glaubensbekenntniß als eine ideale Verherrlichung unseres Glaubens oder unserer Kirche gelten, so würden wir nichts dagegen einzuwenden haben, soll aber damit ausgedrückt werden, daß der Glaube an die sämtlichen einzelnen Thatsachen des wörtlichen Bekenntnisses so nothwendig sei, daß, wer nicht vollständig daran glaube, als außerhalb der Kirche stehend angesehen werden müsse, wie dies häufig hingestellt wird. so würden wir und mit uns, wie wir fest überzeugt sind, Millionen von evangelischen Christen sich aus der Kirche ausgeschlossen sehen, wogegen wir protestiren müssen. Die Bedeutung des Glaubensbekenntnisses müßte danach, wie wir annehmen, zuvörderst festgestellt werden.

Abgeordneter Rohde. Die eben verlesene Erklärung, welche der Abgeordnete Bode im Namen einer größeren Anzahl Laien der Synode verlesen habe, erfordere eine Erklärung von der Gegenseite. Ihm so wenig wie irgend einem seiner Kollegen falle es ein, eine solche Behauptung aufzustellen, daß derjenige, welcher nicht alle Stücke des apostolischen Symbolums glaube, von der evangelisch-lutherischen Kirche ausgeschlossen sei. So verdammungsfüchtig seien sie keineswegs, sondern sie verlangten nur, daß das Bekenntniß der Kirche in allen Stücken intact bleibe, als das Ideal, zu welchem die ganze Kirche heranzuziehen sei.

Abgeordneter v. Gramm. Er bedauere es sehr, daß Mißtrauen gesäet werde, wo Vertrauen gesäet werden solle.

Abgeordneter Skerl. Nach Allem, was er gegen seinen Antrag vernommen, bedauere er doch nicht, denselben gestellt zu haben. Ein Bekenntnißact sei in unserer Kirche durchaus nöthig, und er habe sich nicht etwa an ein bestimmtes Bekenntniß angeschlossen, sondern nur gemeint, daß ein solches überhaupt zum Ausdruck kommen müsse. Man habe hervorgehoben, daß jeder Gottesdienst schon an sich ein Bekenntniß sei. Er müsse und wolle aber ausdrücklich betonen, daß dem Gottesdienst ohne besonderen Bekenntnißact das christliche Gepräge fehle, welches jeder Gottesdienst tragen müsse, und welches ohne denselben mindestens nicht genugsam zu Tage trete. Vor Allem komme es ihm auf die Einheit im Gottesdienste und das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit an; das deutsche Volk müsse einen einheitlich geordneten Gottesdienst haben, und ein wesentliches Stück in einem solchen sei das Bekenntniß. Zum Zwecke der Deutschen Reichseinheit sei von manchen Staaten manches Opfer gebracht; wer eine Einheit im Gottesdienste haben wolle, der müsse auch ein Opfer zu bringen im Stande sein. Der Erklärung der Laienmitglieder gegenüber wolle er hervorheben, daß von einem Symbolzwang nicht im Entferntesten die Rede sein könne. Soviel aber stehe fest, daß jeder einzelne Satz des apostolischen Symbolums auch in der h. Schrift enthalten sei, und wer also gegen das Symbolum Front mache, der führe auch einen Kampf gegen den Inhalt der h. Schrift. — Was erbaulich sei, wäre zweifelhaft; in dem Aeußerlichen des katholischen Gottesdienstes liege doch, wie man auch über denselben denken möge, etwas Erbauliches. Wenn nun aber in der sonntäglichen Verkündigung des Glaubensbekenntnisses, wie hier fest versichert worden, ein erbauliches Moment zu finden sei, so müsse er die Liberalen bitten, einem echten Liberalismus zu huldigen und da zu gewähren, wo aus der Gewährung der Bitte kein Schaden zu erwarten sei. Mindestens möge man einem auf facultativen Gebrauche des apostolischen Symbols gerichteten Antrage seine Zustimmung nicht versagen.

— Hiernach wird die Sitzung gegen 1 Uhr Mittags vom Herrn Präsidenten auf  $\frac{1}{4}$  Stunde ausgesetzt und nach Ablauf dieser Frist mit der Mittheilung wieder eröffnet, daß der Abgeordnete Skerl den zu dieser Nummer 7 gestellten Antrag mit einer Modification eingebracht habe, wonach derselbe wie folgt laute:

zu pag. 7 hinter den Worten:

Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört, einzuschieben:

Kann der Geistliche im Einverständniß mit dem Kirchenvorstande sprechen:

Lasset uns nun 2c. (wie vorher).

Referent v. Heinemann. Zwei Gründe seien in mannigfachen Variationen für den S kerl'schen Antrag vorgebracht: einmal, ein solches Glaubensbekenntniß sei nothwendig, und ferner, es werde gefordert wegen der Uebereinstimmung mit der Preussischen Nachbarkirche. Was den ersten Punkt der Nothwendigkeit betreffe, so sei die Liturgie schon ein Bekenntniß, und er begreife nicht, daß der Abgeordnete S kerl in der Liturgie, wie sie nach dem Commissionsentwurfe vorliege, noch das specifisch Christliche vermisste. Die Worte »Christe, erbarme Dich unser, Christe, Du Lamm Gottes« seien doch sicher nicht allgemein-religiös, sondern trügen ein wahrhaft christliches Gepräge. Der facultative Gebrauch des apostolischen Symbolums enthalte einen inneren Widerspruch, denn auf der einen Seite wolle man der Willkür Schranken setzen und auf der andern öffne man ihr dagegen Thür und Thor. Er wolle sich lieber der obligatorischen Aufnahme des »Credo« unterwerfen als der facultativen, denn mit solchen Anträgen, wie der modificirte S kerl'sche Antrag sei, könne man nie eine Einheit zu Stande bringen. Zum Schlusse wolle er noch hervorheben, daß man bei dem Streben des Anschlusses an andere Kirchen leicht auf schiefe Bahnen gerathen könnte. Jetzt besäßen wir nur ein Stück Liturgie, später erhielten wir auf diese Weise vielleicht wieder eine Tauf liturgie mit exorcistischen Formeln.

Man möge deshalb nicht um der lieben Einheit willen sich etwa dem Antrage des Abgeordneten S kerl anschließen.

Hierauf wird der modificirte Antrag des Abgeordneten S kerl angenommen, ferner auch die zu N. 7 von der Commission gestellten Anträge, und schließlich der Entwurf der Commission zu N. 7 mit der durch den S kerl'schen Antrag sich ergebenden Abänderung.

Sodann wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Dienstag, den 5. December, Morgens 10 Uhr, nach Ankündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze.* protokoll. Secretair.





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landesynode.

---

9. Sitzung am 5. December 1876.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 2. d. Mts. wird der Tagesordnung gemäß die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission fortgesetzt. Die Nummern 8. 9. 10 der Vorlage werden mit den Anträgen der Commission in der durch dieselbe in ihrem Entwurfe festgestellten Fassung ohne Discussion angenommen.

Hierauf verstellt der Herr Präsident die Nummern 11—15 incl. gleichzeitig zur Verhandlung und beantragt zunächst der Abgeordnete Skerl:

Zu pg. 9 N<sup>o</sup>. 11 hinter den Worten:

Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen.  
einzuschließen:

Danach kann der Geistliche auch noch, falls das heilige Abendmahl nicht gefeiert wird, folgendes Gebet gegen den Altar gewendet sprechen:

Eingedenk nun, o heiliger Gott und Vater, Deiner unaussprechlichen Liebe und Deines göttlichen Gebots, sagen wir Dir Dank für Alles, nicht wie wir sollten, sondern wie wir vermögen, und stellen Dir durch Jesum Christum uns selbst zum Opfer dar: diesen Leib der Sünde, daß er durch Deine Kraft geheiligt werde zu einer Waffe der Gerechtigkeit und zum Tempel des heiligen Geistes; diese Seele und diesen Geist, daß Du selbst mit Deinem Sohne darin Wohnung machest; dieses Herz, daß Dein Friede in ihm regiere, und das Feuer Deiner göttlichen Liebe es erfülle zur Verzehrung und Vertilgung alles eigenen Willens, alles Zornes und Hasses und alles ungöttlichen Wesens in uns; endlich dieses sterbliche Leben mit allen Gaben und Kräften, die wir von Deiner väterlichen Güte empfangen haben, daß sie durch Deine Gnade geheiligt, Deinem Willen und Deiner Ehre allein dienen mögen: auf daß wir also durch Deine göttliche Wirkung in uns zubereitet

werden zum Leibe Deines lieben Sohnes. Um feinetwillen, o Herr, vertrauen wir festiglich. Du werdest uns jezt in Gnaden ansehen und durch den heiligen Geist solches Opfer unser selbst vollziehen. Amen.

Der Antragsteller hebt zur Motivirung seines Antrags kurz hervor:

Das heilige Abendmahl sei der Mittelpunkt des Gottesdienstes, und wenn dasselbe nicht gefeiert werde, so wirke die Verlesung des vorstehenden Gebets, welches er gerade an dieser Stelle für sehr angebracht halte, erbauend und erhebend auf das Gemüth. Dieses durch die Agenden mancher Länder eingeführte Gebet sei von dem auch namentlich in Protestantentkreisen vielgenannten Rothe im Verein mit Bunsen entworfen. Er hoffe, bei diesem Antrage nicht dieselben Weitläufigkeiten wie bei dem zu Nummer 7 gestellten hervorzurufen, und bitte um Annahme desselben.

Ferner hat der Abgeordnete Verche (Eikum) zu den Nummern 11--15 folgende Anträge gestellt:

Es mögen die Nummern 11, 12, 13, 14 der Commissionsvorlage in folgender Weise abgeändert werden:

a. Das unter *N.* 12 Vorgeslagene möge ganz wegbleiben.

b. *N.* 11 möge so lauten:

Unter diesem Gesange tritt der Pastor an den Altar und intonirt (gegen den Altar gewendet):

Schaff in mir, Gott, ein reines Herz! Hallelujah.

Gem.: Und gieb mir einen neuen, gewissen Geist! Hallelujah. (An Festtagen dafür eine der Antiphonen S. 270).

c. *N.* 12 möge so lauten:

Hierauf folgt eine auf den Beschluß des Gottesdienstes bezügliche und dem Tage angemessene Collecte (S. 201 ff. bez. S. 229 ff.), von der Gemeinde mit »Amen« beantwortet.

d. *N.* 13 möge lauten: Allgemeines Kirchengebet und im Anschlusse daran die etwa erforderlichen Danksayungen und Fürbitten.

e. *N.* 14 möge lauten: Vaterunser und Segen. Die Gemeinde antwortet mit »Amen« und verläßt unter Orgelspiel die Kirche.

Antragsteller motivirt seinen Antrag kurz etwa wie folgt:

Die Begrüßung unter Nummer 12 nach der Predigt halte er nicht für angemessen, zumal da dieselbe vor der Predigt unter Nummer 5 bereits vorgekommen sei. -- Der Nummer 11 gemäß sei diese Reihenfolge vorgeschlagen:

Kirchengebet, Fürbitten, Danksayungen, das Amen der Gemeinde. Ihm scheine es besser, das allgemeine Kirchengebet mit dem, was sich daran knüpfe, erst nach dem Gesang in Nummer 13 folgen zu lassen, so daß das Kirchengebet den Schluß des Ganzen bilde. -- Die in Bezug auf Nummer 13 beantragte redactionelle Aenderung, nämlich die Weglassung des »o«, rechtfertige sich durch das Original der Schrift, (Psalm 51 B. 12), wonoch das »o« nicht hinzugesetzt sei bei der Uebersetzung. Außerdem werde der Rhythmus durch diese Aenderung, sowie durch die Apostrophirung des Wortes »Schaff« und die Weglassung des »und« viel wohlgefälliger.

Ferner beantragt der Abgeordnete Thiele:

a. Zu *N.* 11 eine Anmerkung zu machen folgenden Inhalts:

a. Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

b. *N.* 12 so zu fassen:

Sodann zu der Gemeinde gewendet:

Pastor: Der Herr sei mit Euch!

Gem.: Und mit Deinem Geist!

c. Zu *N.* 13:

a und b und »An gewöhnlichen Sonntagen« zu streichen.

d. Zu *N.* 14:

aa. »a« und »b« zu streichen.

bb. Nach den Worten: »Dann singt oder spricht er den Segen« — die Worte des Segens abzudrucken, und danach »Gem.: Amen«.

Abgeordneter Thiele zur Motivirung:

Er halte die Vorschläge der Commission für gut und annehmbar, auch in jeder Beziehung für correct. Es gebe wohl kaum eine lutherische Agende, in welcher nicht die Wiederholung der schönen Begrüßung: »Der Herr sei mit Euch« sich finde; auch sei die Aufnahme der ersten Begrüßung vor dem letzten Abschluß des Gottesdienstes völlig angemessen. — Das Läuten mit der Betglocke unter dem Vaterunser erhöhe die Stimmung des Herzens und sei im hohen Grade feierlich; in Süddeutschland, in Württemberg, Baden, Baiern, Hessen-Darmstadt u. s. w., habe er diese schöne Sitte gefunden. Es gebe dieses Anschlagen oder Läuten zugleich Allen denen, welche die Kirche nicht besucht hätten, ein Zeichen, daß das Gebet des Herrn gesprochen werde, und so sei auch jeder Kranke zu Hause im Stande, trotzdem gleichsam mit der versammelten Gemeinde zu beten. In der Domkirche bestehe diese Sitte schon längere Zeit, und Niemand nehme Anstoß daran.

Die übrigen Anträge habe er aus redactionellen Gründen gestellt; sein Princip sei möglichste Uebersichtlichkeit und Verständlichkeit für die Gemeinden.

Der Abgeordnete Eggeling stellt den Antrag:

*N.* 13b. zu streichen, und die Commission aufzufordern, für jedes Fest eine bestimmte Antiphone festzusetzen.

Der Antragsteller bittet, Hohe Synode wolle in Uebereinstimmung mit den bereits zu Nummer 2 und 4 gefaßten Beschlüssen seinen an dieser Stelle aus gleichen Gründen gestellten Antrag annehmen.

Der Abgeordnete von Cramm bringt folgenden Antrag ein:

Synode wolle beschließen, unter *N.* 14 des Commissions-Entwurfs als »Anmerkung« zu setzen:

Wo es gebräuchlich ist, zum Schlusse noch einen Gesangvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll hierdurch Nichts geändert werden.

Der Antragsteller zur Motivirung. Denjenigen Gemeinden, welche keine Orgel besäßen, müßte man gestatten, ein Schlußvers zu singen, sonst mache der Beschluß des Gottesdienstes, das kahle »Amen« nach dem ertheilten Segen, keinen guten Eindruck. — Die alte Sitte einzelner Gemeinden, durch einen Knaben das Vaterunser beten zu lassen, möge man nicht zerstören; es stimme dieser schöne Brauch so recht mit dem Psalmwort: »Aus dem Munde der Unmündigen hast Du Dir eine Macht bereitet.«

Referent von Heinemann. Er wolle nicht unterlassen zu bekennen, daß er sich als Referent in einer eigenthümlichen Lage befinde. In der Commission seien die hier zu Tage getretenen Wünsche nicht geäußert, und jetzt machten die Mitglieder derselben zu ihren eigenen Vorschlägen Abänderungen. Er empfehle es der Hohen Synode, die neuen Anträge an die Commission zur Durchberathung zu überweisen.

Abgeordneter Skerl bemerkt, er habe sich die Stellung der drei Anträge, mit denen er hervorgetreten sei, ausdrücklich vorbehalten.

Abgeordneter Verche (Sigum) hebt hervor, daß er den Antrag auf Streichung der Nummer 12 bereits in der Commission vorgebracht und da man hierauf nicht eingegangen, die Stellung dieses Antrages sich vorbehalten habe.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten beschließt die Versammlung, die Berathung über die Nummern 11—15 der Vorlage heute auszusetzen und die zu denselben in heutiger Sitzung gestellten Anträge der liturgischen Commission zu überweisen, damit diese über das Resultat ihrer Berathung sich in einer der nächsten Sitzungen gutachtlich äußere.

Zu II. A. Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage und Charfreitage stellt der Abgeordnete Thiele folgende Anträge:

a. Zu *M* 2:

Das hierunter Gesagte so zu fassen:

Hierauf Gemeindegesang, der Bedeutung des Tages gemäß.

b. Zu *M* 3:

Das hierunter Gesagte so zu fassen:

Hierauf verliest der Geistliche am Altare nach einem biblischen Segenswunsche am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn.

An beiden Tagen kann, wo die Mittel dazu vorhanden sind, ein Chorgesang folgen. Auch ist es nicht unstatthast, in die Vorlesung selbst an geeigneten Stellen einzelne Gesangsverse einzulegen.

c. Zu *M* 3:

Am Schlusse der Anmerkung hinzuzufügen:

Wo aber dieses Kapitel am Charfreitage als Epistel am Altare verlesen wird, mag die Vorlesung des fünften Abschnitts der Leidensgeschichte unmittelbar vor der Predigt von der Kanzel geschehen.

d. Zu *M* 4:

Diese Nummer so zu fassen:

Das Hauptlied, nach der Bedeutung des Tages ausgewählt

e. Zu *M* 6:

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf das Kirchengebet für diesen Tag, nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern, wie vorauszusehen, das h. Abendmahl gefeiert wird, sodann das: Vater unser und »Der Friede Gottes u. s. w.«

f. Zu *N.* 7:

Den zweiten Satz dieser Nummer so zu fassen:

Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst mit dem Segen und einem Gesangsverse geschlossen.

Abgeordneter Thiele zur Motivirung. Bei Stellung seiner Anträge zu dieser Abtheilung II. A. sei er davon ausgegangen, daß nach alter Sitte in sämtlichen protestantischen Ländern Deutschlands die Liturgie am Gründonnerstage und Charfreitage mit einer gewissen Enthaltsamkeit auftrate. Um bei der Vorlesung der beiden Hauptstücke aus der Leidensgeschichte des Herrn eine etwaige Ermüdung der Gemeinde zu vermeiden, sei es zweckmäßig, an geeigneten Stellen einen Gesangsvers, der dem Charakter des Textes entspreche, singen zu lassen. — Daß am Nachmittage des Palmsonntags das herrliche 53. Capitel des Propheten Jesaias verlesen werden solle, finde er an und für sich sehr gut, aber in den meisten Orten werde an diesem Nachmittage die Kirche kaum besucht sein, und deshalb habe er auch die »Anmerkung« zu der Bemerkung angetragen

Abgeordneter Kenecke spricht sich für Erhaltung der Nummer 3 der Regierungs-Vorlage aus, da es ihm richtig erscheine, daß am Gründonnerstage und Charfreitage die Antiphone und Collecte, welche die Commission in Vorschlag gebracht, fortbleiben müsse.

Zu II. B. Am Bußtage — beantragt gleichfalls der Abgeordnete Thiele:

## a. Im Eingang dieser Abtheilung die Worte:

»ist Ordnung des Hauptgottesdienstes die folgende« zu streichen.

b. Zu *N.* 2:

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf Gemeindegesang der Bedeutung des Tages gemäß.

## c. Zu Nummer 3.

Diese Nummer so zu fassen:

Hierauf verliest der Geistliche am Altare eine der Bußpsalmen, wozu die Gemeinde sich erhebt. Wo die Mittel dazu vorhanden sind, kann ein Chorgesang folgen.

d. Zu *N.* 4.

Statt: »Haupt- und Predigtlied« zu setzen:

Das Hauptlied.

e. Zu *N.* 6.

Diese Nummer so zu fassen:

Darauf erhebt sich die Gemeinde und singt stehend den Gesang *N.* 290. Daran schließt sich die allgemeine Beichte oder das Bußtagsgebet (mit Absolution) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern das h. Abendmahl gefeiert wird. Sodann das Vaterunser und: »Der Friede Gottes u.«. Danach der zur Communion überleitende Gesangsvers.

f. Zu *N.* 7.

Diese Nummer so zu fassen:

Ist keine Communion, so kann nach dem Gesangsverse die Litanei gesungen werden. Mit Gruß, Antiphone, Collecte und Segen wird der Gottesdienst geschlossen.

Abgeordneter Thiele hebt bei der Motivirung der vorstehenden Anträge hervor, der Vor-

lage nach werde der Buße zu viel gethan, und dieses »Zu viel« wolle er durch seine Anträge beseitigen. Einige derselben seien wieder rein redactioneller Natur; das Princip dieser wäre, wie bereits früher hervorgehoben, Kürze und Uebersichtlichkeit in rechter Weise zu vereinen.

Abgeordneter Reunecke. Er wolle hier noch kurz andeuten, daß seiner Ansicht nach die Nummer 5 II. A. am Schlusse folgendermaßen zu fassen sei: »Am Charfreitage kann sich an die Predigt die allgemeine Beichte schließen.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten beschließt die Versammlung, die Berathung über die Abtheilung II. A. und B. der Vorlage gleichfalls für heute auszusetzen und die hierzu vom Abgeordneten Thiele gestellten Anträge der liturgischen Commission zu überweisen, damit diese über das Resultat ihrer Berathungen in einer der nächsten Sitzungen sich gutachtlich äußere.

Es wird sodann zur Berathung über die seitens der Commission der Landessynode zur Annahme empfohlenen Anträge (sub Nris. 13—17 am Schlusse des schriftlich erstatteten Commissionsberichts übergegangen, und zunächst der Antrag 13 ohne Debatte angenommen, nachdem der Referent von Heinemann hervorgehoben, daß dieser Vorschlag die einfache Consequenz von dem seitens der Versammlung gefaßten Beschlusse sei, wonach die Altargebete ganz beseitigt seien.

Der sodann zur Debatte verstellte Antrag 14 der Commission geht dahin, daß unter IV. der Vorlage die in der allgemeinen Beichte sich findende und dort schon in Parenthese gesetzte Aufzählung der einzelnen Sünden in Wegfall kommen möge, dagegen am Schluß der Beichte die Gemeinde aufzufordern sei, ihre Zustimmung zu dem in ihrem Namen gegebenen Bekenntniß in irgend einer Weise zu betheiligen.

Die Abgeordneten Wolff, Thiele, Rohde sprechen sich für Beibehaltung der in Parenthese gesetzten Worte der allgemeinen Beichte aus, da es ja jedem Prediger frei stehe, den Inhalt der Parenthese bei Verlesung der Beichte fortzulassen, und außerdem für manchen Vergesslichen die Aufzählung der Hauptsünden recht gut sei.

Nachdem die Abgeordneten Desterreich und Apfel sich für den Antrag der Commission erklärt haben, stellt der Abgeordnete Eggeling folgenden Antrag:

Die Worte des Commissionsantrags 14 von: »unter — dagegen« zu streichen.

Nach einer kürzeren Debatte zur Geschäftsordnung, an welcher sich die Abgeordneten Desterreich, von Gramm und von Heinemann betheiligen, wird der Eggeling'sche Antrag, über welchen der Herr Präsident zunächst abstimmen läßt, angenommen, und sodann gleichfalls mit dieser Abänderung der Commissionsantrag 14.

Die Commissionsanträge 15 und 16 werden ohne Debatte angenommen.

Zu N. 17 hebt zunächst Consistorialrath Abt Ernesti hervor, es sei zweckmäßig, den Beschluß über diese Nummer bis dahin auszusetzen, daß die Gottesdienstordnung ganz durchberathen sei.

Hierauf beantragt der Abgeordnete Körner:

An Stelle des Antrags N. 17 unter Vorbehalt der Redaction Folgendes zu setzen:

Die Kirchenregierung wolle mit obligatorischer Einführung der Gottesdienstordnung baldigst vorgehen, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Landgemeinden, in welchen voraussichtlich die Kräfte zur erbaulichen Durchführung der Liturgie fehlen, auf Antrag der Kirchenvorstände durch Herzogliches Consistorium von den im Gesetze vorgeschriebenen liturgischen Handlungen ausgeschlossen werden können.

Nachdem Antragsteller seinen Antrag kurz motivirt und dabei namentlich betont hat, daß man von einer facultativen Einführung der Gottesdienstordnung keinen Gewinn zu erwarten habe, vielmehr nach Ablauf von 4 Jahren die hier zur Erörterung gekommenen Fragen jedenfalls wieder auf's Neue auftauchen würden, daß auch ferner in kleineren Gemeinden die vorschriftsmäßige Ausführung der Liturgie, zumal ohne Orgel, leicht einen die Erbauung störenden Charakter annehmen könne,

beschließt die Versammlung auf Antrag des Abgeordneten D e s t e r e i c h, die Verhandlung über den Commissionsantrag 17 und den damit zusammenhängenden K ö r n e r' schen Antrag bis zur Durchberathung der ganzen Vorlage auszusetzen.

Hierauf wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 6. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kimze, protokoll. Secretair.*





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

---

10. Sitzung am 6. December 1876.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage wird der Tagesordnung gemäß in die Berichterstattung und Verhandlung über die Vorlage, das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betreffend, eingetreten.

Der Abgeordnete Ude referirt Namens der zur Vorprüfung dieser Vorlage festgesetzten, außer dem Referenten aus den Abgeordneten Bode (Braunschweig), Desterreich, Skerl, Thiele bestehenden Commission, etwa wie folgt:

Die Commission, in deren Namen er vorzutragen die Ehre habe, sei, wie er zunächst hervorheben wolle, mit dem Inhalte der vorgelegten Denkschrift über das Verhältniß der Landes- und Kirchengesetzgebung sowie mit den darin gemachten Propositionen im Wesentlichen einverstanden.

Der Kreis der kirchlichen Gesetzgebung sei danach so weit gezogen, wie es ohne Schädigung des Staates überhaupt nur möglich sei.

Die Veranlassung zur Erörterung dieser höchst schwierigen Frage habe die erste Landessynode gegeben. Bei den Berathungen der Letzteren seien in Bezug auf das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung Zweifel entstanden, und es sei deshalb an das Kirchenregiment unterm 22. November 1872 das Ersuchen gerichtet:

es möge von Hochdemselben in Erwägung gezogen werden, ob nicht der erhobene Zweifel durch eine Declaration der Factoren der staatlichen Gesetzgebung zu beseitigen sei.

Alle in Betracht kommenden Momente würden in der fraglichen Denkschrift eingehend erörtert, und da sich die Commission dieser Erörterungen im Wesentlichen anschliesse, so könne er sich auf eine summarische Darlegung der leitenden Gesichtspunkte beschränken.

Die gesetzgebende Gewalt des Staates erstreckte sich auf alle Verhältnisse, welche der rechtlichen Normirung fähig seien, vorausgesetzt nur, daß diese Verhältnisse in ihren äusseren Beziehungen in die staatliche Sphäre hineintreten.

Die staatliche Gesetzgebung beziehe sich auch auf die Verhältnisse der Kirche, und die vom Staate in dieser Beziehung erlassenen Gesetze seien für Jedermann, mithin auch für die Kirche, verpflichtend und bindend. Allgemein anerkannt sei es jedoch, daß die Kirche in Bezug auf Cultus, Lehrordnung, Disciplin und Kirchenverfassung das Recht der Gesetzgebung habe. Volle Berechtigung habe deshalb die auf S. 3 der Denkschrift sub 2 gemachte Bemerkung:

Nach §. 212 der Landschafts-Ordnung von 1832 bleibt die Anordnung der rein geistlichen Angelegenheiten unter Oberaufsicht der Landesregierung der in der Verfassung der Kirche begründeten Kirchengewalt überlassen. Positive Bestimmungen über Lehre und Cultus dürfen daher nur von der Kirchengewalt ausgehen, der Staat ist verfassungsmässig allein berechtigt, gegen etwaige bei der äusseren Religionsübung hervortretende Mißbräuche verbietend einzuschreiten.

Wie alle staatlichen Corporationen das Recht der Autonomie besäßen, so auch die Kirche, welche als rechtlich organisirte Gemeinschaft das Recht der Autonomie stets exercirt habe. Dieses Autonomierecht habe aber Schranken, und die erste derselben sei: Es dürfe nicht in eine fremde Sphäre hineingreifen und auch für Dritte verbindliche Normen aufstellen. Ferner habe es aber auch eine Grenze an den absoluten oder unbedingt maßgebenden Staatsgesetzen. Als solche absolute Normen seien alle Staatsgesetze anzusehen, welche im öffentlichen Interesse etwas gebieten oder verbieten und dann auch alle Bestimmungen der Landesverfassung.

Jeder Act der Kirchengewalt, der solchen absoluten Normen entgegenstehe, habe daher keine rechtliche Gültigkeit; dies sei ein unantastbarer Grundsatz des öffentlichen Rechts. Ueberall da aber, wo solche zwingenden Gesetze nicht vorhanden seien, könne die Kirche sich frei bewegen. Sie sei also im Stande, subsidiäre staatliche Normen durch das Recht der Autonomie von der Anwendung auszuschließen, dagegen könne sie durch ihre Satzungen nie die Gesetze des Staates aufheben, denn eine Aufhebung der Gesetze sei immer nur durch die Gewalt möglich, welche dieselben erlassen habe.

Wie weit nun der Staat im Erlaß von absoluten Bestimmungen zu gehen habe, das sei eine Frage der Politik, welche je nach den Umständen verschieden ausfalle und im Laufe der Zeit verschieden beantwortet sei. Was der Staat zu bestimmen vermöge, wenn politische Gründe ihn zwingen, davon habe man ein deutliches Beispiel in den Preussischen Maigesetzen. Das richtige Princip sei wohl, daß man in allen gesetzlichen Gegenständen subsidiärer Natur der Kirche möglichst frei Hand lasse. Wahr und zutreffend wären die in der Denkschrift pag. 3 sub 3 verzeichneten Worte:

»Sicher handelt der Staat nur dann im Sinne und Geiste der Landesverfassung, wenn er sich auf die im staatlichen Interesse erforderlichen absoluten Normen gebietenden oder verbietenden Inhalts beschränkt, die Regulirung der inneren kirchlichen Verhältnisse hingegen der Kirche und Kirchengewalt überläßt.«

Es sei in der Denkschrift die Natur der bislang über kirchliche Gegenstände erlassenen Gesetze zergliedert, bei denen die Kirchen- und Staatsgewalt nicht genau auseinander gehalten

seien; dem Resultate dieser Zergliederung müsse man sich anschließen. Wo es irgend angehe, habe Herzogliches Staatsministerium sich für den subsidiären Charakter der Gesetze entschieden.

Die Proposition, daß in Zukunft für sämtliche legislative Acte die genaue Sonderung beider Gewalten inne gehalten, also das einzelne Gesetz lediglich als Staats- oder als Kirchengesetz publicirt werden solle, sei zur Vermeidung von Irrthümern in hohem Grade wünschenswerth; es werde auf diese Weise die staatliche und kirchliche Gesetzgebung gehörig abgegrenzt.

Gegen die dritte Proposition, wonach die Beibehaltung der bis jetzt üblichen Publicationsweise für die Kirchengesetze sowohl sachgemäß als nothwendig sei, habe man gleichfalls Nichts einzuwenden. — Nach diesen an der Hand der Denkschrift gemachten Bemerkungen gebe er Namens der Commission der Landessynode anheim, sich mit den regierungsseitig gemachten Propositionen einverstanden zu erklären.

Der Herr Präsident eröffnet die Berathung über diesen Vorschlag der Commission.

Abgeordneter Bode. Er sei allerdings mit den in der Denkschrift gegebenen theoretischen Grundsätzen einverstanden, nicht aber mit der ersten praktischen Ausführung, welche diese Grundsätze bei dem heute gleichfalls zur Berathung stehenden Kirchengesetze, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr., gefunden hätten.

In der theoretischen Ausführung heiße es auf S. 9, daß in Bezug auf die Synodalordnung, die staatlichen Grundsätze, allgemein angegeben, folgende seien:

- a. es soll eine Landessynode bestehen;
- b. dieselbe wird in bestimmter Weise zusammengesetzt und
- c. hat einen näher normirten Wirkungskreis.

Die Bestimmung sub a. solle — und das könne man nicht bestreiten — absoluter Natur sein, während bezüglich der Bestimmungen sub b. und c. der subsidiäre Charakter angenommen sei. Bei der Zusammensetzung der Landessynode komme nun auch wesentlich der Diätenpunkt in Betracht, und es sei deshalb wohl nicht Sache des Staates allein, die im §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 (N. 34) enthaltene Bestimmung subsidiären Charakters aufzuheben.

Um die Vermischung beider Legislationen, der staatlichen und kirchlichen, zu vermeiden, seien zwei Gesetze, ein Landesgesetz und ein Kirchengesetz, vorgelegt; ersteres beseitige die aus §. 30 der Synodalordnung erwachsende Beschränkung und stelle die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung, während in dem Entwurfe des Kirchengesetzes die Bestimmung über den Betrag der den Synodalen u. s. w. zu gewährenden Diäten und Reisekosten innerhalb der staatsseitigen Umgrenzung als eine rein kirchliche Angelegenheit den Factoren der Kirche überlassen bleiben solle. Im §. 1 des Landesgesetzes heiße es nun: »Der §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 (N. 34) wird hierdurch aufgehoben«, und darauf antworte die Kirche in dem Entwurfe des Kirchengesetzes: »Da der §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 (N. 34) aufgehoben ist, so u. s. w.« Wenn er auch dem Staate gern möglichst weite Rechte einräume, so wolle ihn doch dieses angedeutete Verhältniß nicht recht in den Sinn. Der Staat dürfe nicht ohne Weiteres einen Theil der Kirchenverfassung aufheben, denn sonst stehe die freie Selbstbestimmung der Kirche so ziemlich in der Luft. In der Synodalordnung §. 12 stehe auch, daß den Staatsdienern zur Synode der Urlaub nicht zu versagen sei. Auch diese Bestimmung könne ja der Staat ohne Weiteres aufheben, und es würde dann die Zusammensetzung der Versammlung eine wesentlich andere sein. Ja, der Staat könne auch noch weiter gehen und die Zusammensetzung der Synode selbst aufheben, dann sei es eben mit letzterer zu Ende. Man dürfe nicht sagen, daß so etwas bei uns nicht vorkomme, sondern man müsse einfach

seine Rechte vertheidigen. Theoretisch sei auf S. 9 sub h. der Denkschrift ausgesprochen, daß bei allen die Zusammensetzung der Synode betreffenden Fragen, weil dieselben subsidiärer Natur seien die Kirche zustimmen solle, aber schon die ersten beiden Gesetze fielen aus der Theorie heraus: Obwohl das Staatsgewissen bei ihm überwiegend sei, so wäre ihm doch auch daran gelegen, der Kirche das ihr zustehende Recht zu verschaffen. Es müsse also die Fassung in dem Kirchengesetze die folgende sein: »Demnach Staats- und Kirchengewalt übereingekommen sind, den §. 30 ic. aufzuheben, so u. s. w.« Er wolle zwar keine bestimmten Anträge stellen, halte sich aber verpflichtet, die Hohe Synode auf diesen Punkt aufmerksam machen zu müssen.

Abgeordneter Oesterreich. Die Bode'schen Bedenken seien in ihrer Subtilität zwar begründet, aber er habe die ganze Angelegenheit zu sehr auf die Spitze gestellt. Vom praktischen Standpunkte aus finde er — Redner — seine Beruhigung darin, daß ein vacuum nicht eintreten werde, denn er sei der Ueberzeugung, daß wenn die Landesregierung bei der Landesversammlung Propositionen auf Abänderung von Gesetzen einbringe, sie auch Cautelen treffen und etwas Anderes, Sachgemäheres an die Stelle des Abzuändernden setzen werde. So lange die Executive und das Recht der Zustimmung in einer Hand vereint seien, brauche man sich über solche Dinge keine grauen Haare wachsen zu lassen. Alle Conflictte im Voraus vermeiden zu wollen, das halte er für eine zu große Prätension.

Geheimerath Dr. jur. Triepß. Die angeregte Frage habe allerdings an sich große Bedeutung, und da sie nun einmal aus der Mitte der Versammlung heraus urgirt sei, so erscheine es wünschenswerth, dieselbe etwas genauer zu beleuchten. Die Quelle der Gesetzgebung sei die Staatsgewalt. Ein Kirchengesetz, selbständig gedacht, gehe vom Landesbischof aus und richte sich an die Zustimmung der Synode. Was der Landesbischof bestimme, das unterliege der Cognition der Gerichte, was aber der Landesfürst bestimme, danach habe sich Jeder zu achten. Wenn in einem Gesetze Momente vorkämen, über welche nur der Staat gesprochen habe, so könne auch dieser allein nur solche Bestimmungen wieder aufheben. Der Staat könne sich in der Gesetzgebung durch die Kirche nicht beengen lassen, und wenn der Staat mit der Kirche gemeinsam ein Gesetz erlassen habe, so läge in solchem Gesetzerlasse keineswegs ein Concordat. Der Landesfürst wende sich beim Erlasse eines Gesetzes an seine Unterthanen; zwei Factoren, der Landesfürst und die Stände, seien erforderlich, damit ein Staatsgesetz zu Stande komme, und diese beiden Factoren erklärten im Landtagsabschiede sich gegeneinander, daß sie die erlassenen Gesetze treu und unverbrüchlich halten wollten. Etwas dem Aehnliches müßte zwischen Staat und Kirche vorhanden sein, wenn die Theorien, welche hier aufgetaucht wären, Hand und Fuß haben sollten. — Die Punkte, über welche die Kirche legislativ handeln könne, müsse sie aus ihrem inneren Leben heraus frei gestalten können. Ueber Cultus und Lehrordnung vermöge der Staat gar keine positiven Bestimmungen zu geben, das sei Sache der Kirche; wohl aber sei der Staat nach der Verfassung dazu berechtigt, gegen etwaige bei der äußeren Religionsübung hervortretende Mißbräuche verbiethend einzuschreiten. In solchen Fällen stehe dem Staate ein Inhibiren zu, doch wenn derselbe zu seinen Unterthanen sagen wollte: Das, was ich Euch hier vorschreibe, sollt Ihr glauben, so wäre das ein Verfassungsbruch. Auch bei Handhabung der Disciplin gegen ihre Diener sei die Kirche nicht beengt, aber der Staat habe ein Prohibitivgesetz in der Verfassung erlassen; zum Schutze der Geistlichen sei bestimmt, daß sie nur durch staatlichen Richterspruch entlassen werden könnten. Im Allgemeinen würde der Staat nur sein Interesse wahrnehmen und prohibiren, jedoch selten in dieser Beziehung positive Anordnungen treffen. Wenn die Sache schon vom Jahre 1832 an richtig in's Auge gefaßt wäre, so würde man gesagt haben: Hier ist das Kirchengesetz, hier das ergänzende Staatsgesetz. Dadurch, daß dieses nicht geschehen, seien so manche Zweifel entstanden. —

Der Kirche seien durch die Declaration der Factoren der staatlichen Gesetzgebung die weitesten Befugnisse eingeräumt, und sie könne sich gewiß nicht beklagen; aber der Staat müsse immer das letzte Wort und das Recht haben, auch die Statuten der Kirche beseitigen zu können.

Der Staat habe, abgesehen von den absolut gebietenden Gesetzen und den Bestimmungen der Landesversammlung, die danach übrig bleibende große Anzahl von regulirenden Gesetzen für subsidiäre erklärt. Die Kirche habe insoweit freien Spielraum und könne mit diesen subsidiären Gesetzen machen, was sie wolle. Der Staat schenke der Kirche das Vertrauen, die ihr vorsorglich gegebenen Gesetze nach eigenem Belieben anzuwenden. —

Was den speciellen Fall anlange, so habe der Staat keineswegs den Gedanken gehabt, die Kirche irgendwie zu beengen. In der Landesversammlung sei der Antrag gestellt, die Diäten und Reisekosten für die Abgeordneten der Synode u. in Uebereinstimmung zu bringen mit den Beträgen, welche bezüglich der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der Landesversammlung u. festgestellt seien. An sich könne natürlich die Kirche den Mitgliedern der Synode so hohe Diäten geben, wie sie nur wolle, aber weil die Kirche keine Mittel zu diesem Zwecke habe, hätte der Staat gefragt werden müssen, ob er die Mittel hergeben wolle. Ob man politisch klug handle, jetzt zu sagen, hier in diesem Falle seien die Rechte der Synode verletzt, das sei doch sehr fraglich. Wichtig sei aber immer vor Allem der Umstand, daß man Kirchengesetze bei uns nie als Concordate der Kirche mit dem Staate ansehen könne.

Abg. Bode. Er habe seine anima synodalis salvirt. Das Synodalgesetz, so behaupte er, sei zwischen Staat und Kirche zu Stande gekommen, und das, was der Staat zu Gunsten der Kirche gesagt habe, das müsse er halten, so lange beide mit einander einverstanden seien.

Die Versammlung beschließt sodann, daß sie mit dem Inhalte der vorgelegten Denkschrift vom 23. November 1876 und mit den Propositionen, welche zur Beseitigung der fühlbaren Uebelstände von Herzoglichem Staatsministerium in Uebereinstimmung mit Herzoglichem Consistorium gemacht worden, sich im Wesentlichen einverstanden erkläre.

Es wird hierauf zum zweiten Gegenstande des Tagesordnung übergegangen. Berathung und Berichterstattung über das Kirchengesetz, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode u. s. w. betreffend;

Abgeordneter Kunken referirt darüber. Die Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der Landessynode seien im §. 30 des Ges. v. 31. Mai 1871 N. 34 festgestellt, und zwar in Uebereinstimmung mit den Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landesversammlung u. Durch Ges. vom 28. März 1874 habe man die Diäten u. für Letztere anders normirt, und die Landesversammlung habe es für angemessen gehalten, dem entsprechend auch die Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der Landessynode zu erhöhen. Da bei dem erwähnten §. 30 wegen der Concurrenz der staatlichen und kirchlichen Interessen sowohl der Staat als die Kirche betheiligt sei, so habe Herzogliches Staatsministerium den Entwurf eines Landesgesetzes vorgelegt, wodurch der §. 30 der Synodalordnung aufgehoben sei. Der Ausschuß der Landesversammlung, welcher zu der Vereinbarung über dieses Landesgesetz die erforderliche Ermächtigung erhalten habe, sei mit dem Entwurfe des Landesgesetzes einverstanden und habe zu diesem seine Zustimmung erklärt, so daß der Publication des Letzteren kein Hinderniß im Wege stehe. Zur völligen Erledigung der Angelegenheit komme es jetzt nur noch auf den Erlaß des betreffenden Kirchengesetzes an, welcher der Landessynode vorgelegt sei. Da der Staat im §. 3 des erwähnten Landesgesetzes der Kirche die erforderlichen Mittel, die aus der Kloster-Reinertrags-Casse zu entnehmen seien, zur Verfügung gestellt habe, so werde es sich empfehlen, daß Hohe Synode zu dem proponirten Kirchengesetze ihre Zustimmung ertheile.

Die Bestimmung des §. 7:

»Die Wahlmänner haben auf Vergütung von Reisekosten und Diäten keinen Anspruch«

habe Bedenken erregt, aber da die Synode keine Mittel zur Verfügung habe, um die Wahlmänner zu entschädigen, so habe man von Aenderungsvorschlägen auch bezüglich dieses Paragraphen Abstand nehmen zu müssen geglaubt. Die sämtlichen übrigen Bestimmungen hätten zu irgend welchen Bedenken keine Veranlassung gegeben.

Der Correferent, Abgeordneter Rose, erklärt sich mit dem Vortrage des Referenten einverstanden, und wird zunächst der Eingung des Gesetzes und nach erfolgter Annahme der §§. 1—8, über welche gesondert abgestimmt wird, die ganze Gesetzesvorlage ohne Debatte angenommen. In Veranlassung der mit diesem Gesetzes-Inhalte in Verbindung stehenden Vorstellung von Geistlichen der Inspection Walkenried, die Vergütung von Wahlreisen betr., beantragt der über diese Vorstellung referirende Abgeordnete Rose:

Hochwürdige Synode möge Hohe Landesregierung bitten, die erforderlichen Mittel zu gewähren, um denjenigen Wahlmännern, welche 2 Tage auf der Wahlreise zubringen müssen, die Reisekosten mit 1 M. 50 A pro Meile zu vergüten.

Nach kurzen Bemerkungen von Seiten der Abgeordneten Apfel, Reunecke, Sterl, Lerche, Steinmeyer, Eimcke wird der Antrag mit sämtlichen Stimmen gegen die eine des Antragstellers abgelehnt.

Es werden sodann die Schreiben an Se. Hoheit über das Resultat der Berathung der Vorlagen, die Ordnung der Nebengottesdienste und die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages betr., durch die Abgeordneten Thiele und Kühne verlesen und von der Versammlung genehmigt.

In Veranlassung des vom Abgeordneten Apfel ausgesprochenen Wunsches, die Revision oder Restauration der corpora honorum betr., wird hierauf dem Consistorialrath v. Schmidt-Phiseldack auf Ersuchen von Herrn Präsidenten noch das Wort ertheilt.

Consistorialrath von Schmidt-Phiseldack. Aus der Versammlung sei vom Abgeordneten Apfel der Wunsch ausgesprochen, mit den corpora honorum, welche zum größten Theil in höchst mangelhaftem und unübersichtlichem Zustande seien, eine Restauration oder Revision vorzunehmen. Die Stellung des Herzoglichen Consistorii zu diesem Wunsche könne er mit kurzen Worten gleich dahin aussprechen, daß eine allgemeine Revision oder Restauration der corp. bon. nicht beabsichtigt werde. In kurzer Zeit damit fertig zu werden, sei völlig unmöglich. Während man im vorigen Jahrhundert circa 60 weltliche Visitatoren im Lande gehabt habe, welche zur schnelleren Erledigung einer solchen Arbeit im Stande gewesen, fehle es jetzt an Arbeitern dieser Kategorie und besonders an einem Organe, welches diese Arbeit einer sorgfältigen Kritik unterziehen könnte. Den Herzoglichen Kreisdirectionen, welche schon sehr mit Geschäften überhäuft seien, könne und dürfe man nicht zumuthen, noch solche neuen und großen Arbeiten zu übernehmen, und in gleicher Weise sei es Herzoglichem Consistorio unmöglich, die Durchsicht von mehr als 200 ausführlichen Werken schnell zu bewerkstelligen. Die Mehrzahl der corpora honorum entspräche dem praktischen Bedürfniß. Größtentheils seien sie formell rechtsgültig aufgenommen und anerkannt; auch habe man die erforderlichen Abänderungen, besonders nach Separationen und Ablösungen, in denselben stets vornehmen lassen.

Es sei nun leicht möglich, daß die von schlechter Hand geschriebenen oft langen Nachträge die Uebersichtlichkeit der corp. bon. stark beeinträchtigt hätten; in einzelnen Fällen lasse sich aber wahrscheinlich durch eine Abschrift die Uebersichtlichkeit leicht wieder erreichen. Wenn etwa die Abschnitte über das Capitalvermögen und das bewegliche Inventar der Kirchen nicht vollständig sein sollten, so verschlage dies nur wenig, weil man darüber andere Urkunden besäße, welche den richtigen Stand ohne Schwierigkeit ersehen ließen. — An manchen Orten seien nur Entwürfe zu corp. bon. vorhanden, in welchen jedoch die späteren Nachträge beglaubigt

wären. Auch bei diesen werde es sich in den meisten Fällen um eine nothwendige Neuherstellung nicht handeln. Da aber, wo der vorhandene Entwurf so mangelhaft sei, daß man sich von bloßen Einbesserungen keinen Erfolg versprechen könne, oder wo es ausnahmsweise an jedem Anfang zu einem corp. bon. fehle, müßte eingeschritten werden, und in solchen Fällen sei auch von Herzogl. Consistorium Abhülfe geschafft. So habe man in letzter Zeit die corp. bon. der Kirchen zu Rüningen, Lehdorf, St. Vincenz in Schöningen u. s. w. neu aufstellen lassen. Es liege aber in der Natur der Sache, daß man mit dieser Arbeit nur ganz allmählich fortschreiten, besonders auch eine bestimmte Reihenfolge nicht von vornherein festsetzen könne. Wenn der eine oder andere Prediger glaube, daß an seinem Orte ein besonderes Bedürfniß zur Restauration oder Revision des corpus honor. nothwendig sei, so möge er hiervon nur Herzogl. Consistorium Mittheilung machen, es solle dann baldmöglichst geholfen werden. —

Es wird sodann die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf Donnerstag, den 7. December cr., Morgens 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze*, protokoll. Secretair.





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

11. Sitzung am 7. December 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage werden zunächst die an Se. Hoheit zu richtenden Schreiben:

- a. über das Resultat der Berathung der Vorlage, die Feier des Reformationstages betr.,
- b. über das Resultat der Berathung der Vorlage, das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung betr.,
- c. über das Resultat der Berathung des Kirchengesetzes, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landessynode betr.,

durch die Abgeordneten Eggeling, Ude, Kunzen verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Es wird sodann der Tagesordnung gemäß die Berathung über den Bericht der liturgischen Commission fortgesetzt und erhält zunächst das Wort der Referent von Heinemann.

Die in der Sitzung vom 5. d. Mts. zu dem Entwurfe der neuen Gottesdienstordnung, und zwar zu der Nummer 11 des ersten Theils der Vorlage bis zum Schlusse derselben, gestellten Anträge seien von der Commission einer eingehenden Prüfung unterzogen und wolle er über das Resultat dieser Prüfung nur einige einleitende Bemerkungen machen. Die einschneidendste Veränderung werde durch die Anträge, welche der Abgeordnete Lerche zu den Nummern 11—14 gestellt habe, beansprucht. In der Commission habe man sich über dieselben zu einigen nicht vermocht: es seien 2 Stimmen für und 2 gegen die Lerche'schen Anträge gewesen, und es müsse also danach der Hohen Versammlung selbst überlassen bleiben, ihre Entscheidung zu treffen. Die übrigen Anträge habe man zum größten Theil annehmen zu müssen geglaubt, bisweilen jedoch mit einigen redactionellen Aenderungen, welche er bei jedem einzelnen Falle angeben werde.

Abgeordneter Lerche (Sizum). Es scheine ihm zweckmäßig, daß sein Antrag sub N. 12 zuerst zur Abstimmung gebracht werde. Dieser Antrag beziehe sich auf eine Streichung und hinge nicht nothwendig mit den übrigen Anträgen zusammen, wogegen das sub N. 11 Gesagte

mit den Anträgen zu 13 und 14 in naher Verbindung stehe, denn diese drei Anträge bezweckten eine Umstellung und Verschiebung der vorgeschlagenen Ordnung.

Nach einigen Bemerkungen des Referenten von Heinemann und des Abgeordneten Thiele stellt der Herr Präsident vor Eintritt in die Berathung über Nummer 11 der Vorlage, bei welcher in der Sitzung vom 5. d. Mts. die Verhandlung ausgesetzt war, zuvörderst den zu N. 12 eingebrachten Antrag des Abgeordneten Lerche (Eikum) zur Debatte.

N. 12 lautet nach dem Commissions-Entwurfe:

Dann intonirt (oder spricht) der Geistliche (zu der Gemeinde gewendet):

G. Der Herr sei mit Euch.

A. Und mit Deinem Geiste.

Abgeordneter Lerche (Eikum) hebt bei der Motivirung seines Antrags hervor, daß dieser Gruß, welcher schon im Anfang vorgekommen, hier passenderweise nicht wiederholt werden müsse. In alter Zeit, als nach der Predigt das h. Abendmahl gefeiert sei, habe die Begrüßung an dieser Stelle einen guten Sinn gehabt, bei der Ordnung für den gewöhnlichen Gottesdienst müsse sie jedoch ausfallen.

Abgeordneter Thiele. Obwohl sich dieser Gruß in vielen Agenden wiederholt finde, so lasse sich nicht bestreiten, daß die Lerche'sche Begründung Manches für sich habe, und er sei deshalb auch mit dessen Antrage einverstanden. Für unpassend könne er aber die nochmalige Begrüßung der Gemeinde vor Abschluß des Gottesdienstes nicht halten.

Abgeordneter Steinmeyer. Dieser doppelte Gruß könne auf Seiten der Gemeinde auch leicht zu Mißverständnissen führen; er sei dafür, ihn an dieser Stelle fallen zu lassen.

Es wird sodann bei der Abstimmung der Lerche'sche Antrag zu N. 12 angenommen.

Zur Motivirung des Antrages zu N. 11 bemerkt der Abgeordnete Lerche (Eikum):

Der Unterschied zwischen dem Commissionsentwurfe und seinen Anträgen zu 11. 13. 14. bestehe hauptsächlich darin, daß er das Singen der Collecte vor das allgemeine Kirchengebet zu verlegen wünsche. Seiner Meinung nach liege in dem Uebergang von dem gesungenen zum gesprochenen Wort eine Steigerung der Andacht, es sei, wie er glaube, effectvoller, als wenn man umgekehrt zu Werke gehe.

Ein äußerlicher Grund sei auch der, daß der Geistliche den richtigen Ton viel leichter treffen könne, wenn vorher gesungen, als wenn, wie es die Vorlage wolle, vorher gesprochen werde. Es sei für viele, welche des Singens nicht gerade sehr kundig, recht schwer, aus dem Sprechen zum Singen überzugehen. Eine Orgel, die in solchem Falle wohl unterstützen könne, habe man leider nicht an allen Orten.

Nach kurzen Bemerkungen seitens der Abgeordneten Skerl, Rohde, Thiele, welche sich für die Vorlage der Commission aussprechen, wird der Lerche'sche Antrag zu N. 11 abgelehnt, worauf der Antragsteller die hiermit in Verbindung stehenden Anträge zu den Nummern 12. 13. 14 zurückzieht.

Es wird sodann der Commissions-Antrag zu N. 11 angenommen, der Zusatz-Antrag des Abgeordneten Skerl abgelehnt und der auf Hinzufügung einer »Anmerkung« gerichtete Thiele'sche Antrag, nachdem Antragsteller bemerkt hat, man dürfe natürlich bei der »kleinen Glocke« nicht an eine katholische Einrichtung denken, angenommen.

Hiernach gestaltet sich also die Nummer 11 folgendermaßen:

Gesang der Gemeinde. Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet. (S. 101 ff.) Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen. (S. die Formulare S. 277 ff.) Hierauf spricht er das Vaterunser, worauf die Gemeinde mit »Amen« antwortet.

Anmerkung: Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

Die zu N. 13 gestellten Anträge:

## a. des Abgeordneten Thiele:

»a.« und »b.« und die Worte »An gewöhnlichen Sonntagen« zu streichen;

## b. des Abgeordneten Eggeling:

N. 13b. zu streichen und die Commission aufzufordern, für jedes Fest eine bestimmte Antiphone festzusetzen.

finden nach kurzer Motivierung durch die Antragsteller, welchen daran gelegen ist, die neue Gottesdienstordnung für die Gemeinden recht praktisch und übersichtlich einzurichten, die Zustimmung der Versammlung, und wird danach die Nummer 13 mit den ferner vorgeschlagenen redactionellen Aenderungen der Commission, abgesehen von der durch letztere vor Eintritt in die zweite Lesung vorzunehmenden Festsetzung der Antiphonen für jedes einzelne Fest, wie folgt lauten:

Pastor (gegen den Altar):

Schaff in mir, Gott, ein reines Herz! Hallelujah.

Gemeinde: Und gieb mir einen neuen, gewissen Geist! Hallelujah.

Der zu N. 14 gestellte redactionelle Antrag des Abgeordneten Thiele wird angenommen, desgleichen mit dieser Aenderung die Nummer 14 in der durch die Commission festgestellten Fassung.

Die zu dieser Nummer vom Abgeordneten von Gramm beantragte »Anmerkung« wird mit der durch die Commission vorgeschlagenen Aenderung: statt der Worte: »soll hierdurch Nichts geändert werden« die Worte: »soll dies auch ferner gestattet sein« angenommen, und lautet demgemäß die Nummer 14 folgendermaßen:

Geistlicher singt (oder spricht) eine zum Beschluß des Gottesdienstes passende Collecte.

An Sonntagen eine der Collecten S. 201 ff.

An Festtagen und in festlichen Zeiten eine der Collecten S. 229 ff., worauf die Gemeinde mit »Amen« antwortet. Dann singt oder spricht er den Segen (folgen die Worte des Segens). Gem.: Amen.

Anmerkung: Wo es gebräuchlich ist, zum Schlusse noch einen Gesangsvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll dies auch ferner gestattet sein.

## Zu N. 15 stellt der Abgeordnete Thiele folgenden Antrag:

Wird das h. Abendmahl gefeiert, so fallen die letzteren Stücke (Antiphone und Collecte) weg, und es folgt unmittelbar auf das Vaterunser und das Amen der Gemeinde ein Segenswunsch (der Friede Gottes u. s. w.) Darnach ein Gesangsvers, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten. Dieselbe Abkürzung kann auch, wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere örtliche Verhältnisse (Filiale) solches erfordern.

Abgeordneter Keunecke. Er wolle empfehlen, statt der Worte: »ein Segenswunsch (der Friede Gottes u. s. w.) zu setzen: »der Segen« und behalte sich schriftliche Formulierung seines Antrages bei der zweiten Lesung vor.

Der Antrag Thiele zu N. 15 wird angenommen.

Es wird sodann die Nummer 1 II A nach dem Commissionsvorschlage, zu N. 2 der Antrag Thiele angenommen.

Der zu N. 3 auf andere Fassung des hierunter Gesagten gerichtete Thiele'sche Antrag wird in gleicher Weise wie der von demselben auf Hinzufügung eines Zusatzes am Schlusse der Anmerkung gerichtete Antrag angenommen.

Die Nummer 4 nimmt die Versammlung in der gleichfalls vom Abgeordneten Thiele vorgeschlagenen Fassung an. — Zu N. 5 beantragt der Abgeordnete Keunecke:

Den Schlusssatz dieser Nummer: »Am Charfreitage schließt sich an die Predigt die allgemeine Beichte«

so zu fassen:

»Am Charfreitage kann sich an die Predigt die allgemeine Beichte schließen.«

Dieser Antrag wird zunächst und sodann mit dieser Aenderung die Nummer 5 nach dem Commissions-Vorschlage angenommen.

Der auf andere Fassung der Nummer 6 gestellte Antrag des Abgeordneten Thiele wird nach der auf Antrag des Abgeordneten Steinmeyer erfolgten Streichung der Worte: »wie voranzusetzen« in gleicher Weise wie der von Ersterem auf andere Fassung des zweiten Satzes der *N.* 7 gerichtete Antrag angenommen.

Der zu II B der Vorlage auf andere Fassung des Eingangs gerichtete Antrag des Abgeordneten Thiele wird angenommen, die Nummer 1 wird nach dem Commissionsantrage genehmigt. Der Antrag des Abgeordneten Thiele zu *N.* 3 wird mit der von der Commission vorgeschlagenen Aenderung, nämlich statt des Schlusssatzes:

»Wo die Mittel dazu vorhanden sind, kann ein Chorgesang folgen,« einfach zu setzen:

»Dann kann ein Chorgesang folgen«

von der Versammlung angenommen.

Die Nummern 4 und 6 werden in der vom Abgeordneten Thiele beantragten Fassung, die Nummer 5 nach dem Vorschlage der Commission angenommen. — Ferner nimmt die Versammlung den Thiele'schen Antrag zu *N.* 7 mit Streichung des Wortes »Gruß« an.

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten werden die beiden Secretaire der Synode, Abgeordneter Ude und Skerl, von der Versammlung beauftragt, den Entwurf der Gottesdienstordnung unter Berücksichtigung der beantragten und angenommenen Aenderungen baldmöglichst so herzustellen, daß er in Druck gegeben und vor Beginn der zweiten Lesung den einzelnen Abgeordneten vorgelegt werden kann. Ferner beschließt die Versammlung, daß bei der zweiten Lesung nur die bis zum nächsten Montag Morgens 10 Uhr, bei der Commission gestellten Aenderungsanträge zur Berathung gezogen werden sollen.

Es wird hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen:

Berichterstattung und Berathung über die Frage, die Dispensation der Confirmanden vom gesetzlichen Alter der Confirmation betreffend.

Referent Skerl. Die erste Landes-Synode habe in einem Schreiben vom 22. November 1872 sub *N.* 3 an Hohe Kirchenregierung das Ersuchen gerichtet:

es möge in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Gesuche in Bezug auf die Dispensation von dem gesetzlichen Alter der Confirmanden, soweit sie nur das letzte Halbjahr betreffen, nach vorgängiger Prüfung durch den Kirchenvorstand den zuständigen Superintendenten zur Entscheidung zu überweisen seien, wobei das Recursrecht der Eltern an Herzogl. Consistorium bewahrt bleiben soll.

Das Herzogliche Consistorium, welches mit der Prüfung der Sache beauftragt worden, habe gegen den Antrag vom rein kirchlichen Standpunkte aus nichts zu erinnern gefunden und auch demgemäß den Entwurf eines Kirchengesetzes vorgelegt. Es hätte nun aber erwogen werden müssen, ob und welchen Einfluß diese kirchliche Dispensation auf die landesgesetzliche Schulpflicht ausüben könne und solle, da ohne Landesgesetz nicht davon die Rede sein dürfe, daß die Kirche durch ihre Organe auch von staatlichen Verpflichtungen zu dispensiren vermöge.

In einem in der Anlage 5b enthaltenen Berichte des Herzogl. Consistoriums an Herzogliches Staatsministerium sei ausgeführt, daß in Rücksicht auf die bestehende Schulpflicht der betreffenden Catechumenen der Uebertragung der gewünschten Befugniß auf die Superintendenten, welche als solche Schulinspectoren nicht mehr seien, sich erhebliche Bedenken entgegenstellen würden. Diese Hindernisse ließen sich, wie nicht zu verkennen sei, ohne staatliche Gesetzgebung, auf welche der Landessynode ein Einfluß nicht zustehe, nicht überwinden und würden unbeseitigt, das Dispenisationsverfahren formell sehr schwerfällig und materiell für die Richtigkeit und Gleichmäßigkeit der Ausführung nachtheilig machen.

Er glaube deshalb, und zwar in Uebereinstimmung mit dem Correferenten Wolff, der Landessynode empfehlen zu sollen:

vor der Hohen Kirchenregierung dem pg. 2 des Höchsten Rescripts vom 23. Nov. 1876 *N.* 7157 ausgesprochenen Vorschlage gemäß sich damit einverstanden zu erklären, daß es für jetzt bei dem bisherigen Verfahren in Bezug auf die Dispen-

sation von dem für die Confirmation gesetzlich vorgesehenen Lebensalter sein Bewenden habe möge.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden.

Es folgt sodann als dritter Gegenstand der Tagesordnung die Berichterstattung und Berathung über die zu Cap. XII der Mittheilungen über die Zustände der evangelischen Landeskirche, betr. die Kirchenbuchführung, in der Sitzung vom 29. November cr. gestellten Anträge des Abgeordneten Wolff. — Dieselben lauten:

Landessynode ersucht das Kirchenregiment:

In der Instruction über die Führung der Kirchenbücher folgende Ergänzungen und Aenderungen eintreten zu lassen:

A. Generaliter: Die Eintragungen in das Tauf-, Trauungs- und Begräbnis-Register haben in Uebereinstimmung mit den bezüglichen standesamtlichen Bescheinigungen zu geschehen. Wo die Angaben derselben den Angaben der bis zum 1. Januar 1876 geführten Kirchenbücher nicht entsprechen, haben die Eintragungen nach den Documenten der Kirchenbücher zu geschehen und sind die Abweichungen der standesamtlichen Bescheinigungen in der Randcolumnne zu bemerken.

B. Zu §. 2, 1.

Generaliter: In das Taufregister sind die den Christen geborenen, von den Eltern angemeldeten Kinder einzutragen. — Falls ein solches ungetauft verstorbt, ist dies in der Randcolumnne zu bemerken.

b. in specie.

Zu §. 2, 1. Abs. a. Die bisher verordnete Angabe des Alters der Mütter ist fortzuführen.

Zu §. 2, 1. Abs. c. Die Taufe auswärts geborener Kinder ist erst dann vorzunehmen, wenn die Eltern sich als der christlichen Kirche zugehörig ausgewiesen haben.

Zu §. 2, 1. Abs. e. hinzuzufügen: Sollten die Namen der Art sein, daß die Kirche sie bei der h. Taufe nicht gebrauchen kann, so sind die Eltern zu angemessener Aenderung zu bewegen, im Weigerungsfalle ist die Entscheidung des Herzoglichen Consistoriums anzurufen.

Zu §. 2, 1. Abs. f. anstatt »ungetauft verstorbene Kinder« zu setzen: »absichtlich der Taufe entzogene verstorbene Kinder«.

Zu §. 2 Nr. 3 hinzuzufügen: Die zur Trauung Kommenden haben sich als der christlichen Kirche zugehörig auszuweisen.

Zu §. 2 Nr. 4 b. anstatt »lutherische«, »christliche« zu setzen, und hinzuzufügen: Die Todesursache ist in der Randcolumnne zu bemerken.

Zu §. 3 Abs. a. 2 Punktum folgende Aenderung vorzunehmen:

Die Ordnungsnummer richtet sich im Taufregister nach der Zeit der Geburt, sonst nach der Zeit der vollzogenen kirchlichen Acte.

Abs. 2 wegzulassen.

Landessynode wolle das Kirchenregiment um die Erklärung ersuchen, daß mit dem Ausschreiben des Herzogl. Consistoriums vom 28. Juni 1876 Nr. 3049 nicht gemeint ist, die Ausstellung der Trauungsscheine überhaupt zu beseitigen, daß vielmehr der trauende Pastor den Getrauten einen solchen jedesmal unentgeltlich zu behändigen habe.

Referent Freist. Seit dem 1. Januar 1876 sei, wie bekannt, eine Aenderung der Kirchenbücher eingetreten. Die Kirchenbuchführung habe keine staatliche, sondern jetzt nur noch eine

sichtliche Bedeutung, und dieser Umstand sei bei Prüfung der Wolff'schen Anträge zu berücksichtigen.

Was den ersten Antrag betreffe, so habe Herzogliches Consistorium die Bestimmung gegeben, daß, wenn sich in den Standesamtlichen Bescheinigungen Unrichtigkeiten vorfänden, die aus pfarramtlichen oder sonstigen Dokumenten zu erweisen seien, dieselben zwar in der betreffenden Columne eingetragen, aber durch Randbemerkung mit Hinweis auf jene Dokumente berichtigt werden müßten.

Es werde also auf Grund der Standesamtsregister eingetragen und da, wo sich nach Vergleichung mit dem Kirchenbuche ein Irrthum vorfinde, sei die Berichtigung in der Randcolumne zu machen. Der Antrag Wolff wolle nun gerade das Gegentheil und verlange, daß die Eintragungen nach den Dokumenten der Kirchenbücher zu geschehen hätten und die Abweichungen der standesamtlichen Bescheinigungen in der Randcolumne zu bemerken seien. — Er gebe anheim diesen Antrag abzulehnen.

Abgeordneter Wolff. Nach der Instruction des Herzoglichen Consistoriums sollten die Kirchenbuchführer in den Text derselben etwas eintragen, was dem früheren Texte entgegen stehe; die neueren Kirchenbücher sollten also die Glaubwürdigkeit der früheren anzweifeln. Er halte es aber entwürdigend für die Kirche, etwas Falsches bewußt in das Kirchenbuch einzutragen.

Consistorialrath Salletien. Der Charakter der neuen Kirchenbücher sei ein anderer geworden, und in Folge der Veränderung des Charakters habe sich auch die Einrichtung geändert. So lange die Kirchenbücher das staatliche Interesse mit im Auge gehabt hätten, haben die erforderlichen Todes- und Geburtsanzeigen u. s. w. beim Kirchenbuchführer geschehen müssen; jetzt sei Niemand mehr verpflichtet, dem Letzteren noch Anzeige zu machen. Es geschehe dies wohl auf dem Lande, aber kaum noch in den Städten.

Weil also die Kirchenbuchführer nicht mehr mit Sicherheit die Notizen von den Betheiligten erhielten, habe man gesagt in der Instruction, daß auf Grund der Bescheinigungen der Standesbeamten die Eintragungen zu bewerkstelligen seien. Entwürdigend für die Kirche sei diese Bestimmung keineswegs, denn die in der Randcolumne gemachte Anmerkung gelte ja gerade für die Kirche, und damit würden doch auch die alten Kirchenbücher in ihrer Glaubwürdigkeit anerkannt.

Abgeordneter Rohde. Bei dem Standesbeamten kämen sehr viele Irrungen vor: Fast  $\frac{2}{3}$  der Geburtseintragungen seien in seinem Orte unrichtig gewesen, und in der Randcolumne seines Kirchenbuchs fänden sich deshalb beinahe ununterbrochen fortlaufende Berichtigungen.

Er stimme dem Wolff'schen Antrage bei.

Der Antrag A Generaliter wird abgelehnt; desgleichen ohne Discussion Antrag B. zu §. 2. 1 und b. in specie zu §. 2, 1. Abs. a. und Abs. c.

Zu §. 2, 1 Abs. e. erhält das Wort, nachdem der Referent Freist die Annahme dieses Antrages anheim gegeben, Abgeordneter Reuneker:

Er müsse Bedenken tragen, diesen Antrag anzunehmen. Die Namen würden ja gleich bei der Anmeldung des Kindes in das Standesamtsregister eingetragen, und es dürfe nicht etwa der Standesbeamte diese Namen nach Belieben der Eltern ändern.

Geheimerath Dr. jur. Triepß. Sobald kein bestimmtes Prohibitivgesetz gegen Führung von Namen vorhanden sei, müsse der Standesbeamte die angemeldeten Namen eintragen, und sei dies geschehen, so könne derselbe nicht ohne Weiteres Änderungen vornehmen.

Die Namensgebung habe mit der Taufe nicht das Mindeste zu thun, ein innerer Conner bestehe nicht dazwischen. Wenn wirklich, was gewiß nur selten sei, solche Namen gewählt werden sollten, welche den Taufact entwürdigten, so könnte allerdings der Prediger sagen: Ich lehne den Taufact ab, bis die Entwürdigung beseitigt ist.

Das Bedürfniß zu einer besonderen Instruction über diesen Punkt sei wohl kaum vorhanden.

Abgeordneter Verche (Sikum). In solchen Fällen bliebe immer noch ein Auskunfts-mittel: Man brauche das zur Taufe gebrachte Kind dann nicht mit den ihm gegebenen Namen zu bezeichnen, sondern lasse einfach die Namen fort. Die Taufhandlung würde dadurch in ihrem Werthe Nichts einbüßen.

Der Antrag zu §. 2, 1 Abs. e. wird abgelehnt; wogegen der Antrag zu §. 2, 1 Abs. f. schon durch die Ablehnung des generaliter zu §. 2, 1 gestellten Antrages seine Erledigung gefunden hat.

Zu §. 2 *M* 3 bemerkt der Referent Freist, daß dieser Antrag schon durch §. 5, 1 des Gesetzes vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung u. betreffend, seine Erledigung finde, denn danach sei die Trauung zu versagen, wenn nicht beide Eheschließenden der christlichen Kirche angehören.

Abgeordneter Rohde. Es handele sich in dem Wolff'schen Antrage nur darum, daß die zur Trauung Kommenden sich als der christlichen Kirche zugehörig auszuweisen haben.

Consistorialrath Sallentien. Die in Rede stehende Instruction sei allerdings nur für die augenblickliche Lage der Kirche ertheilt. Vorläufig dürfe man noch alle diejenigen für Christen halten, welche mit der Bitte um Trauung zum Prediger kämen. Wenn wirklich Zweifel entständen, so sei der Pastor durch sein pastorales Gewissen verpflichtet, sich zu überzeugen, ob die die Trauung Nachsuchenden auch zur christlichen Kirche gehörten. Dies verstehe sich aber so von selbst, daß deswegen keine Instruction nöthig sei.

Nach einigen Bemerkungen seitens der Abgeordneten Reunecke und Rohde, von denen Ersterer sich gegen, Letzterer für den Wolff'schen Antrag ausspricht, warnt der Herr Geheimerrath Dr. jur. Trieps davor, man möge nicht Verhältnisse, über welche wir augenblicklich gar nicht zu sorgen hätten, gewaltsam hier in die Verhandlungen hineinziehen; wenn es erforderlich sei, dann würden auch schon Bestimmungen getroffen werden.

Der Antrag zu §. 2 *M* 3 wird sodann abgelehnt.

Zu §. 2 *M* 4 b. giebt der Referent Freist die Ablehnung anheim.

Consistorialrath Sallentien. Diese Bestimmung in der Instruction habe ihre besondere Geschichte. Durch das Dissidentengesetz von 1873 sei bestimmt worden, daß auch die Geburten u. der Dissidenten mit in die alten Kirchenbücher eingetragen werden sollten. Diese Bestimmung habe ein großer Theil der Geistlichen schwer empfunden und gebeten, sie von dieser gesetzlichen Bestimmung zu dispensiren, da sie als evangelisch-lutherische Pastoren auch nur Eintragungen in Betreff der evangelisch-lutherischen Christen vorzunehmen brauchten. Die vorhandenen Bedenken seien durch das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes größtentheils beseitigt, nur nicht bezüglich des Begräbnißregisters. Da wir nämlich nur confessionelle und nicht communale Kirchhöfe besäßen, so müßten die Dissidenten auf unsere Kirchhöfe gebracht und in das Begräbnißregister mit aufgenommen werden. Um allen Bedenken zu begegnen, sei der Passus aufgenommen: »In dem Begräbnißregister sind nur die Beerdigungen der der lutherischen Kirche angehörigen Personen zu verzeichnen«; zur Verzeichnung aller übrigen Beerdigungen solle ein Nebenregister geführt werden.

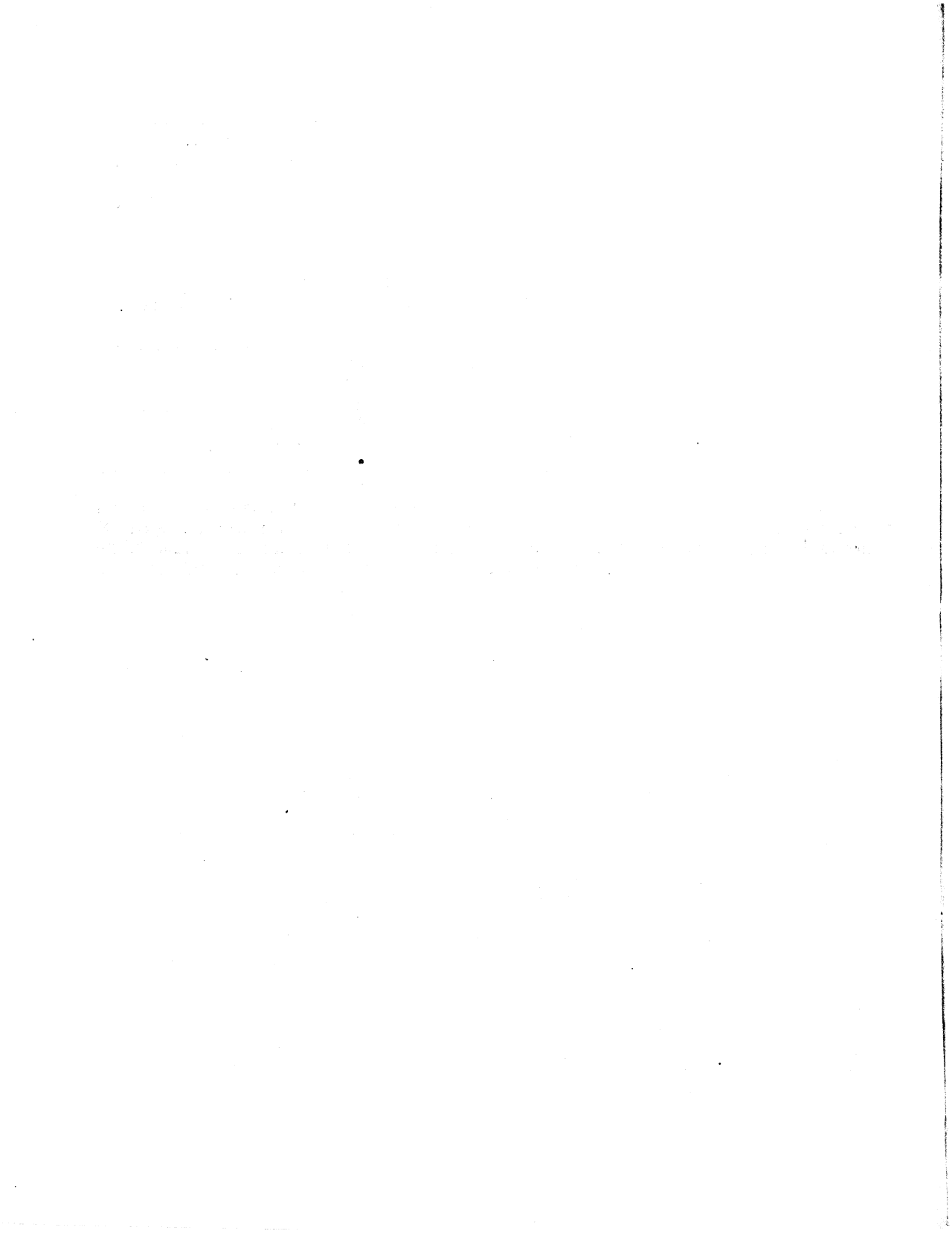
Diese in Frage stehende Bestimmung sei gerade mit zu Gunsten des Abgeordneten Wolff gemacht, und man habe nicht geglaubt, daß er nun hiergegen Bedenken vortragen würde.

Abgeordneter Wolff. Die ihm zugebachte Gunst sei eine Ungunst für ihn, denn gerade weil er Lutheraner sei, halte er sich für verpflichtet, den Christen auch christliche Handlungen angedeihen zu lassen.

Der Antrag zu §. 2 *M* 4 b. wird abgelehnt.

Hierauf wird der vorgerückten Zeit wegen die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 8. December cr., Morgens 10 Uhr, nach Verkündung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

Kunze, protokoll. Secretair.





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

---

12. Sitzung am 8. December 1876.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage wird der Tagesordnung gemäß die Berichterstattung und Berathung über die zu Cap. XII. der Anl. 5a, Kirchenbuchführung betr., in der Sitzung vom 29. November cr. gestellten Anträge des Abgeordneten Wolff fortgesetzt.

Referent Freist. Der Antrag auf Vornahme einer Aenderung zu §. 3 Abs. a 2 Punktum der Instruction für die Kirchenbuchführer sei bereits durch die Ablehnung der übrigen Anträge des Abgeordneten Wolff erledigt und brauche nicht weiter in Betracht gezogen zu werden. Der fernere Antrag gehe dahin, den Abs. 2 des §. 3 der Instruction fortzulassen. Dieser laute folgendermaßen: »Die Eintragungen sind ohne allen Aufschub, soweit thunlich, noch an dem Tage der betreffenden kirchlichen Handlungen zu vollziehen.« Was den Abgeordneten Wolff zur Stellung dieses Antrags veranlaßt habe, wisse er nicht recht. In dieser allgemeinen Mahnung an die Kirchenbuchführer, prompt und pünktlich bei den Eintragungen zu Werke zu gehen, könne er — Redner — nichts Unangemessenes finden. Er müsse für Ablehnung auch dieses Antrages sich aussprechen.

Abgeordneter Wolff. Diese Anweisung sei überflüssig und deshalb zu streichen; eine Beleidigung habe auch er in den Worten keineswegs gefunden. —

Die Versammlung tritt dem Antrage der Referenten auf Ablehnung bei.

Zu dem letzten Antrage des Abgeordneten Wolff, die unentgeltliche Behändigung von Trauscheinen an die Getrauten betr., bemerkt der

Referent Freist. Früher sei den Copulirten möglichst unmittelbar nach der Trauung ein Copulationsschein behändigt worden. Jetzt sei der Prediger nicht mehr verpflichtet, einen solchen Schein, der nur noch zu kirchlichen Zwecken gebraucht werden könne, auszustellen. Das Rundschreiben des Herzoglichen Consistoriums vom 28. Juni 1876 № 3049 wolle nicht etwa die

Eraunungsscheine ganz beseitigen, sondern habe nur ausgesprochen, daß die Prediger zur Ausstellung derselben nicht mehr verpflichtet seien. Wer einen solchen Schein beanspruche, der werde ihn allerdings erhalten, aber es könne ein solcher den Getrauten nicht etwa gegen ihren Willen behändigt werden. — Eine besondere Erklärung halte er bei den klaren Worten des Rundschreibens nicht mehr für erforderlich, und er müsse deshalb die Ablehnung des Antrages empfehlen.

Abgeordneter Wolff. Dieser Antrag stehe mit den anderen in innerer Verbindung, und da dieselben bereits abgelehnt seien, so ziehe er den Antrag wieder zurück.

Consistorialrath Sallentin. Zu dem Reglement von 1814, die Kirchenbuchführung betr., sei im Jahre 1841 noch die Bestimmung hinzugekommen, daß jeder Geistliche verpflichtet sein solle, nach geschehener Copulation den Getrauten einen Copulationschein auszustellen. Die Betheiligten seien verpflichtet gewesen, diesen Schein zu nehmen resp. die dafür bestimmten Gebühren zu bezahlen. Diese Bestimmung habe bezweckt, daß die Namen der Eltern der neugeborenen Kinder gehörig festgestellt werden sollten. Da nun die Legitimierung der Namen hinfür nur vom Standesbeamten geschehen könne, so würde in der Aufrechterhaltung der alten Bestimmung eine gewisse Unredlichkeit liegen, denn es stehe mit diesen Copulationscheinen nicht mehr zu erreichen, was früher mit denselben zu erreichen gewesen sei. Die früheren Copulationscheine hätten eine Beurkundung der bürgerlichen Eheschließung und des kirchlichen Actes der Trauung enthalten, während jetzt, wo diese beiden Acte auseinanderfielen, auch nur eine Bescheinigung über den kirchlichen Act durch die Copulationscheine gegeben werden könne. Wünschenswerth sei es allerdings, daß die Kirche ihren Gliedern in gleicher Weise eine Bescheinigung über den vollzogenen kirchlichen Act ausstelle, wie sie eine solche früher über den vollzogenen bürgerlichen und kirchlichen Act ausgestellt habe, aber eine Verpflichtung hierzu sei für die Geistlichen augenblicklich nicht vorhanden. Dem Antragsteller wolle er die unentgeltliche Ausstellung derartiger Scheine empfehlen, aber es frage sich, ob eine solche Verpflichtung den Kirchenbuchführern überhaupt auferlegt werden könne, und ob nicht vielmehr durch solche allgemeine Bestimmung ungerechtfertigterweise in das Einkommen der Kirchenbuchführer eingegriffen werde. Wenn aber eine solche kirchliche Bescheinigung ertheilt werde, so sei in dieselbe auch die etwaige kirchliche Berichtigung mit aufzunehmen.

Abgeordneter Rohde. Er wolle den Antrag, welchen Antragsteller zurückgezogen habe, wieder aufnehmen, denn auch ihm erscheine es höchst wünschenswerth, daß allen kirchlich Getrauten ein Trauschein ausgehändigt werde. Er habe dies bislang schon gethan und bei der Behändigung des Scheins ausdrücklich hervorgehoben, daß derselbe nur zu kirchlichen Zwecken gebraucht werden könne. Er sei der Ueberzeugung, daß die Geistlichen auf dem Lande eine solche unentgeltliche Ausstellung gern besorgen würden.

Abgeordneter Steinmeyer. Auf dem Lande, wo in einem Orte etwa nur 6—10 Copulationen jährlich vorkämen, sei die Frage zwar von keiner Bedeutung; anders liege das Verhältniß aben in den Städten, z. B. in der Stadt Braunschweig, wo für einzelne Gemeinden jährlich 150—170 Copulationen zu verzeichnen seien. Die braunschweiger Kirchenbuchführer, welche die Kirchenbuchführung musterhaft betrieben hätten, seien in pecuniärer Beziehung durch die Standesamts-Einrichtungen schon genug geschädigt; wenn man ihnen nun eine Einnahmequelle auf die Weise noch entziehen wolle, daß man sage, sie sollten von den Leuten für ihre Mühe etwas, was ihnen gern gegeben werde, nicht nehmen, so könne er eine solche Bestimmung nicht gerecht finden. Man dürfe selbstverständlich den Getrauten einen Copulationschein nicht aufzwingen, wer aber einen Schein verlange, der müsse auch die Gebühren dafür bezahlen. Er bitte deshalb, den Wolff-Rohde'schen Antrag abzulehnen.

Die Debatte wird geschlossen, und bei der Abstimmung der Wolff-Rohde'sche Antrag abgelehnt.

Hiermach stellt der Abgeordnete Stöter folgenden selbständigen Antrag:

Die Landessynode wolle bei Hoher Kirchenregierung beantragen, daß die Duplicate der Kirchenbücher (geführt von 1815 bis 1875) an die Registratur der Standesämter abgegeben werden.

Abgeordneter Stöter zur Motivirung. Die Kirchenbücher seien in duplo geführt und das Duplicat habe der Superintendent resp. Generalsuperintendent aufbewahrt. Zweck dieser Maßregel sei gewesen: eine Revision zu ermöglichen und bei etwaiger Feuergefährdung das Original ersetzen zu können. Jetzt, wo Kirchenbücher ganz anderer Art geführt würden, läge die Sache auch anders. In seiner Registratur befänden sich etwa 100 Folianten, welche bei ihm müßig und nutzlos ständen, dem Standesbeamten aber zum Nachschlagen wegen Alters, Namens u. s. w. sehr nützlich sein würden. Die Führung der Standesregister sei eine weit sichere und das Publicum werde vor Beschwerlichkeiten und Weitläufigkeiten geschützt, wenn der Standesbeamte durch sofortiges Nachschlagen sich informiren könnte. Dies habe ihn zur Stellung seines Antrags veranlaßt. Der Antrag wird unterstützt und zur Verhandlung gestellt.

Consistorialrath Sallentien. Die bis zum 1. Januar d. J. geführten Kirchenbücher seien rechtsgültige Dokumente. Es komme nun noch häufig vor, daß in Bezug auf frühere Eintragungen Nachträge zu machen seien, welche natürlich auch in die Duplicate aufgenommen werden müßten. Diese Nachträge könnte doch aber der Standesbeamte nicht vornehmen. Durch Abgabe der Duplicate könne auch der Standesbeamte leicht in die Lage kommen, Verfügungen von Herzoglichem Consistorium in Empfang nehmen zu müssen, und das sei zu vermeiden. Außerdem spräche noch der Umstand dagegen, daß die Kirchenbuchführer auf diese Weise stark geschädigt würden.

Abgeordneter Steinmeyer. Die Schlussfolgerung des Antragstellers sei nicht ganz richtig. Die Standesbeamten würden aus der richtigen Quelle nicht schöpfen können, wenigstens in der Stadt nicht, weil das Nachschlagen viel zu umständlich und so zeitraubend sei, daß an manchen Orten dem Standesbeamten noch ein Gehülfe zu diesem Zwecke gegeben werden müsse. Auch lägen die Kirchenbücher beim Standesbeamten in Bezug auf die Feuergefährdung in den meisten Fällen weit gefährlicher als beim Kirchenbuchführer. Hauptsächlich aber sei der Grund ausschlaggebend, daß die Kirche ihre wichtigen Dokumente nicht aus der Hand geben wolle und dürfe. Der Antrag sei unannehmbar.

Geheimerath Dr. jur. Triepß. In der Weise, wie der Antrag gestellt, sei er allerdings nicht anzunehmen. Die Kirchenbücher von 1815 bis 1876 hätten publica fides: sie wären im Interesse des Staats und der Kirche geführt. Der Superintendent, bei dem sich das Duplicat aus sorgfamer Anordnung befände, sei nicht nur als kirchlicher sondern auch als Staatsbeamter Depositor dieser Bücher. — Wie stehe es denn jetzt? Das Hauptregister führe der Standesbeamte, und das Duplicat werde an die Behörde, welche die freiwillige Gerichtsbarkeit habe, also an das Amtsgericht geschickt. Wenn man die Duplicate an die Amtsgerichte abgeben wollte, so ginge das wohl noch, aber ein besonderer Grund sei hierfür nicht vorhanden.

Der Abgeordnete Stöter zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Es wird sodann zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen: Berichterstattung und Berathung über den Antrag des Abgeordneten Lerche (Sikum), die Nachtragung von Legitimations-Urkunden betr.

Der Abgeordnete Kühne als Referent trägt vor: Ein außereheliches Kind dürfe den väterlichen Namen nicht führen, sondern habe nur die Statusrechte der Mutter. Die Legitimation, d. h. die Ertheilung der Rechte der ehelichen Geburt an solche Kinder, die nicht in rechter Ehe gezeugt seien, könne, abgesehen von der arrogatio und der Legitimation per rescriptum principis, nur durch nachfolgende Ehe geschehen. Die Eltern des Kindes müßten nachweisen, daß das zu legitimirende Kind vor ihrer Ehe von ihnen erzeugt sei. Diese Nachweisung könne auch durch ein gerichtliches Erkenntniß geführt werden; in der Regel aber seien die betreffenden

Personen vor dem Kirchenbuchführer erschienen und hätten die Erklärung abgegeben, das zu legitimirende Kind sei vor der Ehe von ihnen erzeugt, und auf Grund dieser so bekundeten Erklärung seien dann die Kirchenbuchführer zu der Nachtragung im Kirchenbuche: »Legitimirt durch nachfolgende Ehe« berechtigt gewesen. Durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes sei in dieser Beziehung eine Veränderung eingetreten. Der §. 25 dieses Gesetzes laute: »Die Anerkennung eines unehelichen Kindes darf in das Geburtsregister nur dann eingetragen werden, wenn dieselbe vor dem Standesbeamten oder in einer gerichtlich oder notariell aufgenommenen Urkunde erklärt ist«. Hieraus lasse sich entnehmen, daß bei allen vor dem 1. Januar 1876 liegenden Geburtsfällen die Beurkundung der Legitimation nicht mehr vor dem Kirchenbuchführer, sondern nur vor Gericht oder Notar geschehen könne; der Standesbeamte sei an sich zur Aufnahme solcher Urkunden befugt, könne aber nur in Beziehung auf die von ihm gemachten Eintragungen Legitimationserklärungen entgegennehmen. Nach §. 73 des citirten Gesetzes seien die Kirchenbuchführer berechtigt und verpflichtet, über die bis zum 1. Januar 1876, mit welchem Tage das Gesetz in Kraft getreten, eingetragenen Geburten, Heirathen und Sterbefälle Zeugnisse zu ertheilen. Hieraus folge, daß die Kirchenbuchführer, welche also zur Aufnahme von Legitimationsurkunden nicht berechtigt, doch wenigstens zur Nachtragung von solchen Erklärungen auf Grund der producirten gerichtlichen oder notariellen Urkunde befugt seien.

Die Referenten geben deshalb anheim, den Lerche'schen Antrag mit der Modification, daß statt: »Hohes Kirchenregiment« »Herzogliches Consistorium« zu setzen sei, annehmen zu wollen.

Consistorialrath Sallentien. Er könne mittheilen, daß Herzogliches Consistorium nach den soeben entwickelten Grundsätzen verfahren sei. Den Kirchenbuchführern sei die Weisung zugegangen, Paternitätserklärungen vor sich nicht mehr geschehen zu lassen, sondern eine notarielle oder gerichtliche Urkunde zu verlangen und auf Grund dieser die Nachtragung vorzunehmen.

Der Antragsteller erklärt sich mit der Modification seines Antrags einverstanden, welcher hierauf von der Versammlung angenommen wird.

Zu dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung: Berichterstattung und Berathung über die Frage wegen der Kirchenpatronate betreffend, ergreift zunächst der Referent, Abgeordneter Bode (Braunschweig) das Wort:

Auf den Antrag des Synodal-Mitgliedes, Obergerichts-Vizepräsidenten Schmid, seien von der ersten ordentlichen Landessynode folgende Beschlüsse gefaßt:

- 1) »Es sei dem Kirchenregimente als wünschenswerth anheimzugeben, die allmähliche Einschränkung und Aufhebung derjenigen geistlichen und weltlichen Kirchenpatronate, welche außer dem landesherrlichen Patronate vorhanden sind, durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts im Wege der Verwaltung anzustreben.
- 2) Es sei zu erwägen, ob nicht die unverweilte Aufhebung der obigen Patronate durch die Landesgesetzgebung bei der Landesregierung anzuregen sei. —

Herzogliches Consistorium habe über diese Punkte der Hohen Kirchenregierung zwei höchst schätzenswerthe, gutes statistisches Material enthaltende Berichte erstattet, welche der Landessynode vorgelegt seien. In dem einen dieser Berichte vom 15. Juli d. J. *Nr.* 3396 fasse Herzogliches Consistorium das Resultat seiner Berathung dahin zusammen, daß man den Erlaß eines Gesetzes wegen Aufhebung der Patronate zur Zeit nicht für angebracht halte und folglich darauf bezügliche Vorschläge nicht zu machen habe; in dem anderen Bericht vom 19. August d. J. *Nr.* 3777 a., in welchem besonders über die Baupflicht des Patrons nach dem Braunschweigischen Particularrecht gehandelt werde, gebe Herzogliches Consistorium der Hohen Kirchenregierung anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die kirchliche Baupflicht als eine Handhabe zur Beseitigung der Privatpatronate im Verwaltungswege nicht anzusehen und zu behandeln sei. Hohe Kirchenregierung habe es für angemessen gehalten, die Beschlußnahme über diese Frage bis dahin auszusetzen, daß die Landessynode auch die Gegenargumente des

Herzoglichen Consistoriums erwogen und sich darüber schlüssig gemacht habe, ob dieselbe bei ihren früheren Anträgen in der gleichen oder etwa in modificirter Form verharren wolle. —

Von vornherein müsse er bemerken, daß hier nur von Privatpatronaten die Rede sei, dagegen die Wahlrechte und der landesherrliche Patronat nicht in Betracht komme. Bezüglich der Entziehung des Patronatrechts wolle er hervorheben, es sei wohl im Allgemeinen Deutscher Grundfatz gewesen, daß derjenige, welcher eine Kirche gestiftet, auch den Patronat über dieselbe in Anspruch genommen habe. In früherer Zeit seien Gemeinden in unserm Sinne nicht vorhanden gewesen, und deshalb habe auch von dieser Seite zur Stiftung von Kirchen nicht viel geschehen können, desto mehr dagegen von reichen Herren, Grundbesitzern, geistlichen Instituten, die mit ihrem Rechte auch wieder Andere beliehen hätten. Wenn auch einige Patronate durch Anmaßung erworben seien, so ruhe der Patronat doch im Allgemeinen auf anständigem Grunde. Das Hauptrecht des Patrons sei bekanntermaßen, daß er für die Kirche, deren Patronat ihm zustehe, den Prediger zu ernennen habe. In unserm Lande existirten, wie er wisse, verschiedene Gemeinden, denen das Recht zustehe, ihre Prediger zu wählen; dem Berichte Herzoglichen Consistoriums zufolge haben dieses Recht der Stadtmagistrat zu Braunschweig über 11 dortige Pfarrstellen und außerdem 11 andere Gemeinden des Landes über ebenso viele Pfarren an Kirchen daselbst. In diesen Fällen könne man nicht von eigentlichen Patronaten sprechen, denn es sei dies vielmehr das ursprüngliche Wahlrecht. Um die Aufhebung solcher Patronate handele es sich natürlich nicht; man wolle ja im Gegentheil allen Gemeinden in dieser oder ähnlicher Weise in Bezug auf die Wahl der Prediger Freiheit verschaffen. Ueber den Nutzen des Patronats sei viel gestritten, und sie hätten in der That den einen Vortheil, daß der Patron nach seinem Ermessen ohne Rücksicht auf Anciennetät und besondere theologische Richtung die Pfarre besetzen könne, während Herzogliches Consistorium gezwungen sei — und das solle nicht etwa ein Vorwurf sein! — der Anciennetätschablone zu folgen. Diesem einen Vortheile ständen aber mannigfache Nachtheile gegenüber, besonders der, daß ein Einzelner das Recht habe, der Gemeinde einen Pfarrer gleichsam aufzueroctroyren, durch welches Verfahren die Theilheiligung der Gemeinde am kirchlichen Leben abgestumpft werde.

Geradezu widersinnig sei der Patronat dann, wenn sich derselbe in den Händen von solchen Familien befände, welche schon seit langer Zeit keinen Zusammenhang mit der betreffenden Gemeinde mehr hätten; auch dann, wenn der Besitzer des Guts, an welches das Patronatrecht gebunden sei, von der Gemeinde entfernt wohne. Ja selbst in solchen Fällen, wo der Patron in der Gemeinde sich aufhalte, könnten viele Unbequemlichkeiten entstehen, z. B. wenn der Patron minderjährig, geistig gestört, Katholik oder, wie es vorgekommen, Jude sei. In Bezug auf den letztgenannten Fall wolle er anführen, daß man gesagt habe, ein Jude könne nicht patronisiren, wohl aber ein Katholik. — Aus diesen nur kurz ange deuteten Gründen halte er die Beschränkung bezw. Aufhebung der Privatpatronate für anstrebenswerth. Dies solle, wie früher beschlossen sei, durch strenge Handhabung des Aufsichtsrechts im Wege der Verwaltung geschehen. Der Patron habe dafür zu sorgen, daß die betreffende Pfarre gehörig dotirt sei, daß sie auch das im Lande festgesetzte Normaleinkommen gewähre. Wolle der Patron für die gehörige Dotation der Pfarrstelle nicht sorgen, so müsse er das ihm zustehende Recht aufgeben. Der Bericht des Consistoriums äußere sich nun dahin, daß in dieser Beziehung nicht viel gewonnen werde, da nur 15 Patronatpfarren eines Zuschusses bedürften, um das Normaleinkommen zu gewähren, alle übrigen aber mehr einbrächten. Auch scheine es — so glaube Herzogl. Consistorium — nicht passend, den Pfarrern das zu entziehen, was man ihnen versprochen habe. Dies sei zwar richtig, aber bei der Versetzung des zeitigen Pastors könne man seine Hand zurückziehen, da die Pflicht, der betreffenden Patronatsstelle einen Zuschuß zu gewähren, nicht bestehe.

Sedenfalls lasse sich durch strengere Anhaltung zur Verpflichtung auch auf diese Weise etwas thun zur Beschränkung der Privatpatronate. Wichtiger sei aber der Umstand, daß dem

Patron auch die Pflicht, die Kirche in Bau und Besserung zu erhalten, obliege. Der zweite Bericht des Herzoglichen Consistoriums behauptete zwar, daß nach unserm Particularrecht die Gemeinde vor dem Patron zur Uebernahme der kirchlichen Baulast verbunden sei, aber das heiße einfach, daß der Patron überhaupt nicht verpflichtet sei. In diesem Punkte müßten sie — die Referenten — von dem Consistorialberichte abweichen. Man müsse offenbar von dem Patron verlangen können, daß er, falls er Patron bleiben wolle, auch ausbessere, und er dürfe nicht sagen: Meine Rechte will ich ausüben, aber bauen will ich nicht. Die Kirchenrechtslehrer seien über diese Frage gar nicht zweifelhaft, und in Richter's berühmtem Kirchenrecht heiße es ausdrücklich: »Der Patron muß innerhalb einer ihm gesetzten peremptorischen Frist wieder aufbauen, sonst geht er seines Rechts verlustig.«

Deshalb schlugen sie — die Referenten — vor, die erste Nummer des vor vier Jahren gestellten Antrages so ziemlich wieder herzustellen, jedoch die Worte hinzuzufügen: »oder durch Uebereinkunft mit den Inhabern«, denn auf diese Weise werde sich in einzelnen Fällen wohl auch etwas erreichen lassen. Außerdem hätten sie das Wort »geistliche« als überflüssig gestrichen, denn die Patronate bei Stiftungen seien als Privatpatronate zu behandeln, während die sogenannten Prälatenpatronate nicht mit in Betracht kämen. Diese brauchten nicht besonders aufgehoben zu werden, sondern es sei, um dieselben zu beseitigen, nur erforderlich, daß die Prälaturen nicht wieder besetzt würden. Uebrigens seien auch Nachtheile der Ausübung des Prälatenpatronats nicht vorgekommen.

Auch bei der zweiten Nummer des vor vier Jahren gestellten Antrags müßten sie stehen bleiben, jedoch sei das Wort »unverweilt« an dieser Stelle zu streichen, da es nicht thunlich sei, daß eine Angelegenheit von solcher Bedeutung sofort geregelt werden könnte.

Zum dritten Antrage wolle er Folgendes bemerken: Es liege ein schlimmes Verhältniß bei den evangelischen Landeskirchen in dem Punkte, daß die Gleichgültigkeit in Bezug auf Kirche und kirchliches Leben zu groß sei. Diesem Uebelstande könne ohne Frage dadurch in etwas abgeholfen werden, daß man den Gemeinden größere Rechte bei der Wahl ihrer Prediger lasse, denn die Rechte, welche ihnen bis jetzt zuständen: Einwände gegen Leben, Lehre und Wandel des Predigers zu machen, seien zu unbedeutend.

Dieser Antrag beziehe sich auf alle Patronate, auch auf die des Landesherren. Bei Herzoglichem Consistorium werde doch nur schablonenmäßig auf Grund der Anciennetät verfahren, und so komme es, daß die besseren Pfarren fast immer mit älteren Leuten besetzt würden.

Wenn man in der angedeuteten Richtung vorgehe, so werde dem Patronate die Spitze abgebrochen, und die Sache sei jedenfalls des Versuchs werth. Mit bestimmten Vorschlägen wolle er noch nicht hervortreten: das Weitere sei Hoher Kirchenregierung zu überlassen. Uebrigens wolle er darauf aufmerksam machen, daß er es für besser halte, wenn ein großes Kirchenregiment erst in dieser Weise vorgegangen sei, die kleinen Landeskirchen würden dann schon nachfolgen.

Er empfehle der Landessynode die Annahme folgender drei Sätze:

- 1) Es sei dem Kirchenregimente als wünschenswerth anheimzugeben, die allmähliche Einschränkung bezw. Aufhebung der Privatpatronate durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts, oder durch Uebereinkunft mit den Inhabern, anzustreben, zugleich
- 2) die bereits angeregte Frage zu weiterer Erwägung zu empfehlen, ob nicht die Aufhebung der bezeichneten Patronate durch die Landesgesetzgebung herbeizuführen sei, eine Erwägung, welche
- 3) auch darauf zu erstrecken sein dürfte, ob nicht den aus allen Patronatrechten häufig erwachsenden Uebelständen dadurch zu begegnen sei, daß den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarren bestimmte, über ihre jetzigen Befugnisse hinausgehende Rechte gesetzlich gewährt werden.

Correferent Oesterreich. Im Princip und in Bezug auf die Anträge sei er mit dem Referenten einverstanden, doch könne er aussprechen, daß er den Berichten des Herzoglichen Consistoriums näher stehe als der Referent. Eine praktische Erwägung erscheine ihm der besonderen Hervorhebung werth: Wenn man den Patron zwingen wolle, seine Verbindlichkeiten auszuüben, insbesondere also die Kirche zu bessern und zu bauen, so müßte diese Maßregel allgemeine Anwendung finden, sich also auch auf den landesherrlichen Patronat beziehen. Es würden dann aber wieder der Kloster- und Studienfond erheblich belastet, und so sei also diese Maßregel in der That ein zweischneidiges Schwert.

Dies sei nur ein Bedenken, durch welches er ausdrücken wolle, daß die Sache doch so ganz leicht nicht abgehe. Sie sei es werth, abermals in gründliche Erwägung gezogen zu werden, um so mehr, als Herzogliche Kirchenregierung sich noch nicht ausgelassen habe, nach welcher Seite sie hinneige. Das Hauptgewicht lege er auf den dritten Theil des Antrags, bitte übrigens um Annahme des ganzen Antrags.

Vor Eintritt in die Berathung wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 9. December cr., Morgens 11 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze, protokoll. Secretair.*





# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung N<sup>o</sup>. 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landesynode.

---

13. Sitzung am 9. December 1876.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 8. d. Mts. wird zunächst ein an Herzogliches Consistorium gerichtetes Schreiben über das Resultat der Berathung des Lerche'schen Antrages, die Nachtragung von Legitimationsurkunden betr., durch den Abgeordneten Kühne verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen:

Fortsetzung der Berathung über die Vorlage, die Kirchenpatronate betr.

Der Abgeordnete Eggeling beantragt zu N<sup>o</sup>. 3 der von den Referenten Bode und De Sterreich gestellten Anträge Folgendes:

Hohes Kirchenregiment wolle in den Gemeinden, welche das freie Wahlrecht der Prediger noch nicht haben, eine Betheiligung an der Wahl in der Weise herbeiführen, daß von den Patronen oder der Kirchenregierung den Gemeinden drei Prediger vorgeschlagen werden, unter denen die Gemeinde nach abgehaltener Wahlpredigt einen zu wählen hat

Abgeordneter Eggeling zur Motivirung:

Die Landesynode solle der Hohen Kirchenregierung ihre Ansichten darüber unterbreiten, wie dem kirchlichen Leben am besten aufgeholfen werden könne. Um dieses erstrebenswerthe Ziel zu erreichen, müsse man in einer Richtung stärker vorgehen, als die Referenten es vorgeschlagen, nämlich in der Verleihung größerer Rechte an die einzelnen Gemeinden bei der Besetzung ihrer Pfarrstellen. In dem vorliegenden Berichte Herzoglichen Consistoriums vom 19. Aug. d. J. sei hervorgehoben, die particulare Rechtsbildung in unserm Lande habe dahin geführt, daß die Gemeinde vor dem Patrone zur Uebernahme der kirchlichen Baulast verbunden sei. So große Ehrfurcht er auch vor dem historisch entwickelten Rechte habe, noch größere Achtung hege er vor dem Rechte, das mit uns Allen geboren sei. Wenn die Gemeinden aus eigenen Mitteln für den Bau und die Erhaltung der Kirchen zu sorgen hätten, so. müßte ihnen doch offenbar

ein größerer Einfluß bei der Besetzung der Pfarrstellen eingeräumt werden. Man werde einwenden, mit der freien Wahl der Gemeinden sei großer Mißbrauch getrieben, aber ein solcher Einwand lasse sich überall, wo freies Wahlrecht bestehe, vorbringen, und deshalb werde sicher Niemand das letztere überhaupt beseitigt wissen wollen, denn wo Rechte gegeben seien, da würden sie auch gemißbraucht.

Man habe hier in der Versammlung angeführt, die Kirche ruhe ihrer äußeren Erscheinung nach auf der Gemeinde, und das sei sehr richtig. Die Gemeinden aber seien nicht selbstthätig genug, es fehle das Interesse für das kirchliche Leben, welches der Kirche Nutzen und Heil bringe. Er wolle nur daran erinnern, daß das Vermögen der vereinigten Kirchencassen der Stadt Braunschweig sich seit langen Jahren nicht vergrößert habe; selbst der freien Gemeinde daselbst, in welcher doch nicht die Opferfreudigkeit und Glaubensfrische wie in unserer Kirche herrschen könne, sei ein größeres Vermächtniß zugewandt, während unsere Kirchen mit Legaten fast nie erheblich bedacht würden, weil sich Jeder sage, daß die zu dem Bestehen derselben erforderlichen Mittel vorhanden seien. Außerdem besäßen die Geistlichen unserer Kirche nicht die Auctorität der katholischen Priester. Diese hätten eine große Stütze durch den einheitlichen Glauben der katholischen Kirche, jene aber müßten doch die Hauptstützen in der Liebe und dem Vertrauen der Gemeinde haben.

Es sei ganz natürlich, daß man dem Prediger, den man gewählt habe, ein größeres Vertrauen entgegenbringe als dem, welcher ohne Zustimmung der Gemeinde eingesetzt sei. Die jungen Prediger suchten gar häufig ihre Gedanken mit Gewalt gegen den Willen der Gemeinden durchzusetzen, weil sie, von der Gemeinde nicht gewählt, nicht in derselben wurzelten und die Liebe der Gemeinde nur gering achteten. Auch unser Reformator Luther habe sich dahin ausgesprochen, daß die Gemeinden eigentlich ihre Geistlichen selbst wählen müßten, aber das Ideal, welches ihm richtig vorgeschwebt, habe sich leider nicht verwirklichen lassen. Die Referenten hätten ein gleiches Gefühl gehabt und aus diesem heraus die dritte Nummer ihres Antrages gestellt.

Dieser Theil desselben aber sei ihm viel zu schwach; die bloße Anheimgabe einer Erwägung darüber, ob den Gemeinden nicht bei der Besetzung der Pfarre bestimmte, über ihre jetzigen Befugnisse hinausgehende Rechte gesetzlich gewährt werden sollten, komme ihm so vor, als wenn man beantrage, Herzogliche Kirchenregierung möge diese Angelegenheit in futuram oblivionem übernehmen. Der Referent, Abgeordnete Bode, habe gemeint, es lasse sich diese Frage erst durch ein größeres Kirchenregiment entscheiden; dieser Ansicht müsse er entgegen treten, denn mit dem Guten könne auch ein kleineres Land in erster Reihe vorgehen. Gegen seinen Vorschlag ließe sich vielleicht vorbringen, daß die jungen Leute, wenn ihr Geschick von der Wahl der Gemeinden abhinge, noch mehr von dem Studium der Theologie abgeschreckt würden. Er halte es aber für keine große Schande, mit mehreren Anderen der Gemeinde präsentirt und nicht gewählt zu sein; auch lebe er der festen Hoffnung, daß, wenn die Kirche in Blüthe und Kraft stehe, sich auch wieder Viele dem Studium der Theologie zuwenden würden. Aus allen diesen Gründen bitte er um Annahme seines Antrages.

Die Debatte wird hierauf durch die Mittheilung von dem Eingange des Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage betreffend, auf kurze Zeit unterbrochen. Nachdem der Herr Präsident erklärt hat, daß der Entwurf dieses Gesetzes, welches als Einführungs-Gesetz für die noch in Berathung stehende neue Gottesdienstordnung dienen werde, der liturgischen Commission behuf der Vorprüfung zunächst abschriftlich zugestellt und zugleich in Druck gegeben werden solle, wird die unterbrochene Debatte wieder aufgenommen, und erhält zunächst das Wort der Referent, Abgeordnete Bode (Braunschweig):

Bestimmte Vorschläge darüber zu machen, welche Rechte den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarren gewährt werden sollten, hätten sie nicht gewagt, doch seien sie nicht abgeneigt, dem Eggeling'schen Antrage beizutreten.

Wie das an Hohe Kirchenregierung gerichtete Ersuchen, eine höchst wichtige Frage in sorgfältigster Erwägung zu ziehen, eine Empfehlung in futuram oblivionem enthalten solle, das verstehe er, offen gestanden, gar nicht. Uebrigens habe er keineswegs gesagt, daß die vorliegende Frage nur durch ein großes Kirchenregiment entschieden werden könnte, sondern bloß angedeutet, es lasse sich diese Angelegenheit mit ganz anderem Ansehen durch ein solches entscheiden, und hiergegen sei wohl kaum etwas einzuwenden. -- Er werde, wenn der Abgeordnete Eggeling damit einverstanden sei, dessen Antrag mit dem von dem Abgeordneten Desterreich und ihm formulirten Antrage unter der Nummer 3 verbinden, und zwar dadurch, daß am Schlusse die Worte hinzugefügt würden:

etwa in der Richtung, daß den Gemeinden, welche nicht schon größere Rechte haben, von den Patronen oder der Kirchenregierung drei Geistliche vorgeschlagen werden, aus denen sie nach abgehaltener Wahlpredigt den Prediger zu wählen haben.

Der Correferent, Abgeordneter Desterreich, ist mit dieser modificirten Fassung einverstanden,

worauf der Abgeordnete Eggeling seinen Antrag wieder zurückzieht.

Abgeordneter Körner. Er wolle die Aufmerksamkeit der Versammlung auf einen Gegenstand lenken, welcher mit der Frage nach der Baupflicht der Gemeinden in Verbindung stehe. Er bitte Herzogliches Consistorium um Auskunftsertheilung über folgende zwei Punkte:

- 1) Ob nicht zu befürchten sei, daß auch noch ferner Kirchengelder oder Darlehen zu billigen Zinsen aus reicheren Kirchencassen entnommen würden;
- 2) ob die aus anderen Kirchencassen angeliehenen Capitalien jederzeit gekündigt werden könnten.

Consistorialrath von Schmidt-Phiseldiek. Die von Seiten der Referenten zu dieser Frage gestellten Anträge seien im Großen und Ganzen dieselben geblieben, und man stehe also auf dem früheren Standpunkt, den man bereits vor 4 Jahren inne gehabt habe. Er wolle nochmals kurz auf den Kern der Sache zurückkommen, um zugleich Herzogliches Consistorium gegen den Einwand, daß es seit 4 Jahren in der beregten Angelegenheit nichts gethan habe, in Schutz zu nehmen. Er wolle insbesondere auf die praktischen Erwägungen hindeuten, welche nicht außer Acht zu lassen seien, falls nicht ein Streben ins Blaue, Dunkle, Ungewisse stattfinden solle.

Man empfehle erstens die scharfe Anwendung des Verwaltungsrechts als eine Maßregel, durch welche bezüglich der Einschränkung, bezw. Aufhebung der Patronatrechte viel zu erreichen stehe. Während man in der Regel den Verwaltungsbehörden den Vorwurf mache, daß sie bei Handhabung ihrer Rechte zu weit gehen, höre man an dieser Stelle den Vorwurf, es werde nicht kräftig und energisch genug vorgegangen. In der That sei nun aber -- und daß müsse man bedenken! -- mit dem in Vorschlag gebrachten Verfahren ein nennenswerthes praktisches Resultat nicht zu erzielen.

Wenn man die Pfarrdotationsfrage auf das Strengste urgire, so könne man doch nur 15 Patronatspfarrstellen, und wenn man die Baupflicht der Patrone aufs Schärfste ins Auge fasse, nur 11 Patronatspfarren beikommen, wirklich beseitigen ließen sich die Patronate aber auf diese Weise nicht. Man könne allerdings die Frage wegen der zu geringen Dotation einer Pfarrstelle bei einer jeden neuen Besetzung derselben geltend machen, und auch die Frage wegen der Baupflicht der Patrone könne man häufig zum Austrage bringen, aber es sei höchst zweifelhaft, ob in allen Fällen das Resultat, welches man wünsche, auch erreicht werde. Es sei vor kurzer Zeit eine Patronatsstelle neu besetzt, und zu dieser werde vorläufig wegen zu geringen Einkommens ein Zuschuß von 400 Mark gegeben, welcher im Laufe der Zeit nach eingetretener Melioration der Kirchengrundstücke sich unzweifelhaft vermindern werde. Diese Stelle relevire von einem Mitgliede der ältesten Geschlechter unseres Landes, und es sei nicht anzunehmen, daß der jetzige Patron, vor die Alternative gestellt: »Zahle oder verzichte«, den Verzicht ausgesprochen haben würde. --

In unserm Lande sei — um einen anderen Fall anzuführen — eine Kirche, welche von den Ahnen eines im Herzogthume noch blühenden Geschlechts gebaut worden: Ueberall an und in der Kirche fänden sich die Denkzeichen, Wappen, Grabmäler dieser Familie. Wenn dem Patrone gesagt würde: »Baue oder verzichte«, so würde er unzweifelhaft die Kirche bauen und nicht Verzicht auf sein Patronatrecht leisten.

Es würde durch solche Maßregeln nicht etwa eine Verminderung sondern eine Verstärkung der Patronate im Lande erzielt werden. Man könne freilich solche Versuche anstellen, aber Niemand dürfe sich zu hohe Vorstellungen von dem dadurch zu erzielenden Resultate machen. Der zweite und dritte Punkt des Antrages der Referenten ständen nicht in richtiger Harmonie zu einander, denn wenn der letztere verwirklicht werde, so sehe er nicht ein, warum man gegen die Patronate Sturm laufen sollte. Dies wolle er nur noch bemerken mit dem Hinzufügen, daß er bezüglich des zweiten und dritten Punktes, wegen gänzlicher Aufhebung der Patronate und Vergrößerung der Rechte der Gemeinden bei der Besetzung der Pfarrstellen, als Vertreter des Herzoglichen Consistoriums Erklärungen abzugeben nicht befugt sei.

Abgeordneter Thiele Er habe geglaubt, der Referent werde tiefer in die Sache hineingehen, aber derselbe habe nicht einmal einen Versuch gemacht, die Darlegungen des Herzoglichen Consistoriums zu entkräften. Obgleich Referent nicht ein Eitelchen von dem, was Herzogliches Consistorium ausgeführt, umgestoßen habe, so hätte derselbe doch um Zustimmung zu seinem dreitheiligen Antrage gebeten. Idealistische Gründe äußerst ehrenwerther Natur seien von dem Referenten vorgebracht, aber er müsse ihn dringend bitten, mit seinen Idealen nicht in den Himmel zu schweben, sondern auf dem realen Boden zu bleiben. Seit dem Jahre 1851 habe die Stadt Braunschweig das befohlen, was man für alle Gemeinden des Landes wünsche und ersehne. Er frage nun: Sind in der Stadt Braunschweig durch die den Gemeinden gewährte Freiheit bei der Wahl ihrer Prediger bessere Zustände im kirchlichen Leben herbeigeführt? Der Referent habe einen Vortheil der Patronate angegeben: Sie gewährten Schutz gegen die sogen. Anciennetätsschablone. Sonst aber sei der Patronat mit vielen Nachtheilen verbunden. Führe denn aber das Verfahren, welches der Abgeordnete Eggeling vorgeschlagen, keine Uebelstände mit sich? Man wisse sehr wohl, daß vor und bei der Wahl rege Agitation herrsche; dies sei aber keineswegs das Pulsiren eines frischeren kirchlichen Lebens, denn nach der Wahl herrsche dieselbe Ebbe wie zu gewöhnlichen Zeiten. Der Referent scheine an alle die üblen Verhältnisse, welche mit einer solchen freien Wahl verbunden seien, gar nicht zu denken. Man müsse auch beachten, daß, wenn bei einer solchen Wahl 15 Stimmen für und 12 gegen einen Candidaten abgegeben seien, der Letztere sich in schiefer Stellung befinde und als »durchgefallener« Candidat nicht so leicht eine Pfarrstelle finden werde. Es sei bekannt genug, daß bei solchen Wahlen oft die seltsamsten Gründe den Ausschlag gegeben hätten. Man solle nur die Menschen nicht als Ideale auffassen, sonst käme man zu unpraktischen, unmöglichen Vorschlägen. Er könne nach Allem der Versammlung nur anrathen, auf den Antrag der Referenten nicht einzugehen und das Weitere getrost Herzoglichem Consistorium zu überlassen.

Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Frieps. Die Sachlage verbiete es ihm, in diesem Augenblick Namens der Kirchenregierung eine officielle Erklärung abgeben zu können. Die Hohe Synode sei nachmals zur Abgabe einer gutachtlichen Äußerung über die von Herzoglichem Consistorium vorgebrachten Argumente aufgefordert; sobald dies geschehen, gelange die ganze Angelegenheit wieder an das Kirchenregiment zurück, welches sodann das Weitere zu erwägen habe. Er wolle deshalb jetzt nur seine persönliche Ansicht von der Sache sine via et studio vortragen.

Der vor 4 Jahren gestellte Antrag habe zur Basis zwei Momente gehabt: 1. Eine im Princip unzweifelhaft richtige Antipathie gegen Privatrechte in Kirchenangelegenheiten in specie das Patronat; 2. den idealen und berechtigten Wunsch, das kirchliche Leben zu fördern und jede Beeinträchtigung der Gemeinden zu beseitigen. — Es sei zu prüfen, ob und wie sich diese Wünsche realisiren ließen. — Man habe gestern bei Besprechung der Frage auf ein dem Patronate ähnliches Verhältniß, die Patrimonialgerichtsbarkeit, hingewiesen, welche nur noch in we-

nigen Ländern existire und durch die neuen Reichsjustizgesetze gänzlich beseitigt werden solle. Diese Privatgerichtsbarkeit habe ihre Wurzeln aus dem alten Deutschen Rechte genommen, und die auf diesem Grunde aufgebaute Deutsche Gerichtsverfassung habe im Mittelalter einen so urwüchsigem, kräftigen Bau repräsentirt, wie ihn wohl kaum eine andere Nation aufzuweisen habe. Dieser stolze Bau sei verschwunden, und zwar auf der einen Seite, wie man nicht abstreiten könne, durch das Eindringen des Römischen Rechts, auf der anderen Seite aber dadurch, daß die Gerichtsherrn und Schöffen lahmgelegt worden seien. Die Gerichtsherrn hätten allmählich die Rechtsprechung nicht mehr in eigener Person besorgt, sondern sich einen Stellvertreter, einen von ihnen abhängigen Justitiar, gehalten. Dieser unglückselige, abnorme Zustand sei immer unerträglicher geworden, und schließlich hätten mehrere Staaten, das große Preußen voran, die Gerichtsherrn aufgefordert, ihre Schuldigkeit zu thun oder abzutreten. Mit dem immer mehr sich verbreitenden Grundsatz, es sei unrichtig, daß der Private Jurisdiction über, sei das Ueberbleibsel der alten Privatjurisdiction, die Patrimonialgerichtsbarkeit, verschwunden. — Was nun die Patronate betreffe, so sei nicht zu leugnen, daß sie auf einem großen Gedanken beruhten. — In jedem bedeutsamen Manne habe früher die propaganda fidei gelegen, der schöne Eifer, den christlichen Glauben zu verbreiten. Zu diesem Zwecke sei von reichen Herren eine Kirche gestiftet und mit allem Erforderlichen ausgestattet; der fundator habe für die Gemeinde die Kirche gehalten und sei als Herr (patronus) derselben angesehen. Die Berechtigung des Patronats liege auch mit in dem Umfande, daß der Patron wirklich ein *praeceptum membrum ecclesiae* sein müsse. Der Patronat sei ein historisch wohlbegründetes Recht, aber nur so lange, wie die Institution als solche erhalten werde. Soviel sei klar, daß, wer Patron bleiben und die Rechte desselben ausüben wolle, auch die ihm obliegenden Pflichten erfüllen müsse. Den Patron zu seinen Verpflichtungen streng und scharf anzuhalten, sei zwar gerecht, aber er — Redner — müsse die hieraus entspringenden, zum größten Theile auf der praktischen Seite liegenden Bedenken mit dem Herzogl. Consistorium theilen. Zunächst wolle er die Dotations- und sodann die Baupflicht des Patronats etwas näher in's Auge fassen. Der fundator müsse dafür sorgen, daß die betreffende Pfarrstelle ausreichend dotirt sei, denn wenn die Einkünfte derselben bis zu dem Grade verloren gegangen seien, daß ein Pfarrer damit zum anständigen Lebensunterhalte nicht ausreiche, so gehe er, der Fundator, seines Rechts verlustig. Eine gesetzliche Dotationspflicht des Inhalts, daß jede Pfarre mit 700  $\mathfrak{f}$  dotirt sein müsse, existire nun in unserm Lande nicht. Man habe eine solche Bestimmung aus dem Gesetze, die Aufhebung der Stögebühren betr., vom 31. Mai 1871, und dem Landtagsabschiede vom 25./28. September d. J., herausgelesen.

Im § 9 des ersterwähnten Gesetzes sei davon die Rede, daß die Ablösungs-Rente von solchen Pfarrstellen, welche ein Jahreseinkommen von 1200  $\mathfrak{f}$  und darüber gewährten, fort genommen und nach Ermessen des Kirchenregiments zur Aufbesserung solcher Pfarrstellen verwandt werden könne, die eine jährliche Einnahme unter 1000  $\mathfrak{f}$  beziehen.

Durch dieses Ausgleichungsprincip habe den Motiven zufolge nicht ein festes Regulativ für die Abnahme und Zulegung der betreffenden Renten gesetzlich aufgestellt werden sollen, vielmehr sei man der Meinung gewesen, daß zur Erreichung des vorgesezten Zieles nur nach besonderer Sachprüfung im einzelnen Falle gehandelt werden könne. Es habe ferner die Landesversammlung darauf angetragen, das Minimal-Einkommen der Pfarrstellen auf 700  $\mathfrak{f}$  zu erhöhen und die zur Erreichung dieses Betrags erforderlichen Summen aus der Klosterreinertrags-Casse zu entnehmen; so sei in dem Landtagsabschiede de 1871 zu lesen. Es liege darnach nur eine Verabredung zwischen Regierung und Ständen über das Minimaleinkommen der Pfarrstellen vor, eine Verpflichtung des Staats der Kirche gegenüber könne man gesetzlich nicht deduciren. Der Pfarre als solche stehe das Recht, mit 700  $\mathfrak{f}$  dotirt zu werden, keineswegs zu, und es fehle mithin an einer rechtlichen Basis, dem Patron aufzugeben, daß er die Einkünfte seiner Pfarrstelle bis zu 700  $\mathfrak{f}$  steigern oder event. sein Patronatrecht aufgeben müsse. In der That erhalte auch der Pfarrer die Zusage der Gehalts-Erhöhung nicht vor seiner Anstellung, vielmehr

werde die Pfarrstelle nach seiner Einführung geschätzt und dann event. der Antrag auf Gewährung des erforderlichen Zuschusses gestellt. Hieraus ergebe sich klar und deutlich, daß die Dotationsfrage zur Einschränkung bezw. Aufhebung der Patronate völlig unpraktisch sei.

Was die Kirchenbaupflicht anlange, so sei die Ansicht über die Reihenfolge der Verpflichteten zu verschiedenen Zeiten verschieden gewesen. Früher habe man den Grundsatz befolgt: Zuerst die *fabrica ecclesiae*, darauf der Patron und dann die Gemeinde. Diese Ansicht sei später als irrig erkannt, und es habe sich allmählig der auch durch den höchsten Gerichtshof ausgesprochenen Satz Geltung verschafft, daß die Gemeinde vor dem Patrone zur Uebernahme der kirchlichen Baulast verbunden sei. Dies könne aber nicht heißen, wie auch Herzogliches Consistorium irrthümlich meine, daß, da die Gemeinden zunächst zum Bau der Kirchen verpflichtet seien, der Patron, so lange die Kräfte der Gemeinden ausreichten, gar nicht in die Lage kommen könne, zum Bauen aufgefordert zu werden. Soviel sei richtig, daß der Patron dadurch, weil er einmal etwas Gutes gethan habe, nicht die Verpflichtung auf sich zu nehmen brauche, auch bis in alle Zukunft in gleicher Weise zu handeln. Der Patron sei allerdings nicht verpflichtet, zu bauen d. h. er könne nicht dazu zwangsweise angehalten werden, wohl aber dürfe man ihm sagen, daß er, falls er Patron bleiben wolle, die Kirche zu erhalten habe. In Preußen sei im Gegensatz hierzu der Patron verpflichtet, für Erhaltung der Kirche zu sorgen, und er könne als Patron gezwungen werden, die ihm obliegende Pflicht zu erfüllen. Man habe abmählich den Zustand herbeigeführt, daß der Patronat mehr wie ein abstractes Vermögensrecht behandelt werde; er sei aber eine res spiritualis und von vermögensrechtlichen Vortheilen könne bei demselben keine Rede sein. Die bezüglichlichen Bestimmungen des Landesgesetzes vom 30. November 1851 *Nr.* 52 ständen, richtig ausgelegt, der ausgesprochenen Ansicht nicht entgegen, denn man habe doch nicht zu Gunsten der Patrone das Gesetz erlassen; nöthigenfalls aber seien dieselben zu declariren. Wenn freilich die Patrone vom rechten Sinne befehlt seien, so würden sie ihren Patronat nicht aufgeben, und insofern sei es zweifelhaft, ob die strenge Durchführung des obigen richtigen Grundsatzes überall den gewünschten Erfolg habe. Der landesherrliche Patronat komme bei dieser Frage zwar nicht in Betracht, wohl aber die Patronatrechte der Klöster und Stifter, und wenn einmal der mehrermähnte Grundsatz ausgesprochen werde, so sei es wohl nicht zweifelhaft, daß auch dem verpflichteten Kloster gute die Erbauung der betreffenden Kirche obläge.

Was den zweiten auf gänzliche Aufhebung der Patronate gerichteten Antrag betreffe, so sei es denkbar, daß das anstaltliche kirchliche Leben die Patronate nicht mehr dulden wolle und deren Aufhebung gebieterisch fordere. Wenn ein solcher Zustand eintrete, dann könne allerdings die Braunschweigische Landeskirche nicht allein stehen. Jetzt aber herrsche in Beziehung auf die angeregte Frage ein Wirrwarr von Stimmen pro et contra, und es sei nicht indicirt, daß das Land Braunschweig bei dieser wichtigen Angelegenheit zunächst vorgehe. Die Verpflichtung dazu wäre nur dann vorhanden, wenn unsere Patronate so haltlose Zustände herbeigeführt hätten, daß die Institution nicht mehr bestehen könne. Das Gefährliche des Patronats bestehe in der Simonie, aber es sei in unserm Lande nie ein Mißbrauch damit getrieben, und gegen die Inhaber der Patronate dürfe deshalb nicht einmal der Schein erweckt werden, als ob das Patronatrecht gemißbraucht sei. Wenn man die Patronate abschaffen wolle, so müsse man erst die Landesverfassung, durch deren §. 226 die Patronate »vorbehalten« seien, ändern, und derartig seien doch gewiß die Zustände nicht, daß man zu einer Aenderung der Landesverfassung zu schreiten gezwungen sei. Die Hohe Synode könne Herzogliches Kirchenregiment wohl bitten, auf die weitere Entwicklung dieses Gegenstandes in Deutschland ihr Augenmerk zu richten und dann später event. gesetzgeberisch vorzugehen, aber den gestellten Antrag auf Aufhebung der Patronate bitte er abzulehnen.

Hinsichtlich des dritten Punktes bemerke er, daß wir Alle das kirchliche Leben heben wollten, daß aber auf dem vorgeschlagenen Wege, nämlich durch Gewährung größerer Rechte an die Gemeinden bei der Wahl ihrer Prediger, wenig zu erreichen sei.

Das Leben der Kirche pulsiere allerdings in den Gemeinden, und ideell gehöre der beste Mann an die rechte Stelle, aber als die zweckmäßigste Art der Besetzung der Pfarrstellen sei ihm doch immer die erschienen, bei welcher die Auctorität den Impuls gebe. Für den Prediger sei es zwar wichtig, ob er mit Sympathie oder Antipathie von der Gemeinde empfangen werde, aber der Prediger habe weder Sympathie noch Antipathie zu pflegen, denn seine Aufgabe sei höher und wichtiger; er solle das kirchliche Leben pflegen und fördern, die Gemeinde zu allem Guten heranziehen und ihren Sinn auf das richten, was da bleibe für die Ewigkeit.

Zu diesem wahrhaft nuzbringenden und segensstiftenden Wirken gelange der Prediger dadurch, daß er lange Jahre hindurch in der Gemeinde lebe und mit derselben in allen ihren wichtigen Beziehungen gleichsam verwachse. Ein Prediger auf dem Dorfe habe dieselbe hohe Aufgabe wie ein Prediger in der Stadt, aber die Lösung dieser Aufgabe sei verschieden. Beide müßten zwar den gottesfüllten Geist in die Gemeinde mitbringen, aber während der Erstere in seinem kleineren Kreise durch sein Leben in gleicher Weise wie durch seine Predigt zu wirken vermöge, habe der Letztere für die verschiedensten Schichten der Bevölkerung das Evangelium zu predigen und müsse seine Kraft in dem Worte Gottes suchen, könne aber durch seinen Wandel wenig nützen in der großen Gemeinde. Wer nur den richtigen Geist habe, dessen Wirken sei auch von Nutzen. Darauf komme es an, und der ernannte Prediger könne in einem Jahre auf einer Höhe stehen, welche der Gewählte nie erreiche.

Man könne den Prediger mit altem Weine vergleichen, welcher in jedem Jahr stärker, kräftiger, nuzbringender werde. Die Wirksamkeit der Kirche liege nicht in den Außendingen, sondern in dem frischen, regen Leben der Gemeinde. Die Mitglieder der Kirchenvorstände müßten vor Allem mit ihrer ganzen Familie in Gottesfurcht, Zucht und Sitte leben, und im Herzen derselben müsse das alte Diaconat wieder erstehen. Das innere Leben der Kirche müsse zum Gedeihen kommen, und diese könne sich in ihrer Größe nur dann halten, wenn sie auf dem Grunde des wahren Glaubens ruhe.

Seiner Ueberzeugung nach werde durch die Einführung der Wahlrechte in alle Gemeinden nichts geholfen, und deshalb könne er den dritten Punkt zur Annahme nicht empfehlen.

Referent Bode. Es sei doch mindestens zweifelhaft, ob der Patron nicht die Verpflichtung habe, die Patronatspfarrstelle bis zum Minimal-Einkommen, das 700  $\text{fl}$  betrage, zu erhöhen. Bezüglich der Baupflicht des Patrons befinde er sich in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Regierungs-Commissar und in vollem Gegensatz zu der Ansicht des Herzoglichen Consistoriums.

Der zweite Punkt seines Antrags sei keineswegs direct auf Aufhebung sämmtlicher Patronate gerichtet, sondern es sei nur die Frage zu weiterer Erwägung empfohlen, ob nicht die Aufhebung der Patronate durch die Landesgesetzgebung herbeizuführen sei. Gegen eine Milde- rung des zweiten Punktes habe er nichts einzuwenden, und er wolle eine andere Formulirung desselben einbringen. Die gegen den dritten Punkt geltend gemachten Bedenken könne er nicht theilen und müsse die Versammlung bitten, diesen so, wie er gestellt sei, anzunehmen. Gegen den Abgeordneten Thiele wolle er nur hervorheben, er wisse wohl, daß das Wahlrecht der Gemeinden auch etwas Nachtheiliges mit sich führe, aber dennoch sei dasselbe im Princip richtig und werde demnächst heilsame Früchte tragen.

Der Referent modificirt den zweiten Punkt seines Antrages in folgender Weise:

»Die Frage wegen gänzlicher Aufhebung der Privatpatronate nicht aus den Augen zu verlieren, insbesondere auf die weitere desfallige Entwicklung in den übrigen evangelisch-lutherischen Landeskirchen die Aufmerksamkeit zu richten.«

Der Correferent, Abgeordneter Desterreich, erklärt: er sei mit dieser Modification einverstanden. Der Abgeordnete Thiele habe seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Referenten das von Herzoglichem Consistorium aufgerichtete Gebäude nicht total abgebrochen hätten, und darauf müsse er erwidern, daß man die Berichte Herzoglichen Consistoriums respectirt, nichtsdestoweniger aber das Resultat derselben zu empfehlen nicht vermocht habe.

Mit dem ersten Punkte des Antrages ließe sich doch wohl etwas erreichen, und deshalb sei er des Versuches werth. Der zweite Punkt habe nach der vorgenommenen Modification seine ursprüngliche Bedeutung verloren, sei aber auch in der veränderten, abgeschwächten Form von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Daß das jetzige in Beziehung auf die Besetzung der Pfarren beobachtete Verfahren einer Reformation bedürfe, könne man doch, wenn man die Sache ohne Voreingenommenheit betrachte, kaum bezweifeln. Er bitte deshalb, sämtliche Punkte des Antrages anzunehmen.

Abgeordneter Eggeling. Er glaube auch nicht, daß mit der von ihm beantragten Aenderung des Verfahrens bei Besetzung der Pfarren alles Wünschenswerthe erreicht sei, aber es sei dieses Verfahren doch das naturgemäße und relativ beste. Der Abgeordnete Thiele habe gesagt, durch das in der Stadt Braunschweig seit 25 Jahren bestehende Gemeindewahlrecht sei für das kirchliche Leben nichts gewonnen, und er schildere die Stadt Braunschweig fast wie ein Sodom und Gomorrha. So schlimm stehe es aber daselbst nicht; das kirchliche Leben liege überhaupt augenblicklich darnieder, aber es würden auch wieder andere, bessere Zeiten kommen, wo es aufblühe zu Glanz und Pracht. Uebrigens könne er versichern, daß die Geistlichen der Stadt Braunschweig in Bezug auf Ehre und Anerkennung von Seiten der Gemeinde, insbesondere auch der Kirchenvorstände, es mit jedem ernannten Geistlichen aufnehmen vermöchten.

Abgeordneter Thiele. Er sei in jeder Beziehung vom Vorredner mißverstanden und wisse gar nicht, wie derselbe zu der Behauptung komme, daß er die Stadt Braunschweig als Sodom und Gomorrha geschildert haben solle. Davon sei, wie ihm Jeder in der Versammlung bekunden würde, ganz und gar nicht die Rede gewesen. Er habe nur behauptet, daß durch das Gemeindewahlrecht das kirchliche Leben nicht gehoben, die Blüthe des Gemeingeistes nicht voller und schöner geworden sei. Weiter habe er nichts gesagt, und er müsse den Abgeordneten Eggeling bitten, seine Behauptung zu corrigiren.

Der Herr Präsident constatirt, daß er in der Rede des Abgeordneten Thiele gar nichts Beleidigendes gefunden habe.

Es wird die Debatte geschlossen, und darauf der erste und zweite Punkt des Antrages sowie der erste und zweite Theil des dritten Punktes in gesonderter Abstimmung von der Versammlung angenommen.

Der Herr Präsident theilt hiernach mit, es sei vom Abgeordneten Keuncke folgender Antrag eingegangen:

Landessynode wolle beschließen, Hohes Kirchenregiment zu ersuchen, die nachstehende gesetzliche Bestimmung zu erlassen:

Den Standesbeamten oder dessen Stellvertretern ist die Einsicht in die Kirchenbücher kostenfrei zu gestatten.

Nachdem der Herr Präsident die Motivirung dieses Antrags auf die nächste Tagesordnung gesetzt hat, wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 12. December cr., Morgens 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung geschlossen.

*Kunze, protokoll. Secretair.*



# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

14. Sitzung am 12. December 1876.

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom 9. d. Mts. erhält zunächst der Abgeordnete Skerl das Wort zur Verlesung eines an Se. Hoheit gerichteten Schreibens über das Resultat der Berathung der Frage, die Dispensation der Katechumenen von dem gesetzlichen Alter der Confirmation betreffend.

Sodann wird zum ersten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen, welcher lautet: Berichterstattung und Berathung über die Petitionen der Gemeinden Erkerode und Lucklum, die Versetzung des Pastors von Schwarz betreffend. Der Abgeordnete Skerl referirt über diese Angelegenheit wie folgt;

In Bezug auf das hier in der Versammlung bereits verhandelte bedauerliche Mißverständniß, welches sich zwischen der Gemeinde Erkerode und ihrem gegenwärtigen Prediger herausgebildet habe, seien zwei Schreiben an die Synode eingegangen, durch welche dieselbe veranlaßt werde, sich nun auch ihrerseits über diese Angelegenheit direct auszusprechen. Die dem Anscheine nach von fast sämmtlichen Hausbesitzern der Gemeinde Erkerode unterschriebene Eingabe berichte zunächst den Thatbestand in ganz ähnlicher Weise, wie es zuvor von dem Vertreter des Herzoglichen Consistoriums geschehen sei, berufe sich aber zu weiterer Begründung der Beschwerde über das Verhalten des betreffenden Pastors

- a. auf versuchte Einführung von Privat- oder Ehrenbeichte beim Abendmahle;
- b. auf Zurückweisung mehrerer Confirmanden von der Confirmation;
- c. auf Zurückweisung mehrerer Gemeindeglieder vom Abendmahl wegen angeblicher Privatstreitigkeiten;
- d. auf gehässige Kritik der neuen kirchlichen Reichsgesetzgebung;
- e. auf ungehörige Beängstigung am Krankenbette.

Rücksichtlich dieser vorgebrachten Beschwerden sei übrigens den Vorschriften der Geschäftsordnung insoweit genügt, als die Unterschriften durch einen Vertreter des Gemeindevorstehers mit dem Gemeindefiegel beglaubigt seien. Da nun eine abgehaltene außerordentliche Kirchen-

visitation eine Ausgleichung der Mißhelligkeit nicht habe bewirken können, auch durch den neu-gewählten Kirchenvorstand, der gleich bei der Eröffnung seiner Sitzung durch tendenziöse Verlesung des 139. Psalms seitens des Pastors aufs Neue gegen denselben erbittert sei, eine Beschwichtigung der erregten Leidenschaften nicht erwartet werden dürfe, der Patron und die kirchliche Oberbehörde zur Abhilfe der angeführten Uebelstände sich nicht bereit gezeigt hätten, so sähe sich die Kirchengemeinde gedrungen, an die Landessynode die Bitte zu richten, bei Herzoglichem Consistorio dahin zu wirken, daß dasselbe durch Versetzung des Pastors von Schwarz dem dortigen unkirchlichen Leben bald ein Ende machen möge.

In ganz entgegengesetztem Sinne spreche eine Anzahl von Gemeindemitgliedern aus Luckum den Wunsch aus, daß sie, da man dort gegen den Pastor von Schwarz, welcher Jedem freundlich entgegenkomme, nichts einzuwenden habe, denselben noch lange, wo möglich zeitlebens, behalten möchten.

Da es nun gesetzlich nicht in den Wirkungskreis der Synode hineingehöre, bei Herzoglichem Consistorio die Versetzung eines Predigers von seiner Stelle oder die Belassung desselben in der bisherigen Gemeinde zu beantragen, da selbst Herzogliches Consistorium nur unter ganz bestimmten, hier nicht zutreffenden Voraussetzungen die Entfernung eines Predigers aus seinem Amte ohne dessen Einwilligung verfügen dürfe, so könnte er der Hohen Versammlung einfach den Uebergang zur Tagesordnung über die beiden eingesandten Schreiben und Abgabe derselben an das für die hier fragliche Disciplinarsache zuständige Herzogliche Consistorium empfehlen. Allein in Rücksicht auf die schwere Schädigung, welche durch die längere Fortdauer des besagten Verhältnisses dem kirchlichen Leben auch in weiteren Kreisen drohe, halte er, in Uebereinstimmung mit dem Correferenten, Abgeordneten Ude, sich für verpflichtet, der Versammlung folgenden Vorschlag zu machen:

Synode wolle sich in Bezug auf die eingegangenen Schreiben aus den Gemeinden Erkerode und Luckum dahin aussprechen, daß sie, ohne sich auf ein Urtheil über die Schuldfrage einzulassen, den hervorgetretenen Mangel an der rechten christlichen Weisheit und Mäßigung, durch welche der in Erkerode hervorgetretene Conflict sich sehr wohl hätte vermeiden oder noch rechtzeitig beilegen lassen, lebhaft bedauere, aber zugleich die feste Zuversicht hege, es werde so viel hingebende Liebe zu der Sache des Evangeliums, der wir alle dienen, bei den Betheiligten vorhanden sein, daß mit Ausschluß aller persönlichen Empfindlichkeit und rechtshaberischen Eigenwilligkeit auf dem einen oder anderen Wege den noch bestehenden Uebelständen baldigst werde abgeholfen werden.

Abgeordneter Ude als Correferent:

Er sei mit den Ausführungen des Referenten in allen Beziehungen einverstanden und habe nur noch wenige Worte hinzuzufügen.

Es sei vor allen Dingen höchst zweifelhaft, ob die dem Pastor von Schwarz gemachten, von dem Referenten aus der Eingabe der Gemeinde Erkerode mitgetheilten Vorwürfe nicht sehr auf Uebertreibungen beruhten, und ferner müsse man bedenken, daß ein Urtheil in dieser Angelegenheit abzugeben, der Landessynode keineswegs zustehe, vielmehr allein Herzogliches Consistorium nach genauer und sorgfältiger Prüfung der Dinge im Aufsichtswege gegen den Pastor von Schwarz vorgehen könne. Weil aber dieses Zerwürfniß zwischen einer Gemeinde und ihrem Prediger nicht nur den kirchlichen Frieden in kleinerem Kreise gestört, sondern auch im ganzen Lande Sensation erregt habe, deshalb sei es wünschenswerth, daß die Landes-Synode ihre Stellung zu dieser Sache in der angegebenen formulirten Weise ausspreche. Zu einem Urtheile sei die Synode, wie schon gesagt, nicht berechtigt, um so weniger, als sie den Hauptgrundsatz einer unparteiischen Urtheilsfällung: „audiatur et altera pars“ nicht befolgen könne. Wenn Herr von Schwarz in unrichtiger Würdigung der Zeitverhältnisse bei Ausübung der Kirchenzucht einen Mißgriff gethan habe, so werde nöthigenfalls Herzogliches Consistorium das Weitere gegen denselben im Ordnungs- oder Disciplinarwege zu veranlassen wissen, aber so viel liege

klar auf der Hand, daß die Entfernung des Pastors von Schwarz von der erworbenen Pfründe nur im Rechtswege geschehen könne. Zur Wiederherstellung des gestörten kirchlichen Friedens in der Gemeinde Erkerode gebe es nur eine Lösung: Die vollständige Wiederausöhnung der entzweiten Glieder der Gemeinde. Ob eine solche zu erreichen stehe, das hänge nicht vom Pastor von Schwarz allein, sondern auch von der Gemeinde ab. Wenn es wahr sein sollte, daß gesessentliche Hekereien von verschiedenen Mitgliedern der Gemeinde Erkerode gegen ihren Pastor stattgefunden hätten, daß ferner ein Terrorismus gegen diejenigen geübt sei, welche sich der Agitation nicht hätten anschließen wollen, und daß sogar auch viele Stimmen laut geworden seien, welche erklärt hätten, man werde eventuell aus der Kirche austreten — wenn dies Alles wahr sei, so müsse er offen eingestehen, daß in der Gemeinde Erkerode ein Mangel an der wahren christlichen Liebe vorhanden sei. Es sei deshalb erst recht angezeigt, diese Angelegenheit ruhig zu prüfen und insbesondere sich vor jeglicher Parteinahme zu hüten welche das zu erstrebende Ausöhnungswerk nur erschweren werde. Der Pastor von Schwarz sei dadurch, daß er die Kirchenzucht in unzeitgemäßer — wenn auch an sich nicht ungesetzmäßiger — Weise gehandhabt habe, schon hinreichend durch die eingetretenen Verhältnisse gestraft worden.

Abgeordneter Keuneck. Er sei mit dem Beschlusse der Referenten im Allgemeinen einverstanden, denn die Synode könne in dieser Angelegenheit nicht als Richter auftreten. Da aber durch die bedauerlichen Vorkommnisse in Erkerode eine so erhebliche Schädigung des kirchlichen Sinnes eingetreten sei, so müsse man Herzogliches Consistorium, falls ein nochmals anzustellender Güteversuch keinen Erfolg haben sollte, dringend bitten, auf eine Versetzung des Pastors von Schwarz hinzuwirken.

Abgeordneter Steinmeyer. Der Pfründner könne, wie es bereits ausgesprochen sei, von seiner Pfründe nicht entfernt werden, es sei denn auf gerichtlichem Wege. Die Synode könne aus diesem Grunde nur ihr Bedauern über das vorhandene Zerwürfniß zwischen Gemeinde und Prediger aussprechen, nicht jedoch in irgend einer Weise Partei nehmen. Es müsse beiden Theilen gesagt werden, daß ihnen der rechte christliche Sinn fehle; wenn dieser vorhanden gewesen sei, so würde gewiß schon eine Ausöhnung stattgefunden haben.

Abgeordneter Stöter. Er wisse ein Beispiel anzuführen, daß ein Prediger vom Harze, weil man gefürchtet habe, daß seine Unbeholfenheit im Amte die Bildung einer freien Gemeinde herbeiführen könnte, gegen seinen Willen in die General-Inspection Sandersheim versetzt sei.

Abgeordneter Thiele. Die fragliche Angelegenheit sei allerdings eine offene Wunde unserer Landeskirche, und die Synode werde angegangen, diese Wunde zu heilen. Das sei aber eine schwere Aufgabe. Er wolle zunächst hervorheben, daß es ihm dunkel geblieben sei, wie ein mit dem Gemeindesiegel versehenes Gesuch als von der kirchlichen Gemeinde ausgehend angesehen werden könne. Ferner sei es ihm unklar, daß nicht der Gemeindevorsteher, sondern im Auftrage desselben ein Anderer unterschrieben und sich des Gemeindesiegels bedient habe.

Die Sache selbst anlangend, so sei etwas faul im Staate Dänemark, aber wo die Schuld liege, das habe die Landessynode nicht zu erörtern. Es sei gar häufig eine solche Agitation, wie man sie auch in diesem Falle kaum in Abrede stellen könne, ein aus einer kleinen Quelle entspringendes Wasser, werde aber allmählich zu einem großen Gewässer, welches seine Fluthen gegen das Pfarrhaus werfe und sodann dasselbe schädige, ja oft vernichte. Man könne über solche Zustände wie sie hier bekannt geworden seien, nur das tiefste Bedauern ausdrücken, und man müsse beklagen, daß in einer christlich sein wollenden Gemeinde so traurige Vorgänge, wie sie hier geschildert worden, sich abgespielt hätten. Es sei in Erkerode gleichsam eine Arbeitseinstellung auf geistlichem Gebiete eingetreten, und zwar mit allen den bedauerlichen Verhältnissen, welche eine Einstellung der Arbeit auf gewerblichem Gebiete mit sich führe. Man habe, wie der Correferent schon angedeutet, Terrorismus gegen die geübt, welche sich der verderblichen Agitation nicht angeschlossen, und schließlich seien Drohungen, aus unserer kirchlichen Gemeinschaft auszutreten, laut ausgesprochen, Drohungen, welche auf gar schlimme Gemüthszustände schließen

ließen. Daß die Gemeinde sich mit ihrem Prediger wieder aussöhnen und den gestörten kirchlichen Frieden wieder erlangen werde, das wolle er hoffen zu dem lebendigen Gott.

Referent **Skrl.** Die Eingabe der Gemeinde **Erkerode** sei nicht nur Bittschrift, sondern zugleich Beschwerde, und bei letzteren müßten nach §. 24 der Geschäftsordnung die Unterschriften öffentlich beglaubigt sein. — Die Beglaubigung sei nicht durch den Ortsvorsteher, sondern »in Vertretung desselben« durch einen Anderen erfolgt; wie weit dieser zu solcher Beglaubigung berufen gewesen sei, das habe man nicht untersuchen können. So viel auf die Einwürfe des Abgeordneten **Thiele**.

Die Debatte wird geschlossen, und der von den Referenten gemachte Vorschlag einstimmig durch die Versammlung angenommen.

Hiernach kommt der zweite Gegenstand der Tagesordnung zur Verhandlung: Motivirung des vom Abgeordneten **Keunecke** gestellten Antrags, die kostenfreie Einsicht der Kirchenbücher durch die Standesbeamten betreffend.

Abgeordneter **Keunecke** zur Motivirung: Es sei mehrfach davon die Rede gewesen, daß die Anzeigen, welche den Standesbeamten gemacht würden, mit den Eintragungen der Kirchenbücher nicht harmonirten. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes habe bereits der Abgeordnete **Stöter** einen Antrag eingebracht, denselben aber wieder zurückgezogen. Er habe diesen Antrag in anderer Weise wiederholt und hoffe, da derselbe nicht so weit gehe wie der Antrag des Abgeordneten **Stöter**, auf Annahme seines Antrags. Er halte es für zweckmäßig, wenn den Standesbeamten auf dem Lande Gelegenheit geboten werde, mit den Predigern in Berührung zu kommen und glaube ferner, daß ein nennenswerther pecuniärer Verlust für die Kirchenbuchführer durch Annahme seines Antrags kaum erwachsen werde. Eine erhebliche Belästigung für den Kirchenbuchführer sei auch nicht zu befürchten, da der Standesbeamte selbstverständlich nicht in jedem Einzelfalle zu demselben gehen und Notizen einsammeln werde. In der Bekanntmachung des Herzogl. Staats-Ministeriums vom 9. September 1875 *N.* 74 §. 11 sei gesagt, daß den Geistlichen und anderen Religionsdienern die Einsicht der Register kostenfrei zu gestatten sei; er sehe nicht ein, warum dies nicht auf Gegenseitigkeit beruhen und auch den Standesbeamten kostenfreie Einsicht der Kirchenbücher gewährt werden solle.

Consistorialrath **Sallentien**. Der Antrag des Abgeordneten **Keunecke** sei aus demselben Interesse hervorgegangen wie der des Abgeordneten **Stöter**, die Ablieferung der Duplicate der Kirchenbücher an die Standesbeamten betreffend: Es sei der Wunsch vorhanden, für die Eintragungen in die Standesregister eine festere, sichere Basis zu gewinnen.

Es könne nicht in Abrede gestellt werden, daß ein solches Bedürfniß allerdings vorhanden sei; bei Besprechung des vom Abgeordneten **Wolff** zu der Instruction über die Führung der Kirchenbücher gestellten Antrages habe sich klar ergeben, daß die standesamtlichen Register nicht hinlänglich genaue und sichere Dokumente seien. Es müsse hier schließlich Abhülfe geschehen, und es sei auch nothwendig, daß die Kirche zu diesem Zwecke Handreichung thue, denn auf anderem Wege sei Abhülfe nicht zu erreichen. Man dürfe aber immer nur einen solchen Weg einschlagen, durch welchen die Diener der Kirche nicht beeinträchtigt würden, und eine solche Beeinträchtigung bringe die Annahme des **Keunecke'schen** Antrags ganz offenbar mit sich. Wenn der Standesbeamte einmal das Recht habe, sich die erforderlichen Notizen zu verschaffen, so würden auch in vielen Fällen keine Bescheinigungen mehr von den Kirchenbuchführern verlangt werden. Wenn nun auch auf dem Lande bei den kleinen Verhältnissen ein solcher Ausfall kaum nennenswerth sei, so stehe es doch ganz anders in den Städten. Herzogl. Consistorium habe schon mehrfach erwogen, wie in diesem Falle geholfen werden solle; auf dem vorgeschlagenen Wege könne nicht geholfen werden ohne große Ungerechtigkeit gegen die Kirchenbuchführer, und deshalb bitte er um Ablehnung des Antrages.

Die Versammlung beschließt auf Vorschlag des Präsidenten, daß der Antrag des Abgeordneten **Keunecke** sogleich zur Verhandlung gestellt werde.

Abgeordneter **Steinmeyer**. Da, wo die Verhältnisse so beschaffen seien, wie sie es sein

sollten, habe der Geistliche sich bereit gezeigt, die erforderlichen Notizen aus den Kirchenbüchern ohne Entschädigung zu geben. Was nun die Ausführung des Keunecke'schen Antrags betreffe, so sei dieselbe in den Städten, besonders in der Stadt Braunschweig, völlig unthunlich, denn der Standesbeamte habe dort wahrlich keine Zeit, herumzugehen und sich Notizen einzusammeln. Oft sei es auch viel zweckmäßiger, daß der Standesbeamte mit dem Prediger nicht in eine solche Geschäftsverbindung trete, wie sie der Keunecke'sche Antrag bezwecke. Für alle Auszüge aus den Kirchenbüchern sei bislang eine bestimmte Gebühr gezahlt, und diese Gebühr, welche durch die Einrichtung der Standesregister schon erheblich geschmälert sei, dürfe man nicht ohne Weiteres nun ganz aus der Welt schaffen. Die Kirchenbuchführer seien den Standesbeamten wohl überall freundlich entgegengekommen, und es sei in der That nicht der geringste Grund vorhanden, auf einmal dem Standesbeamten das Recht zu geben, daß derselbe dem Kirchenbuchführer kirchliche Urkunden, um sich Notizen daraus zu machen, abverlangen dürfe. Er müsse sich deshalb ganz entschieden gegen die Annahme dieses Antrags erklären.

Abgeordneter Lerche (Eikum). In der Stadt sei die Ausführung des Antrags gar nicht möglich, aber auch auf dem Lande würde dieselbe Schwierigkeiten verursachen. Wenn ein Schein über einen vor dem Jahre 1815 liegenden Vorgang gefordert werde, so sei es schon für den Kirchenbuchführer schwer, sich in den Kirchenbüchern zurecht zu finden. Die Standesbeamten würden sich aber zum größten Theile so ohne Weiteres nicht einmal bei Auffindung der gewöhnlichen Fälle in den Kirchenbüchern zurecht finden können, und dann müßten die Kirchenbuchführer ihnen doch noch helfen und dabei ihre Zeit verbringen. Der Vorschlag des Abgeordneten Keunecke sei unpraktisch, und er bitte um Ablehnung desselben.

Abgeordneter Gimecke. Da den Geistlichen die Einsicht der Standesregister kostenfrei gestattet sei, so könne auch umgekehrt ebenfogut den Standesbeamten die Einsicht der Kirchenbücher kostenfrei gestattet sein. Er lege aber nicht zu großes Gewicht auf Annahme des in Rede stehenden Antrags, denn bisher seien die erforderlichen Scheine von den Predigern gern und ohne jede Weiterung und zwar in den meisten Fällen unentgeltlich, ausgestellt worden. Uebrigens wolle er noch hervorheben, daß die Standesregister doch keineswegs durchweg auf dem Lande in solchem unordentlichen Zustande, wie man hier angedeutet habe, sich befänden.

Abgeordneter Keunecke. Er halte es für sehr gut, wenn die Standesbeamten mit den Predigern Hand in Hand gehen, denn der erstere könne doch gar leicht, obwohl er es nicht thun werde, von manchen kirchlichen Handlungen ab- oder wenigstens den Leuten in manchen Fällen nicht entschieden zurathen, die Trauung oder Taufe nicht zu verabsäumen. — Darauf komme es nicht allein an, die zu erlassenden Gesetze den Verhältnissen der Stadt Braunschweig anzupassen, denn nicht die Städte allein, sondern der auch weit größere Theil des »Landes« habe bei den Gesetzeserlassen Berücksichtigung zu finden.

Die Versammlung nimmt einen auf Schluß der Debatte gerichteten Antrag des Abgeordneten Desterreich an und lehnt bei der Abstimmung den Keunecke'schen Antrag ab. —

Es wird hierauf zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung übergegangen, welcher die zweite Lesung des Entwurfs der Gottesdienstordnung betrifft. Bei dieser Berathung wird der Entwurf in der Gestalt, wie er nach den Beschlüssen der ersten Lesung von der Commission aufgestellt worden, zu Grunde gelegt.

Die Ueberschrift lautet:

#### Erster Theil.

Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen.

#### I.

Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen mit Ausnahme der unter II. bemerkten Festtage.

Hierzu ist von der Commission der folgende redactionelle, eine Vereinfachung bezweckende Antrag gestellt:

In der Ueberschrift die Worte: »Erster Theil«, ferner »an den Sonn- und Festtagen«, ferner »mit Ausnahme der unter II. bemerkten Festtage« — zu streichen.

Der Antrag wird von der Versammlung ohne Debatte angenommen.

Die Nummer 1 lautet: »Eingangslied aus dem Gesangbuch. An Festtagen ein Festlied. Unter demselben tritt der Geistliche an den Altar und intonirt oder spricht wie folgt.\*)

\*) Anmerkung. Der Geistliche hat in der Regel zu singen. Die Antworten der Gemeinde werden stets gesungen. Bei besonderen Anlässen kann vor dem Eingangsliede ein Chor eintreten.

Hierzu liegen von der Commission folgende Anträge redactioneller Natur vor:

- a. Unter *N* 1 den ersten die Anmerkung bezeichnenden Stern hinter das Wort »Festlied« zu setzen, und dem entsprechend den dritten Satz der ersten Anmerkung mit einem Stern zu bezeichnen;
- b. Ferner unter *N* 1 im dritten Satze die Worte: »oder spricht wie folgt«, zu streichen, hinter das Wort »intonirt« zwei Sterne zu setzen, und dem entsprechend die ersten beiden Sätze der ersten Anmerkung gleichfalls mit zwei Sternen zu bezeichnen. (Die zwei Sterne unter *N* 4 hinter »Hallelujah« müssen dann in drei und die drei hinter »Wohlgefallen« in vier verwandelt werden.)
- c. Ferner: Unter Anmerkung 2 (nun 3) hinzuzusetzen: »siehe Anhang«.

Diese Anträge werden von der Versammlung angenommen, und mit denselben darauf die Nummer 1.

Die Nummer 2 lautet:

Pastor (gegen den Altar):

Lobe den Herrn meine Seele,

Und was in mir ist, seinen heiligen Namen!

Gemeinde: Lobe den Herrn, meine Seele,

Und vergiß nicht, was er dir Gutes gethan hat.

Diese Nummer wird in der vorstehenden bei der ersten Lesung festgestellten Fassung von der Versammlung angenommen, desgleichen auch die Nummer 3:

P.: Herr, handle nicht mit uns nach unsern Sünden

Und vergilt uns nicht nach unserer Missethat!

G.: Herr, erbarme dich unser! Christus, erbarme dich unser!

Herr, erbarme dich unser!

Der Wortlaut der Nummer 4 ist folgender:

P.: Bei dem Herrn findet man Hilfe. Hallelujah!

G.: Und seinen Segen über sein Volk. Hallelujah!\*\*)

Nach dem Hallelujah:

P.: Ehre sei Gott in der Höhe!

G.: Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!\*\*\*)

\*\*) Für diese Antiphone tritt an den Festtagen die dazu bestimmte Festantiphone ein.

\*\*\*) Statt des »Und Friede auf Erden« kann auch von der Gemeinde das Lied: »Allein Gott in der Höh' sei Ehr« gesungen werden.

Hierzu liegt ein redactioneller Antrag der Commission folgenden Inhalts vor:

In der dritten Zeile die Worte: Nach dem Hallelujah« zu streichen.

Referent von Heinemann bemerkt hierzu:

Die erwähnten Worte seien gänzlich überflüssig, und durch Streichung derselben werde eine größere Uebersichtlichkeit erlangt. Die meisten Anträge der Commission bezögen sich überhaupt auf die Redaction; Zweck derselben sei: Uebersichtlichkeit und in Folge dessen Bequemlichkeit für die Gemeinden bei dem Gebrauche der Liturgie. Er theile gleich hier mit, daß er die für jedes Fest von der Commission ausgewählten Antiphonen nach Durchberathung der Vorlage der Versammlung zur Abstimmung vorlegen werde. Es sei gewiß in hohem Grade wünschenswerth, dieselben als Anhang zu der Liturgie drucken zu lassen und für möglichste Verbreitung Sorge zu tragen.

Es wird hierauf der Commissionsantrag zu *M* 4 und mit den dadurch entstehenden Änderungen die *M* 4 von der Versammlung angenommen.

Die Nummer 5 wird in der durch die erste Lesung festgestellten Fassung angenommen und lautet danach:

V.: (gegen die Gemeinde): Der Herr sei mit Euch!

G.: Und mit Deinem Geist!

Die Nummer 6 lautet nach der Vorlage:

V.: Lasset uns beten. Hierauf singt (oder spricht) derselbe (gegen den Altar) eine Collecte, der Bedeutung des Sonn- und Festtages gemäß.

G.: Amen.

Der hierzu von der Commission gestellte redactionelle Antrag:

die Worte »singt oder spricht derselbe« zu streichen, und Zeile 2 das »und« in »oder« zu verwandeln

findet die Zustimmung der Versammlung, und wird hierauf die Nummer 6 mit dieser Änderung angenommen.

Die Fassung der Nummer 7 ist die folgende:

V.: (gegen die Gemeinde) Vernehmet mit Andacht u. s. w. Hierauf verliest derselbe die Epistel, oder wenn über dieselbe gepredigt wird, das Evangelium des Tages. Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört, kann der Pastor im Einverständnis mit dem Kirchenvorstande sprechen: Lasset uns nun auf dem Grunde des göttlichen Wortes mit der ganzen Kirche auf Erden unseren gemeinsamen Glauben bekennen.

(folgt die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses.)

G.: Amen.

Dann intonirt (oder spricht) er:

V.: Herr, laß meine Seele in Deinem Worte leben! Hallelujah!

G.: Daß sie Dich lobe immer und ewiglich! Hallelujah!\*)

\*) An dieser Stelle können auch bei feierlichen Veranlassungen noch besondere passende, jedoch nicht zu lange, kirchliche Gesangstücke mit oder ohne Instrumentalbegleitung, vom Chor gesungen werden.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

I. Von der Commission:

a. In der 4. Zeile das auf das Wort »anhört« Folgende so zu fassen:

V.: (gegen den Altar) Herr, laß meine Seele in Deinem Worte leben! Hallelujah!

G.: Daß sie Dich lobe immer und ewiglich! Hallelujah!

Darauf das Bekenntnislied:

(Mel. Es ist das Heil uns kommen her)

Du treuer Gott, sei hoch gepreist;

Hast uns Dein Wort gegeben.

Gott Vater, Sohn und heil'ger Geist,

Du unser Licht und Leben:

Wir glauben und bekennen Dich,

Und unsre Seele hofft auf Dich,

Stärk' uns den Glauben. Amen.

An den hohen Festtagen spricht der Pastor gegen die Gemeinde:

»Lasset uns nun mit dem gemeinsamen Bekenntniß der christlichen Kirche vor Gott treten und also sprechen:

(Folgt das apostolische Glaubensbekenntniß, worauf die Gemeinde mit Amen, Amen, Amen antwortet.)

b. den hinter dem »Hallelujah« stehenden Stern hinter das »Amen« der Gemeinde zu setzen und in der Anmerkung 1 die Worte »jedoch nicht zu lange« zu streichen.

## II. Vom Abgeordneten Keunecke:

Zu *Nr.* 2. 7. Hohe Landesynode wolle an Herzogliches Consistorium das Ersuchen richten, Sorge zu tragen, die Liturgie mit einer Orgelbegleitung versehen zu lassen, die als Anhang dem Landeschoralbuche anzufügen ist.

## III. Vom Abgeordneten Desterreich:

Daß die bei der ersten Lesung aufgenommene Einschaltung in die von der Commission vorgelegte Fassung beseitigt werde.

## IV. Vom Abgeordneten Wolff:

Hinter: »anhört« fortzufahren:

tritt, wo das Glaubensbekenntniß im Gottesdienste herkömmlich ist, dasselbe hier ein; wo es nicht herkömmlich ist, kann es hier eingelegt werden.

## V. Vom Abgeordneten Rohde:

Eventueller Antrag; falls die Bestimmung sub I., 7: »Nach Beendigung der Vorlesung — des apostolischen Glaubensbekenntnisses« in zweiter Lesung abgelehnt werden würde, zu beschließen, daß die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses an dieser Stelle in denjenigen Gemeinden, in welchen dieselbe bisher schon üblich gewesen ist, ferner stattzufinden habe.

Referent von Heinemann zur Motivirung:

Der Antrag a zu *Nr.* 7, wie ihn die Commission vorgelegt habe, beruhe auf einem Compromisse der beiden entgegengesetzte Richtung verfolgenden Strömungen in der Versammlung, und man glaube deshalb fest, daß dieser Antrag sich allseitiger Zustimmung zu erfreuen haben werde. Der modificirte Antrag des Abgeordneten Skerl auf facultative Verlesung des Glaubensbekenntnisses erscheine bei reiflichem Nachdenken als ein sehr schlechter Ausweg zur Beseitigung der vorhandenen Differenzen, denn einmal werde die Einheit des Gottesdienstes, welches Ziel man unverrückt im Auge behalten müsse, dadurch ganz erheblich gestört, und ferner trage man auf diese Weise den Streit und die Uneinigkeit in die Kirchenvorstände, und damit auch in die einzelnen Gemeinden, geradezu hinein. Deshalb sei der Vorschlag dahin gemacht, daß ein Bekenntnislied obligatorisch allsonntäglich gesungen und an den drei Festen zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten das apostolische Glaubensbekenntniß am Altare obligatorisch verlesen werden solle.

Der Antrag Keunecke erscheine überflüssig, denn das, was derselbe verlange, sei schon in dem der Versammlung vorgelegten Einführungsgesetze zur Gottesdienstordnung berücksichtigt. — Dem Abgeordneten Desterreich müsse es überlassen bleiben, ob er neben dem Antrage der Commission den seinigen noch bestehen lassen oder zurückziehen wolle. Gegen Annahme der Anträge Wolff und Rohde müsse er sich Namens der Commission ganz entschieden aussprechen, da das facultative Element bei der Gottesdienstordnung nie zum Heile der Kirche gereichen könne. Der Antrag Rohde: »stattgefunden habe« involvire außerdem einen Zwang, welcher den Gemeinden, in denen die Verlesung des Glaubensbekenntnisses bisher schon üblich gewesen sei, auferlegt werden solle.

Der Abgeordnete Wolff erklärt, daß er die zweite Hälfte seines Antrags fallen lassen wolle.

Der Abgeordnete Bode (Braunschweig) stellt folgenden Antrag zu dieser Nummer:

In das Rückschreiben folgende Erklärung aufzunehmen:

In Bezug auf das in die Liturgie aufgenommene apostolische Glaubensbekenntniß gehen wir davon aus, daß mit demselben nicht das Glauben an alle darin bezeugte Thatsachen ihrer wörtlichen Bedeutung nach als nothwendiges Erforderniß für die Zugehörigkeit zur evangelisch-lutherischen Kirche aufgestellt werden solle.

Der Abgeordnete Bode bemerkt, sein Antrag sei nur eventuell gestellt und komme also für den Fall, daß der Commissionsantrag a zu *Nr.* 7 abgelehnt werde, nicht weiter in Betracht.

Der Abgeordnete Keunecke zieht den zu dieser Nummer gestellten Antrag, da seinem in demselben ausgedrückten Wunsche durch das Einführungsgesetz bereits genügt sei, wieder zurück.



Abgeordneter Desterreich. Die wesentlichsten Bedenken, die er bei dieser Nummer gehabt habe, seien durch den neuen Commissionsantrag gehoben. Der facultative Gebrauch bei Verlesung des Glaubensbekenntnisses sei aus den schon angeführten Gründen in seinen Augen das Verderblichste, was die Versammlung beschließen könne. Er persönlich habe den Wunsch, daß die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses auch an den Festtagen unterbleiben möge, denn er könne nicht finden, daß es nützlich sei, etwas verlesen zu lassen, mit dem ein klarer Sinn in allen Beziehungen nun einmal nicht zu verbinden sei. Sollte die Mehrheit dem Commissionsantrage zustimmen, so würde er sich dem Bode'schen Antrage anschließen.

Abgeordneter Rohde. Er habe bei Stellung seines Antrags besonders an diejenigen seiner Amtsbrüder gedacht, welche das Apostolicum schon seit längerer Zeit zur Freude ihrer Gemeinden in Gebrauch hätten. Durch Aufhebung dieses an manchen Orten altherkömmlichen Gebrauchs würden diese seine Amtsbrüder in sehr unangenehme Lage versetzt, so daß manche derselben schon erwogen haben sollten, ob sie, wenn durch die Beschlüsse der Synode die allsonntägliche Verlesung des Apostolicums untersagt würde, in unserer Landeskirche überhaupt noch zu bleiben vermöchten. Das Gewissen sei ein gar zartes Ding, und in der kirchlichen Gemeinde dürfe Nichts entstehen, was auch nur Einem zum Aergerniß gereiche. Wenn der Commissions-Vorschlag angenommen werde, so sei dadurch die sonntägliche Verlesung des Apostolicums auch für die Gemeinden aufgehoben, welche dieses schöne Vorrecht bisher geübt hätten, und es könnten dann Manche in dem Aufhören des Altgewohnten ein Entziehen sehen, welches die Herzen verlege. Diejenigen Prediger, welche die Verlesung des Apostolicums eingeführt hätten, ständen zwar nicht auf gefeßlicher Grundlage, aber sie hätten sicher in treuem Eifer gehandelt. Die Einheit im Gottesdienste sei viel werth, aber sie brauche nicht zur Einförmigkeit zu führen. Er sei übrigens bereit, den Schluß seines Antrages in der Weise einzubessern, daß es heiße: auf Wunsch der Gemeinden auch ferner dabei verbleiben könne.

Abgeordneter Skerl. Sein erster Antrag sei auf die obligatorische Einführung des Apostolicums gerichtet gewesen. Nur unter dem Drängen von verschiedenen Seiten habe er nachgegeben, den Antrag auf facultative Einführung zu stellen, freilich mit dem Bewußtsein, daß er etwas gethan habe, was er viel besser unterlassen hätte. Er habe im Augenblick der Erregung sich zur Aenderung seines ursprünglichen Antrages bewegen lassen und freue sich, daß die Commission denselben, wenn auch in etwas veränderter Weise, wieder aufgenommen habe. Das facultative Princip bei dieser Angelegenheit führe, wie ihm durch ferner's Durchdenken der Sache ganz klar geworden sei, nur zum Verderben.

Abgeordneter Wolff. In einzelnen Gemeinden des Landes werde das apostolische Glaubensbekenntniß schon seit 21 Jahren verlesen, und er sehe keinen Grund ein, diesen Gemeinden den Act des Bekenntnisses zu nehmen. Zur Einigkeit in der Kirche sei die Einförmigkeit nach dem Grundsatz unserer Kirche nicht erforderlich, wohl aber sei es, wie Luther sich ausdrückte, um der Liebe und des Friedens willen wünschenswerth, daß in einem Lande gemeinsame Gebräuche beständen. Diejenigen Gemeinden, bei denen das Bekenntniß im Gebrauch sei, so lange die meisten unter ihnen denken könnten, würden sehr unangenehm berührt werden, wenn ihnen auf einmal das, was sie im Laufe der Zeit so lieb gewonnen, genommen würde. Wie peinlich müsse es nicht für den Prediger sein, wenn er der Gemeinde mittheilen solle, daß das Bekenntniß, welches Allen an's Herz gewachsen sei, in Zukunft nicht mehr verlesen werden dürfe! Die Gemeinde müsse denken, es sei mit dem Bekenntniß nicht recht in der Ordnung, und das wirke in hohem Grade störend. Es sei sehr schwer, von etwas durchaus Berechtigtem abzulassen, und er spreche die Bitte aus, das Gewissen der Gemeinden, welchen das apostolische Bekenntniß an jedem Sonntage in der Kirche verlesen worden sei, schonen zu wollen.

Referent von Heinemann. Die Verlesung des apostolischen Glaubensbekenntnisses in der Kirche sei ohne Zweifel bisher ungesetzlich gewesen; dies dürfe man nicht außer Acht lassen. Bei aller arten Schonung nun, die er dem Gewissen der Gemeinden und den Einzelnen ge-

währen wolle, sehe er hier nicht die geringste Gefährdung. Von einer gänzlichen Abschaffung des Apostolicums sei gar keine Rede, denn dasselbe solle ja nach dem Commissionsvorschlage gerade an den hohen Festtagen verlesen werden. Man müsse der Willkür ein Ende machen und zu verhüten suchen, daß unter der Angabe von Gewissensbedenken Unregelmäßigkeiten in den Gottesdienst eingeführt werden.

Geheimerath Dr. jur. Triepß. Er habe sich bis jetzt in die Verhandlungen nicht eingemischt, damit erst das Für und Wider aus der Versammlung heraus nach allen Seiten beleuchtet werde; er wolle nun den Standpunkt des Kirchenregiments zu der angeregten Frage kurz darlegen. — Es komme allein auf die praktische Frage an, ob das Bekenntniß an dieser Stelle, über welche verhandelt werde, in den Gottesdienst eingeführt werden solle. Von einer Gewissenspflicht könne hier nicht die Rede sein, denn unser Reformator habe eine solche bei dieser Frage nicht statuirt, sondern die Einführung des Glaubensbekenntnisses in den Gottesdienst nur für löblich und wünschenswerth erklärt. Erklärlich sei es allerdings in hohem Grade, daß da, wo der Prediger als Verkünder der göttlichen Wahrheit auftrete, auch die Gemeinde sich als gläubig und zu Gottes Wort bekennend zeige. Deshalb sei die Einführung des Bekenntnisses in den Gottesdienst wohl wünschenswerth. Die facultative Einführung müsse er für sehr bedenklich halten, denn einmal werde dadurch, wie er glaube, das Bekenntniß selbst beeinträchtigt, und ferner sähe er schon mit Furcht den Zerwürfnissen entgegen, welche zwischen den Kirchenvorständen resp. den Gemeinden und den Predigern aus einer solchen Maßregel unzweifelhaft entstehen würden. Aus diesen Gründen sei die facultative Einführung des Bekenntnisses für das Kirchenregiment kaum annehmbar; das Obligatorische oder eine positive Alternative sei in diesem Falle durchaus nothwendig. Er müsse es deshalb als ein Glück bezeichnen, daß die Commission zu einem Ausgleich gelangt sei, der alle Theile befriedigen müsse. Wenn die Synode den Commissions-Antrag nur einstimmig annähme, so würde ein solcher Beschluß in keiner Weise seine Wirkung verfehlen. Dann werde und müsse sich Jeder fügen lernen, denn die Subjectivität habe doch schließlich eine Grenze. Nach der Augustana habe ja der episcopus, also der Landesherr mit seiner Synode, die Gebräuche zu bestimmen, und diesen Bestimmungen müsse sich Jedermann, der zur Kirche gehören wolle, willig unterwerfen. Er wolle es der Einsicht und dem guten Willen der Prediger überlassen, in ihren Gemeinden nöthigenfalls alle über diese Frage etwa entstehenden Irrthümer zu beseitigen, und bitte im Interesse der Sache dringend, alle derartigen Bedenken fallen zu lassen und dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Abgeordneter Steinmeyer. Man solle bedenken, daß auch von der Seite, auf welcher die Einführung des Bekenntnisses in den Gottesdienst als unzweckmäßig hingestellt sei, ein Opfer gebracht worden wäre. Von einer Aenderung des Glaubens sei keine Rede; was geändert würde, sei nur die Form. In einem solchen Falle seine Subjectivität geltend zu machen, das halte er für anspruchsvoll. Es heiße, gerecht zu sein und nach allen Seiten hinzuschauen, damit man sich in diesem wichtigen Punkte vereinen könne.

Abgeordneter Bode. Er habe schon in einer der früheren Sitzungen Namens einer größeren Anzahl Laien eine »Erklärung« überreicht, d. h. eine motivirte Abstimmung von mehreren Leuten auf einmal. Der von ihm jetzt gestellte Antrag bewege sich in derselben Richtung, und es müsse über denselben, wie er glaube, zunächst abgestimmt werden, denn dieser Antrag sei für ihn und viele Andere präjudiciell. Falls derselbe angenommen werde, sei er im Stande, für den Commissionsantrag zu stimmen. — Das apostolische Glaubensbekenntniß, dessen Einführung in den Gottesdienst Herzogliches Consistorium offenbar nicht für nöthig gehalten habe, sei ihm zwar eine ehrwürdige Ueberlieferung, aber er habe auch Furcht davor, denn er wisse, daß durch dasselbe viele Streitigkeiten und großes Unglück entstanden sei. Er sehe zu seinem Bedauern, daß jetzt wieder eine Richtung, welche die Dogmen fordern, »hoch werde«; da aber die Versammlung in ihrer Mehrzahl diese Richtung nicht vertrete, so sei die Abneigung gegen das Dogmen enthaltende Apostolicum wohl erklärlich. An Stelle der naiven Glaubensfreudigkeit

früherer Jahrhunderte sei die kalte Reflexion des Verstandes getreten, und diese vertrage das Glaubensbekenntniß nicht. In der Kirche sei allerdings kein Platz zum Reflectiren, aber hier bei der Verhandlung der vorliegenden Frage dürfe man reflectiren. Wenn das Apostolicum etwa für eine Verherrlichung der Kirche im Allgemeinen gelten solle, wie z. B. »Eine feste Burg ist unser Gott« für die Verherrlichung des Protestantismus, so habe er nichts dagegen; solle jedoch der Inhalt des Apostolicums aufrecht erhalten werden, so würde er mit vielen Anderen an der Verlesung desselben beim Gottesdienste Anstoß nehmen. Für den Fall jedoch, daß der Commissionsantrag durchgehe, wolle man der Gefahr die Spitze abbrechen, und dies geschehe durch Annahme seines Antrags, der als eine Declaration oder Reservation in mildester Form zu bezeichnen sei.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Seitens der Kirchenregierung sei er zur Abgabe folgender Erklärung im Stande:

»Aus der Ausnahme des Apostolicums in die Gottesdienstordnung kann nach Ansicht des Kirchenregiments eine Berechtigung zur Bedrückung der Gewissen nicht abgeleitet werden. Das Bekenntniß ist überhaupt norma normata, nicht normans credendorum.«

Abgeordneter Wolff. Von Kämpfen, die durch das Apostolicum hervorgerufen seien, habe er in der ganzen Kirchengeschichte nicht das Geringste gefunden. Der Abgeordnete Bode eifere gegen das Treiben derer, welche auf die Dogmen großen Werth legen, und der von ihm gestellte Antrag sei dogmatischer Natur, wenn auch negativ-dogmatisch. In dem Apostolicum solle von Theologie die Rede sein; es sei aber vielmehr ein reines Naturproduct, und durchaus kein Kunstproduct.

Geheimerath Dr. jur. Triepß. Die Sache drohe in eine nicht wünschenswerthe Richtung zu gerathen, und eine Furcht, die gar keine Basis habe, mache sich geltend. Die Reservation des Abgeordneten Bode bedeute: Es solle ein Beschluß darüber gefaßt werden, ob der Inhalt des Apostolicums geglaubt werden müsse oder nicht. Es würde ein Unglück sein, wenn die Synode über dogmatische Fragen, die in die Debatte gezogen werden, einen Beschluß fassen wollte. Einen Druck durch das Apostolicum hätten höchstens die Herren Pastoren zu besorgen, doch das sei völlig unerfindlich, wie den Laien gegenüber durch dasselbe ein Druck ausgeübt werden könne. Er müsse dringend vor einem Beschlusse über den Bode'schen Antrag warnen.

Abgeordneter Desterreich. Er wolle an das geehrte Mitglied des Herzoglichen Consistoriums, Consistorialrath Abt Ernesti, die Frage richten, ob die von ihm Namens der Kirchenregierung bekundete Erklärung wörtlich zu Protokoll gegeben werden könnte.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Er sei bereit, diese Erklärung wörtlich zu Protokoll zu geben.

Der Abgeordnete Desterreich beantragt sodann:

Synode wolle beschließen, daß diese hier Namens der Kirchenregierung abgegebene Erklärung wörtlich in's Protokoll aufgenommen werde.

Der Antrag findet die Zustimmung der Versammlung, und zieht hiernach der Abgeordnete Bode seinen Antrag zurück.

Der Herr Präsident schließt die Debatte und schreitet zur Abstimmung. Das Resultat derselben ist, daß die zu Nr. 7 gestellten Commissionsanträge und mit denselben die Nr. 7 des Entwurfs einstimmig von der Versammlung angenommen werden. Die übrigen Anträge zu dieser Nummer sind damit erledigt.

Zu Nr. 8: »Das Hauptlied« ist nichts zu bemerken.

Die Nummer 9 des aus der 1. Lesung hervorgegangenen Entwurfs lautet:

Die Predigt,

welche mit Gebet oder einem biblischen Segenswunsche beginnt, wird ein Jahr um das andere über die Perikopen des ersten und zweiten Jahrgangs, unter Umständen auch über einen freien

Text gehalten, bei dessen Vorlesung die Gemeinde sich erhebt. An hohen Festtagen kann unter der Predigt Gesang der Gemeinde eintreten.

Zu dieser Nummer liegt seitens der Commission folgender Antrag vor:

hinter dem Worte »gehalten« ein Punctum zu setzen, und den folgenden Satz so zu fassen:

»Zu der Verlesung erhebt sich die Gemeinde.«

Dieser Antrag und mit demselben die Nummer 9 wird von der Versammlung angenommen.

Die Nummer 10 des Entwurfs lautet:

— Nach der Predigt spricht der Geistliche die etwa erforderlichen Abkündigungen (nicht die Fürbitten und Danksgungen) und schließt daran ein kurzes Bibelwort, wie: »Der Friede Gottes, welcher höher ist« u. s. w.

Zu dieser Nummer ist

a. vom Abgeordneten Keunecke folgender Antrag eingegangen:

in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch die Aufgebote zu den Fürbitten zu zählen sind, und statt nach der Predigt von der Kanzel, wie die Fürbitten und Danksgungen vor dem Altare abgekündigt werden.

b. von der Commission:

Unter *N.* 10 — statt: »der Friede Gottes u. s. w.« zu setzen: »Die Gnade unsers Herrn Jesu Christi sei mit Euch Allen. Amen.«

Referent v. Heinemann. Die von der Commission beantragte Aenderung unter *N.* 10 beruhe auf einem Antrage des Abgeordneten Keunecke, welchen dieser zu I. *N.* 15 gestellt habe. Die Commission habe diese Aenderung schon hier eintreten lassen, und es sei dadurch der Keunecke'sche Antrag zu *N.* 15 beseitigt.

Für den zu dieser Nummer gestellten Antrag des Abgeordneten Keunecke könne er sich nicht aussprechen: Im Trausformulare sei eine Formel vorgeschrieben, welche nur darauf berechnet sei, daß die Ankündigung der Aufgebote nebst der Fürbitte von der Kanzel erfolge.

Abgeordneter Keunecke. Er glaube, die Aufgebote würden, vom Altare verkündigt, den Eindruck der Predigt nicht schädigen.

Referent von Heinemann. Die Formel, welche der Prediger nach der Predigt zu sprechen habe, sei so kurz, daß es ihm immer noch überlassen bleibe, von der Kanzel eine längere Fürbitte zu sprechen.

Auf Anfrage des Abgeordneten Thiele, ob das zu *N.* 10 von der Commission beantragte kurze Bibelwort nur beispielsweise gewählt sei, wird constatirt, daß es die Absicht der Commission gewesen sei, dieses Bibelwort nur beispielsweise zu citiren.

Der Antrag des Abgeordneten Keunecke wird abgelehnt, der Commissionsantrag zu *N.* 10, und mit demselben die Nummer 10 des Entwurfs, wird von der Versammlung angenommen.

Sodann ertheilt der Herr Präsident dem Abgeordneten Ude das Wort zur Verlesung eines an Se. Hoheit gerichteten Schreibens über das Resultat der Besprechung und Berathung bezüglich der von Herzoglichem Consistorium über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche gemachten Mittheilungen.

Nachdem dieses Schreiben von der Versammlung genehmigt ist, wird die heutige Sitzung unter Bestimmung der nächsten auf den 13. December cr., Morgens 10 Uhr, nach Verkündigung der Tagesordnung vom Herrn Präsidenten geschlossen.

*Kunze*, protokoll. Secretair.

# Verhandlungen

der

durch Landesfürstliche Verordnung № 102 vom 4. Novbr. 1876  
berufenen 2. ordentlichen Landessynode.

---

15. (Schluß-)Sitzung am 13. December 1876.

---

Nach Eröffnung der Sitzung, Verlesung und Genehmigung des Protokolls vom gestrigen Tage wird der Tagesordnung gemäß in der zweiten Lesung des Entwurfs der Gottesdienstsordnung fortgefahren, und zwar bei L. 11, bei welcher Nummer die Verhandlung in der letzten Sitzung abgebrochen war.

Die Nummern 11 und 12 werden in der durch die erste Lesung festgestellten Fassung in gesonderter Abstimmung von der Versammlung debattelos angenommen und lauten wie folgt:

## 11. Gesang der Gemeinde.

Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet. Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen. Hierauf spricht er das Vaterunser,\*\*) worauf die Gemeinde mit »Amen« antwortet.

\*\*) Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

## 12. P. (gegen den Altar):

Schaff' in mir, Gott, ein reines Herz! Hallelujah!

G.: Und gieb mir einen neuen, gewissen Geist! Hallelujah!\*\*\*)

\*\*\*) Für diese Antiphone tritt an den Festtagen die dazu bestimmte Festantiphone ein.

Die Nummer 13 des Entwurfs lautet:

P. singt (oder spricht) eine zum Beschluß des Gottesdienstes passende Collecte, an den Festtagen und in festlichen Zeiten eine darauf bezügliche Festcollecte.

G.: Amen.

Der hierzu gestellte redactionelle Antrag der Commission:

Diese Nummer so zu fassen:

P.: Schlußcollecte.

G.: Amen.

wird von der Versammlung angenommen.

Der Wortlaut der Nummer 14 im Entwurfe ist:

P. singt (oder spricht) den Segen: Der Herr segne und behüte dich u. s. w.

G.: Amen.\*)

\*) Wo es gebräuchlich ist, zum Schluß noch einen Gesangsvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll dies auch ferner gestattet sein.

Der Commissionsantrag zu dieser Nummer:

Die Worte: »singt oder spricht den Segen« zu streichen, und dafür den Segen ausdrucken zu lassen

wird von der Versammlung genehmigt, und mit der dadurch entstehenden Aenderung die Nummer 14 angenommen.

Die Nummer 15 des Entwurfs lautet:

Wird das h. Abendmahl gefeiert, so fallen die letzteren Stücke (Antiphone und Collecte) weg, und es folgt unmittelbar auf das Vaterunser und das »Amen« der Gemeinde ein Segenswunsch (Der Friede Gottes u. s. w.).

Darnach ein Gesangsvers, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten. Dieselbe Abkürzung kann auch, wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere örtliche Verhältnisse (Filiale) solches erfordern.

Zu dieser Nummer liegen folgende Anträge vor:

a. von der Commission:

die Worte: »die letzteren Stücke« und die Parenthese wegzulassen, und im 2. Absatz statt »örtliche Verhältnisse (Filiale)« zu setzen: »besondere Umstände z. B. Filiale.«

b. vom Abg. Keuncke:

Die Worte: »Der Friede Gottes u. s. w.« zu streichen, da dieselben schon bei Nummer 10 vorkommen.

c. vom Abg. Wolff:

Am Schlusse dieser Nummer das Wort »örtlich« wegzulassen.

Referent von Heinemann: Zur Vermeidung von Irrthümern wolle er hervorheben, daß dem Commissionsantrage zufolge nur das Parenthesezeichen, nicht etwa auch die in der Parenthese stehenden Worte gestrichen werden sollten.

Abg. Steinmeyer. Er bitte um Aufklärung darüber, ob die im letzten Satze dieser Nummer gedachte Abkürzung ohne Weiteres nach dem Belieben des betreffenden Predigers eintreten dürfe, oder ob zu derselben die Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums erforderlich sei.

Abg. Lerche (Eikum). Wie er glaube, sei es die Ansicht der Commission, daß jeder Prediger aus besonderen Umständen im Einverständnisse mit dem Kirchenvorstande die erwähnte Abkürzung eintreten lassen könne. Das »kann« deute in diesem Falle, sowie in mehreren anderen Fällen (z. B. I. 9, II. A. 3, 5, II. B. 3, 7) auf das Ermessen jedes einzelnen Predigers hin, welcher unter Würdigung der vorliegenden Verhältnisse nach Pflicht und Gewissen zu handeln habe.

Abg. Wolff. Bei einer dauernden Abkürzung sei seiner Ansicht nach die Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums erforderlich, nicht aber bei einer vorübergehenden, die aus den verschiedensten vorher gar nicht zu übersehenden Gründen eintreten könne.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Er halte es für selbstverständlich, daß, wenn von einer Regel in dauernder, bleibender Weise abgewichen werden solle, dies ohne Genehmigung des Consistoriums nicht geschehen könne. Ob aber aus einem ganz besonderen Grunde im Einzelfalle eine Abweichung von der Regel einzutreten habe, das dürfe man jedem Prediger zu beurtheilen überlassen. Eine weitere Präcisirung erscheine ihm nicht erforderlich, da der Sinn der Worte klar sei.

Abgeordneter Stöter. Bei der Ausnahme, welche man von der Regel gemacht habe, seien besonders die Filialprediger in's Auge gefaßt worden, diese Ausnahme sei gewiß durchaus gerechtfertigt.

Der Commissionsantrag zu N. 15 wird angenommen, und mit der dadurch entstehenden Aenderung sodann auch die Nummer 15.

Die Anträge Reuncke und Wolff sind durch die Commissionsanträge zu Nris. 10 resp. 15 erledigt.

Zu II. A. Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage und Charfreitage werden die Nummern 1 und 2 in der durch die erste Lesung festgestellten Fassung angenommen und lauten danach wie folgt:

N. 1. Nachdem es ausgeläutet hat, kniet der Pastor gegen den Altar und betet unter dem Anschlagen der Betglocke:

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser!

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser!

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, gieb uns Deinen Frieden.

Vater unser u. s. w.

N. 2. Hierauf Gemeindegesang der Bedeutung des Tages gemäß.

Die Nummer 3 lautet nach dem Entwurfe:

Hierauf verliest der Pastor am Altare nach einem biblischen Segenswunsch am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn. \*\*)

An beiden Tagen kann ein Chorgesang folgen; auch ist es nicht unstatthaft, in die Vorlesung selbst an geeigneten Stellen einzelne Gesangsverse einzulegen.

\*\*) Mit dem Verlesen der Leidensgeschichte in der stillen Woche ist überall so zu verfahren, daß mit dem ersten Hauptstücke am Montage Morgens der Anfang, mit dem sechsten Hauptstücke am Charfreitage Nachmittags der Beschluß gemacht wird. Am Palmsonntage wird Morgens nach der Predigt diese Vorlesung mit der Aufforderung an die Gemeinde zur Theilnahme an den folgenden Passionsgottesdiensten abgekündigt, Nachmittags aber daß 53. Kapitel des Propheten Jesaias vor dem Altare verlesen. Wo aber dieses Kapitel am Charfreitage als Epistel am Altare verlesen wird, mag die Vorlesung des fünften Abschnittes der Leidensgeschichte unmittelbar vor der Predigt von der Kanzel geschehen.

Hierzu sind von der Commission zwei Anträge redactioneller Natur gestellt:

a. Unter dieser Nummer statt »hierauf« zu setzen »Dann.«

b. Ebendasselbst: den zweiten Absatz von »an beiden Tagen -- einzulegen« in den Anfang der zweiten Anmerkung zu setzen.

Beide Anträge werden in gesonderter Abstimmung von der Versammlung angenommen, und danach die Nummer 3 mit diesen Abänderungen.

Die Nummern 4 und 5 werden in der vorliegenden Fassung genehmigt, sie lauten:

**N. 4.** Das Hauptlied, nach der Bedeutung des Tages ausgewählt.

**N. 5.** Die Predigt; wird am Gründonnerstage über die Epistel oder das Evangelium des Tages, als des Gedächtnistages der Einsetzung des heiligen Abendmahls, am Charfreitage aber über einen von dem Prediger zu wählenden Passionstext gehalten. Am Charfreitage kann sich an die Predigt die allgemeine Beichte anschließen.

**N. 6** des Entwurfs lautet:

Hierauf das Kirchengebet für diesen Tag nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern das h. Abendmahl gefeiert wird, sodann das Vaterunser und der Friede Gottes u. s. w.

Der hierzu gestellte Antrag der Commission:

statt der Worte: »Hierauf das Kirchengebet für diesen Tag« zu setzen: Hierauf ein für diesen Tag geeignetes Kirchengebet«

wird von der Versammlung genehmigt und mit dieser Aenderung die **N. 6** angenommen.

Die Nummer 7 des Entwurfs hat folgenden Wortlaut:

Hierauf folgt die Abendmahlsfeier in der gewöhnlichen Ordnung. Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst mit dem Segen und einem Gesangverfe beschlossen.

Die Commission hat beantragt, statt des Wortes »Hierauf« im Anfang dieser Nummer »Dann« zu setzen, was von der Versammlung genehmigt wird.

Abgeordneter Wolff glaubt, es sei besser, den Schluß dieser Nummer so zu fassen: »mit Gesang beschloffen«, denn sonst könne leicht der Irrthum austauschen, es dürfe nur ein Gesangvers zum Beschlusse gesungen werden.

Abgeordneter Steinmeyer. Das Wort »einem« sei an dieser Stelle kein Zahlwort, und die Fassung des Entwurfs habe danach ohne Zweifel denselben Sinn, welchen der Abgeordnete Wolff durch seinen Aenderungsantrag hineinlegen wolle.

Abgeordneter Wolff erklärt, er sei zufrieden mit der Fassung, wenn man die Worte in der eben vorgetragenen Weise interpretiren dürfe.

Die Nummer 1 sub II. B. »Am Bußtage« wird in der Fassung des Entwurfs angenommen und lautet:

1. Der Pastor betet zu Anfang das »Christe, Du Lamm Gottes« und das »Vater unser« wie am Gründonnerstage und Charfreitage.

Die Nummer 2:

Hierauf Gemeindegesang der Bedeutung des Tages gemäß.

wird mit der commissiönsseitig beantragten Aenderung: statt »hierauf« zu setzen: »Dann« — gleichfalls ohne Debatte, wie bei allen vorigen Nummern, von der Versammlung genehmigt.

Die Nummer 3 lautet:

Hierauf verliest der Geistliche am Altare einen der Bußpsalmen, wozu die Gemeinde sich erhebt. Hier kann ein Chorgesang folgen.

Der Antrag der Commission:

die Worte: Hier kann ein Chorgesang folgen« als Anmerkung zu setzen wird angenommen, und mit dieser Aenderung **N. 3.**

Die Nummer 4 lautet: »Das Hauptlied.«

Die Nummer 5: Die Predigt; wird über den vorgeschriebenen Bußstext gehalten.

Beide Nummern werden in dieser Fassung ohne Discussion angenommen.



Der Wortlaut der Nummer 6 ist folgender:

Darauf erhebt sich die Gemeinde und singt stehend den Gesang *N.* 290. Daran schließt sich die allgemeine Beichte oder das Bußtagsgebet (mit Absolution) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern das h. Abendmahl gefeiert wird. Sodann das Vaterunser und: Der Friede Gottes u. s. w. Darnach der zur Communion überleitende Gesangsvers.

Hierzu hat die Commission beantragt:

- a. Hinter dem Worte: »Bußtagsgebet« fortzufahren: »worauf die Gemeinde mit Ja oder Amen antwortet. Darauf Absolution nebst der Fürbitte u. s. w. (wie in der Vorlage).
- b. An das Wort »Absolution« unter dem Text folgende Note zu hängen:  
»Der Absolution ist am Schlusse folgende Fassung zu geben: Allen Unbußfertigen aber gebe Gott seinen heiligen Geist, daß sie mögen wahre Buße thun und selig werden.

Referent von Heinemann. Diese commissionsseitig eingebrachten Anträge seien die einfache Consequenz der Annahme der Nebenanträge, welche die Commission bei ihrer ersten Berathung der Vorlage gestellt habe (sub Nris. 14 und 15 des gedruckten Berichts der liturgischen Commission).

Die Versammlung habe diese beiden Anträge in folgender Fassung angenommen:

*N.* 14. Daß am Schlusse der Beichte die Gemeinde aufzufordern sei, ihre Zustimmung zu dem in ihrem Namen gegebenen Bekenntniß in irgend einer Weise zu betheiligen.

*N.* 15. Daß am Schlusse der sogen. Absolution die im Eingange desselben enthaltene Drohung in eine Fürbitte verwandelt werden möge, etwa: »Allen Unbußfertigen aber gebe Gott seinen heiligen Geist, daß sie mögen wahre Buße thun und selig werden.«

Es erscheine ihm zweckmäßig, wenn der Abgeordnete Rohde seinen auf Streichung dieses Antrages sub 15 gerichteten Antrag an dieser Stelle motiviren würde.

Der Herr Präsident tritt diesem Vorschlage bei und ertheilt dem Abgeordneten Rohde das Wort.

Abgeordneter Rohde. Die Worte, welche gestrichen werden sollten in der Absolution, seien ihrem Inhalte nach so beschaffen, daß man nichts dagegen einwenden könne. Sie enthielten keine Drohung, sondern nur eine Verkündung der Drohung, welche Gott in der h. Schrift selbst ausspreche. Wie ernstlich die Absolution gemeint sei, das solle gerade aus dem in den fraglichen Worten enthaltenen Gegensatz recht deutlich hervorgehen.

Abgeordneter Stöter. Mit Androhung der Ungnade das h. Abendmahl zu schließen, verletze das religiöse Gefühl. Man möge wie hier so auch in anderen Fällen das schöne Wort des Apostels beherzigen: »Betet und fluchet nicht.«

Abgeordneter Skerl. Wenn die Gemeinde in corpore ausdrücklich sich zum Bekenntniß erklärt habe, so sei ein Grund für Beibehaltung der bisher gebrauchten Worte nicht mehr vorhanden.

Abgeordneter Wolff. Nachdem das »Ja oder Amen« der Gemeinde gesprochen sei, gehöre auch eine Fürbitte nicht mehr an diese Stelle.

Nach kurzen Bemerkungen von Seiten der Abgeordneten Steinmeyer, Thiele, v. Heinemann zieht der Abgeordnete Rohde seinen Antrag, die *N.* 15 zu streichen, wieder zurück, und es werden darauf die beiden Commissionsanträge in gesonderter Abstimmung angenommen, mit diesen Aenderungen auch die Nummer 6.

Die Nummer 7 des Entwurfs lautet:

Ist keine Communion, so kann nach dem Gesangverse die Litanei gesungen werden.

Mit Antiphone, Collecte und Segen wird der Gottesdienst geschlossen.

Hierzu hat die Commission beantragt.

An das Wort »Litanei« folgende Anmerkung zu hängen: »Wo die Litanei nicht mehr im Gebrauche ist, soll sie gegen den Willen der Gemeinde nicht wieder eingeführt werden.«

Nachdem der Referent von Heinemann bemerkt hat, daß dieser Antrag nur eine andere Formulirung des bereits angenommenen ursprünglichen Nebenantrages N. 16 der Commission sei, genehmigt die Versammlung den Commissionsantrag, und sodann auch die Nummer 7 mit der dadurch entstehenden Aenderung.

Der Generalantrag des Abgeordneten Wolff:

»Die Bezugnahme auf die Antiphonen und Collecten, welche der Landessynode nicht vorgelegen haben, ist wegzulassen«

hat bereits durch Annahme der Commissionsanträge seine Erledigung gefunden.

Der Herr Präsident bemerkt, daß der Antrag des Abgeordneten Körner, die Befreiung kleiner Gemeinden von dem Gebrauche der Liturgie betr., richtiger zu dem Einführungsgeetze gehöre und bei Berathung desselben mit zur Debatte gestellt werden solle.

Referent v. Heinemann theilt hierauf der Versammlung die von der Commission für die 12 Hauptfestzeiten ausgewählten Antiphonen mit. Dieselben lauten:

#### 1. Am 1. Advent.

Pastor: Bereitet dem Herrn den Weg. Hallelujah.

Gemeinde: Machet seine Steige richtig! Hallelujah.

#### 2. Weihnachten.

Pastor: Euch ist heute der Heiland geboren! Hallelujah.

Welcher ist Christus, der Herr! Hallelujah.

#### 3. Epiphania.

Pastor: Mache Dich auf, werde Licht, denn Dein Licht kommt! Hallelujah.

Gemeinde: Und die Herrlichkeit des Herrn geht auf über Dir! Hallelujah.

#### 4. Passion.

Pastor: Christus ist um unsrer Missethat willen verwundet.

Gemeinde: Und um unsrer Sünde willen geschlagen.

#### 5. Oftern.

Pastor: Christus ist um unsrer Sünde willen dahingegeben! Hallelujah.

Gemeinde: Und um unsrer Gerechtigkeit willen auferweckt! Hallelujah.

#### 6. Himmelfahrt.

Pastor: Christus ist aufgehoben zum Himmel! Hallelujah.

Gemeinde: Und sitzet zur Rechten Gottes, des Vaters! Hallelujah.

#### 7. Pfingsten.

Pastor: Der Herr hat ausgegossen von seinem Geiste über die Gemeinde! Hallelujah.

Gemeinde: Den Geist der Gnade und des Gebets! Hallelujah.

## 8. Trinitatis.

Pastor: Heilig, heilig, heilig ist der Herr Zebaoth! Hallelujah.

Gemeinde: Alle Hände sind seiner Ehre voll! Hallelujah.

## 9. Hagelfeier.

Pastor: Herr, erzeige uns Deine Gnade und Güte! Hallelujah.

Gemeinde: Daß unser Land sein Gewächß gebe! Hallelujah.

## 10. Erndtedankfest.

Pastor: Es danken Dir, Gott, die Völker! Hallelujah.

Gemeinde: Es danken Dir alle Völker! Hallelujah.

## 11. Reformationsfest.

Pastor: Dein Wort ist meines Fußes Leuchte! Hallelujah.

Gemeinde: Und ein Licht auf meinen Wegen! Hallelujah.

## 12. Todtenfeier.

Pastor: Leben wir, so leben wir dem Herrn! Hallelujah.

Gemeinde: Sterben wir, so sterben wir dem Herrn! Hallelujah.

Die Versammlung erklärt auf Befragen, daß sie die in dieser Beziehung von der Commission gemachten Vorschläge annehmen wolle.

Ein fernerer Antrag der Commission:

Von der Berathung der von der Kirchenregierung vorgelegten Anlagen (Formulare etc.) zur Gottesdienstordnung, welche nur der Commission vorgelegen haben, Abstand nehmen zu wollen;

findet gleichfalls die Zustimmung der Versammlung.

Es wird sodann zur Berathung des Einführungsgegesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes betr., geschritten.

Der Eingang:

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc. etc. erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt, nach vorgängiger Berathung mit Unserm Herzoglichen Consistorio mit Zustimmung der Landessynode das nachfolgende Kirchengesetz. wird ohne Debatte angenommen, desgleichen der §. 1. nachdem der Consistorialrath Abt Dr. Ernesti folgende Druckfehler in der Vorlage berichtet hat:

a. im §. 1 muß es heißen statt »evangelischen« — evangelisch-lutherischen«

b. im §. 2 am Schlusse statt »anzuregen« — »anzuordnen.«

Der §. 1 lautet danach wie folgt:

Der Hauptgottesdienst an den Sonn- und Festtagen, sowie am Grünen Donerstag, Charfreitage und Bußtage soll in den evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes fortan in der Form gehalten werden, welche in der anliegenden Ordnung des Hauptgottesdienstes vorgeschrieben ist.

Es wird hiernach der §. 2 zur Berathung gestellt, welcher lautet:

Wegen des musikalischen Satzes der in der Ordnung des Hauptgottesdienstes vorgeschriebenen Antiphonen hat Herzogliches Consistorium das Erforderliche anzuordnen.

Abgeordneter Thiele. Er möchte bitten, bei Ausarbeitung des musikalischen Theils der Liturgie recht vorsichtig zu Werke zu gehen, namentlich auch denselben nicht einem einzelnen Fachmanne zu übertragen, weil dadurch leicht etwas Einseitiges geschaffen würde.

Referent von Heinemann theilt folgenden Antrag der Commission mit:

An das Herzogliche Consistorium den Antrag zu richten, die von der Landessynode zum Gebrauch an den Festtagen genehmigten Antiphonen als Anhang zur Gottesdienstordnung drucken und setzen zu lassen und für die möglichste Verbreitung des Ganzen zu sorgen.

Der Antrag wird zur Berathung verstellt.

Abgeordneter Eggeling. Er bitte auch, den musikalischen Theil möglichst künstlerisch-richtig ausarbeiten zu lassen, damit für lange Zeit etwas Gediegenes bleibe. Er wünsche, daß auch die Collecten musikalisch gesetzt würden; die bisherige Melodie sei doch gar zu einfach, und es müßte eine größere Auswahl von componirten Collecten vorhanden sein.

Abgeordnete Brunke und Lerche erklären sich gegen den Antrag des Abgeordneten Eggeling, welcher dahingeht, außer den Antiphonen auch die Collecten musikalisch setzen zu lassen.

Consistorialrath Abt Dr. Ernesti. Von vornherein sei es die Absicht des Herzoglichen Consistoriums gewesen, bei Einrichtung des musikalischen Sages sich vor jeglicher Einseitigkeit zu hüten und nicht nur einen tüchtigen Fachmann zuzuziehen, sondern auch verschiedene Geistliche, welche singen und welche nicht singen können, zu einer gutachtlichen Aeußerung demnächst zu veranlassen. Auch die Collecten mit musikalischem Sage zu versehen, das gehe seiner Meinung nach nicht an, weil die Commission von der Durchberathung der Anlagen zur Gottesdienstordnung, in welchen eine bestimmte Auswahl von Collecten enthalten sei, Abstand genommen habe, und weil es außerdem auch möglich sei, daß manche dieser keineswegs in gleicher Weise formulirten Collecten nicht sangbar seien.

Da vorläufig die bisherigen Collecten beibehalten würden, so sei es vielleicht zweckmäßig, dem Herzoglichen Consistorium die Erwägung der Frage zu überlassen, ob auch noch ein musikalischer Sag für Collecten erforderlich werden könnte.

Abgeordneter Eggeling. Der größte Theil der Collecten werde jetzt auf einer Note mit einigen Modulationen nach der Höhe und Tiefe gesungen; er wünsche, daß verschiedene Formen dafür gegeben würden. Uebrigens genüge es ihm, die Aufmerksamkeit Herzoglichen Consistoriums auf diesen Punkt gerichtet zu haben.

Abgeordneter Steinmeyer. Es sei doch sehr zweckmäßig, einige Collectenformulare herstellen zu lassen, damit wenigstens ein bestimmter Charakter in das Singen der Collecten hineinkomme. Der Gesang mancher Prediger in der Stadt Braunschweig sei allerdings auch jetzt eine Erbauung, aber oft werde man auch durch das Singen der Prediger in seiner Erbauung geradezu gestört.

Nach einer kurzen Bemerkung des Consistorialraths Abt Dr. Ernesti stellt der Abgeordnete Desterreich den Antrag: Zu beschließen, daß der Wunsch des Abgeordneten Eggeling als zu Protokoll ausgesprochen angesehen werde. — Die Versammlung ist hiermit einverstanden, und der Abgeordnete Eggeling zieht seinen Antrag wieder zurück, worauf der §. 2 in der Fassung der Vorlage genehmigt wird.

Der §. 3 lautet:

Den Termin der Einführung der neuen Ordnung des Hauptgottesdienstes festzusetzen, wird unserer Kirchenregierung vorbehalten. Derselbe wird durch Verordnung bekannt gemacht werden.

Der Antrag des Abgeordneten Körner, welcher seinem Inhalte nach an dieser Stelle zu besprechen ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Kirchenregierung wolle mit obligatorischer Einführung der Gottesdienstordnung baldigst vorgehen, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Landgemeinden, in welchen voraussichtlich die Kräfte zur erbaulichen Durchführung der Liturgie fehlen, auf Antrag der betreffenden Kirchenvorstände durch Herzogliches Consistorium von den im Gesetze vorgeschriebenen liturgischen Handlungen ausgeschlossen werden können.

Abgeordneter Körner. Der erste Theil seines Antrages sei bereits durch das inzwischen vorgelegte Einführungsgeſetz erledigt; der zweite Theil deſſelben, daß die kleineren Gemeinden vorläufig von dem Gebrauche der Gottesdienſtordnung nach eingeholter Genehmigung des Herzoglichen Conſiſtoriums diſpensirt werden könnten, empfehle ſich durch ſeine Zweckmäßigkeit.

Conſiſtorialrath Abt Dr. Erneſti. Die Möglichkeit des Diſpenſes ſei gegeben, denn bekanntlich vermöge Se. Hoheit im Einzelfalle, wo Rechte Dritter nicht in Betracht kämen, von der Befolgung einer Rechtsvorſchrift Diſpens zu ertheilen. Wenn nun dieſe Diſpenſertheilung Herzoglichem Conſiſtorium überlaſſen werden ſolle, ſo liege darin eine Erleichterung der Diſpenſation. Man müſſe aber jede Abweichung von dem Geſetze nicht erleichtern, ſondern im Gegentheil erſchweren; nur da, wo man ſähe, daß die Kräfte zur Durchführung der Liturgie wirklich fehlen würden, dürfe man auf das Geſuch der betreffenden Gemeinden Sr. Hoheit anheimgeben, Diſpens zu ertheilen. — In Bezug auf den Einführungstermin der Gottesdienſtordnung wolle er bemerken, daß man den 1. Advent nächſten Jahres, falls bis dahin die erforderlichen Vorbereitungen ſchon im ganzen Umfange getroffen ſein ſollten, in's Auge gefaßt habe. Eine beſtimmte Angabe zu machen, ſei er vorläufig noch nicht im Stande.

Er bitte, den Antrag des Abgeordneten Körner abzulehnen, da derſelbe nicht nöthig ſei und vielleicht ſogar ſchädlich wirken könne.

Der Abgeordnete Körner zieht hiernach ſeinen Antrag zurück, worauf der §. 3 in der Faſſung der Vorlage genehmigt wird.

Der §. 4 der Vorlage lautet:

Die Beſtimmungen in Theil II. Cap. IV. und VI. der erneuerten Kirchenordnung von 1709 und des unter dem 22. Januar 1780 für die Stadt Braunschweig erlaſſenen und unter dem 1. Mai 1780 auf das ganze Land ausgebreiteten Regulativs, wie es von Oſtern 1780 an nebst der alſdann zu geſchehenden Einführung des neuen Gefangbuchs auch in Abſicht der Liturgie in ein und anderem Stücke in der Stadt Braunschweig gehalten werden ſoll, werden, inſoweit ſie auf die durch die neue Ordnung des Haupt-Gottesdienſtes anderweit geregelten Punkte ſich beziehen, von dem Tage der Einführung der letzteren an aufgehoben.

Alle, die es angeht ic.

Braunschweig, den

Derſelbe wird in vorliegender Faſſung von der Verſammlung angenommen; gleichfalls auch der Antrag der Commiſſion, den Druck der Feſtantiphonen ic. betreffend.

Sodann erhält der Abgeordnete von Heinemann das Wort zur Verleſung eines an Se. Hoheit gerichteten Schreibens über das Reſultat der Berathung der Vorlage, die Ordnung des Hauptgottesdienſtes betreffend.

Nachdem dieſes Schreiben von der Verſammlung genehmigt worden, giebt der Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß im Namen des Kirchenregiments die Erklärung ab, daß die zu der Vorlage beſchloſſenen Abänderungen resp. Zuſätze ſämmtlich genehmigt wurden. Es wird hierauf die Vorlage nebst den beſchloſſenen Aenderungen resp. Zuſätzen und das Einführungsgeſetz im Ganzen einſtimmig von der Verſammlung genehmigt.

Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Triepß. In Veranlaſſung des vom Abgeordneten Bode zu Cap. II. der Anl. 5a. (Mittheilungen des Herzoglichen Conſiſtoriums über die Zuſtände der evangeliſch-lutheriſchen Landeskirche) in der Sitzung vom 24. November d. J. geſtellten, von der Verſammlung angenommenen Antrages habe, wie Hoher Landesſynode bekannt ſei, der Abgeordnete Wolff eine Eingabe an das Kirchenregiment gemacht, von deren Inhalt die Verſammlung in der Sitzung vom 28. November cr. Kenntniß erhalten habe. Um auch den Vertrauensſchwächeren jede Beforgniß zu nehmen, wolle er Namens des Kirchenregiments die nachfolgende Erklärung zu Protokoll geben:

Nach §. 213 der neuen Landschaftsordnung vom 12. October 1832 steht in der evangelisch-lutherischen Kirche die Kirchengewalt dem Landesfürsten zu, welcher sie unter Mitwirkung und Beirath des mit evangelischen Geistlichen und Laien besetzten Consistoriums ausübt.

Sodann bestimmt §. 214: Sollte der Landesfürst sich zu einer andern, als der evangelisch-lutherischen Religion bekennen, so wird die alsdann eintretende Beschränkung in der persönlichen Ausübung der Kirchengewalt ohne Aufschub mit Zustimmung der Landstände festgestellt werden.

Danach ist der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes staatsgrundgesetzlich ein evangelisch-lutherisches Kirchenregiment garantirt, und kann selbstverständlich, so lange das Staatsgrundgesetz besteht, von der Unterstellung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes unter ein nicht evangelisch-lutherisches Kirchenregiment nicht die Rede sein.

Auf eine Veränderung des Staatsgrundgesetzes hinzuwirken liegt nicht in der Intention der Kirchenregierung, auch würde selbstverständlich nur mit Zustimmung der Landes-Synode die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes eine Alteration auf gesetzmäßigem Wege erleiden können.»

Der Herr Präsident erklärt, daß die Geschäfte der zweiten ordentlichen Landessynode nunmehr beendet seien; er wolle nun noch den Vorschlag machen, die Versammlung möge mit der Erledigung aller etwa unerledigt gebliebenen kleineren Arbeiten, namentlich auch mit Feststellung des heutigen Sitzungsprotolles, den Synodal-Ausschuß beauftragen. — Der Vorschlag wird genehmigt. —

Der Herr Regierungscommissar, Wirkl. Geheimerath Dr. jur. Frieps, richtet hiernach an die Versammlung die folgende Rede:

Meine Hochgeehrten Herren!

Sie werden mit Befriedigung auf Ihre Berathungen und deren Ergebnisse zurückblicken.

Obgleich Sie bei dem Ihnen vorgelegten Entwurfe einer Gottesdienstordnung über Gegenstände zu verhandeln hatten, welche mit unseren heiligsten Ueberzeugungen und ebendeshalb mit unseren religiösen Gewissenspflichten im Zusammenhange stehen, ist es Ihnen dennoch gelungen, für die sich Anfangs geltend machenden Differenzen schließlich die versöhnende Ausgleichung zu finden.

Sie verdanken den glücklichen Erfolg dem hohen Ernste, von welchem alle Mitglieder dieser hochwürdigen Synode durchdrungen waren und dem dadurch allseitig hervorgerufenen Bewußtsein, daß die Genossen einer kirchlichen Gesamtheit sich ja wohl zu der ihnen gemeinsamen Leuchte des Evangeliums in verschiedenen Stellungen befinden mögen, ohne schon deshalb wirkliche oder gar feindliche Gegner zu sein.

Das Centrallicht, auf welches sämmtliche Glieder ihre Blicke richten, damit das Auge erhellt werde, sendet seine Strahlen nach allen Seiten aus und jeder Sterbliche wird sich sagen müssen, daß es gerade die ergänzende Gemeinschaft ist, welche die so leicht möglichen Mängel der individuellen Standpunkte zu beseitigen vermag.

Sie, meine hochgeehrten Herren, haben demgemäß in treuer Hingebung an die Sache sich gegenseitig die brüderliche Hand gereicht und die auf Ihrem einstimmigen Beschlusse beruhende Gottesdienst-Ordnung ist das erfreuliche Resultat Ihrer Thätigkeit.

Möge denn das von Ihnen vollendete Werk, welches zur Erbauung der Gemeinden unserer Kirche bei dem gemeinsamen Gottesdienste dienen soll, in diesen Gemeinden das kirchliche Leben fördern, auf daß unter Gottes Hülfe mittelst der Kirche, welche wir als die heiligste Anstalt ergänzender Gemeinschaft auf Erden verehren, in jedem Kirchengenossen die Gesinnung ächt christlicher Milde und der in der Liebe lebendige Glaube gekräftigt werde.

Die übrigen Ihnen gemachten Vorlagen werden, nachdem Sie die Zustimmung zu denselben ertheilt haben, zu weiterer Ausführung gelangen, die von Ihnen selbst gestellten Anträge aber der sorgfältigsten Erwägung unterzogen werden.

Indem ich Ihnen, meine hochgeehrten Herren, für die Hingebung, mit welcher Sie Sich den Synodal-Arbeiten gewidmet haben, Seitens des Kirchenregiments den wärmsten Dank ausspreche, erkläre ich kraft des mir ertheilten Höchsten Auftrags nunmehr im Namen Sr. Hoheit, Unfers Durchlauchtigsten Herzogs diese zweite ordentliche Landes-synode hiermit für geschlossen.

Der Herr Präsident spricht der Versammlung für das ihm geschenkte Vertrauen und für die Rücksicht, welche man ihm bei Verwaltung seines Amtes habe zu Theil werden lassen, seinen besten Dank aus.

Der Abgeordnete Thiele ersucht die Versammlung, den beiden Präsidenten für die umsichtige, gerechte, nach allen Seiten wohlwollende Behandlung der Geschäfte durch Aufstehen von den Sitzen ihren Dank aussprechen zu wollen. Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.

Hierauf wird die heutige Sitzung geschlossen, und ist damit die 2. ordentliche Landes-synode beendigt.

Kunze, protokoll. Secretair.

### Verichtigungen.

- Im Sitzungsberichte 8 S. 1 Z. 18 v. u. muß es heißen statt »**wer** der uneheliche Vater«, »**wenn** der uneheliche Vater«,  
 »            »            9 S. 2 Z. 7 v. u. statt »wonoch das »o« nicht hinzugesetzt sei,« »wonach das »o« erst hinzugesetzt sei.«  
 »            »            10 S. 5 Z. 5 v. o. statt »Bestimmungen der Landes**versammlung**«, Bestimmungen der Landes**verfassung**«.   
 »            »            13 S. 4 Z. 10 v. u. statt »nachmals«, »nochmals«, daselbst Z. 7 statt »sine **via** et studio,“ „sine **ira** et studio“, S. 6 Z. 19 v. o. statt »abmählig«, allmählig«.

Die ersten beiden Stunden werden nach dem 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Der 3. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Der 3. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Der 4. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Der 5. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Der 6. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Der 7. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Der 8. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Der 9. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Der 10. Teil der Vorlesung wird am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten.

Am 1. und 2. Teil der Vorlesung abgehalten. Am 3. und 4. Teil der Vorlesung abgehalten. Am 5. und 6. Teil der Vorlesung abgehalten. Am 7. und 8. Teil der Vorlesung abgehalten. Am 9. und 10. Teil der Vorlesung abgehalten.



## Anlage 1. (Prot. 1.)

Von Er. Hoheit unserm Durchlauchtigsten Herzoge mit dem gnädigen Auftrage beehrt, die zweite ordentliche Landessynode zu eröffnen, erfülle ich zunächst die mir obliegende angenehme Pflicht, Sie, meine hochgeehrten Herren, die Sie dem landesfürstlichen Rufe Folge leistend hier erschienen sind, freundlich willkommen zu heißen.

Wenn wir den stillen Frieden, dessen sich unser Land erfreut, mit den in manchen anderen Staaten herrschenden Zuständen vergleichen, so haben wir wohl Grund, uns Glück zu wünschen und Gottes Gnade zu preisen. Uns sind feindliche oder auch nur ernste Konflikte zwischen Staat und Kirche so gut wie unbekannt. Im Inneren unserer Landeskirche selbst giebt es wohl verschiedene Stellungen und Richtungen, aber keine Wortführer, welche in den geweihten Räumen der Kirche Sitz und Stimme fordern, um unser christliches Heiligtum, den Glauben an den geoffenbarten Sohn des lebendigen Gottes zu bemäkeln und zu negiren.

In einer Zeit, in welcher die idealen Bestrebungen, namentlich die christlichen Lebensideale so mannigfachen Anfeindungen ausgesetzt sind, liegt allerdings die Frage nahe, ob wir unseren Frieden der Stärke unseres gemeinsamen zuversichtlichen Glaubens, welcher die Welt überwindet, zu verdanken haben, oder ob sich darin die theilnahmlose Gleichgültigkeit betruhet, welche schließlich zum Verderben, weil zum geistigen Tode, führt.

Wir wollen nicht leugnen, daß es auch im Gebiete unserer Landeskirche manche und leider nur zu viele Stellen giebt, an denen das hervorziehende Haideweib unwillkürlich den Eindruck der innerlichen Wüste und Dede hervorruft. Ueberblicken wir aber unbefangen die uns in den umfassenden Mittheilungen des Herzoglichen Consistoriums dargelegten Zustände, so müssen wir bekennen, daß sich Gottlob an den meisten Orten ohne viel Geräusch, wie das unsere übliche Gewohnheit ist, jedoch mit nachhaltiger Ausdauer ein gesundes christliches Leben entfaltet und Keime hervortreibt, welche unter fernerer sorgfältiger Pflege erfreuliche Blüten und Früchte erwarten lassen. Seien wir nur unermüdet in dieser Pflege und wir dürfen im frommen Vertrauen auf Gottes gnädigen Schutz und Beistand getrost der Zukunft entgegensehen.

Die erwähnten Mittheilungen über unsere kirchlichen Zustände werden Ihnen, meine hochgeehrten Herren, einen reichen und mannigfaltigen Stoff für Ihre Beratungen bieten. Unter den übrigen Vorlagen, welche an Sie gelangen werden, sind besonders zwei von solcher Bedeutung, daß es sich empfehlen wird, schon jetzt Ihre Aufmerksamkeit auf dieselben zu lenken.

Die eine Vorlage enthält den schon der vorigen Synode überreichten Entwurf einer Gottesdienstordnung. Die von jener Synode erwählte Commission wird in dem zu erstattenden Berichte das Resultat der Vorprüfung Ihnen eröffnen und Sie werden den so vorbereiteten Gegenstand zu verathen und darüber zu beschließen haben. Daß diese das innerste Leben der Kirche unmittelbar berührende Verathung, wenn sie segensreich wirken soll, von allen Seiten die vollste freudigste Hingebung an die Sache fordert, muß ohne Weiteres einleuchten.

Der andere freilich mehr äußerliche, aber für die Kirche doch sehr wichtige Gegenstand betrifft die Beseitigung der Zweifel, welche über das Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung erhoben sind. Sie werden zu prüfen haben, ob die Auskunftsmitel, welche die Ihnen zugehende Denkschrift in Vorschlag bringt, Ihrer Ansicht nach geeignet sind, ohne Gefährdung der staatlichen Interessen unserer Kirche die für ihr Gedeihen so nothwendige freie Bewegung zu sichern.

Sie ersieht hieraus, meine hochgeehrten Herren, daß Ihre Arbeiten, mag auch deren äußerer Umfang nur mäßig sein, für das Wohl der Kirche von großer Erheblichkeit und nicht ohne mannigfache Schwierigkeiten sein werden.

Daß Ihre Mühen das Beste der Kirche fördern mögen, ist mein aufrichtiger Wunsch, aber auch meine durch Ihre bewährte Pflichttreue wohlverrechtigte Hoffnung.

---

**Anlage 2. (Prot. 1.)**

**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Erw. Hoheit präsentiert die versammelte 2. ordentliche Landessynode zu dem Amte eines  
Vorsitzenden und dessen Stellvertreters die Abgeordneten:

Oberbürgermeister Dr. Caspari,

General-Superintendent Steinmeyer,

Landyndicus a. D. Desterreich,

mit dem unterthänigsten Ersuchen, Einem der Genannten als Vorsitzenden und Einem als  
dessen Stellvertreter die Landesfürstliche Bestätigung gnädigst ertheilen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht

**Erw. Hoheit**

Braunschweig,

den 23. Novbr. 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste

Landessynode.

**Der Alterspräsident**

*Oesterreich.*

*Proetzel, protokoll. Secretair.*



**Wilhelm, Herzog v.** Auf den Bericht vom heutigen Tage wollen Wir dem Abgeordneten Oberbürgermeister Dr. Caspari als Vorsitzenden der Landes-Synode und dem Abgeordneten General-Superintendent Steinmeyer als dessen Stellvertreter Unsere Bestätigung hierdurch ertheilen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**  
**Friedr.**



**Wilhelm, Herzog v.** Wir eröffnen der Landes-Synode, daß als Unser Commissar bei den Verhandlungen Unser Wirklicher Geheimer-Rath Dr. jur. **Triebs** fungiren wird, und daß in gleicher Weise auch die übrigen Mitglieder Unseres Herzoglichen Staats-Ministerii ermächtigt sind, zur Wahrnehmung der Zuständigkeiten Unserer Kirchen-Regierung als Commissare Uns zu vertreten, so oft sie an den Verhandlungen der Landes-Synode Theil nehmen werden.

Unser Herzogliches Consistorium hat als Vertreter bei der Landes-Synode ausersuchen:

den Abt und Consistorialrath Dr. theol. **Ernesti**,

den Consistorialrath von **Schmidt-Phisfeld**

und

den Consistorialrath **Sallentien**,

welche dieser Vertretung sich unterziehen werden.

Braunschweig, den 23. November 1876.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Triebs.**





Wir benachrichtigen Sie davon, daß der Polizei-Assessor Dr. jur. Proessel hieselbst mit der Beforgung der Secretariatsgeschäfte der 2ten ordentlichen Landes-synode beauftragt ist, und daß die Führung des Productenbuches, sowie die Cassenführung von dem Finanz-Registrator Deicke übernommen werden wird.

Braunschweig, den 11. November 1876.

Herzoglich Braunschw.=Lüneb. Staats=Ministerium.

Trieps.

An  
den Präsidenten des Synodal-Ausschusses  
Oberbürgermeister Caspari  
hieselbst.



(Hat Anl. 5a. u. Anl. I., II. u. III. dazu, sowie Anl. 5b. u. 5c.)

Anl. 5a. u.  
Anl. I., II.  
u. III. der-  
selben.

**Wilhelm, Herzog zc.** Nach §. 20. II. Absatz 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 soll der Landessynode beim Beginne jeder ordentlichen Versammlung über die Zustände und Verhältnisse der Landeskirche von der Kirchenregierung eingehende Mittheilung gemacht werden. Wir haben diese Mittheilung von Unserm Herzoglichen Consistorium entwerfen und bereits unter dem 24. September d. J. dem Synodal-Ausschusse zugehen lassen. Die Mitglieder der Landessynode werden dadurch um so schneller von dem Inhalt jener Arbeit Kenntniß erlangen und zugleich daraus ersehen, daß die Anträge und Wünsche, welche die erste ordentliche Landessynode in dem an Uns gerichteten Schreiben vom 22. November 1872 zusammengefaßt hat, von Unserm Herzoglichen Consistorium gründlich geprüft und erwogen sind, auch, soweit dies thunlich erschien, Berücksichtigung gefunden haben.

Nur in Bezug auf einige Punkte, über welche bei dem Abschlusse der Mittheilung die Berathungen Unseres Herzoglichen Consistoriums noch nicht beendet waren, finden Wir Uns zu folgenden ergänzenden Bemerkungen veranlaßt.

- 1) Unter **N. 3** des erwähnten Schreibens vom 22. November 1872 hat die Landessynode das Ersuchen an Uns gerichtet:

es möge in Erwägung gezogen werden, ob nicht die Gesuche in Bezug auf die Dispensation von dem gesetzlichen Alter der Confirmanden, soweit sie nur das letzte Halbjahr betreffen, nach vorgängiger Prüfung durch den Kirchenvorstand den zuständigen Superintendenten zur Entscheidung zu überweisen seien, wobei das Recursrecht der Eltern an Herzogliches Consistorium bewahrt bleiben soll.

Unser Herzogliches Consistorium, welches Wir mit Prüfung der Sache beauftragten, fand gegen den Antrag vom rein kirchlichen Standpunkte aus nichts zu erinnern, legte auch demgemäß den Entwurf eines Kirchengesetzes vor.

Es mußte jedoch ferner erwogen werden, ob und welchen Einfluß diese kirchliche Dispensation auf die landesgesetzliche Schulpflicht ausüben könne und sollte,

da ohne Landesgesetz nicht davon die Rede sein dürfte, daß die Kirche durch ihre Organe auch von staatlichen Verpflichtungen zu dispensiren vermöge.

Anlage 5b.

Das Resultat der weiteren Erwägungen wird die Landessynode aus dem sub A abgeschrieben beigefügten Berichte Unseres Herzoglichen Consistoriums vom 4. October d. J. ersehen. Auch Wir können aus den in jenem Berichte dargelegten Gründen nur dafür halten, daß es am Einfachsten und Zweckmäßigsten ist, wenn der bisherige Zustand unverändert bleibt, also Unser Herzogliches Consistorium, in welchem sich die kirchlichen und staatlichen Functionen vereinigen, nach wie vor die betreffenden Dispensationen ertheilt. Wir geben der Landessynode anheim, sich hiermit einverstanden erklären zu wollen.

2. Unter **Nr** 11 und 12 l. c. ist das Ersuchen gestellt:

**Nr** 11,

- a. die allmähliche Einschränkung und Aufhebung derjenigen geistlichen und weltlichen Kirchenpatronate, welche außer dem landesherrlichen Patronate vorhanden sind, durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts im Wege der Verwaltung anzustreben;
- b. auch zu erwägen, ob nicht die unverweilte Aufhebung obiger Patronate durch die Landesgesetzgebung bei der Landesregierung anzuregen sei;

**Nr** 12

in Fällen, wenn ein Prediger ohne Wittve und Kinder zu hinterlassen, verstorben, oder wenn ein Prediger vereszt ist, die Präsentationszeit von 6 Monaten auf 3 Monate zu verkürzen.

Anlage 5c.

Auch über diese Punkte haben Wir von Unserem Herzoglichen Consistorium Berichte gefordert, welche Wir der Landessynode hierneben sub B und C in Abschrift zugehen lassen.

Der Antrag sub **Nr** 12, bei welchem die erste Landessynode scheinbar von einer nicht zutreffenden Voraussetzung ausgegangen ist, wird nach der im Consistorial-Berichte vom 15. Juli d. J. (Anlage B) gegebenen Erläuterung als erledigt angesehen werden können.

In Bezug auf die sub **Nr** 11 gestellten Anträge wird die Landessynode aus den erwähnten Berichten die erheblichen Bedenken ersehen, welche Unser Herzogliches Consistorium dagegen geltend machen zu müssen glaubt. Da jedenfalls in diesen Berichten mannigfache Momente hervorgehoben sind, welche bei der früheren Synodalberathung nicht berücksichtigt sind noch berücksichtigt werden konnten, so erscheint es angemessen, daß Wir Unsere Beschlüsse aussetzen, bis die Landessynode auch die Gegenargumente Unseres Herzoglichen Consistoriums erwogen und sich darüber schlüssig gemacht hat, ob Dieselbe bei ihren früheren Anträgen in der gleichen oder etwa in modificirter Form verharren will.

Wir ersuchen die Landessynode, demgemäß gefälligst weiter zu verfahren.

Braunschweig, den 23. November 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

## Anlage 5<sup>a</sup>. (Prot. 1.)

Bei der Mittheilung, welche mit Höchster Genehmigung die unterzeichnete Kirchenbehörde der Hochwürdigsten Landessynode in Gemäßheit der Bestimmung des §. 20 II. des Gesetzes vom 31. Mai 1871, deren Errichtung betr., über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche im Folgenden zu machen sich beehrt, ist vorzüglich der Zeitraum, welcher zwischen der ersten und der zweiten ordentlichen Landessynode liegt, ins Auge gefaßt worden; es haben jedoch die Grenzen jenes Zeitraums bei Darlegung einzelner Gegenstände z. B. der Kirchenvermögens-Verwaltung, aus nahe liegenden Gründen nicht vollständig inne gehalten werden können.

### Cap. I.

#### Verhältniß der Landeskirche zum Staat.

Die grundgesetzlich festgestellte, durch die Landesherrliche Kirchengewalt vermittelte Verbindung von Staat und Kirche hat unverändert fortbestanden; jedoch sind in folgenden Beziehungen, in denen der Staat theils der Kirche zur Handhabung ihrer Ordnung Zwangsmittel zu Gebote stellte, theils an ihre Acte bürgerliche Rechtsgiltigkeit knüpfte, theils sich ihrer Organe zur Aufsicht von Anstalten bediente, deren Pflege er zu seinen eigenen Aufgaben rechnete, Veränderungen eingetreten.

A. Durch das Gesetz vom 25. März 1873, *N* 63, die Verabsäumung der sechs- wöchigen Tauffrist betr., ist der Taufzwang beseitigt, indem durch §. 1 desselben die Strafbestimmung im §. 1 der höchsten Verordnung vom 3. Mai 1815 *N* 9, die Verlängerung des in der Kirchenordnung vorgeschriebenen Tauftermins betr., aufgehoben worden ist.

Die kirchlichen Verpflichtungen in Bezug auf die Taufe sind dadurch ebensowenig berührt, wie durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beaufundung des Personenstandes und die Eheschließung; cf. §. 82 des Reichsgesetzes.

B. Durch das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 ist der kirchlichen Trauung die Wirkung der bürgerlichen Rechtsgiltigkeit entzogen und die Führung von Civilstandsverzeichnissen durch Standesbeamte angeordnet worden.

Das Verhältniß der kirchlichen Trauung zur bürgerlichen Eheschließung ist durch das Kirchengesetz, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betr., vom 8. December 1875 *N* 91 geordnet und die vom 1. Januar 1876 an statt habende Führung der Kirchenbücher durch Instruction des Herzogl. Consistoriums vom 29. Decbr. 1875 bestimmt worden.

C. Während das Verhältniß der Kirche zu den Gemeindeschulen und den Bildungsanstalten für die Gemeindeschullehrer unverändert geblieben ist, werden in Folge des Gesetzes vom 8. April 1876, die Errichtung einer Oberschulcommission und die staatliche Beaufsichtigung der Unterrichtsanstalten betr., die Befugnisse und Pflichten, welche bezüglich der Gymnasien des Landes dem Herzogl. Consistorio (vergl. Seren. Verordnung vom 14. April 1814, **Nr** 19, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr.), resp. den dieser Behörde unterstellten Ephoren und Schulcommissionen zustanden, mit Ausnahme der Befugnisse und Pflichten, welche die Aufsicht auf den Religionsunterricht enthält, mit dem 1. Januar 1877 auf die Oberschulcommission und die derselben unterstellten Curatorien übergehen.

## Cap. II.

### **Verhältniß der Landeskirche zu der deutschen evangelischen Gesamtkirche, sowie zu den anderen Religionsgesellschaften im Lande.**

A. Die hiesige Kirchenregierung hat ihre Betheiligung an der deutschen evangelischen Kirchenconferenz fortdauern lassen.

Die Verhandlungen der Eisenacher Conferenz wegen Betheiligung von Synodal-Abgeordneten an ihr sind bis jetzt nicht zum Abschlusse gelangt. In der Sitzung vom 5. Juni 1874 hat jene in dieser Beziehung mit 13 gegen 5 Stimmen den Antrag angenommen:

„die Conferenz wolle den Kirchenregierungen empfehlen, nach dem seitens des preussischen Oberkirchenraths gestellten Antrag dem §. 1 der Geschäftsordnung der deutschen evangelischen Kirchenconferenz vom 18. September 1851 folgende Zusätze beizufügen:

Die Kirchenbehörden sind befugt, neben den aus ihren eigenen Mitgliedern entnommenen Abgeordneten auch Mitglieder der in ihrem Gebiet bestehenden Landes- oder Provinzialsynoden zur Conferenz zu deputiren.

Wo der Auftrag der Synodalmitglieder kirchenverfassungsmäßig mit dem Schlusse der Synodalversammlung endet, können Kirchenglieder abgeordnet werden, welche während der letzten Versammlung der Landes- oder Provinzialsynode zu deren Mitgliedern gehört haben.“

Die hiesige Kirchenregierung hat sich mit diesem Beschlusse einverstanden erklärt.

Auf Anlaß der hiesigen Kirchenregierung ist im August 1875 eine außerordentliche Conferenz zu Eisenach von 31 Abgeordneten der Kirchenregierungen aus Preußen (ältere und neuere Lande), Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Großherzogthum Sachsen, Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere Linie, Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe-Deimold zusammengetreten behuf Verathung der Frage: Wie die evangelische Kirche sich zum Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 zu stellen habe. Die Verhandlungen haben in den Protocollen (i. Allgem. Kirchenblatt für das evangelische Deutschland, 1875, S. 617 ff. —) ihren Ausdruck gefunden.

Einer der neuen Gegenstände, welche der Eisenacher Conferenz zur Verhandlung für

1877 vorliegen, ist: Einrichtung eines gemeinsamen Bußtages für sämtliche evangelische Kirchen Deutschlands.

Die Hochwürdige Synode wird veranlaßt werden, sich über diese Angelegenheit gutachtlich zu äußern.

B. Im Verhältniß zur römisch-katholischen, der reformirten Kirche und den Secten ist durch die neueste Gesetzgebung insofern eine Aenderung eingetreten, als durch das Gesetz vom 25. März 1873 *M* 62, die Verhältnisse der Dissidenten betr., jedem volljährigen Staatsbürger der Austritt aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche ohne gleichzeitigen Uebertritt in eine andere vom Staate anerkannte, resp. zugelassene Religionsgesellschaft gestattet ist, und als nach dem Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 ein bis dahin häufiger Anlaß zu Conflicten mit den Geistlichen der römisch-katholischen Kirche bezüglich der Trauung gemischter Paare beseitigt ist.

### Cap. III.

#### Kirchenverfassung.

A. In dem Organismus der Behörden der evangelisch-lutherischen Landeskirche ist eine Veränderung nicht eingetreten.

1) Die Hochwürdige Landes-Synode hat in einem Schreiben vom 22. November 1872 (s. Anl. 18 der Protocolle der ersten Landes-Synode) an Se. Hoheit, den Herzog, unter 14 das Ersuchen gerichtet, dahin wirken zu wollen, daß ein besonders dazu geeigneter Baubeamter des Landes bestimmt werde, welcher die einzelnen Kirchenbauten leite und die eingehenden Kirchenbaupläne prüfe und feststelle.

Herzogl. Consistorium hat die Berücksichtigung dieses Antrags der Herzogl. Landesregierung dringend empfohlen.

2. In dem erwähnten Schreiben ist unter 2 an Se. Hoheit das Ersuchen gerichtet: eine Vorlage machen zu wollen, wodurch die mit der Besorgung der Geschäfte der weltlichen Kirchenvisitatoren durch die Kreis-Directoren verbundenen Uebelstände beseitigt werden.

Herzogl. Consistorium hat diese Angelegenheit, deren Regelung schließlich auf dem Wege staatlicher Gesetzgebung wird geschehen müssen, wiederholt in Erwägung gezogen, befindet sich indeß bis jezt außer Stande, Vorschläge zu machen, welche geeignet wären, den aus dem sonstigen Geschäftsumfange der Kreis-Directoren, auf deren Bethheiligung an Verwaltung der Kirchenangelegenheiten ein großes Gewicht zu legen ist, hervorgehenden Uebelständen abzuhelpfen.

3. Hinsichtlich der Competenz der geistlichen Visitatoren ist in dem hier in Betracht kommenden Zeitraume eine Veränderung nicht eingetreten.

In Folge einer der ersten Landes-Synode gemachten Zusage theilen wir denselben hieneben in Anlage I. eine Uebersicht der im Herzogthume vorhandenen General-, Stadt- und Specialinspectionen mit.

Die Geschäftskreise der geistlichen Visitatoren decken sich nicht überall mit denen der weltlichen Visitatoren; es sind indeß daraus bis jezt erhebliche Uebelstände nicht hervorgegangen.

4. Die mit der ersten Landes-Synode vereinbarte Kirchenvisitations-Ordnung für die evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes ist unter dem 3. Januar 1873 publicirt worden.

Derselben gemäß haben in den Jahren 1873, 1874 und 1875 in folgenden Gemeinden Kirchen-Visitationen stattgefunden:

a. in der General-Inspection Wolfenbüttel

1873: zu Ampleben, Kablingen, Samleben und Kneitlingen, Semmenstedt, Seinstedt, Westerlinde, Reppner, Lebenstedt;

1874: zu Schöppenstedt, Schliestedt und Warle, Gr.- und Kl.-Dahlum, Kalme, Rissenbrück, Hedeper, Burgdorf und Nordassfel, Barbecke, Apelnstedt und Bolzum, Högum, Döstedt.

1875: zu Cilum und Weserlingen, Kl.-Biewende, Leinde und Watenstedt, Geitelde, Zümmelse, Köchingen und Ledingen, Broistedt, Thiede.

b. in der General-Inspection Braunschweig:

1873: zu Denstorf, Lehdorf, Sichte, Meerdorf;

1874: zu St. Martini in Braunschweig, Zimmerlah, Bortfeld, Wendhausen, Wähle.

1875: zu Wendeburg, Volkmarode, Abbenrode, Bevenrode, Wedtlenstedt, Mascherode, Rautheim, Duttensstedt.

c. in der General-Inspection Helmstedt:

1873: zu Calvörde, Marienthal, Bornum, Süpplingenburg, Grashorst, Belpke, Beierstedt.

1874: zu Trellstedt, Volkmarisdorf, Twülpstedt, Uthmöden, Dobbeln, Hoiersdorf, Woback, Pabstorf, Ingeleben;

1875: Jerxheim, Emmerstedt, Saalsdorf, Bahrdorf, Büddenstedt, Dffleben, Heffen.

d. in der General-Inspection Gandersheim.

1873: zu Altengandersheim, Naensen.

1874: zu Oppperhausen, Badenhausen, Heckenbeck, Wenzgen, Brunsen, St. Laurentii in Bodenburg, Bornum bei Seesen, Langelsheim, Alfesfeld.

1875: zu St. Johannis in Bodenburg, Lutter a./B., Mahlum, Neustadt-Harzburg.

e. in der General-Inspection Holzminden.

1873: zu Harderode, Heyen, Hohe.

1874: zu Derenthal, Rühle, Golmbach, Grünenplan, Wangelnstedt, Gehlen, Kemnade.

1875: im Wilhelmsstift zu Bevern, Meinbrexer, Amelunxborn, Eschershausen, Grave.

f. in der General-Inspection Blankenburg:

1873: zu Braunlage.

1874: zu Benzingenrode, Börnecke, Gattenstedt, Wieba.

1875: zu Hasselsfelde, Heimbürg, Stiege, Trautenstein.

Herzogl. Consistorium hat in mehreren Fällen wegen besonderer Umstände, z. B. augenblicklicher Vacanz, Versetzung der Geistlichen, anhaltender Krankheit der Visitatoren oder Prediger, die Genehmigung zu einem Aufschub der Kirchen-Visitationen erteilt.

Ueber die Kirchen-Visitationen des Jahres 1876 haben zur Zeit dieser Mittheilungen die Kirchen-Visitations-Berichte erst zum Theil vorgelegen.

B. Was die Kirchenvorstände betrifft, so hat

1) die durch das Gesetz vom 30. Novbr. 1851 *M* 52 festgesetzte Kirchenvorstands-



ordnung die von der Kirchenregierung mit der ersten Landes-Synode vereinbarten Veränderungen rücksichtlich des Verfahrens bei der Wahl der Kirchenverordneten und des Vorstizes im Kirchenvorstande erfahren.

Die Landesversammlung hat jenen Veränderungen ihre Zustimmung ertheilt, worauf unter dem 10. Octbr. 1873 das Gesetz, betreffend Abänderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Novbr. 1851 *N* 52, über das Verfahren bei der Wahl der Kirchenverordneten und über den Vorstiz im Kirchenvorstande, mit dem zugleich auf die Staatshoheit bezüglichen Eingänge publicirt worden ist.

2) Die Hochwürdige Landes-Synode hat in einem Schreiben vom 22. Novbr. 1872 (s. Anl. 18 der Protocolle der ersten Landes-Synode unter 15) an Se. Hoheit, den Herzog, das Ersuchen gerichtet, das Gesetz vom 30. Novbr. 1851, die Errichtung von Kirchenvorständen betr., auch dahin einer Revision unterziehen zu wollen, daß den Kirchenvorständen eine größere Selbstständigkeit eingeräumt werde.

Herzogl. Consistorium hat über diese Angelegenheit Höchsten Orts Vortrag gemacht, worauf mittels Höchsten Rescripts vom 5. Juni 1875 demselben eröffnet worden ist: es liege nicht in Höchster Absicht, auf Veranlassung von *N* 15 des Schreibens der Landes-Synode vom 22. Novbr. 1872 eine auf Erweiterung der Competenz der Kirchenvorstände gerichtete Vorlage zu machen, vielmehr sei zu erwarten, ob in dieser Beziehung demnächst bestimmte Anträge von Seiten der Landes-Synode erfolgen werden. Vergleiche weiter unten die Mittheilung über die Inspections-Synoden: C2, b.

3. In dem erwähnten Schreiben vom 22. Novbr. 1872 ist unter 16 an Se. Hoheit das Ersuchen gerichtet: den Grundsatz durchzuführen: der Prediger ist der Kirchenrechnungsführer, wenn nicht auf seinen Antrag der Kirchenvorstand ein Anderes beschließt.

Da das Verhältniß im Wesentlichen so besteht, wie es der Antrag intendirt, der Wegfall der Genehmigung der vorgesetzten Behörde zu Abweichungen von der Regel aber nicht beabsichtigt zu sein scheint; so möchte der Antrag durch die Kenntnißnahme von demselben erledigt sein.

C. Das Institut der Inspections-Synoden ist gemäß den Bestimmungen, welche von der Kirchen-Regierung mit der ersten Landes-Synode vereinbart worden sind, nach Publication des Kirchengesetzes, die Einrichtung von Inspections-Synoden für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes und die Kirchenconvente betreffend, vom 6. Januar 1873 *N* 5, ins Leben getreten. Die Inspections-Synoden sind in den Jahren 1873 und 1875 gehalten worden.

Es werden im Folgenden theils die von den Inspections-Synoden abgegebenen Erachten, theils die von denselben kundgegebenen Anträge und Wünsche und die darauf ergangenen Resolutionen, theils anderweite Verhandlungen derselben der Hochwürdigen Landes-Synode zur Kenntniß gebracht.

### 1. Erachten der Inspections-Synoden.

Herzogl. Consistorium hat auf Veranlassung verschiedener von der ersten ordentlichen

Landes-Synode an die Kirchen-Regierung gerichteten Anträge des Erachten der Inspections-Synoden mittelst Rescripts vom 1. März 1873 *N* 971 darüber erfordert:

a. ob für zweckmäßig gehalten werde, daß die Gesuche in Bezug auf Dispensation von dem gesetzlichen Alter der Confirmanden, so weit sie nur das letzte Halbjahr betreffen, nach vorgängiger Prüfung durch den Kirchen-Vorstand den zuständigen Superintendenten zur Entscheidung zu überweisen seien, wobei das Recursrecht derselben an Herzogl. Consistorium vorbehalten bleibe;

b. was geschehen könne, um die Nebengottesdienste (Gottesdienste an Wochentagen, wie sonntägliche Nachmittagsgottesdienste, auch Frühgottesdienste in Städten) wieder mehr in Aufnahme zu bringen; insbesondere ob sich dazu eine Verlegung derselben auf eine andere als die in der Kirchenordnung bestimmte Zeit, etwa auf den Abend, empfehle;

c. ob man wünsche, daß die Proclamation Verlobter nicht mehr, wie bisher, bei dem Hauptgottesdienste stattfinde, sondern daß ein Verzeichniß der zu Proclamirenden an die Kirchthüren geheftet, die kirchliche Fürbitte für die Verlobten aber beibehalten werde.

Mittelst Rescripts vom 5. Juni 1875 *N* 2758 ist, indem im Uebrigen die Wahl und Vorbereitung der zur Verhandlung zu bringenden Gegenstände den Stadt- und Specialsuperintendenten überlassen worden, ein Erachten erfordert

d. darüber, ob zweckmäßig erscheine, eine Veränderung der Bestimmung der erneuerten Kirchenordnung Theil I. Cap. VIII. §. 5 anzustreben, nach welcher die Zulassung von mehr als drei Gevattern zur Taufe nicht zulässig ist.

Ad a. Unter den gehaltenen 28 Inspections-Synoden hat sich eine (Holzminden) für Festhaltung des vierzehnten Lebensjahres als confirmationsfähigen Alters mit Beseitigung aller Dispensationen und haben sich zwei (Halle und Lunsen-Ehedinghausen) für Beibehaltung des bisherigen Dispenisationsverfahrens; die übrigen 25 aber für das in der Proposition in Frage gestellte Verfahren ausgesprochen; von verschiedenen derselben sind wegen zu wünschender Modalitäten der darüber zu treffenden Bestimmungen Vorschläge gemacht worden.

Ueber die Alters-Dispensationen bei den Confirmationen ist der Entwurf eines Kirchengesetzes von Herzogl. Consistorio ausgearbeitet worden. Die Verhandlungen darüber sind jedoch zur Zeit noch nicht geschlossen, da die Frage auch die landesgesetzliche Schulpflicht berührt, also nicht füglich auf rein kirchlichem Wege zu erledigen ist.

Ad b. Das Erachten der Inspections-Synoden geht fast überall dahin, daß sich eine allgemeine kirchengesetzliche Anordnung, welche sich auf Verlegung der Nebengottesdienste auf eine andere Zeit, etwa den Abend, beziehe, als geeignetes Mittel, dieselben mehr in Aufnahme zu bringen, nicht empfehle; sondern daß es rathsam sei, diese Angelegenheit mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse im Verwaltungswege so zu behandeln, daß, wo bezügliche Abänderungen wünschenswerth sind, den Kirchenvorständen überlassen werde, die Genehmigung derselben bei der Kirchen-Regierung zu beantragen. Von nicht wenigen Inspections-Synoden wird hervorgehoben, wie für Hebung der Nebengottesdienste mehr von zweckdienlicher liturgischer Ordnung, als von Verlegung derselben auf eine andere Zeit, zu erwarten sein dürfte. — In den Erachten der Inspections-Synoden (Kirchenconvente) zu Braunschweig und Wolfenbüttel sind

specielle Vorschläge wegen abzuändernder Einrichtung verschiedener Nebengottesdienste in Beziehung auf die Zeit und die Art der Abhaltung derselben gemacht worden.

Bei dieser Sachlage ist Höchsten Orts, wie Herzogl. Consistorio mittelst Höchsten Re-scripts vom 5. Juni 1875 eröffnet worden ist, für erforderlich erachtet, über eine allgemeine, normirende Grundlage, von welcher bei Behandlung dieser Angelegenheit auszugehen sein wird, die Landes-Synode zu hören, und es wird derselben durch besondere Vorlage zu einer Aeußerung Anlaß gegeben werden. Weitere Verhandlungen mit den Kirchenconventen von Braunschweig und Wolfenbüttel sind vorläufig ausgesetzt worden.

Ad c. Von den Inspections-Synoden sämmtlicher ländlichen Gemeinden, wie derer der kleineren Städte wird eine Abänderung des bisherigen Proclamationsverfahrens nicht für nöthig und wünschenswerth erachtet. — Der Kirchenconvent zu Braunschweig hält die Anordnung für zweckmäßig, daß in der dortigen Stadt die Proclamation der Verlobten in der von der Landes-Synode beantragten Weise, jedoch mit der modificirten Bestimmung, daß das Verzeichniß der Verlobten mit den bisher üblichen Personalien in einem vergitterten Behälter an einem passenden Orte innerhalb der Kirche anzubringen sei, vorgenommen werde. — Der Kirchenconvent zu Wolfenbüttel wünscht, es möge den einzelnen Gemeinden der Stadt überlassen bleiben, ob sie statt des bisherigen Proclamationsverfahrens das vorbemerkte vom Kirchenconvente zu Braunschweig gewünschte verfahren eintreten lassen wollen.

Das Verfahren beim kirchlichen Aufgebot ist inzwischen durch das Kirchengesetz vom 8. December 1875, die kirchliche Trauung und das kirchliche Aufgebot betreffend, normirt worden.

Ad d. Diese Frage ist zur Berathung der Inspections-Synoden gestellt worden, weil Gewissensbedenken Geistlicher wegen der von ihnen vorgefundenen Sitte, daß der Bestimmung der Kirchenordnung zuwider mehr als drei Gevattern zur Taufe zugelassen, aber dann nur drei ins Kirchenbuch eingetragen werden, zu unserer Kenntniß gelangt waren.

Von sieben Inspections-Synoden ist die Ansicht ausgesprochen, es sei zweckmäßig, die Bestimmung der Kirchenordnung aufrecht zu erhalten. Von zehn anderen Inspections-Synoden ist für zweckmäßig erachtet, die Zahl der Gevattern frei zu geben; acht derselben wollen die Beschränkung, daß nur drei Gevattern ins Kirchenbuch eingetragen werden, beibehalten; zwei derselben wollen höchstens vier Gevattern eintragen lassen. Von drei Inspections-Synoden wird gewünscht, daß bis zu sechs Gevattern zuzulassen und ins Kirchenbuch einzutragen seien. Eine Inspections-Synode hält eine Beschränkung der Zahl der Taufzeugen für erforderlich, eine Erhöhung auf vier aber für angemessen. Vier Inspections-Synoden sind der Ansicht, daß die Zahl der Gevattern unbeschränkt sein müsse, und von den Kirchen-Visitatoren zu Braunschweig ist einberichtet worden, es sei dort, ohngeachtet der Bestimmung im Th. I. Cap. VIII. §. 5 der erneuerten Kirchenordnung, seit undenklicher Zeit so gehalten, daß Jedermann so viele Taufzeugen bei der Taufe zuziehen kann als er will, und diese Taufzeugen auch sämmtlich in das Kirchenbuch eingetragen werden, es werde auch von den dortigen Geistlichen und Gemeinden die Beibehaltung jener Freiheit um so mehr gewünscht, als dieselbe sich bei Erbischen oft als nützlich gezeigt habe.

Der Hochwürdigsten Landes-Synode wird der Entwurf eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, zur Verathung vorgelegt werden.

## 2. Anträge und Wünsche der Inspections-Synoden und die darauf ergangenen Resolutionen.

Die Anträge und Wünsche der Inspections-Synoden legen wir nach einer Ordnung dar, welche durch ihre Gegenstände an die Hand gegeben wird. Wir werden daneben bemerken, in welchen Jahren und auf welchen Inspections-Synoden die bezüglichlichen Verhandlungen stattgefunden haben.

### a. Verhältniß der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes zu anderen Kirchen.

Erklärung der Inspections-Synode Halle (Ottenstein) 1873: „die Inspections-Synode spricht vor Herzoglichem Consistorio das Vertrauen aus, daß das Kirchenregiment den vorhandenen Bestrebungen, die lutherische Kirche des Landes mit Religionsgenossenschaften, deren Regierer und Diener nicht ausdrücklich an das lutherische Bekenntniß gebunden sind, kirchlich zu vereinigen, entschieden entgegengetreten werde, und verwahrt das Recht ihrer Gemeinden an ein Regiment, das in all seinem Handeln an das lutherische Bekenntniß gebunden ist, gegen jede Nichtachtung und Kränkung desselben.“

Dieser Erklärung ist dadurch Genüge geleistet, daß sie zur Höchsten Kenntniß gebracht worden ist.

### b. Die Verfassung der Kirche.

#### A. Kirchenvorstände.

##### a. Berechtigung derselben bei Geldverwilligungen.

Anträge: „Herzogliches Consistorium wolle veranlassen, daß die Summe von 10  $\mathfrak{R}$ , über welche der Kirchenvorstand nach §. 26 des Gesetzes vom 20. November 1851 jährlich selbstständig verfügen kann, auf 75  $\mathfrak{M}$ . (Schöppenstedt 1875), auf 150  $\mathfrak{M}$ . (Helmstedt-Wolsdorf 1873 und Vorsfelde 1875), auf 300  $\mathfrak{M}$ . (Salzdahlum 1875) erhöht werde.

Resolvirt: „Es liege nach einem Höchsten Rescripte vom 5. Juni 1875 nicht in Höchster Absicht, auf Veranlassung von  $\mathfrak{N}$  15 des Schreibens der Landes-Synode vom 22. November 1872 eine auf Erweiterung der Competenz der Kirchenvorstände gerichtete Vorlage zu machen, vielmehr sei zu erwarten, ob in dieser Beziehung demnächst bestimmtere Anträge von Seiten der Landes-Synode erfolgen werden.“

##### b. Aufgaben derselben bei der zunehmenden Unkirchlichkeit und Unsitlichkeit unserer Zeit.

Die Inspections-Synode Walkenried (1875) erklärt:

„I. Der Kirchenvorstand hat amtlich und in corpore, wie durch seine einzelnen Mitglieder im Privatleben Zeugniß abzulegen wider die zunehmenden Schäden unserer Zeit, Unkirchlichkeit und Unsitlichkeit, und darf sich nicht gleichgültig oder zuwartend gegen dieselben verhalten.

II. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unkirchlichkeit, indem seine einzelnen Mitglieder selbst fleißig zur Kirche kommen und die Ihrigen zu fleißigem Kirchenbesuch anhalten.

III. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unkirchlichkeit, indem seine einzelnen Mitglieder fleißig zum heiligen Abendmahl gehen und die Ihrigen dazu anhalten.

IV. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unkirchlichkeit, indem er, so viel an ihm ist, Andere zu fleißigem Kirchenbesuch, und die confirmirte Jugend insbesondere zum Besuch der kirchlichen Catechismuslehren ermuntert.

V. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unkirchlichkeit, indem er bei besonderen Feierlichkeiten mit Eifer und Ernst theilnimmt.

VI. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unkirchlichkeit, indem die Kirchenverordneten auf eine strengere Beobachtung der Feiertagsordnung durch Vorbild, Anhalten der Ihrigen und Ermahnung Anderer hinwirken.

VII. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unsittlichkeit, indem die Kirchenverordneten mit ihren Familien einen sittenreinen Wandel führen, insbesondere auf christliche Kinderzucht halten und auch bei ihren erwachsenen Kindern eine christliche Haus- und Lebensordnung fördern.

VIII. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unsittlichkeit, indem seine Mitglieder sich freihalten von allem Mammonismus, Haschen und Jagen nach irdischem Gewinn, zumal unlauterem.

IX. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unsittlichkeit, indem seine Mitglieder sich freihalten mit ihren Familien von allem übertriebenen Luxus und aller Vergnügungssucht.

X. Der Kirchenvorstand hat Zeugniß abzulegen wider die Unnützlichkei, indem seine Mitglieder ihr Augenmerk auf den Wandel aller Kirchengemeindemitglieder, insbesondere auf Zucht und Sitte der Jugend richten und überall das Gewicht ihres Wortes eintreten lassen, wo dasselbe geeignet sein kann, sittliche Uergernisse und Hindernisse der Wohlfahrt und des Friedens der Gemeinde zu beseitigen."

Resolvirt: „Es sei die abgegebene Erklärung, welche den Intentionen des §. 23 des Gesetzes, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betreffend, vom 30. November 1851 entspreche, gern vernommen worden."

c. Zusammenfassung der Beschlüsse der Landes-Synode für die Kirchenvorstände.

Antrag (Schöningen 1873): „Herzogliches Consistorium wolle eine gedrängte Zusammenfassung der Beschlüsse der jedesmaligen Landes-Synode den Kirchenvorständen zugehen lassen.

Resolvirt: „Auf den Antrag stehe nicht einzugehen, da eine genügende Publication der Verhandlungen der Landes-Synode stattfindet."

B. Inspections-Synoden.

a. Zusammensetzung derselben und Theilnahme an denselben.

Antrag (Wendeburg 1875): „Hohe Kirchenregierung zu ersuchen, in Erwägung, daß die Lehrer unseres Landes ein kirchliches Amt bekleiden, bisher aber in der Inspections- und Landes-Synode unvertreten sind, ein Kirchengesetz zu veranlassen, wodurch bestimmt werde, daß auf jeder Inspections-Synode ein von den sämmtlichen Lehrern der Inspection gewählter Lehrer Sitz und Stimme habe."

Resolvirt: „Nach den Verhandlungen, welche hinsichtlich der Theilnahme der Lehrer an den Inspections-Synoden bei Verathung des Kirchengesetzes, die Einrichtung von Inspections-Synoden 2c. betreffend, vom 6. Januar 1873 in der Sitzung der ersten ordentlichen Landes-Synode vom 9. November 1872 über §. 2 der betreffenden Vorlage gepflogen seien, liege es nicht in der Absicht des Herzoglichen Consistoriums, eine dem Antrage entsprechende Vorlage Höchsten Orts zu empfehlen; es werde jedoch der Antrag zur Kenntniß der nächsten ordentlichen Landes-Synode gebracht werden.“

Antrag (Holzminen 1873): Das Kirchenregiment wolle erwirken, daß a, § 2 **N** 2 des Gesetzes vom 6. Januar 1873, die Einrichtung von Inspections-Synoden betreffend, dahin abgeändert werde: „Sämmtliche Geistliche, welche in der Inspection ein kirchliches Amt bekleiden,“ und daß b, in §. 5 Abs. 2 desselben Gesetzes hinter den Worten „der Landes-Synode“ eingeschaltet werde: „auch die Geistlichen und Candidaten der Theologie, die in der Inspection ihren Wohnsitz haben, so wie andere Gäste mit Bewilligung der Synode.“

Resolvirt: Der Gegenstand beider Anträge, sowohl des ersten, welcher zu den geistlichen Mitgliedern der Inspections-Synoden hauptsächlich die innerhalb derselben angestellten Anstaltsgeistlichen, als auch des zweiten, welcher die Zulassung mehrerer, als nach dem Gesetz zulässiger, Gäste gestattet wünscht, sei bei der ersten und zweiten Verathung des Gesetzentwurfs in der Landes-Synode ausführlich discutirt, und schließlich die Fassung der beiden §§. so, wie sie im Gesetz vorliegt, beliebt. Wenn auch in manchem Betracht bedauert werden könne, daß von der Mitgliedschaft der Inspections-Synoden Anstaltsgeistliche, welche eigenthümliche besonders wichtige Interessen der Kirche vertreten, ausgeschlossen seien, weil sie nicht Mitglieder von Kirchenvorständen sind; so werde doch nicht für rathsam gehalten, von Seiten der Kirchenregierung eine auf Abänderung dieser so eben erst getroffenen Bestimmung gerichtete Initiative der künftigen Landes-Synode gegenüber zu ergreifen, und könne deshalb den Anträgen keine andere Folge als die gegeben werden, daß diese Anträge der Landes-Synode zur Kenntnißnahme werden mitgetheilt werden.“

Antrag (Stadtholndorf 1875): „Es sei das Kirchenregiment zu ersuchen, daß eine Erweiterung der Oeffentlichkeit der Sitzungen der Inspections-Synode herbeigeführt und dazu §. 5, Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Januar 1873, die Einrichtung der Inspections-Synoden betreffend, in folgender Weise geändert werde:

Die Sitzungen sind insoweit öffentlich, daß denselben sowohl die Mitglieder der Landes-Synode, als auch die Geistlichen und Candidaten der Theologie der Landeskirche anwohnen können.“

Resolvirt: Es liege nicht in der Absicht des Herzoglichen Consistoriums, eine dem Antrage entsprechende Vorlage behuf Veränderung des §. 5 des citirten Kirchengesetzes Höchsten Orts zu empfehlen; es werde jedoch der Antrag zur Kenntniß der nächsten ordentlichen Landes-Synode gebracht werden.“

Antrag (Seesen 1875): „Die Synoden mögen öffentlich sein, und jedermann der Zutritt zu denselben gestattet werden.

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag von Stadtholndorf.

b. Zusammentritt der Inspections-Synoden.

Wunsch (Gandersheim-Gittelde 1875): „Es möchten künftig die Inspections-Synoden öffentlich und feierlich zusammentreten.“

Antrag (Langelshelm 1875): „Die Inspections-Synoden sind mit einer gottesdienstlichen Feier zu beginnen.“

Antrag (Holzminden-Bevern 1875): „Die Inspections-Synoden möchten in Zukunft alljährlich abgehalten werden.“

Wunsch (Langelshelm 1875): „Es möge gestattet werden, daß die Inspections-Synode alljährlich zusammentrete.“

Resolvirt mut. mut. wie auf den unter a. vorausstehenden Antrag von Stadtoldendorf.

### c. Wirkungsbereich der Inspections-Synoden.

Antrag (Stadtoldendorf 1873): „Herzogliches Consistorium wolle der Inspections-Synode eine Interpretation der *N* 2 des §. 4 des Gesetzes vom 6. Januar 1873 *N* 5, deren Wirkungsbereich betreffend, geben, um über die Frage zu entscheiden, rücksichtlich welcher in der Synode eine Meinungsverschiedenheit bestehe: ob unter den dort angeführten Anträgen, Wünschen und Beschwerden, welche die Inspections-Synode zu berathen und event. an das Herzogliche Consistorium oder durch Vermittelung desselben an die Landes-Synode zu bringen befugt sei, solche Anträge, Wünsche und Beschwerden zu verstehen seien, welche von Außen an die Inspections-Synode gebracht werden, oder nur solche, die aus der Mitte der Versammlung hervorgehen.

Resolvirt: „Was das Verständniß des §. 4 *N* 2 des Kirchengesetzes über Einrichtung von Inspections-Synoden vom 6. Januar 1873 bezüglich der von dritten Personen an die Inspections-Synoden gebrachten Anträge betreffe, so werde von Herzoglichem Consistorio dafür gehalten, daß es nach der Absicht des Gesetzes den Inspections-Synoden nicht zustehe, Anträge, Petitionen und Beschwerden von Außen anzunehmen, um über dieselben in Berathung einzutreten, sondern daß die Synode die etwaigen Antragsteller an die zuständigen Behörden zu verweisen und über den Antrag u. nur zu berathen habe, wenn ihn ein Mitglied der Synode zum Gegenstande eines eigenen Antrages mache. Uebrigens werde der Inspections-Synode eventuell zu überlassen sein, ob sie auf authentische Interpretation bei der Landes-Synode zu provociren für angemessen erachte.“

Antrag (Langelshelm 1875): „Herzogliches Consistorium wolle Fragen von besonderer Wichtigkeit hervorheben, die darauf abzwacken, das innere Leben und Wesen der Kirche zu heben.“

Resolvirt: „Es werde von Herzoglichem Consistorio vor dem Zusammentritt der Inspections-Synoden erwogen werden, ob dasselbe Vorlagen und welche in Gemäßheit des §. 4 des Kirchengesetzes vom 6. Januar 1873, die Einrichtung von Inspections-Synoden u. betreffend, den Inspections-Synoden zu machen für zweckdienlich erachte.“

Antrag, (Salzdahlum 1875): „Herzogliches Consistorium zu eruchen, alle Vorlagen, welche der Landes-Synode zu machen sind, den Inspections-Synoden vorher zur Berathung und Begutachtung zugehen zu lassen.“

Resolvirt: „Gegenstände, welche von allgemeiner Wichtigkeit sind, müssen den Verhand-

lungen mit der Landes-Synode vorbehalten werden, und wie wichtig auch die von den Inspections-Synoden ausgehenden Anregungen, resp. die Gutachten derselben über Fragen, welche bei Herzoglichem Consistorio zur Erwägung stehen, für die Behandlung der zur Sprache gebrachten Gegenstände, insbesondere als Vorbereitung für die von der Landes-Synode zu fassenden Beschlüsse seien, so dürfen sie doch nicht dahin führen, die Wirksamkeit der Landes-Synode zu beschränken."

Antrag (Stadtoldendorf 1875): „Herzogliches Consistorium zu erlöchen, daß die der Landes-Synode bestimmten Vorlagen, wo irgend thunlich, in ihren Hauptpunkten zunächst in den nächst vorhergehenden Inspections-Synoden zu Berathung gelangen.

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag von Salzdahlum.

Antrag (Holzminden-Bevern 1875): „Die Gesetzes-Vorlagen der Landes-Synode möchten den Gemeinden vorher und frühzeitig genug zur Berathung mitgetheilt werden."

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag von Salzdahlum mit dem Zusatz: „Eine Mittheilung der der Landes-Synode zu machenden Gesetzesvorlagen an die Gemeinden behuf Berathung derselben sei unzulässig."

#### d. Geschäftsordnung der Inspections-Synoden.

Von der Inspections-Synode Stadtoldendorf ist (1873) ein von dem Superintendenten ihr vorgelegter Entwurf einer Geschäftsordnung für die Inspections-Synode berathen, und nach Annahme derselben beschlossen, dieselbe in 100 Exemplaren auf Kosten der Kirchencassen der Inspection drucken zu lassen.

Resolvirt: „Das Kirchengesetz über die Einrichtung von Inspections-Synoden vom 6. Januar 1873 habe Bestimmung über eine Geschäftsordnung nicht getroffen, und sei es dabei augenscheinlich von der Ansicht ausgegangen, daß es dessen nicht bedürfe. Wie die Verhandlungen der stattgehabten Inspections-Synoden ergeben, habe sich auch das Bedürfnis einer besonderen Geschäftsordnung nirgends gezeigt, und wenn der Superintendent nun für erforderlich gehalten habe, der Inspections-Synode von Stadtoldendorf den Entwurf zu einer Geschäftsordnung vorzulegen, so habe er dabei dem Erfordernisse formeller Geschäftsbehandlung eine zu große Bedeutung beigelegt. Da die Inspections-Synode zu Stadtoldendorf auf Berathung der Geschäftsordnung eingegangen sei, werde man es dabei bewenden lassen müssen, und werde nur darauf aufmerksam gemacht, daß spätere Inspections-Synoden durch die Geschäftsordnung der früheren nicht gebunden seien, daß denselben vielmehr überlassen bleiben müsse, die einmal beschlossene Geschäftsordnung anzunehmen, oder aber, wie es bei allen übrigen Inspections-Synoden der Fall gewesen, ohne ausdrücklich festgestellte Geschäftsordnung, unter Leitung des Superintendenten oder dessen Stellvertreters (§. 6 des Gesetzes) die Verhandlungen in den für solche selbstverständlichen Formen vorzunehmen.

Daß den Inspections-Synoden keine Disposition über die Kirchencassen zustehe, werde zur Nachachtung bemerkt."

Antrag der Inspections-Synode Seesen (1875): „Es möge jedes Mal der Inspections-Synode ein Bericht über die Zustände der Inspection gegeben werden."

Resolvirt: „Es werde dem Ermessen des Superintendenten zu überlassen sein, ob und in wie weit er über die Zustände der Inspection Mittheilung zu machen für geeignet halte."



Antrag der Inspections-Synode Schöppenstedt (1875): „Die Inspections-Synode wählt am Schlusse jeder ordentlichen Versammlung eine Synodal-Commission, die aus dem Superintendenten und zwei geistlichen und zwei weltlichen Mitgliedern besteht, zu dem Zweck, ihre Beratungen vorzubereiten.“

Resolvirt: „Da die Inspections-Synode nur vorhanden sei, so lange die Versammlung währt, so existire für eine derartige Commission eine gesetzliche Wirksamkeit nicht.“

e. Resolutionen des Herzoglichen Consistoriums auf die Beschlüsse der Inspections-Synoden und Bekanntmachung beider.

Antrag (Schöppenstedt 1875): „Inspections-Synode stellt bei Herzoglichem Consistorio den Antrag:

a. auf die Protocoll-Beschlüsse der Inspections-Synoden bis Ende des Jahres Bescheid zu geben, und

b. einen auszüglichen Bericht aus den Synodalprotocoll-Beschlüssen je einer General-inspection nebst den Entscheidungen darauf für dieselbe bis Ende des Jahres mitzutheilen.“

Resolvirt: „Die Inspections-Synoden dürfen nur erwarten, daß ihnen bei dem nächsten Zusammentritt Eröffnung darüber gemacht werde, welche Berücksichtigung die von ihnen geäußerten Anträge und Wünsche oder gestellten Beschwerden gefunden haben.“

Wenn die Verhandlungen der Inspections-Synoden sich auf Gegenstände bezogen haben, deren besondere Beschaffenheit es wünschenswerth erscheinen läßt, daß die Angehörigen der Landeskirche oder einzelner Inspectionsbezirke zeitig darüber unterrichtet werden, welche Aufnahme dieselben bei der Kirchenregierung gefunden haben, so werde auf dieselben besondere Eröffnung an die Superintendenten erfolgen mit der Auflage, das Erforderliche den Gemeinden ihres Bezirks zur Kenntniß zu bringen.“

Antrag (Salzdahlum 1875): „Herzogliches Consistorium wolle den Inspections-Synoden innerhalb eines Jahres, nachdem sie gehalten sind, auf ihre Beschlüsse, Anträge und Beschwerden eine Antwort zu Theil werden lassen in der Art, daß dem Superintendenten und durch diesen den Kirchenvorständen jeder Inspection die Beschlüsse resp. Intentionen der Kirchenregierung in Betreff der von der Synode verhandelten Gegenstände mitgetheilt werden.“

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag von Schöppenstedt.

Antrag (Holzminden-Bevern 1875): „Es möge das Resultat der jeweiligen letzten Inspections-Synoden nebst den Resolutionen des Herzoglichen Consistoriums durch Druck bekannt gemacht werden.“

Resolvirt: „Auf den Antrag sei nicht einzugehen, da es erforderlich sei, daß der Landes-Synode in Gemäßheit des §. 20 II. des Synodal-Gesetzes vom 31. Juli 1871 Mittheilung über die Verhandlungen der Inspections-Synoden gemacht werden, und danach eine vorgezogene Veröffentlichung unangemessen sein würde.“

Antrag (Seesen 1875): „Es möge Herzogliches Consistorium gebeten werden, daß einmal nach Verlauf der Inspections- oder Landes-Synode der Bericht darüber in irgend einer Weise gedruckt mitgetheilt werde.“

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag von Holzminden-Bevern mit dem Zusatz: „Eine genügende Publication aber der Verhandlungen der Landes-Synode stattfinde.“

## c. Geistliche und deren Wittwen.

## A. Pensionsgesetz für die Geistlichen.

Antrag (Gandersheim-Gittelde 1873): „Herzogliches Consistorium wolle sich thunlichst angelegen sein lassen, daß ein Gesetz über die Pensionirung von Predigern erlassen werde.“

Resolvirt: „Dieser Antrag sei zur Kunde Herzoglicher Landes-Regierung gebracht, welche über die Pensionsfrage für jetzt die weitere Beschlußnahme vorbehalte.“

Antrag (Borsfelde 1875): „Herzogliches Consistorium zu ersuchen, der demnächst stattfindenden Landes-Synode ein Pensionsgesetz für die Geistlichen unseres Landes zur Verathung resp. Beschlußfassung vorzulegen.“

Resolvirt: „Es sei ein ähnlicher Antrag der combinirten Inspection-Synode Gandersheim-Gittelde vom Jahre 1873 unter dem 21. Februar 1874 zur Kunde Herzoglicher Landes-Regierung gebracht und Höchsten Orts unter dem 5. Juni 1875 dem Herzoglichen Consistorio eröffnet worden, daß Herzogliche Landes-Regierung über die Pensionsfrage für jetzt die weitere Beschlußnahme vorbehalte.“

Antrag (Helmstedt-Wolsdorf 1875): Bitte an Herzogliches Consistorium um Erwirkung eines Emeritirungsgesetzes für die Landesgeistlichkeit auf Grund der im Staatsdienstgesetze vom 12. October 1832 für die Staatsdiener adoptirten Normen.“

Resolvirt wie auf den voranstehenden Antrag Borsfelde.

Antrag (Schöningen 1875): „Synode hält den Erlaß eines Pensionsgesetzes für Prediger nach Analogie der für Staatsdiener und Lehrer in unserem Lande bestehenden Gesetzgebung für dringend nöthig, insofern gleichzeitig mit solchem Erlaß ein Aufrücken der Prediger auf den schlechter dotirten Stellen im Gehalte nach Maßgabe ihres Dienstalters ermöglicht werde.“

Resolvirt wie auf den voranstehenden Antrag von Borsfelde.

## B. Abstellung der Ungleichheiten zwischen der ersten und zweiten Wittwenpension.

Antrag (Gandersheim, und bezw. Schöningen 1873): „Beseitigung einer zwiefachen Härte, welche für zweite Prediger-Wittwen darin liegt, daß, wenn sie nach den Bestimmungen des §. 7 des Gesetzes vom 6. Juli 1853 *Nr.* 43 nach erfolgter Eröffnung des Pfarrwittventhums aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt ausscheiden, und in das Pfarrwittventhum eintreten, sie nicht nur

a. den bisher genossenen Anspruch auf Unterstützung ihrer hinterbliebenen Waisen im Falle ihres Ablebens verlieren, sondern auch

b. eine erhebliche Einbuße an ihrem bisherigen durch die §§. 1 und 5 des Gesetzes vom 18. April 1873 *Nr.* 22 ihnen zugesicherten Wittweneinkommen erleiden, wenn das Pfarrwittventhum nicht 24 % des Pfarreinkommens beträgt.“

Resolvirt: „Diese Anträge seien zur Kenntniß der Herzoglichen Landes-Regierung gebracht und es sei Herzoglichem Consistorio darauf durch Höchstes Rescript vom 5. Juni 1875 eröffnet, daß

ad a. jene durch Abhülfe einzuschreiten durch entgegenstehende erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken verhindert werde; dagegen

ad b. nach vorgängiger Untersuchung über das Vorkommen und die Bedeutung des

hervorgehobenen Uebelstandes erwogen werden solle, ob seinetwegen das Eingreifen der Gesetzgebung erforderlich sei."

Von der Inspections-Synode zu Schöningen ist 1875 der Wunsch ausgesprochen, daß die Abstellung der Ungleichheiten, die zwischen der ersten und zweiten Wittwenpension bestehen, beschleunigt werde und der Antrag gestellt: „die vorhandenen Predigerwittwen, die unter 24 % der Pfarreinnahme beziehen, sollen hinsichtlich ihrer Wittwenpension mit der Pension der Staatsdienerwittwen gleichgestellt werden."

Resolvirt: „Eine allgemeine Regulirung der in Rede stehenden Verhältnisse sei in Verhandlung."

#### d. Das kirchliche Leben.

##### 1. Cultus.

##### a. Liturgie.

Von mehreren Inspections-Synoden sind im Jahre 1873 Anträge auf erbaulichere und reichere Einrichtung der Liturgie an den Sonn- und Festtagen, z. B. von Hasselfelde und Gr.-Winnigstedt, und von der Inspections-Synode zu Königsutter Vorschläge in Beziehung auf die weitere Behandlung der die Ordnung des Gottesdienstes betreffenden Angelegenheit gestellt worden.

Im Jahre 1875 ist bezüglich der Frage: Sind in Beziehung auf die bisherigen Kirchengebete Wünsche vorhanden? von der Inspections-Synode Seesen die Ansicht ausgesprochen: „a. die bisherigen Kirchengebete mögen so bleiben; b. sie sind von der Kanzel zu halten. Im Uebrigen, was die Gottesdienstordnung betrifft, wünschen die Abgeordneten keinerlei Veränderung der bei ihnen in den einzelnen Gemeinden bestehenden Liturgieen." Bezüglich derselben Frage ist die Inspections-Synode Langelsheim zu dem Resultate gelangt: „a. In Bezug auf die Gebete ist es wünschenswerth, dieselben hinter die zweite Altarliturgie zu versetzen; b. Fürbitten und Danksgungen sogleich nach der ersten Altarliturgie." Die Inspections-Synode Gandersheim-Gittelde ist hinsichtlich der liturgischen Frage zu dem Resultate gelangt, „daß die Kirchengebete nicht auf die Kanzel, sondern vor den Altar gehören, daß man aber in Unkenntniß der Vorschläge, welche Herzogl. Consistorium in Betreff einer Veränderung der Liturgie demnächst machen werde, sich des Weiteren enthalte. Es sei indessen eine Erweiterung der bisherigen Liturgie den Wünschen der meisten Gemeinden entsprechend."

Die bezeichneten Anträge und Wünsche sind von Herzoglichem Consistorio der zur Prüfung eines Entwurfs der Ordnung des Hauptgottesdienstes von der ersten Landes-Synode erwählten Commission mitgetheilt worden.

##### b. Gesangbuch.

Antrag (Salzdahlum und Lunsen-Ihedinghausen 1873): „daß auf die Beschaffung eines neuen Gesangbuchs (Salzdahlum), oder doch eines Anhangs zu dem bisherigen Landesgesangbuche (Lunsen-Ihedinghausen) Bedacht genommen werde."

Resolvirt: „Der Gesangbuchsfrage werde erst dann näher getreten werden, wenn feststehe, wie sich die Landes-Synode über den vorgelegten Entwurf der Gottesdienstordnung ausspricht, indem hiermit das, was bezüglich des Gesangbuchs anzuordnen sei, in einem nicht wohl zu trennenden Zusammenhange stehe."

## c. Die neuen Verkopfen.

Antrag (Lunsen-Theedinghausen 1875): „Herzogliches Consistorium zu eruchen, auf eine gründliche Correctur der als Anhang zum Landesgesangbuche im Druck erschienenen zwei Jahrgänge von Episteln und Evangelien hinzuwirken.“

Resolvirt: „Es sei wegen der erforderlichen Correctur bereits unter dem 28. April 1875 (M 2308) die nöthige Verfügung getroffen worden.“

## B. Religions- und Confirmanden-Unterricht.

Antrag (Wendeburg 1873): „a. daß den Predigern aufgegeben werde, wöchentlich allen Schulkindern der ersten Klasse mit Zuziehung anderer, welche das 10te Lebensjahr überschritten haben, ordentliche Katechismusstunden zu ertheilen, und zwar zwei in der Muttergemeinde und zwei in dem Filiale oder einem als Mittelpunkt der anderen zu betrachtenden Filiale; und b. daß die Prediger verpflichtet werden, ihren Confirmanden-Unterricht (statt Neujahr) schon Michaelis zu beginnen, etwa in drei wöchentlichen Stunden.“

Resolvirt: „Was den Antrag a betreffe, so könne sich derselbe nur auf Gemeinden, in welchen noch Parochialschulen bestehen, mithin im Wesentlichen auf Landschulen beziehen. Daß die Prediger in den oberen Klassen derselben den Katechismusunterricht ertheilen, könne unter Umständen sehr wünschenswerth sein, ob und inwieweit, werde jedoch von der Persönlichkeit des Predigers, wie des Lehrers abhängen; und stehen deshalb einer desfallsigen allgemeinen Anordnung erhebliche Bedenken entgegen. Noch mehr, als von der Zweckmäßigkeit, gelte dies von der Ausführbarkeit einer solchen Anordnung, die in großen Parochieen mit mehreren Filialen sich schwerlich würde zur Ausführung bringen lassen; auch dürfte es sich fragen, ob es billig sei, einem als Religionslehrer tüchtigen Lehrer gegen seinen Wunsch den fraglichen wichtigen Unterricht in seiner Schule oder Schulklasse zu entziehen. Herzogliches Consistorium könne daher nur für rathsam erachten, daß durch dasselbe bei geeigneten Anlässen die Prediger ermuntert werden, sich in den ihrer Aufsicht unterstellten Schulen da, wo es thunlich und rathlich ist, dem Katechismus oder sonstigem Religionsunterrichte im Einverständnisse mit dem Lehrer oder event. nach einzuholender Anordnung Herzoglichen Consistoriums zu unterziehen.“

In Bezug auf den Antrag b. werde die Erwägung der Frage, ob die Zeit des Confirmanden-Unterrichts zu verlängern sei, der Landes-Synode anheimzustellen sein, und werde vorbehalten, zu beschließen, ob für angemessen zu erachten sei, in dieser Beziehung bestimmte Vorschläge an die Landes-Synode gelangen zu lassen.“

## C. Feiertage.

## a. Veränderungen hinsichtlich der Feiertage.

## aa. Reformationsfest.

Antrag (Kirchenconvent zu Wolfenbüttel 1873): „Das Ersuchen an das Kirchenregiment zu stellen, es möge eine Verordnung erlassen werden, daß das Reformationsfest an einem bestimmten Tage im Jahre in allen Kirchen des Landes gefeiert werde.“

Resolvirt: „Ueber die Frage, an welchem Tage das Reformationsfest zu feiern sei, und ob es insbesondere angemessen erscheine, hierin eine Uebereinstimmung mit der in der benachbarten Provinz Hannover bestehenden Zeitbestimmung eintreten zu lassen, werde das Erachten der Landes-Synode erfordert werden.“

## bb. Todtenfest.

Antrag (Haffelsfelde 1873): „Herzogliches Consistorium wolle dahin wirken, daß in den Kirchen hiesigen Landes alljährlich ein Todtenfest gefeiert werde.“

Resolvirt: „Dieser Antrag werde durch seine Mittheilung an die Landes-Synode dieser Veranlassung geben, in Erwägung zu ziehen, ob sie sich denselben aneignen wolle.“

## cc. Hagelseiertag.

Antrag (Barum-Lichtenberg 1875): „Daß der Hagelseiertag auf einen Mittwoch verlegt werde.“ (Thiede-Engelnstedt 1875): „zu erwirken, daß der Landeshagelseiertag vom zweiten Montage im Juni auf den zweiten Mittwoch im Juni verlegt werde.“

Resolvirt: „Der Antrag auf Verlegung des Hagelseiertages werde zur Kunde der Landes-Synode gebracht werden, und sei zu erwarten, ob dieselbe ein Bedürfnis der Verlegung anerkenne.“

## dd. Bußtag.

Antrag (Barum-Lichtenberg und Thiede-Engelnstedt 1875): „Den Wunsch an die Landes-Synode zu bringen, daß der in die Martiniwoche fallende Buß- und Bettag auf den letzten Mittwoch im Kirchenjahre verlegt werde.“

Resolvirt: „Nach Mittheilung des Vorstandes der deutschen evangelischen Kirchenconferenz stehen Verhandlungen über Herbeiführung eines gemeinsamen Bußtages für alle evangelischen Landeskirchen Deutschlands bevor, und sei der Erfolg jener Verhandlungen abzuwarten.“

## b. Heilighaltung der Feiertage.

Antrag (Wendeburg und Gandersheim-Gittelde 1873; Walkenried 1875): „Daß von Seiten der zuständigen Behörden gegen Uebertretung der Feiertagsordnung strenger eingeschritten werde, insbesondere Tanzbelustigungen, insoweit sie der Kirchlichkeit schaden, nicht gestattet werden.“

Resolvirt: „Es seien die bezüglichlichen Anträge von 1873 zur Kenntniß der Herzoglichen Landesregierung gebracht, und es sei Herzoglichem Consistorio mittelst Höchsten Rescripts vom 5. Juni 1875 Folgendes eröffnet worden:

„Da es zu den anerkannten dienstlichen Obliegenheiten der Polizei-Behörden gehört, für die Aufrechterhaltung der zum Zwecke der Feiertagsheiligung erlassenen gesetzlichen Vorschriften Sorge zu tragen, und Wir keine genügende Veranlassung haben, den betreffenden Beamten die Erfüllung ihrer Pflichten nochmals durch einen generellen Erlaß einzuschärfen, können Wir nicht für angemessen erachten, über die Ausföhrung der polizeilichen Aufsicht noch besondere Vorschriften ergehen zu lassen.

Wie Herzogliches Consistorium hervorhebt, beruhet es in der Pflicht der Prediger und nach §. 24, Abs. 2 des Kirchenvorstandesgesetzes vom 30. November 1851 auch der Kirchenvorstände, namentlich durch Erweckung des Sinnes für Feiertagsheiligung in den Gemeinden dahin zu wirken, daß den Vorschriften der Sabbath-Ordnung überall nachgekommen wird.

Insofern einzelne Uebertretungen von den beaufsichtigenden Polizei-Behörden übersehen werden, und die Beforgniß entsteht, daß hierdurch eine Nichtachtung der erlassenen Gesetze um sich greifen könne, wird es Sache der betreffenden Prediger und bezw. Kirchenvorstände sein,

durch Benachrichtigung der den Aufsichtsbeamten vorgesetzten Behörden auf strengere Handhabung der polizeilichen Aufsicht hinzuwirken.

Auf diesem Wege wird da, wo es erforderlich erscheint, etwaigen Uebelständen am Sichersten die entsprechende Abhülfe zu Theil werden."

Antrag (Königsblutter 1875): „Daß von der Landes-Synode bei den betreffenden Behörden dahin gewirkt werde, die Sonn- und Festtags-Ordnung strenger zu handhaben, namentlich auch an den Vorabenden der Sonn- und Festtage."

Resolvirt: „Dieser Antrag werde zur Kunde der Landes-Synode gebracht werden.

Antrag (Zimmerlah 1873 und Gr. Winnigstedt 1875): „Daß Kirchenregiment wolle dahin wirken, daß unter die Zahl der Fest- und Feiertage, deren Vorabende nicht durch öffentliche Lustbarkeiten gestört werden dürfen, auch der Hagelseiertag aufgenommen werde."

Resolvirt: „Dieser Wunsch werde zur Kunde der Landes-Synode gebracht werden, und sei zu erwarten, ob dieselbe das Bedürfnis der Erwirkung eines dahin gehenden Verbotes anerkenne."

#### D. Nebengottesdienste.

Antrag (Blankenburg und Walkenried 1873): „Den Predigern die Erlaubniß zur Abhaltung von Nebengottesdiensten in außerordentlichen Fällen, z. B. Hagelschlag, Kriegsbereignisse u. s. w. in Uebereinstimmung mit den Kirchenvorständen zu erteilen."

Resolvirt: „Vor Aufhebung des Verbots der eigenmächtigen Abhaltung besonderer Nebengottesdienste würde es einer Verhandlung mit der Landes-Synode bedürfen, und müsse Herzogl. Consistorium in dieser Angelegenheit sich weitere Erwägung vorbehalten."

Antrag (Blankenburg 1873): „Den Predigern die Abhaltung von monatlichen Abendgottesdiensten im Winter, mit Beleuchtung, in Uebereinstimmung mit den Kirchenvorständen, zur Behandlung von Sachen der inneren und äußeren Mission zu gestatten."

Resolvirt: „Herzogl. Consistorium sei mittelst Höchsten Rescripts vom 5. Juni 1875 ermächtigt worden, in einzelnen Fällen, in welchen die Erlaubniß zur Abhaltung eines Nebengottesdienstes im Interesse der inneren oder äußeren Mission ordnungsmäßig beantragt wird, und irgend welche Bedenken nicht entgegenstehen, die Genehmigung hiezu zu erteilen.

Es sei hierunter jedoch die Ermächtigung nicht begriffen, die Einführung in gewissen Zeiträumen zu wiederholender Nebengottesdienste dieser Art zu genehmigen, indem für solche Einrichtungen die Genehmigung der Landes-Synode vorbehalten bleibe."

#### E. Besondere kirchliche Handlungen.

##### a. Taufe.

Antrag (Halle-Ottenstein 1875): Bei dem Kirchenregimente den Erlaß folgender Ordnungen für die Glieder der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes, die Taufe betreffend, zu bewirken:

1) Die Christen dieser Kirche sind verbunden, ihre Kinder innerhalb der kirchenordnungsmäßigen Zeit von 6 Wochen nach der Geburt, vorbehaltlich der besonderen Verwilligung eines bemessenen Aufschubs, zur heiligen Taufe zu bringen.

2) Glieder dieser Kirche, die ihre Kinder nicht zur Taufe bringen, sind in kirchenordentlicher Weise dazu zu vermahnen, falls sie dennoch bei der Zurückhaltung ihrer Kinder von

der Taufe beharren, sind sie durch das Kirchenregiment von den Rechten eines Gliedes der Kirche, Pathenschaft, Abendmahl, kirchlicher Wahl und Wählbarkeit, kirchlichem Begräbniß bis zu gethaner Buße und thatsfächlicher Anerkennung der kirchlichen Ordnung auszuschließen.“

Resolvirt: „(1) Daß die Verpflichtung der christlichen Eltern, ihre Kinder rechtzeitig zur Taufe zu bringen, bestehe, daß aber (2) die Frage nach der Handhabung der Kirchenzucht gegen die, welche sich weigern, ihre Kinder taufen zu lassen, nach Ansicht des Herzogl. Consistoriums nur durch ein allgemeines Kirchengesetz über die Kirchenzucht zu erledigen sein werde, hinsichtlich dessen Beschlußnahme vorbehalten werde.“

Antrag (Schöningen 1875): „An denen, die die Taufe ihrer Kinder beharrlich verweigern, ist Kirchenzucht in der Weise zu üben, daß ihnen nicht bloß actives und passives Wahlrecht genommen, sondern auch Pathenschaft verweigert werde.“

Resolvirt wie ad 2 des vorausstehenden Antrags von Halle-Sttenstein.

Antrag (Campen 1875): „daß gegen die Verächter des Tauf sacraments in gleicher Weise verfahren werden müsse, wie gegen die Verächter der kirchlichen Trauung, mit Ausschluß vom heiligen Abendmahl.“

Resolvirt wie ad 2 des vorausstehenden Antrags von Halle-Sttenstein.

#### b. Aufgebot und Trauung.

Antrag (Querum [Wenden] 1873): „Den Antrag an die Landes-Synode zu bringen, daß dem proclamirenden Prediger die Befugniß beigelegt werde, bei Einsprachen gegen die Copulation denselben Folge zu geben.“

Resolvirt: „Da es den Anschein habe, als ob diesem Antrage irrige Auffassungen zum Grunde liegen, so sei, ehe derselbe in Gemäßheit des §. 4 *N* 2 des Gesetzes *N* 5 vom 6. Januar 1873 zur Kunde der Landes-Synode gebracht werde, eine wiederholte Besprechung desselben auf der bevorstehenden Inspections-Synode angemessen.“

Die Antragsteller können nicht wohl der Ansicht sein, daß sie durch vorkommende Einsprachen zu ihrer Kenntniß gelangende Ehehindernisse unberücksichtigt lassen könnten oder gar müßten. Sie scheinen demnach, auch nach der Ausdrucksweise, den Fall früherer Verlöbniße und auf solche sich beziehende Einsprachen vor Augen gehabt zu haben. Es werde in dieser Beziehung darauf aufmerksam gemacht, daß, nachdem bereits durch Verordnung vom 18. Februar 1814 die Klagen auf Vollziehung der Ehe abgeschafft seien, frühere und nachher gebrochene Verlöbniße kein Ehehinderniß abgeben und den Betheiligten nur Entschädigungsklagen, welche eventuell bei dem competenten Gerichte anzubringen sind, gewähren.“

Die Inspections-Synode Querum hat im Jahre 1875 erklärt: „nunmehr den Antrag an die Landes-Synode, welcher im Jahre 1873 beschloffen war, fallen lassen zu wollen.“

Antrag (Holzminden-Bevern 1873): „Es möge im Wege kirchlicher Gesetzgebung dahin gewirkt werden, daß der evangelische Geistliche bei etwa vorliegenden resp. beabsichtigten Mischehen berechtigt sein solle, auch ohne verlangte Aufgebots-Beiseinigung des betreffenden katholischen Geistlichen mit der Trauung des betreffenden Brautpaares vorzugehen.“

Resolvirt: „Daß, nachdem gegenwärtig in dem benachbarten Königreiche Preußen die obligatorische Civilehe gesetzlich eingeführt und damit den katholischen Geistlichen daseibst die Möglichkeit entzogen sei, bei vorkommenden Mischehen in der von der Inspections-Synode

erwähnten Weise zu verfahren, es eines weiteren Eingehens auf den gestellten Antrag nicht mehr bedürfe."

Hinsichtlich der Maßnahmen, welche in Folge des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung nothwendig erscheinen, haben im Jahre 1875 die Inspections-Synoden zu Schöppenstedt, Gr.-Biewende, Barum, Lichtenberg, Wendeburg, Querum, (Wenden), Campen, Zimmerlah, Zerzheim, Königsutter, Helmstedt, Wolsdorf, Schöningen, Borsfelde, Langelsheim, Seesen, Holzminden, Bevern, Stadtoldendorf, Halle, Ottenstein, Walkenried und Hasselfelde Verhandlungen gepflogen. Auf die Anträge und Wünsche, welche sich theils auf das Trauungsformular, theils auf Kirchenzucht wider die, welche die kirchliche Trauung nicht nehmen wollen u. s. w. beziehen, sind vom Herzogl. Consistorio Resolutionen nicht abgegeben, da diese Gegenstände der Verhandlung mit der außerordentlichen Landes-Synode vorbehalten bleiben mußten.

### c. Begräbniß.

Wunsch (Holzminden-Bevern und Blankenburg 1873): „Daß von Seiten des Kirchenregiments baldthunlichst feste Normen für das Begräbnißwesen erlassen werden möchten."

Resolvirt: „Der Erlass einer allgemeinen Begräbnißordnung werde in Hinblick auf den gegenwärtigen Zustand des Begräbnißwesens von Herzogl. Consistorio als Bedürfniß anerkannt, und werde dasselbe auf diesen, nach Lage der Verhältnisse und in Hinblick auf die neue Reichsgesetzgebung schwierigen Gegenstand seine besondere Aufmerksamkeit richten, es vermöge jedoch noch nicht zu übersehen, ob es möglich sein werde, schon in nächster Zeit den Entwurf einer neuen Begräbnißordnung zur Vorlage zu bringen."

### f. Collecten.

Antrag (Kirchenconvent Wolsenbüttel 1873): „Es solle bei Herzogl. Consistorio die Erlaubniß erbeten werden, daß auch in den Stadtkirchen zu Wolsenbüttel (wie es in Braunschweig geschieht) am 1. oder 2. Pfingsttage eine Collecte für den Gustav-Adolph-Verein stattfinden dürfe."

Resolvirt: „Es werde Höchsten Orts für unbedenklich gehalten, daß in den Kirchen des Landes alljährlich Collecten zum Besten des Gustav-Adolph-Vereins und der Mission unter den Heiden gestattet werden, und sei Herzogl. Consistorium mittelst Höchsten Rescripts vom 5. Juni 1875 ermächtigt worden, die Genehmigung zu solchen Kirchencollecten unter Bestimmung des für dieselben zu wählenden Sonn- oder Festtages von Jahr zu Jahr durch einen allgemeinen Erlass, — der annoch vorbehalten werde, — in der Weise zu ertheilen, daß diese Collecten auf vorgängigen Beschluß der einzelnen Kirchenvorstände stattfinden können."

Antrag (Walkenried 1873): „Das Kirchenregiment zu ersuchen, die Genehmigung dazu zu ertheilen, daß an gewissen Tagen im Jahre kirchliche Collecten für Mission und Gustav-Adolph-Sache stattfinden dürften."

Resolvirt wie auf den vorausstehenden Antrag des Kirchenconvents Wolsenbüttel.

Antrag (Seesen 1873): „Bei Herzogl. Consistorio zu beantragen, erwirken zu wollen, daß in sämtlichen evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes alljährlich 2 Becken-Collecten angeordnet würden, eine für den Gustav-Adolph-Verein, eine für die Heiden-Mission."



Resolvirt wie auf den voraussiehenden Antrag des Kirchenconvents Wolfenbüttel.

Antrag (Seejen 1875): „In den einzelnen Gemeinden sind solche Sonn- resp. Festtage für die Collecten von ihnen selber zu wählen oder zu erbitten, an denen ein zahlreicher Kirchenbesuch zu erwarten ist.“

Resolvirt wie auf den voraussiehenden Antrag des Kirchenconvents Wolfenbüttel.

Antrag (Langelshelm 1875): „Es sei jeder Gemeinde die Wahl der Sonn- und Festtage zu überlassen.“

Resolvirt wie auf den voraussiehenden Antrag des Kirchenconvents Wolfenbüttel.

Antrag (Worsfelde 1875): „Bei Herzogl. Consistorio den Antrag zu stellen, daß bei dem Ziele, das der Gustav-Adolph-Verein verfolgt, und bei dem Segen, den dieser Verein bringt, alljährlich und zwar am Pfingstfeste eine kirchliche Collecte für denselben in allen evangelischen Kirchen des Landes angeordnet werde.“

Resolvirt wie auf den voraussiehenden Antrag des Kirchenconvents Wolfenbüttel.

#### e. Sittliche Zustände in den Gemeinden.

##### A. Spinnstuben und Tanzmusik an den Abendmahlsonntagen.

Antrag (Gampen 1875): Synode beschließt:

„1) daß die Herzogl. Kreisdirection gebeten werden soll, die Spinnstuben strenger als bisher zu überwachen;

2) daß auch die Gemeinderäthe und Gemeindevorsteher gebeten werden sollen, ihrerseits durch Ermahnung gegen die Spinnstuben aufzutreten.

3) daß auch die Hausväter und Hausherrn dabei aufgefordert werden sollen, ihrer Hausherrn- und elterlichen Pflicht mehr als bisher eingedenk zu sein.“

Resolvirt: „daß, da nicht ausgesprochen sei, von wem die bezüglichlichen Bitten und Auforderungen nach Ansicht der Inspections-Synode auszugehen haben werden, nicht habe beurtheilt werden können, ob ein richtiges geschäftliches Verfahren dabei intendirt worden sei.“

Antrag (Königsutter 1875):

„1) Synode ersucht Herzogl. Consistorium, durch Vermittelung Herzogl. Kreisdirection die Gemeinderäthe zu einer strengeren Handhabung der Zucht in Ueberwachung der Jugend in den Abendstunden, insonderheit in Bezug auf die Spinnstuben und das nächtliche Umher-schwärmen zu veranlassen.

2) Herzogl. Consistorium wird ersucht, zu unterlagen, daß an Abendmahlsonntagen in den Landgemeinden Tanzmusik stattfinde.“

Resolvirt: ad 1 „der Antrag sei Herzogl. Kreis-Direction mitgetheilt worden. ad 2. Die Unterfagung der Tanzmusik stehe Herzoglichem Consistorio nicht zu.“

##### B. Ausartung der Schulfeste.

Antrag (Gampen 1875): „Herzogliches Consistorium solle ersucht werden, die Herzoglichen Kreisdirectionen zu veranlassen, daß sie den Gemeinden in Erinnerung bringen möchten, wie nach dem Schulvorstandsgefeß vom 8. December 1851 §. 13, 5 der Schulvorstand allein das Recht hat, über die Gestaltung und Gestattung der Schulfestlichkeiten zu bestimmen:

ferner den Schulvorständen ans Herz zu legen, daß sie für eine würdige, kindlich an-

gemessene Abhaltung der Schulfestlichkeiten sorgen mögen, namentlich auch dafür, daß letztere nicht in eigentliche Tanzvergnügungen ausarte."

Resolvirt: „Es werde von Herzogl. Consistorio dem Antrage Folge gegeben werden."

f. Gesetzliches Verhältniß der Kirche zur Schule.

Antrag (Salzdahlum und Gr. Winnigstedt 1873):

„An die Herzogliche Landesregierung den Antrag zu stellen, daß der evangelisch-lutherische Character unserer Volksschule, wie er im Gesetz vom 8. December 1851 garantirt ist, bewahrt bleibe."

Resolvirt: „Die Bewahrung dieses Characters, welcher den Gemeindeschulen des Landes seit der Reformation eigen gewesen ist, müsse allerdings von den Kirchengemeinden im Interesse der Unterweisung und Erziehung ihrer Kinder angelegenst gewünscht werde. Es liege aber auch nach dem Dastehen des Herzoglichen Consistorii kein Grund vor, zu befürchten, daß, zumal bei den numerischen Verhältnissen der Confessionen im hiesigen Lande, Se. Hoheit der Herzog etwaigen Anträgen auf Alterirung dieses Characters die Höchste Genehmigung zu ertheilen geneigt sein werde."

Weitere Verfügung auf diesen Antrag, der zur Kunde Herzoglicher Landesregierung gebracht sei, werde Höchsten Orts nicht für erforderlich erachtet."

Antrag (Halle 1873): „An das Kirchenregiment die Bitte zu richten, darauf zu halten, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 8. December 1851, wonach die Lehrer, die Vorstände, die vorgesetzten Personen und Behörden derselben alle lutherischen Bekenntnisses sein müssen, aufrecht erhalten werden, die Schulen im gliedlichen Verbande der Aemter der lutherischen Kirche verbleiben, sowie daß der Unterricht in denselben zur Absicht behalte, den Auftrag Christi: „und lehret sie halten alles, daß ich euch befohlen habe," zur Ausführung zu bringen."

Resolvirt: „Diesem Antrage sei dadurch Genüge geleistet, daß er zur Kenntniß Sr. Hoheit des Herzogs gebracht worden sei. Etwas Weiteres darauf zu verfügen sei Höchsten Orts nicht für erforderlich gehalten."

Antrag (Zimmerlah 1873): „Herzogliches Consistorium wolle dahin wirken, daß weder dem in der Landes-Versammlung vom Abgeordneten Häusler gestellten Antrage auf Unterstellung der Volksschulen unter eine besondere vom Herzoglichen Consistorio getrennte Schulbehörde Folge gegeben werde, noch irgend ein ähnliche Tendenz verfolgender Antrag Berücksichtigung finde."

Resolvirt: „Dieser Antrag finde dadurch seine Erledigung, daß er zur Kunde Herzoglicher Landesregierung gebracht worden sei."

Wunsch (Barum-Lichtenberg 1875): „Daß die bisherige Verbindung zwischen Kirche und Schule im Interesse der Kirche, Schule und Gemeinde fortbestehe."

Resolvirt wie auf den voranstehenden Antrag der Inspections-Synode Zimmerlah.

### 3. Anderweite Verhandlungen der Inspections-Synoden.

Außer den unter 1 und 2 erwähnten Gegenständen, bei denen Anträge Einzelner, welche von den bezüglichen Inspections-Synoden nicht angenommen worden, unerwähnt geblieben

sind, ist, ohne daß Beschlüsse gefaßt worden, im Jahre 1875 von der Inspections-Synode Wendeburg über die religiös-sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung, und von der Inspections-Synode Blankenburg über die Social-Democratie und über die innere Mission verhandelt worden.

D. In Bezug auf die Landes-Synode und den Synodal-Ausschuß haben wir hier nur Folgendes zu bemerken.

1) Wegen Aufbewahrung der Actenstücke der Landes-Synode und des Synodal-Ausschusses hat die erste Landes-Synode in einem Schreiben vom 5. November 1872 (s. Anl. 11 — Prot. 6.) weil für die Beschaffung eines Registraturraumes zu sorgen sein werde und in der Voraussetzung, daß der regelmäßige Versammlungsort der Landes-Synode und deren Ausschusses Se. Hoheit Residenzstadt Braunschweig sein werde, anheimgegeben, zu einem Uebereinkommen mit der Landes-Versammlung und vorläufig dem Ausschusse derselben, wegen Anweisung eines geeigneten Raumes zur Aufbewahrung der Synodal-Acten neben der land-schaftlichen Registratur die nöthigen Anordnungen treffen zu wollen.

Seitens des Herzoglichen Consistoriums sind dem Finanz-Registrator Deicke auf eine wegen der Registratur getroffene Anordnung erfolgte Anzeige desselben vom 10. December 1872 zur Aufbewahrung in der Registratur der Landesversammlung folgende Acten und Drucksachen am 28. ej. m. ausgeliefert worden:

- 1) Acten, die Verhandlungen der Vor-Synode betreffend, 1869,
- 2) Acten, den Gesetzentwurf, die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, 1869,
- 3) Acten, die Wahlen zur Vorsynode betreffend, 1869,
- 4) Präsenz-Protocoll,
- 5) Tagebuch,
- 6) Productenbuch,
- 7) Convolut Drucksachen:

2. Ueber die Verhandlungen, welche zwischen Herzoglichem Consistorio und dem Ausschusse der Landes-Synode theils wegen Ergänzung der von einer Gemeinde verweigerten Vocation eines Predigers, theils wegen Verwendung der den größeren Pfarrstellen abgenommenen Stolgebührenrente, sowie zwischen jener Behörde und der von der ersten Landes-Synode gewählten Commission (s. Prot. 20 jener) behufs Prüfung des Entwurfs einer Gottesdienstordnung (cf. Anl. 12 (Prot. 8) [zu Anl. 10]) stattgefunden haben, hat Herzogliches Consistorium sich hier jeder Aeußerung enthalten zu müssen geglaubt, da über die ersten der Hochwürdigsten Landes-Synode von deren Ausschuß durch Vorlegung der Protocolle Einsicht zu geben ist. (cf. Geschäfts-Ordnung für die Landes-Synode und deren Ausschuß vom 13. November 1872 §. 49), über die Prüfung aber des der ersten Landes-Synode vorgelegten Entwurfs einer Gottesdienstordnung von der Commission Bericht zu erstatten sein wird.

3. Eine besondere Vorlage wird der Hochwürdigsten Landes-Synode wegen Abänderung des §. 30 des Gesetzes, die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodal-Ausschusses

für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend, vom 31. Mai 1871 *Nr.* 34 gemacht werden.

### Cap. IV.

#### Der kirchliche Dienst — Lehre, Cultus, Seelsorge — in den Gemeinden.

A. In Bezug auf die Institution kirchlicher Unterweisung der Jugend durch Catechismuslehre und Confirmandenunterricht sind Veränderungen nicht eingetreten.

1) Auf Anlaß des von der Inspections-Synode Wendeburg im Jahre 1873 gestellten Antrags (cf. Cap. III., C. d. B.): „daß die Prediger verpflichtet werden, ihren Confirmandenunterricht (statt Neujahr) schon Michaelis zu beginnen, etwa in drei wöchentlichen Stunden“ hat Herzogliches Consistorium, welches in der jetzigen concentrirten Weise des Confirmanden-Unterrichtes eine Quelle besonderen Segens sieht, Vorschläge behuf Herbeiführung einer Veränderung in der beantragten Richtung seiner Seits der Landes-Synode zu machen für bedenklich gehalten und für zweckmäßig erachtet, zu erwarten, ob die Landes-Synode rücksichtlich der Zeit des Confirmandenunterrichts Anträge zu stellen sich bewogen finden werde.

2) Durch die erneuerte Kirchenordnung von 1709 ist in Th. I. Cap. IX. §. V. und VI. rücksichtlich der Confirmation der Catechumenen bestimmt, daß „sowohl das Examen als die Confirmation jedem Prediger bei seiner Kirche gelassen werden, wenn aber der Pastor einen und anderen von den Catechumenis zu der Confirmation noch nicht genugsam geschickt zu sein befinden, dessen Eltern oder Verwandte aber darauf, daß derselbe mit angenommen werden mögte, bestehen würden, der Pastor ihn nebst den Eltern an den Superintendenten zum Examen schicken und dessen Gutachten erwarten soll.“

Es ist später nöthig befunden, dieser Vorschrift eine allgemeinere Ausdehnung zu geben, und sind daher in Gemäßheit seit dem Jahre 1711 darüber erlassener Verordnungen sämtliche Confirmanden aus den Landgemeinden durch die Superintendenten der betreffenden Inspectionen vor der Zulassung zur Confirmation einer Ephoralprüfung zu unterziehen gewesen. Wie zweckmäßig sich nun auch diese Einrichtung in vielen Beziehungen erwiesen; so haben sich doch gegen deren Beibehaltung verschiedene Bedenken erhoben, und es ist, nachdem jene wie von Seiten der Kirchenregierung, so auch von Seiten der Landes-Synode in Erwägung gezogen sind, Herzogliches Consistorium nach erklärtem Einverständnisse der Landes-Synode durch Höchsten Erlaß vom 11. Januar 1873 angewiesen, allgemeine Anordnung dahin zu treffen, daß die Mitwirkung der Superintendenten bei Feststellung des religiösen Bildungsstandpunktes der Confirmanden in den Landgemeinden fortan den Bestimmungen der erneuerten Kirchenordnung Th. I. Cap. IX. §. VI. gemäß auf die Entscheidung von Differenzfällen beschränkt werde. Diese Anordnung ist mittelst Ausschreibens Herzoglichen Consistorii vom 1. Februar 1873 getroffen worden.

B. Was das Gebiet des Cultus im Allgemeinen und einzelne kirchliche Acte im Besondern angeht, so hat

1. hinsichtlich des Entwurfs eines zweiten Jahrganges kirchlicher Perikopen die erste ordentliche Landes-Synode sich mittelst Schreibens vom 23. November 1872 dahin ausge-

prochen: sie halte dafür und erkläre sich damit einverstanden, daß die Ingebrauchnahme desselben bei den sonn- und festtägigen Hauptgottesdiensten Jahr um Jahr wechselnd mit dem älteren Jahrgange von dem Kirchenregimente angeordnet werde; und sie spreche zugleich den Wunsch aus, es möge der gedachte zweite Jahrgang so gedruckt werden, daß derselbe dem älteren Jahrgange in den Gesangbüchern angehängt und dadurch für Jedermann zugänglich werde. In Folge davon hat Se. Hoheit durch Höchste Verfügung vom 9. Februar 1874 solche Jahr um Jahr wechselnde Ingebrauchnahme des zweiten Jahrgangs der Perikopen neben dem ersten anzuordnen, auch dessen Aufnahme als weiteren Anhangs in das Landesgesangbuch unter durch Herzogl. Consistorium mit dem Verleger desselben zu vereinbarenden Bedingungen zu genehmigen und Herzogliches Consistorium zu autorisiren geruht, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann die neue Perikopensammlung zuerst in Gebrauch zu nehmen sei.

Demgemäß ist von Herzoglichem Consistorio durch eine Uebereinkunft mit dem Verleger des Landesgesangbuchs, Buchdruckereibesitzer J. H. Meyer in Braunschweig, dafür gesorgt, daß

1) in den beiden Hauptausgaben desselben, der in Quartformat mit größerer und der in Octavformat mit kleinerer Schrift, statt des bisherigen einen Jahrgangs die beiden Jahrgänge der Perikopen in den entsprechenden Schriftarten unter die Anhänge aufgenommen sind, und Exemplare der gedachten Ausgaben ohne dieselben nicht weiter verkauft werden; sowie, daß

2) zugleich Separatabdrücke derselben in beiden Schriftarten nebst den übrigen Gesangbuchsanhängen unter dem Titel: „Episteln und Evangelien auf die Sonn- und Festtage u. s. w.“ zu besonderem Verlaufe veranstaltet sind, damit auch Solche sich dieselben verschaffen können, welche sich zur Zeit nur im Besitze älterer Gesangbuchsaußgaben befinden.

Sodann ist von Herzoglichem Consistorio mittelst Ausschreibens vom 24. October 1874 bestimmt worden, daß in allen evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes vom 1. Sonntage des Advents jenes Jahres an die Perikopen des zweiten Jahrgangs bei den Sonn- und Festtags-Hauptgottesdiensten sowohl für die Altarliturgie zu den Schriftvorlesungen, als auch für die Predigten, als Texte zu denselben, in Gebrauch genommen werden; daß sodann in dem folgenden, mit dem 1. Advent 1875 beginnenden Kirchenjahre die Perikopen des ersten Jahrgangs in gleicher Weise in den gottesdienstlichen Gebrauch treten, und dann so weiter ein Kirchenjahr um das andere mit dem abwechselnden Gebrauche beider Jahrgänge fortfahren werde. — Wie übrigens den Predigern durch diese Anordnung die Freiheit nicht genommen werden solle, sich bei besonderen Veranlassungen zu ihren Predigten auch frei gewählter passender Texte zu bedienen; so bleibe es auch denselben da, wo nicht an Sonn- und Festtagen ein zweimaliger Predigtgottesdienst und eine feste Ordnung rücksichtlich des Gebrauchs der Episteln und Evangelien bei demselben besteht, unbenommen, von Zeit zu Zeit den Predigten statt der in der Regel zu gebrauchenden Evangelien die Episteln des betreffenden Jahrgangs zu Grunde zu legen und in diesem Falle die Evangelien desselben in der Altarliturgie zu verlesen.

Wie ferner schon bisher nöthig befunden und verordnet worden, daß die Perikopen des älteren Jahrganges in den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen der hinlänglich geförderten Jugend durch zweckentsprechende Erklärung von Seite der Lehrer bekannt gemacht werden;

so habe dieses nunmehr auch jedes Mal in den Kirchenjahren, während welcher die Perikopen des zweiten (neuen) Jahrganges im gottesdienstlichen Gebrauche sind, rücksichtlich dieser zu geschehen.

Außerdem ist Fürsorge getroffen, daß in dem Kalender die Perikopen je nach den entsprechenden Jahren verzeichnet werden.

2. Daß in dem Schreiben der Landes-Synode vom 22. November 1872 unter 4 an Se. Hoheit gerichtete Ersuchen: bei Neudruck des Müllerschen Choralbuches dafür sorgen zu wollen, daß das Tebeum auch nach dem lutherischen Texte gesetzt werde, wird zu seiner Zeit Berücksichtigung finden.

3. Die erste ordentliche Landes-Synode hat sich über den vorgelegten Entwurf der Gottesdienstordnung in dem an Se. Hoheit gerichteten Schreiben vom 23. November 1872 (confr. Anlage 21, Prot. 19) dahin erklärt:

a. daß es gerathen sei, mit der Erneuerung der Agende unserer Landeskirche nunmehr vorzugehen;

b. daß es sich am meisten empfehle, eine solche Erneuerung nicht in Einem Male, sondern successive vorzunehmen und dieselbe zunächst mit der Ordnung des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen zu beginnen;

c. daß es zweckmäßig erscheine, zu einer eingehenden und allseitigen Prüfung und Erwägung des vorgelegten Entwurfs einer Gottesdienstordnung eine besondere Commission einzusetzen, zugleich Herzogliches Consistorium zu ersuchen, an den Berathungen derselben sich durch ein dazu delegirtes Mitglied betheiligen zu wollen, wobei diese Commission zu beauftragen wäre, mit Herzoglichem Consistorium die Sache bis dahin zu fördern, daß sie der nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Landes-Synode zur Beschlußfassung vorgelegt werden könne.

Herzogliches Consistorium hat, nachdem mittelst Höchsten Rescripts vom 13. Juni solche Betheiligung eines Mitgliedes desselben zur Förderung der Sache für angemessen und erforderlich erklärt ist, der Commission die Betheiligung zugesagt und dieselbe ersucht, Herzoglichem Consistorio, sobald sie in ihren Berathungen soweit vorgeschritten sei, daß der Eintritt jener Betheiligung wünschenswerth erscheine, davon Anzeige zu machen.

Es ist inzwischen in Folge des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 erforderlich gewesen, eine Erneuerung des Cap. VIII. der Agende: Actus Copulationis durch das mit der in jenem Jahre gehaltenen außerordentlichen Landes-Synode vereinbarte neue Trauungsformular (cf. Kirchengesetz vom 8. December 1875 *Nr* 91) eintreten zu lassen.

Nach dem, was in diesem Kirchengesetze über das Aufgebot bestimmt ist, dürfte das in dem Schreiben der Landes-Synode vom 22. November 1872 unter 6 gestellte Ersuchen: thunlichst bald anordnen zu wollen, daß die Proclamation Verlobter nicht mehr, wie bisher, bei dem Hauptgottesdienste statthinde, sondern daß ein Verzeichniß der zu Proclamirenden an die Kirchenthüren angeheftet werde; — die kirchliche Fürbitte für die Verlobten wie bisher bleibe, als erledigt anzusehen sein. Vergl. oben unter Cap. III. C. 1 ad c.

Herzogliches Consistorium hat geglaubt, von Vorlagen für die Landes-Synode, welche andere Theile der Agende betreffen, bis dahin Abstand nehmen zu müssen, daß die auf die Gottesdienstordnung bezügliche Vorlage ihre Erledigung gefunden haben wird.

4. Hinsichtlich der Begräbnisse ist von der ersten Landes-Synode mittelst Schreibens vom 22. November 1872 unter 7 der Antrag gestellt: mit der hohen Landesregierung über Bestimmungen, durch welche Uergernisse bei Begräbnissen vermieden werden, in Communication zu treten. Derartige Uergernisse, durch welche dieser Antrag veranlaßt ist, sind seit jener Zeit, soweit Herzoglichem Consistorio bekannt geworden ist, nicht wieder vorgekommen. Dasselbe hat daher bis jetzt wegen Berücksichtigung des Antrags Vorschläge zu machen Anstand genommen.

C. Für die Seelsorge verbunden mit kirchlicher Disciplin und Armenpflege in den Gemeinden ist in der Weise, wie in der Mittheilung des Herzoglichen Consistorii an die erste Landes-Synode vom 23. October 1872 bemerkt ist, fortwährend gesorgt. Auf jene eine besondere Aufmerksamkeit zu verwenden sind die Geistlichen und Kirchenvorstände bei geeigneten Gelegenheiten aufgefordert worden.

Ob es sich empfehle, bei der gesteigerten atheisistischen und materialistischen Richtung, von welcher einzelne Kreise beherrscht werden, eine neue Ordnung der Kirchenzucht zu erstreben, ist eine Frage, welche noch reiflicher Erwägung bedürfen wird. Vergl. Cap. VII. A. 1. 1876.

## Cap. V.

### Das Predigtamt.

#### A. Zahl der Predigtämter.

1) Pfarrämter sind, wie in der Mittheilung an die Landes-Synode vom 23. October 1872 angegeben und in der Anlage I. dazu speciell nachgewiesen ist, einschließlich der combinirten Pfarrämter überhaupt 260 vorhanden. Veränderungen hierin sind nicht vorgekommen, insbesondere neue Pfarrämter nicht gegründet.

Ueber die Gründung einer eigenen Pfarrstelle zu Oster ist zwar schon längere Zeit verhandelt, und es ist wahrscheinlich, daß jene demnächst zu Stande kommen werde; für jetzt aber sind die entgegenstehenden Hindernisse nicht vollständig zu beseitigen gewesen.

2) An folgenden öffentlichen Anstalten sind besondere Geistliche angestellt:

a. an den Strafanstalten zu Wolfenbüttel;

b. an der Gefangenen-Anstalt zu Braunschweig und zugleich am Marienstifte dajelbst;

c. am Wilhelmstifte zu Bevern.

Die erste Landes-Synode hat im Schreiben vom 22. November 1872 an Se. Hoheit das Ersuchen unter 8 gerichtet: sobald es die Verhältnisse gestatten, dahin wirken zu wollen, daß an der Heil- und Pflegeanstalt zu Stift Königslutter ein besonderer, für die Seelsorge an derselben geeigneter Geistlicher angestellt werde.

Ueber diese Angelegenheit sind eingehende Verhandlungen gepflogen. Von Herzoglichem Consistorio ist der Herzoglichen Landesregierung die Anstellung eines besonderen Anstaltsgeistlichen empfohlen, jenes ist jedoch bis jetzt nicht in der Lage gewesen, eine dazu in wünschenswerthem Maße geeignete Persönlichkeit bezeichnen zu können, so daß die interimistische geistliche Fürsorge für die Anstalt bei Besetzung der Pfarrstelle zu Stift Königslutter und Oberlutter mit in Erwägung hat gezogen werden müssen.

3) Die Hülfspredigtämter, welche in der erwähnten Mittheilung an die Landes-Synode vom 23. Oktober 1872 angegeben sind, bestehen unverändert fort.

### B. Einkommensverhältnisse.

#### 1) Der Pfarrämter.

a. Das Minimal-Einkommen ist unverändert geblieben und beträgt incl. der zu 150 *M.* gerechneten Wohnung 2100 *M.*

Die zur Completirung dieses Einkommens aus dem Klosterfonds gewährten Zuschüsse betragen zur Zeit überhaupt 24411 *M.* jährlich für 40 Stellen.

Außerdem erfolgt zu dem Einkommen der Pfarr-Adjuncte und Pfarr-Collaboratoren ein Zuschuß von überhaupt 8256 *M.* jährlich daher.

b. Die Einkommensverhältnisse im Ganzen stellen sich gegen früher in Folge verschiedener höher ausgefallener Neuabschätzungen etwas höher heraus.

Das Einkommen der Pfarrämter beträgt zur Zeit der Aufstellung dieser Nachrichten incl. Wohnung

2100 <i>M.</i> bei	40 Pfarrstellen
2103—2700 <i>M.</i> bei	63 "
2703—3300 " "	46 "
3303—3900 " "	31 "
3903—4500 " "	24 "
4503—5100 " "	19 "
5103—5700 " "	8 "
5703—6300 " "	3 "
über 6300 " "	4 "

Der Durchschnitt beträgt rund 3192 *M.*

c. Die Stolgebühren-Renten für sämtliche Prediger betragen 115833 *M.* jährlich.

Von folgenden, seit Aufhebung der Stolgebühren neu besetzten gut dotirten Pfarrstellen sind die Stolgebühren abgetrennt:

Söllingen, Halchter mit Linden, Gevensleben, Timmenrode, Wapum, Ahlum mit Wenzessen, Gr.-Stöckheim mit Leiferde, Börsum mit Bornum, Watenstedt mit Barnstorf, Stadt Königsblutter mit Rottorf nur theilweise.

Die zurückgezogenen Renten sind folgenden Pfarrstellen überwiesen:

wegen Söllingen zu 375 *M.*

zur Hälfte der Primariatspfarrstelle zu Stadtdendorff,

zur anderen Hälfte der St. Trinitatispfarre in Wolfenbüttel;

wegen Halchter zu 232 *M.*

der Pfarre in Salder;

wegen Gevensleben zu 132 *M.*

der Pfarre zu Wiebda;

wegen Timmenrode zu 220 *M.*

der Pfarre zu Lelm;



wegen Wabum zu 191 *M.*  
 der Pfarre zu Opperrhausen;  
 wegen Ahlum zu 228 *M.*  
 der Pfarre zu Walkenried;  
 wegen Gr.-Stöckheim zu 221 *M.*  
 der Pfarre zu Badenhäusen;  
 wegen Börsum zu 313 *M.*  
 zur Hälfte der Pfarre in Sorge,  
 zur anderen Hälfte der St. Johannispfarre in Wolfenbüttel;  
 wegen Watenstedt zu 237 *M.*  
 der Pfarre in Hohegeiß;  
 wegen Stadt Königslutter zu 600 *M.*  
 zur Hälfte der Pfarre in Brunzen,  
 zur anderen Hälfte der Pfarre in Heckenbeck.

## 2. Der Hülfspredigtämter.

Die erste Landes-Synode hat in einem Schreiben vom 22. November 1872 unter 10 an Se. Hoheit das Ersuchen gerichtet:

für eine Aufbesserung des Einkommens der Hülfsprediger baldigst sorgen zu wollen.

Es ist vom ersten Juli 1873 an das Einkommen der beiden Collaboratoren zu Braunschweig, des Collaborators zu Schöppenstedt und des Collaborators zu Greene um je 300 *M.* erhöht worden.

## C. Besetzung der Pfarrämter.

Die Besetzungsverhältnisse sind so, wie solche in der Anlage I. zu der Mittheilung an die Landes-Synode vom 23. October 1872 angegeben worden, unverändert geblieben.

Die erste Landes-Synode hat in dem Schreiben vom 22. November 1872 an Se. Hoheit unter 11 das Ersuchen gerichtet:

- a. die allmähliche Einschränkung und Aufhebung derjenigen geistlichen und weltlichen Kirchenpatronate, welche außer dem landesherrlichen Patronate vorhanden sind, durch strenge Handhabung des betreffenden Rechts im Wege der Verwaltung anzustreben;
- b. auch zu erwägen, ob nicht die unverweilte Aufhebung obiger Patronate durch die Landesgesetzgebung bei der Landesregierung anzuregen sei.

Hinzugefügt ist unter 12 der Antrag: in Fällen, wenn ein Prediger ohne Wittve und Kinder zu hinterlassen verstorben, oder wenn ein Prediger versetzt ist, die Präsentationszeit von 6 Monaten auf 3 Monate zu verkürzen.

Herzogliches Consistorium hat über diese Anträge an Se. Hoheit, den Herzog, berichtet.

Es wird darüber nach der dem Herzoglichen Consistorium gemachten Gröfßnung eine besondere Mittheilung an die Hochwürdige Landes-Synode gelangen.

## D. Emeritirungen.

In den Jahren 1872 bis 1875 incl. sind 12 Prediger emeritirt worden: 1) in M-

vesse mit 2250 *M.*, 2) in Barum mit 3600 *M.*, 3) in Beddingen mit 2989 *M.* 63 *S.*, 4) in Dettum mit 2700 *M.*, 5) in Duttensfeldt mit 1500 *M.* und Pensionszuschuß zu 300 *M.*, 6) in Esbeck mit 2700 *M.*, 7) in Flechtorf mit 2400 *M.*, 8) in Golmbach mit 1950 *M.*, 9) in Naensen mit 2700 *M.* (— der Emeritus ist inzwischen verstorben —), 10) in Regenborn mit 1500 *M.* und Pensionszuschuß zu 300 *M.*, 11) in Harzburg mit 2100 *M.*, 12) in Rühle mit 1500 *M.* (— der Emeritus ist inzwischen verstorben. —)

Hierzu erfolgen an Zuschüssen aus dem Klosterfonds ad 3 — 300 *M.*

" 5 — 1800 "

" 6 — 420 "

" 7 — 1005 "

" 8 — 1365 "

" 10 — 1800 "

" 11 — 1052 "

" 12 — 1107 "

---

8849 *M.*

Davon sind zurückgefallen ad 12 1107 "

---

bleiben noch 7742 *M.*

Bei den übrigen erfolgt kein Zuschuß.

Die erste Landes-Synode hat in dem Schreiben vom 22. November 1872 an Se. Hoheit unter 9 das Ersuchen gerichtet:

ein Gesetz über die Pensionirung der Geistlichen vorbereiten zu wollen.

Herzogliches Consistorium hat diesen Antrag zur Kunde der Herzoglichen Landesregierung gebracht. Jenem ist, wie bereits oben unter Cap. III. C. 2. c. 2. mitgetheilt worden, mittelst Höchsten Rescripts vom 5. Juni 1875 eröffnet worden, daß Herzogliche Landesregierung über die Pensionsfrage für jetzt die weitere Beschlußnahme vorbehalte.

### E. Pfarrwittwenenthumsachen.

Die Wittwenpensionen sind vom 1. Juli 1873 an von 16 auf 24 % erhöht. Soweit die fundirten Wittwenenthümer diesen Procentsatz nicht gewähren, erfolgt das Fehlende aus der Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

## Cap. VI.

### Die Predigamtscandidatur.

A. Bedarf an Candidaten und Recrutirung derselben.

1. Der Bedarf an Candidaten berechnet sich nach einem Durchschnitt von 33 Jahren (bei 237 Stellen Hauptgeistlicher) auf  $6\frac{8}{11}$  jährlich.

Es sind nämlich ordinirt und im Kirchendienste angestellt:

1841—1848 63, durchschnittlich  $7\frac{7}{8}$ ,

1849—1858 62, "  $6\frac{1}{5}$ ,

1859—1868 65, durchschnittlich  $6\frac{1}{2}$ ,  
 1869—1873 32, „  $6\frac{2}{5}$ .

Bestanden in der ersten theologischen Prüfung (Tentamen) sind:

1872 4 (von 5 Geprüften 1 nicht bestanden)  
 1873 6  
 1874 3  
 1875 —

in der zweiten Prüfung (Examen):

1872 2  
 1873 6 (unter diesen 1 wohl bestanden)  
 1874 4  
 1875 1

der Zugang an Candidaten ist gewesen:

von 1829—1838: 161 = 16,1,  
 „ 1839—1848: 114 = 11,4,  
 „ 1849—1858: 53 = 5,3,  
 „ 1859—1868: 68 = 6,8,  
 „ 1869—1875: 33 = 4,5.

Danach ist der Zugang im Verhältniß zum Bedarf seit 1849 ein unzureichender gewesen. Ueberdies sind von den Tentirten einige im Hauptexamen nicht bestanden, andere im Auslande angestellt, noch andere verstorben.

Vorhanden waren am Ende des Jahres 1875 noch 62 Candidaten, unter ihnen 24, welche das Hauptexamen gemacht haben.

Bei vielen derselben ist sehr zweifelhaft, ob sie in den hiesigen Kirchendienst eintreten werden.

2. Recrutirt haben sich die Candidaten rücksichtlich der Stände, aus denen sie hervorgegangen sind, im Verhältniß folgender Zahlen:

Der Vater war

	1829—38	1839—48	1849—58	1859—68	1869—74
1. vom Adel . . . . .	1	—	—	—	1
2. Pastor . . . . .	32	45	18	26	12
3. Lehrer . . . . .	17	12	7	6	2
4. Officier . . . . .	1	4	—	—	—
5. höherer (Studirter) Beamter oder Arzt . . .	29	18	6	12	6
6. niederer Beamter . . .	11	10	6	8	3
7. höh. Gewerbetreibender . . .	16	7	2	1	—
8. nied. Gewerbetreibender . . .	42	8	9	10	6
9. Deconom . . . . .	5	4	2	—	1
10. Bauer . . . . .	7	6	3	5	2

B. Hinsichtlich der Examina der Candidaten ist von der Hochwürdigem Landes-Synode an Se. Hoheit, den Herzog, mittelst Schreibens vom 22. November 1872 unter 13 das Ersuchen gerichtet: den Examinibus der hier geprüften Candidaten auch in den andern Ländern des deutschen Reichs Anerkennung verschaffen zu wollen. Herzogliches Consistorium hat einen dahin gehenden Versuch nicht zu befürworten vermocht, weil die bestehenden Confessionsunterschiede sowohl, als auch die vorhandenen Examinations-Ordnungen einen solchen zur Zeit nicht rathlich erscheinen lassen.

C. Das Predigerseminar hat unter Leitung der Directoren desselben die ihm gestellte Aufgabe specieller Vorbereitung der Candidaten für das geistliche Amt in bisheriger Weise, theils durch Vorträge und Uebungen in den Conferenzen, theils durch practische Beschäftigung der Collegiaten im Kirchen- und Schuldienste zu erfüllen gesucht.

Die Vorträge und Uebungen in den Conferenzen haben sich vorzüglich auf praktische Gregese, Homiletik, Liturgik, Schulkunde, Bekanntschaft mit den Rechten und Ordnungen der Landeskirche und des landeskirchlichen Dienstes, im letzten Jahre auch theils auf Behandlung von Zeitfragen, theils auf die Augustana, und außerdem auf liturgischen Gesang und Behandlung der Kirchenorgel, erstreckt.

Zur praktischen Beschäftigung im Kirchendienste ist den Collegiaten, wie früher, theils durch Besorgung der geistlichen Collaboratur in den Kirchen der Stadt Wolfenbüttel, theils durch Delegationen behuf Sublevation oder Vertretung in ihren Amtsgeschäften behinderter Prediger des Landes, zur Uebung im Schuldienste aber durch Uebertragung von Unterricht an den Real- und Bürgerschulanstalten zu Wolfenbüttel Gelegenheit gegeben.

In den letzten Jahren sind nur wenige Candidaten, welche das Hauptexamen bestanden haben, Mitglieder des Predigerseminars gewesen. Indes ist die Zahl, welche im Ganzen 10 betragen soll, noch zu erreichen gewesen, und hat dem Bedürfnis kirchlicher Hilfeleistung durch die Collegiaten noch, ohne daß erhebliche Verlegenheiten entstanden wären, entsprochen werden können.

Die Competenz der Mitglieder des Prediger-Seminars beträgt seit 1874 (Rescript Herzoglichen Staatsministerii vom 19. September 1874 *M* 7072) für den Senior 1500 *M*, für den Subsenior 1350 *M*, für jeden Collegiaten 1200 *M*.

Werden die letzten delegirt, so wird ihre Competenz um 150 *M*. vermindert.

Der jährliche Zuschuß der Klosterreinertrags-Casse zur Predigerseminar-Casse beträgt 12000 *M*.

Nach einem Rescripte Herzoglichen Staatsministerii vom 11. November 1875 *M* 8064 sollen für die Bibliothek des Predigerseminars davon nicht über 900 *M*. jährlich in Anlaß kommen.

## Cap. VII.

### Institutionen zur Förderung und Fortbildung der Geistlichen.

A. Die Prediger-Synoden (Colloquia der Superintendenten mit den ihnen untergebenen Predigern, Erneuerte Kirchenordnung Th. I. Cap. IV. §. 4), welche bis zum Erlaß des Kirchengesetzes vom 6. Januar 1873 *M* 5, die Einrichtung von Inspections-

Synoden betreffend, jährlich einmal am Orte der Superintendentur in jeder Special-Inspection zu halten waren, sind nach der früheren Ordnung zuletzt im Jahre 1872 gehalten worden.

Gemäß der Bestimmung des allegirten Kirchengesetzes, nach welcher die Inspectionssynoden alle zwei Jahre an die Stelle der Prediger-Synoden treten sollen, ist die Abhaltung dieser in die Jahre 1874 und 1876 eingefallen.

Für die bezeichneten Jahre sind von den General-Superintendenten folgende Thesen zu schriftlicher Bearbeitung und mündlicher Verhandlung gestellt worden.

## 1. In der Generalinspection Wolfenbüttel.

1872.

De ritu confirmationis.

I. Exponatur 1. quatenus quae narrantur in actis apostolorum 8, 15—17; 19,6 usum confirmationis probent; ostendatur 2. quae varia confirmationis sit notio et ratio apud catholicos et nostrates, et disseratur 3. de hac quaestione: cur infantum baptismo confirmationem suo tempore addi utile vel etiam necessarium sit.

II. Was ist von den Vorschlägen zu halten, welche Dr. Wichern auf dem 15. deutschen evangelischen Kirchentage (S. Verhandlungen Stuttgart 1869 S. 115—120) wegen einer Reformation der Confirmationspraxis gemacht hat?\*)

III. Wie ist der LandesKatechismus beim Confirmandenunterricht zu gebrauchen?

---

\*) Die evangelische Kirchenzeitung, Berlin 1871 *Nr* 63 S. 742 ff., faßt in dem Artikel: „Die Bildung einer Abendmahlsgemeinde in der Gemeinde durch Freigebung der Confirmation“ die Grundsätze und Gedanken des Dr. Wichern auf folgende Weise zusammen:

„Um zur Wahrheit des Lebens zu gelangen, muß eine Unterscheidung unter den jetzt in der Confirmationshandlung combinirten Elementen gemacht, und jedes derselben dem Gemeinleben an der ihm zukommenden Stelle einverleibt werden. In dem jetzigen Confirmationsacte liegen aber 2 Theile: 1) die Einsegnung und 2) das Gelübde.

1) Die Einsegnung. Die bisherige Unterweisung der Jugend durch das Pfarramt muß verbleiben, und werde womöglich durch seelsorgerische Einwirkung auf die Einzusegnenden noch intensiv verstärkt, damit die Jugend des wesentlichen Zusammenhangs zwischen Leben und Lehre inne werde. Dies kirchliche Verfahren wäre der Abschluß der Erziehung im elterlichen Hause und in der christlichen Schule, und zugleich der kirchlichen Vorbereitung auf den bürgerlichen Beruf. Ihr Ende läge in der öffentlichen Prüfung vor der gottesdienstlich versammelten Gemeinde, als in welcher die Jugend ihre Kenntniß der christlichen Heilswahrheit zu constatiren hätte, woran sich das Wort der Ermahnung, das Gebet, die Fürbitte und die Einsegnung der Jugend schließen müßte. Unter diesem Gebet und Segen der Kirche würde dann die christliche Jugend in die neue bürgerliche Berufsstellung eintreten.

2) Das Glaubensbekenntniß und das dazu gehörige Gelübde der Treue gegen den Herrn, woran sich die Ausstattung des Zutritts zum Sacrament des Abendmahls schließt, finde bei jener Einsegnung nicht statt, sondern sei ein neuer kirchlicher Act von hoher und höchster Bedeutung für den Gelobenden und für die Gemeinde. Es bleibe die Zeit, in der dieser Act eintreten soll, für jeden gänzlich frei, und finde erst dann statt,

## 1874.

## De unitate ecclesiae.

I. Commentario in locum Gal. 3, 22—29 composito notio biblica unitatis ecclesiae exponatur.

II. In wie weit sind der Idee der Einheit der christlichen Kirche (des christlichen Universalismus) gegenüber das (vielfach gemißbrauchte) Nationalitätsprincip und die Con-  
fessionsliebe (staatlicher und kirchlicher Partikularismus) berechtigt und in wie weit nicht? —

Wie stellt sich danach das Urtheil über Ultramontanismus und Internationale, über Nationalkirche und Freikirche? und wie ist das Streben nach einem allgemeinen einheitlichen Organismus der Gläubigen mit der Liebe zu der Kirche einer bestimmten Confession und mit der (wesentlich dem zu einer besonderen geschichtlichen Eigenthümlichkeit ausgebildeten Volke geltenden) Vaterlandsliebe zu vereinigen?

III. Wie und bei welchen Gelegenheiten insonderheit kann der evangelisch-lutherische Geistliche die rechte Einsicht in das Verhältniß zwischen der Idee des allgemeinen einheitlichen Organismus der auf Christum Getauften und der Con-  
fessionsliebe sowie dem Nationalitätsprincip fördern? Welche Texte der heiligen Schrift (beispielsweise) können dabei besonders zur Verwerthung gelangen?

## 1876.

## De disciplina ecclesiastica.

I. Comparatis locis Math. 18, 15—18, Jo. 16, 8 sqq.; 20, 22, 23. Act. 5, 1; 8, 20, 1 Cor. 5, 4 sqq.; 2. Cor. 6, 14; 7, 9; 13, 2. 10, 2. Thess. 3, 6;

wenn der Einzelne das Verlangen hat und den Willen ausspricht, als Abendmahlsgenosse volles Glied der Gemeinde zu werden. Die Gemeinde wird dann durch ihre Organe über die Zulassung zu entscheiden haben; diese Zulassung setzt zwar jene kirchliche Unterweisung voraus; der Zugelassene aber mag jünger oder älter sein, er mag früh oder spät, er wird vielleicht gar nicht kommen: es ist aber besser gar nicht, als unwürdig am Tische des Herrn zu erscheinen. Das Resultat würde die Bildung einer Abendmahls-gemeinde sein, welche die Kirche jetzt gar nicht oder nur zufällig hat.

Die weitere Folge aber würde die richtige Stellung der Taufe und der volle Eintritt derselben in die ihr zukommende sacramentliche Dignität sein. Die Taufe tritt durch die gegenwärtige Praxis der Confirmation gegen diese letztere zurück und erscheint immermehr nur als Johannes-, also als Wassertaufe, während die Confirmation als ihre Ergänzung, als Geistestaufe dargestellt wird. Die evangelische Kirche geräth auf diese Weise in die Gefahr, ihre Lehre von nur zwei, von Christo eingesetzten Sacramenten einzubüßen und ein drittes, ein römisches, hinzubringen. Mit der bisherigen Praxis wird deswegen sowohl dem Baptismus, als der römischen Kirche in die Hände gearbeitet. Nicht minder gewinnt mit der hier vertretenen Reform die Bedeutung des Abendmahls und seines würdigen Genusses, sowie die Bedeutung der Gemeinde, die ihnen gebührende Anerkennung — aber ebenso auch die Predigt, welche in der Volkskirche wesentlich auch als Missionspredigt gefaßt, behandelt und zur Anerkennung gebracht werden muß.

1. Tim. 5, 20; 2. Tim. 2, 25; 4, 2; Tit. 2, 15; 3, 10 notio proponatur disciplinae ecclesiasticae hujusque historia adumbretur.

II. Welche Aufgabe hat die Kirchenzucht in der evangelisch-lutherischen Kirche?

(Wird die Aufgabe der Kirchenzucht nur die sein, Glieder der Kirche von solchen kirchlichen Handlungen abzuhalten, an welchen ihnen Theil zu geben als Entwürdigung der Handlung angesehen werden müßte? oder zugleich die, ein ärgerliches Verhalten von Kirchengliedern zu entkräften und für das Gemeindebewußtsein unschädlich zu machen?)

Welche Gegenstände gehören danach vor das Forum der Kirchenzucht? Die älteren Kirchenordnungen ziehen dahin die Kezerei und Irrlehre und die öffentlich kund gewordenen Sünden; zuweilen wird Disciplin nur für die delicta carnis gefordert. Inwiefern ist die Kirchenzucht hinsichtlich ihrer Gegenstände zu beschränken? inwiefern zu erweitern?)

III. Welche Mittel der Kirchenzucht sind von der evangelisch-lutherischen Kirche in Anwendung zu bringen?

(Sind positiv öffentliche persönliche Demüthigungen und Genugthuungen (Kirchenbuße etc.) herzustellen? oder hat die Kirchenzucht nur eine verneinende zu sein, so daß sie nur durch Versagen oder Entziehen geschieht?)

In welchem Verhältniß hat die Kirchenzucht zu der staatlichen Sittenzucht und zu dem weltlichen Zwange zu stehen?)

IV. Durch welche Organe ist in der evangelisch-lutherischen Kirche die Kirchenzucht auszuüben?

(Steht dieselbe dem Geistlichen allein zu vermöge der potestas ordinis?)

Inwiefern liegt die Berechtigung zur Ausübung der Kirchenzucht in der potestas jurisdictionis? Welches ist das Subject dieser Gewalt? Welche Thätigkeit ist in den Kirchenordnungen und aus welchem Grunde in Bezug auf die Ausübung der Zucht den Consistorien beigelegt?

Widerspricht eine Betheiligung der Gemeinden an der Ausübung der Kirchenzucht den Grundsätzen der Reformatoren unserer Kirche?

Welchen Organen ist danach grundsätzlich an Ausübung der Kirchenzucht Theil zu geben?)

V. Wie ist die gegenwärtige Ordnung der Handhabung der Kirchenzucht in der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes zu beurtheilen?

(Welche gesetzliche Bestimmungen sind über Handhabung der Kirchenzucht hier zu Lande in Geltung? Vergl. bes. Erneuerte Kirchenordnung und Gesetz, die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend.)

Sind diese Bestimmungen als dem Bedürfniß des Kirchenwesens in der Gegenwart genügend und dem Stande desselben entsprechend anzusehen?

Haben diejenigen Recht, welche das Verlangen nach weitergehenden Bestimmungen überhaupt principiell als hierarchische Beschränkung der evangelischen Freiheit bekämpfen? oder welche für die Kirche, als eine Gemeinschaft des Glaubens, nur rein innerliche Formen in

Anspruch nehmen und für jene eine nach Analogie der Gesellschaftsrechte zu handhabende Zucht für unangemessen erachten?

Haben diejenigen Recht, welche von Kirchenzucht abrathen, weil es dem Wesen des Protestantismus nicht entspreche, alles Gewicht — nach katholischer Anschauung — auf das öffentliche Aergerniß zu legen, und weil das dabei erstrebte Ziel nicht erreicht werden könne, da durch die Zuchtmittel, welche zur Anwendung stehen, nur die niederen, nicht aber die höheren Stände berührt werden würden?

Haben diejenigen Recht, welche von ausführlichen Disciplinarordnungen freilich Abstand genommen wissen wollen, weil solche aus den bei verstärktem Gemeinssinn sich hervorthuenden Bestrebungen und Erfahrungen der Gemeinden sich ergeben müssen; jedoch Einzelverordnungen für die Fälle als gerathen erachten, wenn an ganz neue Verhältnisse sich Aergernisse knüpfen?

Ist, da in Folge staatlicher Gesetzgebung Verhältnisse eingetreten sind, bei denen Aergernisse besorgt werden können, vor Inangriffnahme weiterer, als der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen abzuwarten, ob die Aufhebung des Taufzwangs und die Verlegung der Eheschließung vor den Standesbeamten solche Aergernisse zur Folge haben werden, welche erforderlich machen, das ärgerliche Verhalten von Mitgliedern der Kirche für den gemeinsamen Gebrauch der Gnadenmittel und die Aufrechterhaltung löblicher kirchlicher Sitte durch Anwendung von Disciplinarmitteln unschädlich zu machen?

Haben diejenigen Recht, welche empfehlen, eine neue umfassende, nicht bloß die durch die staatliche Gesetzgebung veränderten Verhältnisse berücksichtigende Gestaltung der Kirchenzucht zu erstreben?

Und eventuell welche neue Gestaltung der Kirchenzucht in Bezug auf die Fälle, in welchen sie einzutreten hat, auf die Mittel, welche in Anwendung zu bringen sind, resp. deren Stufengang, und die Organe, durch welche die Kirchenzucht zu üben ist, erscheint unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verfassung der Kirche und ihres Verhältnisses zum Staate sowohl als auch in Hinsicht auf das richtige Verhältniß der Kirchenzucht zur Seelsorge und zur politischen Sittenzucht, sowie auf den Stand des Gemeindebewußtseins, aus welchem die Kirchenzucht einerseits mit hervorgehen muß, auf welches sie andererseits hauptsächlich zu wirken hat, zweckmäßig und ausführbar?)

---

Literatur: Sack, Obs. ad disciplinam eccl. recte iudicandam, Bonn 1841. Stahl, Vortr. über Kirchenzucht. Bes. Abdruck aus der evang. R.-Z., 2. H. 1857. Fabri, Ueber Kirchenzucht im Geiste des Evang., Stuttgart 1854. Otto, Vers. einer Verständigung über Kirchenzucht, Dillenb. 1854. Reide, die Kirchenzucht, Bonn 1856. Die Vorträge von Nitsch und Ackermann, Allgem. Kirchenblatt. B. 6, S. 268 ff. (1857). O. Goeschen, Doctrina de disciplina ecclesiastica ex ordinationibus ecclesiae evang. saeculi XVI adumbrata. Hal. 1859.

---



## 2. In der Generalinspektion Braunschweig.

1872.

I. In welchem Zusammenhange hat die Schule vor und nach der Reformation mit der Kirche gestanden?

II. Welche Rechte und Pflichten für die Kirche und welche Pflichten und Rechte für die Schule sind aus diesem Zusammenhange erwachsen?

III. Woher kommt das Verlangen nach Emancipation der Schule von der Kirche, und welche Folgen ständen zu erwarten, wenn demselben in allen Stücken nachgegeben würde?

1874.

I. Was lehrt die Bibel vom Gewissen des Menschen? cf. Röm. 2, 13—15. 7, 14—23. 14, 20. 15, 1. 9, 1. 1. Cor. 8, 7. 9—13. 2. Cor. 1, 12 1. Petr. 3, 21. Act. 23, 1. 5, 29. 2. Cor. 4, 2. 5 11 ff.

II. Wie wird dasselbe von den Moralisten und Theologen älterer und neuerer Zeit ausgelegt?

III. Welcher Einfluß ist demselben auf Glauben, Gesinnung, Thun und Lassen einzuräumen und besonders von Seiten der evangelisch-lutherischen Prediger und Seelsorger anzubahnen und gegenüber dem Treiben der Jesuiten und gleichgesinnter Wortführer geltend zu machen und möglichst zu sichern?

IV. In wie weit kann und darf sich der Geistliche auf sein Gewissen berufen, wenn er Ansichten und Behauptungen aufstellt, welche nicht in jeder Hinsicht mit dem Wortlaute der Bekenntnisschriften oder mit den Anforderungen der bürgerlichen Obrigkeit übereinstimmen?

1876.

I. In welchem Verhältnisse stehen überhaupt Religion und Sittlichkeit mit einander?

II. Das Verhältniß der christlichen Religion zur Sittlichkeit ist im Besonderen zu untersuchen, und soll dabei erörtert werden:

1) wie nach Artikel 4 der Augsburger Confession über dieses Verhältniß zu urtheilen sei.

2) Ferner soll untersucht werden, ob, mit Berücksichtigung des Art. 6 der Augsb. Conf. es eine besondere christliche Sittlichkeit gebe, und, wenn diese Frage bejaht wird, wie sich dieselbe von jeder andern unterscheide.

Bei der Auseinandersetzung über II, 2 wird gewünscht, daß dabei auf Matth. 5, 17 bis Cap. 7 besondere Rücksicht genommen werde.

Aus der Beantwortung der vorhergehenden Fragen ist dann

III. ein begründetes Urtheil darüber abzugeben, ob es gerechtfertigt oder doch zulässig erscheine, confessionlose Schulen zu errichten, in welchen ein sogenannter allgemeiner Religionsunterricht, der dem Unterrichte in der Sittenlehre allein gleich sein würde, erteilt werde,

und wie die Kirche dem Verlangen gegenüber sich zu stellen habe, den confessionellen Religionsunterricht von dem Lehrplane der Schulen zu entfernen.

### 3. In der Generalinspection Helmstedt.

1872.

#### Ueber Socialdemokratie und Communismus.

I. Num bonorum communitalis illius, quam hac nostra memoria magna cum vociferatione efflagitant operarii, vestigia et principia in N. T. sunt invenienda ex eoque stabilienda et argumentis confirmanda? cf. Matth. 19, 21. Marc. 8, 1 sqq. Act. 2, 44 sq. 4, 34 sqq. 5, 1—11. Matth. 26, 11. 1. Cor. 11, 22. Col. 4, 1. Eph. 6, 5. 2. Thess. 3, 10 al.

II. Welche Forderungen der Arbeiter sind von dem Standpunkte des gesunden Menschenverstandes, einer christlich religiösen Gesinnung und einer das Gesamtwohl umfassenden Politik unbedingt zurückzuweisen, welche dagegen sind in dem menschlichen Naturrechte und in dem christlichen Sittenrechte wohl begründet?

III. Was hat die christliche Kirche geleistet, und was hat sie, unter Anweisung und Vorbild der Geistlichkeit, fernerhin energisch zu leisten, um den unleugbaren Uebelständen, deren Abschaffung der Communismus fordert, in gerechter Weise abzuhelpen?

1874.

#### Ueber das symbolum apostolicum.

I. Quaeritur, an singulae symboli apostolici propositiones dictis scripturae sacrae classicis revera comprobari possint? Dicta difficiliora, ut de descensu ad inferos, de carnis resurrectione, de reditu ad iudicium accuratius sunt explicanda.

II. Was ist der eigentliche Grund der feindseligen Angriffe auf das Apostolicum?

III. Ist es als Nachgeben gegen die Bildung der Zeit zu gestatten, einzelne Sätze des Apostolicums bei dessen liturgischem Gebrauch anders zu formuliren, oder gänzlich hinweg zu lassen, oder darf der amtierende Geistliche dasselbe durch eine referirende Eingangformel abschwächen, um seinen eigenen Standpunkt dadurch zu salviren?

1876.

I. E loco Eph. 3, 14—19 uberius tractando et explicando paucis deriventur et enucleentur religionis a Christo traditae beneficia summa ac principalia.

II. Wenn in der freilich falschen Uebersetzung Luthers von v. 19 eine große weithin tragende Wahrheit ausgesprochen ist — und welche? — so liegt doch am Tage, wie große Schäden für Religion und Kirche aus verachteter und vernachlässigter wissenschaftlicher Ausbildung und philosophischer Durchbildung entstehen. Dies bitte ich nachzuweisen.

III. Ist der Amerikaner Pearfall Smith, der so bedeutende Bewegungen in Berlin und Brighton hervorgerufen hat, ein Reformator oder ein Sectirer? Haben wir eventuell seine Emissaire zu unterstützen? Ist es überhaupt gerathen, dem Laienelemente eine größere Lehr- und Predigtthätigkeit einzuräumen?

#### 4. In der Generalinspection Sandersheim.

1872.

I. Wenn der Glaube an die Unsterblichkeit der menschlichen Seele als ein vorzüglicher Glanzpunkt der christlichen Lehre erscheint, so möge dies Verdienst des Christenthums den dürftigen Anschauungen der gesammten christlichen Vorzeit gegenüber kurz in das Licht gestellt werden.

II. Wenn in der Lehre de Novissimis die symbolischen Schriften der evangelischen Kirche einerseits nur die katholische Lehre vom Fegefeuer und die chiliaistischen und apokatastischen Anschauungen der Wiedertäufer verwarfen, andererseits die altkirchlichen Lehren von der Auferstehung des Fleisches und von der ewigen Verdammniß der Nichtchristen bestehen ließen, so kann das fortgeschrittene protestantische Glaubensbewußtsein die hier kurz zu beantwortende Frage nicht abweisen, ob jene gewagte Polemik und diese schüchterne Connivenz fortwährend zu vertreten sei.

III. Wie ist gegenwärtig Denen zu begegnen, welchen die Unsterblichkeit der menschlichen Seele ein Wunsch aber keine sichere Hoffnung verblieben ist? Mit Hinweisung auf die einfachen biblischen Lehren, auf Christi Auferstehung, seine verheißene Wiederkunft, oder auf philosophische Argumente, wie sie in den dogmatischen Schriften einer nahen Vergangenheit reichlich dargeboten wurden, oder in welcher anderen Weise?

IV. Wie bringen wir Einheit und Zusammenhang in unsere catechetischen Unterweisungen über die Lehre vom ewigen Leben, wenn uns die lutherische Katechismus-tradition veranlaßt, theils am Schlusse des B. U., theils bei Auslegung des zweiten und sogar des dritten Glaubensartikels auf dieses Glaubensgebiet einzugehen?

V. Wenn die verschiedene Auslegung des dunklen Lehriages über Christi Höllensfahrt um so weniger befremdet, da nur ein einziges in unserer Landeskirche der Gültigkeit entbehrendes Symbol in gewagter Weise sich darüber ausspricht, so fragt sich, wie sich eine besonnene catechetische Instruction auf diesem Gebiete zu bewähren habe.

1874.

I. Die Glaubwürdigkeit der Apostelgeschichte ist besonders von der Tübinger Schule, theilweise aber auch von manchen conservativen Theologen in Zweifel gezogen; von jener vornehmlich darum, weil Petrus Paulinisch und Paulus Petrinisch erscheine. Wie ist hierüber zu urtheilen?

II. Ist das pfingstliche Sprachwunder in seiner buchstäblichen Darstellung und älteren Auffassung festzuhalten?

III. Wie ist die Gütergemeinschaft in der Muttergemeinde zu Jerusalem, jüngst von socialistischen Agitatoren scharf betont, richtig zu verstehen?

IV. Ist die Geschichtlichkeit des Apostelconcils der Nichtberücksichtigung in den Paulinischen Briefen gegenüber mit Recht in Zweifel gezogen worden?

V. Man gebe eine skizzierte Darstellung der Eigenthümlichkeit des Apostel Paulus und seiner besonderen Verdienste.

## 1876.

I. Wenn die Analogie der Schrift eine Verschiedenheit der Lehrtropen der einzelnen biblischen Schriftsteller nicht ausschließt, so ist auch die Frage nicht abzuweisen: wie unterscheidet sich die Lehre Christi von der Lehre der Apostel nach Form und nach Inhalt, und welche kirchliche Lehrsätze sind nur apostolischen Ursprungs, oder in apostolischer Ausbildung zur Geltung gekommen?

II. Ist dem Briefe an die Hebräer von der Mehrzahl evangelischer Theologen die Paulinität mit zureichenden inneren Gründen abgesprochen?

III. Steht der Brief des Jakobus mit der Lehre des Paulus in nur scheinbarem, in wirklichem, oder gar in bewußtem Widerspruche?

IV. Wenn die heilige Schrift der Engel bald in dichterischem Sinne (Gen. 3, 24. Ps. 104, 4. Jes. 6. Matth. 2, 19), bald in eigentlichem Sinne, bald in gemischter Weise gedenkt (Richter 13. Matth. 28, 2. 3), so fragt sich, ob christliche Religionslehrer die Engelserscheinungen in der hebräischen, jüdischen und anfänglichen christlichen Geschichte als verbürgte Thatsache, oder als ein zeitgemäßes Product frommer Poesie darzustellen haben.

## 5. In der Generalinspection Holzminden.

### 1872.

I. Worin besteht nach der Lehre der Schrift der leibliche, geistliche und ewige Tod?

II. Was ist nach der Lehre der Schrift als Grund des Todes anzusehen?

III. Wie ist vom Standpunkte der christlichen Ethik aus über Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe zu urtheilen?

### 1874.

I. Catholicorum dogma de coelibatu clericorum explicetur et dijudicetur.

II. Welche Stellung im socialen Leben ist dem weiblichen Geschlechte durch das Evangelium angewiesen?

III. Welche Maßnahmen dürften von Seiten der evangelisch-lutherischen Kirche bei Einführung der obligatorischen Civilehe geboten sein?

1876.

Wie ist zu urtheilen

I. über den Ausspruch des Cyprian „habere jam non potest Deum patrem, qui ecclesiam non habet matrem“?

II. über die Satzung der römisch-katholischen Kirche, ihr und nur ihr gebühre das Attribut der Einheit?

## 6. In der Generalinspection Blankenburg.

1872.

I. Glossolalia in Act. apost. Cap. II. descripta et a Paulo Apostolo, qui aliam charismatis formam respexisse videtur 1. Cor. 14, copiosius tractata, quem ad modum intelligi velit quaeritur.

II. Kann die Modification, welche der Begriff der Inspiration in neuerer Zeit erfahren hat, als unbedenklich für die göttliche Autorität der heiligen Schrift und mithin als verträglich mit dem Formalprincip unserer Kirche betrachtet werden?

III. Lassen sich von der Aufhebung der Stolgebühren wohlthätige Folgen für das kirchliche Leben erwarten?

1874.

I. Apostoli decreto synedrii Act. 4. 15 sq. et 5, 29 obediendum esse negantes, num admonitis a Paulo apostolo in epistola ad Romanos 13, 1—5 editis repugnauerint, quaeritur.

II. Steht die Römische Hierarchie in ihrem Kampfe gegen die sogenannten Maigesetze auf dem Grunde der heiligen Schrift?

III. Welche Grenzen setzt Art. XVI der Augsburgischen Confession im Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit für evangelische Christen fest?

IV. Wie sind die angezogenen Stellen Apostelgesch. 4. 5 in populärer Auslegung vor der Gemeinde zu behandeln, um Mißverständnisse fern zu halten?

1876.

I. Doctrina de decreto Dei absoluto, quo alios homines e perditione electos ad salutem aeternam, alios autem in perditione relictos secundum justitiam ad damnationem praedestinaverit, num in locis script. sacr. ut Rom. 9, 9—23 reperiatur, questio est.

II. Ist es Schleiermacher in der Glaubenslehre §. 117—120 gelungen, den Fatalismus aus der Prädestinations-Lehre Calvins in Wirklichkeit zu beseitigen?

III. Welche Wirkungen übt die Lehre von der unbedingten Gnadenwahl auf die Lehrbildungen im Systeme der reformirten Dogmatik aus?

IV. Welche erbauliche Momente enthalten Stellen wie Röm. 8, 29. 30. Eph. 1, 4—6, richtig ausgelegt, für das Erkenntniß der Gewißheit unseres Heilsbesitzes?

B. Das durch die höchste Verordnung vom 9. October 1801 errichtete Institut der General-Inspection's-Lesegesellschaften und General-Inspection's-Bibliotheken, welche unter Oberaufsicht des Herzoglichen Consistorii von den Generalsuperintendenten verwaltet werden, hat seinen Fortgang gehabt. Es sind für dasselbe aus vermögenden Kirchen-cassen

a.	der Generalinspection	Wolfenbüttel	74	M.	50	L.
b.	"	"	Braunschweig	21	"	"
c.	"	"	Helmstedt	18	"	"
d.	"	"	Gandersheim	30	"	"
e.	"	"	Holzminde	6	"	"
f.	"	"	Blankenburg	—	"	"

jährlich bewilligt und ist daneben ein jährlicher Betrag von überhaupt 510 M. aus der Kloster-reinertragscasse erfolgt.

## Cap. VIII.

### Das kirchlich religiöse Leben in den Gemeinden.

Ueber das kirchlich religiöse Leben in den Gemeinden kann aus den Ergebnissen der Kirchenvisitationen und aus anderen Berichten für das Mal Folgendes mitgetheilt werden:

A. Was zunächst den Besuch des Gottesdienstes betrifft, so ist derselbe nach den übereinstimmenden Berichten an den Festtagen überall noch ein sehr zahlreicher, während dagegen der Besuch der sonntäglichen Gottesdienste in einem nicht unbedeutenden Theile der Gemeinden leider Vieles zu wünschen übrig läßt. Eine Abnahme desselben hat nach einer an vielen Orten gemachten Erfahrung namentlich seit dem Jahre 1871 statt gefunden. Es fehlt indessen erfreulicher Weise in fast sämtlichen Superintendentur-Bezirken auch nicht an einer Anzahl solcher Gemeinden, in denen der sonntägliche Kirchenbesuch erkennen läßt, daß die kirchliche Sitte noch eine Macht in ihnen geblieben ist. Am günstigsten steht es in dieser Beziehung in einigen Inspectionen der General-Diöcesen Braunschweig, Gandersheim und Holzminde. Ueber die sehr geringe Betheiligung Erwachsener an den Nachmittags-Gottesdiensten, auch auf dem Lande, wird in weiten Kreisen geklagt. Der Besuch der Wochen-Gottesdienste ist ebenfalls sehr in Abnahme gerathen; nur während der Fastenzeit und namentlich in der stillen Woche pflegt noch eine lebendigere Theilnahme an denselben statt zu finden. Ein erfreuliches Zeichen ist, daß die an vielen Orten eingeführten Vesper-Gottesdienste am Abend vor Weihnachten eine sehr rege Betheiligung von Seiten der Gemeinden gefunden haben.

B. Die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage ist im Großen und Ganzen eine sehr wenig befriedigende. Fast allgemein wird darüber geklagt, daß in Folge des vorherrschend auf Erwerb und Genuß gerichteten Sinnes unserer Zeit im Zusammenhange mit den veränderten Gewerbs- und Verkehrsverhältnissen, vielfach freilich auch unter dem Drucke der Sorge für das tägliche Brod, die christliche Sitte der Sonntagsheiligung stark gelitten hat. Von vielen Seiten ist der Wunsch ausgesprochen, daß von den weltlichen Behörden eine strengere Handhabung des Gesetzes über die Feiertagsordnung geübt werden möge. Es muß indessen darauf hingewiesen werden, daß auch von Seiten der Geistlichen und der zum Zusammenwirken mit denselben verpflichteten Kirchenvorstände nicht überall der rechte Ernst und Eifer an den Tag gelegt ist, um den auf diesem Gebiete dem Volksleben drohenden Gefahren wirksam entgegen zu treten.

C. Die Theilnehmung an der Feier des heiligen Abendmahls ist gleich der an den sonntäglichen Gottesdiensten in den verschiedenen Gemeinden eine sehr verschiedene, und pflegt, wo die letztere eine lebendigere ist, auch die erstere zahlreicher zu sein. An vielen Orten besteht noch die Sitte, daß die Einzelnen zwei und mehr Mal des Jahrs zum Abendmahl gehen, so daß in einer Anzahl Gemeinden die Zahl der Communicanten die Seelenzahl übersteigt, oder ihr doch nahe kommt. Dagegen fehlt es auch nicht an Gemeinden, in denen die sehr geringe Zahl der jährlichen Communicanten ein betrübendes Zeichen von dem Darniederliegen des kirchlichen Lebens ist.

D. An den zur kirchlichen Unterweisung der Jugend am Sonntag Nachmittag und an einem Wochentage stattfindenden Kirchen-Katechisationen nimmt die Oberklasse der schulpflichtigen Jugend Theil. In Landgemeinden ist die an einem Wochentage abzuhaltende Katechismuslehre mehrfach von den Geistlichen, namentlich für die Winterzeit, in die Schule verlegt. Die Theilnahme der confirmirten Jugend an den kirchlichen Katechisationen ist sehr in Abnahme gerathen. Sie findet in einem großen Theile der Gemeinden der vorgeschriebenen Ordnung gemäß allerdings noch 2 Jahre lang nach der Confirmation statt, in andern nur ein Jahr, in noch andern nur einige Monate oder gar Wochen und hat in einigen Gemeinden sogar ganz aufgehört. Fast überall wird aber über große Unregelmäßigkeit in der Theilnahme an denselben geklagt.

E. Das kirchliche Armenwesen ist dem Ausschreiben des Herzoglichen Consistoriums vom 12. Januar 1853 gemäß durch die Kirchen-Vorstände verwaltet. Die Einnahme der kirchlichen Armencaffen hat in den letzteren Jahren an vielen Orten dadurch eine Vermehrung erfahren, daß nach Ablösung der Stolgebühen und Opfer bei Gelegenheit von Taufen, Confirmationen, Trauungen u. freiwillige Opfer zu Gunsten derselben dargebracht sind. Bei Verwendung der vorhandenen Mittel ist der Vorschrift gemäß vor Allem auf Unterstützung kirchlich gesinnter hilfsbedürftiger Armen Bedacht genommen.

Auf dem Gebiete der Privatwohlthätigkeit hat sich in der Sorge für die Armen an verschiedenen Orten durch Errichtung von Kinderbewahranstalten, Suppenvereinen u. eine reiche Liebesthätigkeit entfaltet.

F. Was die Theilnahme am evangelisch-christlichen Vereinswesen betrifft, so ist auf diesem Gebiete zunächst

a) die seit dem Jahre 1834 im hiesigen Lande bestehende Bibelgesellschaft zu erwähnen. Sie hat sich die Verbreitung der heiligen Schrift durch Verkauf zu ermäßigten Preisen und durch unentgeltliche Abgabe an Arme zur Aufgabe gestellt. Zugleich verfolgt sie den Zweck, dem Volke statt der durch die Britische Bibelgesellschaft im hiesigen Lande colportirten Bibeln, welche die Apocryphen nicht enthalten und deshalb zu billigerem Preise abgegeben werden können, die Anschaffung vollständiger Bibeln zu erleichtern. Leider hat dieselbe bis jetzt nicht die Theilnahme gefunden, welche sie verdient. Mit den geringen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ist sie jedoch im Stande gewesen, innerhalb der 4 Jahre 1872 bis 1875 474 ganze Bibeln und 237 Neue Testamente zu ermäßigten Preisen abzugeben.

b) Der ebenfalls seit dem Jahre 1834 im Lande bestehende Verein für die Mission unter den Heiden hat sich einer regeren Theilnahme zu erfreuen gehabt. Zur Förderung desselben hat das mit Genehmigung der Kirchenregierung seit 1854 alljährlich in Braunschweig gefeierte, mit einem Festgottesdienste im Dom eröffnete Missionsfest wesentlich beigetragen. Mit gleicher Genehmigung sind in den Jahren 1874 und 1875 auch zu Meerdorf, Luchum, Schleweke bei Bockenem und Thedinghausen Missionsfeste gehalten worden. Seit einer Reihe von Jahren hat auch in den Stadtkirchen zu Braunschweig alljährlich eine Collecte für die Heidenmission stattgefunden. Dem Zwecke des Vereins haben nicht minder 6 an mehreren Orten wirkenden Frauenvereine in dankenswerther Weise gedient.

Die dem Vereine zufließenden Gaben werden an die evangelisch-lutherische Missionsanstalt in Leipzig abgegeben, indessen übermittelt der Verein auf Wunsch auch Gaben an andere Missionsanstalten. Nach Ausweis der Jahresberichte hat die Einnahme des Vereins 1872: 3087 *M.*, 1873: 3091 *M.*, 1874: 3579 *M.*, 1875: 3057 *M.* betragen. Von Seiten der Kirchenregierung ist unter dem 17. Mai d. J. eine am Pfingstfeste d. J. für die Mission zu veranstaltende Landeskirchencollecte angeordnet.

c. Unter gleich reger Theilnahme hat auch der seit 1844 hier zu Lande bestehende evangelische Verein der Gustav=Adolf=Stiftung gewirkt. Durch Gründung von Kreis- und Localvereinen ist derselbe bestrebt gewesen, seine Organisation über das ganze Land auszudehnen. In einer der Kreishauptstädte des Landes wird alljährlich die mit einem Festgottesdienste verbundene Hauptversammlung des Vereins abgehalten; im Jahre 1872 hat dieselbe in Braunschweig, 1873 in Wolfenbüttel, 1874 in Holzminden und 1875 in Helmstedt stattgefunden. Zur Förderung des Vereinszweckes ist von den in 9 Orten des Landes bestehenden Frauenvereinen in rühriger Weise mitgewirkt, namentlich sind in Braunschweig, Wolfenbüttel und zeitweilig auch in Holzminden zum Besten desselben Vorlesungen veranstaltet worden. In den Stadtkirchen zu Braunschweig haben alljährlich Collecten für denselben stattgefunden. An Beiträgen sind dem Vereine im Jahre 1872 in runder Summe 3015 *M.* und 300 *M.* Legatengelder, 1873: 2424 *M.*, 1874: 4290 *M.* und 450 *M.* Legatengelder, 1875: 4335 *M.* zugegangen. Die Einnahme der Frauenvereine hat in den gleichen Jahren jährlich etwa 3600 *M.* betragen. Wegen Verwendung der vorhandenen Mittel wird auf der in jedem Jahre gehaltenen Hauptversammlung Beschluß gefaßt.

Zum Besten der Zwecke des Vereins ist von der Kirchenregierung unter dem 17. Mai c. gleichfalls eine am Reformationssfeite d. J. zu veranstaltende Landeskirchen-Collecte angeordnet.



d. Von den dem Gebiete der innern Mission angehörenden im Lande bestehenden Anstalten sind folgende hervorzuheben:

Das Rettungshaus für verwahrloste Kinder bei St. Leonhard vor Braunschweig, mit welchem zugleich ein Kinderhospital verbunden ist. Im Jahre 1852 mit 3 Kindern eröffnet, hat sich dasselbe, wie die Jahresberichte ausweisen, im Laufe der Jahre einen großen Kreis von Freunden im Lande erworben, mit deren Hülfe und durch eine von der Herzoglichen Landesregierung gewährte Unterstützung es im Stande gewesen ist, seine segensreiche Wirksamkeit mehr und mehr auszudehnen. Es haben demselben im verflossenen Jahre 36 Kinder, 19 Knaben und 17 Mädchen angehört. In dem Kinderhospital sind in dem Jahre 1872: 31, 1873: 28, 1874: 41, 1875: 35 kranke Kinder aus Stadt und Land verpflegt worden.

Die im Jahre 1868 zur Pflege und Ausbildung geisteschwacher Kinder gegründete Idioten-Anstalt zu Erkerode und Ober-Siedte bei Braunschweig hat von kleinen Anfängen aus in kurzer Zeit eine ansehnliche Ausdehnung gewonnen. In dem genannten Jahre mit 10 Zöglingen eröffnet, zählt dieselbe gegenwärtig 97 Kinder, und, um den noch fortwährend eingehenden Aufnahme-Gesuchen Genüge leisten zu können, ist ein Neubau zur fernern Aufnahme von 70 Zöglingen in Angriff genommen. Die Anstalt hat in weiten Kreisen des Landes Interesse gefunden und sind ihr Liebesgaben in reichem Maße zugeflossen. Mit Genehmigung der Kirchenregierung haben in den Jahren 1872, 1874 und 1875 Landeskirchencollecten zum Besten derselben statt gefunden. Von Seiten Herzoglicher Landesregierung ist derselben eine namhafte Unterstützung zu Theil geworden, und eine solche für die nächsten Jahre wieder in Aussicht gestellt.

Das Diakonissenhaus „Marienstift“ zu Braunschweig, eine Stiftung des dortigen vaterländischen Frauenvereins, hat seit der kurzen Zeit seines Bestehens gleichfalls ein erfreuliches Wachsthum erfahren. Im Mai 1870 mit zwei von dem Hamburger Hause Bethesda überlassenen Schwestern und somit als eine auswärtige Station jenes Hauses eröffnet, ist es demselben schon nach wenigen Jahren gelungen, eine selbstständige Stellung neben anderen Diakonissenhäusern zu gewinnen. Die Eine der beiden Hamburger Schwestern hat vor 2 Jahren als Oberin die innere Leitung des Marienstiftes selbstständig in die Hand genommen; außerdem ist ein Anstaltsgeistlicher angestellt, dem die Seelsorge im Diakonissen- und dem damit verbundenen Krankenhause, sowie der Unterricht der Probeschwestern übertragen ist; die technische Ausbildung der letzteren leitet der Anstaltsarzt. Im Jahre 1874 hat die Einsegnung der ersten beiden und in diesem Jahre die Einsegnung von 4 weiteren im Hause selbst ausgebildeten Probeschwestern stattfinden können. Gegenwärtig befinden sich in demselben außer der Oberin 8 eingeseignete Schwestern, 3 Probeschwestern und 2 Diakonissen-schülerinnen. Die Zahl der in der Anstalt verpflegten Kranken hat 1872: 76, 1873: 140, 1874: 166, 1875: 177 betragen. In vielen Fällen haben Schwestern auch schon in Privatpflege abgegeben werden können.

Durch namhafte Unterstützungen von Seiten der Herzoglichen Landesregierung, sowie der Stadt Braunschweig und durch reichliche Liebesgaben sind der Anstalt die erforderlichen Ein-

nahmen zugegangen. Im Jahre 1874 ist zum Besten derselben von der Kirchenregierung eine Landeskirchencollecte angeordnet.

Seit dem Jahre 1874 sind auch Vorbereitungen getroffen zur Gründung einer Herberge zur Heimath in Braunschweig. Dieselbe beabsichtigt den mannigfachen Verführung und Ausbeutung ausgesetzten Wandergesellen, sowie ortsanwesenden Fabrikarbeitern im Anschlusse an eine christliche Hausordnung eine heimathliche Stätte zu gewähren, ihren Gästen Speise, Trank und Unterkommen in thunlichst guter und billiger Weise zu bieten, alles mit einer christlichen Hausordnung Unverträgliche fern zu halten und zugleich, wenn auch ohne Zwang, die Gelegenheit zu bieten, an den vom Hausvater abzuhaltenden kurzen Hausandachten Theil zu nehmen. Die Vorbereitungen sind soweit vollendet, daß das zu diesem Zwecke erbaute Haus noch in diesem Jahre wird eröffnet werden können. —

Außer diesen auf dem Gebiete der inneren Mission hervorgetretenen Bestrebungen ist auch der Dienst nicht unerwähnt zu lassen, der von einem unserer evangelischen Frauenklöster im Lande der Kirche geleistet ist. In dem Bestreben, die alte von der Reformation her überkommene klösterliche Ordnung im Sinne und Geiste unserer Zeit neu zu beleben und nutzbar zu machen, ist in dem Kloster Marienberg bei Helmstedt seit einer Reihe von Jahren auf dem Gebiete des Erziehungs- und Unterrichtswesens, der Krankenpflege, sowie der Paramentik in aufopferndster Weise eine reiche Thätigkeit entfaltet, die der Kirche in und außer unserm Lande in mannigfacher Weise zum Segen geworden ist.

#### G. Kirchliche Collecten.

Landeskirchencollecten sind, außer den unter F. bereits erwähnten, in den Jahren 1872 — 1875 von der Kirchenregierung angeordnet zum Besten der Idiotenanstalt zu Erkerode und des Marienstiftes zu Braunschweig. Die ersteren haben im Jahre 1872 einen Ertrag von 6346 *M.* 73 *S.*, 1874 von 2969 *M.* 21 *S.*, 1875 von 3931 *M.* 40 *S.* gegeben; die letztern, im Jahre 1874 einen Ertrag von 3375 *M.* 90 *S.*

#### H. Austritte aus der Kirchengemeinschaft und Uebertritte in dieselbe.

Nach den bei den Stadt- und Amtsgerichten geführten Dissidenten-Registern sind in den Jahren 1873, 1874 und 1875 zum Dissidententhume übergetreten: in Braunschweig 26 Personen, von denen 25 der evangelisch-lutherischen, 1 der katholischen Kirche angehört haben; außerdem sind 6 Kinder dissidentischer Eltern in das Register aufgenommen, — in Salder 14 Personen, der Secte der Baptisten angehörend, — in Helmstedt 1 Person — in Vorsfelde 43 Personen, der Secte der Baptisten angehörend, — in Seesen 1 Person.

Uebergetreten in die evangelisch-lutherische Landeskirche sind aus der römisch-katholischen Kirche im Jahre 1872: 1, 1873: 1, 1874: 3, 1875: 4 Personen, aus dem Judenthume in denselben Jahren 3 Personen.

#### Cap. IX.

##### Kirchenbaufachen.

In den Jahren 1872 bis 1875 incl. sind, wie in Anlage II. speciell nachgewiesen ist,

außer der Stadt Braunschweig, 8 neue Kirchen, bezw. Thürme gebaut mit einem Kostenaufwande im Gesamtbetrage von 278964 *M.* 66 *S.* Diese Kosten sind aufgebracht aus den Kirchencassen mit 198897 *M.* 26 *S.*, aus den Gemeinden mit 38217 *M.* 40 *S.*, durch Zuschüsse aus dem Klosterfonds, der Haupt-Finanz-Casse, Domänen- oder Stiftscassen mit 41850 *M.* Restaurirt sind 9 Kirchen mit einem Kostenaufwande von über 3000 *M.* in jedem einzelnen Falle, 91 Kirchen mit einem Kostenaufwande von unter 3000 *M.* in jedem einzelnen Falle. Auf die ersten sind verwandt 107220 *M.* 97 *S.*, davon 83955 *M.* 84 *S.* aus den Kirchencassen, 9765 *M.* 13 *S.* aus den Gemeinden aufgebracht und 13500 *M.* durch Zuschüsse aus dem Klosterfonds u. Auf die letzten sind verwandt 83463 *M.* 77 *S.*, davon 65546 *M.* 59 *S.* aus den Kirchencassen, 13038 *M.* 67 *S.* aus den Gemeinden aufgebracht, 4113 *M.* 51 *S.* durch Zuschüsse aus dem Klosterfonds u. und 765 *M.* aus dem Aachen-Münchener Ueberschußfonds. Danach sind im Ganzen auf Bauten und Reparaturen von Kirchen verwandt 477899 *M.* 40 *S.* An Kirchenorgeln sind neu gebaut 15 mit einem Kostenaufwande von 27647 *M.*, davon sind 15227 *M.* aus den Kirchencassen, 8340 *M.* aus den Gemeinden aufgebracht, 2280 *M.* durch Zuschüsse aus dem Klosterfonds und 1800 *M.* aus dem Aachen-Münchener Ueberschußfonds. Restaurirt sind, mit einem Kostenaufwande von über 150 *M.* in jedem einzelnen Falle, 17 Orgeln mit einem Kostenaufwande von 7753 *M.* 10 *S.*, davon 6222 *M.* 60 *S.* aus den Kirchencassen, 1380 *M.* 50 *S.* aus den Gemeinden aufgebracht und 150 *M.* durch Zuschüsse aus dem Aachen-Münchener Ueberschußfonds. Danach sind im Ganzen auf Bauten und Reparaturen von Orgeln verwandt 35400 *M.* 10 *S.*; für Kirchen- und Orgelbaukosten im Ganzen aufgewandt 513299 *M.* 50 *S.*

Für Ausschmückung von Kirchen mit kirchlichen Bildwerken, heiligen Geräthen, Altar- und Kanzelbekleidungen und dergl. ist in den gedachten Jahren durch zahlreiche Geschenke aus den Gemeinden gesorgt worden.

Mit besonderer Anerkennung wird noch bemerkt, daß zur Herstellung monumentaler Kirchenbauwerke auf den Klostergütern der Herzoglichen Landesregierung auf deren Antrag von der Landesversammlung bis zu 100000 *M.* aus den Ueberschüssen der letzten Finanzperiode zur Disposition gestellt worden sind.

## Cap. X.

### Das Friedhofs- und Begräbnißwesen.

Dasselbe ist während der Jahre 1872—1875 durch die Landesgesetzgebung nicht berührt. Dagegen hat man an einzelnen Orten (Helmstedt, Ahlum) für erforderlich gehalten, es durch ein Localstatut in einzelnen Punkten genauer zu regeln, wie auch noch speciell für die Benutzung der Kirchenglocken nach dem Sterbefalle und beim Begräbniß von einem Orte (Timmenrode) ein besonderes Statut erlassen ist.

An 20 Orten (Broistedt, Herrhausen, Köchingen, Lehdorf, Marienberg, Sonnenberg, Helmstedt, Mascherode, Meerdorf, Oppenhausen, Rottorf, Trautenstein, Weltheim a. d. Ohe, Westerode, Alveste, Königsutter, Stiege, Broigen, Emmerstedt, Waggum) ist die Anlegung

neuer Friedhöfe unter gänzlicher Schließung der bisherigen nothwendig geworden, an 7 anderen (Büddenstedt, Grünenplan, Schöppenstedt, Wendhausen, Wolfshagen, Golmbach und Delber a. w. Wege.) ist es thunlich gewesen, auf einfacherem Wege, durch Vergrößerung des vorhandenen Friedhofs, dem drohenden Mangel an Grabstellen noch für längere Zeit zu begegnen. Außerdem ist für eine Gemeinde, welche bisher keinen eigenen Friedhof besaß (das preussische, nach Büddenstedt eingepfarrte Dorf Wulferødorf) ein solcher eingerichtet.

An 2 Orten, (Helmstedt, Ahlum) sind auf den Friedhöfen Leichenhäuser gebaut; in Meerdorf hat man auf dem Friedhofe eine Begräbniß-Capelle, in welcher die Vollziehung eines Theiles der Begräbnißfeierlichkeiten bei ungünstiger Witterung stattfindet, und welche im Uebrigen zur Aufbewahrung der Begräbnißgeräthe dient, eingerichtet.

## Cap. XI.

### Verwaltung des Kirchenvermögens.

A. In der Art der Verwaltung des Kirchenvermögens, hinsichtlich derer auf die Mittheilung Herzoglichen Consistorii an die erste Landes-Synode vom 23. October 1872 Cap. XI. A—D Bezug genommen wird, ist eine Veränderung nicht eingetreten.

B. Nach der in Anlage III angefügten Uebersicht der jährlichen Gesamt-Einnahme und Ausgabe, sowie des Vermögensbestandes von sämmtlichen lutherischen Kirchen und Capellen des Landes, mit Ausnahme der Kirchen in der Stadt Braunschweig, deren Rechnungen beim Herzoglichen Consistorio nicht zur Revision kommen, von den Jahren 1869 bis 1872 ist der Gesamtbetrag von Gold und Courant, welcher 1868 (s. Anlage IV zu Anl. 5 des Prot. 1 der ersten Landes-Synode) 483994 ₰ 21 ½ betrug, ungewöhnlich hoher Ausgaben, namentlich im Jahre 1872, ungeachtet bis 1872 incl. auf 507237 ₰ 19 ½ 2 gestiegen.

## Cap. XII.

### Kirchenbuchführung.

In Folge des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 hat eine Neugestaltung der Kirchenbuchführung stattfinden müssen, und ist zu dem Zwecke unter dem 29. December v. J. an die Kirchenbuchführer eine darauf bezügliche Instruction erlassen. Nach derselben sind die Kirchenbücher in Zukunft als Tauf-, Confirmations-, Trauungs- und Begräbnißregister weiter zu führen. Bei Entwerfung der Instruction hat sich die Kirchenregierung von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß es behuf Feststellung der Identität der Personen wünschenswerth sei, eine möglichst genaue Uebereinstimmung der kirchlichen Register mit den standesamtlichen Registern herbeizuführen. Zu dem Zwecke hat dieselbe angeordnet, daß die Eintragungen in die Tauf-, Trauungs- und Begräbnißregister auf Grund der von den Standesbeamten auszustellenden Geburts-, Heiraths- und Todesbescheinigungen zu vollziehen seien.

Ob es erforderlich sein wird, von den Kirchenbüchern, wie es früher geschehen ist, Duplicate anfertigen zu lassen, ist einer weitem Erwägung noch vorbehalten.

## Cap. XIII.

**Das evangelisch-lutherische Gemeindeschulwesen.**

Durch das Gesetz vom 17. April 1873 M 21, die anderweite Regulirung der Gehalts- und Pensions-Verhältnisse der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen, sowie die Anstellung von Lehrerinnen betreffend, sind die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Lehrer an den evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen erheblich verbessert worden. In mehreren Städten sind seit jener Zeit auf Antrag der städtischen Behörden die Gehaltsätze der Lehrer bereits wiederum über die gesetzlichen Quoten nicht unbedeutend erhöht worden.

Bei dem noch immer fühlbaren Mangel an Lehrkräften ist es eine erfreuliche Thatsache, daß die Zahl der Schulamts-Aspiranten sich wesentlich vermehrt hat.

In Folge dessen ist zu den beiden bisherigen Vorbereitungs- (Real-) Classen zu Wolfenbüttel eine dritte hinzugekommen, und die Zahl der Schüler in jenen belief sich am Schlusse des Schuljahres 1874/75 auf 132, von denen 111 sich dem Lehrerberufe zu widmen beabsichtigen.

In die Präparanden-Anstalt (Seminar) daselbst konnten zu Ostern 1874, anstatt der früheren jährlichen Durchschnittszahl von 16—18, 28 Zöglinge aufgenommen werden. Ostern 1875 traten 34 Zöglinge in die Anstalt, und nachdem 5 derselben an die Anstalt zu Braunschweig abgegeben waren, betrug die Gesamtzahl derselben 75, von denen die dem zweiten Jahrescursus angehörigen als Aushülfslehrer an verschiedenen Schulen bei eingetretenen Vacanzen interimistisch verwandt werden konnten.

Es steht zu hoffen, daß nach Ablauf von 2 bis 3 Jahren diese Art der Verwendung nur noch ausnahmsweise stattfinden werde, und daß die Zöglinge ihren dreijährigen Cursum innerhalb der Anstalt ohne Unterbrechung werden absolviren können.

Die in Aussicht stehende Erbauung eines neuen Seminargebäudes zu Wolfenbüttel wird die Möglichkeit gewähren, die drei Abtheilungen der Zöglinge nach den Jahrescursen vollständig getrennt zu unterweisen und somit das seit lange schon angestrebte Ziel, die Durchführung eines regelmäßigen dreijährigen Seminarcursums, zu erreichen.

Die Präparanden-Anstalt in Braunschweig zählte am Schlusse des Schuljahres 1875 vier Präparanden und 11 Aspiranten. Die Zahl der letzteren hat seitdem sich auf 16 erhöht, und es ist Aussicht auf ferneren Zuwachs vorhanden.

Wegen anderweitiger Organisation des Seminarwesens in der Stadt Braunschweig werden gegenwärtig Verhandlungen gepflogen.

Die Anstalt in Blankenburg zählte durchschnittlich 3—4 Zöglinge.

An der Abgangsprüfung haben zu Ostern 1875 nach vollendetem Cursum 23 Zöglinge theilgenommen, und zwar 14 aus der Wolfenbütteler, 8 aus der Braunschweiger und 1 aus der Blankenburger Anstalt.

Die Anstellungs-Prüfung der Schulamtsandidaten für die Gemeindeschulen ist in den 4 Jahren 1872/75 mit überhaupt 98 Examinanden, von denen 80 ihre Vorbildung in der Anstalt zu Wolfenbüttel, 18 aber in anderen Anstalten erhalten haben, von der Prüfungs-Commission vorgenommen.

Seit dem mittelst Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministerii vom 15. Januar 1872 erschienenen Reglement für Prüfung der Candidaten der höheren Lehrämter an Lehrerseminarien und Bürgerschulen sind von der dazu bestimmten Prüfungs-Commission überhaupt 10 Candidaten examinirt worden, von denen einer den Anforderungen nicht genügt hat.

Von den Zöglingen der beiden Lehrerinnenseminare in Braunschweig und Wolfenbüttel haben von Ostern 1872/75 überhaupt 33 die Abgangsprüfung bestanden, 23 die Prüfung 1. Classe und 10 die Prüfung 2. Classe.

Neu angestellt an den Gemeindeschulen sind in dem Zeitraume von 1872/75 111 Lehrer und 10 Lehrerinnen, und zwar 53 an Bürgerschulen (in der Stadt Braunschweig 21 Lehrer und 9 Lehrerinnen) 58 an Landschulen. Von diesen sind 19 Lehrer von auswärts in den hiesigen Schuldienst übergetreten.

#### Cap. XIV.

**Stiftungen, welche unter Aufsicht und Verwaltung des Herzoglichen Consistoriums stehen.**

A. Von den in der Mittheilung des Herzoglichen Consistorii an die Landes-Synode vom 23. October 1872 Cap. XIV unter A bezeichneten Stiftungen ist die unter 3 erwähnte Wiendruwesche Stipendienstiftung wieder an den inzwischen ernannten Abt des Klosters Niddagshausen zur Verwaltung abgegeben.

B. Es sind folgende neue Stiftungen gemacht:

im Jahre 1873 die Rohdesche Prediger-Legatenstiftung zu Wolfenbüttel,

im Jahre 1875 die Wiepfing-Rudolphische Stiftung ebendasselbst,

im Jahre 1876 die Mengensche Stiftung in Helmstedt und die Hänichensche Stiftung ebendasselbst.

Bei Verwaltung dieser Stiftungen hat Herzogliches Consistorium nicht weiter mitzuwirken. Bei einigen derselben wird nur in einem Anhange zur Kirchenrechnung die stiftungsmäßige Verwendung der Einkünfte nachgewiesen.

Wolfenbüttel, den 15. Juli 1876.

**Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Consistorium.**

L. Ernesti.

# Uebersicht

der

im Herzogthume Braunschweig

vorhandenen

General-, Stadt- und Special-Inspectionen.



	Bezeichnung der Inspectionen		Bemerkungen.
A.	General-Inspection	<b>Wolfenbüttel</b>	Die Geschäfte werden gegenwärtig von einem geistlichen Mitgliede des Herzogl. Consistoriums besorgt.
1	Stadt-Inspection	Wolfenbüttel	
2	Special-Inspection	Schöppenstedt	Der Sitz der Special-Superintendentur ist gegenwärtig in Göttingen.
3	" "	Emmenstedt	Desgl. in Gr. Winnigstedt.
4	" "	Ahlum	Desgl. in Salzbadlum. Zu dieser Inspection gehören auch einige Ortschaften, welche im Kreise Braunschweig belegen sind.
5	" "	Hiede-Engelnstedt	
6	" "	Lichtenberg	Der Sitz der vereinigten Special-Superintendentur ist gegenwärtig in Gr.-Stöckheim. Zu dieser Inspection gehören auch einige Ortschaften, welche im Kreise Braunschweig belegen sind.
7	" "	Barum	Zu dieser Inspection gehört eine Ortschaft, welche im Kreise Braunschweig belegen ist.
B.	General-Inspection	<b>Braunschweig</b>	Der Sitz der Special-Superintendentur ist gegenwärtig in Salder.
1	Stadt-Inspection	Braunschweig	
2	Special-Land-Inspect.	Braunschweig	Diese Inspection wird von dem General- und Stadtsuperintendenten in Braunschweig mitverwaltet.
3	Special-Inspection	Fimmerlahe	
4	" "	Campen	Der Sitz der Special-Superintendentur ist gegenwärtig in Gr. = Brunzrode.
5	" "	Luerum	
6	" "	Wendeburg	Desgl. in Wenden.
C.	General-Inspection	<b>Helmstedt</b>	
1	Stadt-Inspection	Helmstedt	



Bezeichnung der Inspectionen			Bemerkungen.
2	Special-Inspection	Wolsdorf	
3	" "	Königsblutter	
4	" "	Belpfe-Borsfelde	Der Sitz der vereinigten Special-Superintendenturen ist in Borsfelde.
5	" "	Galvörde	
6	" "	Schöningen	Diese Inspection wird gegenwärtig von dem Superintendenten der Inspection Wolsdorf mitverwaltet.
7	" "	Jerxheim	Zu dieser Inspection gehören zwei Ortschaften, welche im Kreise Wolfenbüttel belegen sind.
D.	General-Inspection	<b>Gandersheim</b>	
1	Stadt-Inspection	Gandersheim	
2	Special-Inspection	Gandersheim	
3	" "	Greene	Zu dieser Inspection gehören auch einige Ortschaften, welche im Kreise Holzminden belegen sind.
4	" "	Seesen	
5	" "	Wittfelde	Diese Inspection wird gegenwärtig von dem General-, Stadt- und Specialsuperintendenten zu Gandersheim mitverwaltet.
6	" "	Langelshiem	Diese Inspection wird gegenwärtig von dem Superintendenten der Inspection Seesen mitverwaltet, zu derselben gehören auch einige Ortschaften, welche im Kreise Wolfenbüttel belegen sind.
E.	General-Inspection	<b>Holzminden</b>	
1	Stadt-Inspection	Holzminden	
2	Special-Inspection	Stadtholzen	
3	" "	Bevern	Diese Inspection wird gegenwärtig von dem General- und Stadtsuperintendenten in Holzminden verwaltet.

	Bezeichnung der Inspectionen		Bemerkungen
4	Special-Inspection	Ottenstein	Der Sitz der Superintendentur ist gegenwärtig in Halle a. d. W.
F.	General-Inspection	Blankenburg	
1	Special-Inspection	Blankenburg	
2	" "	Haffelsfelde	
3	" "	Walfenried	Die Superintendenturgeschäfte in der Parochie besorgt der Pastor prim. in Lunsen.
G.	Parochie	Lunsen- Theedinghausen	

# N a c h w e i s u n g

der

in den Jahren 1872 bis 1875 incl. an Kirchen und Capellen zc.  
sowie an Kirchen=Orgeln ausgeführten Baulichkeiten

und

**der dafür aufgewandten Kosten.**



Nr.	Jahr, in welchem die Bau-lichkeiten ausgeführt	Gemeinde	Davon sind					
			Gesamt-Betrag der Kosten		aus den Kirchencassen		aus der Gemeinde	
			M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
I. Kirchen,								
a. neu gebaut:								
1	187 <sup>2</sup> / <sub>4</sub>	Barnstorf (Thurm) . . . . .	12235	32	7735	32	—	—
2	187 <sup>3</sup> / <sub>5</sub>	Gramme (Thurm) . . . . .	13076	30	12103	90	972	40
3	187 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	Lauingen . . . . .	27600	—	21600	—	—	—
4	1874 ff.	Lunjen . . . . .	115140	—	67890	—	23250	—
5	1875 ff.	Rünigen . . . . .	51000	—	50100	—	900	—
6	187 <sup>2</sup> / <sub>5</sub>	Schandelah . . . . .	19050	—	19050	—	—	—
7	187 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	Süpplingen (Thurm) . . . . .	19218	4	19218	4	—	—
8	187 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	Westerlinde . . . . .	21645	—	1200	—	13095	—
Summa a. . .			278964	66	198897	26	38217	40
b. restaurirt (mit einem Kosten- aufwande von über 3000 M. in jedem einzelnen Falle):								
1	1874	Ahlum (Verschönerungsbau) . . . . .	32219	78	32219	78	—	—
2	187 <sup>3</sup> / <sub>5</sub>	Figum . . . . .	6675	—	6675	—	—	—
3	1875	Eschershausen . . . . .	18300	—	—	—	9300	—
4	187 <sup>3</sup> / <sub>5</sub>	Gittelde (Sct. Johannis) . . . . .	9123	63	9123	63	—	—
5	1875	Heckenbeck (Umbau) . . . . .	12690	—	12690	—	—	—
6	187 <sup>2</sup> / <sub>5</sub>	Mönche-Wahlberg . . . . .	4392	63	3927	50	465	13
7	1872	Veltheim a. d. Dhe . . . . .	23819	93	19319	93	—	—
8	1875	Wahle . . . . .	4050	—	4050	—	—	—
9	1874	Warle . . . . .	4200	—	4200	—	—	—
Summa b. . .			115470	97	92205	84	9765	13

aufgebracht						Bemerkungen
durch Zuschüsse aus:						
dem Kloster- fonds, der Haupt-Finanz- Casse, Domai- nen oder Stiftscassen		dem Aachen-Mün- chener Ueber- schußfonds		reichern Kirchen-Cassen		
M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	
4500	—	—	—	—	—	Der Bau ist noch nicht vollendet und zu der nebenstehenden Summe veranschlagt. Desgleichen. Desgleichen. Der Neubau war ursprünglich auf 9650 M. veranschlagt, und ist diese bereits früher berechnete Kostensumme um nebenstehenden Betrag überschritten.
—	—	—	—	—	—	
6000	—	—	—	—	—	
24000	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	Der Neubau war ursprünglich auf 9650 M. veranschlagt, und ist diese bereits früher berechnete Kostensumme um nebenstehenden Betrag überschritten.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
7350	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
41850	—	—	—	—	—	Unter der Kostensumme befinden sich 1170 M. für eine neue Uhr. Die Reparaturen sind in der Ausführung begriffen. Der Umbau ist beschlossen und die Kosten zu nebenstehender Summe veranschlagt und bewilligt.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
9000	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	Der Umbau ist beschlossen und die Kosten zu nebenstehender Summe veranschlagt und bewilligt.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
4500	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	Der Umbau ist beschlossen und die Kosten zu nebenstehender Summe veranschlagt und bewilligt.
—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	
13500	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	

Nr.	Jahr, in welchem die Bau-lichkeiten ausgeführt	Gemeinde	Gesamt-Betrag der Kosten		Davon sind				aufgebracht durch Zuschüsse aus:						Bemerkungen
					aus den Kirchencassen		aus der Gemeinde		dem Kloster-fonds, der Haupt-Finanz-Casse, Domai-nen oder Stiftscassen	dem Aachen-Mün-chener-Ueber-schußfonds	reichern Kirchen-Cassen				
			M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	M.	S.	
		Transport . . .	115470	97	92205	84	9765	13	13500	—	—	—	—	—	(Harmonium).  Im Jahre 1873 ist im Betsaale zu Langeloben ein Harmonium aufgestellt, dessen Kosten durch freiwillige Beiträge aus der Gemeinde und durch einen von Herzogl. Cammer bewilligten Zuschuß gedeckt sind. Die Höhe der Kostensumme ist hier nicht bekannt geworden.  Die Kosten sind von dem Kirchenpatrone und der Gemeinde aufgebracht.
	c. restaurirt mit einem Kosten-aufwande von unter 3000 M. in jedem einzelnen Falle:														
	91 Kirchen . . . . .	83463	77	65546	59	13038	67	4113	51	765	—	—	—		
	Dazu Summa a. . .	278964	66	198897	26	38217	40	41850	—	—	—	—	—		
	Summa total I. . .	477899	40	356649	69	61021	20	59463	51	765	—	—	—		
		<b>II. Kirchen-Orgeln</b> a. neu gebaut:													
1	1874	Afenhausen . . . . .	300	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—		
2	1873	Dölme . . . . .	750	—	—	—	450	—	300	—	—	—	—		
3	1874	Heyen . . . . .	4140	—	2940	—	1200	—	—	—	—	—	—		
4	1875	Hondelage . . . . .	2400	—	—	—	1800	—	600	—	—	—	—		
5	1872	Kneittlingen . . . . .	2600	—	2600	—	—	—	—	—	—	—	—		
6	1873	Königsblutter (Stadtkirche) . .	4890	—	4890	—	—	—	—	—	—	—	—		
7	1873	Langeloben . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
8	1874	Nauen . . . . .	300	—	—	—	150	—	—	150	—	—	—		
9	1875	Nordsteimke . . . . .	270	—	—	—	270	—	—	—	—	—	—		
10	1872	Schlewecke (Harzburg) . . .	2460	—	—	—	1260	—	1200	—	—	—	—		
11	1873	Schliesfeldt . . . . .	1950	—	1950	—	—	—	—	—	—	—	—		
12	1873	Etiddien . . . . .	900	—	—	—	720	—	180	—	—	—	—		
13	1872	Veltheim a. d. Ohe . . .	1740	—	—	—	990	—	—	750	—	—	—		
14	1874	Warle . . . . .	2547	—	2547	—	—	—	—	—	—	—	—		
15	1873	Westerlinde . . . . .	2400	—	—	—	1500	—	—	900	—	—	—		
		Summa a. . .	27647	—	15227	—	8340	—	2280	—	1800	—	—		

Nr.	Jahr, in welchem die Bau-lichkeiten ausgeführt	Gemeinde	Davon sind					
			Gesamt-Betrag der Kosten		aus den Kirchencassen		aus der Gemeinde	
			Nr.	Gr.	Nr.	Gr.	Nr.	Gr.
		Transport . .	27647	—	15227	—	8340	—
		b. reparirt, mit einem Kosten-aufwande von über 150 Nr. in jedem einzelnen Falle:						
		17 Orgeln . . . . .	7753	10	6222	60	1380	50
		Summa total II. .	35400	10	21449	60	9720	50
		Recapitulation						
	I.	Kirchenbaukosten . . . . .	477899	40	356649	69	61021	20
	II.	Orgelbaukosten . . . . .	35400	10	21449	60	9720	50
		Ueberhaupt . .	513299	50	378099	29	70741	70

aufgebracht						Bemerkungen
durch Zuschüsse aus:						
dem Kloster- fonds, der Haupt-Finanz- Casse, Domai- nen oder Stiftscassen		dem Aachen-Mün- chener-Ueber- schußfonds		reichern Kirchen-Cassen		
M.	R.	M.	R.	M.	R.	
2280	—	1800	—	—	—	
—	—	150	—	—	—	
2280	—	1950	—	—	—	
59463	51	765	—	—	—	
2280	—	1950	—	—	—	
61743	51	2715	—	—	—	



# Uebersicht

der

**jährlichen Gesamt-Einnahme und -Ausgabe**

sowie

**des Vermögensbestandes von sämtlichen lutherischen Kirchen  
und Capellen im Braunschweigischen Lande**

(mit Ausnahme der Kirchen in der Stadt Braunschweig, deren Rechnungen bei  
Herzogl. Consistorio nicht zur Revision kommen)

**von den Jahren 1869 bis 1872.**





im Jahre	Es haben betragen die						Mithin ist Mehr-						Vermö-			gensbestand									Mithin übersteigen die Activa die Passiva in						Gesamt-Betrag von Gold und Courant		
	Einnahmen			Ausgaben			Einnahme			Ausgabe			Activa in Gold			Activa in Courant			Passiva in Gold			Passiva in Courant			Gold um			Courant um					
	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄	₤	℔	⁄
1869	61376	10	5	54708	18	9	6667	21	8	—	—	—	15097	1	7	590748	18	6	1492	28	11	113690	8	6	13604	2	8	477058	10	—	490662	12	8
1870	63294	10	11	47605	8	1	15689	2	10	—	—	—	14329	5	—	600740	10	11	1492	28	11	107225	1	6	12836	6	1	493515	9	5	506351	15	6
1871	64935	15	6	63323	22	1	1611	23	5	—	—	—	14215	23	6	603575	3	5	1492	28	11	108334	19	1	12722	24	7	495240	14	4	507963	8	11
1872	67668	16	4	68394	5	5	—	—	—	725	19	1	14037	27	—	603170	29	7	1420	12	11	108550	23	10	12617	14	1	494620	5	9	507237	19	10



## Anlage 5<sup>b</sup>. (Prot. 1.)

### A.

---

#### An

#### Herzogliches Staats-Ministerium.

Herzogliches Consistorium berichtet gehorsamst wegen eines Entwurfes des Kirchengesetzes, die Confirmation der Catechumenen betreffend.

Herzogliches Staats-Ministerium hat uns mittelst Hohen Rescripts vom 10. August d. J. beauftragt, die Bedenken, welche bei Hochdemselben wegen des Entwurfs des Kirchengesetzes, die Confirmation der Catechumenen betreffend, obwalten, durch eine nähere Erläuterung zu erledigen.

Es ist bei dem von uns gemachten Vorschlage, daß die Dispensation bezüglich der Confirmation den Superintendenten zustehen soll, nicht die Meinung gewesen, daß die kirchliche Dispensation nunmehr ohne allen Einfluß auf das staatliche Gebiet bleiben solle, sondern unsere Intention ist dahin gegangen, daß der Act des Superintendenten, durch welchen er die Dispensation des Confirmanden vom gesetzlichen Alter der Confirmation vollzieht, zugleich die Dispensation von der landesgesetzlichen Schulpflicht in sich zu begreifen haben werde.

Es ist dabei allerdings die Voraussetzung, daß der Staat, falls die vorgeschlagene Veränderung von der Landessynode gutgeheißen wird, jene ratihabiren werde; es ist indeß von uns übersehen worden, daß dazu die Factoren der staatlichen Gesetzgebung in Wirksamkeit treten müssen. Sobald aber diese Nothwendigkeit von uns ins Auge gefaßt worden ist, haben wir uns auch die Bedenken nicht verhehlen können, welche gegen die Uebertragung der Dispensationsbefugniß auf die Superintendenten geltend gemacht werden können. Herzogliches Consistorium hat jene Befugniß bisher in der Eigenschaft nicht bloß einer Kirchenbehörde, sondern zugleich auch einer Staatsbehörde geübt. Seitdem die Superintendenten nicht mehr als solche Schulinspectoren sind, wird ihnen die staatliche Seite der Schulpflicht wahrzunehmen nicht ohne eine gewisse Inconsequenz in den Gedanken, welche sich besonders seit 1851 in der Landesgesetzgebung ausgestaltet haben, übertragen werden können. Nur insofern sie in der Regel zugleich Schulinspectoren und in wie weit sie es sind, würde solche Uebertragung statthaft erscheinen.

Von diesem Gesichtspuncte aus würde der §. 2 des von uns vorgelegten Entwurfs eines Kirchengesetzes, die Dispensation der Katechumenen u. betreffend, welcher die Zuständigkeit zur Ertheilung der Dispensation der General-, Stadt- und Special-Superintendenten, sowie dem Pastor prim. zu Lunsen zuweist und die Ertheilung der Dispensation für Kinder aus den Parochieen jener Herzoglichem Consistorio vorbehält, mehrerer Aenderungen bedürfen. Es würde zu bestimmen sein, daß die Ertheilung der Dispensation für Kinder aus den Gemeinden einer Inspection, deren Superintendent nicht zugleich Schulinspector ist, von dem Superintendenten in Uebereinstimmung mit dem Schulinspector geschehen solle, wobei dann noch für den Fall der Nichtübereinstimmung Vorforge getroffen werden müßte. Außerdem würde die Ertheilung der Dispensation für Kinder aus den Parochieen, deren Specialaufsicht in kirchlicher Hinsicht den Generalsuperintendenten und den Stadtsuperintendenten zusteht, da gesetzlich nur die Landschulen unter einem Schulinspector stehen, die Generalsuperintendenten als solche über die Schulen in den Parochieen ihrer Special-Superintendenten keine Aufsicht haben, die Stadtschulen aber unmittelbar der Aufsicht des Herzoglichen Consistoriums unterstellt sind, bei Herzoglichem Consistorio verbleiben müssen. Auf diese Weise aber würde das Dispositionsverfahren keineswegs in eine Bahn geleitet werden, welche der bisherigen vorzuziehen sein würde.

Da wir nun aber kaum glauben erwarten zu dürfen, daß die staatliche Gesetzgebung die oben bezeichnete Inconsequenz aus Rücksicht auf Vereinfachung des Verfahrens und in dem Vertrauen, daß die im §. 2 des Entwurfs bezeichneten kirchlichen Organe das Staatsinteresse bei Ertheilung der Dispensation ebenso sehr, wie das kirchliche Interesse wahrnehmen werden, zu begehen geneigt sein werde, eine consequente Auseinanderhaltung der kirchlichen und der staatlichen Sphäre, besonders wenn dabei auch die Schulvorstände im Verhältniß zu den Kirchenvorständen in Betracht zu kommen haben würden, das Dispositionsverfahren aber formell sehr schwerfällig machen und materiell für die Richtigkeit und Gleichmäßigkeit desselben wahrscheinlich eher von Nachtheil, als von Nutzen sein würde; so können wir Herzogliches Staatsministerium nur ehrerbietigst bitten, Er. Hoheit, dem Herzoge vorzutragen, daß wir die aus dem Verhältniß der bei dem ad 2 unseres unterthänigsten Berichts vom 15. Juli d. J. in Bezug auf die der bevorstehenden zweiten ordentlichen Landesynode zu machenden Vorlagen proponirten Entwürfe eines Kirchengesetzes aus dem Verhältniß der kirchlichen zu der staatlichen Sphäre entspringenden Bedenken zur Zeit in befriedigender Weise nicht zu erledigen vermögen und daher rathen müssen, von der Mittheilung des Entwurfs des Kirchengesetzes, die Dispensationen der Katechumenen von dem zur Confirmation erforderlichen Alter betreffend, an die zweite ordentliche Landesynode gnädigst Abstand nehmen zu wollen.

Wolfenbüttel, den 4. October 1876.

Herzogl. Braunschw. = Lüneb. Consistorium.

gez. W. Henke.

L. Ernesti.

**B.**

**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Herzogliches Consistorium berichtet über verschiedene auf die rechtliche Stellung der Kirchenpatrone bezügliche Beschlüsse der ersten ordentlichen Landesynode.

Die erste ordentliche Landesynode hat in ihrer Sitzung vom 19. November 1872 verschiedene auf die rechtliche Stellung der Kirchenpatrone bezügliche Beschlüsse gefaßt. Dieselben haben zunächst nur den Zweck gehabt, bei Ew. Hoheit Kirchenregimente beziehungsweise bei der Landesregierung die Erwägung anzuregen, ob, und event. in welcher Weise, die zur Zeit rechtmäßig bestehenden Verhältnisse des Kirchenpatronates einer Aenderung zu unterziehen sein möchten: sie haben also von vornherein dem Gedanken Raum gelassen, daß jene Erwägung zu dem Entschlusse führen könne, von einer Aenderung dieser Verhältnisse abzusehen. Allein sie machen doch unerlässlich, daß der demnächst zu berufenden zweiten Landesynode über das Resultat der angestellten Erwägung, auch wenn es das schon angedeutete negative sein sollte, Auskunft gegeben werde.

Unseres Erachtens wird das am einfachsten und zweckmäßigsten in den nach §. 20 II. des Gesetzes vom 31. Mai 1871 die Errichtung einer Landesynode betr. (N. 34) von uns der Synode zu machenden umfassenden Mittheilungen geschehen können, welche, bis auf diesen Punkt abgeschlossen, binnen ganz kurzer Frist Eurer Hoheit zur Genehmigung werden unterbreitet werden. Wir ermangeln deshalb nicht, über die angeregten Fragen und über unsere Auffassung derselben im Folgenden ehrerbietigsten Vortrag zu machen, mit dem unterthänigsten Ersuchen,

Eure Hoheit wolle geruhen, Ihre Höchsten Entschliessungen wegen derselben uns zu eröffnen und uns dadurch in den Stand zu setzen, diese bei der Formulirung des betreffenden Abschnittes der erwähnten Mittheilungen zur Richtschnur zu nehmen.

**I.**

Auf den Antrag des Synodalmitgliedes, Obergerichts-Vizepräsidenten Schmid, ist beschloffen:

- 1) Es sei dem Kirchenregimente als wünschenswerth anheimzugeben, die allmähliche Einschränkung und Aufhebung derjenigen geistlichen und weltlichen Kirchenpatronate, welche außer dem landesherrlichen Patronate vorhanden sind, durch strenge Handhabung des betreffenden Rechtes im Wege der Verwaltung anzustreben.
- 2) Es sei zu erwägen, ob nicht die unverweilte Aufhebung der obigen Patronate durch die Landesgesetzgebung bei der Landesregierung anzuregen sei.

Diese beiden Anträge stehen nach den bezüglichlichen weiteren Verhandlungen in dem Verhältnisse zu einander, daß der zweite hauptsächlich nur für den Fall in Betracht gezogen werden soll, wenn die Ausführung des ersten, also der Versuch der Beseitigung der Privatpatronate im Verwaltungswege durch Mittel, welche dem Kirchenregimente schon von der bisherigen Gesetzgebung an die Hand gegeben werden, sich als unthunlich oder unwirksam erweisen würde.

Wir glauben nun, daß die letztere Eventualität, nämlich das Scheitern des gedachten Versuches, sich schon jetzt mit einer Bestimmtheit vorhersehen läßt, welche die Anstellung des Versuches überhaupt verbietet. Wir können zum Beweise dessen nicht davon Umgang nehmen, folgende kurze Erläuterung des theoretischen Kernes des Antrages *N* 1 und seiner practischen Verwendbarkeit zu geben.

Das einzige Mittel, welches der Antragsteller aus dem gesammten Apparate des schon vorhandenen Kirchenrechtes hervorzuholen und als ein solches zu bezeichnen gewußt hat, dessen Anwendung für den Zweck der Beseitigung der Privatpatronate geeignet, vom Kirchenregimente aber bisher vernachlässigt sei, dieses einzige Mittel bestand in der Ausnutzung des Rechts, nach welchem der Patron sein Recht zur Besetzung einer Pfarrstelle einbüßt, deren Einkünfte ganz, oder zu einem so erheblichen Theile, daß der Rest zum anständigen Unterhalte eines Predigers nicht mehr ausreicht, verloren gegangen sind. Dieser Rechtsfact hat — wie wir gegenüber gelegentlich unternommenen Versuchen zur Ablegnung desselben nicht unterlassen wollen hervorzuheben — an sich nichts Auffallendes; er ist vielmehr durch die Natur der bezüglichlichen Verhältnisse selbst schon in ferner Vergangenheit erzeugt. Ziel es nämlich einem Patrone unmöglich, für die zu gering dotirte Stelle einen geeigneten Pfarrer zu finden, so mußte der Diöcesanbischof wegen der ihm obliegenden Sorge für die Erhaltung der Gottesdienste in seinem Sprengel einschreiten, um in der verödeten Parochie wieder die Verkündigung des göttlichen Wortes und die Spendung der Sacramente herbeizuführen. Möchte er dieses nun auf dem Wege einer Vergrößerung der Einkünfte der fraglichen Pfarre aus etwa disponibeln Kirchenmitteln, oder, wie nicht selten geschah, durch die Verbindung der verwaisenen Kirche mit einer genügend ausgestatteten benachbarten Pfarrstelle erreichen: in jedem Falle verstand es sich nach damaligen Anschauungen von selbst, daß auf derartige, zu den erhabensten Functionen des bischöflichen Amtes gezählte Verfügungen dem bisherigen Patrone der desolaten Stelle keinerlei Einfluß vergönnt wurde. Daraus ergab sich als weitere Consequenz, daß der frühere Patron dann auch späterhin auf die, ohne sein Zuthun erst durch jene bischöflichen Dispositionen wieder ermöglichte, Besetzung der Stelle ohne Einfluß blieb, daß also sein Recht an derselben thatächlich unterging; nur dadurch konnte er letzteres in

vergleichen Fällen sich erhalten, daß er dem Einschreiten des Bischofs durch genügende Aufbesserung der Stelle aus eigenen Mitteln zuvorkam. —

Der auf diese Weise durch constante Praxis ausgebildete obige Rechtsatz ist nun bis zur neueren Zeit im Gebiete des Herzogthums zur Anwendung gebracht. Noch jetzt bestehende Unionen früherer Patronatskirchen mit besser dotirten Stellen, deren Besetzung dem Landesherrn zusteht, geben Zeugniß von der Thätigkeit des Herzoglichen Consistoriums in dieser Richtung, welche es ehemals unter Genehmigung der Durchlauchtigsten Herzöge in Wahrnehmung der bischöflichen Rechte der Letzteren da ausgeübt hat, wo die Annahme thatsächlich begründet war, daß dem berechtigten Patrone die Besetzung einer Pfarrstelle in Folge ihrer zu geringen Dotirung dauernd unmöglich sein werde.

In neuester Zeit sind derartige Maßregeln allerdings nicht vorgekommen, weil die Munificenz der Herzoglichen Landesregierung die Veranlassung zu denselben hinweggeräumt hat, indem sie bei Ausführung der mit der Landesversammlung deshalb wiederholt getroffenen Vereinbarungen so bedeutende Geldmittel zur Verfügung stellte, daß keine Pfarre des Landes ohne ein gewisses als minimum genügendes Einkommen geblieben ist. Zweifelsohne hätte nichts im Wege gestanden, die zu solchem Zwecke erforderlichen Verleihungen von Einkommenszulagen aus dem Kloster- und Studienfonds auf die Inhaber von Pfarrstellen zu beschränken, deren Besetzung Curer Hoheit beziehungsweise den Stiftern und Klöstern des Landes unmittelbar zusteht: allein es ist im Interesse des gesammten Predigerstandes des Herzogthums, dessen äußere Lage einer Hebung dringend bedurfte, richtiger erschienen, die derzeitigen Inhaber der Patronatspfarren von der Wohlthat der Aufbesserung nicht auszuschließen. Nun liegt zwar kein rechtliches Hinderniß vor, in Zukunft, sobald die betreffenden Patronatsstellen vacant werden, anders zu verfahren; denn die Aufbesserungen sind nicht definitiv den Pfarren beigelegt, sondern deren damaligen Inhabern persönlich verliehen und werden deshalb bei jedem Wechsel der Letzteren anderweit regulirt resp. bewilligt. Man würde, und das bezweckt der Schmid'sche Antrag, dem Patron der vacant gewordenen Stelle die Eröffnung, daß man eine Verpflichtung, dem von ihm zu präsentirenden Prediger einen Einkommenszuschuß aus dem Kloster- und Studienfonds zu bewilligen, nicht anerkenne, machen und es danach abwarten können, ob er doch zu der das sog. Normaleinkommen nicht gewährenden Stelle einen tauglichen Bewerber finden werde. Da dieses nun unter den heutzutage obwaltenden Umständen, insbesondere bei dem zunehmenden Mangel an Candidaten des Predigtes sicherlich nicht gelänge, so würde man dann weiter in die Lage kommen, dem Patron zu eröffnen, daß man sich, um der dauernden Verödung der Stelle, welche wegen der ungenügenden Dotirung derselben drohe, vorzubeugen veranlaßt sehe, dieselbe anderweitig mit Einkünften auszustatten, daß aber, wenn das geschehen und dadurch erst die Möglichkeit einer Wiederbesetzung der Stelle erzielt sei, das bisherige Präsentationsrecht zu derselben in Wegfall komme.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß dieses Verfahren nur denjenigen Patronen gegenüber angewendet werden kann, welche zu der betreffenden Stelle in einem Verhältnisse stehen, wodurch es ihnen ermöglicht wird, ihr Recht daran event. durch Zuschüsse aus eigenen Mitteln zu wahren: also nicht gegenüber den Prälaten. Denn diese üben ihre Patronat-

rechte Namens geistlicher Stiftungen, deren im Kloster- und Studienfonds noch vorhandene Güter, kraft ihrer stiftungsmäßigen Bestimmung, der Erhaltung der Gottesdienste in der Stiftskirche und den von ihr dependirenden Pfarreien in erster Linie zu dienen, für die Ergänzung der etwa mangelhaften Dotirung einer der letzteren auf Anfordern des Kirchenregimentes von Seiten der jetzigen Verwaltung des gedachten Fonds ungesäumt verwandt werden müssen; weshalb denn bei solchen Stellen eine dauernde Unzulänglichkeit der Einkünfte de jure nicht vorkommen kann. Man würde demnach die besprochene Maßregel auf die Laienpatronate zu beschränken haben.

Nun aber würde dieselbe jetzt, nachdem so lange Zeit hindurch den Inhabern gering dotirter Patronatsparren die Zuschüsse wie etwas ihnen zweifellos gebührendes gegeben sind, großes Aufsehen und Mißvergnügen bei den betreffenden Patronen nicht nur sondern in weiteren Kreisen erregen. Sie könnte sich deshalb nur dadurch empfehlen, daß sie Aussicht auf einen großen, durchschlagenden Erfolg böte. Dem ist jedoch nicht so: es bedürfen nämlich unter den 85 (oder richtiger nach Absatz von 12 Stellen, deren Verleihung den jetzt nur in der Zahl von 3 vorhandenen Prälaten obliegt, den 73) Pfarrstellen des Landes, bei deren Besetzung zur Zeit Patrone mitwirken, nur 15 (oder mit Hinzurechnung der Holzmindener Diaconatsparre 16) eines Zuschusses, um das f. g. Normaleinkommen — 650  $\mathfrak{g}$  = 1950  $\mathcal{M}$ . außer der Wohnung — zu gewähren; alle übrigen bringen mehr als dieses ein. Nur die kleine Zahl von 15 oder 16 Stellen also würde von der neuen Maßregel überhaupt betroffen. Gelänge es mittelst dieser aber auch allmählig, sie hinsichtlich der Besetzung in formelle Abhängigkeit vom Kirchenregimente zu bringen, so wäre dem letzteren damit in Wahrheit doch nur ein außerordentlich geringer materieller Zuwachs an Einfluß gewonnen, denn ihm ist bisher schon in zahlreichen Fällen ihre Besetzung von den Patronen überlassen, aus dem Grunde, um den dortigen Predigern nach längerer Amtsführung das Vorrücken auf bessere Stellen zu ermöglichen, was nach den von uns befolgten Grundsätzen nur dadurch geschieht, daß der Patron in einem Reverse ausdrücklich auf das Recht der Präsentation zu der Stelle des zu versetzenden Predigers für das Mal Verzicht leistet. — Bei so überaus geringer Wirkung im Ganzen würde nun aber der neuen Maßregel leicht der Character eines bedeutsamen Verwaltungsactes, welcher wegen des ihm zum Grunde liegenden Principes und des mit ihm zu erreichenden großen Zweckes auch gegen Widerstrebende durchgeführt wird und werden muß, bestritten und der Makel kleinlicher Chicanes gegen einzelne Laienpatrone nicht ohne einigen Schein angeheftet werden. Demnach können wir es nicht für rathlich halten, von ihr Gebrauch zu machen, sind vielmehr der Ansicht, daß es bei der bisherigen Verwaltungspraxis gegenüber den Kirchenpatronen sein Bewenden behalten muß, wenn gleich dabei mittelst strenger Beachtung der sechsmonatigen Präsentationsfrist der Patrone und mittelst der Forderung einmaligen Verzichtes auf das Präsentationsrecht, wenn der Inhaber einer Patronatsstelle befördert werden soll, der Einfluß des Kirchenregimentes auf die Pfarrenbesetzung nicht eben über das bisherige Maß erweitert werden wird.

Unter diesen Umständen ist es also nach Ansicht des Antragstellers und der Mehrheit der ersten Landessynode nothwendig, die Eventualität der gänzlichen Aufhebung der Patronatsrechte durch Gesetz ins Auge zu fassen. Wir haben demgemäß nicht unterlassen,



diese Frage einer Erwägung zu unterziehen, sind dadurch indessen zu dem Resultate gelangt, daß wir zur Zeit nicht daran gehen dürfen, Vorschläge zu einem solchen legislatorischen Unternehmen zu machen. Denn, was die Hauptsache ist, es will uns sehr bedenklich scheinen, ein historisch so wohl begründetes Institut, wie die Patronatrechte, rücksichtslos zu beseitigen: nur die Ueberzeugung, daß ganz erhebliche Nachtheile durch seine Fortexistenz entstehen oder überwiegende Vortheile durch seinen Wegfall erzielt werden würden, könnte uns zu einem derartigen auf kirchenrechtlichem Gebiete besonders gefährlichen destructiven Vorgehen bestimmen. Nun ist aber bei der bisherigen, anerkanntermaßen umsichtigen und gewissenhaften Handhabung des Patronatrechtes von Seiten der im hiesigen Lande dazu Berechtigten der einzige Schaden, welchen dessen Ausübung verursacht haben möchte, eine gewisse Verschiebung der Beförderungsverhältnisse der Prediger, indem es den Patronen unverwehrt ist, entweder unter den inländischen Bewerbern um eine vacante Stelle solchen den Vorzug zu geben, welche nach ihrer Anciennetät noch keinen Anspruch auf Anstellung resp. Vorrücken haben, oder den inländischen Bewerbern Ausländer vorzuziehen, welche durch das Kirchenregiment selbstverständlich nur angestellt werden würden, wenn es an tauglichen inländischen Bewerbern fehlte. Allein die daraus erwachsenden Unbequemlichkeiten sind — auch abgesehen davon, daß jenes Durchbrechen der Anciennetätsordnung in einzelnen Fällen den guten Erfolg gehabt hat, besonders begabten jüngeren Kräften das sehr wünschenswerthe, aber im gewöhnlichen Laufe der Dinge für sie unerreichbare frühzeitige Eintreten in das Amt zu ermöglichen — doch nicht so erheblich oder empfindlich, daß sie als zwingender Grund für die gesetzliche Aufhebung der Patronatrechte dienen könnten.

Wir dürfen folglich davon absehen, auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche der Abfassung eines bezüglichen Gesetzes sich entgegenstellen würden, im Einzelnen näher einzugehen, und erlauben uns nur noch eine Vorfrage kurz zu erörtern, deren Lösung event. erforderlich sein würde, uns aber zu sehr erheblichen Bedenken Anlaß giebt: die Vorfrage nämlich, welche Patronatrechte denn eigentlich beseitigt werden sollten.

Wir glauben zunächst, in Anbetracht der von dem Antragsteller und von einem Theile der ersten Landessynode bei anderen Gelegenheiten vertretenen Bestrebungen zur Erweiterung der Befugnisse der Gemeinden und ihrer Vertretungen in Bezug auf die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten, faum, daß es Absicht des Antrages gewesen ist, auch die Privatpatronatrechte zu beseitigen, welche dem Stadtmagistrate zu Braunschweig über 11 dortige Pfarrstellen, und 11 anderen Gemeinden des Landes über ebensoviel Pfarren an Kirchen daselbst zustehen: und doch bilden diese schon den vierten Theil der oben erwähnten Gesamtzahl inländischer Privatpatronatsstellen. Sodann vermögen wir für den Wegfall der Prälatenpatronatrechte, ungeachtet in den über den Antrag eröffneten Debatten gerade auf ihn hingezielt ist, nicht die Spur eines Grundes zu erkennen. Denn bei dem Prälatenpatronate tritt der einzige wirkliche Nachtheil, den wie oben gesagt, Privatpatronatrechte bei sonst guter Ausübung verschulden können, nicht ein.

Das Patronatrecht der Prälaten beschränkt sich ja bekanntermaßen darauf, aus drei ihnen vom Kirchenregimente vorge schlagenen Candidaten einen für die betreffende Stelle auszuwählen; es steht demnach in der Macht des Kirchenregimentes, ihnen diejenigen zur Wahl

vorzuschlagen, auf deren Beförderung ohnehin nach den im Allgemeinen deshalb befolgten Grundsätzen Bedacht genommen sein würde. Ueberhaupt ist das s. g. Patronatrecht der Prälaten — zwar nicht nach seinen ursprünglichen Anfängen, aber nach seinem jetzigen Entstehungsgrunde und nach der heutigen Form seiner Ausübung — nichts anderes, als ein Theil der Episcopatrechte Eurer Hoheit selbst, dessen Verletzung anstatt Eurer Hoheit einzelnen besonders verdienten Geistlichen des Landes zugleich mit der Verleihung der Prälatur als hohe Auszeichnung allergnädigst anvertraut ist. Nun können wir auf unserm Standpunkte in der That kein Motiv sehen, was Eure Hoheit bewegen sollte, auf das erhabene Vorrecht der Verleihung derartiger Auszeichnungen, deren allenfallsiger Mißbrauch, wie erwähnt, durch völlig sichernde Einrichtungen ausgeschlossen ist, zu verzichten. — Da augenblicklich drei hier in Frage kommende Prälaturen (die Würde des Abtes von Königsutter, sowie der Probste von St. Lorenz und Frankenberg) vacant sind, so fallen zur Zeit 12 inländische Pfarren unter die Kategorie der Prälatenpatronatrechte.

Würden nun aber, wie nach Vorstehendem wir glauben voraussetzen zu dürfen, die besprochenen beiden Kategorien der Patronate von einem eventuellen Gesetze die Aufhebung der Privatpatronatrechte betreffend unberührt gelassen, so hätte das letztere zum einzigen Gegenstande die 38 Patronate, welche theils als Zubehörungen von Gütern deren Eigenthümern zustehen, theils ohne Beziehung auf ein Gut im erblichen Besitze gewisser Familien sich befinden, sowie ferner die 8 jetzt der Königlich Preussischen Regierung zuständigen Patronate über dieseitige Pfarren, die 4 dem Stifte Steterburg gehörigen, aber nicht von dessen Probste, sondern vom Stiftsconvente ausgeübt, und 1 dem Stifte St. Bonifacii zu Hameln zuständiges Patronatrecht. Durch Beseitigung dieser 51 Patronate würde also der Zweck, dem Kirchenregimente freie Hand für die Besetzung sämtlicher Pfarrstellen des Landes zu verschaffen, doch nicht erreicht, und das bezügliche Gesetz würde nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten, welche namentlich die complicirte Frage der Entschädigung der bisherigen Patrone wegen der Aufhebung ihrer Rechte bietet, nur zu einem unvollkommenen Resultate führen.

Nach dem allen können wir nur wiederholen, daß wir den Erlaß eines solchen Gesetzes zur Zeit nicht für angebracht halten und folglich darauf bezügliche Vorschläge nicht zu machen haben.

## II.

Auf den Antrag des Synodalmitgliedes, Kreisgerichts-Directors Hellmuth ist beschlossen: „das landesherrliche Kirchenregiment zu ersuchen, in Fällen, wenn ein Prediger ohne Wittve und Kinder zu hinterlassen stirbt, oder wenn ein Prediger verstorbt wird, die Präsentationsfrist von 6 Monaten auf 3 Monate zu verkürzen.“

Die Tendenz dieses Antrages ist uns nicht völlig klar. Man könnte aus seinem wenig präcisen Wortlaute höchstens zu errathen geneigt sein, daß er sich vermuthlich auf Stellen beziehen sollte, deren Besetzung erst auf Präsentation von Seiten eines Privatpatrones stattfindet; denn daß bei den vom Kirchenregimente unmittelbar abhängigen Stellen, wenn sie vacant geworden sind, die Wiederverleihung stets thunlichst rasch erfolgt, bedarf keiner be-

sonderen Hervorhebung. Sollte der Antrag jenen Sinn wirklich haben, so ist er an die falsche Adresse gerichtet, da dem Kirchenregimente als solchem es nicht zusteht, die in älteren, mit der Geltung von Landesgrundgesetzen ausgestatteten Vereinbarungen zwischen Eurer Hoheit Durchlauchtigsten Vorfahren und den Ständen des Herzogthums den Patronen für die Ausübung ihres Präsentationsrechtes zugestandene Frist von 6 Monaten nach seinem Ermessen abzukürzen. Eine Aenderung derselben könnte vielmehr nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung herbeigeführt werden. Zum Beschreiten des letzteren in dieser Richtung anzuregen, können wir uns jedoch nicht veranlaßt fühlen, weil das Bestehen der sechsmonatigen Frist bisher fühlbare Uebelstände nicht hervorgebracht hat, und wie wir überzeugt sind, auch ferner nicht hervorbringen wird. Denn bei vacanten Patronatsstellen mit reichen Einkünften pflegen rasche und zahlreiche Meldungen zu erfolgen und darauf denn auch die Präsentationen in der Regel schnell zu gehen. Bei gering dotirten Stellen dagegen kommt es zwar vor, daß der Patron wegen des Ausbleibens von Bewerbungen bis nahe vor den Ablauf der Frist mit der Präsentation zögert; aber wir müssen nach vorliegenden Erfahrungen bezweifeln, daß es bei dem jetzigen Mangel an Predigtamtsandidaten uns jedesmal möglich sein würde, in kürzerer Zeit einen zu Annahme der Stelle geneigten und tauglichen Bewerber zu finden. Die Schuld an den leider zuweilen eingetretenen längeren Vacanzen solcher Pfarrstellen darf deshalb nicht vorzugsweise der Präsentationsfrist beigemessen werden.

Wir halten also dafür, daß dem Antrage einmal wegen seiner nicht verständlichen Form, dann aber auch wegen der angegebenen materiellen Bedenken keine weitere Folge zu geben ist.

Nach dem vorstehenden ehrerbietigsten Hinweise auf die für Lösung der angeregten Fragen besonders wichtig erscheinenden Gesichtspunkte schließen wir mit der Wiederholung unseres Eingangs gestellten unterthänigsten Ersuchens.

Die wir in tiefster Devotion verharren

Sw. Hoheit

Wolfenbüttel,  
den 15. Juli 1876.

unterthänigst : treu : gehorhamste  
gez. v. *Strombeck.* v. *Schmidt-Phiseldack.*



N. 3777 a.

C.

**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Herzogliches Consistorium berichtet fernerweit über die auf die rechtliche Stellung der Kirchenpatrone bezüglichen Beschlüsse der ersten ordentlichen Landessynode.

Eurer Hoheit Staatsministerium hat nach dem Eingange unsers unterthänigsten Berichtes vom 15. v. Mts. über die Beschlüsse, welche von der ersten ordentlichen Landessynode in der Absicht, die Beseitigung der Privat-Kirchenpatronatrechte, sei es durch Mittel der Verwaltung, sei es durch das Eingreifen der Gesetzgebung herbeizuführen, gefaßt waren, die Aufforderung an uns ergehen lassen, denselben noch in einer Beziehung zu vervollständigen. Es sei nämlich in den bezüglichen Synodalverhandlungen als eines Mittels, den Patron indirect zum Aufgeben seines Patronatrechtes zu bestimmen, neben der von uns ausführlich besprochenen Handhabe, welche dazu die geringe Dotirung einzelner Pfarrstellen biete, ganz besonders des Rechtsiages gedacht, wonach der Verlust der Patronatrechte mit dem baulichen Verfall der betreffenden Kirchen eintrete. Darum erscheine es erforderlich, daß Eurer Hoheit auch über diesen Punkt unsere gutachtliche Aeußerung zu unterbreiten, nicht unterlassen werde. Eure Hoheit geruhe deshalb zu gestatten, daß wir den oben gedachten Bericht noch durch den folgenden Nachtrag ergänzen.

Wir bitten, diesen mit der Bemerkung beginnen zu dürfen, daß wir den darin vorzutragenden Punkt bei Abfassung des früheren Berichtes zu erwägen nicht ermangelt haben, das weitere Eingehen auf denselben jedoch glaubten vermeiden zu sollen, nachdem wir zu dem Resultate gekommen waren, daß er irgend welche praktische Bedeutung im Sinne der erwähnten Synodalbeschlüsse nicht beanspruchen könne, während eine solche der damals von uns ausführlich behandelten Pfarrdotationsfrage doch immerhin, wenn gleich nur in geringem Umfange und bedingungsweise noch beizumessen war.

Es ist nämlich die Stellung der Kirchenpatrone zum Baue der kirchlichen Gebäude innerhalb des Herzogthums Braunschweig in Folge der hier hinsichtlich der Kirchenbaulast stattgehabten eigenthümlichen Rechtsbildung eine wesentlich andere, als nach den Bestimmungen des gemeinen Rechtes, auf dessen Boden die Mehrheit der Synode, dem Antragsteller Schmid folgend sich bei den erwähnten Verhandlungen gestellt hat.

An und für sich ist es allerdings nicht zweifelhaft, daß im Herzogthume, wie seit dem späteren Mittelalter in Deutschland überhaupt der Rechtsatz gilt: der Patron geht seines Patronatrechtes verlustig, wenn die Kirche, auf welche sich dasselbe bezieht, zu Grunde geht, und keine Mittel vorhanden sind, aus welchen die Kosten ihrer Herstellung bestritten werden könnten. Dem gänzlichen Untergange der Kirche steht es hinsichtlich jener Folge für den Patron gleich, wenn dieselbe in einen so baufälligen Zustand geräth, daß die Abhaltung der Gottesdienste darin nicht mehr stattfinden kann. — Der Rechtsatz ist in der Natur der Sache begründet: denn da für die Ausübung des Kirchenpatronates die Existenz einer bestimmten Kirche nothwendige Voraussetzung ist, so versteht es sich von selbst, daß jenes Recht mit dem Wegfall dieser Kirche, seiner Voraussetzung, selbst in Wegfall kommen muß. Von einem Wiederaufleben des einmal aus solcher Veranlassung verlorenen Rechtes, für den Fall, daß der Bischof, beziehungsweise das Kirchenregiment, die Kirche auf seine Kosten wiederherstellt, kann aber aus denselben Gründen, welche wir in unserm früheren Berichte bei Besprechungen der Wirkungen des Verlustes der Pfarrdotation vorgetragen haben, durchaus keine Rede sein. Dem Patrone bleibt also angesichts des Ruines der Patronatkirchengebäude nichts übrig, als durch schnelle Herstellung derselben womöglich dem Einschreiten des Bischofs beziehungsweise Kirchenregiments zuvorzukommen, oder mindestens auf dessen etwa an ihn ergangene Mahnung ungesäumt den Bau zu beschaffen, um damit sein Patronatrecht zu wahren.

Es bedarf danach kaum einer besondern Erwägung, daß für den Patron eine Zwangspflicht zum Wiederbau der verfallenen kirchlichen Gebäude nicht existirt. Wo ausnahmsweise der Patron zum Bau der letzteren mit gerichtlichem Zwange angehalten werden kann (wie z. B. in Sampleben der Eigenthümer des dortigen Rittergutes, in Kl.-Winnigstedt die Herzogliche Cammer, Direction der Domänen, als Vertreterin des Klosters Riddagshausen), da ist dieses nicht Folge des Patronatverhältnisses, sondern eines anderweiten, speciellen Rechtsgrundes. Das zeigt sich klar darin, daß der Baupflichtige in diesen (nicht häufigen) Fällen sich von der Baulast selbst durch Aufgeben des Patronatrechtes nicht befreien kann, vielmehr ohne Rücksicht auf seine desfallsige Absicht und Erklärung zum Bau gezwungen wird. Vergleichen besondere Fälle liegen also völlig außerhalb des Bereiches der hier zu behandelnden Frage.

Diese bezieht sich nur auf den Fall, daß der Patron bei eingetretenem Ruin kirchlicher Gebäude sich in das Dilemma gestellt sieht, entweder deren Bau ohne eigentliche Verpflichtung dazu vorzunehmen und damit sein Patronatrecht aufrecht zu erhalten, oder denselben, wie ihm freisteht, zu unterlassen, damit aber das Patronatrecht Preis zu geben. In dieses Dilemma geräth er jedoch nach dem obigen Rechtsätze erst dann, wenn es an den Mitteln gebricht,

welche entweder durch allgemeine gesetzliche Anordnung, oder durch locale Rechtsbildung die Bestimmung erhalten haben, für die bauliche Unterhaltung der kirchlichen Gebäude verwandt zu werden. Er bleibt also unbehelligt:

- 1) wenn der eigene Baufonds der Kirche zur Bestreitung des vorliegenden Baubedürfnisses genügt. — Nach den allgemeinen Voraussetzungen des canonischen Rechtes sollte das in jedem Falle zutreffen, da nach ihnen in der ursprünglichen Dotirung der Kirche stets die Mittel, um die zu ihrer baulichen Unterhaltung erforderlichen Gelder anzusammeln, an Grund und Boden vorhanden sein mußten. Die spätere geschichtliche Entwicklung hat es dann freilich, wie im übrigen Deutschland, so auch innerhalb des Herzogthums, an sehr vielen Orten dahin gebracht, daß die Kirchen ihres Grundvermögens, bald durch Weggeben ihrer Grundstücke zu Erbenzins- oder Meierrecht, bald auf andere Weise, ohne hinreichenden Ersatz verlustig gegangen sind. — Ebenso aber bleibt der Patron unangefochten
- 2) wenn und so lange noch Verpflichtete vorhanden sind, welche nach Erschöpfung des eigenen Baufonds der Kirche für diesen einzutreten und ihn mit ihren Mitteln zu ergänzen haben. Auch diese Bestimmung muß als völlig der Natur der Sache entsprechend bezeichnet werden. Mit Recht kann der Patron gegenüber dem Versuche, ihn vor obiges Dilemma zu stellen, ehe noch dergleichen Verpflichtete herangezogen waren, die Forderung erheben, daß man zunächst von dem Zwangsrechte gegen die Letzteren unnachlässig Gebrauch mache. Denn erst, nachdem das geschehen, läßt sich beurtheilen, sowohl ob in der That der Ruin der betreffenden kirchlichen Gebäude ohne des Patrons Zutreten unabwendbar ist, als auch welcher Geldopfer es event. zu dessen Abwendung noch bedarf.

Nach dem älteren gemeinen Rechte war freilich der Kreis der nöthigenfalls zur Ergänzung der kirchlichen Baucasse verbundenen Personen nur klein; er umfaßte hauptsächlich nur diejenigen, welche in der einen oder andern Weise zum Besitze und Genuße ursprünglichen Kirchengutes gelangt waren.

In der Beschränkung auf diese würde er heutzutage auf einen sehr winzigen Umfang und zu völliger Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft sein, nachdem die schon gelockerten Beziehungen, welche zwischen den Kirchen und den Besitzern ihres ursprünglichen Eigenthums an Grundstücken und Grundgerechtigkeiten noch bestanden, neuerdings entweder in gesetzlichem Wege direct aufgeboben oder durch Ablösung beseitigt sind. Allein die particulare Rechtsbildung im Herzogthum Braunschweig hat dafür gesorgt, eine weit ausgiebigere Quelle für die Ergänzung der ungenügenden Baucassen von Kirchen zu erschließen, indem sie seit der Durchführung der Reformation den Satz zur Geltung gebracht hat, daß die gesammten Mitglieder der betreffenden Parochie (die kirchlichen Gemeinden) **verpflichtet** seien, die kirchlichen Gebäude zu repariren, beziehungsweise wieder zu bauen, sobald es am Kirchenvermögen dazu fehle: ein Satz, welcher, so angemessen er jetzt in Erwägung des Interesses der Gemeinden an jenen Gebäuden erscheint, doch dem älteren Rechte fremd war. Dieses schrieb vielmehr vor, daß nach Erschöpfung der oben unter 1 und 2 gedachten

Mittel die Gemeinden zwar aufgefordert werden sollen, zum Bau der kirchlichen Gebäude zu helfen, daß aber, wenn dieser Aufforderung zu entsprechen die Neigung fehle, nicht etwa Zwang anzuwenden, sondern die Einsparung der Gemeinde in eine andere Kirche zu verfügen sei.

Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, welche Gründe diese Rechtsbildung veranlaßt haben. War es die mehr und mehr durchdringende Erkenntniß, daß es im wahren Vortheil der Gemeinde liege, sich den Besitz der kirchlichen Gebäude auch mit einigen Opfern zu sichern, um dadurch von dem für das kirchliche Leben nicht zuträglichen Schicksale der Einsparung nach einem fremden Orte bewahrt zu bleiben, war es auch wohl nicht am wenigsten der Umstand, daß nach der Reformation die Kirchenkassen an vielen Orten, zwar möglicherweise dem eigenen Bedürfnisse der Kirche selbst, nicht aber auch den damals erheblich gesteigerten Anforderungen hinsichtlich der Herstellung und Einrichtung der übrigen kirchlichen Gebäude (Pfarr- und Opferreie beziehungsweise Schulhäuser) genügen zu können schienen, was dazu führte, den Satz von der **Verpflichtung** der Gemeinde zur Tragung der kirchlichen Baulast aufzustellen: genug, er hat seit mehr als zwei Jahrhunderten in zweifelloser Geltung gestanden. Ohne selbst durch ein besonderes Gesetz eingeführt zu sein oder in einem solchen seinen bestimmten, genauer präcisirten Ausdruck gefunden zu haben, hat er seitdem zur Grundlage älterer wichtiger Gesetze gedient (s. z. B. die Allg. Landesordnung von 1647 art. 103 und die Erneuerte Kirchenordnung von 1709 Cap. XVI. §. 10), und (man hat ihn, nachdem verschiedene in neuerer Zeit angestellte Versuche einzelner Gemeinden zu seiner Bestreitung durch die Rechtsprechung der höchsten Landesgerichte consequent zurückgewiesen worden, unbedenklich wiederum zum Fundamente der eingreifendsten neueren Gesetze, so insbesondere der jetzt für das Verfahren in Kirchenbau-sachen maßgebenden Paragraphen des Gesetzes vom 30. November 1851 die Errichtung von Kirchenvorständen betreffend (§. 26 a. E. 27 u. ff.) genommen.

In demselben Maße, als durch diese Rechtsbildung die Erhaltung der kirchlichen Gebäude im Herzogthume gesichert wurde, ist nun aber damit zugleich die Lage der Patrone gebessert. Waren sie früher in Gefahr gekommen, sobald bei vorliegendem Baubedürfnisse die Kirchenkasse sich erschöpft zeigte, mit ihrem Vermögen oder mit ihrem Patronatrecht Opfer bringen zu müssen, so werden sie seit mindestens zwei Jahrhunderten mit der Nothwendigkeit diese Wahl zu treffen, verschont, bis nach Erschöpfung der Kirchenkasse (deren Leistungsfähigkeit bis vor kurzem noch dadurch erhöht zu werden pflegte, daß man ihr aus den Ueberschüssen anderer Kirchenkassen Darlehne unter sehr günstigen Bedingungen gewährte) auch die Steuerkraft der betreffenden Parochie völlig ausgenutzt ist, ohne daß dem drohenden Untergange der kirchlichen Gebäude damit hätte hinreichend vorgebeugt werden können. Der verhältnißmäßige Wohlstand der meisten Gemeinden des hiesigen Landes, welchen vorkommenden Falles auch mit Werken der Liebe, namentlich durch Unterstützungen an Geld oder Naturalien aus öffentlichen Mitteln, zu Hülfe zu kommen man gern bereit gewesen ist, hat es nun veranlaßt, daß, soweit irgend bekannt, der Verfall kirchlicher Gebäude in dem gleichen Zeitraume nicht ein einziges Mal das Eingreifen des Kirchenregimentes in die Patronatsverhältnisse herbeiführte, während



solches, wie wir in dem mehr erwähnten früheren Bericht angegeben haben, durch mangelhafte Pfarrdotationen wiederholt verursacht ist.

Auch in der Folge werden bei der im allgemeinen stets wachsenden Steuerkraft der Gemeinden die Patrone als solche (d. h. abgesehen von dem sehr häufig eintretenden Umstande, daß sie wegen ihrer persönlichen Zugehörigkeit zu der betreffenden Pfarodie oder wegen ihres Grundbesitzes innerhalb derselben die der Gemeinde aufgebürdete kirchliche Baulast zu einer (meist nicht geringen) Quote zu übernehmen gehalten sind) ebenso sicher vor der Inanspruchnahme ihres Vermögens zum Kirchenbau bleiben als bisher. Es wird schwerlich ein Fall eintreten, wo das Kirchenregiment in die Lage käme, einem Patrone die Frage vorzulegen, ob er bauen oder seinem Patronatrecht entsagen wolle, weil sowohl die eigenen Mittel, als auch die Steuerkraft und der Credit der Gemeinde nachweislich erschöpft seien. Denn um die Erschöpfung der Gemeinde zu constatiren, würde es keineswegs genügen, etwa darauf hinzuweisen, daß die letztere eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nachgesucht und erhalten habe, da hinreichend bekannt ist, daß Curer Hoheit Landesregierung derartige Unterstützungen, insbesondere für Kirchen- und Schulzwecke, in ihrer lebhaften Fürsorge für das ununterbrochene und gleichmäßige Gedeihen der Gemeinden diesen häufig zu Theil werden läßt, wo es sich nicht um ihr absolutes Unvermögen zum Tragen der betreffenden Last, sondern nur darum handelt, deren momentane Beschwerlichkeit zu mildern oder eine Prägravation der einen Gemeinde vor andern thunlichst zu verhüten. Der Patron aber braucht, bevor ihm nicht die wirkliche Erschöpfung der baupflichtigen Gemeinde ordentlich dargethan ist, den Fall des obigen Dilemma nicht als vorhanden anzuerkennen, er würde gegen jeden Versuch, ihn ohne Rücksicht auf die Baupflicht und die Kräfte der Gemeinde wegen des eingetretenen oder drohenden Ruins kirchlicher Gebäude zu behelligen, sich energisch setzen und gegen damit etwa motivirte Eingriffe in sein Patronatrecht mit Erfolg den Schuß der Gerichte anrufen können: wie denn die schon erwähnten Erkenntnisse des höchsten Gerichtshofes theilweise gerade dahin geleitet haben, daß die Gemeinde **vor dem Patrone** zur Uebernahme der kirchlichen Baulast verbunden sei.

Uebrigens müssen wir selbstverständlich davon absehen, es durch unsere Maßregeln dahin zu bringen, daß die Gerichte in dieser Frage ihres Amtes warten. Denn es ziemt sich für das Kirchenregiment vor allem, das ihm bekannte historische Recht zu wahren und jeden Versuch zu dessen eigenmächtiger Brechung zu meiden, auch wenn damit scheinbar ein Vortheil zu gewinnen oder eine vorhandene Unbequemlichkeit zu beseitigen sein möchte. Also nicht zur weiteren Begründung unseres Standpunktes gegenüber der behandelten Frage, welche wir vielmehr mit vorstehenden Ausführungen für abgeschlossen erachten, sondern nur beiläufig wollen wir noch anführen, daß der Geltendmachung der kirchlichen Baulast gegen den Patron, auch wenn sie vor der Inanspruchnahme der baupflichtigen Gemeinde geschehen könnte, ohne das Dazwischentreten der Gerichte besorgen zu müssen, erstens ein schweres Bedenken sich entgegenstellen, und daß dieselbe zweitens von bedeutender Wirkung für die Beseitigung der Privatpatronate doch nicht sein würde.

## I.

Man würde sehr bald durch derartige vorübergehende Verhandlungen mit dem Patrone das jetzt in den Gemeinden herrschende Bewußtsein von ihrer **unbedingten** Baupflicht erschüttern und damit die gute Lage, in welcher sich das Kirchenregiment hinsichtlich der Sorge für die Beschaffung der nothwendigen kirchlichen Bauten seit langer Zeit befunden hat, gerade zu preisgeben. Möchte nun der einmal gewedte Widerspruch der Gemeinden sich darin äußern, daß sie überhaupt der Aufbringung der ihnen ansehnlichen Baukosten sich weigerten, oder darin, daß sie dieselben als eine nur freiwillige Leistung übernehmen: in beiden Fällen wären höchst unangenehme Verwickelungen unausbleiblich. Wäre im ersten Falle die alsdann unvermeidliche Anwendung von Zwangsmaßregeln wegen der damit leicht verbundenen Störung des kirchlichen Friedens sehr bedauerlich, so wären auch im zweiten Falle die Consequenzen keineswegs erwünscht, welche aus der vorgeblichen Freiwilligkeit des betreffenden Baues hergeleitet werden könnten. Schon nach dem gemeinen Rechte nämlich ist die Frage, ob nicht der, welcher eine seitens des bisherigen Patronen dem baulichen Verfall überlassene Kirche freiwillig wiederbaut, damit das Patronatrecht über dieselbe für sich erwerbe, der abweichenden Ansicht einzelner Rechtslehrer ungeachtet zu bejahen; in verschiedenen Particularrechten ist sie überdies ausdrücklich bejahend entschieden: und im Herzogthume Braunschweig ist sie nur durch die Statuirung der unbedingten Baupflicht der Gemeinden bisher fern gehalten. Wird diese letztere angezweifelt, so ist anzunehmen, daß die Gemeinden, welche ihrer Meinung nach freiwillig die Kirchenbaulast tragen, dafür denn auch das von dem bisherigen Patron um derselben willen aufgegebene Patronatrecht in Anspruch nehmen und keineswegs geneigt sein werden, zuzugestehen, daß dieses zu Gunsten des Kirchenregiments einfach verschwinde: geht doch das Streben der Gemeinden jetzt überhaupt dahin, aus jeder Leistung für kirchliche Zwecke auch die Befugniß zum Mitregieren in kirchlichen Dingen herzuleiten. Man würde also auf diesem Wege zu der beabsichtigten Vermehrung der Macht des Kirchenregimentes durch Beseitigung von Privatpatronaten nur unter Erregung von weitaussehenden Conflicten mit den Gemeinden gelangen können.

## II.

Das besprochene Verfahren gegen den Patron würde von vorn herein unanwendbar sein

- a. bei den Stellen, über welche das partielle Patronatrecht dem Magistrate der Stadt Braunschweig und resp. verschiedenen Gemeinden des Landes zusteht. Denn da hier der Patron zugleich der zum Kirchenbau direct Verpflichtete ist, so würde an ihn bei mangelnden Mitteln der Kirchenkasse nicht die Frage, ob er bauen und damit sein Patronatrecht erhalten wolle, gestellt, sondern die Weisung, daß er bauen müsse, gerichtet werden. Hier steht also der Bau der Kirche und die Erhaltung des Patronatrechtes in keiner Beziehung zu einander, und es würde

deshalb, zumal man dem Baupflichtigen sich durch etwaiges Aufgeben des letzteren Rechtes von der Baulast zu befreien nicht vergönnen könnte, durchaus ungerechtfertigt sein, einen von ihm zunächst vielleicht gemachten, aber wirkungslos gebliebenen Versuch, den Bau von sich abzuwenden, mit der Entziehung des Patronatrechtes strafen zu wollen.

- b. bei den Stellen, über welche das Patronatrecht von Prälaten geübt wird. Denn die Letzteren besitzen, wie wir bereits in unserm früheren Berichte hervorgehoben haben, ihr Patronatrecht nicht als ein privatives, sondern kraft der durch Curre Hohheit ihnen für ihre Person mit der Verleihung der Prälatur ertheilten Autorisation. Zu diesem Acte, also zu der in ihr zum Ausdruck gebrachten Bethätigung der Episcopalgewalt Curer Hohheit würden wir uns in einen durchaus unzulässigen Widerspruch setzen, wenn wir versuchen wollten, die Prälation durch die hier besprochene Verwaltungsmaßregel zum Verzicht auf die Ausübung des Patronatrechtes zu veranlassen. Wir glauben mit dieser Bemerkung des weiteren Nachweises von der völligen Unmöglichkeit, die Prälaten in ihrer dormaligen Stellung mit der kirchlichen Baulast in Verbindung zu setzen, überhoben zu sein.

Unter den nach Ausscheidung dieser Kategorien noch übrigen Stellen (von denen jedoch noch Sampleben abzusetzen ist, weil für den dortigen Patron eine Zwangspflicht zum Kirchenbau existirt) ist nun aber reichlich die Hälfte in finanzieller Beziehung so gestellt, daß sie vermögend genannt werden kann, insofern der Grundbesitz der ihr zugehörigen Kirchen beziehungsweise deren sonstige feste Einnahme diese in den Stand setzt, für gewöhnliche Fälle genügende Baufonds anzusammeln, auch wenn nöthig, solche durch Anleihen zu vermehren und damit selbst die Kosten größerer Bauten zu bestreiten. Das wird vielen Kirchen ohnehin noch dadurch sehr erleichtert, daß sich in den betreffenden Pfarochien Localrechte gebildet haben, wonach die Gemeinden theils schon neben der Kirchencasse, also nicht erst nach deren Erschöpfung, an der Kirchenbaulast, sei es mit Spann- und Handdiensten, sei es mit anderen Leistungen, zu participiren, theils auch gewisse kirchliche Gebäude allein, ohne Concurrenz der Kirchencasse, zu bauen gehalten sind.

Nur bei einer verhältnißmäßig geringen Zahl von Kirchen (augenblicklich etwa 20, die Zahl kann aber noch geringer werden, da die Vermögensverhältnisse einzelner unter ihnen sich zusehends bessern), würde also, wenn bei ihnen im Laufe der Zeit das Bedürfnis nach umfassenderen Reparaturen oder Neubauten sich zeigte, das Kirchenregiment in die Lage kommen, die Aufhebung der in Bezug auf sie bestehenden Patronatrechte mittelst der Aufforderung des Patrons zum Bau zu versuchen. Die außerordentliche Geringfügigkeit des damit in Bezug auf den Bestand des Patronatwesens überhaupt nach längeren Jahren vielleicht zu erzielenden Resultats tritt dann noch schärfer hervor, wenn in Betracht gezogen wird, daß unter jenen etwa 20 minder begüterten Patronatkirchen sich 9 befinden, welche wegen ihrer geringen Pfarrdotations ohnehin, wie in unserm früheren Berichte hervorgehoben ist, regelmäßig hinsichtlich ihrer Besetzung zur Verfügung des Kirchenregiments stehen.

Wir können demnach nicht umhin, so wie wir es in dem früheren Berichte stillschwei-

gend zu thun beabsichtigten, nunmehr nach den obigen Ausführungen mit ausdrücklichen Worten unterthänigst anheimzugeben:

Eure Hoheit wolle geruhen, Sich damit einverstanden zu erklären, daß von uns die kirchliche Baulast als eine Handhabe zur Beseitigung der Privatpatronate im Verwaltungswege nicht angesehen und behandelt werde, auch Ihre Höchsten Entschlüssen über diesen Punkt uns in dem auf den Bericht vom 15. v. Mts. zu ertheilenden Bescheide zu eröffnen.

Die wir in tiefster Devotion verharren

**Erw. Hoheit**

Wolfsenbüttel,  
den 19. August 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
(gez.) **W. Henke.**    **v. Schmidt-Phiseldeck.**

**Wilhelm, Herzog v.** In der erneuerten Kirchenordnung von 1709, Th. I. Cap. VIII. M 5 ist bestimmt worden: „Zur Gevatterschaft, es seyn die Eltern was Standes sie wollen, sollen bei Straffe der Ordnung zu einem Kinde nicht über zwey oder zum höchsten drey Versohnen gebeten werden.“ Es ist aus dieser Bestimmung die Consequenz gezogen, daß höchstens drei Vornamen eines Kindes ins Kirchenbuch eingetragen werden dürfen.

Eine derartige Beschränkung der Freiheit der Eltern in der Bestimmung darüber, wie viele Gevattern sie wählen wollen, scheint Uns, von der Mifflichkeit eines Vollzuges der Strafe, welche denen angedrohet ist, welche mehr als drei Personen zu Gevattern bitten, abgesehen, gegenwärtig nicht mehr genügend motivirt zu sein, und die Consequenz jener Vorschrift, daß höchstens 3 Vornamen eines Kindes ins Kirchenbuch einzutragen sind, kann nach den über die Namensgebung im Reiche geltenden Bestimmungen (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes u. s. w. §. 22) nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Wir halten daher für zweckmäßig, daß den Eltern die Zahl der Gevattern freigegeben werde, wonach selbstverständlich auch die Beschränkung der ins Kirchenbuch einzutragenden Zahl der Vornamen der Kinder in Wegfall kommen wird, und lassen der Landessynode hierneben den Entwurf eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, mit dem Gründen zugehen, die Zustimmung dazu erklären zu wollen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

An  
die Landessynode.

## Kirchengesetz, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend.

---

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg** *rc. rc. rc.*

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt im Beirathe Unseres Herzoglichen Consistoriums und mit Zustimmung der Landessynode das nachfolgende Kirchengesetz.

§.

Die Bestimmung der erneuerten Kirchen-Ordnung von 1709, Th. I, Cap. VIII. *N* 5, nach welcher zur Gevatterschaft, es seien die Eltern, welchen Standes sie wollen, zu einem Kinde nicht über zwei oder zum höchsten drei Personen zugezogen werden sollen, wird hiemit aufgehoben, und die Zahl der Gevattern den Eltern freigegeben.

Alle, die es angeht *rc.*

Urkundlich *rc.*

---

**Wilhelm, Herzog v.** Die Inspections-Synoden Barum-Richtenberg und Thiede-Engelnstede von 1875 haben an Unser Herzogl. Consistorium den Antrag gestellt: „den Wunsch an die Landesynode zu bringen, daß der in die Martiniwoche fallende Buß- und Bettag auf den letzten Mittwoch im Kirchenjahre verlegt werde.“ Es hat sodann die Landes-Versammlung in einem Schreiben an Herzogl. Staatsministerium vom 8. April d. J. den Antrag gestellt, zu erwägen, ob und wie die Einführung eines gemeinsamen Bußtages im Deutschen Reiche zu beschaffen sein werde.

Nicht zu verkennende Uebelstände sind damit verbunden, wenn in Gebieten, die aneinander grenzen, die Bußtage zu verschiedenen Zeiten gehalten werden. Jene haben sich hier zu Lande besonders in den Grenzgemeinden fühlbar gemacht, müssen aber, je mehr der Verkehr wächst, auch in anderen Gemeinden empfunden werden.

Die Verschiedenheit tritt auffallend hervor, wenn die hier zu Lande geltende Bestimmung über den Bußtag mit denjenigen Bestimmungen verglichen wird, welche in den Gebietstheilen gelten, die dabei zunächst besonders in Betracht kommen müssen, in den alten Preussischen Provinzen, im Consistorialbezirke Hannover und in den Herzogthümern Bremen und Verden.

Während früher hier zu Lande 4 Bußtage begangen wurden, wird seit 1825 nur ein solcher begangen. Nach der Feiertagsordnung vom Jahre 1825 wird derselbe am Mittwoch der Woche gefeiert, in welche der jedesmalige Tag des Bischofs Martin, das ist der 11. November, fällt.

In den alten Preussischen Provinzen ist durch das Edict Friedrichs II. vom 28. Januar 1773 an Stelle der früheren vierteljährlichen Bußtage die Feier nur eines im Jahre auf Mittwoch nach Jubilate bestimmt worden.

Im Consistorialbezirk Hannover wurden durch Verordnung vom 17. November 1651 die beiden Bußtage des Frühlings- und Herbstquatembers abgestellt; es blieben 3: der vor Weihnachten (nach Verordnung vom 10. November 1769 „in der vollen Woche“ vor Weihnachten), der Charfreitag und der Bußtag vor Pfingsten. Dieser letzte ist durch Verordnung vom 10. November 1769 verlegt

auf den Mittwoch vor Michaelis, durch Ausschreiben vom 8. December 1825 auf den Mittwoch in der dritten vollen Woche nach Michaelis.

In den Herzogthümern Bremen und Verden sind seit 1717 als Bußtage eingeführt der Mittwoch vor der Weihnachtswoche, der Charfreitag, der Mittwoch nach Exaudi. Letzter ist seit 1769 verlegt auf den Mittwoch vor Michaelis, seit 1831 auf den Mittwoch in der dritten vollen Woche nach Michaelis. Dieser Bußtag ist dort verbunden mit der Feier des Erndte-Dankfestes.

Es ist nun aber auch anderweit eine solche Veränderung der Zeit des Bußtages zur Sprache gebracht, welche nicht bloß die nächsten Grenzgebiete angeht.

In den alten Preussischen Provinzen haben bereits im Jahre 1869 die Kreissynoden sich in Bezug auf Einführung eines gemeinsamen Bußtages für alle Staaten des Norddeutschen Bundes gutachtlich äußern müssen.

Auf der Bezirksynode Bienenburg von 1875 ist ein Antrag gestellt auf Einführung eines gemeinschaftlichen Bußtages für die evangelischen Kirchen des Deutschen Reichs. Auf der Landessynode der lutherischen Kirche der Provinz Hannover von 1875 ist dieser Antrag von dem Superintendenten der Inspection Bienenburg vertheidigt; es hat jedoch die Landessynode einen Beschluß darüber noch nicht fassen wollen, weil die Ansichten noch getheilt sind.

Aus dem Geschäftsberichte des Conferenz-Vorstandes, welcher als Beilage C zu den Protokollen der deutschen evangelischen Kirchenconferenz im August 1875 S. 35 ff. veröffentlicht worden ist, geht hervor, daß auf Anlaß von Anträgen, welche auf die Einführung eines gemeinsamen Bußtages im größerem Gebietsumfange gehen, die Verhandlung der in Rede stehenden Angelegenheit für die nächste ordentliche Conferenz (1877) vorbereitet wird. An die Conferenz sind 3 Anträge gebracht worden:

1. Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten zu Berlin hat, nachdem von der Senats-Commission für die kirchlichen Angelegenheiten der freien Hansestadt Bremen die Herbeiführung einer Uebereinstimmung in den Bußtagen Nordwestdeutschlands bei ihm in Anregung gebracht worden, mittelst Schreibens an den Conferenz-Vorstand vom 28. December 1874, um sich vor weiterem Vorgehen in der Sache über die in den kirchlichen Kreisen der verschiedenen Territorien bestehenden Anschauungen und Wünsche zu unterrichten, die Mitwirkung der Conferenz in Anspruch genommen und den Vorstand derselben um eine Aeußerung ersucht, ob das Bedürfniß nach Einführung eines gemeinsamen Bußtages in den verschiedenen Gegenden Deutschlands gleichmäßig anerkannt werde, welche Einrichtungen in dieser Beziehung in den nichtpreussischen Gebieten bestehen, und auf welchem Wege eventuell eine Uebereinstimmung in den bestehenden Einrichtungen herbeigeführt werden könne.

2. Von dem Großherzoglich Sächsischen Kirchenrath ist unter dem 10. April 1875 der Antrag vorgelegt: „Die Conferenz wolle bei den Kirchenregierungen dahin wirken, daß der in den einzelnen evangelischen Landeskirchen bestehende Buß- und Betttag, bezüglich daß einer der in denselben bestehenden Buß- und Bettage auf einen und denselben, von ihr in Vorschlag zu bringenden Tag verlegt werde.“

3. Das evangelisch-lutherische Landes-Consistorium für das Königreich Sachsen hat unter dem 12. Juli 1875 einen Antrag der Meißener Conferenz: „Das evangelisch-lutherische



Landes-Consistorium wolle die geeigneten Schritte thun, daß — unbeschadet unseres ersten Bußtages — der zweite Bußtag, wie er jetzt in Sachsen am Freitage vor dem Todtensonntage (dem letzten Trinitatissonntage) gefeiert wird, zu einem gemeinsamen, in dem gesammten evangelischen Deutschland erhoben werde“ zur Berathung der Conferenz gestellt.

Nach diesen Mittheilungen ersuchen Wir die Landes-Synode, sich über die in Verhandlung stehende Bußtags-Angelegenheit gutachtlich zu äußern, und insbesondere sich darüber auszusprechen, ob ihrerseits der Wunsch getheilt werde, daß die Einrichtung eines gemeinsamen Bußtags im gesammten Reich herbeigeführt werden möge.

Braunschweig, am 23. November 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.



**Wilhelm, Herzog v.** Die Inspectionssynode (der Kirchenconvent) zu Wolfenbüttel hat im Jahre 1873 an das Kirchenregiment das Ersuchen gestellt, es möge eine Verordnung erlassen werden, daß das Reformationsfest an einem bestimmten Tage im Jahre in allen Kirchen des Landes gefeiert werde.

In den Kirchen der Stadt Braunschweig wird das jährliche Erinnerungsfest der Reformation derselben, als deren Abschluß die am 8. September 1828 erfolgte Annahme der von Johannes Bugenhagen verfaßten Kirchenordnung betrachtet wird, demgemäß zu Anfang Septembers gefeiert.

Für die übrigen Kirchen des Landes ist durch Höchstes Rescript vom 21. August 1818 mit Rücksicht auf die bekannte Thatfache des 31. October 1517 bestimmt, daß das gedachte Fest alljährlich am letzten Sonntage des Monats October gefeiert werde.

In der evangelisch-lutherischen Landeskirche der Provinz Hannover besteht die Bestimmung, daß dasselbe jedesmal am 20. Sonntage nach Trinitatis zu begehen sei, da derselbe in der Regel in die zweite Hälfte des Octobers fällt, und die für denselben verordnete evangelische Perikope (Matth. 22, 2—14) sich zum Texte für Reformationspredigten wohl eignet.

Dieser Umstand wird veranlaßt haben, daß in dem von dem Buchdrucker Meyer zu Braunschweig verlegten und durch den Professor Helmes zu Celle redigirten Landeskalender häufig der hannoverschen Bestimmung gemäß der 20. Sonntag nach Trinitatis als Reformationsfesttag auch dann bezeichnet worden, wenn jener nicht, wie in diesem Jahre der Fall, der letzte Sonntag des October gewesen, wodurch in mehreren Jahren eine Unsicherheit rücksichtlich der Zeit der Feier entstanden ist.

Für die Aufnahme der richtigen Zeitbestimmung in die erfolgenden Ausgaben des Calenders ist Fürsorge getroffen.

Es bedarf aber der sorgsamsten Erwägung, ob es rathsam sein werde, die in der Stadt Braunschweig bestehende Besonderheit der Reformationsfeier, welche eine historische Berechtigung hat, zu beseitigen und die durch das Höchste Rescript vom 21. August 1818 getroffene Bestimmung abzuändern.

Wir ersuchen die Landessynode um ihr Erachten über die Frage, an welchem Tage das Reformationstfest zu feiern sei, und ob es insbesondere angemessen erscheine, hierin eine Uebereinstimmung mit der in der benachbarten Provinz Hannover geltenden Zeitbestimmung eintreten zu lassen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Trieps.

**Wilhelm, Herzog v.** Die Landes-Synode hat in einem Schreiben vom 22. November 1872 an Uns das Ersuchen gerichtet, dahin zu wirken, daß die Frage einer Verlegung der Nebengottesdienste in der Woche auf eine andere als in der Kirchenordnung bestimmte Zeit, etwa auf den Abend, von den zu erwartenden Inspections-Synoden erwogen werde. In Folge dieses Ersuchens ist von Herzoglichem Consistorio mittelst Rescripts vom ersten März 1873 das Erachten der Inspections-Synoden darüber erfordert: was geschehen könne, um die Nebengottesdienste (Gottesdienste an Wochentagen, wie sonntägliche Nachmittags-gottesdienste, auch Frühgottesdienste in Städten) wieder mehr in Aufnahme zu bringen; insbesondere ob sich dazu eine Verlegung derselben auf eine andere als die in der Kirchenordnung bestimmte Zeit, etwa auf den Abend, empfehle.

Durch die Verhandlungen der Inspections-Synoden ist die Ueberzeugung begründet, daß es bei Verschiedenheit der localen Verhältnisse kaum möglich sein wird, durch überall einzuführende, völlig gleichmäßige Vorschriften in zweckentsprechender Weise auf die Hebung der Nebengottesdienste hinzuwirken. Dieser Gegenstand möchte deshalb mehr zur Behandlung im Wege der Verwaltung, als der Gesetzgebung geeignet sein.

Wir erachten danach für rathsam, diese Angelegenheit mit Rücksicht auf örtliche Verhältnisse im Verwaltungswege so zu behandeln, daß wo bezügliche Abänderungen wünschenswerth sind, den Kirchenvorständen überlassen werde, Unsere Höchste Genehmigung derselben bei Unserem Herzoglichen Consistorium zu beantragen, und daß, bevor solche ertheilt wird, in jedem Einzelfalle das Erachten der Landes-Synode, eventuell des Synodal-Ausschusses über die in Vorschlag gebrachten Abänderungen sei's der Zeit, sei's der liturgischen Ordnung der Nebengottesdienste, erfordert wird.

Wir ersuchen die Landes-Synode, sich mit dieser Norm des Verfahrens einverstanden zu erklären.

Braunschweig, den 23. November 1876.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Frieß.**

An  
die Landes-Synode.



**Wilhelm, Herzog v.** Die Landes-Versammlung hat unter dem 2. Juni d. J. an Unser Herzogliches Staats-Ministerium das Ersuchen um Vorlage eines Gesetz-Entwurfs gerichtet, nach welchem unter Abänderung der im §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 getroffenen Bestimmungen die Diäten und Reisekosten für die Abgeordneten zur Synode und für die Mitglieder des Synodals-Ausschusses in Uebereinstimmung zu bringen sein würden mit den Beträgen, welche durch das Gesetz vom 28. März 1874 bezüglich der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der Landes-Versammlung und des Ausschusses festgestellt sind.

Der Antrag erschien durchaus sachgemäß und es konnte sich daher vorzugsweise nur fragen, in welcher Weise die Realisirung erfolgen solle, da bei dem erwähnten §. 30 wegen der Concurrenz der staatlichen und kirchlichen Interessen sowohl der Staat als die Kirche theilhaftig ist. Naturgemäß ist es Sache des Staates, die aus §. 30 l. c. erwachsende Beschränkung zu beseitigen und die Geldmittel, deren die Kirche bedarf, zur Verfügung zu stellen, während die positive Bestimmung über den Betrag der den Synodalen u. s. w. zu gewährenden Diäten und Reisekosten innerhalb der staatsseitigen Umgrenzung als eine rein kirchliche Angelegenheit den Factoren der Kirche überlassen bleibt.

Aus den Gründen, welche in Unserm Rescripte vom heutigen Tage und in der Anlage desselben über das Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung entwickelt sind und auf welche Wir Bezug nehmen, empfiehlt es sich, die Vermischung beider Legislationen künftig zu vermeiden, so daß der einzelne legislative Act sich lediglich als Landesgesetz oder als Kirchengesetz dargestellt und über die eine oder andere Qualität keinerlei Zweifel auftauchen kann.

Wir haben demgemäß unter Beachtung der vorhin angegebenen Grenzlinien den Entwurf eines Landesgesetzes und eines Kirchengesetzes ausarbeiten lassen.

Der Ausschuß der Landes-Versammlung, welcher zu der Vereinbarung über das Landesgesetz die erforderliche Ermächtigung erhalten hat, ist mit dem Entwurfe des Landesgesetzes einverstanden und hat zu diesem seine Zustimmung erklärt, so daß der Publication des letzteren kein Hinderniß im Wege steht.

Es kommt also zur völligen Erledigung der Angelegenheit nur noch auf den Erlass des betreffenden Kirchengesetzes an. Indem Wir der Landessynode den Entwurf eines solchen zugehen lassen, auch zur Verdeutlichung das mit dem Ausschusse der Landesversammlung vereinbarte Landesgesetz abschriftlich beifügen, geben Wir anheim, die Landessynode wolle zu dem proponirten Kirchengesetze ihre Zustimmung ertheilen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Erzps.



## Kirchengesetz,

die

Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landes-Synode u. f. w.  
betreffend.

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog v.**

Da der §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871, die Errichtung einer Landes-Synode betreffend, durch Gesetz vom . . . . . aufgehoben ist und es erforderlich wird, wegen der den Mitgliedern der Landes-Synode und des Synodal-Ausschusses, sowie den Wahlcommissairen zu entrichtenden Diäten und Reisekosten anderweite Bestimmung zu treffen, so erlassen Wir kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt im Beirathe Unseres Herzoglichen Consistoriums mit Zustimmung der Landes-Synode das nachfolgende Kirchengesetz:

### §. 1.

Die Abgeordneten zur Landes-Synode erhalten während der Dauer derselben Diäten und zwar

- 1) die Auswärtigen täglich 10 *M.*,
- 2) die am Orte der Versammlung Wohnenden täglich 5 *M.*

Der Vorsitzende der Landes-Synode erhält, je nachdem die vorstehenden Bestimmungen auf ihn passen, täglich 6 *M.* mehr als ein Abgeordneter.

### §. 2.

Die Reisekosten der Abgeordneten werden für jede Meile der Hinreise und Rückreise mit 1 *M.* 50 *S.* vergütet.

Für die Reisetage werden keine Diäten gezahlt.

## §. 3.

Gleiche Diäten und Reisekosten erhalten die Mitglieder des Synodalausschusses, die Diäten jedoch nur für die Sitzungstage.

## §. 4.

Die Zahlung von Diäten erfolgt an diejenigen, welche eine Sitzung veräumen, nur, wenn sie durch Krankheit behindert, aber am Versammlungsorte gegenwärtig und auswärtig domiciliert sind.

## §. 5.

Für Reisen auf Urlaub werden Reisekosten nicht vergütet, ebenso wenig Kosten der Rückreise an diejenigen, welche sich vor dem Schlusse der Landessynode entfernen.

Tritt ein Mitglied vor dem Schlusse aus der Versammlung, so erhält dasselbe die Kosten der Rückreise.

## §. 6.

Die Wahlcommissaire erhalten, wenn der Wahlact nicht an ihren Wohnorten stattfindet, Diäten und Reisekosten in dem Betrage, der ihnen, falls sie als Staatsbeamte fungirten, nach Maßgabe der betreffenden landesgesetzlichen Bestimmungen zu entrichten sein würde.

## §. 7.

Die Wahlmänner haben auf Vergütung von Reisekosten und Diäten keinen Anspruch.

## §. 8.

*Transitorische Bestimmung.*

Die obigen Vorschriften sollen bereits auf die den Abgeordneten zur zweiten ordentlichen Landes-Synode zu entrichtenden Diäten und Reisekosten Anwendung finden.

Alle 11.

---

Copia.

**G e s e h,**

die

**Aufhebung des §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871**

betreffend.

---

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog u.**

Wir erlassen mit Zustimmung des laut Art. 9 des Landtagsabschiedes vom 4. September d. J. hierzu ermächtigten Ausschusses der Landes-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

**§. 1.**

Der §. 30 des Gesetzes vom 31. Mai 1871 (**M** 34) „die Errichtung einer Landes-Synode und eines Synodal-Ausschusses für die evangelisch-lutherische Kirche des Landes betreffend“ wird hierdurch aufgehoben.

**§. 2.**

Seitens der Kirchengewalt wird, so weit erforderlich unter Zustimmung der Landes-Synode, die Vergütung bestimmt, welche den Mitgliedern der Landes-Synode und des Synodal-Ausschusses, so wie den kirchlichen Wahlcommissaren für Diäten und Reisekosten zu entrichten ist.

**§. 3.**

Die Landesregierung wird ermächtigt, die zu dem Ende erforderlichen Summen aus der Kloster-Reinertrags-Casse zu bestreiten, jedoch mit der Maßgabe, daß die verwilligten Diäten und Reisekosten die Beträge nicht übersteigen dürfen, welche den Mitgliedern der Landesver-

sammlung und deren Ausschusses nach dem Gesetze vom 28. März 1874 „die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landesversammlung betreffend“ gebühren, — beziehungsweise den Wahlcommissaren, falls dieselben, als Staatsbeamte fungirten, zu entrichten sein würden.

Die gleiche Ermächtigung wird der Landesregierung auch in Bezug auf die übrigen Kosten der Landes-Synode für Drucksachen u. s. w. ertheilt.

Alle zc.

---

**Wilhelm, Herzog v.** Bei den Berathungen der ersten ordentlichen Landes-Synode sind in Bezug auf das gegenseitige Verhältniß der staatlichen und kirchlichen Gesetzgebung Zweifel entstanden und es ist unter dem 22. November 1872 das Ersuchen an Uns gerichtet:

es möge vom Kirchenregimente in Erwägung gezogen werden, ob nicht der erhobene Zweifel durch eine Declaration der Factoren der staatlichen Gesetzgebung zu beseitigen sei.

Wir haben den Gegenstand einer eingehenden Prüfung unterziehen lassen, deren Resultat die Landes-Synode aus der Anlage ersehen wird.

Da es zweckmäßig erscheint, daß die Landes-Synode sich zunächst gutachtlich darüber äußere, ob dieselbe mit dem Inhalt der beigelegten Denkschrift und mit den Propositionen, welche zur Beseitigung der fühlbar gewordenen Uebelstände von Unserm Herzoglichen Staatsministerium in Uebereinstimmung mit Unserm Herzoglichen Consistorium gemacht werden, sich im Wesentlichen einverstanden erklären zu können glaubt, so ersuchen Wir die Landes-Synode, diese gutachtliche Aeußerung abgeben zu wollen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Trieps.**

An  
die Landes-Synode.

# Pro Memoria

über

## das Verhältniß der Landes- und Kirchengesetzgebung.

In einem Schreiben vom 22. November 1872 hat sich die erste ordentliche Landes-Synode über das Verhältniß der Landes- und Kirchengesetzgebung ausgesprochen und an Seine Hoheit die Bitte gerichtet:

es möge vom Kirchen-Regimente in Erwägung gezogen werden, ob nicht der bezüglich des gegenseitigen Verhältnisses erhobene Zweifel durch eine Declaration der Factoren der staatlichen Gesetzgebung zu beseitigen sei.

Das Herzogliche Staatsministerium ist hierdurch veranlaßt, die angeregte Frage einer nochmaligen eingehenden Prüfung zu unterziehen und hat die Ueberzeugung gewonnen, daß der gegenwärtige Zustand nicht befriedigen kann, sondern wegen der damit verbundenen Unzulänglichkeiten einer Abhülfe bedarf.

Die nachstehende Erörterung ist dazu bestimmt, diese Ansicht näher zu begründen und zugleich die Mittel darzulegen, durch welche der fühlbar gewordene Uebelstand zu beseitigen sein dürfte.

Mit dem Namen „Kirchengesetz“ kann man zwei ganz verschiedene Dinge bezeichnen, indem

einerseits der Staat über kirchliche Gegenstände Gesetze zu erlassen vermag, welche für Jedermann, also auch für die Kirche bindend sind und sich folgeweise nur durch ihr Object von anderen Staatsgesetzen unterscheiden; andererseits ist aber im Gegensatz hiervon die Landeskirche als rechtlich organisirte Gemeinschaft wie jede Corporation im Stande, über ihre Angelegenheiten Normen (canones, Statuten) mit verpflichtender Kraft — jedoch lediglich für ihre Angehörigen — aufzustellen. Ein Kirchengesetz in diesem Sinne hat nicht die Staatsgewalt zur Quelle, sondern ist ein Ausfluß der Kirchengewalt und es kommt ihm eine von Staatsgesetzen ganz verschiedene Kraft und Bedeutung zu.

Es ist nun zur Genüge bekannt, daß in früherer Zeit nach der sogenannten territorialen Auffassung für die Legislation die Unterscheidung zwischen Staats- und Kirchengewalt so gut wie verschwunden war und es erklärt sich hieraus, daß Kirchengesetze fast nur in jenem ersteren Sinne als Ausflüsse der Staatsgewalt erlassen wurden.

Das Landesgrundgesetz von 1832 hat hingegen die selbstständige Bedeutung der Kirchengewalt anerkannt und dadurch die Unterscheidung der Normen, welche als Ausflüsse dieser kirchlichen Gewalt erscheinen, von den Ausflüssen der Staatsgewalt also von den Staatsgesetzen nicht allein möglich, sondern in Wahrheit rechtlich nothwendig gemacht.

Um aber das publicistische Verhältniß beider Gewalten richtig zu würdigen, darf man einmal drei Arten von Gegenständen, bei denen kirchliche Interessen berührt werden, nicht mit einander vermischen, sodann muß man für unser Land die Zeit vor Erlass der Synodals-Ordnung (1871) und die spätere Zeit gesondert ins Auge fassen.

Was jene drei Arten von Gegenständen betrifft, so leuchtet ein, daß

- 1) kirchliche Normen nicht erlassen werden können, wenn Verhältnisse in Frage stehen, welche nicht ausschließlich die Kirche und deren Angehörige, sondern auch dritte Personen betreffen. Für derartige Verhältnisse bindende Normen aufzustellen vermag nur die Staatsgewalt.
- 2) Nach §. 212 der Landschafts-Ordnung von 1832 bleibt die Anordnung der rein geistlichen Angelegenheiten unter Oberaufsicht der Landesregierung der in der Verfassung der Kirche begründeten Kirchengewalt überlassen. Positive Bestimmungen über Lehre und Cultus dürfen daher nur von der Kirchengewalt ausgehen, der Staat ist verfassungsmäßig allein berechtigt, gegen etwaige bei der äußern Religionsübung hervortretende Mißbräuche verbietend einzuschreiten.
- 3) In den sonstigen, nicht zu den rein geistlichen gehörigen Angelegenheiten der Kirche sind beide Gewalten an sich zu legislativen Acten competent; denn auch der Staat ist ohne alle Frage befugt, staatliche Normen über diesen Gegenstand mit verpflichtender Kraft für die Kirche und deren Angehörige zu erlassen. Man darf diese Frage der äußerlichen rechtlichen Macht nur nicht identificiren mit der höheren ethischen Frage, in welchen Fällen der Staat von seiner Machtfülle Gebrauch machen soll. Sicher handelt derselbe nur dann im Sinne und Geiste der Landesverfassung, wenn er sich auf die im staatlichen Interesse erforderlichen absoluten Normen gebietenden oder verbietenden Inhalts beschränkt, die Regulirung der inneren kirchlichen Verhältnisse hingegen der Kirche und Kirchengewalt überläßt.

Immer versteht es sich aber von selbst, daß die Kirchengewalt an die Landesgesetze gebunden ist. Sie hat daher bei ihren sämmtlichen Erlassen diese Gesetze zu beachten und zu befolgen; sie muß sich jeder denselben widerstreitenden Bestimmung enthalten und darf abweichende Normen nur aufstellen, insofern die Landesgesetze bezüglich der kirchlichen Verhältnisse eine lediglich subsidiäre Vorschrift gegeben haben. Nur derartige subsidiäre Normen können unbeschadet ihres rechtsgültigen Bestandes durch die Autonomie der Kirchengewalt von der Anwendung ausgeschlossen werden.

Betrachtet man von diesem Standpunkte aus nun ferner die rechtliche Stellung der Kirchengewalt vor und nach Erlass der Synodalordnung, so bedarf es keiner Erörterung, daß die sub 1 erwähnten Gegenstände hier nicht weiter von Belang sind, da die Kirchengewalt über dieselben nichts zu bestimmen hat.

In Bezug auf die rein geistlichen Angelegenheiten (Nr 2) war die Kirchengewalt dem Staate gegenüber bereits vor 1871 selbstständig, allein es bestand eine kirchliche Schranke in Folge des Grundsatzes, daß Bestimmungen über Lehre und Cultus nicht vom Kirchenregimente allein getroffen werden können. Eine Verordnung der Kirchengewalt erschien danach nicht genügend und für eine formelle Zustimmung der Kirche fehlte das Organ.

Was die sub 3 erwähnten Gegenstände betrifft, so gab es namentlich über Disciplin und Verfassung tief eingreifende staatliche Normen, welche im Wesentlichen sogar in der Landtagsordnung von 1832 aufs Neue sanctionirt wurden. Auch traf die Letztere eine Bestimmung über Einführung von Kirchenvorständen und ordnete an, daß ein Gesetz die Zusammensetzung und den Wirkungskreis derselben regeln solle. Dabei konnte nur an ein Landesgesetz gedacht sein, indem die Kirche selbst kein Organ besaß, welches die Zustimmung zu den Anordnungen der Kirchengewalt hätte erklären können, und man es doch für zu bedenklich, auch wohl für unvereinbar mit den Axiomen des protestantischen Kirchenrechts hielt, den Ausbau der Kirchenverfassung ausschließlich der Verordnungsgewalt des Kirchenregiments zu überlassen. Die Kirchenregierung befand sich daher auch in Bezug auf diese dritte Art kirchlicher Gegenstände in einer übeln Lage, indem sie zu kirchlichen Neubildungen der staatlichen Gesetzgebung bedurfte, im Uebrigen sich auf Ausführung der bestehenden staatlichen und kirchlichen Normen beschränken mußte.

Mit Erlass der Synodalordnung von 1871 ist ohne Zweifel eine wesentliche Aenderung eingetreten, indem dadurch der Kirche die rechtliche Möglichkeit verliehen ist, die Lehrordnung, den Cultus, die Disciplin und die kirchliche Verfassung durch ihre eigenen Gesetze zu regeln. Zunächst freilich wird dadurch nur die Kirchengewalt berührt. Diese sieht sich einerseits gestärkt, indem ihr kirchliche Organe zur Seite stehen und damit die kirchlichen Bedenken gegen einseitigen Erlass von Kirchengesetzen beseitigt sind; andererseits wird aber auch die Kirchengewalt von kirchlichen Schranken umgeben, indem jedes Kirchengesetz die Zustimmung der Landes-Synode verlangt.

Von weit geringerer Erheblichkeit ist der Erlass der Synodalordnung für das Verhältniß der Kirche zum Staate bis jetzt gewesen. Es würde ein Fehlschluß sein, wollte man aus der Befugniß der Kirche, über bestimmte Gegenstände Kirchengesetze zu erlassen, ein Argument für die Behauptung herleiten, daß der Staat auf das Recht verzichtet habe, seinerseits von der ihm verfassungsmäßig zustehenden Legislative Gebrauch zu machen. Ein derartiger Verzicht wäre rechtlich völlig unhaltbar, konnte gar nicht intendirt werden und ist auch niemals beabsichtigt, wie dies die Worte im §. 20 der Synodalordnung

die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der staatlichen Gesetzgebung erleiden durch vorstehende Bestimmungen keinerlei Beschränkung ganz unwiderleglich darthun.



Zur bessern Veranschaulichung erwäge man andere analoge Fälle. Der Staat kann den städtischen Corporationen das Recht einräumen, ihre innere Verfassung und Localpolizei durch Statut zu ordnen. So lange kein Gesetz über diese Gegenstände vorhanden ist, kann sich jede Stadt frei bewegen. Erläßt aber der Staat eine Städteordnung, so verengt sich der Raum für die städtische Autonomie und letztere verschwindet vielleicht allmählig ganz und gar. Die freiere Bewegung der Corporation wird nur dann gewahrt, wenn der Staat lediglich die für ihn wesentlichen Punkte unbedingt normirt, im Uebrigen höchstens vorsorglich subsidiäre Vorschriften giebt, welche nur zur Anwendung kommen, wenn die Corporation sie ihren besondern Verhältnissen angemessen erachtet. Die Stadt kann freilich das subsidiäre Staatsgesetz nicht aufheben, wohl aber durch Statut für den praktischen Gebrauch ersetzen.

In ähnlicher Weise verhält es sich mit der Kirche. Soll sich dieselbe glücklich entfalten, so muß der Staat auch in Bezug auf solche Gegenstände (oben sub 3), welche sowohl seiner eigenen als der kirchlichen Legislation unterliegen, sich mäßigen und ohne Noth der Kirche nicht vorgreifen. Den bestehenden gesetzlichen Normen gegenüber ist die Kirche freilich unbehindert, reine Kirchengesetze aufzuheben oder abzuändern, wie die städtische Corporation hierzu bei ihren Statuten befugt ist; dagegen kann der Staat niemals gestatten, daß seine Gesetze von einer andern Auctorität beseitigt werden. Fühlt sich die Kirche durch die staatlichen Gesetze beengt und gehemmt, so bleibt weiter nichts übrig, als daß sie vom Staate die Aufhebung, Abänderung oder die Umwandlung des absoluten in ein subsidiäres Gesetz zu erwirken sucht.

Man hat das aus Obigem sich ergebende Resultat unter anderen Gründen auch deshalb für nicht stichhaltig erklären zu können geglaubt, weil die seit 1851 über kirchliche Gegenstände ergangenen Gesetze als Kirchengesetze anzusehen und zu behandeln seien. Richtig ist, daß

das Gesetz vom 6. Januar 1873, die Kirchenvisitations-Ordnung betreffend,  
das Gesetz vom 6. Januar 1873, die Einrichtung der Inspection-Synoden betreffend,

sowie die Geschäftsordnung für die Landes-Synode vom 13. November 1872  
sich als reine Kirchengesetze darstellen, wogegen es klar vorliegt, daß das Gesetz vom 31. Mai 1871, die Aufhebung der Stolgebühren betreffend, keine auf ein Kirchengesetz deutende Spur an sich trägt.

Was die übrigen hierher gehörigen Gesetze anlangt

vom 30. November 1851 über Errichtung von Kirchenvorständen,  
vom 18. Mai 1864 über Stolgebühren, welche von Katholiken u. zu entrichten sind,  
vom 18. Juni 1864, die Aufbringung der Parochiallasten betreffend,  
vom 31. Mai 1871, Errichtung einer Landes-Synode u. betreffend,  
vom 10. October 1873, die Wahl der Kirchenvorstände betreffend,

so läßt sich nicht läugnen, daß bei ihnen beide Gewalten nicht mit der wünschenswerthen Genauigkeit auseinander gehalten sind. Die ersten drei Gesetze sind erlassen, kraft Kirchengewalt in Beirath des Herzoglichen Consistoriums und unter Zustimmung beziehungsweise mit Rath und Gutachten der Landes-Versammlung; die Synodal-Ordnung ist ergangen kraft Kir-

chenhoheit und Kirchengewalt und in dem Eingange des Gesetzes vom 10. October 1873 heißt es ausdrücklich, es solle nicht allein Kirchengesetz sondern zugleich auch Landesgesetz sein.

Bei näherer Erwägung wird man sich aber leicht überzeugen, daß überall landesgesetzliche Vorschriften in Frage stehen.

In Bezug auf die kraft Kirchenhoheit also von der Staatsgewalt erlassene Synodale Ordnung vom 31. Mai 1871 leuchtet dies ohne Weiteres ein, sowie auch hinsichtlich des Gesetzes vom 10. October 1873 kein Zweifel aufstuchen kann. Für den staatlichen Character aller obigen Gesetze ist aber der Umstand entscheidend, daß in denselben Einzelbestimmungen vorkommen, welche von der Kirche überall nicht, sondern nur vom Staate getroffen werden konnten. Wenn, zum Beispiel, in dem Gesetze vom 30. November 1851 über die Errichtung von Kirchenvorständen die politischen Gemeinden für die zu Kirchenbauten verpflichteten Personen erklärt werden (§. 30 l. c.),

wenn ebendasselbst der §. 28 die Verwaltungs-Jurisdiction der Kreis-Directoren und Kreiscommissionen regelt,

wenn für die Aufbringung der Parochiallasten bestimmt wird, daß Reformirte, Katholiken und Juden rücksichtlich ihres Grundbesitzes vollständig beitragspflichtig sind,

Gesetz vom 18. Juni 1864 §. 4,

wenn den im Staatsdienst stehenden Abgeordneten zur Synode der Urlaub nicht ver sagt werden soll, oder wenn die Kosten für Reisen und Diäten auf die Kloster-Reinertrags-Casse angewiesen werden

Gesetz vom 31. Mai 1871 §. 12 und 30 u. s. w.

so bedarf es sicher keiner weiteren Erörterung, daß die evangelisch-lutherische Kirchengewalt gar nicht in der Lage ist, derartige Bestimmungen zu treffen.

Unter diesen Umständen kann die Bezugnahme auf die Kirchengewalt nicht für relevant erachtet werden, vielmehr muß man annehmen, entweder daß nach territorialer Anschauung die Kirchengewalt mit der Staatsgewalt identificirt, also mit der Kirchenhoheit verwechselt wurde, oder daß einer Mitwirkung der kirchlichen Organe nur deshalb Erwähnung geschehen ist, um die Gemüther der Kirchengenossen nicht zu beunruhigen.

Man könnte hiergegen einwenden, es sei ja nicht nothwendig, ein Gesetz vor die reine Alternative: ob Staatsgesetz oder Kirchengesetz zu stellen, vielmehr lasse sich denken, daß derselbe legislative Act beide Qualitäten in sich vereine.

Auch diese Einwendung soll nicht ohne Erwiderung bleiben.

Der zwiefache Character könnte in doppelter Gestalt erscheinen:

- a. entweder so, daß ein Theil des fraglichen Actes als Staatsgesetz, ein anderer Theil als Kirchengesetz zu behandeln sei,
- b. oder so, daß der gesammte Act als Ausfluß beider Gewalten, mithin als Staatsgesetz und zugleich als Kirchengesetz gelten solle.

Die Annahme sub a ist deshalb unhaltbar, weil sie den Gesetzgeber ohne Grund beschuldigen würde, durch eine trübe Mischung heterogener Rechtsnormen eine unstatthafte Rechtsverwirrung ins Leben gerufen zu haben.

Die Sachlage besteht nemlich nicht darin, daß ein Theil der fraglichen Normen nur

vom Staate, der andere Theil nur von der Kirche ausgehen könnte, daß sich folglich mit Leichtigkeit und Sicherheit erkennen ließe, welche Bestimmungen von der Staatsgewalt, welche anderen hingegen von der Kirchengewalt ihren Ursprung herleiten. Vielmehr sind die meisten Vorschriften der Art, daß sie der rechtlichen Möglichkeit nach dem Bereiche beider Gewalten angehören, daß man also, um den Character der Norm richtig zu treffen, ihren wirklichen Urheber kennen muß. Hat z. B. die Staatsgewalt die Bestimmung getroffen, so ist das in verfassungsmäßiger Form von dem Landesfürsten verkündigte Gesetz von allen Landeseinwohnern, Behörden und Gerichten zu befolgen.

Landschafts-Ordn. von 1832 §. 100, eine Verfassungsbestimmung, welche auf Kirchengesetze keine Anwendung findet. Da es sich nicht um die Frage handelt, ob es nicht zweckmäßiger gewesen sei, von vornherein eine sorgfältigere Scheidung vorzunehmen, und den geschiedenen Stoff für getrennte legislative Acte zu verwerthen, sondern da lediglich zu prüfen ist, was in Wirklichkeit geschehen sei, so wird man nicht umhin können, die sub a gedachte Annahme für verwerflich zu erklären.

Auch die sub b erwähnte Annahme ist nicht ohne ernste Bedenken, wie dies von der Landesregierung stets geltend gemacht ist, indem dieselbe sich nur ungern und lediglich aus dem Grunde mit solcher Proceßur einverstanden erklärt hat, damit das nach langwierigen Verathungen erzielte sachliche Resultat nicht an formellen Zweifeln scheitern möge. Das Gesetz soll danach Staatsgesetz und zugleich Kirchengesetz sein. Da die Kirche das Staatsgesetz zu befolgen hat, so ist die Aeußerung, die fraglichen Bestimmungen sollen auch kirchengesetzliche sein, zunächst und so lange das Staatsgesetz besteht, ohne praktische Bedeutung. Von Erheblichkeit könnte dies erst werden, wenn der Staat das Staatsgesetz als solches aufheben sollte und die Norm nun als rein kirchliche bestehen bliebe. Indes möchte es sich kaum empfehlen, zumal bei der Identität des Trägers beider Gewalten, die kirchliche Legislation gleichsam nur in eventum für Vorräthe sorgen zu lassen. Auch würde bei der Vermischung mit Vorschriften, zu deren Erlaß die Kirche überall nicht sondern lediglich der Staat befugt ist, in solchem Falle offenbar wieder die größte Unsicherheit darüber herrschen, welche Bestimmungen in Wegfall gekommen, welche hingegen als kirchliche bestehen geblieben seien.

Vorzugsweise verdient jedoch Erwägung, daß der Kirche auf diesem Wege nicht geholfen wird. Denn erscheint ihr eine Aenderung der Legislation wünschenswerth, so kann sie nicht mittelst Kirchengesetzgebung ihren Zweck erreichen, sondern sie würde immer zunächst bei der Staatsgewalt die Beseitigung der staatlichen Hemmnisse erwirken müssen. Ein Beispiel wird dies anschaulicher machen. Das Gesetz vom 10. October 1873, die Wahl der Kirchenvorstände betreffend, soll Kirchengesetz und Landesgesetz sein. Angenommen, die Kirche erachtete Modificationen dieses Gesetzes für zweckmäßig oder nothwendig, so müßte sie vor allen Dingen die Beschränkungen zu entfernen suchen, denen sie durch das auch für sie verbindliche Landesgesetz unterworfen ist.

Die unangenehm empfundene stetige Concurrenz der staatlichen Organe bei jedem Acte der kirchlichen Legislation bleibt daher auch bei der sub b gedachten Annahme unverändert bestehen.

Die obige Darstellung wird hoffentlich dargethan haben, daß auf dem bisher betretenen

Wege das von allen Seiten angestrebte Ziel kaum zu erreichen sein möchte. Soll also die freie Entfaltung der kirchlichen Thätigkeit gesichert werden, ohne daß die staatlichen Interessen des ihnen gebührenden genügenden Schutzes entbehren, so wird man auf anderweite Auskunfts- mittel Bedacht nehmen müssen.

Nach Ansicht des Herzoglichen Staats-Ministeriums wird sich das Ziel in nachstehender Weise erreichen lassen:

I. In Zukunft wird für sämtliche legislative Acte die genaue Sonderung beider Gewalten inne gehalten, also das einzelne Gesetz lediglich als Staatsgesetz oder als Kirchengesetz erlassen.

II. Da die eigentliche Schwierigkeit in der Beantwortung der Frage besteht, wie sich die Kirche den bestehenden staatlichen und kirchlichen Normen gegenüber zu verhalten hat, so ist in dieser Hinsicht Folgendes zu erwägen.

Die kirchliche Gesetzgebung erstreckt sich auf Lehrordnung, Cultus, Disciplin und Kirchenverfassung.

Insofern nun in Bezug auf diese Gegenstände rein kirchliche Normen vorhanden sind, ist die Kirche nicht beengt.

Die bestehenden staatlichen Vorschriften müssen von der Kirche ohne Widerrede befolgt und angewendet werden, insofern sie absolut oder unbedingt maßgebend sind. Dagegen wird die Kirche durch die Existenz von subsidiären staatlichen Normen nicht gehemmt, weil derartige Vorschriften durch kirchliche Satzungen von der Anwendung ausgeschlossen werden können.

Es kommt also vorzugsweise darauf an, die richtige Grenzlinie zwischen den absoluten und den für subsidiär zu erklärenden staatlichen Normen festzustellen.

Als absolute Normen müssen gelten:

- a. alle Staatsgesetze, welche im staatlichen oder öffentlichen Interesse etwas gebieten oder verbieten;
- b. sämtliche Bestimmungen der Landesverfassung, da Niemand bei Erlass der Synodal-Ordnung auf den Gedanken gerathen sein wird, die Kirchengesetzgebung könne sich über die Verfassung des Landes wegsetzen.

Acte der Kirchengewalt, welche diesen sub a und b erwähnten staatlichen Bestimmungen widersprechen, sind daher ohne rechtliche Gültigkeit.

Was aber die sonstigen Staatsgesetze betrifft, über Gegenstände, welche überhaupt der Regulirung auch durch Kirchengesetz unterliegen, so scheint kaum ein ernstliches Bedenken obzuwalten, diese staatlichen Normen für subsidiär zu erklären. Die Normen bleiben dann zwar bestehen, kommen aber nur so lange zur Anwendung, bis die Kirchengewalt unter Zustimmung der Landessynode etwas Anderes beschließt.

Dabei ist zu bemerken, daß die Bestimmungen in den §§. 18—25 des Gesetzes vom 22. December 1870 (W.-G. N. 113), welche über Suspension, Entlassung und Absetzung der Kirchendiener handeln und an die Stelle des aufgehobenen §. 229 im Landesgrundgesetz von 1832 getreten sind, selbstverständlich zu den absoluten gehören.

Eine Differenz der Ansichten wird nach den bisherigen Erfahrungen wohl nur in Be-

zug auf §. 213 Abs. 2 und §. 218 des Landesgrundgesetzes, sowie in Bezug auf die Synodalordnung selbst auftauchen.

Die staatlichen Rechtsätze sind:

- a. es soll ein Kirchenvorstand bez. eine Landessynode bestehen,
- b. diese Organe werden in bestimmter Weise zusammengesetzt und
- c. haben einen näher normirten Wirkungskreis.

Daß die Bestimmung sub a eine absolute sei, wird von allen Seiten anerkannt werden. Auch wird es als selbstverständlich erscheinen, daß der Wirkungskreis der fraglichen Organe sich immer nur auf die eigenen Angelegenheiten der Kirche und ihrer Angehörigen, also auf solche Gegenstände erstrecken kann, über welche die Kirche und die Kirchengewalt etwas zu bestimmen hat.

Im Uebrigen wird bezüglich der Vorschriften sub b und c voraussichtlich von der einen Seite behauptet werden, daß die Kirche freie Hand haben müsse, während von einer anderen Seite besonders in Hinblick auf die gesetzlichen Beitragsverpflichtungen der politischen Gemeinden muthmaßlich geltend gemacht wird, daß eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen lediglich im Wege der Staatsgesetzgebung Statt finden dürfe.

Die Ersteren werden sich daher für die subsidiäre, die Letzteren für die absolute Qualität der betreffenden staatlichen Normen aussprechen.

Im Interesse der Kirche liegt es, sich für den subsidiären Character zu entscheiden und nach Ansicht des Herzoglichen Staats-Ministeriums ist dies auch für den Staat unbedenklich, da die Oberaufsicht der Landesregierung besteht und dieselbe genügt, um auch die politischen Gemeinden in erforderlicher Weise zu sichern.

III. Damit die staatlichen Oberaufsichtsrechte keine Schmälerung erleiden können, ist es sachgemäß und nothwendig, die bis jetzt übliche Publikationsweise für die Kirchengesetze beizubehalten.

Zur Gültigkeit der Kirchengesetze ist die Sanction des Inhabers der Kirchengewalt unter Bezugnahme auf die Zustimmung der Landessynode erforderlich.

Im Eingange pflegt auch erwähnt zu werden, daß der Inhaber der Kirchengewalt unter Beirath des Consistoriums handle. Nun ist zwar die Erwähnung dieses Umstandes kein formelles Requisit, indeß empfiehlt sich die Beibehaltung des Zusatzes, weil damit nicht allein hervorgehoben wird, daß der Bestimmung der Landesverfassung Genüge geleistet sei, sondern weil darin auch der Gedanke vollständigen Ausdruck findet, daß der Landesfürst in Ausübung der ihm zustehenden Kirchengewalt begriffen sei.

Das placetum regium, dessen der Staat bei anderen Confessionen bedarf, wird für die evangelisch-lutherische Landeskirche dadurch ersetzt, daß die Publication mittelst contraſignirter landesfürstlicher Verordnung oder auf Höchsten Special-Befehl, also stets nach vorgängiger staatlicher Berathung erfolgt. Jedes unterzeichnende Mitglied des Herzoglichen Staats-Ministeriums ist hiernach dafür verantwortlich, daß die Interessen des Staates nicht beeinträchtigt werden, mithin insbesondere dafür, daß die Kirchengesetze nichts enthalten, was den staatlichen Normen widerstreiten würde.

Das Herzogliche Staatsministerium hat seine im Obigen dargelegten Ansichten dem Herzoglichen Consistorium mitgetheilt, damit das Letztere dieselben vom kirchlichen Standpunkte aus in Erwägung ziehen könne.

Von dem Herzoglichen Consistorium ist in dem Berichte vom 14. October d. J. die volle Uebereinstimmung mit den obigen sub I und III gemachten Vorschlägen ausgesprochen, auch anerkannt, daß die Proposition sub II in ihrem praktischen Resultate die begründeten kirchlichen Ansprüche und Bedürfnisse befriedigen werde.

Nur in Bezug auf die Begründung wurde das Bedenken angeregt, ob der Staat verfassungsmäßig befugt sei, in die kirchlichen Angelegenheiten durch Staatsgesetz so tief einzugreifen, wie dies vom Herzoglichen Staatsministerium angenommen werde. In einer zwischen dem betreffenden Ressortchef und den Commissairen des Herzoglichen Consistoriums abgehaltenen Conferenz gelangte man jedoch bald zu der gemeinsamen Ueberzeugung, daß eine verfassungsmäßige, also rechtliche Beschränkung der staatlichen Gesetzgebung nur in Bezug auf die rein geistlichen Angelegenheiten bestehe, während es eine allerdings wohl zu beachtende, jedoch immer nur ethische Anforderung sei, daß der Staat nicht ohne zwingenden Grund in das innere Leben der Kirche eingreife und dieselbe in der zu ihrem Gedeihen erforderlichen freien Entfaltung störe.

Damit ist auch in Bezug auf die Propositionen sub II vollständige Uebereinstimmung erzielt.

---

Es wird nunmehr darauf ankommen, daß sich die Landessynode über den Inhalt dieses Pro Memoria, namentlich über die Propositionen sub I, II und III gutachtlich äußere. Fällt dieses Gutachten im Wesentlichen zustimmend aus, so würde der entsprechende Entwurf zu einem Landesgesetze auszuarbeiten und demnächst der Landesversammlung Behuf Ertheilung der Zustimmung vorzulegen sein.

Braunschweig, den 16. November 1876.

**Herzoglich Braunschw. = Lüneb. Staats = Ministerium.**

**Trieps.**

## B e r i c h t

der

### liturgischen Commission nebst Anlage (12 a).

---

Der unterzeichneten Commission ist von der ersten ordentlichen Landessynode eine Vorlage Herzoglichen Consistorii betreffend

„die Ordnung des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen nebst den dazu gehörigen Formularen für die evangelisch-lutherische Kirche des Herzogthums Braunschweig“

zur Vorprüfung und Berichterstattung überwiesen worden.

Die Commission hat ihrem Auftrage gemäß die Vorlage in einer Reihe von Sitzungen verathen; an den beiden letzten hat als Delegirter Herzoglichen Consistorii der Herr Consistorialrath Sallentien, an der vorletzten am 9. November d. J. auch der Herr Abt Ernesti in gleicher Eigenschaft Theil genommen. Im Folgenden beehrt sich die Commission, das Resultat ihrer Verathungen der Landessynode vorzulegen.

Die Vorlage zerfällt in zwei Haupttheile. Der erste enthält die Ordnung des Hauptgottesdienstes I. an den Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des Gründonnerstags, Charfreitags und Bußtags, und II. die Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage; der zweite enthält die gesammten Formulare und zwar

I. Das Gebet des Herrn.

II. Altargebete vor der Predigt:

A. Für Sonntage.

B. Festtage und festliche Zeiten.

III. Kirchengebete nach der Predigt:

A. Für Sonntage.

B. Für Festtage und festliche Zeiten.

C. Für besondere Zeitumstände.

IV. Die allgemeine Beichte.

V. Die Litanei.

VI. Collecten:

A. Für Sonntage.

B. Für Festtage und festliche Zeiten.

VII. Antiphonen:

A. Für Sonntage.

B. Für Festtage und festliche Zeiten.

VIII. Danksgungen, Bitten u. s. w.

IX. Biblische Sprüche und Segenswünsche zu Anfang der Predigt.

X. Den kirchlichen Segen.

Der Commission drängten sich zunächst bei ihren Berathungen drei vorweg zu erledigende Fragen auf: 1) ob sie sich entschließen könne, der Landessynode die Annahme der gesammten Vorlage unverändert zu empfehlen. 2) ob es thunlich sei, dieselbe im Ganzen abzulehnen, und 3) ob der Synode die Annahme mit gewissen Abänderungen vorzuschlagen sei. Nachdem die Commission die ersten beiden Fragen verneint und die dritte bejaht hatte, schritt sie zur Berathung der für den ersten Theil erwünscht scheinenden Abänderungen. Als die wichtigsten stellten sich folgende heraus.

1. Die Commission war der Ansicht, daß es im Interesse der Einheit der Liturgie, und um der Willkühr der Subjectivität vorzubeugen, zweckmäßiger sein dürfte, statt der von der Vorlage gebotenen doppelten Form für das gesungene und das gesprochene Wort nur eine einzige Form beizubehalten, deren Worte in der Regel gesungen werden sollten, bei mangelnder Gesangkraft vom Geistlichen aber auch gesprochen werden könnten. Sie hat daher die in der zweiten Columne der Vorlage enthaltenen nur zum Sprechen bestimmten Worte ganz fallen lassen und zur Grundlage ihrer Formulirung resp. Abänderungsvorschläge lediglich die Worte der ersten Columne genommen.

2. Die Commission glaubte, daß es zweckmäßiger sei, das allgemeine Kirchengebet, welches die Vorlage dem bisherigen Gebrauch gemäß an die Predigt anschließt, vielmehr an den Altar als die eigentliche Gebetsstätte zu verlegen; ebenso die Fürbitten und Danksgungen, während die eigentlichen Abkündigungen besser auch ferner der Predigt angeschlossen blieben.

3. Gleichfalls im Interesse der Einheit war die Commission der Ansicht, daß die von der Vorlage angenommenen facultativen Altargebete neben der Collecte in Wegfall kommen möchten.

Nach diesen Hauptgrundsätzen haben wir der Vorlage ersten Theil einer Umgestaltung unterworfen, deren Resultat wir der Landessynode in folgenden Anträgen zur Beschlußfassung vorzulegen uns beehren.

### 1.

Die Commission beantragt unter I, 1. den zweiten Absatz folgendermaßen zu fassen:

1.

„Unter dem letzten Verse tritt der Geistliche vor den Altar, um nach Schluß des Gesanges die Altarliturgie zu beginnen, bei welcher in nachstehend näher be-



zeichneter Weise der Gesang des Geistlichen von Chor und Gemeinde beantwortet wird. Ist der Geistliche durch bleibendes oder momentanes Unvermögen am Singen behindert, so hat er die ihm zukommenden Worte feierlich zu sprechen und die Gemeinde antwortet singend. Bei besonderen Anlässen, und wo die Gesangsmittel dazu vorhanden sind, kann vor dem Anfangsliede noch ein Chor eintreten."

## 2.

Unter **N** 4 die Worte „oder barmherzig und gnädig ist der Herr. Hallelujah. Geduldig und von großer Güte. Halleluja.“ zu streichen. **2.**

## 3.

Unter **N** 6 die Worte „oder er spricht ein Altargebet (S. 17 ff.)“ zu streichen. **3.**

## 4.

Unter **N** 7 den zweiten Absatz „Nach Beendigung“ u. s. w. so zu fassen:  
„Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört, intonirt (oder spricht) er“ **4.**

## 5.

ibid. die Worte „Herr Dein Wort ist meines Fußes Leuchte“ bis „Lob und Preis sei Dir, Christe, Hallelujah!“ incl. zu streichen. **5.**

## 6.

**N** 10 folgendermaßen zu fassen:  
„Nach der Predigt spricht der Geistliche die etwa erforderlichen Abkündigungen (nicht die Fürbitten und Danksgungen) und schließt daran ein kurzes Bibelwort, wie „Der Friede Gottes, welcher höher ist“ u. s. w. **6.**

## 7.

Statt der **N** 11—15 Folgendes zu setzen:

**N** 11.

„Gesang der Gemeinde. Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet (S. 101 ff.). Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Danksgungen (s. d. Formulare S. 277 ff.). Hierauf spricht er das Vaterunser, worauf die Gemeinde mit „Amen“ antwortet.“ **7.**

**N** 12.

„Dann intonirt oder spricht der Geistliche (gegen die Gemeinde gewendet?): Der Herr sei mit Euch. A. Und mit Deinem Geist.“

**Nr 13**

a.

„An gewöhnlichen Sonntagen:

G. (gegen den Altar): Schaffe in mir, o Gott, ein reines Herz. Hallelujah.

A.: Und gieb mir einen neuen und gewissen Geist. Hallelujah."

b.

„An Festtagen und in festlichen Zeiten eine Festantiphone (S. 270 ff.)"

**Nr 14.**

„Geistlicher singt (oder spricht) eine zum Beschluß des Gottesdienstes passende Collecte

a. An Sonntagen eine der Collecten (S. 201 ff.)

b. an Festtagen und in festlichen Zeiten eine der Collecten (S. 229 ff.)

Dann singt oder spricht er den Segen, und die Gemeinde antwortet mit Amen und verläßt unter Orgelspiel die Kirche."

**Nr 15.**

„An Tagen, wo Communion stattfindet, folgt auf das Vaterunser und das Amen der Gemeinde (s. Nr 11) ein Segenswunsch (Der Friede Gottes u. s. w.) und Schlußgesang der Gemeinde, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten, und Nr 12—14 fallen weg. Dieselbe Abkürzung kann, auch wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere örtliche Verhältnisse (Filiale) solches erfordern."

**II. A.****Nr 3.**

Zu Nr II, „Ordnung des Gottesdienstes am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage. A am Gründonnerstage und Charfreitage" beantragt die Commission, Nr 3 folgendermaßen zu fassen:

**8.**

„Der Geistliche intonirt (oder spricht) am Altare: „Der Herr sei mit Euch", worauf die Gemeinde wie üblich respondirt. Darauf folgt eine dem Tage angemessene Antiphone und dann eine eben solche Collecte. Hierauf verliest der Geistliche am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn. An beiden Tagen kann, wo die Mittel dazu vorhanden sind, dieser Vorlesung ein kurzer Chorgesang folgen."

**Nr 5.****9.**

Zu Nr 5 hinzuzusetzen: „Am Charfreitag schließt sich an die Predigt die allgemeine Beichte."

**M 6.**

Statt der Worte unter **M 6** „An die Predigt schließt sich . .“ — zu setzen:  
„Hierauf folgt . .“

**10.****II. B.****M 3.**

Die Commission beantragt ferner zu II. B. Am Bußtage **M 3** so zu fassen:

„Nachdem der Geistliche am Altar „Der Herr sei mit Euch“ intonirt (oder gesprochen) und die Gemeinde darauf respondirt hat, folgt eine Festantiphone (S. 276.), dann eine passende Collecte (S. 261.). (Es kann auch hier, wenn die Mittel es gestatten, ein Chor eingelegt werden.) Dann verliest der Geistliche einen der zu Perikopen des Tages bestimmten Bußpsalmen, zu dessen Anhörung die Gemeinde sich erhebt. Nach Beendigung der Vorlesung kann wieder ein Chor eintreten.“

**11.****M 6.**

**M 6** einstweilen zu formuliren, wie die Commission zu Charfreitag II. A. 6 vorgeschlagen.

**12.**

Die Commission hat ferner beschlossen, folgende Anträge der Landessynode zur Annahme zu empfehlen:

**a.**

Daß, falls die Gebete am Altar neben der Collecte nach den Vorschlägen der Commission wegfallen, die unter II. der Vorlage gegebenen Formulare zu Altargebeten alsdann überflüssig gestrichen werden mögen.

**13.****b.**

Daß unter IV. der Vorlage die in der allgemeinen Beichte sich findende und dort schon in Parenthese gesetzte Aufzählung der einzelnen Sünden wegfallen möge, dagegen am Schluß der Beichte die Gemeinde aufzufordern sei, ihre Zustimmung zu dem in ihrem Namen gegebenen Bekenntniß in irgend einer Weise zu betheiligen.

**14.****c.**

Daß am Schlusse der sogenannten Absolution die im Eingange derselben enthaltene Drohung in eine Fürbitte verwandelt werden möge, etwa: „Allen Unbußfertigen aber gebe Gott seinen heiligen Geist, daß sie mögen wahre Buße thun und selig werden.“

**15.****d.**

Daß die Litanei, wo sie nicht mehr im Gebrauch ist, gegen den Willen der Gemeinde nicht wieder eingeführt werden möge.

**16.**

c.

**17.**

Daß die Landessynode behufs der Einführung der neuen Gottesdienstordnung an die Kirchenregierung folgenden Antrag richte: „Dieselbe wolle die neue Gottesdienstordnung den Gemeinden zur Einführung besonders empfehlen, in jedem Falle aber darauf halten, daß alle Aenderungen in Bezug auf die Form des Gottesdienstes fortan nur in den Grenzen dieser Gottesdienstordnung vorgenommen werden.

Ferner:

Die Kirchenregierung wolle dann vor dem Zusammentreten der nächsten ordentlichen Synode die in Bezug auf die vorgeschlagenen Gottesdienstordnungen gemachten Erfahrungen zusammenstellen lassen und auf Grund dieser Erfahrungen mit der Synode eine definitive Ordnung feststellen; sie wolle dann diese in ihren wesentlichen Stücken obligatorisch einführen und durch Abdruck in den Gesangbüchern allen Gemeinden zugänglich machen.

Braunschweig, den 23. November 1876.

*Stöter. Lerche (Eizum). Skerl. v. Heinemann.*

## Anlage 12 a

# Entwurf

einer

## Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen.

---

### Erster Theil.

#### Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen.

##### I.

#### Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der unter II. bemerkten Festtage.

##### 1.

Nach kurzem Vorspiel der Orgel, wenn eine solche vorhanden, singt die Gemeinde das, mit Rücksicht auf die kirchliche Zeit zu wählende, Anfangslied.

Unter dem letzten Verse tritt der Geistliche vor den Altar und singt oder spricht, je nachdem es nach den zu Gebote stehenden Gesangeskräften thunlich und als Ordnung für die Gemeinde festgestellt ist, in der einen oder andern der im Folgenden bemerkten Weisen, abwechselnd mit Chor und Gemeinde, die Altarliturgie. — Ist der Geistliche am Singen behindert, so hat er das sonst von ihm zu Singende feierlich zu sprechen. — Die Antworten von Chor und Gemeinde, deren Vertheilung unter beide nach den örtlichen Verhältnissen zu ordnen ist, geschehen immer im Gesang.

##### 2.

Geistlicher (gegen den Altar):

singt

oder

spricht:

Geistlicher: Lobe den Herrn meine Seele,  
Und was in mir ist, seinen heiligen  
Namen.

Geistlicher: Im Namen des Vaters und  
des Sohnes und des heiligen Geistes,  
Amen.

# Entwurf

der

Gottesdienstordnung, wie dieselbe sich nach den Vorschlägen der Commission gestalten würde.

---

## Erster Theil.

Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen.

### I.

Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der unter II. bemerkten Festtage.

#### 1.

Nach kurzem Vorspiel der Orgel, wenn eine solche vorhanden, singt die Gemeinde das mit Rücksicht auf die kirchliche Zeit zu wählende Anfangslied.

Unter dem letzten Verse tritt der Geistliche vor den Altar, um nach Schluß des Gesanges die Altarliturgie zu beginnen, bei welcher in nachstehend näher bezeichneter Weise der Gesang des Geistlichen von Chor und Gemeinde beantwortet wird. Ist der Geistliche durch momentanes oder bleibendes Unvermögen am Singen verhindert, so hat er die ihm zukommenden Worte feierlich zu sprechen, und die Gemeinde antwortet singend. Bei besonderen Anlässen, und wo die Gesangsmittel dazu vorhanden sind, kann vor dem Anfangsliede noch ein Chor eintreten.

#### 2.

Geistlicher (gegen den Altar) singt (oder spricht):

Geistlicher: Lobe den Herrn, meine Seele, Und was in mir ist, seinen heiligen Namen!

Antwort: Lobe den Herrn, meine Seele, Und vergiß nicht, was er dir Gutes gethan hat;

oder

eine der Antiphonen 1. 2. S. 263.

Antwort: Lobe den Herrn meine Seele,  
Und vergiß nicht, was er dir Gutes  
gethan hat.

oder

eine der Antiphonen 1. 2.

Unsere Hülfe steht im Namen des  
Herrn, der Himmel und Erde ge-  
macht hat.

Antwort: Amen.

### 3.

G.: Herr handle nicht mit uns nach unseren  
Sünden,  
Und vergilt uns nicht nach unserer  
Missethat

A.: Herr, erbarme dich unser, Christe, er-  
barme dich unser, Herr, erbarme dich  
unser.

G.: Heiliger Gott und Vater, wir bekennen  
vor dir in tiefer Demuth unsere viel-  
fachen Uebertretungen und Sünden.  
Siehe erbarmend auf uns nieder und  
vergieb uns unsere Schuld, um Jesu  
Christi, deines lieben Sohnes willen.  
Amen.

A.: Herr, erbarme dich unser u. s. w.

### 4.

G.: Bei dem Herrn findet man Hülfe,  
Hallelujah.

Und seinen Segen über sein Volk,  
Hallelujah.

oder

Barmherzig und gnädig ist der Herr,  
Hallelujah.

Geduldig und von großer Güte. Hallelujah.

In Festzeiten

tritt dafür eine geeignete Festantiphone  
ein. Nach dem Hallelujah intonirt der  
Geistliche:

G.: Ehre sei in der Höhe!

A.: Und Friede auf Erden und den Menschen  
ein Wohlgefallen. \*)

A.: Und Friede auf Erden und den Menschen  
ein Wohlgefallen. \*)

### 5.

G.: (gegen die Gemeinde) singt (oder spricht):  
Der Herr sei mit euch.

A.: Und mit deinem Geist.

\*) Statt des „Und Friede auf Erden“ kann auch von der Gemeinde das Lied: „Allein Gott in der Höh' sei Ehr“  
gesungen werden.



## 3.

G.: Herr, handle nicht mit uns nach unsern Sünden;  
Und vergilt uns nicht nach unserer Missethat.

A.: Herr, erbarme Dich unser!  
Christe, erbarme Dich unser!  
Herr, erbarme Dich unser.

## 4.

G.: Bei dem Herrn findet man Hülfe, Hallelujah!

A.: Und seinen Segen über sein Volk, Hallelujah.

In Festzeiten

tritt dafür eine geeignete Festantiphone ein. (S. 269 ff.). Nach dem Hallelujah intonirt (oder spricht) der Geistliche:

G.: Ehre sei Gott in der Höhe

A.: Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.\*

## 5.

G.: (Gegen die Gemeinde) singt (oder spricht):  
Der Herr sei mit euch.

A.: Und mit Deinem Geist!

---

\*) Statt des „Und Friede auf Erden“ kann auch von der Gemeinde das Lied: „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ gesungen werden.

## 6.

G.: Laßt uns beten. Hierauf singt derselbe (gegen den Altar) eine Collecte oder er spricht ein Altargebet der Bedeutung des Sonn- oder Festtags gemäß.

A.: Amen.

## 7.

G.: (gegen die Gemeinde): Vernehmet mit Andacht u. s. w. Hierauf verliest derselbe die Epistel oder, wenn über diese gepredigt wird, das Evangelium des Tages. \*) Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört, kann er  
intoniren oder sprechen

G.: Herr laß meine Seele in deinem Worte leben, Hallelujah. G.: Selig sind, die Gottes Wort hören und bewahren, Amen.

A.: Daß sie dich lobe immer und ewiglich, oder, besonders in Festzeiten:  
Hallelujah.

G.: Lob und Preis sei dir, o Christe, Hallelujah:

G.: Herr, dein Wort ist meines Fußes Leuchte, Hallelujah.

A.: Und ein Licht auf meinen Wegen, Hallelujah.

oder, besonders in Festzeiten:

G.: Lob und Preis sei dir, o Christe, Hallelujah.

An dieser Stelle können auch bei feierlichen Veranlassungen noch besondere passende, jedoch nicht zu lange, kirchliche Gesangstücke mit oder ohne Instrumentalbegleitung vom Chöre gesungen werden.

## 8.

Das Haupt- oder Predigtlied.

## 9.

Die Predigt,

welche mit Gebet oder einem biblischen Segenswunsche beginnt, wird ein Jahr um das andere über die Perikopen des ersten und zweiten Jahrganges, unter Umständen auch über einen freien Text gehalten, bei dessen Vorlesung die Gemeinde sich erhebt. An hohen Festen kann unter der Predigt Gesang der Gemeinde eintreten.

## 10.

Nach der Predigt spricht der Geistliche das Kirchengebet nebst den besonderen Dank-

\*) Mit dem Gebrauche der beiden Jahrgänge kirchlicher Perikopen zur Altarvorlesung und zur Predigt wird vom an so abgewechselt, daß im ersten Kirchenjahre die Perikopen des ersten, im zweiten die des zweiten Jahrganges gebraucht werden.

## 6.

G.: Lasset uns beten. Hierauf fängt (oder spricht) derselbe (gegen den Altar) eine Collecte, der Bedeutung des Sonn- oder Festtags gemäß (S. 201 ff.)

A.: Amen!

## 7.

G.: (gegen die Gemeinde): Vernehmet mit Andacht u. s. w. Hierauf verliest derselbe die Epistel, oder wenn über dieselbe gepredigt wird, das Evangelium des Tages.\*)

Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört, intonirt (oder spricht) er:

G.: Herr laß meine Seele in Deinem Worte leben. Hallelujah!

A.: Daß sie Dich lobe immer und ewiglich. Hallelujah!

An dieser Stelle können auch bei feierlichen Veranlassungen noch besondere passende, jedoch nicht zu lange, kirchliche Gesangstücke mit oder ohne Instrumentalbegleitung vom Chor gesungen werden.

## 8.

Das Haupt- oder Predigtlied.

## 9.

Die Predigt,

welche mit Gebet oder einem biblischen Segenswunsch (S. 293 ff.) beginnt, wird ein Jahr um das andere über die Perikopen des ersten und zweiten Jahrgangs, unter Umständen auch über einen freien Text gehalten, bei dessen Vorlesung die Gemeinde sich erhebt. An hohen Festtagen kann unter der Predigt Gesang der Gemeinde eintreten.

## 10.

Nach der Predigt spricht der Geistliche die etwa erforderlichen Abkündigungen, (S. 277 ff.)

---

\* Mit dem Gebrauche der beiden Jahrgänge kirchlicher Perikopen zur Altarverlesung und zur Predigt wird von einem noch zu bestimmenden Termine an so abgewechselt, daß im ersten Kirchenjahre die Perikopen des ersten, im zweiten die des zweiten Jahrgangs gebraucht werden.

sagungen, Bitten und mit Fürbitte verbundenen Abkündigungen in der Reihenfolge, wie S. . . .  
Formulare dazu enthalten sind, hierauf das Vater Unser, sodann die etwa erforderlichen sonstigen Abkündigungen und endlich den Segen, welchen die Gemeinde stehend empfängt.

## 11.

## Gesang der Gemeinde.

Wenn Communion stattfindet, tritt dieselbe nach diesem Gesange ein und beschließt den Gottesdienst.

Auch wenn keine Communion stattfindet, kann, wo die besondern örtlichen Verhältnisse eine Abkürzung erfordern, mit dem Gesange nach der Predigt der Gottesdienst endigen. Wo dies nicht der Fall ist, tritt unter diesem Gesange der Prediger an den Altar und intonirt (oder spricht):

## 12.

## 1. an gewöhnlichen Sonntagen:

G.: (gegen den Altar):

Schaffe in mir, o Gott, ein reines Herz, Hallelujah.

A.: Und gieb mir einen neuen und gewissen Geist, Hallelujah.

2. an Festtagen und in festlichen Zeiten:  
eine Festantiphone.

## 13.

Geistlicher singt (oder spricht) eine zum Beschlusse des Gottesdienstes passende Collecte.

1) An Sonntagen eine der Collecten.

2) An Festtagen und in Festzeiten eine der Collecten.

Amen.

## 14.

Geistl.: Der Name des Herrn sei gelobet und gebenedeiet.

Antw.: Von nun an bis in Ewigkeit.

(nicht die Fürbitten und Dankfagungen) und schließt daran ein kurzes Bibelwort, wie „der Friede Gottes, welcher höher ist“ u. s. w.

## 11.

## Gesang der Gemeinde.

Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet (S. 101 ff.). Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Dankfagungen (S. die Formulare S. 277 ff.). Hierauf spricht er das Vaterunser, worauf die Gemeinde mit „Amen“ antwortet.

## 12.

Dann intonirt (oder spricht) der Geistliche (zu der Gemeinde gewendet)

G.: Der Herr sei mit Euch.

A.: Und mit Deinem Geist.

## 13.

a.

An gewöhnlichen Sonntagen.

G.: (gegen den Altar) Schaffe in mir, o Gott, ein reines Herz. Hallelujah!

A.: Und gieb mir einen neuen und gewissen Geist. Hallelujah!

b.

An Festtagen und in festlichen Zeiten eine Festantiphone. (S. 270 ff.)

## 14.

Geistlicher singt (oder spricht) eine zum Beischluß des Gottesdienstes passende Collecte.

a.

An Sonntagen eine der Collecten, S. 201 ff.

b.

An Festtagen und in festlichen Zeiten eine der Collecten S. 229 ff., worauf die Gemeinde mit Amen antwortet.

Dann singt oder spricht er den Segen, die Gemeinde antwortet mit „Amen“ und verläßt unter Orgelspiel die Kirche.

15.  
Schlußgefang.

II.

Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage.

---

A.

Am Gründonnerstage und Charfreitage.

1.

Nachdem es ausgeläutet hat, kniet der Geistliche gegen den Altar und betet, unter dem Anschlagen der Betglocke:

Christe, du Lamm Gottes, der du trägst die Sünde der Welt, erbarme dich unser.  
Christe, du Lamm Gottes, der du trägst die Sünde der Welt, erbarme dich unser.  
Christe, du Lamm Gottes, der du trägst die Sünde der Welt, gieb uns deinen Frieden.

Vater Unser u. s. w.

2.

Anfangsgefang

der Gemeinde, dem Feste gemäß.

3.

Der Geistliche intonirt (oder spricht) am Altare: „Der Herr sei mit euch,“ worauf die Gemeinde, wie üblich, respondirt; sodann spricht derselbe ein Altargebet, dem Festtage gemäß, und verliest am Gründonnerstage das vierte Hauptstück, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn. \*)

---

\*) Mit dem Verlesen der Leidensgeschichte in der stillen Woche ist überall so zu verfahren, daß mit dem ersten Hauptstücke am Montage Morgens der Anfang mit dem sechsten Hauptstücke am Charfreitage Nachmittags der Beschluß gemacht wird. Am Palmsonntage wird Morgens nach der Predigt diese Vorlesung mit der Aufforderung an die Gemeinde zur Theilnahme an den folgenden Passionsgottesdiensten abgekindigt, Nachmittags aber das 53. Capitel des Propheten Jesaias vor dem Altare verlesen.

## 15.

An Tagen, wo Communion stattfindet, folgt auf das Vaterunser und das Amen der Gemeinde (s. № 11) ein Segenswunsch (Der Friede Gottes u. s. w.) und Schlußgesang der Gemeinde, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten, und № 12—14 fallen weg. Dieselbe Abkürzung kann, auch wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere örtliche Verhältnisse (Ziile) solches erfordern.

## II.

### Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage.

## A.

#### Am Gründonnerstage und Charfreitage.

## 1.

Nachdem es ausgeläutet hat, kniet der Geistliche gegen den Altar und betet unter dem Anschlagen der Betglocke:

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser.

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser.

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, gieb uns Deinen Frieden.

Vater unser u. s. w.

## 2.

Anfangsgesang der Gemeinde dem Feste gemäß.

## 3.

Der Geistliche intonirt (oder spricht) am Altare: „Der Herr sei mit Euch,“ worauf die Gemeinde wie üblich respondirt. Darauf folgt eine dem Tage angemessene Antiphone und dann eine eben solche Collecte. Hierauf verliest der Geistliche am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn. \*)

An beiden Tagen kann, wo die Mittel dazu vorhanden sind, dieser Vorlesung ein kurzer Chorgesang folgen.

---

\*) Mit dem Verlesen der Leidensgeschichte in der stillen Woche ist überall so zu verfahren, daß mit dem ersten Hauptstücke am Montage Morgens der Anfang, mit dem sechsten Hauptstücke am Charfreitage Nachmittags der Beschluß gemacht wird. Am Palmsonntage wird Morgens nach der Predigt diese Vorlesung mit der Aufforderung an die Gemeinde zur Theilnahme an den folgenden Passionsgottesdiensten abgekündigt, Nachmittags aber das 53. Kapitel des Propheten Jesaias vor dem Altar verlesen.

## 4.

## Haupt- oder Predigtlied

dem Festtage gemäß.

## 5.

## Die Predigt

wird am Gründonnerstage über die Epistel oder das Evangelium des Tages, als des Gedächtnistages der Einsetzung des heiligen Abendmahls, am Charfreitage aber über einen von dem Prediger zu wählenden Passionstext gehalten.

## 6.

An die Predigt schließt sich das Kirchengebet für den Festtag nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern, wie vorauszusetzen, Communion gehalten wird, sodann das Vater Unser und der Segen an.

## 7.

Hierauf folgt die Abendmahlsfeier in der gewöhnlichen Ordnung. Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst, wie an den übrigen Festtagen (S. oben I. 11 — 14.), mit Berücksichtigung der Bedeutung des Tages bei der Wahl der Antiphone, Collecte u. i. w. beschloffen.

## B.

## Am Bußtage

ist die Ordnung des Hauptgottesdienstes die folgende.

## 1.

Der Geistliche betet zu Anfang das „Christe du Lamm Gottes“ und „das Vater Unser“, wie am Gründonnerstage und Charfreitage. Darauf folgt

## 2.

ein Anfangsgefang

wie er für den Bußtag paßt.

## 3.

Nachdem der Geistliche am Altar „der Herr sei mit euch“ intonirt (oder gesprochen und die Gemeinde darauf respondirt hat, spricht er ein Altargebet für den Bußtag und ver-



## 4.

Haupt- oder Predigtlied dem Festtage gemäß.

## 5.

Die Predigt

wird am Gründonnerstage über die Epistel oder das Evangelium des Tages, als des Gedächtnistages der Einsetzung des heiligen Abendmahls, am Charfreitage aber über einen von dem Prediger zu wählenden Passionstext gehalten. Am Charfreitage schließt sich an die Predigt die allgemeine Beichte.

## 6.

Hierauf folgt das Kirchengebet für den Festtag (S. 144 ff.) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern, wie vorauszusetzen, Communion gehalten wird, sodann das Vaterunser und der Segen.

## 7.

Hierauf folgt die Abendmahlsfeier in der gewöhnlichen Ordnung. Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst wie an den übrigen Festtagen (S. oben 11—14) mit Berücksichtigung der Bedeutung des Tages bei der Wahl der Antiphone, Collecte u. s. w. beschlossen.

## B.

Am Bußtage

ist die Ordnung des Hauptgottesdienstes die folgende:

## 1.

Der Geistliche betet zu Anfang das „Christe du Lamm Gottes“ und das „Vater unser“ wie am Gründonnerstage und Charfreitage.

Darauf folgt

## 2.

ein Anfangsgefang, wie er für den Bußtag paßt.

## 3.

Nachdem der Geistliche am Altar „Der Herr sei mit Euch“ intoniert (oder gesprochen), und die Gemeinde darauf respondiert hat, folgt eine Festantiphone (S. 276 ff.), dann eine

lieset sodann einen der zu Perikopen des Tages bestimmten Bußpsalmen, zu dessen Anhörung die Gemeinde sich erhebt. Nach Beendigung der Vorlesung kann er intoniren:

Geistl. Herr, handle nicht mit uns nach unsern Sünden.

Antw. Und vergilt uns nicht nach unserer Missethat. \*)

#### 4.

Haupt- oder Predigtlied

der Bedeutung des Tages gemäß.

#### 5.

Die Predigt

wird über den vorgeschriebenen Bußtext gehalten.

#### 6.

Derselben schließt sich an die allgemeine Beichte und das Kirchengebet für den Bußtag, sodann das Vater Unser und der Segen.

#### 7.

Der Beschluß des Gottesdienstes geschieht, wie an den übrigen Feiertagen (S. oben I. 11—14), der Bedeutung des Tages gemäß.

Wird die Litanei gesungen, so findet dieselbe beim Beschlusse des Gottesdienstes, nach dem auf die Predigt folgenden Gesangsverse, vor der am Altare zu intonirenden Antiphone und Collecte, ihre Stelle.

## Zweiter Theil.

### Formulare.

---

\*) Oder eine andere Antiphone für den Bußtag.

---

passende Collecte (S. 261 ff.). Es kann hierauf auch hier ein Chorgefang eingelegt werden. Dann verliest der Geistliche einen der zu Perikopen des Tages bestimmten Bußpsalmen, zu dessen Anhörung die Gemeinde sich erhebt. (Nach Beendigung der Vorlesung kann wieder ein Chorgefang eintreten.)

4.

Haupt- oder Predigtlied  
der Bedeutung des Tages gemäß.

5.

Die Predigt  
wird über den vorgeschriebenen Bußtert gehalten.

6.

Derselben schließt sich an die allgemeine Beichte (S. 195 ff.) und das Kirchengebet für den Bußtag (S. 176 ff.) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern wie vorauszu-  
sehen, Communion gewalten wird: sodann das Vaterunser und der Segen.

7.

Ist keine Communion, so geschieht der Beschluß des Gottesdienstes wie an den übrigen  
Feiertagen (S. ob. I, 11—14) der Bedeutung des Tages gemäß.

Wird die Litanei (S. 197 ff.) gesungen, so findet dieselbe beim Beschlusse des Gottes-  
dienstes nach dem auf die Predigt folgenden Gesangsverse vor den am Altar zu intonirenden  
Antiphonen und Collecten ihre Stelle.

## Zweiter Theil.

### Formulare.



Wir benachrichtigen die geehrte Landes-Synode hierdurch, daß Wir an Stelle des erkrankten Polizei-Assessors Dr. jur. Proegel den Stadtgerichts-Secretair Assessor Kunze aus Wolfenbüttel mit der Führung des Protokolls fernerweit beauftragt haben und daß sich derselbe am 29. d. Mts. dem Präsidio zur Verfügung stellen wird.

Braunschweig, den 28. November 1876.

**Herzoglich Braunschw. = Lüneb. Staats = Ministerium.**

**Friedr.**



Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!

Den uns mittelst Höchsten Rescripts vom 23. November d. J., N<sup>o</sup> 5328 zugegangenen Entwurf eines Kirchengesetzes, die Freigebung der Zahl der Gevattern betreffend, haben wir in unserer Sitzung vom 30. November berathen, und beehren uns, die beschlossene Zustimmung zu dem genannten Gesetze hiedurch unterthänigst zu erklären.

In tiefster Ehrerbietung

Ew. Hoheit

Braunschweig,  
den 2. December 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
Landessynode.

H. Caspari.

Kuhn.





**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Nachdem wir die uns mittelst Höchsten Rescripts vom 23. November 1876 **Nr. 5328** zugefertigte Darlegung — die Hebung der Nebengottesdienste betreffend — einer sorgfältigen Berathung unterzogen, verfehlen wir nicht, uns mit derselben einverstanden zu erklären und zwar mit der Ausdehnung, daß auch die Aufhebung eines Nebengottesdienstes ermöglicht werden könne. Wir halten es aber dabei nicht für erforderlich, daß bei dieser Angelegenheit der kirchlichen Verwaltung in jedem Einzelfalle die Mitwirkung der Landes synode oder des Synodal-Ausschusses in Anspruch genommen werde, und geben daher ganz gehorsamst anheim, dieselbe nur in solchen Fällen anzurufen, wo das nach Lage der Dinge dem Herzoglichen Consistorio besonders erwünscht sein mag.

In tiefster Ehrerbietung

**Em. Hoheit**

Braunschweig,  
den 6. December 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
Landes synode.

**H. Caspari.**

**Thiele.**



**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Sw. Hoheit haben gnädigst geruht, mittelst Höchsten Recripts vom 23. v. Mts. N. 5328 der versammelten zweiten ordentlichen Landessynode über die von verschiedenen Seiten in Anregung gekommene Herbeiführung eines gemeinsamen Buß- und Bettages in den einzelnen evangelischen Kirchen Deutschlands Mittheilung zu machen und die gutachtliche Aeußerung der Landessynode darüber zu erfordern, ob ihrerseits der Wunsch nach Einrichtung eines solchen gemeinsamen Bußtages im gesammten Reiche getheilt werde.

Nachdem die Landessynode die in Rede stehende Angelegenheit in ihrer Sitzung vom 30. v. Mts. einer eingehenden Berathung unterzogen und nachstehend formulirten Beschluß gefaßt hat:

Die Landessynode des Herzogthums Braunschweig erkennt die Herbeiführung eines gemeinsamen evangelischen Buß- und Bettages in den verschiedenen Gegenden Deutschlands als ein dringendes Bedürfniß an und spricht ihrerseits den Wunsch aus:

das landesherrliche Kirchenregiment wolle auf der demnächst bevorstehenden Deutschen evangelischen Kirchenconferenz durch den Delegirten dahin wirken lassen bez. die weiteren geeigneten Schritte thun, daß — event. unbeschadet sonstiger in einzelnen evangelischen Landeskirchen bereits vorhandener, mit der Feier anderer kirchlichen Feste verbundener Buß- und Bettage — ein für sich bestehender Buß- und Bettag durch Verlegung auf einen und denselben zu vereinbarenden Tag gegen Ende des jedesmaligen Kirchenjahrs als ein, wenn möglich im gesammten evangelischen Deutschland, event. wenigstens in einem größern das Herzogthum umschließenden Gebietsumfange desselben gemeinsamer eingeführt werde;

so beehrt sich dieselbe solchen Beschluß Sw. Hoheit Höchster weiterer Entschließung mit dem ehrerbietigsten Bemerken zu unterbreiten,

daß zugleich von der Synode beschloffen ist, event. den Synodal-Ausschuß mit Wahrnehmung der Rechte der Synode bei der die Einführung eines gemeinsamen Bußtages betreffenden Angelegenheit zu beauftragen.

In tiefster Ehrerbietung

**Sw. Hoheit**

Braunschweig,  
den 6. Decbr. 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
Landessynode.

**H. Caspari.**

**Kühne.**



**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Das von Ew. Hoheit Regierung der Landessynode zugegangene Schreiben vom 23. November 1876 N. 5328, die Feier des Reformationstages betreffend, ist von der Synode am 30. November berathen worden. Die Synode hat beschlossen, Ew. Hoheit Kirchenregierung zu ersuchen, dieselbe wolle die besondere Reformationstagsfeier der Stadt Braunschweig aufheben, so daß im ganzen Lande der letzte Sonntag im October als Reformationstagsfest begangen werde. Die Synode erlaubt sich ferner den Wunsch auszusprechen, die Kirchenregierung möge auf den Eisenacher Conferenzen dahin wirken, daß ein gemeinsamer Tag zur Feier des Reformationstages für alle deutschen evangelischen Landeskirchen bestimmt werde.

In tiefster Ehrerbietung

**Ew. Hoheit**

Braunschweig,  
den 7. December 1876.

unterthänigst = treu = gehorhamste  
Landessynode.

**H. Caspari.**

**Eggeling.**



**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Von Ew. Hoheit Kirchenregierung ist uns mittelst Höchsten Erlaßes vom 23. November d. J. N<sup>o</sup> 8320 eine Denkschrift über die Verhältnisse der Landes- und Kirchengesetzgebung mit der Aufforderung zugefertigt, uns über den Inhalt solcher Denkschrift und die darin enthaltenen Propositionen gutachtlich zu äußern.

Nachdem wir die angeregte Frage einer eingehenden Prüfung unterzogen haben, verfehlen wir nicht, als Ergebnis derselben unterthänigst anzuzeigen, daß wir mit dem Inhalte der gedachten Denkschrift und den darin enthaltenen Propositionen im Wesentlichen einverstanden sind.

In tiefster Ehrfurcht

**Ew. Hoheit**

unterthänigst - treu - gehorhamste  
Landessynode.

**H. Caspari.**

*Ude, Secretair.*

Braunschweig,  
den 7. December 1876.





**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

**Ew. Hoheit** verfehlen wir nicht, unterthänig anzuzeigen, daß wir in unserer gestrigen Sitzung den mittelst Höchsten Rescripts vom 23. v. Mts. **N<sup>o</sup> 8122** übersandten Entwurf eines Kirchengesetzes, die Diäten und Reisekosten der Mitglieder der Landes-Synode u. s. w. betreffend, geprüft und beschlossen haben, zu demselben unsere Zustimmung zu ertheilen.

In tiefster Ehrerbietung

**Ew. Hoheit**

Braunschweig,  
den 7. December 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
Landes-synode.

**H. Caspari.**

**A. Kuntzen.**



Nachdem es zur Kenntniß der versammelten zweiten ordentlichen Landessynode gekommen ist, daß seit Emanation des mit dem 1. Januar d. J. in Wirksamkeit getretenen Reichsgesetzes über den Personenstand vom 6. Februar 1875 bei den Kirchenbuchführern des hiesigen Landes Zweifel über die Fortdauer der Befugniß zur Nachtragung von Legitimations-Urkunden in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle entstanden sind, die Landessynode sich auch der Ansicht nicht verschließen zu können geglaubt hat, daß zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens der Kirchenbuchführer in der beregten Beziehung die Beseitigung der entstandenen Zweifel wünschenswerth sei, so beehrt sich dieselbe auf Grund ihres nach vorgängiger Berathung in der Sitzung vom 8. d. Mts. gefaßten Beschlusses Herzogliches Consistorium ergebenst zu ersuchen:

die Kirchenbuchführer darüber zu informiren, ob sie auch jetzt noch befugt seien, in Betreff der in den älteren Kirchenbüchern verzeichneten unehelichen Geburtssfälle Legitimations Urkunden nachzutragen.

Braunschweig, den 9. December 1876.

**Die Landes-Synode.**

**H. Caspari.**

**A. Kühne.**

An  
Herzogliches Consistorium  
zu  
Wolfenbüttel.



## Anlage 21. (Prot. 13.)

**Wilhelm, Herzog** 2c. Indem Wir der Landes-Synode hieneben den Entwurf eines Kirchen-Gefetzes, die Ordnung des Haupt-Gottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am Grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage zur Berathung und mit dem Anheimstellen gefälliger Ertheilung der Zustimmung mittheilen, bemerken Wir folgendes:

Die Bestimmungen des Entwurfs beruhen auf der Erwägung, daß es zweckmäßig sei,

1) die neue Ordnung des Haupt-Gottesdienstes, wenn sie auf kirchenverfassungsmäßigem Wege festgestellt sein wird, nicht zum Versuch zu empfehlen, sondern definitiv in sämtlichen evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes zu gleicher Zeit einzuführen;

2) Anordnungen dahin zu treffen, daß die im Haupt-Gottesdienste zu gebrauchenden Antiphonen in sämtlichen evangelisch-lutherischen Kirchen des Landes nach einem gleichen musikalischen Satz gesungen werden mögen;

3) dafür zu sorgen, daß vor dem Termin der Einführung der neuen Ordnung des Haupt-Gottesdienstes die Gesangstücke desselben mit der Schuljugend und den vorhandenen Kirchenchören genügend eingeübt werden können;

4) die bisher angeordneten allgemeinen Kirchengebete und Collecten für jetzt einer weitem Revision nicht zu unterziehen, und demgemäß nur diejenigen Bestimmungen der erneuerten Kirchenordnung von 1709 u. s. w., welche sich unmittelbar auf die durch die neue Ordnung des Haupt-Gottesdienstes anderweit geregelten Punkte beziehen, außer Kraft treten zu lassen.

Braunschweig, den 9. December 1876.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Erzeps.

An .  
die Landessynode  
hieselbst.

## E n t w u r f

eines Kirchengesetzes, die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am Grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage betreffend.

---

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg** *rc. rc. rc.*

erlassen kraft der Uns zustehenden Kirchengewalt, nach vorgängiger Berathung mit Unserm Herzoglichen Consistorio mit Zustimmung der Landes-Synode das nachfolgende Kirchengesetz:

### §. 1.

Der Haupt-Gottesdienst an den Sonn- und Festtagen, sowie am Grünen Donnerstage, Charfreitage und Bußtage soll in den evangelischen Kirchen des Landes fortan in der Form gehalten werden, welche in der anliegenden Ordnung des Haupt-Gottesdienstes vorgeschrieben ist.

### §. 2.

Wegen des musikalischen Satzes der in der Ordnung des Haupt-Gottesdienstes vorgeschriebenen Antiphonen hat Herzogliches Consistorium das Erforderliche anzuregen.

### §. 3.

Den Termin der Einführung der neuen Ordnung des Haupt-Gottesdienstes festzusetzen, wird Unserer Kirchenregierung vorbehalten. Derselbe wird durch Verordnung bekannt gemacht werden.

### §. 4.

Die Bestimmungen in Theil II. Cap. IV. und VI. der erneuerten Kirchenordnung von 1709 und des unter dem 22. Januar 1780 für die Stadt Braunschweig erlassenen und unter dem 1. Mai 1780 auf das ganze Land ausgebreiteten Regulativs, wie es von Ostern 1780 an nebst der alsdann zu geschehenden Einführung des neuen Gesangbuchs auch in Absicht der Liturgie in ein und anderem Stücke in der Stadt Braunschweig gehalten werden soll, werden, insoweit sie auf die durch die neue Ordnung des Haupt-Gottesdienstes anderweit geregelten Punkte sich beziehen, von dem Tage der Einführung der letzteren an aufgehoben.

Alle, die es angeht *rc.*

Braunschweig, den

---

**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Von Ew. Hoheit Kirchenregierung ist uns mittelst Höchsten Erlasses vom 23. November d. J. **N 7157** zu näherer Erwägung verstellt, ob es nicht gerathen erscheine, das von der ersten Landesynode an Ew. Hoheit gerichtete Ersuchen, die Dispensation von dem gesetzlichen Alter der Confirmanden nach vorgängiger Prüfung durch den Kirchenvorstand den zuständigen Superintendenten zu überweisen, auf Grund der seitens des Herzoglichen Consistoriums dagegen geltend gemachten Bedenken fallen zu lassen. Die Synode hat in ihrer Berathung dieses Gegenstandes jene Bedenken als begründet anerkannt und erklärt sich nunmehr damit einverstanden, daß es für jetzt bei dem bisherigen Verfahren in Bezug auf die Dispensation von dem für die Confirmation gesetzlichen vorgesehenen Lebensalter sein Bewenden haben möge.

In tiefster Ehrerbietung

**Ew. Hoheit**

Braunschweig.

den 12. December 1876.

unterthänigst - treu - gehorsamste  
Landesynode.

**H. Caspari.**

**A. Skerl, Secretair.**





**Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!**

Nachdem die mittelst Höchsten Erlasses vom 23. November d. J. **Nr. 7157** vorgelegten Mittheilungen des Herzoglichen Consistoriums über die Zustände der evangelisch-lutherischen Landeskirche von der Landessynode einer Besprechung unterzogen worden sind, hat dieselbe auf vorgängige Berathung den Beschluß gefaßt, an Ew. Hoheit Kirchenregierung das ehrerbietige Ersuchen zu richten:

**1.**

(Zu Cap. II.)

dahin wirken zu wollen, daß auf den Eisenacher Conferenzen neben den Kirchenbehörden auch die Landes- oder Provinzial-Synoden und zwar durch von diesen dazu erwählte Mitglieder vertreten werden,

**2.**

(Zu Cap. II. A.)

die Bestrebungen auf Einigung aller Deutschen evangelischen Glaubensgenossen unter ein auf evangelischen Grundsätzen beruhendes kirchliches Regiment nach Kräften zu unterstützen,

**3.**

(Zu Cap. A.)

bei der nächsten Eisenacher Conferenz in Anregung bringen lassen zu wollen, daß thunlichst bald Bedacht genommen werde auf die Herstellung eines gemeinsamen Militairgesangbuches für den evangelischen Theil des Deutschen Heeres,

**4.**

(Zu Cap. III. A. **Nr. 4.**)

nach Ermessen entweder auf den Erlass eines Kirchengesetzes Bedacht nehmen zu wollen, wonach

- a. dem ersten Abfage des §. 5 der Kirchen-Visitations-Ordnung vom 6. Januar 1873 in eine folgende Fassung gegeben werde:

— — „in 2 Exemplaren mit dem Erfordern mitzutheilen, beide in vollständiger Uebereinstimmung mit Antwort zu versehen, das eine Exemplar spätestens 8 Tage vor Eintritt der Visitation an ihn zurückzusenden und das andere bei den Visitationsacten der Pfarrregistratur aufzubewahren“

- b. der §. 13 folgendermaßen geschlossen werde:

— — „welches unter Anschluß einer Abschrift des Parochialberichts für die Registratur des Visitators auf jede der Vorlagen besonderen Bescheid ertheilt.

Die Visitations-Relation u. der Superintendenten nebst Anlagen wird von diesen dem Generalsuperintendenten der Inspection, der dieselbe binnen 14 Tagen Unserm Herzoglichen Consistorio einzureichen hat, zur Kenntnißnahme übersandt.“

oder

diese Angelegenheit dem Vorstehenden gemäß durch Instruction regeln zu wollen,

## 5.

(Zu Cap. III. B. 2 pag. 5.)

auf Erlass eines Gesetzes Bedacht nehmen zu wollen, durch welches die dem Kirchenvorstande durch §. 26 des Gesetzes vom 20. Novbr. 1851 zustehende Competenz bei Geldverwilligungen von 30 M. auf 150 M. jährlicher selbstständiger Verfügung erhöht wird,

## 6.

(Zu Cap. III. B. 3 pag. 5.)

veranstalten zu wollen, daß sämtlichen Kirchenrechnungsführern ein Abdruck der über die Auslosungen der Landesschuldverschreibungen bei jeder Auslosung angefertigten Listen zugefertigt werde,

## 7.

(Zu pag. 9 sub C. „Zusammenfassung der Beschlüsse der Landessynode“)

veranlassen zu wollen, daß den sämtlichen Kirchenvorständen des Landes je 1 Exemplar der Protocolle und Sitzungsberichte der Landessynode nebst den dazu gehörenden Anlagen zugefertigt werde,

## 8.

(Zu pag. 14 sub 5 „Geistliche und deren Wittwen.“)

die Frage in weitere Erwägung nehmen zu wollen, wie den Inhabern der Pfarrstellen bei eintretender Dienstunfähigkeit eine Pensionirung ähnlich den im Civilstaatsdienst bestehenden Verhältnissen zu erwirken sei,

auch der nächsten Landessynode das Ergebnis dieser Erwägungen mittheilen zu wollen,

## 9.

(Zu pag. 17 sub b. b. „Todtenfest“)

für die gesammte Landeskirche auf den letzten Sonntag im Kirchenjahre eine Todtenfeier anordnen zu wollen.

## 10.

(Zu Cap. III sub E. b. pag. 19.)

auf Erlass eines Kirchengesetzes Bedacht nehmen zu wollen, durch welches unter Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen der „Erneuerten Kirchenordnung“ §. VIII Cap. XXII, die Hauscopulationen freigegeben werden,

## 11.

(Zu pag. 20. Cap. III. F. „Collecten“)

es den Kirchenvorständen überlassen zu wollen, nach localen Verhältnissen die Sonntage für die genehmigten Collecten zu bestimmen,

## 12.

(Zu pag. 27. Cap. V. A.)

veranlassen zu wollen, daß die Gründung einer eigenen Pfarrstelle zu Oster baldigt verwirklicht werde.

## Schließlich

gestatten wir uns in Betreff der nochmals in Erwägung gezogenen Frage von der Einschränkung und resp. Beseitigung der Privatpatronate unterthänigst anheimzugeben, die allmälige Einschränkung bezw. Aufhebung der Privatpatronate durch strenge Handhabung des betr. Rechts, oder durch Uebereinkunft mit den Inhabern, anstreben, zugleich auch die Frage wegen gänzlicher Aufhebung der Privatpatronate nicht aus den Augen verlieren, insbesondere auf die weitere desfallige Entwicklung in den übrigen evangelisch-lutherischen Landeskirchen die Aufmerksamkeit richten, auch ferner in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht den aus allen Patronatrechten häufig erwachsenden Uebelständen dadurch zu begegnen sei, daß den Gemeinden bei der Besetzung der Pfarren bestimmte, über ihre jetzige Befugniß hinausgehende Rechte gesetzlich gewährt werden, etwa in der Richtung, daß den Gemeinden, die nicht schon größere Rechte haben, von dem Patron oder der Kirchenregierung 3 Geistliche vorge schlagen werden, aus denen sie, nach abgehaltener Wahlpredigt, den Geistlichen zu wählen haben.

In tiefster Ehrerbietung

(Sw. Hoheit

Braunschweig,  
den 12. December 1876.

unterthänigst = treu = gehorsamste  
Landes synode.

H. Caspari.

Ude, Secretair.



Durchlauchtigster Herzog,  
Gnädigster Herzog und Herr!

Von Ew. Hoheit Kirchenregierung ist der ersten ordentlichen Landes-synode eine Vorlage, betreffend die Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen, sowie am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage, zur Berathung und Beschlußfassung zugegangen. Die zweite ordentliche Landes-synode hat diese Vorlage eingehend und sorgfältig berathen, dazu einige Abänderungen beschlossen, die in der ehrerbietigst beigelegten Anlage enthalten sind und wegen deren Motivirung auf die stattgehabten Verhandlungen Bezug genommen wird, und nachdem dieselben von Ew. Hoheit Vertreter genehmigt worden, der ganzen Vorlage sowie dem Einführungsgesetze die Zustimmung ertheilt.

Wir beehren uns, diesen Beschluß Ew. Hoheit unterthänigst anzuzeigen.

In tiefster Ehrfurcht

Ew. Hoheit

Braunschweig,  
den 13. December 1876.

unterthänigst-treu-gehorfamste  
Landes-synode.

H. Caspari.

von Heinemann.



## Ordnung des Hauptgottesdienstes.

### I.

#### Ordnung des Hauptgottesdienstes an den Sonn- und Festtagen.

##### Eingangslieb

aus dem Gesangbuche. An Festtagen ein Festlieb.\*) Unter demselben tritt der Geistliche an den Altar und intonirt\*\*)

Pastor (gegen den Altar):

Lobe den Herrn, meine Seele,  
und was in mir ist, seinen heiligen Namen!

Gemeinde:

Lobe den Herrn, meine Seele,  
Und vergiß nicht, was er dir Gutes gethan hat!

Pastor:

Herr, handle nicht mit uns nach unsern Sünden,  
und vergilt uns nicht nach unserer Missethat!

Gemeinde:

Herr, erbarme dich unser!  
Christe, erbarme dich unser!  
Herr, erbarme dich unser!

Pastor:

Bei dem Herrn findet man Hilfe, Hallelujah!

Gemeinde:

Und seinen Segen über sein Volk, Hallelujah!\*\*\*)

Pastor:

Ehre sei Gott in der Höhe!

Gemeinde:

Und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!\*\*\*\*)

\*) Bei besonderen Anlässen kann vor dem Anfangsliede ein Chor eintreten.

\*\*) Der Geistliche hat in der Regel zu singen. Die Antworten der Gemeinde werden stets gesungen.

\*\*\*) Für diese Antiphone tritt an den Festtagen die dazu bestimmte Festantiphone ein; siehe den Anhang.

\*\*\*\*) Statt des „Und Friede auf Erden“ kann auch von der Gemeinde das Lied: „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ gesungen werden.

Pastor (gegen die Gemeinde):

Der Herr sei mit Euch!

Gemeinde:

Und mit Deinem Geist!

Pastor: Lasset uns beten.

Hierauf (gegen den Altar) eine Collecte, der Bedeutung des Sonns- oder Festtages gemäß.

Gemeinde:

Amen!

Pastor (gegen die Gemeinde): Vernehmet mit Andacht u. s. w.

Hierauf verliest derselbe die Epistel, oder wenn über dieselbe gepredigt wird, das Evangelium des Tages. Nach Beendigung der Vorlesung, welche die Gemeinde stehend anhört,

Pastor (gegen den Altar):

Herr laß meine Seele in Deinem Worte leben. Hallelujah!

Gemeinde:

Daß sie Dich lobe immer und ewiglich. Hallelujah!

Darauf das Bekenntnißlied:

(Mel. Es ist das Heil uns kommen her)

Du treuer Gott, sei hoch gepreist;

Hast uns Dein Wort gegeben.

Gott Vater, Sohn und heil'ger Geist,

Du unser Licht und Leben:

Wir glauben und bekennen Dich,

Und unsre Seele hofft auf Dich,

Stärk' uns den Glauben. Amen.\*)

An den hohen Festtagen spricht der Pastor gegen die Gemeinde:

Lasset uns nun mit dem gemeinsamen Bekenntniß der christlichen Kirche vor Gott treten und also sprechen:

(Folgt das apostolische Glaubensbekenntniß, worauf die Gemeinde antwortet:

Amen, Amen, Amen!\*)

Das Hauptlied.

Die Predigt,

welche mit Gebet oder einem biblischen Segenswunsche beginnt, wird ein Jahr um das andere über die Pericopen des ersten und zweiten Jahrgangs, unter Umständen auch über einen freien Text gehalten. Zu der Vorlesung erhebt sich die Gemeinde. An hohen Festtagen kann unter der Predigt Gesang der Gemeinde eintreten.

\*) An dieser Stelle können auch bei feierlichen Veranlassungen noch besondere passende kirchliche Gesangstücke mit oder ohne Instrumentalbegleitung vom Chor gesungen werden.



Nach der Predigt spricht der Geistliche die etwa erforderlichen Abkündigungen (nicht die Fürbitten und Dankfagungen) und schließt daran ein kurzes Bibelwort, wie:

„Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi sei mit Euch Allen, Amen!

Gesang der Gemeinde.

Unter diesem Gesange tritt der Geistliche an den Altar und spricht nach Schluß des Liedes das allgemeine Kirchengebet. Daran schließen sich die etwa erforderlichen Fürbitten und Dankfagungen. Hierauf spricht er das

„Vaterunser,“ \*) worauf die Gemeinde mit „Amen“ antwortet.

Pastor: (gegen den Altar):

Schaff' in mir, Gott, ein reines Herz! Hallelujah!

Gemeinde:

Und gieb mir einen neuen gewissen Geist! Hallelujah!\*\*)

Pastor:

Schlußcollecte.

Gemeinde:

Amen!

Pastor:

Der Herr segne dich und behüte dich; der Herr lasse sein Angesicht leuchten über dir, und sei dir gnädig; der Herr erhebe sein Angesicht auf dich, und gebe dir Frieden!

Gemeinde:

Amen!\*\*\*)

Wird das heilige Abendmahl gefeiert, so fallen Antiphone und Collecte weg, und es folgt unmittelbar auf das Vaterunser und das „Amen“ der Gemeinde ein Segenswunsch (Der Friede Gottes u. s. w.). Darnach ein Gesangsvers, unter welchem die Communicanten an den Tisch des Herrn treten. Dieselbe Abkürzung kann auch, wenn keine Communion stattfindet, eintreten, wo besondere Umstände z. B. Filiale solches erfordern.

## II.

Ordnung des Hauptgottesdienstes am Gründonnerstage, Charfreitage und Bußtage.

### A.

Am Gründonnerstage und Charfreitage.

Nachdem es ausgeläutet hat, kniet der Pastor gegen den Altar und betet unter dem Anschlagen der Betglocke:

\*) Will man unter dem Vaterunser die Betglocke anschlagen oder mit einer kleinen Glocke läuten, so ist solches nicht unstatthaft.

\*\*) Für diese Antiphone tritt an den Festtagen die dazu bestimmte Festantiphone ein.

\*\*\*) Wo es gebräuchlich ist, zum Schluß noch einen Gesangsvers zu singen und das Vaterunser von einem Knaben beten zu lassen, soll dies auch ferner gestattet sein.

Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser.  
 Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, erbarme Dich unser.  
 Christe, Du Lamm Gottes, der Du trägst die Sünde der Welt, gib uns Deinen  
 Frieden.

Vater unser u. f. w.

Hierauf Gemeindegesang der Bedeutung des Tages gemäß.

Dann verliest der Pastor am Altare nach einem biblischen Segenswunsche am Gründonnerstage das vierte, am Charfreitage das fünfte Hauptstück der Leidensgeschichte des Herrn. \*)

### Das Hauptlieb,

nach der Bedeutung des Tages ausgewählt.

### Die Predigt,

wird am Gründonnerstage über die Epistel oder das Evangelium des Tages, als des Gedächtnistages der Einsetzung des heiligen Abendmahls, am Charfreitage aber über einen von dem Prediger zu wählenden Passionstext gehalten. Am Charfreitage kann sich an die Predigt die allgemeine Beichte anschließen.

Hierauf ein für diesen Tag geeignetes Kirchengebet nebst der Fürbitte für die Communizanten, sofern das heilige Abendmahl gefeiert wird, sodann das Vaterunser und: Der Friede Gottes u. f. w.

Dann folgt die Abendmahlsfeier in der gewöhnlichen Ordnung. Findet Abendmahlsfeier nicht statt, so wird der Gottesdienst mit dem Segen und einem Gesangsverse beschlossen.

### B.

### Am Bußtage.

Der Pastor betet zu Anfang das „Christe, Du Lamm Gottes“ und das „Vaterunser“ wie am Gründonnerstage und Charfreitage.

Dann Gemeindegesang, der Bedeutung des Tages gemäß.

Hierauf verliest der Geistliche am Altare einen der Bußpsalmen, wozu die Gemeinde sich erhebt. \*\*)

\*) An beiden Tagen kann ein Chorgefang folgen; auch ist es nicht unstatthaft, in die Vorlesung selbst an geeigneten Stellen einzelne Gesangsverse einzulegen.

Mit dem Verlesen der Leidensgeschichte in der stillen Woche ist überall so zu verfahren, daß mit dem ersten Hauptstücke am Montage Morgens der Anfang, mit dem sechsten Hauptstücke am Charfreitage Nachmittags der Beschluß gemacht wird. Am Palmsonntage wird Morgens nach der Predigt diese Vorlesung mit der Aufforderung an die Gemeindeglieder zur Theilnahme an den folgenden Passionsgottesdiensten abgekündigt, Nachmittags aber das 53. Kapitel des Propheten Jesaias vor dem Altare verlesen. Wo aber dieses Capitel am Charfreitage als Epistel am Altare verlesen wird, mag die Vorlesung des fünften Abschnittes der Leidensgeschichte unmittelbar vor der Predigt von der Kanzel geschehen.

\*\*) Hier kann ein Chorgefang folgen.

## Das Hauptlied.

## Die Predigt

wird über den vorgeschriebenen Bußtext gehalten.

Darauf erhebt sich die Gemeinde und singt stehend den Gesang **M** 290. Daran schließt sich die allgemeine Beichte oder das Bußtagsgebet, worauf die Gemeinde mit „ja!“ oder „Amen“ antwortet. Darauf Absolution\*) nebst der Fürbitte für die Communicanten, sofern das heilige Abendmahl gefeiert wird. Sodann das Vaterunser und: Der Friede Gottes u. s. w. Darnach der zur Communion überleitende Gesangsvers.

Ist keine Communion, so kann nach dem Gesangsverse die Litanei\*\*) gesungen werden.

Mit Antiphone, Collecte und Segen wird der Gottesdienst geschlossen.

---

\*) Der Absolution ist am Schlusse folgende Fassung zu geben: „Allen Unbußfertigen aber gebe Gott seinen heiligen Geist, daß sie mögen wahre Buße thun und selig werden.“

\*\*) Wo die Litanei nicht mehr im Gebrauch ist, soll sie gegen den Willen der Gemeinde nicht wieder eingeführt werden.

## Anhang, die Festantiphonen enthaltend.

### 1. Am 1. Advent.

Pastor: Bereitet dem Herrn den Weg. Hallelujah.

Gemeinde: Machet seine Steige richtig! Hallelujah.

### 2. Weihnachten.

Pastor: Euch ist heute der Heiland geboren! Hallelujah.

Welcher ist Christus, der Herr! Hallelujah.

### 3. Epiphania.

Pastor: Mache Dich auf, werde Licht, denn Dein Licht kommt! Hallelujah.

Gemeinde: Und die Herrlichkeit des Herrn geht auf über Dir! Hallelujah.

### 4. Passion.

Pastor: Christus ist um unsrer Missethat willen verwundet.

Gemeinde: Und um unsrer Sünde willen geschlagen.

### 5. Ostern.

Pastor: Christus ist um unsrer Sünde willen dahingegeben! Hallelujah.

Gemeinde: Und um unsrer Gerechtigkeit willen auferweckt! Hallelujah.

## 6. Himmelfahrt.

Pastor: Christus ist aufgehoben zum Himmel! Hallelujah.

Gemeinde: Und sitzet zur Rechten Gottes, des Vaters! Hallelujah.

## 7. Pfingsten.

Pastor: Der Herr hat ausgegossen von seinem Geiste, über die Gemeinde! Hallelujah.

Gemeinde: Den Geist der Gnade und des Gebets! Hallelujah.

## 8. Trinitatis.

Pastor: Heilig, heilig, heilig ist der Herr Zebaoth! Hallelujah.

Gemeinde: Alle Lande sind seiner Ehre voll! Hallelujah.

## 9. Hagelfeier.

Pastor: Herr, erzeige uns Deine Gnade und Güte! Hallelujah.

Gemeinde: Daß unser Land sein Gewächß gebe! Hallelujah.

## 10. Erntedankfest.

Pastor: Es danken Dir, Gott, die Völker! Hallelujah.

Gemeinde: Es danken Dir alle Völker! Hallelujah.

## 11. Reformationstfest.

Pastor: Dein Wort ist meines Fußes Leuchte! Hallelujah.

Gemeinde: Und ein Licht auf meinen Wegen! Hallelujah.

## 12. Todtenfeier.

Pastor: Leben wir, so leben wir dem Herrn! Hallelujah.

Gemeinde: Sterben wir, so sterben wir dem Herrn! Hallelujah.

## Anlage 25. (Prot. 15.)

### Meine hochgeehrten Herren!

Sie werden mit Befriedigung auf Ihre Berathungen und deren Ergebnisse zurückblicken. Obschon Sie bei dem Ihnen vorgelegten Entwurfe einer Gottesdienstordnung über Gegenstände zu verhandeln hatten, welche mit unseren heiligsten Ueberzeugungen und eben- deshalb mit unseren religiösen Gewissenspflichten im Zusammenhange stehen, ist es Ihnen dennoch gelungen, für die sich anfangs geltend machenden Differenzen schließlich die versöh- nende Ausgleichung zu finden.

Sie verdanken den glücklichen Erfolg dem hohen Ernste, von welchem alle Mitglieder dieser hochwürdigen Synode durchdrungen waren und dem dadurch allseitig hervorgerufenen Bewußtsein, daß die Genossen einer kirchlichen Gesamtheit sich ja wohl zu der ihnen ge- meinsamen Leuchte des Evangeliums in verschiedenen Stellungen befinden mögen, ohne schon deshalb wirkliche oder gar feindliche Gegner zu sein.

Das Centrallicht, auf welches sämmtliche Glieder ihre Blicke richten, damit das Auge erhellt werde, sendet seine Strahlen nach allen Seiten aus und jeder Sterbliche wird sich sagen müssen, daß es gerade die ergänzende Gemeinschaft ist, welche die so leicht möglichen Mängel der individuellen Standpunkte zu beseitigen vermag.

Sie, meine hochgeehrten Herren, haben demgemäß in treuer Hingebung an die Sache Sich gegenseitig die brüderliche Hand gereicht und die auf Ihrem einstimmigen Beschlusse beruhende Gottesdienst-Ordnung ist das erfreuliche Resultat Ihrer Thätigkeit.

Möge denn das von Ihnen vollendete Werk, welches zur Erbauung der Gemeinden unserer Kirche bei dem gemeinsamen Gottesdienste dienen soll, in diesen Gemeinden das kirch- liche Leben fördern, auf daß unter Gottes Hülfe mittelst der Kirche, welche wir als die heiligste Anstalt ergänzender Gemeinschaft auf Erden verehren, in jedem Kirchengenossen die Gesinnung acht christlicher Milde und der in der Liebe lebendige Glaube gekräftigt werde.

Die übrigen Ihnen gemachten Vorlagen werden, nachdem Sie die Zustimmung zu den- selben erteilt haben, zu weiterer Ausführung gelangen, die von ihnen selbst gestellten Anträge aber der sorgfältigsten Erwägung unterzogen werden.

Indem ich Ihnen, meine hochgeehrten Herren, für die Hingebung, mit welcher Sie sich den Synodalarbeiten gewidmet haben, Seitens des Kirchenregiments den wärmsten Dank ausspreche, erkläre ich kraft des mir erteilten höchsten Auftrags nunmehr im Namen Sr. Hoheit, Unseres Durchlauchtigsten Herzogs diese zweite ordentliche Landessynode hiermit für geschlossen.

---









**2225** 058



